

KO-000 Präambel

Antragsteller*in: Lilian Seffer, Sadullah Abdullah (KV Mitte, KV Steglitz - Zehlendorf)

Änderungsantrag zu KO

Vor Zeile 1 einfügen:

Ersetze in allen Kapiteln und Projekten das Wort „unser“ / „unsere“ durch bestimmte, unbestimmte Artikel oder „alle“

Begründung

Das Possesivpronomen „unser“ bezeichnet die Zugehörigkeit zu Personen, ist auch Besitzanzeiger. Nicht nur ist manchmal unklar welches imaginäre „uns“ gemeint ist (Grünen, alle Berliner*innen), sondern ist es auch irreführend und ausschließend. Es sollen daher nicht nur „unsere“ Kinder sein, sondern alle Kinder. Nicht nur „unsere“ Ausbildungssysteme, sondern allgemein Ausbildungssysteme. Das sollte im gesamten Text überprüft werden.

Unterstützer*innen

Urban Aykal (KV Steglitz - Zehlendorf); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Jonas Boysen (KV Mitte); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales)

KO-001 Präambel

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Redaktionelle Änderung

Ersetzte in allen Kapiteln das Wort "Integration" durch "Inklusion".

Begründung

Das Wort Integration impliziert, dass sich die Menschen die integriert werden sollen ändern müssen. Es soll aber ein Zusammenleben ermöglicht werden, das allen gerecht wird.

KO-011 Präambel

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu KO

Von Zeile 10 bis 12:

andere europäische Metropole bietet, um sich auszuprobieren und den eigenen Lebensentwurf zu leben. ~~Für dieses Berlin und seine offene Gesellschaft stehen wir ein, gemeinsam mit vielen anderen in der Stadt.~~

Eine Stadt, in der soziale Bewegungen die ökologische Wende von unten starten,

die weltweit den höchsten Grünanteil hat und die schon heute der größte Bio-Markt ist.

Für dieses Berlin und seine offene Gesellschaft stehen wir ein, gemeinsam mit vielen anderen in der Stadt.

Unterstützer*innen

Sönke Hellberg (LAG Umwelt); Björn Mohr (KV Berlin-Mitte); Christof Ebrecht (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Camilla Schuler (KV Lichtenberg); Henning Bublitz (KV Berlin-Mitte); Franziska Briest (KV Berlin-Mitte); Jessika Hazrat (KV Berlin-Mitte); Mona Hille (KV Berlin-Mitte); Jenny Neubert (KV Berlin-Mitte); Jenny Schlosser (AG Tierschutz)

KO-011-2 Präambel

Antragsteller*in: Jochen Wermuth (KV Mitte)

Änderungsantrag zu KO

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:

andere europäische Metropole bietet, um sich auszuprobieren und den eigenen Lebensentwurf zu leben. Eine Stadt in der die Job-, Rendite-, Demokratisierungs- und Friedensmaschine "Energiewende" erfunden wurde, die heute, nach COP21 in Paris, mit Gewinn fuer die Berlinerinnen umgesetzt und exportiert werden kann. Eine Stadt die wegen ihrer Lebensqualitaet, Weltoffenheit und Vielfalt auch fuer Unternehmer immer attraktiver wird und daher eine Gruenderszene hervorgerufen hat, die weltweit seinesgleichen sucht. Für dieses Berlin und seine offene Gesellschaft stehen wir ein, gemeinsam mit vielen anderen in der Stadt.

Begründung

Der Klimawandel, die Energie- und Verkehrswende sind Schluesselformen der Gruenen. Nach den technologischen Durchbruechen in den letzten 18 Monaten sind erneuerbare Energien und Elektrofahrzeuge jetzt schon wettbewerbsfaehig wenn man nur ehrlich rechnet. Der Strukturwandel ist in vollem Gange. Die Frage ist ob wir dabei Opfer oder Marktfuehrer sein wollen. Die CDU/CSU und FDP tragen sich mit den Bedenken der alten Industrien und die SPD mit denen der Gewerkschaften - nur die Gruenen bieten eine echte Zukunftsperspektive die sowohl Jobs wie auch Rendite fuer Buerger und Anleger sowie - dank des dezentralen Charakters der erneuerbaren Energien - eine wesentliche Demokratisierung (lokal und international gesehen) bietet. Die Schlagwörter „Jobs, Rendite, Demokratisierung, Energiewende und COP21“ gehören daher unbedingt in den ersten Absatz wenn die Gruenen sich von den anderen Parteien abheben wollen.

In einer modernen nachhaltigen Kreislaufwirtschaft ohne Abfall und von erneuerbaren Energien betrieben wird es weniger Angestellte und wesentlich mehr Freischaffende oder Unternehmer geben. Diese Gruppe von Menschen muessen sich von den Gruenen willkommen geheissen fuehlen. Die Berliner Startups stellen heute schon 13,000 Menschen ein, mit den Nachfolgefirmer schon 30,000. Das sind unternehmerische Erfolge die mit in den ersten Absatz gehoeren wenn die Gruenen auch fuer Jobs und Zukunft stehen wollen.

KO-017 Präambel

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu KO

Von Zeile 16 bis 18:

gescheitert. SPD und CDU hinterlassen eine kaputt geparnte Infrastruktur, marode Schulen, Straßen und Krankenhäuser. Menschen stehen sich **in** vor den Bürgerämtern die Beine in den Bauch und erhalten über Monate nicht die Leistungen, die ihnen zustehen. Das LaGeSo ist zum

Begründung

Redaktionell, sprachlich schöner und passt besser zu den Bildern, die durch die Medien gingen.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln)

KO-017-2 Präambel

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu KO

Von Zeile 16 bis 18 einfügen:

gescheitert. SPD und CDU hinterlassen eine kaputt geparpte Infrastruktur, marode Schulen, Straßen und Krankenhäuser und einen umweltpolitischen Reformstau. Menschen stehen sich in den Bürgerämtern die Beine in den Bauch und erhalten über Monate nicht die Leistungen, die ihnen zustehen. Das LaGeSo ist zum

Unterstützer*innen

Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte); Sönke Hellberg (LAG Umwelt); Björn Mohr (KV Berlin-Mitte); Camilla Schuler (KV Lichtenberg); Henning Bublitz (KV Berlin-Mitte); Mona Hille (KV Berlin-Mitte); Jessika Hazrat (KV Berlin-Mitte); Franziska Briest (KV Berlin-Mitte); Jenny Schlosser (AG Tierschutz)

KO-021 Präambel

Antragsteller*in: LaVo Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu KO

Von Zeile 21 bis 23:

Wir arbeiten dafür, dass das anders wird. Für eine Stadt, die ~~stolz auf ihre~~ **eine** einmalige Mischung ~~ist~~ **hat** und deshalb Verdrängung und Wohnraumspekulation entschieden bekämpft. Eine Stadt mit einer bürgernahen Verwaltung, echter Mitbestimmung und schnellem Internet. Eine

Begründung

Erfolg mündlich

KO-026 Präambel

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 16.03.2016

Änderungsantrag zu KO

Von Zeile 25 bis 27 einfügen:

Eine Stadt, in der das Geld der Steuerzahler*innen nicht länger für Prestigeprojekte verschwendet, sondern in die Zukunft investiert wird und das heißt für uns, die Stadt zukunftsfähig im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung umzugestalten. Bei all dem kann die Politik von den Ideen und dem Engagement der Menschen in der Stadt viel lernen, denn sie sind die

KO-028 Präambel

Antragsteller*in: Thomas Künstler (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu KO

Von Zeile 27 bis 28 einfügen:

Ideen und dem Engagement der Menschen in der Stadt viel lernen, denn sie sind die eigentlichen Berlin-Macher*innen. Dafür wollen wir mit digitalen Projekten neue Beteiligungsformen ausprobieren. Die Berliner Politik muss lernen zuzuhören.

Begründung

Es braucht neue Formen der Beteiligung und Einbeziehung der Menschen in der Stadt, da sind wir uns alle einig. Diese neue Formen sind häufig digital oder digital unterstützt. Genauso wichtig ist aber auch eine Offenheit bei uns für neue Ideen.

Unterstützer*innen

Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Nikolas Becker (LAG Netzpolitik); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Anja Schillhaneck (Abt. Wissenschaft); Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Bernhard Kern (LAG Netzpolitik); LAG Netzpolitik (beschlossen am 24.03.2016)

KO-028-2 Präambel

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Änderungsantrag zu KO

Nach Zeile 28 einfügen:

Berlin ist Kulturmetropole. Die Kreativen und Künstler*innen prägen die Berliner Mischung und sind für die Attraktivität und Lebensqualität Berlins unerlässlich. Wir werden dafür sorgen, dass Berlin dieses einzigartige Profil nicht verliert und sich genau wie alle Bürger*innen auch die Künstler*innen und Kreative Berlin auf Dauer leisten können und Kulturorte und Freiräume erhalten bleiben.

Begründung

erfolgt mündlich

KO-032 Präambel

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu KO

Von Zeile 31 bis 33 einfügen:

der man zuverlässig von A nach B kommen kann – ob zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Nahverkehr. In der alle Menschen saubere Luft atmen, egal welche Miete sie sich leisten können. Eine Stadt mit einer echten Energiewende, mit mehr Grün auf den Dächern und mehr Bäumen in den Straßen. Das alles gibt es nur mit uns.

Unterstützer*innen

Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte); Christof Ebrecht (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Björn Mohr (KV Berlin-Mitte); Sönke Hellberg (LAG Umwelt); Camilla Schuler (KV Lichtenberg); Henning Bublitz (KV Berlin-Mitte); Mona Hille (KV Berlin-Mitte); Franziska Briest (KV Berlin-Mitte); Jenny Neubert (KV Berlin-Mitte); Jenny Schlosser (AG Tierschutz)

KO-033 Präambel

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 16.03.2016

Änderungsantrag zu KO

Von Zeile 32 bis 33:

öffentlichen Nahverkehr. Eine Stadt mit einer echten Energiewende, mit mehr Grün auf den Dächern ~~und~~, mehr Bäumen in den Straßen und einer vielfältigen Natur in den Flüssen, Seen, Wäldern, Parks und Gärten. Das alles gibt es nur mit uns.

KO-033-2 Präambel

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu KO

Von Zeile 32 bis 33 einfügen:

öffentlichen Nahverkehr. Eine Stadt mit einer echten Energiewende, mit mehr Grün auf den Dächern und mehr Bäumen in den Straßen. Aber auch mit einer starken Wirtschaft, die nachhaltig und grün wächst. Das alles gibt es nur mit uns.

Begründung

Unser Engagement in Sachen Wirtschaftspolitik sollte bereits in der Präambel zumindest kurz zur Sprache kommen.

Unterstützer*innen

Michael Schäfer (KV Mitte); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

KO-037 Präambel

Antragsteller*in: Rainer Wittek (Momo)

Änderungsantrag zu KO

Von Zeile 36 bis 39:

Stadt, in der die Integration der vielen Neuberliner*innen gelingt. Eine Stadt, die auch als Vier-Millionen-Metropole sozial zusammenhält und nicht in Arm und Reich zerfällt. ~~Eine Stadt, in der lebendige Stadtviertel und Nachbarschaften entstehen und keine Wohnsilos oder Schlafstädte.~~

Wir wollen die traditionelle Bedeutung der Stadt als Raum der Begegnung und als gesellschaftliches Forum für ihre Bürger wieder herstellen, indem wir die Bedürfnisse der Menschen in den Fokus rücken.

Dafür werden wir einen Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklungsplanung einleiten, der gleichzeitig der Einsteig in eine konsequente ökologische Stadtplanung beinhaltet.

Wir werden bei städtebaulichen Projekten dem Fußgänger- und Radfahrverkehr, sowie allgemein der urbanen Qualität des Stadtlebens oberste Priorität einräumen.

Wir werden neue Wege beschreiten, indem wir die autogerechte Stadt zurückbauen mit dem Ziel einer menschengerechten Stadt, zu einer Metropole der Nachbarschaft.

Wir wollen, dass Stadträume nach menschlichen Maß entstehen, die die soziale Funktion des öffentlichen Raumes fördern und zum zwischenmenschlichen Zusammenhalt und zu einer offenen, demokratischen Gesellschaft beiträgt.

Wir werden integrierte Mobilitätskonzepte für Fußgänger- und Radfahrverkehr, ÖPNV und motorisierten Individualverkehr entwickeln und so die Verkehrswende einleiten, ohne die die Klimawende nicht gelingen wird.

KO-038 Präambel

Antragsteller*in: Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu KO

Von Zeile 37 bis 39 einfügen:

Vier-Millionen-Metropole sozial zusammenhält und nicht in Arm und Reich zerfällt. Eine Stadt, [die auf Freiräume für die zukunftsweisenden Ideen der Gründer*innenszene und intelligentes Wachstum setzt](#), in der lebendige Stadtviertel und Nachbarschaften entstehen und keine Wohnsilos oder Schlafstädte.

Begründung

Die Stadt der Möglichkeiten ist die Grundlage für den Gründerboom Berlins und auch die Gründerszene zeichnet die Stadt der Möglichkeiten aus. Die Freiräume, günstige Mieten und die Vielfalt Berlins fördern die Existenzgründungen, durch die nach einer Studie von McKinsey von 2015 bis 2020 100.000 neue Arbeitsplätze bei aktuell 1,8 Millionen Beschäftigten in Berlin entstehen werden. Dafür haben die Start-Ups allein im Jahr 2015 eine Rekordsumme von 2,1 Milliarden Euro an Wagniskapital erhalten, wovon 183 Berliner Unternehmen profitierten. Gemessen an investiertem Kapital liegt Berlin im europäischen Vergleich nun auf Platz 1 vor London, Stockholm und Paris und ist damit die europäische Gründermetropole. Diese Entwicklung sollten wir (an)erkennen, ihr offen gegenüberstehen und als wichtiges Merkmal unserer Stadt der Möglichkeiten in die Präambel mitaufnehmen. Zusammen mit intelligentem Wachstum, das auf Qualität statt auf rein quantitatives Wachstum setzt, kann Berlin die Vorbildrolle dafür einnehmen, wie mit innovativen Ideen die Wertschöpfung der Zukunft generiert und Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden kann.

Unterstützer*innen

Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte)

K1-001 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Redaktionelle Änderung

Hinter "Milieuschutz" möchten wir einfügen: "Zudem bekämpfen wir entschlossen den Rassismus auf dem Wohnungsmarkt". Aber leider gibt es hier ein technisches Problem. Statt des Einfügens wird der gesamte Absatz gelöscht. Ich hoffe, hier wird unser AA deutlich.

Begründung

Menschen, die nicht-deutsch aussehen, einen nicht-deutschen Namen haben und/oder als islamisch markiert werden, haben es sehr schwer, eine Wohnung zu bekommen. Oft wird ihnen bereits die Wohnbesichtigung verwehrt und führt so zum weiteren sozialen Ausschluss durch Rassismus auf dem Wohnungsmarkt. Und diesem möchten wir ein Ende setzen.

Unterstützer*innen

Frank Strobel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht); Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Lilian Seffer (KV Mitte); Urban Aykal (KV Steglitz-Zehlendorf); Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf); Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Jonas Boysen (KV Mitte); Ingrid Ochse (KV Mitte); Bernhard Kern (KV Mitte); Gökhan Akgün (KV Mitte); Bertrand Njoume (KV Mitte)

K1-001-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Redaktionelle Änderung

Z: 162-165: „Wir wollen eine Willkommensbehörde schaffen, die sich vom ersten Tag an und bis zur gelungenen Integration um die Menschen kümmert. Unser Ziel ist ein Landesamt für Migration und Flucht, in dem die zuständigen Abteilungen aus dem LaGeSo, der Ausländerbehörde und die für Integration zuständigen Stellen zusammenarbeiten“.

Verständnisfrage: Soll aus der Ausländerbehörde die Willkommensbehörde werden – oder soll das Landesamt für Migration und Flucht die Willkommensbehörde sein?

Unterstützer*innen

Frank Strobel (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-004 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 4 bis 5:

Berlin – das sind wir alle, auch die hier leben, keinen „deutschen Pass“ besitzen und dennoch seit Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben. Die Berliner*innen wollen ihre Stadt mitgestalten, jetzt und für die Zukunft. Sie sind bereit, loszulegen und Verantwortung zu

Begründung

der Anteil von Menschen, die Berlin mitprägen, Arbeitsplätze schaffen und sich engagieren ist hoch. Viele Menschen werden weder politisch vertreten, noch können sie sich an demokratischen Prozessen beteiligen. Es ist die Aufgabe der Grünen, zumindest das politisch zu fordern und sich im Falle einer Regierungsbeteiligung auf der Bundesebene dafür einzusetzen.

Unterstützer*innen

Lilian Seffer (KV Mitte); Urban Aykal (KV Steglitz - Zehlendorf); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Jonas Boysen (KV Mitte); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales)

K1-015 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Rainer Wittek (Momo)

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 15 einfügen:

Wir wollen mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung und setzen uns für die Entwicklung einer Partizipationskultur ein. Wir wollen die Bürgerbeteiligung als dauerhafte Einrichtung institutionalisieren und den Mehr-Generationen-Dialog verstetigen. Dafür wollen wir Zukunftsräte auf Landes- und Bezirksebene etablieren, die für wichtige Zukunftsfragen Lösungsvorschläge erarbeitet, mit denen sich Legislative und Exekutive zeitnah befassen und Feedback geben müssen.

Den Zukunftsräten sollen nach bestimmten Auswahlkriterien zufällig ausgewählte Personen angehören, welche die lokale Bevölkerung abbilden, wie z.B. Geschlechterparität und Bildungsabschlüsse und vor allem ihre Generationenmischung spiegeln.

Bei den Haushaltsberatungen setzen wir uns für eine Etatposition ein, mit der die Entwicklung, Einrichtung, Betreuung und eine maßvollen Aufwandsentschädigung der Zukunftsräte gesichert wird.

Wir werden die Geschäftsordnung dahingehend verändern, dass die Wahl von Bürgerdeputierte durch die Bezirksverordnetenversammlung entfällt und durch eine parteiunabhängige Ernennung von Zukunftsräten ersetzt wird.

Begründung

Die Bezeichnung "Bürgerdeputierte" soll suggerieren, dass dies unabhängige Bürger aus der Zivilgesellschaft sind. Dies ist ein Etikettenschwindel, da sie i.d.R. Parteimitglieder sind, die der politischen Linie der Fraktionen verpflichtet sind. Im Gegensatz dazu verkörpern Mitglieder eines Zukunftsrates die reale Vielfalt der Gesellschaft mit einem parteiunabhängigen, pluralen öffentlichen Meinungsbild. Die Mehr-Generationen-Zukunftsräte sollen dazu beitragen, die zunehmende Entfremdung zwischen Bürgern und ihren Repräsentanten zu stoppen und das, für die Politik verpflichtend, Zukunftsaufgaben in aktuelle politische Debatten und Entscheidungen Eingang finden.

K1-015-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: KV Steglitz-Zehlendorf

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 15 einfügen:

Deswegen ist es an der Zeit für eine neue politische Kultur der echten Mitsprache. Von Großprojekten wie Olympia bis zum Bauvorhaben im eigenen Kiez bereichern Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie die Stadt und die parlamentarische Demokratie. Engagierte Bürger*innen sind Berlins wertvollste Ressource. Regieren bedeutet heute, die eigene Politik im Dialog mit den Menschen weiterzuentwickeln, unterschiedliche Positionen anzuerkennen und für einen gerechten Interessenausgleich zu sorgen. In diesem Zusammenhang bekennen wir uns klar zur politischen Verantwortung bei der Gestaltung der Stadt. Deshalb wollen wir mit der skandalträchtigen Politik des Outsourcens von Verantwortung an externe Berater und Consults brechen.

Begründung

Originäre Politikbereiche - wie die Integration von Flüchtlingen - gehören nicht zu McKinsey, sondern sind Kernbereiche politischen Handelns von Parlament und Regierung. Basta!

(Anmerkung: Aus irgendeinem Grund löscht das System bei mir immer den Absatz, der eigentlich nur ergänzt werden soll. Das gilt auch für die anderen Anträge des KV Steglitz-Zehlendorf)

K1-016 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 16 bis 18:

Wir sind dazu bereit: Wir haben uns für das Tempelhofer Feld stark gemacht und gemeinsam mit ~~230~~fast 600.000 Berliner*innen ~~das Volksbegehren~~den Volksentscheid „Neue Energie für Berlin“ für ein Stromnetz in Bürgerhand unterstützt. Nun wollen wir die Direkte Demokratie in Berlin auf neue Füße

Begründung

Wir haben nicht nur die 2. Stufe (das Volksbegehren), sondern auch den Volksentscheid selbst unterstützt, sind dafür auf die Straße gegangen, haben Plakate gehängt und mobilisiert. Daher sollten uns auch auf die höhere Zahl von 599.588 Berliner*innen berufen, die trotz der Trickserei des Senats beim Volksentscheid mit Ja gestimmt haben.

K1-018 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 17 bis 19:

230.000 Berliner*innen das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ für ein Stromnetz in Bürgerhand unterstützt. Nun wollen wir die Direkte Demokratie in Berlin auf ~~neue Füße~~ein noch stärkeres Fundament stellen: zum Beispiel indem wir Volksentscheide mit dem nächstmöglichen Wahltermin

K1-019 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 18 bis 20 einfügen:

Bürgerhand unterstützt. Nun wollen wir die Direkte Demokratie in Berlin auf neue Füße stellen: zum Beispiel indem wir Volksentscheide [in Absprache mit den Antragsteller*innen](#) mit dem nächstmöglichen Wahltermin zusammenlegen. Zudem soll Initiativen ein Teil ihrer Kosten erstattet werden. Wir wollen die

Begründung

Redaktionelle Klarstellung. Gemeint ist hier ja nicht, dass ein Volksentscheid erst bei der Wahl in zwei Jahren mit zur Abstimmung kommt, sondern dass Tricksereien wie beim Energiebegehren verhindert werden.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln)

K1-020 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 19 bis 21 einfügen:

stellen: zum Beispiel indem wir Volksentscheide mit dem nächstmöglichen Wahltermin zusammenlegen. Zudem soll Initiativen ein Teil ihrer Kosten erstattet werden und die Möglichkeiten des Senats Volksentscheide aufzuheben erschwert werden. Wir wollen die Rechte der Bürger*innen stärken und bürgerschaftliches Engagement gezielt fördern.

Begründung

mündlich

K1-021 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 20 bis 21 einfügen:

zusammenlegen. Zudem soll Initiativen ein Teil ihrer Kosten erstattet werden. Wir wollen die Rechte der Bürger*innen stärken und bürgerschaftliches Engagement gezielt fördern und auch Unternehmen in zivilgesellschaftliche Prozesse einbinden.

Begründung

Das unternehmerische Engagement für die Gesellschaft ist in Berlin nicht gut ausgeprägt - auch wenn man mit bsp. Hamburg oder Bayern vergleicht. Es wird ein langer Prozess sein, stärkeres Verantwortungsbewusstsein bei den Unternehmer*innen zu erreichen. Dieser muss mit einer aktiven Einbindung der Unternehmen in die zivilgesellschaftlichen Prozesse beginnen.

Unterstützer*innen

Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K1-026-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Dirk Behrendt (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Alexander Klose (KV
Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 25 bis 26 einfügen:

und Planungsvorhaben veröffentlicht werden und zu finden sind. Ein neues Gesetz sorgt endlich und verbindlich für mehr Transparenz und Informationsfreiheit. Für Senator*innen führen wie eine zweijährige Karenzzeit nach Ausscheiden aus dem Amt ein, innerhalb derer sie grundsätzlich keine berufliche Tätigkeit aufnehmen dürfen, die im Zusammenhang mit den zuvor wahrgenommenen Aufgaben steht.

Begründung

Unser Ziel ist es, durch die Schaffung einer Abkühlungsphase, die der gesetzlichen Befristung für die Zahlung von Übergangsgeldern folgt, zu verhindern, dass sich Unternehmen Kontakte und Kenntnisse der Senatsverwaltungen „einkaufen“ können, die ihnen einen unfairen Vorteil bei der Beeinflussung von politischen Entscheidungen verschaffen. Die AGH-Fraktion hat dazu in der laufenden Legislatur einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.

K1-028 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

In Zeile 28:

~~Mieten/Bauen/Wohnen – Tourismus~~

Bezahlbare Quartiere für alle!

Begründung

Der Untertitel "Mieten/Bauen/Wohnen 'minus' Tourismus" klingt nicht besonders ansprechend. In diesem Kapitel geht darum, dass das Leben in den Quartieren bezahlbar bleibt.

K1-029 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 29 bis 31:

Jeder der 12 Berliner Bezirke mit den über 90 Ortsteilen und Kiezen hat ~~seine eigene Urbanität~~ seinen eigenen Charakter, seinen besonderen Charme. Diese Stadtteile und ihre Bewohner*innen machen Berlin aus. Die Stadt wächst und verändert sich: Jedes Jahr kommen zehntausende Neuberliner*innen

Begründung

Urbanität gibt es nicht überall, aber jeder Kiez oder Ortsteil hat Charakter.

K1-029-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 29 bis 32:

Jeder der 12 Berliner Bezirke mit den über 90 Ortsteilen und Kiezen hat seine eigene Urbanität, seinen besonderen Charme. ~~Diese Stadtteile und ihre Bewohner*innen machen~~Und Berlin ~~aus. Die Stadt~~ wächst und verändert sich: Jedes Jahr kommen zehntausende Neuberliner*innen hinzu. Berlins vielfältige Kulturlandschaft und Geschichte ziehen immer mehr Tourist*innen

Begründung

Zu blumige Beschreibungen der heutigen Lage lenken von den Zielsetzungen ab.

K1-032 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 31 bis 33:

aus. Die Stadt wächst und verändert sich: Jedes Jahr kommen zehntausende Neuberliner*innen hinzu. ~~Berlins vielfältige Kulturlandschaft und Geschichte ziehen~~Berlin zieht auch immer mehr Tourist*innen und Gäste an. Das alles ist eine Bereicherung und fordert gleichzeitig heraus. Denn auf dem

Begründung

Dass nur Kulturlandschaft und Geschichte Berlins Tourist*innen anziehen ist eine Verkürzung - statt die Ursachen hier vertieft darzustellen besser auf den Hinweis verzichten.

K1-033 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 32 bis 34 löschen:

hinzu. Berlins vielfältige Kulturlandschaft und Geschichte ziehen immer mehr Tourist*innen und Gäste an. Das ~~alles~~ ist eine Bereicherung und fordert gleichzeitig heraus. Denn auf dem umkämpften Wohnungsmarkt verlieren allzu oft Geringverdienende, Familien mit Kindern, Ältere

Begründung

"alles" ist hier überflüssig.

K1-033-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 32 bis 35:

hinzu. Berlins vielfältige Kulturlandschaft und Geschichte ziehen immer mehr Tourist*innen und Gäste an. Das alles ist eine Bereicherung und fordert gleichzeitig heraus. ~~Denn auf dem umkämpften Wohnungsmarkt verlieren allzu oft Geringverdienende, Familien mit Kindern, Ältere und auch die kleinen Geschäfte.~~

Auf dem umkämpften Wohnungsmarkt müssen allzu oft Geringverdienende, Familien mit Kindern, Ältere und auch die kleinen Geschäfte immer mehr Geld aufbringen, um ihre Wohnung oder Geschäftsräume zu behalten. Viele müssen dadurch weg ziehen oder das Geschäft aufgeben.

Begründung

Der Ernst der dadurch entstehenden Lebenslagen soll deutlich werden.

K1-034 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 33 bis 35:

und Gäste an. Das alles ist eine Bereicherung und fordert gleichzeitig heraus. Denn auf dem umkämpften Wohnungsmarkt verlieren allzu oft Geringverdienende, Familien mit Kindern, ~~Ältere~~ und ~~auch die kleinen Geschäfte~~ Ältere.

Begründung

Kein inhaltlicher Widerspruch, aber der Zusammenhang zwischen Wohnungsmarkt und Geschäften ist nicht schlüssig. Zudem findet sich das wichtige Thema der Verdrängung von Gewerbe ausführlich in Z. 156ff.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln)

K1-036 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 36 bis 38 einfügen:

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und das Recht auf angemessenen Wohnraum steht in Berlin sogar in der Verfassung. Die Wirklichkeit sieht **oft** anders aus. Wir brauchen deshalb eine neue Wohnungs- und Mietpolitik. Eine Politik, die neuen Wohnraum schafft und den ökologischen

Begründung

ist ja nicht bei Jeder/m so...

K1-036-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 35 bis 38:

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und das Recht auf angemessenen Wohnraum steht in Berlin sogar in der Verfassung. Die Wirklichkeit sieht anders aus:

Die Schere zwischen der Zahl benötigter Sozialwohnungen und tatsächlich vorhandenem Bestand geht immer weiter auseinander.

~~Wohnen ist ein Grundbedürfnis und das Recht auf angemessenen Wohnraum steht in Berlin sogar in der Verfassung. Die Wirklichkeit sieht anders aus.~~ Wir brauchen deshalb eine neue Wohnungs- und Mietpolitik. Eine Politik, die neuen Wohnraum schafft und den ökologischen

Unterstützer*innen

Michael Haberkorn (LAG Gesundheit und Soziales); Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-036-3 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 35 bis 38:

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und das Recht auf angemessenen Wohnraum steht in Berlin sogar in der Verfassung.

Wohnen ist existentiell und muss daher soziale Ungleichheit abbauen statt zu verschärfen.

~~Wohnen ist ein Grundbedürfnis und das Recht auf angemessenen Wohnraum steht in Berlin sogar in der Verfassung. Die Wirklichkeit sieht anders aus.~~ Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wir brauchen deshalb eine neue Wohnungs- und Mietenpolitik. Eine Politik, die neuen Wohnraum schafft und den ökologischen

Unterstützer*innen

Michael Haberkorn (LAG Gesundheit und Soziales); Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-038 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 37 bis 39 einfügen:

in der Verfassung. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wir brauchen deshalb eine neue Wohnungs- und Mietenpolitik. Eine Politik, die neuen Wohnraum schafft und gleichzeitig den ökologischen Umbau der Stadt voranbringt. Eine Politik, die für bezahlbare Mieten sorgt,

Begründung

betont die Notwendigkeit beides zusammen zu sehen und nicht gegeneinander auszuspielen

K1-038-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 37 bis 40:

in der Verfassung. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wir brauchen deshalb eine neue Wohnungs- und Mietenpolitik. Eine Politik, die neuen ~~Wohnraum~~ Wohn- und Gewerberaum schafft und den ökologischen Umbau der Stadt voranbringt. Eine Politik, die hierbei auch die Unternehmer*innen einbindet, die ein wichtiger Teil der bunten Kiezmischung sind, auch sie werden durch steigende Gewerbemieten verdrängt. Eine Politik, die für bezahlbare Mieten sorgt, Immobilienspekulation eindämmt und Verdrängung verhindert. Denn die Lebensqualität Berlins

Begründung

Der Druck auf dem Berliner Immobilienmarkt ist auch bei Gewerbetreibenden deutlich zu spüren. Wenn wir die Berliner Mischung erhalten wollen, muss auch dies benannt werden.

Unterstützer*innen

Michael Schäfer (KV Mitte); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K1-038-3 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 37 bis 41:

in der Verfassung. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wir brauchen deshalb eine neue Wohnungs- und Mietenpolitik. ~~Eine Politik, die neuen Wohnraum schafft und den ökologischen Umbau der Stadt voranbringt. Eine Politik, die für bezahlbare Mieten sorgt, Immobilienspekulation eindämmt und Verdrängung verhindert. Denn die Lebensqualität Berlins bemisst sich daran, dass alle Bürger*innen gleichermaßen daran teilhaben.~~

Eine Politik, die für bezahlbare Mieten sorgt, Immobilienspekulation eindämmt und Verdrängung verhindert. Eine Politik, die benötigten Wohnraum konsequent schützt und neuen schafft sowie gleichzeitig den ökologischen Umbau der Stadt voranbringt.

Denn die Lebensqualität Berlins bemisst sich daran, dass alle Bürger*innen gleichermaßen daran teilhaben.

Unterstützer*innen

Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Michael Haberkorn (LAG Gesundheit und Soziales); Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-041 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 41 einfügen:

Der Zuzug zeigt, wie lebenswert Berlin ist. Jedoch ist Berlin leider nicht mit dem Zuzug mitgewachsen: weder die Anzahl der Wohnungen noch Kitas, Schulen und die übrige Infrastruktur. Auch haben längst nicht alle Berlinerinnen und Berlin davon profitiert. Im Gegenteil, es wachsen trotz dieses Booms immer noch viel zu viele Kinder in Armut auf und haben zu viele, junge, aber auch ältere Menschen kein gutes Auskommen.

Die Lebensqualität Berlins bemisst sich daran, dass alle Bürger*innen gleichermaßen daran teilhaben.

Begründung

Wir wollen den brüchigen sozialen Zusammenhalt thematisieren und etwas für mehr Zusammenhalt tun.

K1-044 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (KV Pankow)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 43 bis 45:

Jüngere und Ältere, für Alteingesessene und Zugezogene ausreichend Wohnraum vorhanden ist – innerhalb wie außerhalb des S-Bahn-Rings, ~~sowohl im Westen als~~Osten wie auch im ~~Ø~~Westen der Stadt. Die Berliner*innen haben mit einem Volksbegehren die rot-schwarze Koalition zu einigen

Begründung

Im Osten geht die Sonne auf, im Westen geht sie unter. ;-) Anderenfalls bin ich interessiert daran, warum diese eher seltene Reihung vorgenommen wurde.

K1-050 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 49 bis 53:

ausbremsen. Deshalb möchten wir das Vorkaufsrecht der Bezirke mit einem Ankauffonds absichern ~~und die Grunderwerbssteuer zur Antispekulationssteuer umbauen. Die Verdrängung aufgrund von Luxussanierungen wollen wir eindämmen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die derzeitige Modernisierungumlage entfällt. Um die Energiekosten zu senken, treiben wir die energetische Sanierung voran – mit klaren sozialen Leitplanken.~~

die Bezirke unterstützen, um den Milieuschutz massiv auszubauen

1

und die Grunderwerbssteuer zur Antispekulationssteuer umbauen. Die Verdrängung aufgrund von Luxussanierungen wollen wir eindämmen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die derzeitige Modernisierungumlage entfällt. Um die Energiekosten zu senken, treiben wir die energetische Sanierung voran – mit klaren sozialen Leitplanken.

Unterstützer*innen

LAG Planen, Bauen und Wohnen (06.04.2016)

K1-051 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 50 bis 52:

absichern und die Grunderwerbssteuer zur Antispekulationssteuer umbauen. Die Verdrängung aufgrund von Luxusanierungen wollen wir ~~eindämmen~~ verhindern. Außerdem wollen wir auch Wohnprojekten ermöglichen, weiter zu bestehen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die derzeitige Modernisierungsumlage entfällt. Um die Energiekosten zu senken,

Begründung

Die Verdrängung aufgrund von Luxusanierung nur Eindämmen zu wollen halten wir für zu wenig ambitioniert.

Es fühlen sich viele Wohnprojekt von der Existenz bedroht. Wir wollen verhindern das sie unser Stadtbild verlassen müssen.

K1-051-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Planen, Bauen und Wohnen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 50 bis 52:

absichern und die Grunderwerbssteuer zur Antispekulationssteuer umbauen. Die Verdrängung aufgrund von Luxussanierungen und den Missbrauch von energetischer Sanierung wollen wir eindämmenstoppen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die derzeitige Modernisierungsumlage entfällt. Um die Energiekosten zu senken,

K1-053 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 52 bis 53:

ein, dass die derzeitige Modernisierungsumlage entfällt. Um die Energiekosten zu senken, ~~treiben~~steuern wir ~~die~~um hin zu behutsamer und bezahlbarer energetische Sanierung ~~voran~~—mit klaren sozialen Leitplanken.

Begründung

Energetische Sanierung wird viel zu oft für Verdrängung von Altmietern missbraucht, das wollen wir ändern und hier auch ausdrücken.

K1-053-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 53 einfügen:

Wir setzen uns für den Ausbau der Energiesparberatung ein. Die Einhaltung der Härtefallregelungen bei Strom- und Gassperren muss gewährleistet werden. Haushalte mit geringem Einkommen wollen wir finanziell unterstützen, um Altgeräte gegen energieeffiziente Geräte auszutauschen.

Unterstützer*innen

Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Michael Haberkorn (LAG Gesundheit und Soziales);
Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-054 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 53 bis 55:

Gerade Alleinerziehende, Studierende und Menschen mit geringem Einkommen
oder kleiner Rente

~~Gerade Alleinerziehende, Studierende und Menschen mit geringem Einkommen~~ brauchen bezahlbaren Wohnraum. Dafür braucht es eine stärkere Förderung des Wohnungsneubaus, die

Unterstützer*innen

Michael Haberkorn (LAG Gesundheit und Soziales); Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-056 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 53 bis 57:

Gerade Alleinerziehende, Studierende und Menschen mit geringem Einkommen brauchen bezahlbaren Wohnraum. Dafür braucht es eine stärkere Förderung des Wohnungsneubaus, die ausreichend und vor allem bezahlbaren Wohnraum schafft und eine neue Liegenschaftspolitik, die keine zentralen Grundstücke verkauft und nach guten Nutzungskonzepten vergibt.

~~Gerade Alleinerziehende, Studierende und Menschen mit geringem Einkommen brauchen bezahlbaren Wohnraum. Dafür braucht es eine stärkere Förderung des Wohnungsneubaus, die ausreichend und vor allem bezahlbaren Wohnraum schafft.~~ Energiesparendes Bauen mit ökologischen Baumaterialien ist nachhaltig und sozial: Denn was wir heute bauen, wird für

Unterstützer*innen

Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Michael Haberkorn (LAG Gesundheit und Soziales);
Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-059 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 58 bis 62:

viele Jahrzehnte nutzbar sein und dafür sorgen, dass die Energie- und Heizkosten nicht durch die Decke gehen. ~~Wir wollen insbesondere Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Baugruppen ermöglichen, an einer ökologischen und sozialen Stadtentwicklung mitzuwirken. Mittelfristig wollen wir den Anteil der Non-Profit-Wohnungswirtschaft am gesamten Berliner Wohnungsbestand von heute knapp 30 Prozent auf mindestens 40 Prozent erhöhen.~~

Für mehr Barrierefreiheit und Bezahlbarkeit wollen wir ein Förderprogramm für den Anbau von Aufzügen auflegen.

Wir wollen insbesondere Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Baugruppen ermöglichen, an einer ökologischen und sozialen Stadtentwicklung mitzuwirken. Mittelfristig wollen wir den Anteil der Non-Profit-Wohnungswirtschaft am gesamten Berliner Wohnungsbestand von heute knapp 30 Prozent auf mindestens 40 Prozent erhöhen.

Unterstützer*innen

Michael Haberkorn (LAG Gesundheit und Soziales); Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-062 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 62 bis 63 einfügen:

Den Abriss preiswerten Wohnraums für teure Neubauten wollen wir durch strengeres Bauordnungsrecht und besser koordiniertes Verwaltungshandeln verhindern. Wenn andererseits erforderlicher Wohnungsneubau durch Liegenlassen oder Weiterverkauf von Baugrundstücken verzögert und gefährdet wird, soll dem mit Baugeboten oder Vorkaufsrechten begegnet werden. Sozial verträglich und energetisch nachhaltig: Das sind grüne Maßstäbe für neues Bauen, die

Begründung

Abriss preisgünstigen Wohnraums im Bestand, auch für geplante Wohnungsneubauten, verschärft den Mangel gerade in diesem besonders dringend benötigten Angebotssegment und führt im Zuge der Entmietung oft zur Verdrängung der Bewohner*innen. Insbesondere außerhalb von Sanierungs- oder Erhaltungsgebieten (Milieuschutz) fehlen heute wirksame Untersagungsmöglichkeiten. Hier bedarf es einer dringenden Abhilfe. Andererseits wird das vorrangige Ziel, dringend benötigte zusätzliche Wohnungen durch Neubau im Zuge verträglicher Nachverdichtung in Bestandsquartieren oder auf gut erschlossenen innerstädtischen Baugrundstücken zu schaffen, oft durch vorrangig an spekulativen und preistreibenden Grundstücksgeschäften interessierten Investoren blockiert. In anderen Städten werden dagegen die vorhandenen Instrumente des Bau- und Planungsrechts deutlich konsequenter und erfolgreicher eingesetzt als in Berlin.

Unterstützer*innen

Martin Reents (Abteilung Ökologie); Julia Gerometta (Abteilung Ökologie); Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Volkmar Nickol (LAG Migration); Jenny Wieland (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Peter Brenn (KV Pankow); Ansgar Gusy (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Parwin Kouloubandi (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-063 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Thomas Weigelt, Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 63 bis 65 einfügen:

Sozial verträglich und energetisch nachhaltig: Das sind grüne Maßstäbe für neues Bauen, die in städtebaulichen Verträgen festgeschrieben werden müssen. Unser Ziel sind **mindestens** 30 Prozent kostengünstiger Wohnraum bei privaten und 50 Prozent bei öffentlichen Bauvorhaben. Das

Begründung

Die Werte sollten Mindestwerte sein. In einigen Bezirken haben die Bezirksverordnetenversammlungen bereits höhere Zielmarken beschlossen. Wenn Bezirke und Investoren einen höheren Anteil vereinbaren, ist dies natürlich noch besser. Dies sollte klargestellt werden.

Unterstützer*innen

Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Jonas Schemmel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Magnus Heise (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Lisa Thormählen (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Jutta Schmidt-Stanojevic (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Berna Gezik (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sarah Jermutus (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Turgut Altgut (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Kitzig (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Hans Panhoff (Stadtrat, KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-065 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 64 bis 67 löschen:

in städtebaulichen Verträgen festgeschrieben werden müssen. Unser Ziel sind 30 Prozent kostengünstiger Wohnraum bei privaten und 50 Prozent bei öffentlichen Bauvorhaben. ~~Das Mietenbündnis mit den Berliner Wohnungsbaugesellschaften wollen wir weiterentwickeln und den Milieuschutz ausbauen.~~

Begründung

stattdessen einfügen in Zeile 50: „Deshalb möchten wir das Vorkaufsrecht der Bezirke mit einem Ankauffonds absichern...“, die Bezirke unterstützen, um den Milieuschutz massiv auszubauen...“

Begründung: Mietenbündnis läuft aus, jetzt gibt es das Wohnraumversorgungsgesetz

Unterstützer*innen

LAG Planen, Bauen und Wohnen (06.04.2016)

K1-065-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 64 bis 67:

in städtebaulichen Verträgen festgeschrieben werden müssen. Unser Ziel sind 30 Prozent kostengünstiger Wohnraum bei privaten und 50 Prozent bei öffentlichen Bauvorhaben. ~~Das Mietenbündnis mit den Berliner Wohnungsbaugesellschaften wollen wir weiterentwickeln und den Milieuschutz ausbauen.~~

Das Wohnraumversorgungsgesetz, das das erfolgreiche Mietenvolksbegehren erzwungen hat, muss nachgebessert werden. Die Wohnraumvergabe sowie Mietenpolitik der Landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wollen wir sozial gerechter gestalten, indem vor allem einkommensschwache Mieter*innen entlastet werden. Auch soll die neu gegründete Anstalt öffentlichen Rechts „Wohnraumversorgung Berlin“ jährliche Zielvorgaben der Landeseigenen Wohnungsunternehmen konkret mitentwickeln, Kontrolle ausüben und für mehr Transparenz sorgen. Die Parlamentarische Kontrolle soll ebenfalls ausgebaut werden.

Unterstützer*innen

LAG Planen, Bauen und Wohnen (06.04.2016)

K1-067 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 67 einfügen:

Damit nicht immer mehr Freiräume schwinden wollen wir Wohnungs-, Gewerbe- und Infrastruktur-Neubauten durch behutsame Verdichtung im Bestand erreichen, bei dem wo immer möglich neue Freiräume und für die jetzigen Bewohner*innen ein Mehrwert entstehen. Das können besser nutzbare grüne Höfe und Dächer, Gärten oder verkehrsberuhigte Straßen mit Sitzgelegenheiten, ein neuer Sportplatz oder ein Ort für Kunst, Kneipe und Kultur sein.

Andererseits werden wir auch neue Quartiere erschließen, damit die Verdichtung ein verträgliches Maß nicht überschreitet.

Auch ist es erforderlich, mehr als bisher gemeinsam mit Brandenburg über die Entwicklung im rasch wachsenden Berliner Umland zu sprechen und S-Bahn, Schulen und andere nötige Infrastruktur sowie Wohnpotenziale gut von seiten Berlins und Brandenburgs zu erschließen.

Begründung

Wir nutzen alle Chancen für Innenentwicklung, und zwar mit Maß und Plan.

K1-067-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 67 einfügen:

Zudem bekämpfen wir entschlossen den Rassismus auf dem Wohnungsmarkt.

Begründung

Menschen, die nicht-deutsch aussehen, einen nicht-deutschen Namen haben und/oder als islamisch markiert werden, haben es sehr schwer, eine Wohnung zu bekommen. Oft wird ihnen bereits die Wohnbesichtigung verwehrt und führt so zum weiteren sozialen Ausschluss durch Rassismus auf dem Wohnungsmarkt. Und diesem möchten wir ein Ende setzen.

Unterstützer*innen

Frank Strobel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht); Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf); Urban Aykal (KV Steglitz-Zehlendorf); Jonas Boysen (KV Mitte); Ingrid Ochse (KV Mitte); Bernhard Kern (KV Mitte); Gökhan Akgün (KV Mitte); Bertrand Njoume (KV Mitte)

K1-068 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Florian Schärdel, Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 68 bis 71:

Wir stehen für einen nachhaltigen Berlin-Tourismus, der auf einen Interessenausgleich ~~mit den Anwohner*innen~~ zwischen Anwohner*innen, Gewerbetreibenden und Besucher*innen setzt. Dafür wollen wir künftig touristisch stark beanspruchte Bezirke und Kieze z.B. beim Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und der Pflege der Parks und Grünflächen durch Mittel aus der City-Tax unterstützen. Wir wollen die Zweckentfremdung durch Ferienwohnungen eindämmen und die Ansiedlung von Hotels und Hostels durch einen Hotelentwicklungsplan besser steuern. Der Tourismus soll weder die Mieter*innen noch Gewerbetreibende aus ihren Kiezen verdrängen. Die vielfältigen und lebendigen Kiezstrukturen müssen erhalten bleiben – davon profitieren am Ende alle, denn diese Mischung macht die Attraktivität der Stadt aus. Der Berliner Senat muss endlich ein stadt- und kiezverträgliches Tourismuskonzept erarbeiten, anstatt nur auf reine Masse zu setzen. Nur wenn Berlin beim Tourismus stärker auf Qualität statt reiner Masse setzt, kann die Stadt auch langfristig für

Begründung

Die Zahl der Berlin-Besucher*innen steigt von Jahr zu Jahr und wir freuen uns, dass ihnen unsere Stadt so gut gefällt. Die Besucher*innen tragen zum offenen Flair bei und bringen neue Idee mit nach Berlin. Allerdings bedarf es gerade in den touristisch stark frequentierten Bezirken und Kiezen einen Interessenausgleich zwischen Anwohner*innen, Gewerbetreibenden und Besucher*innen. Wir Grüne setzen uns schon seit Jahren für die Entwicklung eines nachhaltigen Großstadttourismus ein, der die stadtentwicklungspolitische Dimension des Tourismus mitdenkt. Der Senat hat die Bezirke mit den Herausforderungen bislang alleine gelassen. Durch einen Teil der Einnahmen aus der City-Tax sollen die Bezirke in die Lage versetzt werden, öffentliche Toiletten zu bauen, Parks zu pflegen, Müll zu beseitigen oder die lokale Kulturszene zu unterstützen.

Unterstützer*innen

Monika Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Frank Bertermann (KV Mitte); Marianne Burkert-Eulitz (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-070 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 69 bis 72 löschen:

den Anwohner*innen setzt. Wir wollen die Zweckentfremdung durch Ferienwohnungen eindämmen und die Ansiedlung von Hotels und Hostels besser steuern. ~~Nur wenn Berlin beim Tourismus stärker auf Qualität statt reiner Masse setzt, kann die Stadt auch langfristig für Besucher*innen aus aller Welt attraktiv bleiben.~~

Begründung

Der Satz ist missverständlich und unnötig, mit "nachhaltigem Berlin-Tourismus" ist im ersten Satz des Absatzes dasselbe schon gesagt.

K1-070-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 69 bis 71 einfügen:

den Anwohner*innen setzt. Wir wollen die Zweckentfremdung durch Ferienwohnungen eindämmen und die Ansiedlung von Hotels und Hostels besser steuern. Auf Berlins Wasserstraßen setzen wir uns für den Erhalt der Bunten Flotte und die Förderung nachhaltiger, elektromobiler Fortbewegung ein.

Nur wenn Berlin beim Tourismus stärker auf Qualität statt reiner Masse setzt, kann die Stadt auch langfristig für

Begründung

Die Nutzung von Berlins Wasserstrassen ist dominiert von der großen Fahrgastsschiffahrt. Diese versucht auch über Lobbyarbeit auf Bundesebene derzeit massiv, die kleineren Konkurrenten von der sogenannten Bunten Flotte vom Wasser zu drängen. Dabei ist gerade in Berlin die Vielfalt auf dem Wasser ein wichtiges Aushängeschild - für Tourismus aber auch für Wirtschaft, bsp. die Filmwirtschaft, die eher die kleineren Charter nutzt. Auch hinsichtlich Anlegestellen und Schleusenzeiten wird die Bunte Flotte mehr und mehr benachteiligt. Das hindert auch innovative Betreiber von Wassertaxis und Solarbooten am Betrieb. Wir wollen die Vielfalt auf dem Wasser erhalten und gleichzeitig nachhaltig engagierte Unternehmen unterstützen. Und endlich auch die notwendige Umrüstung der großen Fahrgastsschiffahrt konsequent vorantreiben. Die Zulassung weiterer großer Fahrgastsschiffe auf der Innenspree zwischen Historischem Hafen und Kongresshalle muss dabei auch auf den Prüfstand.

Unterstützer*innen

Silke Gebel (KV Mitte); Renate Künast (KV Tempelhof-Schöneberg); Andre Stephan (KV Tempelhof-Schöneberg); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Svenja Ahmann (KV Mitte); Henning Bublitz (KV Mitte); Lucas Gerrits (KV Mitte); Taylan Kurt (KV Mitte)

K1-070-3 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 69 bis 72:

den Anwohner*innen setzt. Wir wollen die Zweckentfremdung durch Ferienwohnungen eindämmen und die Ansiedlung von Hotels und Hostels besser steuern. Nur wenn Berlin ~~beim Tourismus stärker auf Qualität statt reiner Masse setzt~~ein durchdachtes Tourismuskonzept umsetzt, kann die Stadt auch langfristig für Besucher*innen aus aller Welt attraktiv bleiben und Tourismus anwohner*innenfreundlich gestaltet werden.

Begründung

Der ursprüngliche Text suggeriert, dass wir nur noch Touristen wollen, die Geld nach Berlin bringen

K1-072 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 72 einfügen:

Wir brauchen nicht nur dringend Wohnungen, sondern auch mehr Räume für soziale Infrastruktur wie Kitas und Kulturzentren und kleines, vielfältiges Gewerbe. Deshalb setzen wir uns für eine bundesrechtliche Regelung ein, einen Mietspiegel, eine Mietpreisbremse, einen Milieu- sowie verbesserten Kündigungsschutz auch für Gewerbe einführen zu können. Auch soll die Umwandlung von Gewerberäumen in Wohnraum in Milieuschutzgebieten genehmigungspflichtig werden. Bei Neubauvorhaben der Landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sollen diese Bedarfe berücksichtigt werden. Daneben wollen wir eine Gewerbevermittlungagentur gründen, die besonders den Erhalt der sozialen Infrastruktur zur Aufgabe hat.

Unterstützer*innen

Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf);
Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-092 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 91 bis 93 einfügen:

ohne weitere Kostenexplosionen, ohne teure Umplanungen oder Erweiterungen an den Start gehen. Wir werden keinen Billigflugbetrieb mit Steuergeldern subventionieren. Der BER muss zügig fertiggestellt werden und endlich an den Start gehen. Wir werden keinen Billigflugbetrieb mit Steuergeldern subventionieren, sondern uns für wirtschaftlich tragfähige Flughafentgelte einsetzen, die auch zur Steuerung der Nachfrage und dem Lärmschutz dienen. Und wir bleiben dabei: Tegel schließt, sobald der BER öffnet!

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Mobilität

K1-093 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 92 bis 93:

gehen. Wir werden keinen Billigflugbetrieb mit Steuergeldern subventionieren. Und wir bleiben dabei: Tegel schließt, sobald der BER öffnet! Dann kann dort endlich das wichtige und lang ersehnte Stadtviertel entstehen, das wir für Wohnen und Arbeiten aktivieren wollen. Gerade für Unternehmen und Gründer*innen der Industrie 4.0 wollen wir hier einen Campus entwickeln.

Begründung

Wir sehen das Schließen von Tegel nicht nur als logische Konsequenz nach der Eröffnung des BER, sondern auch als Chance für ein neues (digitales) Stadtviertel zum Arbeiten und Wohnen. Die Nutzung Tegels für einen Standort der Industrie 4.0 schlagen beispielsweise auch die VerfasserInnen der Studie "Berlin 2030" des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung vor, um dem Megatrend Digitalisierung gerecht zu werden und die Potenziale für Berlin zu nutzen. Da viele Unternehmen darauf warten und das Schließen Tegels nicht Konsens aller Parteien ist, sollten wir hier explizit schreiben, dass wir den Standort nutzen und dort einen Campus entwickeln wollen. Dadurch machen wir deutlich, dass wir die Entwicklungen aufgreifen und dafür konkrete Perspektiven liefern.

Unterstützer*innen

Stefan Gelbhaar (KV Pankow); Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte)

K1-094 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 94 bis 96:

Auch die Angestellten im öffentlichen Dienst Berlins verdienen Besseres als die unzumutbare Überlastung, zu der eine verfehlte Personalpolitik, ein hoher Krankenstand und ~~unterbesetzte~~unbesetzte Stellen geführt haben. Damit muss Schluss sein. Wir setzen auf eine intelligente

Begründung

Sprachlich

K1-097 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Thomas Künstler (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 96 bis 98 einfügen:

Stellen geführt haben. Damit muss Schluss sein. Wir setzen auf eine intelligente Personalentwicklung, die Mitarbeiter*innen motiviert und fördert. Dazu gehört, auch für die öffentliche Verwaltung das Arbeiten im Home-Office zu ermöglichen. Und auf eine moderne Verwaltung, die sich die Chancen der Digitalisierung endlich zu Nutze macht. Vor allem in

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Bernhard Kern (LAG Netzpolitik); Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); LAG Netzpolitik (beschlossen am 24.03.2016)

K1-098 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 97 bis 99 einfügen:

Personalentwicklung, die Mitarbeiter*innen motiviert und fördert. Und auf eine moderne Verwaltung, die sich die Chancen der Digitalisierung endlich zu Nutze macht. Auch, weil unsere Wirtschaft eine funktionierende Verwaltung braucht. Vor allem in den Bezirksverwaltungen braucht es neues Personal, denn sie erbringen einen Großteil der

Begründung

Die nicht funktionierende Verwaltung wird für weite Teile der Wirtschaft immer mehr zum Problem und das beschreibt noch eine weitere Dimension als den reinen Bürger*innen-Service, da hier durch weiteres Nicht-Handeln die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt gefährdet wird.

Unterstützer*innen

Michael Schäfer (KV Mitte); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K1-099 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Thomas Künstler (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 98 bis 100 einfügen:

Verwaltung, die sich die Chancen der Digitalisierung endlich zu Nutze macht. Vor allem in den Bezirksverwaltungen braucht es neues Personal, eine moderne Ausstattung und mehr Ausbildung, damit die elektronische Akte und eine schnelle Bearbeitung nicht Ausnahme sondern Standard wird, denn sie erbringen einen Großteil der Leistungen für die Berliner*innen. Wir wollen die Bezirke stärken und ihre finanzielle

Begründung

Personal ohne moderne Ausbildung und fehlender Ausstattung nützt halt auch nix.

Unterstützer*innen

Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Nikolas Becker (LAG Netzpolitik); Svea Balzer (KV Steglitz-Zehlendorf); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Bernhard Kern (LAG Netzpolitik); Anja Schillhaneck (Abt. Wissenschaft); Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); LAG Netzpolitik (beschlossen am 24.03.2016)

K1-105 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 104 bis 106:

Schuldenbremse ist dies auch in Zukunft unerlässlich. Aber die städtische Infrastruktur darf nicht länger auf Verschleiß fahren. ~~Denn jede marode Straße oder kaputte Schultoilette kommt Berlin und das öffentliche Vermögen auf lange Sicht teuer zu stehen.~~

Wofür das Geld der Steuerzahler*innen ausgeben wird, ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Wir dürfen unseren Kindern keine milliarden schweren Schuldenberge, keine marode Infrastruktur und den Ausverkauf öffentlicher Grundstücke hinterlassen. Jedes Schlagloch ist ein Haushaltsloch, jedes kaputte Schuldach reißt ein Defizit: unterlassene Instandhaltung ist eine besonders teure Form der Verschuldung. Berlin wächst und damit steigen auch die Anforderungen an die Infrastruktur. Jetzt gilt es, nachhaltig zu investieren und die Stadt im Wandel ökologisch und sozial zu gestalten - damit Berlin wieder funktioniert und eine lebenswerte Metropole bleibt.

Begründung

Der Sanierungsstau und die notwendigen Investitionen sind zentral für unser Wahlprogramm, daher sollte dieser Aspekt deutlicher ausgeführt werden.

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck (Abteilung Wissenschaft); Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Jochen Biedermann (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, GRÜNE JUGEND Berlin); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-106 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 105 bis 106 einfügen:

nicht länger auf Verschleiß fahren. Denn jede marode Straße oder kaputte Schultoilette kommt Berlin und das öffentliche Vermögen auf lange Sicht teuer zu stehen. Um bei Ausschreibungen und Vergaben von Leistungserbringung die Steuergelder verantwortungsvoll auszugeben, werden wir unter anderem für bezirkliche Ausschreibungen rechtssichere Qualitätsstandards definieren und die Ausstattung der Vergabestellen für die nötigen Kontrollen besser ausstatten.

Unterstützer*innen

Inka Seidel (KV Marzahn-Hellersdorf); Almut Rieger (KV Marzahn-Hellersdorf)

K1-107 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 107 bis 109 einfügen:

Finanzielle Gestaltungsspielräume und steigende Steuereinnahmen setzen wir für Zukunftsinvestitionen ein. Über den Bundesrat werden wir die Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögensteuer initiieren, um jährlich über 500 Millionen Euro zusätzliche Steuereinnahmen für unsere Stadt zu erzielen. Statt Reformstau und Wahlkampfgeschenken brauchen wir Investitionen in die Energiewende und ein Berliner Klima-Stadtwerk, in eine nachhaltige

Begründung

Ein Prozent der Bevölkerung besitzt schon über ein Drittel des gesamten Vermögens – und trägt dennoch immer weniger zur Staatsfinanzierung bei. Deutschland liegt hier deutlich hinter dem Durchschnitt der OECD-Länder – ein Paradies für Vermögensmillionäre. Eine Vermögensteuer ist daher auch eine Gerechtigkeitssteuer. Wie in Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Thüringen ist es Ziel unserer grünen Politik bei Regierungsbeteiligung diesen bundespolitischen Akzent zu setzen. Das ermöglicht weitere Investitionen in gute Bildung, bezahlbaren Wohnraum oder den Klimaschutz und macht Berlin gerechter.

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck (Abteilung Wissenschaft); Dr. Christiane Fry (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Parwin Kouloubandi (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Arif Koray Özbagci (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Andreas Audretsch (KV Neukölln); Hinrich Westerkamp (KV Reinickendorf); Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf); Wolfgang Remmers (KV Kreisfrei); Bola Olalowo (KV Kreisfrei)

K1-115 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: lag gesundheit und soziales

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 115 bis 116 einfügen:

Die Wirtschaft wächst, doch längst(1) nicht alle profitieren vom Aufschwung. Berlin ist immer noch die Hauptstadt der Kinderarmut, der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit und der prekären Jobs.

Von Zeile 120 bis 123:

für alle. Der Berliner Senat beschränkt sich seit Jahren auf die Dokumentation der sozialen Ungerechtigkeiten, ~~mit der Folge, dass~~ ohne eine wirksame Strategie gegen die wachsende soziale Spaltung ~~weiter voranschreitet~~ zu entwickeln.(2). Wir wollen Armut nicht länger nur in der Statistik verstecken, Statistiken erfassen(3) sondern frühzeitig bekämpfen und wirksam vermeiden: Mit einer Bildungsoffensive für junge Menschen, die Förderung brauchen;

Begründung

(1) verstärkend eingefügt, (2)genauerer Angriff und Auftrag für uns, (3)Statistiken gibt es viele und auch veröffentlicht, nur gehandelt wird nicht (

K1-115-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 115 bis 117 einfügen:

Die Wirtschaft wächst, doch nicht alle profitieren vom Aufschwung. Berlin ist immer noch die Hauptstadt der Kinderarmut, der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit und der prekären Jobs. Die öffentliche Hand werden wir zum Vorbild für gute Arbeit machen – „prekär im öffentlichen Auftrag“ darf es nicht mehr geben. Sachgrundlose Befristungen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin egal ob bei unmittelbar oder bei ihren jeweiligen Tochterunternehmen Beschäftigten werden wir abschaffen. Wer durch die öffentliche Hand finanziert wird, sei es in der Grünpflege, an den Musikschulen, in der Wissenschaft, in unseren Krankenhäusern oder im Bereich Kunst und Kultur, hat einen Anspruch auf faire Bezahlung. Und auch in unserer Stadt ist Armut oftmals weiblich. Wir wollen nicht akzeptieren, dass

Unterstützer*innen

Almut Rieger (KV Marzahn-Hellersdorf); Inka Seidel (KV Marzahn-Hellersdorf)

K1-115-3 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 115 bis 118:

Die Wirtschaft wächst, doch nicht alle profitieren vom Aufschwung. Berlin ist immer noch die Hauptstadt der ~~Kinderarmut~~Kinder- und Familienarmut, der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit und der prekären Jobs. Und auch in unserer Stadt ist Armut oftmals weiblich. Gerade Alleinerziehende und ihre Kinder benötigen soziale und materielle Sicherheit. Wir wollen nicht akzeptieren, dass Menschen an den Rand gedrängt werden, weil sie keine Erwerbsarbeit haben, sich ihre Miete

Unterstützer*innen

Bahar Haghanipour (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik); Michael Ruben Bandt (AG Kinder, Jugend und Familie); Marianne Burkert-Eulitz (AG Kinder, Jugend und Familie); Simon Ebner (AG Kinder, Jugend und Familie); Armin Emrich (AG Kinder, Jugend und Familie); Malte Jansen (AG Kinder, Jugend und Familie); Bernd Schwarz (AG Kinder, Jugend und Familie); Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie); Dr. Christiane Fry (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K1-115-4 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 115 bis 118:

Die Wirtschaft wächst, doch nicht alle profitieren vom Aufschwung. Berlin ist immer noch die Hauptstadt der ~~Kinderarmut~~Kinder- und Familienarmut, der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit und der prekären Jobs. Und auch in unserer Stadt ist Armut oftmals weiblich. Gerade Alleinerziehende und ihre Kinder benötigen soziale und materielle Sicherheit. Wir wollen nicht akzeptieren, dass Menschen an den Rand gedrängt werden, weil sie keine Erwerbsarbeit haben, sich ihre Miete

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Bahar Haghanipour (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik); Michael Ruben Bandt (AG Kinder, Jugend und Familie); Marianne Burkert-Eulitz (AG Kinder, Jugend und Familie); Simon Ebner (AG Kinder, Jugend und Familie); Armin Emrich (AG Kinder, Jugend und Familie); Malte Jansen (AG Kinder, Jugend und Familie); Bernd Schwarz (AG Kinder, Jugend und Familie); Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie); Dr. Christiane Fry (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K1-117 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 116 bis 118:

Hauptstadt der Kinderarmut, der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit und der prekären Jobs. Und auch in unserer Stadt ~~ist~~sind insbesondere Frauen* von Armut ~~oftmals weiblich~~betroffen. Wir wollen nicht akzeptieren, dass Menschen an den Rand gedrängt werden, weil sie keine Erwerbsarbeit haben, sich ihre Miete

K1-124 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 123 bis 125 löschen:

wirksam vermeiden: Mit einer Bildungsoffensive für junge Menschen, die Förderung brauchen; Und mit sinnstiftenden Beschäftigungsangeboten für Langzeitarbeitslose, ~~die dem Gemeinwohl zu Gute kommen und~~ die das Land selbst anbietet.

Begründung

Die Formulierung suggeriert, dass Arbeitslose keinen Nutzen für das Gemeinwohl haben.

K1-125 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 125 einfügen:

Und mit einer stadtweiten Strategie und einem Maßnahmenkatalog, damit wir Wohnungs- und Obdachlosigkeit abbauen und vermeiden.

Unterstützer*innen

Michael Haberkorn (LAG Gesundheit und Soziales); Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-130 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 129 bis 131 einfügen:

Berliner Kinder lebt von Sozialleistungen. Darum werden wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut schaffen, in dem alle Institutionen gemeinsam Hilfe organisieren. Dabei setzen wir auf die Stärkung der regulären sozialen Infrastruktur vor allem in den Bezirken statt auf immer neue Sonderprogramme. Das Prinzip der Sozialraumorientierung gilt für uns ganz generell: Hilfe direkt vor Ort, aus einer Hand, nah

Unterstützer*innen

Inka Seidel (KV Marzahn-Hellersdorf); Almut Rieger (KV Marzahn-Hellersdorf)

K1-133 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: lag ges-soz

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 132 bis 134:

bei den Menschen und angepasst an ihre Bedürfnisse. Um Wohnungsverlust, Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit zu verhindern, ~~regeln~~verstärken wir die ~~so-genannten „Kosten der Unterkunft“~~präventive soziale Beratung und regeln die Mietkostenübernehmen für Wohnungsnotfälle grundlegend neu. (1)

Begründung

das Hilfeangebot ist kompletter dargestellt und die "Kosten der Unterkunft" verständlicher für Nicht-Sozi-Bezieher formuliert.

K1-134 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 134 einfügen:

Bis zu einer Neuregelung sollen auch Kosten oberhalb der momentanen Richtwerte übernommen werden.

Unterstützer*innen

Michael Haberkorn (LAG Gesundheit und Soziales); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-135 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 135 bis 137:

~~Eine gute Grundversorgung ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und Teilhabe. Unser Ziel ist eine moderne, ökologische Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand zu bezahlbaren Preisen.~~ Eine moderne, ökologische Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand und zu bezahlbaren Preisen, die über eine Grundversorgung hinausgeht, ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und Teilhabe. Die öffentlichen Unternehmen leisten viel für die Lebensqualität in unserer Stadt. Die

Begründung

Der Rückzug der öffentlichen Hand aus der Öffentlichen Daseinsvorsorge in den 90er-Jahren vollzog sich teilweise vor einem ideologischen Hintergrund. Private Unternehmen sollten eine viel bessere und auch billigere Grundversorgung als die öffentliche Daseinsvorsorge anbieten können. Dies hat sich so nicht bewahrheitet. Zwischenzeitlich wird deutlich, Private erweisen sich als nachlässig, was die notwendigen Erhaltungsinvestitionen der Daseinsvorsorge-Infrastruktur betrifft. Die Kosten für die Bürgerinnen und Bürger liegen vielfach, wie bspw. beim Berliner Wasser vom Kartellamt festgestellt, aufgrund überzogener Gewinnerwartung deutlich über den vergleichbaren Kosten Öffentlicher Daseinsvorsorge. Vom Bundesrechnungshof wurde auch nachgewiesen, dass die private Bereitstellung mit erheblich höheren Finanzierungskosten verbunden ist als die öffentliche, sich also langfristig auch nicht rechnet. Unsere Vorstellung einer Daseinsvorsorge geht deshalb deutlich über die Gewährleistung einer Grundversorgung hinaus.

K1-137 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 136 bis 138 einfügen:

ist eine moderne, ökologische Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand zu bezahlbaren Preisen. Die öffentlichen Unternehmen leisten viel für die Lebensqualität in unserer Stadt und sind ein wichtiger Motor der positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Die Privatisierungen der Vergangenheit waren schwere Fehler, die die Berliner*innen teuer zu

Begründung

Die Rolle der öffentlichen Unternehmen auch als Motor der Berliner Wirtschaft wird oft unterschätzt und soll mit diesem Halbsatz deutlich gemacht werden.

Unterstützer*innen

Michael Schäfer (KV Mitte); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K1-139 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Almut Rieger (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 138 bis 141:

Privatisierungen der Vergangenheit waren schwere Fehler, die die Berliner*innen teuer zu stehen gekommen sind. ~~Für die Zukunft wollen wir unsere öffentlichen Unternehmen fit machen, damit sie ihre Aufgaben gut und bürgernah erfüllen können – ganz gleich ob es dabei um die Krankenversorgung, um Wohnen, Wasser, Strom oder die Abfallwirtschaft geht.~~ Deshalb werden wir dafür eintreten, dass die im Verantwortungsbereich des Landes Berlin liegenden Unternehmen sowohl ihre Beschäftigten, wie auch die in ihren jeweiligen Tochterunternehmen angestellten Mitarbeiter, nach den jeweils gültigen Tarifen fair entlohnen. Das beinhaltet keine weiteren Ausgründungen vorzunehmen und bereits gegründete Tochterfirmen inklusive Personal rückzuführen. Dieser Prozess sollte mit der Vivantes-Tochter "Therapeutische Dienste GmbH" beginnen.

Damit treten wir gegen prekäre Beschäftigung im Verantwortungsbereich des Landes Berlin ein und sorgen für eine gesicherte öffentliche Daseinsvorsorge.

Wir machen unsere öffentlichen Unternehmen fit für die Zukunft, damit sie ihre Aufgaben gut und bürgernah erfüllen können - ganz gleich ob es dabei um die Krankenversorgung, um Wohnen, Wasser, Strom oder die Abfallwirtschaft geht.

Begründung

Indem wir diese Forderung mit aufnehmen vernetzen wir uns gut in Berlin und setzen ein deutliches Zeichen gegen Ausgliederungen zum Zwecke der Tariffucht.

Erst unlängst, am 24.02.16, hat sich der Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin in seiner Antwort auf Petition Nr. 5687/17 gegen Ausgründungen ausgesprochen: "Der Hauptausschuss lehnt Ausgründungen bei landeseigenen Unternehmen mit dem Ziel der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter grundsätzlich ab."

Aktuell sind in Berlin 40% der Menschen prekär beschäftigt. Menschen, die in prekären finanziellen Verhältnissen leben können ihr Konsumverhalten nicht an nachhaltigen und/oder ökologischen Kriterien orientieren und damit nicht zur Zukunftssicherung unserer Gesellschaft beitragen. Zudem werden sie durch Altersarmut unseren Kindern und Kindeskindern finanziell zur Last fallen. Auch kurzfristige Sparvorteile für die Landeskasse in der Gegenwart rechtfertigen es nicht, diese Bürde den Nachfolgenden aufzubinden.

Unterstützer*innen

Stefan Ziller, KV Marzahn-Hellersdorf; Inka Seidel, KV Marzahn-Hellersdorf

K1-141 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 140 bis 141 einfügen:

damit sie ihre Aufgaben gut und bürgernah erfüllen können - ganz gleich ob es dabei um die Krankenversorgung, um Wohnen, Wasser, Strom oder die Abfallwirtschaft geht. Sie müssen ausserdem grüne Impulse geben und Vorbild einer nachhaltigen Wirtschaft für die privaten Unternehmen unserer Stadt sein.

Begründung

Die öffentlichen Unternehmen sind nicht nur wichtiger Motor der Wirtschaft, sondern können auch wichtiger Impulsgeber und Vorbild für nachhaltiges Wirtschaften sein. Die Rolle der öffentlichen Unternehmen muss hier deutlich stärker werden.

Unterstützer*innen

Michael Schäfer (KV Mitte); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K1-141-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Energie BB

Beschlussdatum: 06.04.2015

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 140 bis 141 einfügen:

damit sie ihre Aufgaben gut und bürgernah erfüllen können - ganz gleich ob es dabei um die Krankenversorgung, um Wohnen, Wasser, Strom oder die Abfallwirtschaft geht. Wir wollen den Zugang zu Strom und Gas als Grundbedürfnis schützen. Eine Energieschlichtungsstelle soll zwischen Kund*innen und Versorgern bei Zahlungsverzug vermitteln. Zudem sollen Energieberatungsangebote ausgebaut und Menschen mit geringem Einkommen ergänzend finanziell unterstützt werden, damit sie alte energiefressende Haushaltsgeräte austauschen können – auch das Klimastadtwerk wird dazu einen Beitrag leisten.

Begründung

Die Verhinderung von Stromsperrern verlangt vielfältige sozialpolitische Maßnahmen, die über die bloße Beratung in Fragen der Energieeffizienz und -einsparung hinausgehen: Dazu kann die Vermittlung zwischen Stromversorgern- und Stromkunden gehören, die Aushandlung von Tilgungsvereinbarungen, der Austausch mit den Jobcentern oder die Verwaltung von öffentlichen Mitteln, um Menschen mit geringem Einkommen bei der Neuanschaffung von Haushaltgeräten zu unterstützen. Dieses Profil erfüllt das Konzept einer Energieschlichtungsstelle. Wo diese angesiedelt werden soll, welche Ausstattung sie benötigt und wie ihre Arbeit mit den Dienstleistungen des Stadtwerks verknüpft werden soll, wird noch im Detail zu prüfen und zu klären sein.

K1-143 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

In Zeile 143:

~~Geflüchtete/Integration – Europa – Internationales~~

Geschichte - Verantwortung - Zuwanderung

Begründung

Zuwanderung aus Europa und der Welt ist der Schwerpunkt dieses Kapitels, hergeleitet aus unserer Geschichte und der daraus erwachsenden Verantwortung. Das soll dieser Untertitel besser zum Ausdruck bringen

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoğlu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Mitte); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-146 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 145 bis 147 löschen:

lebenswert. Das Berliner Herz schlägt europäisch und international. Berlin ist Schmelztiegel, „~~Maschinenraum~~“ und politisches Zentrum der Republik. Wir werden darauf hinwirken, dass die Bundesministerien endlich vollständig umziehen.

Begründung

unverständlich

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Mitte); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-146-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 145 bis 147:

lebenswert. Das Berliner Herz schlägt europäisch und international. Berlin ist Schmelztiegel, „Maschinenraum“ und politisches Zentrum der ~~Republik~~Bundesrepublik. Wir werden darauf hinwirken, dass die Bundesministerien endlich vollständig umziehen.

Begründung

klingt lebensweltlich besser

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoğlu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Mitte); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-146-3 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 145 bis 147 löschen:

lebenswert. Das Berliner Herz schlägt europäisch und international. Berlin ist Schmelztiegel, „Maschinenraum“ und politisches Zentrum der Republik. ~~Wir werden darauf hinwirken, dass die Bundesministerien endlich vollständig umziehen.~~

Begründung

Ist in diesem Zusammenhang unverständlich, der Schwerpunkt des Kapitels liegt auf der Zuwanderungsthematik, die Bonner sind in diesem Sinne keine Zuwanderer. Ausserdem wäre dann die Diskussion um den Wohnungsmarkt erweitert.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-146-4 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 145 bis 147:

lebenswert. Das Berliner Herz schlägt europäisch und international. Berlin ist Schmelztiegel;
„~~Maschinenraum~~“ und ~~politisches~~das politische Zentrum der Republik. Wir werden darauf hinwirken,
dass die Bundesministerien endlich vollständig umziehen.

Begründung

Sprachlich

K1-147 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 146 bis 147 einfügen:

Schmelztiegel, „Maschinenraum“ und politisches Zentrum der Republik. Wir werden darauf hinwirken, dass die Bundesministerien endlich vollständig umziehen. [Berlin war und ist eine Stadt der Zuwanderung.](#)

Begründung

Zuwanderung aus Europa und der Welt ist das Thema des Kapitels.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoğlu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Mitte); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-147-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Frieden und Internationales

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 146 bis 147 einfügen:

Schmelztiegel, „Maschinenraum“ und politisches Zentrum der Republik. Wir werden darauf hinwirken, dass die Bundesministerien endlich vollständig umziehen (den Satz anderswo zu platzieren).

Begründung

inhaltlich passt nicht rein, Umzug ist eine finanztechnische Angelegenheit

K1-148 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 148 bis 151:

~~Aus der deutschen Geschichte, die ganz besonders auch Berlins Geschichte ist, erwächst die Verantwortung, sich mit der eigenen Vergangenheit bewusst auseinanderzusetzen. Wir wollen die Erinnerung~~
Zur politischen Verantwortung gehört, sich mit der eigenen Vergangenheit bewusst auseinanderzusetzen. Wir wollen deshalb die Erinnerung aufrechterhalten: an die Zeit des Nationalsozialismus, an die Geschichte Berlins als Hauptstadt der DDR, auch an Berlins koloniale Vergangenheit als Hauptstadt des

Begründung

reduziert auf das Wesentliche warum Geschichte (Vergangenheit und Geschichte) notwendig ist.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-148-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 147 bis 151:

Aus der deutschen Geschichte, die ganz besonders auch Berlins Geschichte ist, erwächst die Verantwortung,

sich mit der eigenen Vergangenheit kritisch auseinanderzusetzen. Wir wollen zum

Nachdenken anregen und die Erinnerung aufrechterhalten;

~~Aus der deutschen Geschichte, die ganz besonders auch Berlins Geschichte ist, erwächst die Verantwortung, sich mit der eigenen Vergangenheit bewusst auseinanderzusetzen. Wir wollen die Erinnerung aufrechterhalten:~~ an die Zeit des Nationalsozialismus, an die Geschichte Berlins als Hauptstadt der DDR, auch an Berlins koloniale Vergangenheit als Hauptstadt des

Begründung

Sich allein "bewusst" mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen reicht nicht aus. Wir sollten durch sie Schlüsse auf die Gegenwart ziehen.

K1-148-3 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Frieden und Internationales

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 148 bis 150:

Aus der deutschen Geschichte, die ganz besonders auch Berlins Geschichte ist, erwächst die Verantwortung, sich mit der eigenen Vergangenheit **bewusstkritisch** auseinanderzusetzen. Wir wollen die Erinnerung aufrechterhalten: an die Zeit des Nationalsozialismus, an die Geschichte

K1-151 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (KV Pankow)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 150 bis 152:

die Erinnerung aufrechterhalten: an die Zeit des Nationalsozialismus, an die Geschichte Berlins als ~~Leerzeichen~~ Hauptstadt der DDR **und der Insel West-Berlin**, auch an Berlins koloniale Vergangenheit als Hauptstadt des Deutschen Reiches. Geschichte sichtbar machen: Dazu braucht unsere Stadt ein umfassendes und

Begründung

Die Geschichte des geteilten Berlins, und darin eben auch West-Berlins, mit seiner Entwicklung, ist historisch einmalig und sollte deswegen ebenfalls explizit Erwähnung finden.

K1-152 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 151 bis 153 einfügen:

Berlins als Hauptstadt der DDR, auch an Berlins koloniale Vergangenheit als Hauptstadt des Deutschen Reiches. Neben der systematischen Einbindung der Aufarbeitung im Schulcurriculum wollen wir Geschichte sichtbar machen: Dazu braucht unsere Stadt ein umfassendes und mit dem Bund abgestimmtes Gedenkstättenkonzept. Wir setzen uns für die Bewahrung des Archivs

Begründung

Die Einbindung ins Schulcurriculum ist genauso wichtig wie ein Gedenkstättenkonzept.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-155 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 154 bis 156:

der DDR-Opposition ein und unterstützen die Entwicklung des „Campus der Demokratie“ auf dem Areal des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. ~~Als Weltstadt hat~~ Berlin ~~hat auch~~ auch eine globale Verantwortung. Wir wollen Berlin zur „Fair Trade Town“ machen, zum Beispiel, indem

Begründung

Bescheidener und genauso richtig.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoğlu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Mitte); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-155-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 154 bis 158 löschen:

der DDR-Opposition ein und unterstützen die Entwicklung des „Campus der Demokratie“ auf dem Areal des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. ~~Als Weltstadt hat Berlin auch eine globale Verantwortung. Wir wollen Berlin zur „Fair Trade Town“ machen, zum Beispiel, indem wir bei der öffentlichen Beschaffung dafür sorgen, dass die Produkte nachhaltig sind und nicht aus Kinderarbeit stammen.~~

Begründung

Verschieben nach K3.3 zwischen die Zeilen 103 und 104

Es erscheint nicht sinnvoll an dieser Stelle den Fairerer Handel in Verbindung mit der Bewahrung des Archives der DDR-Opposition zu bringen. Fairer Handel ist essentiell für einen gerechten Welthandel. Darum an die Stelle verschieben, wo es inhaltlich einen Zusammenhang gibt.

K1-155-3 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 114 bis 118:

Die Wirtschaft wächst, doch nicht alle profitieren vom Aufschwung. Berlin ist immer noch die Hauptstadt der Kinderarmut, der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit und der prekären Jobs..

Und auch in unserer Stadt sind oftmals Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte von Armut betroffen.

~~Die Wirtschaft wächst, doch nicht alle profitieren vom Aufschwung. Berlin ist immer noch die Hauptstadt der Kinderarmut, der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit und der prekären Jobs. Und auch in unserer Stadt ist Armut oftmals weiblich.~~ Wir wollen nicht akzeptieren, dass Menschen an den Rand gedrängt werden, weil sie keine Erwerbsarbeit haben, sich ihre Miete

Begründung

Unter den Jugendlichen mit sogenannter Migrationsgeschichte ist beispielsweise die Arbeitslosigkeit höher als unter Jugendlichen, die der Mehrheitsgesellschaft angehören. Das hängt mit verschiedenen Faktoren zusammen, unter anderem auch mit Rassismus auf dem (Aus-)Bildungssystem (wie diverse renommierte Studien belegen).

Unterstützer*innen

Frank Stobel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Demokratische Rechte; Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht); Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf); Urban Aykal (KV Steglitz-Zehlendorf); Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Lilian Seffer (KV Mitte); Jonas Boysen (KV Mitte); Ingrid Ochse (KV Mitte); Bernhard Kern (KV Mitte); Gökhan Akgün (KV Mitte); Bertrand Njoume (KV Mitte)

K1-156 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 155 bis 158:

Areal des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Als Weltstadt hat Berlin auch eine globale Verantwortung. ~~Wir wollen Berlin zur „Fair Trade Town“ machen, zum Beispiel, indem wir bei der öffentlichen Beschaffung dafür sorgen, dass die Produkte nachhaltig sind und nicht aus Kinderarbeit stammen.~~

Wir wollen, dass Berlin zur „Fair Trade Town“ wird und keine Produkte, die aus Kinderarbeit stammen oder unter ökologisch untragbaren Bedingungen hergestellt wurden, beschafft. Von Kaffee über Computer, von Kleidung bis zu Baumaterial - Berlin muss fair, sozial und nachhaltig einkaufen. Mit uns wird das schon lange versprochene Eine-Welt-Haus in Berlin endlich gebaut werden.

Begründung

Zum besseren Verständnis

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck (Abteilung Wissenschaft); Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Jochen Biedermann (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, GRÜNE JUGEND Berlin); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-157 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 157 bis 158:

wir bei der öffentlichen Beschaffung dafür sorgen, dass die Produkte nachhaltig sind und ~~nicht~~ aus ~~Kinderarbeit~~ menschenwürdiger Arbeit stammen.

Begründung

Nicht nur Kinderarbeit ist nicht akzeptabel, auch andere Formen der menschenunwürdigen Arbeit, aber positiv formuliert.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoğlu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-157-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 156 bis 158 einfügen:

globale Verantwortung. Wir wollen Berlin zur „Fair Trade Town“ machen, zum Beispiel, indem wir bei der öffentlichen Beschaffung dafür sorgen, dass die Produkte nachhaltig und umweltfreundlich sind und nicht aus Kinderarbeit stammen.

K1-158 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Oliver Powalla (LAG Energie)

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 158 einfügen:

Fair ausgestaltete Handelsabkommen müssen transparent und demokratisch ausgehandelt werden und höhere soziale und ökologische Standards setzen. CETA und TTIP erfüllen diese Kriterien nicht und würden die Handlungsfreiheit der europäischen Kommunen und damit auch für Berlin massiv einschränken. Deshalb müssen sie gestoppt werden.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Rhea Niggemann (KV Neukölln); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-159 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 159 bis 161:

~~Aus der deutschen Geschichte erwächst auch unsere Verantwortung, Flüchtlingen Hilfe und Unterstützung, aber auch eine neue Heimat in Berlin zu geben.~~ Aufgrund unserer Geschichte und auf der Grundlage unserer Verfassung haben wir die Verantwortung und die rechtliche Verpflichtung, geflüchteten Menschen Hilfe und Unterstützung, aber auch eine neue Heimat mit Perspektiven und Teilhabechancen in Berlin zu geben. Die menschenunwürdigen Zustände am LaGeSo sind eine Schande für Berlin. Auch in den nächsten Monaten und Jahren

Begründung

Die bisherige Formulierung erscheint sehr verkürzt.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-159-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 159 bis 161:

Aus Unter anderem aus der deutschen Geschichte erwächst auch unsere Verantwortung, Flüchtlingen Hilfe und Unterstützung, aber auch ~~eine neue Heimat~~ ein neues soziales Umfeld in Berlin zu geben. Die menschenunwürdigen Zustände am LaGeSo sind eine Schande für Berlin. Auch in den nächsten Monaten und Jahren

Begründung

Die Verantwortung Geflüchteten zu helfen entsteht nicht aus unserem Geschichtsbewusstsein, sondern vor allem aus unseren Idealen.

K1-159-3 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Landesvorstand der Grünen Jugend

Beschlussdatum: 10.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 159 bis 161 einfügen:

Aus der deutschen Geschichte erwächst auch unsere Verantwortung, Flüchtlingen Hilfe und Unterstützung, aber auch eine neue Heimat in Berlin zu geben. Sichere Herkunftsstaaten sind daher ein menschenverachtendes Konstrukt, das wir ablehnen. Die menschenunwürdigen Zustände am LaGeSo sind eine Schande für Berlin. Auch in den nächsten Monaten und Jahren

Begründung

erfolgt mündlich

K1-161 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 160 bis 162:

Unterstützung, aber auch eine neue Heimat in Berlin zu geben. Die menschenunwürdigen Zustände am LaGeSo sind ~~eine Schande für Berlin~~ **unzumutbar**. Auch in den nächsten Monaten und Jahren werden Menschen bei uns Schutz suchen. Wir wollen eine Willkommensbehörde schaffen, die sich

Begründung

sachlicher, sie sind auch eher eine Schande für den Senat.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-161-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 160 bis 163:

Unterstützung, aber auch eine neue Heimat in Berlin zu geben. Die menschenunwürdigen Zustände am LaGeSo sind eine Schande für Berlin. ~~Auch in den nächsten Monaten und Jahren werden Menschen bei uns Schutz suchen~~ Das Aufnehmen von Schutzsuchenden ist eine dauerhafte Aufgabe. Wir wollen eine Willkommensbehörde schaffen, die sich vom ersten Tag an und bis zur gelungenen Integration um die Menschen kümmert. Unser Ziel ist

K1-161-3 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Frieden und Internationales

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 160 bis 163:

Unterstützung, aber auch eine neue Heimat in Berlin zu geben. Die menschenunwürdigen Zustände am LaGeSo sind eine Schande für Berlin. ~~Auch in~~ Wir betrachten es als eine wesentliche Zukunftsaufgabe den ~~nächsten Monaten und Jahren werden~~ Menschen die bei uns Zuflucht suchen, das Recht auf Schutz suchen zu gewähren. Wir wollen eine Willkommensbehörde schaffen, die sich vom ersten Tag an und bis zur gelungenen Integration um die Menschen kümmert. Unser Ziel ist

K1-162 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 161 bis 163:

Zustände am LaGeSo sind eine Schande für Berlin. Auch in den nächsten Monaten und Jahren werden Menschen bei uns Schutz suchen. Wir wollen eine **Willkommensbehörde** **Einwanderungsbehörde** schaffen, die sich vom ersten Tag an und bis zur gelungenen Integration um die Menschen kümmert. Unser Ziel ist

Begründung

Das ist der bisher in unserer Programmatik geläufige Begriff und wurde im Fraktions-Antrag vom März 2013 verwendet. Canan hat damit genau das bezeichnet, was wir wollen: Einwanderung! Die Trennung zwischen Geflüchteten, Arbeitsmigrant*innen und nachziehenden Familienangehörigen (refugees vs. immigrants) lässt sich immer weniger aufrecht erhalten - was wir begrüßen.

Außerdem besteht die Gefahr der Verwechslung mit dem Welcome-Center für EU-Bürger*innen.

K1-162-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 161 bis 164 löschen:

Zustände am LaGeSo sind eine Schande für Berlin. Auch in den nächsten Monaten und Jahren werden Menschen bei uns Schutz suchen. ~~Wir wollen eine Willkommensbehörde schaffen, die sich vom ersten Tag an und bis zur gelungenen Integration um die Menschen kümmert.~~ Unser Ziel ist ein Landesamt für Migration und Flucht, in dem die zuständigen Abteilungen aus dem LaGeSo,

Begründung

mehr Empowerment als Kümmern ist richtig.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-162-3 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Frieden und Internationales

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 161 bis 166:

Zustände am LaGeSo sind eine Schande für Berlin. Auch in den nächsten Monaten und Jahren werden Menschen bei uns Schutz suchen. ~~Wir wollen eine Willkommensbehörde schaffen, die sich vom ersten Tag an und bis zur gelungenen Integration um die Menschen kümmert. Unser Ziel ist ein Landesamt für Migration und Flucht, in dem die zuständigen Abteilungen aus dem LaGeSo, der Ausländerbehörde und die für Integration zuständigen Stellen zusammenarbeiten.~~ Wir wollen eine konsequente Umsetzung der Willkommensbehörde - Landesamt für Migration und Flucht schaffen, in dem die zuständigen Abteilungen aus dem LaGeSo, der Ausländerbehörde und die für Integration zuständigen Stellen gebündelt werden und das sich vom ersten Tag an und bis zur gelungenen Integration um die Menschen kümmert. Dann kann die Prüfung des Aufenthaltsrechts von vornherein mit Beratung verbunden werden. Arbeit und

Begründung

Landesamt für Migration und Flucht befindet sich bereits in der Ausarbeitungphase bei dem SenGesSoz. Geplante Umsetzung - August 2016.

K1-162-4 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Frieden und Internationales

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 161 bis 166 einfügen:

Zustände am LaGeSo sind eine Schande für Berlin. Auch in den nächsten Monaten und Jahren werden Menschen bei uns Schutz suchen. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der Willkommensbehörde - Landesamt für Migration und Flucht schaffen, die sich ("die sich" entfernen) in dem die zuständigen Abteilungen aus dem LaGeSo, der Ausländerbehörde und für Integration zuständigen Stellen gebündelt werden und das sich vom ersten Tag an und bis zur gelungenen Integration um die Menschen kümmert. Unser Ziel ist ein Landesamt für Migration und Flucht, in dem die zuständigen Abteilungen aus dem LaGeSo, der Ausländerbehörde und die für Integration zuständigen Stellen zusammenarbeiten (den Satz "Unser Ziel...zusammenarbeiten" entfernen). Dann kann die Prüfung des Aufenthaltsrechts von vornherein mit Beratung verbunden werden. Arbeit und

Begründung

Die Schaffung des Amtes befindet sich bereits bei SenGesSoz in Arbeit.

K1-162-5 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Frieden und Internationales

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 161 bis 163 einfügen:

Zustände am LaGeSo sind eine Schande für Berlin. Auch in den nächsten Monaten und Jahren werden Menschen bei uns Schutz suchen. den Satz ersetzen auf "Wir betrachten es als eine wesentliche Zukunftsaufgabe den Menschen die bei uns Zuflucht suchen, das Recht auf Schutz zu gewähren". Wir wollen eine Willkommensbehörde schaffen, die sich vom ersten Tag an und bis zur gelungenen Integration um die Menschen kümmert. Unser Ziel ist

K1-163 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 162 bis 165:

werden Menschen bei uns Schutz suchen. Wir wollen eine Willkommensbehörde schaffen, die sich vom ersten Tag an und bis zur gelungenen Integration um die Menschen kümmert. ~~Unser Ziel ist~~ Deshalb werden wir ein Landesamt für Migration und Flucht schaffen, in dem die zuständigen Abteilungen aus dem LaGeSo, der Ausländerbehörde und die für Integration zuständigen Stellen zusammenarbeiten. Dann kann

Begründung

ergibt sich aus dem Zusammenhang (sprachliche Anpassung an die vorhergehende Änderung)

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-165 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 164 bis 166 einfügen:

ein Landesamt für Migration und Flucht, in dem die zuständigen Abteilungen aus dem LaGeSo, der Ausländerbehörde und die für Integration zuständigen Stellen zusammenarbeiten und der Integrationsverwaltung unterstellt werden. Damit wollen wir Entscheidungsspielräume für Bleibeperspektiven besser nutzen und das neue Amt interkulturell öffnen. Dann kann die Prüfung des Aufenthaltsrechts von vornherein mit Beratung verbunden werden. Arbeit und

Begründung

Die Unterstellung der Ausländerbehörde unter die Integrationsverwaltung ist eine grüne Forderung, die derzeit aktueller ist denn je. Die Zusammenlegung von Teilen des LaGeSo und der Ausländerbehörde, wie sie der Senat derzeit vornimmt, hat mit unserer Forderung nichts zu tun: Wir wollen die integrationspolitische Verantwortung der Ausländerrechtlichen Entscheidungen, eine integrationspolitisch bestimmte Personalführung in der Ausländerbehörde, damit diese aufhört ein Angstraum zu sein, und eine kompetente Verweisberatung vor Ort.. Im Hinblick auf Koalitionsverhandlungen ist hier eine klare Formulierung wichtig. Siehe: Wahlbausteine 2011, Fraktionspapier Flüchtlingspolitik Feb. 2014, Antrag März 2013.

K1-167 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 166 bis 168 einfügen:

die Prüfung des Aufenthaltsrechts von vornherein mit Beratung verbunden werden. Arbeit und Bildung sind die Schlüssel für Integration, für Geflüchtete wie für alle Menschen. Manche Bürger*innen fühlen sich abgehängt und betrogen und meinen, sich Solidarität nicht leisten zu können. Auch dies stellt uns vor große Herausforderungen. Integration betrifft alle, nicht nur die neu Eingewanderten. Wir sehen die Unternehmen und Kammern als Partner, wenn es darum geht, die zu uns kommenden Menschen mit ihren Kompetenzen möglichst

Begründung

Integration braucht es von beiden Seiten

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-167-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 166 bis 168:

die Prüfung des Aufenthaltsrechts von vornherein mit Beratung verbunden werden. Arbeit und Bildung sind die Schlüssel für Integration. Wir sehen die **Unternehmen** **das Bündnis für Toleranz** und **Kammern** **Weltoffenheit** als Partner, wenn es darum geht, die zu uns kommenden Menschen mit ihren Kompetenzen möglichst

Begründung

Für die Integration der geflüchteten braucht es ein breites Bündnis aller gesellschaftlichen Akteure. Im Bündnis sind sie alle vertreten.

K1-169 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 168 bis 170 einfügen:

Partner, wenn es darum geht, die zu uns kommenden Menschen mit ihren Kompetenzen möglichst rasch einzubeziehen – auch unabhängig von formalen Abschlüssen. Für alle Zuziehenden setzen wir uns für die unbürokratische Anerkennung ihrer ausländischen Berufsabschlüsse und Qualifikationen ein. Gemeinsam starten wir eine Ausbildungsinitiative für junge Geflüchtete. Mit der Bundesagentur für Arbeit und den

Begründung

Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen betrifft nicht nur Geflüchtete, sondern alle, die einen ausländischen Berufsabschluss haben, z.B. auch EU-Ausländer.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoğlu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Mitte); Eric Meyer (KV Mitte)

K1-170 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 169 bis 171 löschen:

rasch einzubeziehen – auch unabhängig von formalen Abschlüssen. Gemeinsam starten wir eine Ausbildungsoffensive für ~~junge~~-Geflüchtete. Mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern organisieren wir systematisch Sprach- und Orientierungskurse die auf eine

Begründung

für alle, auch für Ältere

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoğlu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-171 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 170 bis 172 löschen:

Ausbildungsoffensive für junge Geflüchtete. Mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern organisieren wir ~~systematisch~~ Sprach- und Orientierungskurse die auf eine Ausbildung oder Beschäftigung vorbereiten und sie auch begleiten. Die Ausländerbehörde soll

Begründung

auf das Wesentliche reduziert

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-172 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 171 bis 175:

Jobcentern organisieren wir systematisch Sprach- und Orientierungskurse die auf eine Ausbildung oder Beschäftigung vorbereiten und sie auch begleiten. Die Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausländerbehörde ~~soll~~ jungen Menschen im Asylverfahren oder mit einer Duldung, die einen Ausbildungs- oder Studienplatz haben, ein Bleiberecht mindestens bis ~~zum~~ 2 Jahre nach dem Abschluss garantierent. Kinder wollen wir so rasch wie möglich in Regelklassen bringen. Willkommensklassen sehen wir nur als einen

Begründung

Das ist u.a. auch eine Forderung der Wirtschaft, sonst lohnt sich die Ausbildung nicht. Für die Ausgebildeten ist auch Berufserfahrung nach der Ausbildung wichtig.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-172-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 171 bis 177:

Jobcentern organisieren wir systematisch Sprach- und Orientierungskurse die auf eine Ausbildung oder Beschäftigung vorbereiten und sie auch begleiten. ~~Die Ausländerbehörde soll jungen Menschen im Asylverfahren oder mit einer Duldung, die einen Ausbildungs- oder Studienplatz haben, ein Bleiberecht mindestens bis zum Abschluss garantieren. Kinder wollen wir so rasch wie möglich in Regelklassen bringen. Willkommensklassen sehen wir nur als einen ersten Schritt. In den Oberstufenzentren sollen sie junge Geflüchtete an unser Ausbildungssystem und verschiedene Berufe heranführen.~~

Wir fordern zum einen die Umbenennung der Ausländerbehörde in Willkommensbehörde. Zum anderen soll die Willkommensbehörde

jungen Menschen im Asylverfahren oder mit einer Duldung, die einen Ausbildungs- oder Studienplatz haben, ein Bleiberecht mindestens bis zum Abschluss garantieren. Kinder wollen wir so rasch wie möglich in Regelklassen bringen. Willkommensklassen sehen wir nur als einen ersten Schritt. In den Oberstufenzentren sollen sie junge Geflüchtete an unser Ausbildungssystem und verschiedene Berufe heranführen.

Begründung

Die Grünen hatten diese Umbenennung bereits gefordert. Dies sollte im Wahlprogramm erneut zum Ausdruck kommen.

Unterstützer*innen

Frank Strobel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Demokratische Rechte; Volkmarr Nickol (LAG Migration und Flucht); Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf); Urban Aykal (KV Steglitz-Zehlendorf); Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Bernhard Kern (KV Mitte); Bertrand Njoume (KV Mitte); Ingrid Ochse (KV Mitte); Gökhan Akgün (KV Mitte); Jonas Boysen (KV Mitte); Lilian Seffer (KV Mitte)

K1-174 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 173 bis 177:

jungen Menschen im Asylverfahren oder mit einer Duldung, die einen Ausbildungs- oder Studienplatz haben, ein Bleiberecht mindestens bis zum Abschluss garantieren. ~~Kinder wollen wir so rasch wie möglich in Regelklassen bringen. Willkommensklassen sehen wir nur als einen ersten Schritt.~~ Kinder wollen wir mit intensiver Betreuung in Regelklassen bringen. In den Oberstufenzentren sollen sie junge Geflüchtete an unser Ausbildungssystem und verschiedene Berufe heranzuführen.

Begründung

Willkommensklassen fördern soziale Spaltung und entsprechen nicht unserer Vorstellung von Inklusion.

K1-175 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 174 bis 176 einfügen:

Studienplatz haben, ein Bleiberecht mindestens bis zum Abschluss garantieren. Kinder wollen wir entsprechend ihren Kompetenzen und Bedürfnissen - so rasch wie möglich in Regelklassen bringen. Willkommensklassen sehen wir nur als einen ersten Schritt. In den Oberstufenzentren sollen sie junge Geflüchtete an unser

Begründung

inhaltliche Ergänzung

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-177 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 177 einfügen:

Wir fordern einen Winterabschiebestopp und ein Ende der unmenschlichen Abschiebep Praxis. Die Abschiebehaft wollen wir genauso abschaffen, wie das umstrittene Flughafenverfahren.

Begründung

erfolgt mündlich

K1-177-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 177 einfügen:

Eine Ablehnung von Aufenthaltstiteln wollen wir in möglichst vielen Fällen vermeiden und dafür alle landesrechtlichen Spielräume ausnutzen. Das Konstrukt der "sicheren Herkunftsländer" lehnen wir weiterhin ab. Der „EU-Türkei-Deal“, durch den Menschen gegen ihren Willen "verschoben" und gegeneinander ausgespielt werden, ist trauriges Beispiel für eine Flucht- und Asylpolitik, die auf Abschiebungen setzt und dabei Menschenrechte mit Füßen tritt. Unmenschliche Praktiken wie die Abschiebehaft und das Flughafenasylverfahren, die Geflüchtete kriminalisieren und ihre Freiheit massiv einschränken, wollen wir abschaffen. Gerade in diesen Zeiten, setzen wir konsequent auf die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl, statt auf Abschottung und Abschreckung.

Begründung

So wichtig es ist, die Situation in den Ländern, aus denen Menschen fliehen, zu verbessern, so wichtig ist es auch anzuerkennen, dass dies ein langwieriger Prozess ist und viele Geflüchtete dort dennoch keine Perspektive mehr haben oder haben werden. Niemand flieht ohne Grund! Erzwungene Rückführungen – in Herkunfts- oder sogar Drittländer – sind mit den Menschenrechten nicht vereinbar.

Abschiebungen sind Zwangsmittel zur Migrationssteuerung und nehmen Menschen das Recht selbst zu entscheiden, wo sie leben möchten. Sie kriminalisieren Menschen, die nichts Kriminelles getan haben. Für die Betroffenen und gerade für Kinder sind Abschiebungen meistens traumatische Erlebnisse, die sie lange nicht mehr loslassen. Sie entwickeln Ängste und Unsicherheiten. Abschiebung bedeutet, einen Menschen gegen seinen Willen auszuweisen, sein Leben kurz- oder langfristig in Gefahr zu bringen und bei Fällen von Menschen, die längere Zeit in Deutschland leben, bedeutet es ihnen ihr Zuhause zu nehmen. Abschiebungen sind zugleich Teil eines rassistischen Systems, zu dem unter anderem Blicke in der U-Bahn, eine rassistische Arbeitsmarktpolitik, Illegalisierung und Ausbeutung wie auch meterhohe Zäune an den Grenzen gehören. Gerade in diesen Zeiten, in denen der Ruf nach diesem Instrument immer lauter und es immer öfter genutzt wird, müssen wir dem etwas entgegensetzen.

Wir Grüne Berlin kämpfen für eine menschenwürdige und zukunftsfähige Asylpolitik. Eine Asylpolitik der offenen Arme, die auf Teilhabe an der Gesellschaft setzt und nicht auf Abschottung und Abgrenzung. Deshalb setzen wir uns gegen unmenschliche Maßnahmen wie die Abschiebehaft und das Flughafenasylverfahren ein, sind gegen das Konstrukt der „sicheren Herkunftsländer“ und wollen alle rechtlichen Spielräume ausnutzen, um Menschen die Möglichkeit zu geben, zu bleiben. Das sollten wir im Programm nochmal in aller Deutlichkeit erwähnen.

Unterstützer*innen

Rhea Niggemann (KV Neukölln); Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Filiz Keküllüoğlu (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, Grüne Jugend Berlin); Erik Marquardt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K1-177-3 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 176 bis 177 einfügen:

ersten Schritt. In den Oberstufenzentren sollen sie junge Geflüchtete an unser Ausbildungssystem und verschiedene Berufe heranzuführen. Gemeinsam mit den Berliner Unternehmen, die ausbilden und nachhaltige Jobperspektiven für Geflüchtete schaffen, wird die Integration gelingen.

Begründung

Die Unternehmen leisten zum Teil schon einen wichtigen Beitrag der Integration, sollen aber auch weiterhin deutlich in die Pflicht genommen werden, das muss man an der Stelle auch benennen.

Unterstützer*innen

Michael Schäfer (KV Mitte); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K1-177-4 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Frieden und Internationales

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 176 bis 177 einfügen:

ersten Schritt. In den Oberstufenzentren sollen sie junge Geflüchtete an unser Ausbildungssystem und verschiedene Berufe heranzuführen. Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten soll überarbeitet werden.

K1-178 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 178 bis 181:

~~Auch~~ Vorrangiges Ziel bei der Unterkunft für Geflüchtete, wie für alle Menschen in Berlin, ist ein Leben in Wohnungen. Aber auch wir können die jahrelangen Versäumnisse der Berliner Politik nicht von einem auf den anderen Tag beheben. ~~Aber wir~~ Deswegen werden ~~eine gemeinsame Task-Force~~ wir einen gemeinsamen Arbeitsstab mit den Bezirken einrichten, der sich um die Unterkünfte ~~findet~~ Erstunterbringung und Notunterkünfte kümmert und ihre Qualität laufend überprüft. Frauen und besonders schutzbedürftige Flüchtlinge bringen wir in eigenen Unterkünften unter. Und wir sorgen dafür, dass neue

Begründung

Geflüchtete sind Teil der bei der Wohnungssuche benachteiligten Gruppen. Für sie sollte es aber trotzdem keine Sonderlösungen geben.

Arbeitsstab klingt weniger militärisch als Task-Force.

Bei den Unterkünften handelt es sich i.d.R. um solche für die ersten drei Monate nach der Ankunft.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-180 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Abteilung QueerGrün

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 179 bis 182:

anderen Tag beheben. Aber wir werden eine gemeinsame Task-Force mit den Bezirken einrichten, die Unterkünfte findet und ihre Qualität überprüft. Frauen, LSBTI und anderen, besonders ~~schutzbedürftige Flüchtlinge bringen~~ schutzbedürftigen Flüchtlingen ermöglichen wir die Unterbringung in eigenen Unterkünften ~~unter~~. Und wir sorgen dafür, dass neue Flüchtlingsunterkünfte gut an das Stadtleben angebunden sind. Wir führen verbindliche

Begründung

Mündlich.

K1-180-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 179 bis 185:

anderen Tag beheben. Aber wir werden eine gemeinsame Task-Force mit den Bezirken einrichten, die Unterkünfte findet und ihre Qualität überprüft. ~~Frauen~~Prinzipiell lehnen wir Massenunterkünfte aber ab. Deshalb wollen wir Geflüchtete dabei unterstützen eigene Wohnungen zu finden und besonders Frauen* und besonders schutzbedürftige ~~Flüchtlinge bringen wir in eigenen Unterkünften unter~~Geflüchtete unterstützen. ~~Und wir~~Wir sorgen dafür, dass neue ~~Flüchtlingsunterkünfte~~Unterkünfte gut an das Stadtleben angebunden sind ~~und Geflüchtete dort keine Angst vor Übergriffen haben müssen~~. Wir führen verbindliche Schulungsangebote für die Verwaltung ein und werden die ~~Unterstützung und~~ Bedingungen für ehrenamtliche Helfer*innen verbessern. Auch Zuziehende ~~aus dem europäischen Ausland~~ heißen wir Willkommen und setzen uns für die unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und

Begründung

Massenunterkünfte lehnen wir prinzipiell ab. Sie sind teuer und ein sehr großes Hindernis für eine erfolgreiche Inklusion.

Hier entsteht der Eindruck das uns Zuziehende aus dem europäischen Ausland willkommener sind als andere.

K1-182 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Frieden und Internationales

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 181 bis 183 einfügen:

Flüchtlinge bringen wir in eigenen Unterkünften unter. Und wir sorgen dafür, dass neue Flüchtlingsunterkünfte gut an das Stadtleben angebunden sind.und eine entsprechende Beratungshilfe gewähren. Wir führen verbindliche Schulungsangebote für die Verwaltung ein und werden die Bedingungen für ehrenamtliche

K1-182-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Frieden und Internationales

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 181 bis 183 einfügen:

Flüchtlinge bringen wir in eigenen Unterkünften unter. Und wir sorgen dafür, dass neue Flüchtlingsunterkünfte gut an das Stadtleben angebunden sind. Wir setzen uns dafür ein, dass die menschenwürdige Unterbringung zur Verfügung gestellt wird. Wir führen verbindliche Schulungsangebote für die Verwaltung ein und werden die Bedingungen für ehrenamtliche

K1-183 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 182 bis 186:

Flüchtlingsunterkünfte gut an das Stadtleben angebunden sind. Wir führen verbindliche ~~Schulungsangebote für die Verwaltung ein und werden die Bedingungen für ehrenamtliche Helfer*innen verbessern. Auch Zuziehende aus dem europäischen Ausland heißen wir Willkommen und setzen uns für die unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und Qualifikationen ein.~~ Schulungen für die Verwaltung zu Inhalten über Flucht und Migration ein und werden die Bedingungen für ehrenamtliche Helfer*innen verbessern.

Begründung

Genauere Forderung zu den Schulungen.

Streichung des zweiten Satzes, die Forderung ist oben (siehe Zeile 169) eingefügt (Anerkennung ausl. Berufsabschlüsse)

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-184 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 04.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 183 bis 186:

Schulungsangebote für die Verwaltung ein und werden die Bedingungen für ehrenamtliche Helfer*innen verbessern. ~~Auch Zuziehende aus dem europäischen Ausland heißen wir Willkommen und setzen uns für die unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und Qualifikationen ein.~~

Bei allen Anstrengungen vor Ort wird aber auch Berlin nicht alle Probleme allein lösen können. Daher muss Berlin eine stärkere Rolle in Europa einnehmen und etwa über den Ausschuss der Regionen der EU gemeinsam mit anderen Städten, Provinzen und Gemeinden auf eine europäische Lösung hinarbeiten.

Zudem möchten wir neben Geflüchteten auch EU-Bürger*innen das Ankommen in Berlin erleichtern. Daher planen wir die Gründung eines Welcome-Centers, welches die besondere Rahmenbedingung der EU-Freizügigkeit berücksichtigt und behördliche Angelegenheiten gebündelt und zielgruppengerecht anbietet.

Berlin ist eine Stadt, die wie kaum eine zweite von einem Europa der offenen Grenzen profitiert hat. Damit dies so bleiben kann, stehen wir klar zum „Schengen-Raum“. Freizügigkeit darf nicht nur für Waren und Dienstleistungen, sondern muss in erster Linie auch für Menschen gelten. Nationale Egoismen, geschlossene Grenzen und Zäune an den innereuropäischen Grenzen sind ein Rückfall, den sich Berlin und Europa nicht leisten können. Stattdessen müssen Städtepartnerschaften zu anderen europäischen Hauptstädten wie Paris, Warschau oder Brüssel weiter gestärkt und der Austausch zwischen Schüler*innen, Studierenden und Auszubildenden über diesen Weg weiter gestärkt werden.

Begründung

Im Rahmen des Wahlprogramms sollten wir an einer Stelle deutlich machen, wieso wir unterschiedliche Angebote für Geflüchtete und Unionsbürger*innen machen. Damit treten wir dem Missverständnis entgegen, dass wir einer Zweiklassenmigration unkritisch gegenüberstehen, was bei unserer Stammwähler*innenschaft und vielen Aktiven für Irritationen sorgen würde. An den beiden Schwerpunktprojekten – dem geplanten Landesamt und dem Welcome-Center – möchten wir nichts verändern.

Weiterhin sollten wir Berlins Rolle in Europa im Programm näher ausführen und uns hier klar als DIE Europapartei positionieren. Ein klares Bekenntnis zur europäischen Freizügigkeit ist ein Gegengewicht zum Europa der Zäune, das AfD und Co propagieren.

K1-186 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Michael Schäfer (KV Mitte)

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 186 einfügen:

Wir wollen Geflüchteten nicht nur Zuflucht gewähren, sondern ihnen ein Leben als Teil unserer Gesellschaft ermöglichen. So werden aus Geflüchteten unsere neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dafür werden in den nächsten Jahren erhebliche gemeinsame Anstrengungen notwendig sein. Einige Geflüchtete sind in Gesellschaften aufgewachsen, in denen Frauenfeindlichkeit, Antisemitismus und Homophobie tiefer verankert sind als in unserer. Integration stellt Anforderungen an beide Seiten. Die Grundlage unseres Zusammenlebens ist unser Grundgesetz. Auf der Basis der Werte unseres Grundgesetzes können, wollen und werden wir Integration erfolgreich meistern.

Unterstützer*innen

Renate Künast (KV Tempelhof-Schöneberg); Bene Lux (KV Steglitz-Zehlendorf); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); André Stephan (KV Tempelhof-Schöneberg); Lucas Gerrits (KV Mitte); Sabine Bangert (LAG Kultur); Henning Bublitz (KV Mitte); Catherina Pieroth-Manelli (KV Tempelhof-Schöneberg); Yves Venedey (KV Mitte); Ralf Lottes (KV Pankow); Taylan Kurt (KV Mitte); Andreas Otto (KV Pankow)

K1-187 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 187 bis 188 löschen:

~~Berlin hilft den Geflüchteten. Weil wir es können und weil wir es wollen.~~ Tausende hilfsbereiter, ehrenamtlich engagierter Berliner*innen haben das weltoffene Gesicht unserer

Begründung

Erster Satz ist doppelt (siehe nächsten Satz).

Zweiter Satz ist peinlich.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-187-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 187 bis 191:

Berlin hilft den Geflüchteten. Weil wir es können und weil wir es wollen. ~~Tausende~~ Denn es waren und sind tausende hilfsbereiter, ehrenamtlich engagierter Berliner*innen ~~haben das weltoffene Gesicht unserer Stadt geprägt. Ihr, deren~~ unermüdlicher Einsatz für die Geflüchteten ~~hat~~ eine humanitäre Tragödie verhindert hat. Auf Dauer kann und darf ehrenamtliches Engagement aber nicht als Ersatz für das Regierungs- und Verwaltungshandeln dienen. Das ist klar. Umso mehr sagen wir allen, die

Begründung

Weniger pathetisch

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Mitte); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-190 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 189 bis 192:

Stadt geprägt. Ihr unermüdlicher Einsatz für die Geflüchteten hat eine humanitäre Tragödie verhindert. Auf Dauer kann und darf ehrenamtliches Engagement aber ~~nicht als Ersatz für das Regierungs- und Verwaltungshandeln dienen. Das ist klar. Umso mehr sagen wir allen, die geholfen haben: Danke für diese gelebte Willkommenskultur.~~ Regierungs- und Verwaltungshandeln nicht ersetzen, sondern muss mit ihm partizipativ Hand in Hand gehen.

Begründung

Weniger Dankeschön ans Volk als partizipativ miteinander.

Unterstützer*innen

Christiane Howe (LAG Migration); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Martin Reents (Abt. Ökologie); Joachim Schmitt (KV CharWilm); Filiz Keküllüoglu (KV xhain); Frank Strobel (KV xhain); Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Mitte); Eric Meyer (LAG Frauen und Geschlechterpolitik)

K1-191 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: LAG Frieden und Internationales

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K1

Von Zeile 190 bis 192:

verhindert. Auf Dauer kann und darf ehrenamtliches Engagement aber nicht als Ersatz für das Regierungs- und Verwaltungshandeln dienen. Das ist klar. Umso mehr sagen wir allen, ~~die geholfen haben~~ Helfer*innen: Danke für diese gelebte Willkommenskultur.

K2-001 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Begründung

Klingt zukunftsgewandter.

Unterstützer*innen

Sabine Bangert (LAG Kultur); Alexander Koch (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Taylan Kurt (KV Mitte); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K2-004 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Nina Ohlmeier

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 4 bis 6:

Die Kleinsten liegen uns besonders am Herzen. Wir wollen den Kindern Berlins eine Welt voller Möglichkeiten eröffnen. ~~Das gelingt aber nur, wenn~~ Die Interessen und Belange von Kindern werden in unserer Gesellschaft nach wie vor unzureichend berücksichtigt. Deshalb wollen wir eine staatliche Institution, die sich wirkungsvoll für die Rechte von Kindern einsetzt: Ein/e Landesbeauftragte/r für Kinderrechte, der oder die Vorschriften und Gesetze, auf das Wohl und den Schutz von Kindern hin überprüft sowie ein parlamentarischer Ausschuss, der die Arbeit der/s Beauftragten aktiv unterstützt. Darüber hinaus müssen wir, um den Bedürfnissen von Kindern gerecht zu werden, auch die

Begründung

Kinder werden in unserer Gesellschaft häufig nicht ernst genommen, ihre Interessen und Belange werden oft nicht genügend berücksichtigt. Daher braucht es eine Interessenvertretung, die sicherstellt, dass diesen bei gesetzlichen Bestimmungen Rechnung getragen wird.

Unterstützer*innen

Uwe Kamp

K2-006 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Abteilung QueerGrün

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 5 bis 7:

voller Möglichkeiten eröffnen. Das gelingt aber nur, wenn wir die Situation von Familien insgesamt betrachten. Für uns ist Familie da, wo Menschen dauerhaft ~~und über Generationen hinweg füreinander~~ Verantwortung füreinander übernehmen.

Begründung

Mündlich.

K2-006-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Vandrey, Petra (AG Kinder Jugend Familie und KV CW)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 5 bis 7 löschen:

voller Möglichkeiten eröffnen. Das gelingt aber nur, wenn wir die Situation von Familien insgesamt betrachten. Für uns ist Familie da, wo Menschen dauerhaft ~~und über Generationen hinweg~~ füreinander Verantwortung übernehmen.

Begründung

Wir möchten einen weiten, offenen Familienbegriff ohne Einschränkung.

Unterstützer*innen

Bernd Schwarz (AG Kinder Jugend Familie); Simon Ebner (AG Kinder Jugend Familie); Michael Bandt (AG Kinder Jugend Familie); Marianne Burkert - Eulitz (AG Kinder Jugend Familie); Armin Emrich (AG Kinder Jugend Familie); Jutta Boden (AG Kinder Jugend Familie, KV CW); Wolfgang Schmidt (AG Kinder Jugend Familie, KV CW); Ingrid Lienke (AG Kinder Jugend Familie, KV CW); Susan Drews (KV CW); Joachim Schmitt (KV CW); Parwin Kouloubandi (KV CW); Christine Rabe (KV CW); Herbert Nebel (KV CW); Christoph Wapler (KV CW)

K2-016 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 15 bis 17 einfügen:

der Austausch mit anderen jungen Familien, der weiterhilft. Darum wollen wir ein Netzwerk von Familienzentren schaffen, die Familien verbinden und beraten. Mit einer Ausweitung des Projektes Stadtteilmütter sollen in Kiezen mit vielen Transferleistungsempfänger*innen Familien aber auch Alleinerziehende unabhängig von ihrer Herkunft niedrigschwellige Unterstützung erhalten. Wir wollen auch das Regenbogenfamilienzentrum erhalten und das Netzwerk Kinderschutz finanziell stärken.

Unterstützer*innen

Karlheinz Wolf (KV Marzahn-Hellersdorf); Cordula Streich (KV Marzahn-Hellersdorf); Inka Seidel (KV Marzahn-Hellersdorf); Almut Rieger (KV Marzahn-Hellersdorf)

K2-017 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Abteilung QueerGrün

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 16 bis 17:

von Familienzentren schaffen, die Familien verbinden und beraten. Wir wollen auch das Regenbogenfamilienzentrum **erhalten**dauerhaft sichern und das Netzwerk Kinderschutz finanziell stärken.

Begründung

Mündlich.

K2-020 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Bernd Schwarz (AG Kinder, Jugend und Familie)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 19 bis 21:

Bildungsorte verstehen. Höchste Priorität hat für uns die Qualität der Betreuung. Wir unterstützen deshalb die Forderungen ~~der Eltern im~~vom Berliner Kitabündnis nach einem besseren Betreuungsschlüssel, damit eine Fachkraft nicht mehr als vier Kinder betreuen muss. Und wir

Begründung

redaktionell - die Eltern sind Teil des Berliner Kitabündnisses

K2-025 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Nina Ohlmeier

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 24 bis 26:

zu erfüllen. Diesen Kraftakt wollen wir mit Landes- und Bundesmitteln schaffen. Uns ist wichtig, dass auch für Flüchtlingskinder ausreichend Plätze geschaffen werden; und ausreichend Mittel für eine Sprachförderung von Anfang an zur Verfügung stehen, damit Integration frühzeitig gelingen kann.

Begründung

Sprachförderung ist nachgewiesenermaßen ein zentrales Element für die Integration von Flüchtlingskindern und sollte daher schon hier besonders hervorgehoben werden.

Unterstützer*innen

Uwe Kamp

K2-032 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Nina Ohlmeier

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 31 bis 33:

eröffnet man Kindern, indem man ihnen etwas zutraut. Wir wollen, dass die Stimmen von Kindern und Jugendlichen in Politik und Gesellschaft gehört werden. ~~Darum~~ Dafür wollen wir im Sinne einer konsequenten Demokratieerziehung eine Absenkung des Wahlalters, die auch dem veränderten Altersaufbau der Gesellschaft Rechnung trägt. Darüber hinaus soll die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, verfassungsrechtlich und auf einfach gesetzlicher Ebene festgeschrieben sowie entsprechende begleitende Qualifizierungsprozesse der Fachkräfte für kind- bzw. jugendgerechte Beteiligungsprozesse abgesichert werden. Und darum wollen wir auch die Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken finanziell besser ausstatten.

Begründung

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist ein zentrales Element der Demokratieerziehung und ihr Recht nach UN-Kinderrechtskonvention. Grundlegend für die tatsächliche Umsetzung sind die Absenkung des Wahlalters sowie eine gesetzliche Verankerung der Beteiligungsrechte. Darüber hinaus braucht es das Wissen der Fachkräfte, wie Beteiligung von Kindern in der Praxis funktionieren kann.

Unterstützer*innen

Uwe Kamp

K2-037 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K2

In Zeile 37:

2.2. Schule ~~fürs Leben~~, Ausbildung und Weiterbildung

Begründung

Antrag bitte in Verbindung mit der Verschiebung der ersten beiden Absätze aus Kapitel 2.3 in Kapitel 2.2 behandeln.

Die Floskel "Schule fürs Leben" kann sehr vieles heißen. Die Aufzählung der thematischen Inhalte erscheint transparenter, insbesondere wenn die Verschiebung der beruflichen Bildung in das Kapitel 2.2 vorgenommen wird.

K2-038 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K2

In Zeile 38 einfügen:

Schule – Jugend - Übergang Schule-Beruf - Ausbildung/Weiterbildung

(Entsprechend die Unterüberschrift in Kapitel 2.3 kürzen)

Begründung

Antrag bitte in Verbindung mit der Änderung der Überschrift von 2.3 und der Verschiebung der ersten beiden Absätze in das Kapitel 2.2 behandeln.

Auch wenn die Unterkapitel dadurch unterschiedlich lang werden, ist der Übergang von Schule in die Berufsausbildung und die verschiedenen Anschlussmöglichkeiten sinnvoller in dem Kapitel 2.2 aufgehoben. Im Rest des Kapitels 2.3 geht es um Wissenschaft, Hochschulen und Forschung und macht eine ganz andere Stoßrichtung auf. Daher schlagen wir vor, den Teil der Anschlüsse und Übergänge zur beruflichen Bildung konsequent ein Kapitel höher zu schieben, und das Wissenschaftskapitel entsprechend zu kürzen und anzupassen. Beide Unterkapitel würden dadurch an Klarheit gewinnen.

K2-039 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 39 bis 43 löschen:

~~Wir verstehen Schulen als Lern- und Lebensorte, die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte erweitern. Schule bereitet Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben vor und hilft ihnen, ihre Potenziale zu entfalten. Alle Kinder können und wollen lernen. Chancengleichheit entsteht, wenn Lernen mit Zutrauen und einem lernfreundlichen Klima verbunden ist.~~

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

K2-041 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 40 bis 42:

erweitern. Schule bereitet Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben vor und ~~hilft ihnen,~~
~~ihre Potenziale~~ und soll sie dabei unterstützen,
sich zu entfalten. Alle Kinder können und wollen lernen. Chancengleichheit entsteht, wenn Lernen mit
Zutrauen und einem lernfreundlichen Klima

K2-042 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 41 bis 43:

hilft ihnen, ihre Potenziale zu entfalten. Alle Kinder können und wollen lernen. ~~Chancengleichheit entsteht, wenn~~ Wichtig ist, dass Lernen mit Zutrauen und einem lernfreundlichen Klima verbunden ist.

K2-044 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 43 bis 47:

Bildung ist die Grundlage für die Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben. Die Aufgabe der Schule ist es, alle Kinder und Jugendlichen individuell zu fördern, um ihre Potentiale bestmöglich zu entfalten. Wir verstehen Schulen als Lern- und Lebensorte, die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte erweitern. Kinder und Jugendliche sollen auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereitet werden und sich zu urteilsfähigen Persönlichkeiten entwickeln. Dazu gehört die Förderung der kognitiven Kompetenzen ebenso wie die Vermittlung ästhetischer und kultureller Bildung sowie die Freude an körperlicher Bewegung. Wer Chancengleichheit will muss hohe Leistungsforderungen mit einem lernfreundlichen Klima verbinden und mit dem Zutrauen, dass alle Kinder lernen können und wollen.

Für all das müssen sich die Rahmenbedingungen verbessern. Lehrkräftemangel, fehlende ErzieherInnen, marode Schulen, fehlende Schulplätze – seit Jahren sind die Baustellen bekannt.

~~Für all das müssen sich die Rahmenbedingungen verbessern. Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel, marode Schulen, immer mehr Schüler*innen – seit Jahren sind die Baustellen bekannt.~~ Der Senat schiebt die Probleme auf die lange Bank. Wir packen sie an. Schulen sollten Orte sein, wo Eltern ihre Kinder gut aufgehoben wissen. Doch viele Schulen sind in

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

K2-049 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 48 bis 51:

einem miserablen baulichen Zustand. Den Schulneubau hat die Große Koalition fatal vernachlässigt. ~~Wir wollen die Schulsanierung auf neue Füße stellen, indem wir dauerhafte Investitionen sicherstellen und Mittel bündeln.~~ Wir wollen die dringend erforderlichen Schulsanierungen angehen und die dazu notwendigen Mittel bereitstellen. Außerdem wollen wir ein Programm für den Neubau von Schulen auflegen.

Begründung

Durch die neue Formulierung wird noch deutlicher, dass wir den Schulsanierungstau auflösen wollen.

K2-050 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 49 bis 51:

vernachlässigt. Wir wollen die Schulsanierung auf neue Füße stellen, indem wir dauerhafte Investitionen sicherstellen und Mittel bündeln. Außerdem wollen wir ~~ein Programm~~ die Mittel für ~~den~~ Neubau von Schulen ~~auflegen~~ deutlich erhöhen.

Begründung

Schulneubauten werden von den Bezirken für die Investitionsplanung als große I-Mittel angemeldet und vom Senat nach Priorität genehmigt. Es gibt hier keinen Grund für neues Sonderprogramm, sondern vielmehr für mehr Geld im Regelsystem, wie wir es auch an vielen anderen Stellen fordern.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln)

K2-050-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 49 bis 51 einfügen:

vernachlässigt. Wir wollen die Schulsanierung auf neue Füße stellen, indem wir dauerhafte Investitionen sicherstellen und Mittel bündeln. Außerdem wollen wir ein dringend notwendiges Programm für den Neubau von Schulen auflegen.

Unterstützer*innen

Inka Seidel (KV Marzahn-Hellersdorf); Almut Rieger (KV Marzahn-Hellersdorf)

K2-050-3 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 49 bis 51 einfügen:

vernachlässigt. Wir wollen die Schulsanierung auf neue Füße stellen, indem wir dauerhafte Investitionen sicherstellen und Mittel bündeln. Außerdem wollen wir ein [Investitions](#)-Programm für den Neubau von Schulen auflegen.

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

K2-052 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 52 bis 54 löschen:

Schule braucht ausreichend Platz. Das ist auch eine der Voraussetzungen auf dem Weg zur Ganztagschule. In jeder Schule, ~~egal ob Grundschule, Sekundarschule oder Gymnasium~~, soll es ein warmes Mittagessen mit gesunden Lebensmitteln aus der Region geben und am Nachmittag

Begründung

Es gibt eine noch größere Vielfalt an Schulen. Berufsschulen, Oberstufenzentren etc. Auch an diesen Schulen sollte es ein gutes Mittagessen geben. Aus Platzgründen sollte daher keine Schulform extra aufgezählt werden.

K2-052-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 51 bis 54:

Schule braucht ausreichend Platz. Das ist auch eine der Voraussetzungen auf dem Weg zur Ganztagschule.

Zu einer guten Ganztagschule gehört ein klug strukturiertes und rhythmisiertes Angebot von kognitiven, musischen, sportlichen, sozialen Lerngelegenheiten.

~~Schule braucht ausreichend Platz. Das ist auch eine der Voraussetzungen auf dem Weg zur Ganztagschule.~~ In jeder Schule, egal ob Grundschule, Sekundarschule oder Gymnasium, soll es ein warmes Mittagessen mit gesunden Lebensmitteln aus der Region geben und am Nachmittag

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

K2-054 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Doris Fortwengel (LAG Bauen)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 53 bis 56:

Ganztagschule. In jeder Schule, egal ob Grundschule, Sekundarschule oder Gymnasium, soll es ein warmes Mittagessen mit gesunden Lebensmitteln aus der Region ~~geben~~ und ~~amden Raum dafür geben~~. Für viele Familien - insbesondere Alleinerziehende mit einem oder mehr Kindern - sind die Kosten für das Mittagessen trotz BuT und anderen Unterstützungsmöglichkeiten, nicht zu bewerkstelligen. Wir wollen deshalb über eine vollständige Subventionierung des Schulmittagessens nachdenken oder das Hamburger Modell der gestaffelten Subventionierung einführen. Den Nachmittag sollen Musik, Sport oder soziales Engagement ausfüllen. Dazu werden wir Jugendarbeit und schulische Aktivitäten eng verzahnen. Unser Ziel ist eine Schule, in der Kinder individuell gefördert

Begründung

Ohne Raum kein Platz für das Essen. An vielen Gymnasien (insbesondere im Westteil) ist dies der Fall. Sogar an einer großen Schöneberger Integrierten Sekundarschule wurde eine Mensa "vergessen". Hier muss nachgearbeitet bzw. an- oder ausgebaut werden!

Ohne Bezahlung wird es ein Schulmittagessen nicht geben. Von 35% der BuT Berechtigten in Berlin schaffen es etwas mehr als die Hälfte Anträge zu stellen. Selbst diese können nicht immer den 1 € täglich an Eigenbeteiligung aufbringen. Lt. einer Untersuchung von Prof. Ulrike Arenz-Azevedo aus Hamburg stehen bei Oberschulkindern auch nur 0,87 € dafür bereit - somit ist die Eigenbeteiligung mathematisch kaum zu schaffen.

Auch die knapp über dem BuT Satz liegenden Familien können ihren Kindern die Teilnahme am schulischen Mittagessen oft nicht ermöglichen. Diese erhalten eher eine Brotbox, können dann nicht mit ihren Mitschülern im Mensabereich essen. Soziale Ausgrenzung fängt an, setzt sich fort.

Caterer weigern sich zudem Essen an Schulen zu liefern, an denen ein hoher Anteil von BuT-Berechtigten vorhanden ist. Folge: kein Essen, hungernde Kinder und Jugendliche, Zunahme von Aggressionen, Konzentrationsschwierigkeiten, schlechtere Abschlüsse, weniger Chancen. Der Kreislauf der Bildungsungerechtigkeit fängt von vorne an.

Wird junk food gekauft, werden Zivilisationskrankheiten gefördert. Höhere Kosten für Krankenkassen, für die Gesellschaft usw. usw. ...

Derzeit erhalten Flüchtlingskinder immer ein kostenloses Schulmittagessen. Ob dieses bei anderen Eltern und deren Kindern zu einem Gefühl der Benachteiligung führt, ist sorgsam zu beobachten.

Und noch einmal darüber nachzudenken, ob da nicht ein kostenloses Schulmittagessen für alle die beste der Lösungen wäre? Alle an einem Tisch. Egal ob arm od er reich, ob Flüchtling oder Berliner oder Zugereister. Egal ob Schöneberg-Nord oder Dahlem.

K2-054-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 53 bis 56 löschen:

Ganztagsschule. In jeder Schule, egal ob Grundschule, Sekundarschule oder Gymnasium, soll es ein warmes Mittagessen mit gesunden Lebensmitteln aus der Region geben ~~und am Nachmittag Musik, Sport oder soziales Engagement~~. Dazu werden wir Jugendarbeit und schulische Aktivitäten eng verzahnen. Unser Ziel ist eine Schule, in der Kinder individuell gefördert

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

K2-056 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Jutta Schmidt- Stanojevic (KV Frieke)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 55 bis 57 einfügen:

Musik, Sport oder soziales Engagement. Dazu werden wir Jugendarbeit und schulische Aktivitäten eng verzahnen. Deshalb wollen wir auch die individuellen Schulkonzepte stärken und den Schulen genügend Raum dafür geben. Wir wollen die Raumberechnungsgrundlage verändern. Unser Ziel ist eine Schule, in der Kinder individuell gefördert werden und jedes Kind die gleichen, gerechten Chancen erhält. In der Grundschule werden die

K2-056-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Thomas Birk (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 55 bis 57 einfügen:

Musik, Sport oder soziales Engagement. Dazu werden wir Jugendarbeit und schulische Aktivitäten eng verzahnen. Bildung mit digitalen Medien und eine entsprechende Ausstattung der Schulen ist für uns selbstverständlich, um die Zukunftschancen der Schüler*innen zu wahren. Unser Ziel ist eine Schule, in der Kinder individuell gefördert werden und jedes Kind die gleichen, gerechten Chancen erhält. In der Grundschule werden die

Begründung

Bildung mit digitalen Medien in Kita und Schule wird zwar in K4, Zeilen 166-173 gewürdigt und auch im Projekt P30 „Medienbildung von klein auf“. Allerdings wäre hier im eigentlichen Bildungskapitel ein Merksatz zum Thema wichtig, damit auch deutlich wird, dass wir das Thema „Bildung mit digitalen Medien“ gleich bei der Ausstattung der Schulen mitdenken und entsprechende Ressourcen bereitstellen müssen. Dies wird auch im Zuge des ab 2017/18 gültigen neuen Rahmenlehrplans, in dem ein Basiscurriculum Medienbildung für die fachübergreifende Kompetenzentwicklung aufgenommen wurde, eine der großen Herausforderungen für die nächste Legislaturperiode sein.

K2-057 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoğlu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 56 bis 58 löschen:

Aktivitäten eng verzahnen. Unser Ziel ist eine Schule, in der Kinder individuell gefördert werden und jedes Kind die gleichen, gerechten Chancen erhält. In der Grundschule werden die entscheidenden Weichen gestellt. Deshalb wollen wir Grundschullehrkräfte besser bezahlen.

Begründung

Gleiche Zugangschancen müssen nicht zwangsläufig immer gerecht sein, weil dies stark mit den individuellen Fähigkeiten und die vom Familienhaus mitgebrachten Ressourcen und Kapazitäten korrelieren. „Gerecht“ reicht allein als Attribut und drückt das, was gemeint ist, am besten aus.

Unterstützer*innen

Frank Strobel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Grüne Jugend; Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf); Urban Aykal (KV Steglitz-Zehlendorf); Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Jonas Boysen (KV Mitte); Ingrid Ochse (KV Mitte); Bernhard Kern (KV Mitte); Gökhan Akgün (KV Mitte); Bertrand Njoume (KV Mitte)

K2-057-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 56 bis 58 löschen:

Aktivitäten eng verzahnen. Unser Ziel ist eine Schule, in der Kinder individuell gefördert werden und jedes Kind die gleichen, gerechten Chancen erhält. In der Grundschule werden die entscheidenden Weichen gestellt. Deshalb wollen wir Grundschullehrkräfte besser bezahlen.

Begründung

Gleiche Zugangschancen müssen nicht zwangsläufig immer gerecht sein, weil dies stark mit den individuellen Fähigkeiten und die vom Familienhaus mitgebrachten Ressourcen und Kapazitäten korrelieren. „Gerecht“ reicht allein als Attribut und drückt das, was gemeint ist, am besten aus.

Unterstützer*innen

Frank Strobel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht); Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf); Urban Ayal (KV Steglitz-Zehlendorf); Jonas Boysen (KV Mitte); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Ingrid Ochse (KV Mitte); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Bernhard Kern (KV Mitte); Gökhan Akgün (KV Mitte); Bertrand Njoume (KV Mitte); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Grüne Jugend

K2-058 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Thomas Künstler (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 57 bis 58 einfügen:

werden und jedes Kind die gleichen, gerechten Chancen erhält. In der Grundschule werden die entscheidenden Weichen gestellt. Deshalb wollen wir Grundschullehrkräfte besser bezahlen. Auf einer berlinweiten Plattform werden wir die Möglichkeit schaffen, freie Lern- und Lehrmittel anzubieten und fortzuentwickeln.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Nikolas Becker (LAG Netzpolitik); Svea Balzer (KV Steglitz-Zehlendorf); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Anja Schillhaneck (Abt. Wissenschaft); Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); LAG Netzpolitik (beschlossen am 24.03.2016)

K2-058-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 57 bis 58:

werden und jedes Kind die gleichen, gerechten Chancen erhält. In der Grundschule werden die entscheidenden Weichen gestellt. Deshalb wollen wir Grundschullehrkräfte ~~besser bezahlen.~~

vorbereitend auf die Vielfalt im Klassenzimmer besser ausbilden und

besser bezahlen.

Begründung

Genau dieser Aspekt fehlt den meisten Lehramtsstudierenden oder neu gewordenen Lehrer*innen. Wenn wir es mit der Chancengerechtigkeit im Bildungssystem ernst meinen, so müssen wir unsere angehenden Lehrkräfte fit für die Bildungsungerechtigkeit bekommen. Nur so können sie auch zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen.

Unterstützer*innen

Frank Strobel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Demokratische Rechte; Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Grüne Jugend; Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht); Christiane Howe (Lag mi); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf); Urban Ayal (KV Steglitz-Zehlendorf); Emrah Abdurazak (steg); Jonas Boysen (KV Mitte); Ingrid Ochse (KV Mitte); Bernhard Kern (KV Mitte); Gökhan Akgün (KV Mitte); Bertrand Njome (KV Mitte)

K2-058-3 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 57 bis 58:

werden und jedes Kind die gleichen, gerechten Chancen erhält. In der Grundschule werden die entscheidenden Weichen gestellt. ~~Deshalb wollen wir Grundschullehrkräfte besser bezahlen.~~

Deshalb wollen wir, dass Grundschullehrkräfte besser qualifiziert werden. Dem ist im neuen Lehrkräftebildungsgesetz Rechnung getragen worden, nun muss dem auch die Bezahlung folgen. Auch dürfen Grundschulen nicht länger schlechter ausgestattet sein als die Oberschulen.

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

K2-059 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 58 bis 70:

Längeres gemeinsames Lernen

kann für mehr Gerechtigkeit sorgen und die Zahl der Schulabbrecher*innen reduzieren. Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammen zu legen war daher richtig. Aber wenn die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen neben dem Gymnasium nicht zu einer Schule zweiter Klasse werden sollen, müssen wir allen den Weg zum Abitur ebnen – mit einer engen Anbindung an eine gymnasiale Oberstufe oder in Schulverbänden.

~~Längeres gemeinsames Lernen sorgt für mehr Gerechtigkeit und kann die Zahl der Schulabbrecher*innen verringern. Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammen zu legen, war daher richtig. Aber wenn die Sekundarschule neben dem Gymnasium nicht zu einer Schule zweiter Klasse werden soll, müssen wir allen Sekundarschulen den Weg zum Abitur ebnen – mit einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder in Schulverbänden. Die Gymnasien wollen wir in die Lage versetzen, zukünftig alle Schüler*innen zu einem Abschluss zu bringen, um das Probejahr und Sitzenbleiben abzuschaffen. Wir halten an unserem Ideal fest, eine Schule für Alle zu schaffen. Die erfolgreichen Gemeinschaftsschulen in Berlin zeigen, wie man diesen Weg gemeinsam mit Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern gehen kann. Damit ist auch klar, dass die Schule der Zukunft die inklusive Schule ist, in der alle Kinder und Jugendliche unabhängig von ihren physischen und psychischen Voraussetzungen gemeinsam lernen. Das geht nur mit genügend Geld und qualifiziertem Personal.~~

Die Gymnasien wollen wir in die Lage versetzen, zukünftig alle Schüler*innen zu einem Abschluss zu bringen. Alle Schulen müssen die Heterogenität ihrer SchülerInnen positiv annehmen. Kein Kind und kein Jugendlicher darf aufgrund der Herkunft, der ethnischen, kulturellen, religiösen oder sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Die erfolgreichen Gemeinschaftsschulen in Berlin zeigen, wie man diesen Weg gemeinsam mit Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern gehen kann. Damit ist auch klar, dass die Schule der Zukunft die inklusive Schule ist, in der alle Kinder und Jugendliche unabhängig von ihren physischen und psychischen Voraussetzungen gemeinsam lernen. Das geht nur mit genügend Geld und ausreichend sowie gut qualifiziertem Personal. In Berlin ist schon viel erreicht, 60 % der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen die Regelschule. Diese Entwicklung muss kontinuierlich weiter gefördert und vor allem auch mit mehr sonderpädagogischer Kompetenz von Lehrkräften ausgestattet werden.

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

K2-061 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Robin Völker (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 60 bis 63:

Schulabbrecher*innen verringern. Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammen zu legen, war daher richtig. Aber wenn die Sekundarschule neben dem Gymnasium ~~nicht zu einer~~keine Schule zweiter Klasse ~~werden~~bleiben soll, müssen wir allen Sekundarschulen den Weg zum Abitur ebnen – mit einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder in Schulverbänden. Die Gymnasien wollen wir in die

Begründung

Leider ist die Sekundarschule bereits eine "Schule zweiter Klasse" bzw. gilt als solche. Dies sollte auch klar benannt werden.

Unterstützer*innen

Vito Dabisch (LAG Bildung); Rhea Niggemann (KV Neukölln)

K2-064 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 63 bis 65:

einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder in Schulverbänden. Die Gymnasien wollen wir in die Lage versetzen, zukünftig alle Schüler*innen zu einem Abschluss zu bringen, ~~um~~ und das Probejahr und Sitzenbleiben abzuschaffen. Wir halten an unserem Ideal fest, eine Schule für Alle zu

Begründung

Wir wollen Gymnasien so oder so in die Lage versetzen, das Probejahr und das Sitzenbleiben abzuschaffen.

K2-064-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Robin Völker (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 63 bis 65:

einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder in Schulverbänden. Die Gymnasien wollen wir in die Lage versetzen, zukünftig alle Schüler*innen zu einem Abschluss zu bringen, ~~um~~ und das Probejahr und Sitzenbleiben abzuschaffen. Wir halten an unserem Ideal fest, eine Schule für Alle zu

Unterstützer*innen

Vito Dabisch (LAG Bildung); Rhea Niggemann (KV Neukölln)

K2-065 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 64 bis 66:

Lage versetzen, zukünftig alle Schüler*innen zu einem Abschluss zu bringen, um das Probejahr und Sitzenbleiben abzuschaffen. Wir halten an unserem ~~Ideal~~Ziel fest, eine Schule für Alle zu schaffen. Die erfolgreichen Gemeinschaftsschulen in Berlin zeigen, wie man diesen Weg

Begründung

Eine Schule für alle ist ein erreichbares Ziel, das wir auch weiterhin als solches benennen sollten. Bisher war dies unsere Sprachregelung.

2008: „Eine Schule für alle – von der Grundschule bis zum Abitur, eine Schule, in der die Lernschwachen und die Lernstarken gemeinsam gefördert und gefördert werden, das ist unser Ziel.“

2011: „Eine für alle ist auch unser Ziel für das Berliner Schulsystem.“

K2-066 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 65 bis 67:

und Sitzenbleiben abzuschaffen. Wir halten an unserem Ideal fest, eine Schule für Alle zu schaffen ~~schaffen~~ und dabei mittelfristig die bestehenden Schulformen zusammen zu führen. ~~{Leerzeichen}~~ Die erfolgreichen Gemeinschaftsschulen in Berlin zeigen, wie man diesen Weg gemeinsam mit Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern gehen kann. Damit ist auch klar, dass

Begründung

Konkretisierung, was die Schule für alle bedeutet und unserer Zeitvorstellungen.

K2-066-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 65 bis 67 einfügen:

und Sitzenbleiben abzuschaffen. Wir halten an unserem Ideal fest, eine Schule für Alle zu schaffen und hierfür mittelfristig Gymnasien und Sekundarschulen in eine gemeinsame Schulform zu überführen.

Die erfolgreichen Gemeinschaftsschulen in Berlin zeigen, wie man diesen Weg gemeinsam mit Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern gehen kann. Damit ist auch klar, dass

K2-067 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Robin Völker (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 66 bis 68 einfügen:

schaffen. Die erfolgreichen Gemeinschaftsschulen in Berlin zeigen, wie man diesen Weg gemeinsam mit Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern gehen kann. Wir wollen diese Schulform weiter stärken und Schulen ermutigen, sich in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln. Damit ist auch klar, dass die Schule der Zukunft die inklusive Schule ist, in der alle Kinder und Jugendliche

Unterstützer*innen

Vito Dabisch (LAG Bildung); Rhea Niggemann (KV Neukölln)

K2-071 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 71 bis 77:

~~Freie Schulen fördern die Vielfalt, sie sind oft Impulsgeber für neue Wege im Schulalltag. Sie sind für uns ein wichtiger Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft, wie es etwa die Bürgerplattform „Wir sind da!“ in Mitte vormacht. Freie Schulen brauchen Planungssicherheit. Gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft, die eine ausgewogene soziale Mischung nachweisen und auf Schulgeld verzichten, stellen wir eine bessere finanzielle Förderung in Aussicht.~~Berlins freie Schulen ergänzen ein breites Angebot staatlicher Schulen, die wiederum allen Kindern und Jugendlichen in Berlin Zugang zu Bildung ermöglichen. Sie fördern dabei die Vielfalt der Berliner Schullandschaft und können Impulsgeberinnen für neue Wege im Schulalltag sowie Ausdruck einer aktiven Gesellschaft sein. Wir wollen, dass die Ansätze von alternativen Lehrmethoden, kleineren Klassen und individueller Förderung jedes einzelnen Kindes in staatlichen Schulen verstärkt verfolgt werden. Die Privatisierung des Bildungssystems hingegen sehen wir skeptisch. Privatschulen werden oft nur von den Privilegierten unserer Gesellschaft besucht. Um dieser Selektion entgegenzuwirken, setzen wir uns für ein Modell ein, bei dem die finanzielle Förderung von der sozialen Mischung und der Schulgeldlosigkeit abhängt. Gute Bildung für alle an für alle zugänglichen staatlichen Schulen hat für uns Vorrang vor einer Erhöhung der Zuschüsse an Schulen in privater Trägerschaft. Wir wollen Kindern mit Migrationshintergrund den Weg an die Bildungsspitze öffnen und mehr Lehrer*innen mit Migrationshintergrund an die Schulen bringen. Willkommensklassen

K2-071-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Vito Dabisch (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 71 bis 74:

~~Freie Schulen fördern die Vielfalt, sie sind oft Impulsgeber für neue Wege im Schulalltag. Sie sind für uns ein wichtiger Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft, wie es etwa die Bürgerplattform „Wir sind da!“ in Mitte vormacht. Die Abkehr vom öffentlichen Schulsystem gerade im Grundschulbereich sehen wir mit Sorge. Schulen in privater Trägerschaft können Impulsgeber für neue Wege im Schulalltag sein, werden aber leider oft nur von bildungsnahen Milieus besucht.~~ Freie Schulen brauchen Planungssicherheit. Gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft, die eine ausgewogene soziale Mischung

Unterstützer*innen

Robin Völker (KV Neukölln); Rhea Niggemann (KV Neukölln)

K2-071-3 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 71 bis 74 löschen:

Freie Schulen fördern die Vielfalt, sie sind oft Impulsgeber für neue Wege im Schulalltag. Sie sind für uns ein wichtiger Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft, ~~wie es etwa die Bürgerplattform „Wir sind da!“ in Mitte vormacht~~. Freie Schulen brauchen Planungssicherheit. Gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft, die eine ausgewogene soziale Mischung

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

K2-073 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Vito Dabisch (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 72 bis 77:

Sie sind für uns ein wichtiger Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft, wie es etwa die Bürgerplattform „Wir sind da!“ in Mitte vormacht. ~~Freie Schulen brauchen Planungssicherheit. Gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft, die eine ausgewogene soziale Mischung nachweisen und auf Schulgeld verzichten, stellen wir eine bessere finanzielle Förderung in Aussicht.~~ Wir Grüne wollen eine ausgewogene soziale Mischung auch an Schulen in privater Trägerschaft erreichen. Daher prüfen wir ein Modell, bei dem eine Erhöhung der Finanzierung gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft nur dann möglich ist, wenn sie eine ausgewogene soziale Mischung nachweisen und auf Schulgeld verzichten. Wir wollen Kindern mit Migrationshintergrund den Weg an die Bildungsspitze öffnen und mehr Lehrer*innen mit Migrationshintergrund an die Schulen bringen.

Willkommensklassen

Unterstützer*innen

Robin Völker (KV Neukölln); Rhea Niggemann (KV Neukölln)

K2-076 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 75 bis 81:

nachweisen und auf Schulgeld verzichten, stellen wir eine bessere finanzielle Förderung in Aussicht. ~~Wir wollen Kindern mit Migrationshintergrund den Weg an die Bildungsspitze öffnen und mehr Lehrer*innen mit Migrationshintergrund an die Schulen bringen. Willkommensklassen für geflüchtete Kinder dürfen nur eine erste Ankommensstation vor dem Wechsel in die Regelklassen sein. Wir brauchen zudem eine geschlechtersensible Erziehung, die traditionelle Rollenbilder hinterfragt und Mädchen wie Jungs neue Chancen eröffnet. Für Diskriminierung darf an Berlins Schulen kein Platz sein.~~ Wir wollen Kindern,

die auf ihre Migrationsgeschichte reduziert werden,

den Weg an die Bildungsspitze öffnen und mehr Lehrer*innen mit Migrationshintergrund an die Schulen bringen. Willkommensklassen für geflüchtete Kinder dürfen nur eine erste Ankommensstation vor dem Wechsel in die Regelklassen sein. Wir brauchen zudem eine geschlechtersensible Erziehung, die traditionelle Rollenbilder hinterfragt und Mädchen wie Jungs neue Chancen eröffnet. Für Diskriminierung darf an Berlins Schulen kein Platz sein.

Begründung

Die Kinder, von denen die Rede ist, leben mittlerweile über mehrere Generationen in Deutschland. Der Begriff „Migrationshintergrund“ suggeriert allerdings die Annahme, sie wären selbst nach Deutschland eingewandert.

Unterstützer*innen

Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Frank Strobel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Grüne Jugend; Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht); Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf); Urban Aykal (KV Steglitz-Zehlendorf); Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Jonas Boysen (KV Mitte); Lilian Seffer (KV Mitte); Ingrid Ochse (KV Mitte); Bernhard Kern (KV Mitte); Gökhan Akgün (KV Mitte); Bertrand Njome (KV Mitte)

K2-076-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Vito Dabisch (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 70 bis 77:

Freie Schulen fördern die Vielfalt, sie sind oft Impulsgeber für neue Wege im Schulalltag. Sie sind für uns ein wichtiger Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft, wie es etwa die Bürgerplattform „Wir sind da!“ in Mitte vormacht. Freie Schulen brauchen Planungssicherheit. Gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft, die eine ausgewogene soziale Mischung nachweisen und auf Schulgeld verzichten, stellen wir eine bessere finanzielle Förderung in Aussicht.

Die ausreichende Finanzierung und Gewährleistung eines für alle zugänglichen, breiten und qualitativ hochwertigen öffentlichen Bildungsangebots hat für uns selbstverständlich Vorrang vor einer Erhöhung der Zuschüsse an Schulen in privater Trägerschaft.

~~Freie Schulen fördern die Vielfalt, sie sind oft Impulsgeber für neue Wege im Schulalltag. Sie sind für uns ein wichtiger Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft, wie es etwa die Bürgerplattform „Wir sind da!“ in Mitte vormacht. Freie Schulen brauchen Planungssicherheit. Gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft, die eine ausgewogene soziale Mischung nachweisen und auf Schulgeld verzichten, stellen wir eine bessere finanzielle Förderung in Aussicht.~~ Wir wollen Kindern mit Migrationshintergrund den Weg an die Bildungsspitze öffnen und mehr Lehrer*innen mit Migrationshintergrund an die Schulen bringen. Willkommensklassen

Unterstützer*innen

Robin Völker (KV Neukölln); Rhea Niggemann (KV Neukölln)

K2-076-3 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 75 bis 81:

nachweisen und auf Schulgeld verzichten, stellen wir eine bessere finanzielle Förderung in Aussicht.

~~Wir wollen Kindern mit Migrationshintergrund den Weg an die Bildungsspitze öffnen und mehr Lehrer*innen mit Migrationshintergrund an die Schulen bringen. Willkommensklassen für geflüchtete Kinder dürfen nur eine erste Ankommensstation vor dem Wechsel in die Regelklassen sein. Wir brauchen zudem eine geschlechtersensible Erziehung, die traditionelle Rollenbilder hinterfragt und Mädchen wie Jungs neue Chancen eröffnet. Für Diskriminierung darf an Berlins Schulen kein Platz sein.~~

Wir wollen allen Kindern, auch die aus sozial benachteiligten Familien oder mit Migrationshintergrund, den Weg an die Bildungsspitze öffnen. Dazu wollen wir z.B

mehr Lehrer*innen mit Migrationshintergrund an die Schulen bringen. Willkommensklassen für geflüchtete Kinder dürfen nur eine erste Ankommensstation vor dem Wechsel in die Regelklassen sein. Wir brauchen zudem eine geschlechtersensible Erziehung, die traditionelle Rollenbilder hinterfragt und Mädchen wie Jungs neue Chancen eröffnet. Für Diskriminierung darf an Berlins Schulen kein Platz sein.

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

K2-077 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 76 bis 81:

Aussicht. Wir wollen Kindern mit Migrationshintergrund den Weg an die Bildungsspitze öffnen und mehr Lehrer*innen mit Migrationshintergrund an die Schulen bringen. ~~Willkommensklassen für geflüchtete Kinder dürfen nur eine erste Ankommensstation vor dem Wechsel in die Regelklassen sein. Wir brauchen zudem eine geschlechtersensible Erziehung, die traditionelle Rollenbilder hinterfragt und Mädchen wie Jungs neue Chancen eröffnet. Für Diskriminierung darf an Berlins Schulen kein Platz sein.~~

Insgesamt sollen alle Lehrer*innen hinsichtlich Vielfalt, Diskriminierung und Wertschätzung von Mehrsprachigkeit während des Studiums und des Berufsalltags sensibilisiert und ausgebildet werden. Beispielhaft hierfür können ein Pflichtmodul Diversity Education im Lehramtsstudium sowie verpflichtende Fortbildungen in diesem Themenfeld stehen.

Willkommensklassen für geflüchtete Kinder dürfen nur eine erste Ankommensstation vor dem Wechsel in die Regelklassen sein. Wir brauchen zudem eine geschlechtersensible Erziehung, die traditionelle Rollenbilder hinterfragt und Mädchen wie Jungs neue Chancen eröffnet. Für Diskriminierung darf an Berlins Schulen kein Platz sein.

Begründung

Allein das Einstellen von Lehrer*innen mit Migrationshintergrund (MH) ist nicht ausreichend. Es herrscht auch kein Automatismus: Mehr Lehrer*innen mit MH bringen nicht automatisch mehr Kinder mit MH an die Bildungsspitze; es kommt sehr auf die Reflexionskompetenzen und die Haltung der Lehrer*innen (auch auf die Haltung der Lehrer*innen mit MH) an. Sie bringen nicht allein aufgrund ihres MHs mehr Diversity-Kompetenzen mit. Daher muss dieser Aspekt bereits im Studium für alle angehenden Lehrkräfte curricular verankert werden. Aber selbstverständlich: Vielfalt im Klassenzimmer muss sich auch im Lehrerzimmer widerspiegeln (Vorbildfunktion), aber die Beispiele hier müssten erweitert werden, um deutlich zu machen, dass wir uns dem Problem der institutionellen Diskriminierung und der starken Fixierung auf Monolingualität an Schulen annehmen werden.

Unterstützer*innen

Frank Strobel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Rhea Niggemann (KV Neukölln); Vito Dabisch (LAG Bildung); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht); Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf); Urban Aykal (KV Steglitz-Zehlendorf); Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Lilian Seffer (KV Mitte); Jonas Boysen (KV Mitte); Ingrid Ochse (KV Mitte); Bernhard Kern (KV Mitte); Gökhan Akgün (KV Mitte); Bertrand Njoume (KV Mitte)

K2-080 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 79 bis 81:

Regelklassen sein. Wir brauchen zudem eine geschlechtersensible Erziehung, die traditionelle Rollenbilder hinterfragt und ~~Mädchen wie Jungs~~ allen Kindern und Jugendlichen neue Chancen eröffnet. Für Diskriminierung darf an Berlins Schulen kein Platz sein.

Begründung

Wir wollen doch Rollenbilder aufbrechen...

Mehr als zwei Geschlechter!

K2-081 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 16.03.2016

Änderungsantrag zu K2

Nach Zeile 81 einfügen:

Schule ist kein Elfenbeinturm. Junge Menschen sollen sich mit der Dramatik der globalen Umweltzerstörung, krassen sozialen Ungerechtigkeiten und mit Wegen eines möglichen Wandels auseinandersetzen. Deshalb unterstützen wir, dass Umweltbildung, globales Lernen und insbesondere Bildung zu einer nachhaltigen Entwicklung einen zentralen Stellenwert beim Lernen innerhalb und außerhalb der Schulen erhalten.

K2-081-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Thomas Birk (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu K2

Nach Zeile 81 einfügen:

Wir wollen Musikschulen, Volkshochschulen, Jugendkunstschulen, Jugendkultur- und Medienkompetenzzentren stärken und zukunftssicher machen. Sie sind unverzichtbare Einrichtungen der kulturellen Bildung, der Integration, der Weiterbildung, der Medienbildung und der Nachwuchsförderung für Berlins reichhaltige Kultur- und Medienlandschaft. Wir wollen, dass sie der hohen Nachfrage gerecht werden können. Eine pädagogisch nachhaltige Arbeit dieser Institutionen ist nur mit mehr festen Stellen und Planungssicherheit möglich. Dies gilt insbesondere für Kooperationen mit Schulen.

Begründung

Es ist mir bewusst, dass das Programm diesmal sehr kurz sein soll. Aber es kann nicht sein, dass wir im Bereich Bildung die Bereiche aussparen, für die wir uns wie keine andere Partei in Berlin in den letzten 10 Jahren engagiert haben. Die Akteur*innen der Kulturellen Bildung, der außerschulischen Bildung und Medienbildung bauen auf uns Grüne, weil wir uns kontinuierlich für ihre Belange eingesetzt haben. Hier steht in aller Kürze zusammengefasst, was in langen Konzeptpapieren auch dann vom Senat ignoriert wurde, wenn er diese Papiere selbst in Auftrag gegeben oder gar selbst mitverfasst hat. Wenn dieser Abschnitt nicht aufgenommen wird, fehlt ein Pendant zu den an anderer Stelle und in einem Projekt extra und zu Recht hervorgehobenen Bibliotheken.

K2-082 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAg Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K2

In Zeile 82:

~~2.3. Wissen ist mehr wert~~

2.3. Wissenschaft für die Zukunft

Begründung

Der neue Titel klingt nicht gleich nach der reinen Verwertungslogik von Wissen sondern zeigt positiv die Zukunftsperspektive von Wissen und Wissenschaft auf.

Anmerkung für die Antragskommission: Der Antrag ist Verbindung mit dem Änderungsantrag zu sehen, die Zwischenüberschrift zu ändern und den ersten Absatz des Kapitel 2.3 in das Kapitel 2.2 verschiebt. Leider sind diese technisch im Antragstool nicht zusammen zu fügen. Gerne sind die Anträge zusammen zu verhandeln, da sie alleine keinen Sinn ergeben.

K2-082-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Landesvorstand der Grünen Jugend

Beschlussdatum: 10.04.2016

Änderungsantrag zu K2

In Zeile 82:

~~2.3. Wissen ist mehr wert~~

2.3. Wissenschaft und Ausbildung für die Zukunft

Begründung

Der Sinn von Wissen ist nicht die Wertigkeit

K2-083 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K2

In Zeile 83 löschen:

~~Übergang Schule-Beruf – Ausbildung/Weiterbildung~~ – Hochschule/Wissenschaft – Forschung

Begründung

Antrag bitte in Verbindung mit der Änderung der Überschrift von 2.3 und der Verschiebung der ersten beiden Absätze in das Kapitel 2.2 behandeln.

Auch wenn die Unterkapitel dadurch unterschiedlich lang werden, ist der Übergang von Schule in die Berufsausbildung und die verschiedenen Anschlussmöglichkeiten sinnvoller in dem Kapitel 2.2 aufgehoben. Im Rest des Kapitels 2.3 geht es um Wissenschaft, Hochschulen und Forschung und macht eine ganz andere Stoßrichtung auf. Daher schlagen wir vor, den Teil der Anschlüsse und Übergänge zur beruflichen Bildung konsequent ein Kapitel höher zu schieben, und das Wissenschaftskapitel entsprechend zu kürzen und anzupassen. Beide Unterkapitel würden dadurch an Klarheit gewinnen.

K2-084 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 84 bis 89:

~~Jede*r Berliner*in hat einen ganz eigenen Lebensweg. Darum wollen wir die Bildungswege so flexibel machen, dass sich in jeder Lebenslage neue Bildungschancen und Möglichkeiten auftun. Berlin braucht ein transparentes System, in dem Abschlüsse leichter anerkannt und Perspektiven flexibel aufgezeigt werden. Wir wollen mit Universitäten, Hochschulen, Oberstufenzentren und Kammern daran arbeiten, diese Übergänge zu glätten, um Bildungsbiografien ganz individuell anzuerkennen und zu ermöglichen.~~

Bitte zusammen mit dem nächsten Absatz in Kapitel 2.2 verschieben und entsprechend die Überschrift und Unterüberschrift anpassen.

Begründung

Antrag bitte in Verbindung mit der Änderung der Überschrift und Unterüberschrift von 2.3 behandeln. Die Verschiebung des nächsten Absatzes gehört sinngemäß ebenfalls dazu. Die Begründung ist entsprechende identisch.

Auch wenn die Unterkapitel dadurch unterschiedlich lang werden, ist der Übergang von Schule in die Berufsausbildung und die verschiedenen Anschlussmöglichkeiten sinnvoller in dem Kapitel 2.2 aufgehoben. Im Rest des Kapitels 2.3 geht es um Wissenschaft, Hochschulen und Forschung und macht eine ganz andere Stoßrichtung auf. Daher schlagen wir vor, den Teil der Anchlüsse und Übergänge zur beruflichen Bildung konsequent ein Kapitel höher zu schieben, und das Wissenschaftskapitel entsprechend zu kürzen und anzupassen. Beide Unterkapitel würden dadurch an Klarheit gewinnen.

K2-086 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 85 bis 89:

flexibel machen, dass sich in jeder Lebenslage neue Bildungschancen und Möglichkeiten auftun. ~~Berlin braucht ein transparentes System, in dem Abschlüsse leichter anerkannt und Perspektiven flexibel aufgezeigt werden. Wir wollen mit Universitäten, Hochschulen, Oberstufenzentren und Kammern daran arbeiten, diese Übergänge zu glätten, um Bildungsbiografien ganz individuell anzuerkennen und zu ermöglichen.~~ Wir wollen weiterhin gemeinsam mit Hochschulen, Gewerkschaften sowie Wirtschaftsverbänden und -organisationen daran arbeiten, die Zugänge zu weiterführenden Bildungsgängen zu vereinfachen. Wir wollen die Anerkennung von z.B. im Ausland erworbenen Abschlüssen oder von im Berufsleben erworbenen Kompetenzen unterstützen.

Begründung

Sprachliche Klarstellung: Zugänge und Anerkennung als zentrale Probleme für ein durchlässiges für individuelle Bildungs- und Berufsbiographien offenes Bildungssystem.

K2-087 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 86 bis 88 löschen:

aufzun. Berlin braucht ein transparentes System, in dem Abschlüsse leichter anerkannt und Perspektiven flexibel aufgezeigt werden. Wir wollen mit ~~Universitäten~~, Hochschulen, Oberstufenzentren und Kammern daran arbeiten, diese Übergänge zu glätten, um

Begründung

Der Begriff Hochschulen umfasst sowohl die Universitäten als auch die Fachhochschulen. Daher müssen die Universitäten in der Aufzählung nicht separat aufgeführt werden.

K2-088 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 87 bis 89 einfügen:

Perspektiven flexibel aufgezeigt werden. Wir wollen mit Universitäten, Hochschulen, Oberstufenzentren, Gewerkschaften und Kammern daran arbeiten, diese Übergänge zu glätten, um Bildungsbiografien ganz individuell anzuerkennen und zu ermöglichen.

Begründung

Die Perspektive der Arbeitnehmer*innen sollte mitgedacht werden.

K2-090 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 90 bis 98:

~~Die Möglichkeiten, die eine Berufsausbildung bietet, sind vielfältig. Leider kommen Schulabgänger*innen und Ausbildungsplätze viel zu selten zusammen. Stellen bleiben unbesetzt und Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz. Neue Chancen bietet eine bessere Kooperation aller Beteiligten: Jobcenter, Jugendhilfe oder berufliche Schulen. In einigen Bezirken haben wir gute Erfahrungen mit Jugendberufsagenturen gemacht, die alle wichtigen Stellen zusammenbringen. Der nächste Schritt sind Jugendberufsagenturen für ganz Berlin. Ziel der Vernetzung ist die „Berliner Ausbildungsgarantie“. Es gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss. Die Übergänge von der Berufsschule zur Hochschule werden einfacher. Es soll nicht länger um ein „Entweder oder“ gehen, sondern um das „Sowohl als auch“.~~

Bitte zusammen mit dem Absatz davor in Kapitel 2.2 verschieben und die Überschrift und Unterüberschrift entsprechend anpassen.

Begründung

Antrag bitte in Verbindung mit der Änderung der Überschrift und Unterüberschrift von 2.3 behandeln. Die Verschiebung des Absatzes davor gehört sinngemäß ebenfalls dazu. Die Begründung ist entsprechend identisch:

Auch wenn die Unterkapitel dadurch unterschiedlich lang werden, ist der Übergang von Schule in die Berufsausbildung und die verschiedenen Anschlussmöglichkeiten sinnvoller in dem Kapitel 2.2 aufgehoben. Im Rest des Kapitels 2.3 geht es um Wissenschaft, Hochschulen und Forschung und macht eine ganz andere Stoßrichtung auf. Daher schlagen wir vor, den Teil der Anschlüsse und Übergänge zur beruflichen Bildung konsequent ein Kapitel höher zu schieben, und das Wissenschaftskapitel entsprechend zu kürzen und anzupassen. Beide Unterkapitel würden dadurch an Klarheit gewinnen.

K2-096 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 95 bis 97 einfügen:

zusammenbringen. Der nächste Schritt sind Jugendberufsagenturen für ganz Berlin. Ziel der Vernetzung ist die „Berliner Ausbildungsgarantie“. Wir möchten auch die Zahl von Ausbildungsabbrüchen senken durch anonyme Beratungs- und Beschwerdestellen, die außerhalb der Kammern eingerichtet sind. Vorbild ist die hessische Initiative "QuABB". Es gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss. Die Übergänge von der Berufsschule zur Hochschule werden einfacher. Es soll nicht länger um

Begründung

Die Kammern dürfen nicht Anlaufstellen für Azubis sein, wenn sie eigentlich die Arbeitgeber*innen vertreten.

K2-096-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 96 bis 98:

Vernetzung ist die „Berliner Ausbildungsgarantie“. Es gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss. ~~Die Übergänge von der Berufsschule zur Hochschule werden einfacher. Es soll nicht länger um ein „Entweder oder“ gehen, sondern um das „Sowohl als auch“.~~ Wir setzen uns für eine bessere Vergütung und soziale Anerkennung von Ausbildungsberufen ein, die momentan unterbezahlt sind. Auch Weiterbildungen und zusätzliche Ausbildungen sollen vereinfacht werden - insbesondere die Übergänge von der Berufsschule zur Hochschule.

Begründung

Auch in manchen Ausbildungsberufen herrscht Fachkräftemangel. Das Ziel sollte nicht sein, dass ALLE studieren, sondern dass jede(r) sich frei für eine Branche entscheiden kann, ohne dann deshalb finanzielle Sorgen zu haben.

K2-096-3 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 95 bis 97 einfügen:

zusammenbringen. Der nächste Schritt sind Jugendberufsagenturen für ganz Berlin. Ziel der Vernetzung ist die „Berliner Ausbildungsgarantie“, die durch eine Umlagefinanzierung getragen wird. Es gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss. Die Übergänge von der Berufsschule zur Hochschule werden einfacher. Es soll nicht länger um

Begründung

Durch eine Umlagefinanzierung, wie sie bereits in der Krankenpflegeausbildung angewendet wird, kann neben der ausreichenden Zahl der Ausbildungsplätze auch eine gerechtere Ausbildungsvergütung sichergestellt werden. Alle Unternehmen profitieren von gut ausgebildeten Fachkräften - es ist nur fair, wenn sich auch alle an der Ausbildung beteiligen.

K2-099 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 99 bis 103:

Berlin ist die deutsche Hauptstadt der Wissenschaft und die forschungstärkste Region in Deutschland. Die vielfältige Hochschullandschaft werden wir weiter stärken. ~~Angesichts der steigenden Zahl junger Menschen, die nach Berlin kommen, wollen wir die Zahl der ausfinanzierten Studienplätze erhöhen.~~ Wir wollen der steigenden Zahl von jungen Menschen, die zum Studieren nach Berlin kommen, gut finanzierte Studienplätze unabhängig von Studienrichtung und Hochschulart bieten. Dazu gehört auch eine bessere Ausstattung der Studierendenwerke. Die Möglichkeit zum Studieren darf nicht vom Geldbeutel der Eltern

Begründung

Wir wollen im Wahlprogramm weg vom „Haushältersprech“, hin zu einer politischen Aussage. Die vorige Formulierung ist zudem irreführend, da sie nicht formuliert wieviel "mehr" ausfinanzierte Studienplätze das wären - und das gleich zynische Hintergedanken bei unserer Zielgruppe wecken wird, die von der rot-roten und rot-schwarzen Koalition schlimmes gewohnt sind. Unser Grünes Bildungsziel ist jedoch, dass alle Studierenden die gleichen guten Voraussetzungen für ihr Studium und ihre Berufswahl bekommen. Egal ob sie BWL, Jura oder Physik studieren.

K2-099-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 99 bis 101:

Berlin ist die deutsche Hauptstadt der Wissenschaft und die forschungsstärkste Region in Deutschland. ~~Die Eine~~ vielfältige Hochschullandschaft ~~werden, die~~ wir weiter stärken wollen, zeichnet sich durch Hochschulen aus, die offen sind für Studierende mit unterschiedlichen Bildungsbiographien und Herkünften. Dazu gehören z. B. Studierende aus allen Bildungsschichten sowie Studierende aus anderen Herkunftsländern und Geflüchtete. Um den Hochschulzugang und um ein erfolgreiches Studium zu unterstützen, sind auf die verschiedenen Zielgruppen zugeschnittene Angebote zu finanzieren wie z. B. die Erhöhung der Plätze in den Studienkollegs oder Sprachkurse. Angesichts der steigenden Zahl junger Menschen, die nach Berlin kommen, wollen wir die Zahl der

Begründung

Die ursprüngliche Formulierung ist uneindeutig in ihrer Aussage und z.T. sogar irreführend, weil es eher um „vielfältige Hochschulen“ gehen soll und nicht um eine „vielfältige Hochschullandschaft“, die assoziiert wird mit unterschiedlichen Typen von Hochschulen wie „Universitäten“, „Fachhochschulen“, „staatliche oder private Hochschulen. Inhaltlich geht es aber um eine Öffnung von Hochschulen für unterschiedliche Studierendengruppen und, angesichts der aktuellen Lage der Geflüchteten in unserer Stadt, um einen erleichterten Zugang auch dieser Menschen zu den Hochschulen unter Anerkennung ihrer unterschiedlichen Bildungsbiographien.

K2-105 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 104 bis 106:

abhängen. Studiengebühren oder Studienkonten lehnen wir deshalb grundsätzlich ab. Wir brauchen jeden Kopf: ~~160~~175.000 Studierende sind für uns eine ~~160~~175.000-fache Investitionen in die Zukunft der Stadt, gerade wenn wir es schaffen, die Absolvent*innen mit guten

Begründung

Es sind mittlerweile laut Hochschulstatistik aktuell über 175.000 Studierende an den staatlichen Hochschulen in Berlin, wir sollten in unserem Wahlprogramm die korrekte Zahl nennen, zumal sie unserer Argumentation entgegen kommt. (Wintersemester 2015/16: 175.651 Studierende laut Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg).

Vergleiche: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/pms/2015/15-11-27.pdf>

K2-107 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 106 bis 107 einfügen:

die Zukunft der Stadt, gerade wenn wir es schaffen, die Absolvent*innen mit guten Jobangeboten in Berlin zu halten. Das kann uns nur gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft gelingen. Besonders kleine und mittlere Betriebe müssen hierfür besseren Zugang zu Forschung und Absolvent*innen der Universitäten und Hochschulen bekommen, damit sie von den innovativen Ideen und gut ausgebildeten Absolvent*innen profitieren können.

Begründung

Wenn man die Hochschul-Absolvent*innen in Berlin halten möchte, muss es nicht nur Stellen in der Wissenschaft geben, sondern auch attraktive Perspektiven in der Wirtschaft. Das kann man nur gemeinsam mit den Betrieben erreichen. Der Zugang für kleine und mittlere Unternehmen, die den grössten Teil in Berlin darstellen, muss dafür deutlich und aktiv erleichtert werden.

Unterstützer*innen

Michael Schäfer (KV Mitte); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K2-110 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 109 bis 111 einfügen:

sich ihre Finanzierung verbessern. Das wollen wir schon beim Abschluss der nächsten Hochschulverträge angehen. Dabei muss auch der Frauen*quote bei der Stellenbesetzung ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Außerdem muss der enorme Investitionsstau bei den Gebäuden aufgelöst werden.

Begründung

erfolg mündlich

K2-112 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 112 bis 116:

~~Gute Lehre und gute Forschung an den Berliner Hochschulen und Universitäten ist nur möglich, wenn wir auch für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht eine langfristige berufliche Perspektive mit angemessener Bezahlung, sicheren Arbeitsverhältnissen und klaren Zukunftsaussichten. Dazu werden wir mehr unbefristete Stellen im Mittelbau schaffen.~~

Gute Arbeit und gute Forschung an den Berliner Hochschulen brauchen gute Arbeitsbedingungen mit angemessener Bezahlung, sicheren Arbeitsverhältnissen und klaren Zukunftsaussichten. Dafür setzen wir uns ein.

Dem wissenschaftliche Nachwuchs muss eine langfristige berufliche Perspektive geboten werden. Dazu werden wir mehr unbefristete Stellen im Mittelbau schaffen.

Begründung

Die Umstellung ist notwendig, da an den Hochschulen nicht nur Wissenschaftler*innen arbeiten, wir aber laut LDK-Beschluss alle Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen entpräkarisieren wollen. Der Begriff "Lehre" ist zudem in diesem Zusammenhang im Begriff "Arbeit" mit enthalten, und so sind zum Beispiel auch die Betreuung von Praktika in Laboren durch technisches Personal, die Arbeit der Bibliothekar*innen, Sekretariate und vieles mehr umfasst. Ebenfalls wären damit auch die Lehrbeauftragten (und nicht nur die Promovierenden und Post-Docs) eingeschlossen, deren Situation wir auch deutlich verbessern wollen. Das entspricht unserer Beschlusslage in Berlin.

Redaktionell sollten wir zudem nur den Oberbegriff "Hochschulen" verwenden, da wir ansonsten korrekt "Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Kunsthochschulen" schreiben müsste, was zu lang ist.

K2-116 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Nach Zeile 116 einfügen:

Neu einfügen:

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind neben den Hochschulen der zweite Pfeiler der Wissenschaftslandschaft in Berlin. Über die landeseigene Forschungsförderung wollen wir Einrichtungen stärker unterstützen, die als Vorreiter der Nachhaltigkeitsforschung Grundlagen und Konzepte für den sozial-ökologischen Umbau Berlins entwickeln.

Begründung

Von Grünen wird zurecht erwartet, dass sie sich auch für alternative, interdisziplinäre und vor allem sozial-nachhaltige und ökologische Forschung einsetzen. In Berlin haben wir mit den vielen kleineren Forschungsinstitutionen eine hervorragende Grundlage dafür, die derzeit jedoch nicht ausreichend gefördert wird. Im Vergleich stand im Wahlprogramm 2011: "Wir wollen interdisziplinäre Vorbildprojekte, wie das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, sowie andere Vordenker fördern und sichtbar machen, um Berlin als Ganzes voranzubringen." Dahinter sollten wir im Sinne unseres Grünen Parteiprofils nicht zurück fallen.

K2-124 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 124 bis 125 löschen:

~~Exzellente~~ Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die besten Investitionen in die Zukunft Berlins und Voraussetzung für die Wirtschaftskraft unserer Stadt. Berlin hat so viele gut

K2-127 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 126 bis 128:

ausgebildete, kreative Menschen; sie alle machen die Stadt zu einem Motor für Innovationen und zum ~~Labor der Zukunft~~ Zukunftslabor. Das wollen wir durch eine Politik des Weitblicks fördern, die insbesondere grüne Technologien, einen klimafreundlichen Energiemix, nachhaltige

Begründung

Sprachlich

K2-129 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 128 bis 130 einfügen:

insbesondere grüne Technologien, einen klimafreundlichen Energiemix, nachhaltige Ressourcennutzung das Konzept des Demokratischen Unternehmens und innovative Mobilitätskonzepte voranbringt. Dabei wollen wir das Potenzial etablierter Unternehmen ebenso nutzen wie die Innovationskraft von Startups,

Begründung

Wir halten die Demokratisierung von Unternehmen für wichtig. Deshalb sollten wir sie aktiv unterstützen und hier auch erwähnen.

K2-132 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 16.03.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 131 bis 132:

Forschung und Wissenschaft. So wird Berlin zu einer Metropole, die nachhaltig wirtschaftet und sich
grün ~~wächst~~weiterentwickelt.

K2-132-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 20.03.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 131 bis 132 einfügen:

Forschung und Wissenschaft. So wird Berlin zu einer Metropole, die nachhaltig wirtschaftet und grün wächst. Es gilt, die erheblichen und untragbaren Umweltlasten, die Wirtschaft und Gesellschaft unserem Planeten und insbesondere zukünftigen Generationen zumuten, zügig und entschieden zu reduzieren. Der "ökologische Fußabdruck" Berlins muss global verträglich werden.

K2-132-3 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 131 bis 132:

Forschung und Wissenschaft. So wird Berlin zu einer Metropole, die nachhaltig wirtschaftet und sich
grün wächstentwickelt.

Begründung

Sprachlich

K2-132-4 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Nach Zeile 132 einfügen:

Auch die gemeinsam mit Brandenburg aufgebauten Wirtschaftscluster wollen wir stärker an Nachhaltigkeitskriterien orientieren und weiter mit dem Umland vernetzen. Die Innovationszentren der Stadt stehen vielfach schon heute für die Entwicklung nachhaltiger Produkte. Mit dem Clean-Tech-Park-Marzahn und dem ehemaligen Flughafen Tegel haben wir zwei Standorte, die wir mit dem Schwerpunkt Forschung und Produktion von Urban Technologies entwickeln wollen. Berlin hat eine vielfältige Wirtschaftslandschaft. Das Handwerk spielt dabei eine ebenso große Rolle wie das produzierende Gewerbe, die Dienstleistung, die Bauwirtschaft, der Tourismus oder der Handel. Mit ökologischen und sozialen Standards geben wir den Unternehmen neue Anreize und machen sie fit für die Zukunft. Mit den Gewerkschaften sowie den Wirtschaftsverbänden und -organisationen werden wir dazu den intensiven Austausch fortsetzen.

Begründung

Einfügen des umformulierten Absatzes Z173 bis 181.

Mit dem hinzugefügten Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens kann ein Ziel auch für diese Bereiche dargestellt werden. Um das zu bewerkstelligen muss aufgrund der vielfältigen Branchen und Unternehmenslandschaft auch mit vielen Akteuren gesprochen werden. Mit der Verschiebung hinter die Zeile 132 bekommt der erste Teil „Wirtschaft/Innovation“ einen runden Abschluss

K2-132-5 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 131 bis 132 einfügen:

Forschung und Wissenschaft. So wird Berlin zu einer Metropole, die nachhaltig wirtschaftet und mit zukunftsweisenden Ideen grün und intelligent wächst.

Begründung

Wir Grüne wollen eine Wirtschaftsweise fördern, die nicht nur auf rein quantitatives, sondern auf qualitatives Wachstum ausgerichtet ist. Um Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, benötigen wir ein Zusammenspiel aus Wissenschaft, Technologien, einen klimafreundlichen Energiemix und innovative Ideen, wie dies im Text beschrieben wird. Folglich wollen wir intelligentes Wachstum, das wir mit zukunftsweisenden Ideen schaffen. Dies sollten wir auch so in unser Wahlprogramm schreiben.

Unterstützer*innen

Stefan Gelbhaar (KV Pankow); Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

K2-133 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 133 bis 139:

Berlin ist die Hauptstadt der Gründer*innen. Sie bringen frische Impulse in die Unternehmenslandschaft. ~~Neben persönlichen Erfolgen, geht es den meisten auch darum, die Gesellschaft zu verändern. Wir wollen diesen neuen Gründungsgeist unterstützen und Menschen ermutigen, sich selbstständig zu machen oder ein eigenes Unternehmen aufzubauen. Wir werden daher Förderprogramme so ausgestalten, dass innovative Unternehmensgründungen gezielt unterstützt werden, auch im Sinne einer „Kultur des Scheiterns“.~~ Neben persönlichen Erfolgen geht es vielen auch darum den sozial-ökologischen Umbau nachhaltig zu gestalten. Daran wollen wir anknüpfen und Menschen ermutigen, sich selbstständig zu machen oder ein eigenes Unternehmen aufzubauen. Wir werden daher Förderprogramme zum einen gezielt unterstützt werden, und zum anderen Gründer*innen auch im Falle eines Scheiterns eine zweite Chance bekommen. In der Verbindung von Klima- und Wirtschaftspolitik liegt Berlins große Chance: in einer konsequente Energiewende,

Begründung

1. Leider ist es nicht so, dass es den meisten darum geht mehr Nachhaltigkeit ins Wirtschaften zu bringen.
2. Der Ursprungstext ist sehr Missverständlich. Es geht eben nicht um eine Kultur des Scheiterns sondern um eine Kultur der zweiten Chance. Und in diesem Sinne wollen.

K2-133-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 133 bis 139:

Berlin ist die Hauptstadt der Gründer*innen. ~~Sie bringen frische Impulse in die Unternehmenslandschaft.~~ Neben persönlichen Erfolgen, geht es ~~den meisten~~vielen auch darum, die Gesellschaft zu verändern. Wir wollen diesen neuen Gründungsgeist unterstützen und ~~Menschen ermutigen, sich selbstständig zu machen oder ein eigenes Unternehmen aufzubauen.~~ Wir werden daher Förderprogramme so ausgestalten, dass innovative ~~und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete~~ Unternehmensgründungen gezielt unterstützt werden, ~~auch im Sinne einer „Kultur des Scheiterns“.~~ In der Verbindung von Klima- und Wirtschaftspolitik liegt Berlins große Chance: in einer konsequenten Energiewende,

Von Zeile 143 bis 145 einfügen:

Rohstoffen, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. Wir werden die ökologische Modernisierung mit Investitionen in die Energiewende, in Infrastruktur sowie in neue Technologien wie der Grünen Chemie unterstützen. Das Ziel lautet, den Dreiklang von Digitalisierung, Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung kraftvoll zu vereinen. Bis zu 270.000 neue Jobs können bis 2030 durch konsequentes Umsetzen dieser Politik entstehen. Nicht nur für die wachsende Internetwirtschaft Berlins ist ein offenes und freies Internet

Begründung

Die meisten Gründungen wollen wirtschaftlichen Erfolg, einige denken auch an Nachhaltigkeit - und diese wollen wir Grüne (auch in Abgrenzung zu den anderen Parteien!) in den Fokus nehmen.

Der neue kleine Absatz mit den Jobs begründet die vorangegangene Fokussierung.

Die gestrichene Kultur des Scheiterns passt daher an dieser Stelle nicht mehr, wird aber in einem Projekt sehr deutlich benannt!

Der digitale Wandel/Mittelstand wird in einem neuen nächsten Absatz (gesonderter Änderungsantrag) wg. seiner Wichtigkeit ausführlicher bedacht.

Unterstützer*innen

Sabine Bangert (LAG Kultur); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Alexander Koche (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Taylan Kurt (KV Mitte)

K2-141 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Vorstand Kreisverband CharlWilm)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 140 bis 144 einfügen:

neuen Mobilitätskonzepten und einer Abfallwirtschaft, die zur Kreislaufwirtschaft wird. Der grüne Weg führt hin zum „Teilen, Reparieren und Wiederverwenden“ und weg vom „Nutzen und Wegwerfen“. Genau wie bei den erneuerbaren Energien bringt Recycling der Stadt ein enormes Potenzial an Rohstoffen, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. Mit Reparatur-Initiativen wollen wir einen Beitrag zum Umweltschutz leisten und den Konsument*innen eine günstige Alternative zur Neuanschaffung von (Haushalts-)Geräten anbieten. Die BSR als kommunales Abfallunternehmen soll gemeinsam mit Sozialunternehmen und Reparaturinitiativen ein Reparaturnetzwerk aufbauen. Mit einer Machbarkeitsstudie zum Potential von reparierfähigen Elektro-Altgeräten und Alt-Möbeln wollen wir einen ersten Schritt gehen, um die Wertstoffhöfe des Landes zu modernisieren. Wir werden die ökologische Modernisierung mit Investitionen in die Energiewende, in Infrastruktur sowie in neue Technologien unterstützen.

Begründung

Die Nutzungsdauer von Gebrauchsgütern muss verlängert werden. Um Abfallberge zu reduzieren, Ressourcen zu schonen und nachhaltige Lebensweisen alltagspraktisch erfahrbar zu machen ist die gemeinsame Reparatur von defekten Gebrauchsgegenständen eine Notwendigkeit. Dabei sollten wir auch auf Landesebene Reparatur-Initiativen wie „Repair Cafés“ unterstützen, die zu einer Kultur der Nachhaltigkeit beitragen und die ein Gemeinschaftsgefühl entfachen sowie Menschen dazu anregen, die eigenen Gewohnheiten zu hinterfragen. Es geht um „Hilfe zur Selbsthilfe“ für Menschen, die kein Geld für einen Neukauf haben oder die aus ökologischer Überzeugung das Bestehende erhalten wollen.

Neben Repair Cafés sollten wir auch (offene) Reparatur-Werkstätten für „Weiße Ware“ mit einem Vor-Ort-Kundendienst unterstützen, auch als Ausbildungsstätte für Langzeitarbeitslose und Migranten.

Durch eine Informations- und Aufklärungskampagne können wir das Bewusstsein einer längeren Produktnutzung für Ressourcen- und Umweltschutz schärfen und die Kostenvorteile für die Verbraucher hervorheben. Auch sollten wir Möglichkeiten prüfen, wie der Zugang zu erschwingerlichen Ersatzteilen von Altgeräten via Recycling-Höfe erleichtert werden kann. Auch eine Entkriminalisierung der Veröffentlichung von Reparaturunterlagen (Schaltpläne, Explosionszeichnungen, etc.) und der Nutzung von Diagnose-Software muss juristisch – ggf. über eine Bundesratsinitiative - abgesichert werden.

Unterstützer*innen

Silke Gebel (MdA); Dr. Hartwig Berger (LAG Umwelt); Dr. Christiane Fry (Kreisverband CharlWilm)

K2-141-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 16.03.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 140 bis 142 einfügen:

neuen Mobilitätskonzepten und einer Abfallwirtschaft, die zur Kreislaufwirtschaft wird. Der grüne Weg führt hin zum „Teilen und Wiederverwenden“, dem sparsamen Umgang mit Materialien, zum Reparieren und Wiederverwenden und weg vom „Nutzen und Wegwerfen“. Genau wie bei den erneuerbaren Energien bringt Recycling der Stadt ein enormes Potenzial an

K2-141-3 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 140 bis 142 einfügen:

neuen Mobilitätskonzepten und einer Abfallwirtschaft, die zur Kreislaufwirtschaft wird. Der grüne Weg führt hin zum „Teilen, [Reparieren](#) und Wiederverwenden“ und weg vom „Nutzen und Wegwerfen“. Genau wie bei den erneuerbaren Energien bringt Recycling der Stadt ein enormes Potenzial an

Begründung

Reparieren ist ein Beitrag zur Ressourcenschonung und bietet vielfach eine Weiternutzung zu günstigen Preisen.

K2-147 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 146 bis 148:

wichtig. Der vollständige Glasfaserausbau ist überfällig: für die „Industrie 4.0“, vernetzte Mobilität, digitale Bildung und eine gleichberechtigte digitale Teilhabe. ~~Den Mittelstand~~Kleine und mittlere Unternehmen werden wir beim Umgang mit dem digitalen Wandel unterstützen.

Begründung

Der von der EU verwendete Begriff, der auch für die Vergabe von Fördermitteln relevant ist, lautet KMU.

K2-147-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 146 bis 148:

wichtig. Der vollständige Glasfaserausbau ist überfällig: für die „Industrie 4.0“, vernetzte Mobilität, digitale Bildung und eine gleichberechtigte digitale Teilhabe. ~~Den Mittelstand werden wir beim Umgang mit dem digitalen Wandel unterstützen.~~

Wir wollen für Berlin eine starke Wirtschaft, die sowohl die innovativen Start-ups, aber vor allem auch die kleinen und mittelgroßen Betriebe im Blick hat. Sie brauchen besseren Zugang zu Universitäten und Hochschulen, um ihre innovativen Ideen umzusetzen, denn hierzu fehlt ihnen oft Zeit, Geld und die notwendigen Mitarbeiter. Die Wirtschaftsförderung muss sie besonders im Blick haben. Ohne die vielen kleinen und mittelgroßen Betriebe als größte Arbeitgeber dieser Stadt gelingt die Transformation der Wirtschaft nicht.

Gerade für kleinere Unternehmen und Neugründungen werden knappe Gewerberäume und steigende Mieten zum existenziellen Problem. Dem wollen wir mit Maßnahmen gegen spekulativen Leerstand, der Einführung eines Gewerbemietpreispiegels und einer Mietpreisbremse entgegenwirken. Zur Offenheit und wirtschaftlichen Vielfalt Berlins gehört für uns auch die Späti-Kultur – und das auch sonntags.

Begründung

Die Unterstützung des Mittelstandes bzw. genauer gesagt der KMU in Sachen Digitalisierung und Nachhaltigkeit ist ein zentrales Thema und daher im folgenden Absatz ausführlicher beschrieben.

Der zweite Absatz hinsichtlich Gewerberäumen ist nur verschoben (von einer Stelle weiter hinten nach hier), weil es dann besser zusammenpasst.

Unterstützer*innen

Sabine Bangert (LAG Kultur); Andreas Otto (KV Pankow); Taylan Kurt (KV Mitte); Lucas Gerrits (KV Mitte); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Alexander Koch (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K2-148 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: KV Steglitz-Zehlendorf

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Nach Zeile 148 einfügen:

Das heißt, es muss berücksichtigt werden, dass oft mehrere Anläufe bei der Firmengründung notwendig sind, um Erfolg zu haben.

In der Verbindung von Klima- und Wirtschaftspolitik liegt Berlins große Chance: in einer konsequente Energiewende, neuen Mobilitätskonzepten und einer Abfallwirtschaft, die zur Kreislaufwirtschaft wird. Der grüne Weg führt hin zum „Teilen und Wiederverwenden“ und weg vom „Nutzen und Wegwerfen“. Genau wie bei den erneuerbaren Energien bringt Recycling der Stadt ein enormes Potenzial an Rohstoffen, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. Wir werden die ökologische Modernisierung mit Investitionen in die Energiewende, in Infrastruktur sowie in neue Technologien unterstützen. Nicht nur für die wachsende Internetwirtschaft Berlins ist ein offenes und freies Internet wichtig. Der vollständige Glasfaserausbau ist überfällig: für die „Industrie 4.0“, vernetzte Mobilität, digitale Bildung und eine gleichberechtigte digitale Teilhabe. Den Mittelstand werden wir beim Umgang mit dem digitalen Wandel unterstützen.

Begründung

Der Begriff „Kultur des Scheiterns“ ist zwar ein griffiger Begriff. Dieser ist für Laien jedoch nicht verständlich.

K2-149 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Alessa U. Berkenkamp (KV Mitte)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 149 bis 152:

Die Gemeinwohlökonomie, die nicht nur auf Bilanzgewinne sondern auch auf nachhaltige Wertschöpfung baut, ist bereits heute ein wichtiger Bestandteil der Berliner Wirtschaft – mit Luft nach oben. Mit guten Beispiel wollen wir voran gehen und als Grüne Fraktion(en) und Partei Gemeinwohl-Bilanzen erstellen, weil wir an ökologische Nachhaltigkeit, demokratische Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit glauben. Eine zentrale Rolle kommt dabei auch der Förderung von Genossenschaften zu. Gerade für ihre Expansion fehlen aber häufig die passenden Finanzierungsmodelle. Wir wollen die Erfahrungen

Unterstützer*innen

Silke Gebel (KV Mitte)

K2-149-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 149 bis 152:

~~Die Gemeinwohlökonomie. Unternehmen~~, die nicht allein auf Bilanzgewinne, sondern auf nachhaltige Wertschöpfung ~~baut, ist~~bauen, wie es zum Beispiel bei der Solidarischen Ökonomie der Fall ist, sind bereits heute ein wichtiger Bestandteil der Berliner Wirtschaft ~~—mit Luft nach oben, den wir weiter~~ausbauen wollen. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Förderung von Genossenschaften zu. Gerade für ihre Expansion fehlen aber häufig die passenden Finanzierungsmodelle. Wir wollen die Erfahrungen

Begründung

Solidarische Ökonomie hat sich international durchgesetzt und steht auch in der Überschrift.

K2-153 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 152 bis 161:

Expansion fehlen aber häufig die passenden Finanzierungsmodelle. Wir wollen die Erfahrungen gemeinwohlorientierter Banken nutzen und diese Lücke schließen. ~~Ein weiteres Pfund, mit dem Berlin wuchern kann sind die vielen Betriebe, die Berliner*innen mit Migrationshintergrund führen. Sie machen mittlerweile rund 20 Prozent aller Unternehmen dieser Stadt aus. Ihnen den Zugang zu den bestehenden Fördermöglichkeiten zu erleichtern, ist uns wichtig. Gerade für kleinere Unternehmen und Neugründungen werden knappe Gewerberäume und steigende Mieten zum existenziellen Problem. Dem wollen wir mit Maßnahmen gegen spekulativen Leerstand, der Einführung eines Gewerbemietenspiegels und einer Mietpreisbremse entgegenwirken. Zur Offenheit und wirtschaftlichen Vielfalt Berlins gehört für uns auch die Späti-Kultur – und das auch sonntags.~~ Gerade für kleinere Unternehmen und Neugründungen werden knappe Gewerberäume und steigende Mieten zum existenziellen Problem. Dem wollen wir mit Maßnahmen gegen spekulativen Leerstand, der Einführung eines Gewerbemietenspiegels und einer Mietpreisbremse entgegenwirken. Zur Offenheit und wirtschaftlichen Vielfalt Berlins gehört für uns auch die Späti-Kultur – und das auch sonntags. Ein weiteres Pfund, mit dem Berlin wuchern kann sind die vielen Betriebe, die Berliner*innen mit Migrationshintergrund führen. Sie machen mittlerweile rund 20 Prozent aller Unternehmen dieser Stadt aus. Ihnen den Zugang zu den bestehenden Fördermöglichkeiten zu erleichtern, ist uns wichtig..

Begründung

Dieser Absatz unterbricht an seiner ursprünglichen Stelle den Teil, der sich mit kleinen Unternehmen befasst. Mit dem Satzbeginn „Ein weiteres Pfund ...“, wird ja auch deutlich gemacht dass nun was neues kommt. Das wird an der neuen Stelle deutlich.

K2-153-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 152 bis 157:

Expansion fehlen aber häufig die passenden Finanzierungsmodelle. Wir wollen die Erfahrungen gemeinwohlorientierter Banken nutzen und diese Lücke schließen. ~~Ein weiteres Pfund, mit dem Berlin wuchern kann sind die vielen~~ Betriebe, die Berliner*innen mit Migrationshintergrund führen. ~~Sie~~ machen mittlerweile rund 20 Prozent aller Unternehmen dieser Stadt aus. Ihnen ~~wollen wir~~ den ~~diskriminierungsfreien~~ Zugang zu ~~den~~ bestehenden Fördermöglichkeiten ~~zu erleichtern, ist uns wichtig~~ sichern. Gerade für kleinere Unternehmen und Neugründungen werden knappe Gewerberäume und steigende Mieten

Begründung

Sprachlich (Menschen, die Betriebe führen sind kein "Pfund mit dem man wuchern kann", nur weil sie migrantischen Hintergrund haben), etwas kürzer und verbindlicher in der Zusage, die Förderung zu verbessern.

Unterstützer*innen

Sabine Bangert (LAG Kultur); Taylan Kurt (KV Mitte); Lucas Gerrits (KV Mitte); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Alexander Koch (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K2-157 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 156 bis 158:

den Zugang zu den bestehenden Fördermöglichkeiten zu erleichtern, ist uns wichtig. Gerade für kleinere Unternehmen ~~und~~, Neugründungen und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur werden knappe Gewerberäume und steigende Mieten zum existenziellen Problem. Dem wollen wir mit Maßnahmen gegen spekulativen Leerstand, der

Begründung

Von Verdrängung in Gewerberäumen sind auch soziale Einrichtungen wie z.B. Kitas zunehmend betroffen.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln)

K2-158 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 157 bis 160:

für kleinere Unternehmen und Neugründungen werden knappe Gewerberäume und steigende Mieten zum existenziellen Problem. ~~Dem~~Wir wollen ~~wir~~rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, um die städtebauliche Vielfalt in den Quartieren zu erhalten, etwa mit Maßnahmen gegen spekulativen Leerstand, der Einführung eines Gewerbemietenspiegels ~~und einer Mietpreisbremse~~ entgegenwirken ~~und einer Mietpreisbremse~~. Zur Offenheit und wirtschaftlichen Vielfalt Berlins gehört für uns auch die Späti-Kultur – und das auch

Begründung

Die genannten Punkte sind gute Beispiele und Ansätze, wir sollten uns aber nicht nur auf diese beschränken um die Situation zu verbessern.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln); Martin Kupfer (KV Neukölln)

K2-159 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 158 bis 160:

zum existenziellen Problem. Dem wollen wir mit Maßnahmen gegen spekulativen Leerstand, der Einführung eines Gewerbemietpreises und einer ~~M~~-mietpreisbremse entgegenwirken. Zur Offenheit und wirtschaftlichen Vielfalt Berlins gehört für uns auch die Späti-Kultur – und das auch

Begründung

Redaktionelle Klarstellung. Die Mietpreisbremse bezieht sich hier auf die Gewerberäume.

K2-162 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 162 bis 167:

Der Berliner Arbeitsmarkt wird auch von Unsicherheit und ~~drohender Prekarisierung geprägt. Viele Berliner*innen, gerade Frauen, haben den Makel Minijob im Lebenslauf, der verhindert, dass sie zurück in reguläre Arbeit kommen. Diese Rückkehr wollen wir gezielt fördern. In den Jobcentern wollen wir die gesetzlichen Ermessensspielräume zu Gunsten der Betroffenen auslegen. Sanktionieren und Gängeln löst keine Probleme. Unser Ziel ist~~Prekarisierung geprägt. Die Rückkehr von Frauen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wollen wir gezielt fördern. In den Jobcentern wollen wir die gesetzlichen Ermessensspielräume zu Gunsten der Betroffenen auslegen. Sanktionieren und Gängeln löst keine Probleme. Deshalb braucht Berlin eine Arbeitsmarktpolitik, die motiviert und Perspektiven eröffnet. Gleichzeitig wollen wir für

Begründung

Es muss die Verbindung der Lösung mit dem zuvor beschriebenen Problem auch textlich hergestellt werden.

K2-162-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 162 bis 163:

Der Berliner Arbeitsmarkt ~~wird~~ bietet jungen, gut ausgebildeten Menschen derzeit viele Möglichkeiten, ist aber für manche Gruppen auch von Unsicherheit und drohender Prekarisierung geprägt. Viele Berliner*innen, gerade Frauen, haben den Makel Minijob im Lebenslauf, der verhindert,

Begründung

Der Beginn des Absatzes spiegelt bisher nicht die aktuellen, streckenweise positiven Entwicklungen am Berliner Arbeitsmarkt wider. Die darf man nicht komplett ignorieren sonst werden wir nur als Schwarzseher titulierte.

Unterstützer*innen

Sabine Bangert (LAG Kultur); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Alexander Koch (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Taylan Kurt (KV Mitte); Lucas Gerrits (KV Mitte)

K2-169 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 168 bis 172 löschen:

alle, die vorerst kaum Chancen auf Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt haben, neue Möglichkeiten durch einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen. ~~Die öffentliche Hand werden wir zum Vorbild für gute Arbeit machen – „prekär im öffentlichen Auftrag“ darf es nicht mehr geben. Von der Grünpflege bis zur Musikschule gilt: Wer aus öffentlichen Mittel finanziert wird, hat einen Anspruch auf faire Bezahlung.~~

Begründung

Der Punkt passt aus unserer Sicht besser in den Teil 1.4 nach Zeile 116. Ein entsprechenden Änderungsantrag bringen wir ein.

Unterstützer*innen

Almut Rieger (KV Marzahn-Hellersdorf); Inka Seidel (KV Marzahn-Hellersdorf)

K2-169-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LaVo Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 168 bis 172:

alle, die vorerst kaum Chancen auf Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt haben, neue Möglichkeiten durch einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen. ~~Die öffentliche Hand werden wir zum Vorbild für gute Arbeit machen – „prekär im öffentlichen Auftrag“ darf es nicht mehr geben. Von der Grünpflege bis zur Musikschule gilt: Wer aus öffentlichen Mittel finanziert wird, hat einen Anspruch auf faire Bezahlung.~~

Wir akzeptieren und unterstützen aber auch Menschen, die sich bewusst gegen Arbeit entscheiden.

Die öffentliche Hand werden wir zum Vorbild für gute Arbeit machen – „prekär im öffentlichen Auftrag“ darf es nicht mehr geben. Von der Grünpflege bis zur Musikschule gilt: Wer aus öffentlichen Mittel finanziert wird, hat einen Anspruch auf faire Bezahlung.

Begründung

Es sollte klar werden, dass wir es akzeptieren wenn Menschen nicht arbeiten wollen und wir sie nicht als "faul" abstempeln. Wir glauben nicht, dass nicht arbeitende Menschen unserer Gesellschaft schaden, zumal viele ehrenamtliche Tätigkeiten nicht als Arbeit anerkannt werden.

K2-172 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: KV Steglitz-Zehlendorf

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Nach Zeile 172 einfügen:

Der Berliner Arbeitsmarkt wird auch von Unsicherheit und drohender Prekarisierung geprägt. Viele Berliner*innen, gerade Frauen, haben den Makel Minijob im Lebenslauf, der verhindert, dass sie zurück in reguläre Arbeit kommen. Diese Rückkehr wollen wir gezielt fördern. In den Jobcentern wollen wir die gesetzlichen Ermessensspielräume zu Gunsten der Betroffenen auslegen. Sanktionieren und Gängeln löst keine Probleme. Unser Ziel ist eine Arbeitsmarktpolitik, die motiviert und Perspektiven eröffnet. Gleichzeitig wollen wir für alle, die vorerst kaum Chancen auf Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt haben, neue Möglichkeiten durch einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Die öffentliche Hand werden wir zum Vorbild für gute Arbeit machen – „prekär im öffentlichen Auftrag“ darf es nicht mehr geben. Von der Grünpflege bis zur Musikschule gilt: Wer aus öffentlichen Mittel finanziert wird, hat einen Anspruch auf faire Bezahlung.

Ferner kommt es aufgrund immer näher an Gewerbegebiete heranrückende Wohnbebauung zu Konflikten zwischen den Unternehmen und der wohnenden Bevölkerung. Um solche Konflikte zu vermeiden, müssen die Interessensgegensätze frühzeitig im Planungsprozess berücksichtigt werden

Begründung

Durch das Heranrücken der Wohnbebauung an Gewerbe-/Industrieflächen entstehen Immissionsschutzprobleme. Dies hat zur Folge, dass Industrie- und Handwerksunternehmen teuer nachrüsten müssen, um der neuen Immissionsschutzlage gerecht zu werden. Dies hat in Berlin schon zum Wegzug oder Schließung einiger Unternehmen geführt.

K2-173 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 173 bis 181 löschen:

~~Mit den Gewerkschaften, Kammern und Wirtschaftsverbänden werden wir den intensiven Austausch fortsetzen. Die Attraktivität der Berufe und Ausbildungsplätze im Handwerk wollen wir erhalten und damit das Handwerk stärken. Die gemeinsam mit Brandenburg aufgebauten Wirtschaftscluster, zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit und Mobilität, wollen wir ausbauen und die Berliner Wirtschaft weiter mit dem Umland vernetzen. Berlin kann in den folgenden Jahren zur Pionierin neuen Wirtschaftens und guter Arbeit werden und so „Made in Berlin“ weltweit zum Markenzeichen ausbauen. Dafür stehen die Innovationszentren der Stadt: Der Clean Tech Park in Marzahn Hellersdorf, die Innovationsschmiede Adlershof oder der geplante Zukunftspark Tegel~~

Begründung

Diesen etwas zusammengewürfelten Absatz etwas umformuliert nach Zeile 132 einfügen.

. Damit wird auch der Abschnitt „Arbeitsmarkt/Beschäftigung“ als eigenständiges Feld sichtbar.

K2-176 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 175 bis 181:

erhalten und damit das Handwerk stärken. Die gemeinsam mit Brandenburg aufgebauten Wirtschaftscluster, ~~zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit und Mobilität, wollen wir ausbauen und die Berliner Wirtschaft weiter mit dem Umland vernetzen. Berlin kann in den folgenden Jahren zur Pionierin neuen Wirtschaftens und guter Arbeit werden und so „Made in Berlin“ weltweit zum Markenzeichen ausbauen. Dafür stehen die Innovationszentren der Stadt: Der Clean Tech Park in Marzahn-Hellersdorf, die Innovationsschmiede Adlershof oder der geplante Zukunftspark Tegel wollen wir modernisieren und um ein Cluster Green Economy ergänzen.. Berlin kann in den folgenden Jahren zur Pionierin neuen Wirtschaftens und guter Arbeit werden und so „Made in Berlin“ weltweit zum Markenzeichen ausbauen. Dafür werden wir die Entwicklung der Innovationszentren der Stadt wie den Clean Tech Park Marzahn-Hellersdorf oder den Zukunftspark Tegel ebenso vorantreiben wie die Modernisierung und bessere Vernetzung der etablierten Gewerbezentren wie Motzener Strasse oder den Campus Berlin-Buch. Die Förderung urbaner Produktion und die Schaffung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft schließt auch die Sicherung von Räumen für Manufakturen, die die komplette Wertschöpfungskette vor Ort abbilden, mit ein. Beispielhaft steht für uns dabei die Entwicklung eines Green Fashion Hub in Oberschöneweide. Wir wollen die bestehenden Gewerbeflächen der Stadt sichern um so auch künftigen Generationen wohnortnahe Arbeitsplätze zu garantieren.~~

Begründung

Es ist wichtig hier zu benennen, dass wir endlich Green Economy als Cluster einführen wollen. Mit diesem Ziel haben wir inzwischen auch weite Teile der Wirtschaft auf unserer Seite.

Wir wollen bei den Zukunftsthemen nicht nur die neuen Zentren im Blick haben, sondern profilieren uns (auch in Abgrenzung zu den anderen Parteien) damit, dass wir die etablierten Zentren ebenfalls aktiv mitnehmen.

Der Green Fashion Hub ist hier das konkrete Beispiel für die Verbindung von Green Economy und Innovationszentrum.

Die Sicherung der Gewerbeflächen ist für unsere Ziele in der wirtschaftlichen Entwicklung eine zentrale Voraussetzung.

Unterstützer*innen

Sabine Bangert (LAG Kultur); Andreas Otto (KV Pankow); Alexander Koch (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Lucas Gerrits (KV Mitte); Taylan Kurt (KV Mitte)

K2-193 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Jasenka Villbrandt (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 192 bis 195 löschen:

können. Gleichzeitig wollen wir Angehörige unterstützen und entlasten. Wir werden die verschiedensten Möglichkeiten erweitern, die sich im Pflegefall bieten: ~~Um die Pflege zu Hause einfacher zu machen, wollen wir Mobilitätshilfendienste ausbauen.~~ Viele ältere Menschen setzen heute auf Pflege-WGs, bislang mangelt es jedoch an Qualitätsstandards und Kontrollen.

Begründung

Der Satz ist verwirrend, denn die Mobilitätshilfendienste haben keinen direkten Bezug zur Pflegebedürftigkeit. Sie sollen Menschen mit Mobilitätseinschränkungen das Verlassen der Wohnung, Spaziergänge und auswärtige Termine ermöglichen. Das gilt auch, wenn keine Pflegebedürftigkeit vorliegt, und bei schwerer Pflegebedürftigkeit ist das Verlassen der Wohnungen oft nicht mehr möglich. Auch zur Entlastung pflegender Angehöriger können die Mobilitätshilfendienste im Rahmen ihres Auftrages nur sehr bedingt beitragen. Zudem werden sie in Konzept 40 erwähnt, das sollte inhaltlich reichen.

K2-195 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 30.03.2015

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 194 bis 203:

Hause einfacher zu machen, wollen wir Mobilitätshilfedienste ausbauen. Viele ältere Menschen setzen heute auf Pflege-WGs, ~~bislang mangelt es jedoch an Qualitätsstandards und Kontrollen. Das wollen wir ändern und Transparenz für die älteren Menschen und ihre Angehörigen schaffen. Für gute Qualität auch in den klassischen Pflegeheimen brauchen wir vor allem mehr und besser qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir die Pflegeausbildung reformieren und das Schulgeld abschaffen. Auch Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir ermutigen, in die Altenpflege zu gehen, da der Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund stark ansteigt. Nur wenn wir das Problem ernst nehmen und an vielen Stellen gleichzeitig anpacken, können wir einen absehbaren Pflegenotstand in Berlin verhindern.~~ dazu bedarf es der Reservierung bezahlbaren Wohnraums sowie entsprechender Qualitätsstandards und deren Kontrollen.

Das wollen wir ändern und Transparenz für die älteren Menschen und ihre Angehörigen schaffen. Für gute Qualität auch in den klassischen Pflegeheimen brauchen wir vor allem mehr und besser qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir die Pflegeausbildung reformieren und das Schulgeld abschaffen. Auch Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir ermutigen, in die Altenpflege zu gehen, da der Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund stark ansteigt. Nur wenn wir das Problem ernst nehmen und an vielen Stellen gleichzeitig anpacken, können wir einen absehbaren Pflegenotstand in Berlin verhindern.

Begründung

Pflege-WGs sind ebenfalls von Verdrängung betroffen. Nur wenn Wohnungen bezahlbar sind, kann dieses Modell mit Leben gefüllt werden.

K2-197 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Jasenka Villbrandt (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 197 bis 199 löschen:

schaffen. Für gute Qualität auch in den klassischen Pflegeheimen brauchen wir vor allem mehr ~~und~~
~~besser~~-qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir die Pflegeausbildung reformieren und
das Schulgeld abschaffen. Auch Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir

Begründung

Diese Formulierung suggeriert, dass die Pflegekräfte mit der bisherigen Ausbildung nicht ausreichend qualifiziert seien. Dabei führt auch die bisherige Ausbildung zu einer guten Qualifikation. Die Reform soll vielmehr der Anpassung an künftige Herausforderungen durch den demografischen Wandel dienen sowie Attraktivität und Durchlässigkeit erhöhen.

K2-197-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 196 bis 200:

Das wollen wir ändern und Transparenz für die älteren Menschen und ihre Angehörigen schaffen. ~~Für gute Qualität auch in den klassischen Pflegeheimen brauchen wir vor allem mehr und besser qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir die Pflegeausbildung reformieren und das Schulgeld abschaffen.~~ Überall wo Pflege stattfindet brauchen wir mehr und gut qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir in Zusammenarbeit mit den Pflegeverbänden eine bedarfsgerechte Reform der Pflegeausbildung auf den Weg bringen. Auch Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir ermutigen, in die Altenpflege zu gehen, da der Anteil älterer Menschen mit

Begründung

Pflege findet nicht nur im Pflegeheimen statt. Ausbildungsreform ja, aber bitte nicht gegen den Vorstellungen der Fachverbände. Die Ausbildungslandschaft in der Pflege ist höchst ineffektiv und lässt nur schwer und mit großem Aufwand Weiterentwicklung zu. Es werden nach dem jetzigen Modell unnötige Ressourcen verschwendet.

Unterstützer*innen

Lilian Seffer (KV Mitte); Urban Aykal (KV Steglitz - Zehlendorf); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Jonas Boysen (KV Mitte); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales)

K2-199 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Abteilung QueerGrün

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 198 bis 200 einfügen:

und besser qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir die Pflegeausbildung reformieren und das Schulgeld abschaffen. Die Diversity-Kompetenz in der Ausbildung muss gestärkt werden. Auch Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir ermutigen, in die Altenpflege zu gehen, da der Anteil älterer Menschen mit

Begründung

Mündlich.

K2-199-2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 30.03.2015

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 198 bis 202:

und besser qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir die Pflegeausbildung reformieren und das Schulgeld abschaffen. ~~Auch Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir ermutigen, in die Altenpflege zu gehen, da der Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund stark ansteigt.~~ Der Anteil pflegebedürftiger Menschen mit Migrationshintergrund (MH) wird absehbar in Berlin deutlich steigen. Wir wollen den Anteil an Auszubildenden und Beschäftigten mit sog. Migrationshintergrund in der Pflege als auch den Gesundheitsberufen entsprechend der Vielfalt in Berlin mit gezielten Maßnahmen erhöhen. Damit wollen wir auch eine hohe Anzahl von Erwerbslosen mit MH in diesem Arbeitsmarktsegment qualifizieren, der gute Chancen für eine zukünftige Beschäftigung und damit Teilhabemöglichkeiten bietet. Nur wenn wir das Problem ernst nehmen und an vielen Stellen gleichzeitig anpacken, können wir einen absehbaren Pflegenotstand in Berlin

Begründung

In Anbetracht der sich verändernden Gesellschaft sollte mindestens Sprach- und Kulturmittlung auf Dauer gewährleistet und gesichert sein, damit allen Menschen der Zugang zu pflegerischer Versorgung und sonstigen Hilfsangeboten offen steht und Informationsdefizite abgebaut werden können. Besser ist die qualifizierte Ausbildung von Fachkräften mit vielfältigen kulturellen und sprachlichen Kompetenzen, da viele Schulabgänger*innen mit MH nach wie vor unversorgt bleiben bzw. Erwerbslose mit MH auch in wirtschaftlich besseren Zeiten keinen Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

K2-199-3 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 30.03.2015

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 198 bis 200 löschen:

und besser qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir die Pflegeausbildung reformieren ~~und das Schulgeld abschaffen~~. Auch Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir ermutigen, in die Altenpflege zu gehen, da der Anteil älterer Menschen mit

Begründung

Es gibt bereits den Senatsbeschluss vom 09.01.2015, das Schulgeld für angehende Altenpfleger*innen in Berlin abzuschaffen.

K2-199-4 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Jasenka Villbrandt (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 198 bis 200 löschen:

und besser qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir die Pflegeausbildung reformieren ~~und das Schulgeld abschaffen~~. Auch Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir ermutigen, in die Altenpflege zu gehen, da der Anteil älterer Menschen mit

Begründung

Das wurde vom Senat inzwischen selbst in die Wege geleitet. Zwar um Jahre zu spät, trotzdem ist diese Forderung damit nicht mehr richtig akutell.

K2-199-5 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: KV Steglitz-Zehlendorf, Mathias Raudies, Sadullah Abdullah

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 198 bis 203:

und besser qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir die Pflegeausbildung reformieren und das Schulgeld abschaffen. ~~Auch Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir ermutigen, in die Altenpflege zu gehen, da der Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund stark ansteigt. Nur wenn wir das Problem ernst nehmen und an vielen Stellen gleichzeitig anpacken, können wir einen absehbaren Pflegenotstand in Berlin verhindern.~~

Bündnis 90/Die Grünen Berlin wollen die interkulturelle Öffnung der Pflege und Gesundheitsberufe stärker in den Fokus rücken. Dies bedeutet, dass wir die interkulturelle Kompetenz der Pflegenden und Angehörigen sämtlicher Gesundheitsberufe stärken und fördern wollen, durch die Erweiterung der Angebote zur Fort und Weiterbildung sowie Festschreibung in Ausbildungs und Lehrplänen. Dafür müssen durch das Land Berlin Mittel bereit gestellt werden sowie die Ausbildungsinhalte in den Pflegeberufen bedarfsgerecht erweitert werden.

Zusätzlich wollen wir Menschen mit Migrationshintergrund für die Pflege und Gesundheitsberufe gewinnen und damit der gesellschaftlichen Vielfalt auch in den Pflege und Gesundheitsinstitutionen gerecht werden. Nur wenn wir das Problem ernst nehmen und an vielen Stellen gleichzeitig anpacken, können wir einen absehbaren Pflegenotstand in Berlin verhindern.

Begründung

Die Pflege in Berlin muss sich für die Zukunft weiterentwickeln! Dafür ist es unumgänglich, dass wir die Öffnung zur interkulturellen Pflege stärken. Der Anteil pflegebedürftiger Menschen mit Migrationshintergrund steigt stetig an, dafür bedarf es die interkulturelle Kompetenz in der Pflege, um diese Gruppe von Menschen auch professionell versorgen zu können.

Es bedarf die Stärkung der interkulturellen Kompetenz des Pflegepersonals um im Pflegealltag auf die unterschiedlichen Bedürfnisse professionell eingehen zu können. Hierbei muss sich die Erweiterung der Ausbildungsinhalte am Bedarf orientieren, damit neue Pflegefachkräfte von Beginn an eine interkulturelle Kompetenz entwickeln können.

Die individuelle Versorgung, die sich an den Bedürfnissen des jeweiligen pflegebedürftigen Menschen orientiert ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer aktivierenden Pflege die begleitet und unterstützt!

K2-201 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: KV Steglitz-Zehlendorf, Mathias Raudies, Sadullah Abdullah

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 200 bis 203:

ermutigen, in die Altenpflege zu gehen, da der Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund stark ansteigt. ~~Nur wenn wir das Problem ernst nehmen und an vielen Stellen gleichzeitig anpacken, können wir einen absehbaren Pflegenotstand in Berlin verhindern.~~

Nur wenn wir das Problem ernst nehmen und an vielen Stellen gleichzeitig anpacken, können wir einen absehbaren Pflegenotstand in Berlin verhindern beispielsweise wollen wir neue Personalstandards prüfen und einführen.

Begründung

Wir müssen konkret sagen wo wir anpacken wollen um das Problem mit dem Personalmangel in der Pflege zu beheben, da in der aktuellen Situation viele beruflich Pflegende endlich Antworten haben möchten. Auch sollten wir deutlich machen, was uns eine würdevolle Pflege die begleitet und unterstützt wert ist.

Mehr Pflegepersonal in der Pflege bedeutet eine deutliche Besserung für die Pflege.

K2-203 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 30.03.2015

Änderungsantrag zu K2

Nach Zeile 203 einfügen:

Um die Solidarität zwischen den Generationen und in Verantwortungsgemeinschaften zu fördern, stärken wir Orte der Begegnung wie die Stadtteilzentren und achten bei der Stadtplanung darauf, dass generationen- übergreifendes, barrierefreies und bezahlbares Wohnen sich stärker durchsetzt. Wohnungsneubauten sollten grundsätzlich barrierefrei gebaut werden; dies muss in der Bauordnung verankert werden.

Begründung

Neubauten sollten grundsätzlich barrierefrei gebaut werden und dort, wo es möglich ist, sollte Barrierefreiheit nachträglich geschaffen werden. Dies ist entscheidend, damit Pflegebedürftige und behinderten Menschen sowie deren Angehörige der Verbleib in ihrem Wohnumfeld ermöglicht wird und ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe sichergestellt werden kann. Städtische Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften aber auch private Investoren müssen ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht werden, so dass genügend barrierefreie/ -arme und bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen, insbesondere für sozial benachteiligte Menschen.

K2-207 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Jasenka Villbrandt (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 206 bis 209:

in Berlin kaum umgesetzt. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können, ~~beispielsweise, dass nicht nur acht, sondern alle 34 Schwimmbäder das Siegel „Berlin barrierefrei“ erhalten.~~ Wir wollen einen Umbauplan für Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und dem öffentlichen Verkehr. Menschen mit

Begründung

Das SIGNET "Berlin barrierefrei" ist inzwischen nicht mehr richtig repräsentativ oder aussagekräftig, da die Bäder es aufgrund der damit verbundenen Kosten kaum noch beantragen, unabhängig von dem Stand ihrer Barrierefreiheit.

K2-210 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 209 bis 211 einfügen:

Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und dem öffentlichen Verkehr. Menschen mit Behinderung müssen auch bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen. Gemeinsam mit den Berliner Unternehmer*innen wollen wir hierfür Initiativen ins Leben rufen. Den öffentlichen Dienst wollen wir hier zum Vorbild machen. Unser Leitgedanke: Inklusion in

Begründung

Die Verwaltung und die öffentlichen Unternehmen brauchen nicht alleine voran gehen, sondern von vornherein muss hierfür auch die Berliner Wirtschaft stärker eingebunden werden.

Unterstützer*innen

Michael Schäfer (KV Mitte); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K2-212 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Jutta Schmidt- Stanojevic (KV Frieke)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 211 bis 212 einfügen:

öffentlichen Dienst wollen wir hier zum Vorbild machen. Unser Leitgedanke: Inklusion in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Menschen mit Behinderungen und Psychischen Erkrankungen dürfen nicht länger ihrer Chancen und Möglichkeiten im Leben beraubt werden. Menschen mit Behinderungen müssen bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist unsere Richtschnur, leider wird sie in Berlin kaum umgesetzt. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt am öffentlichen Leben und am Arbeitsleben teilhaben können. Insbesondere für Menschen mit psychischen Erkrankungen müssen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, die so bezahlt werden, dass dieser Personenkreis nicht mehr nur auf Transferleistungen angewiesen sind. Den öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir stärken und zum Vorbild machen. Unser Leitgedanke: Inklusion in allen Bereichen des öffentlichen Lebens

Wir wollen u.a. das nicht nur acht, sondern alle 34 Schwimmbäder das Siegel „Berlin barrierefrei“ erhalten. Wir wollen einen Umbauplan für Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und dem öffentlichen Verkehr.

Begründung

In den meisten Fällen wird immer bei Menschen mit Behinderungen die große Anzahl an Menschen mit psychischen Erkrankungen vergessen. Für diesen Personenkreis gilt sich besonders einzusetzen, da es kaum Arbeitsplätze für diese Gruppe gibt, die ausreichend gefördert werden.

K3-001 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Energie BB

Beschlussdatum: 06.04.2016

Redaktionelle Änderung

Zwischen den Zeilen 148/149 einfügen:

Generell wollen wir in der Klimapolitik eng mit Städten, die denselben Weg gehen, kooperieren. Berlins Mitarbeit im „Klimabündnis europäischer Städte“ werden wir neu aktivieren.

Begründung

Die Zusammenarbeit, der Austausch von Erfahrungen, Ideen und konkreten Vorhaben zwischen Städten hat in der internationalen Klimapolitik zunehmend an Bedeutung gewonnen. Im Verlauf der Pariser Klimakonferenz wurde das noch einmal eindrucksvoll bestätigt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang das „Klimabündnis europäischer Städte“. Dieses wurde im Jahr 1990 von Berlin aus, der damaligen rot-grünen Koalition, initiiert. Berlin ist dort auch Mitglied, hat aber seitdem und unter anderen Koalitionen, kaum mehr mitgearbeitet. Die Städte in diesem Bündnis verpflichten sich u.a. dazu, ihre CO₂-Emissionen um zehn Prozent alle fünf Jahre zu reduzieren und ihre Pro-Kopf-Emissionen bis spätestens 2030 (Basisjahr 1990) zu halbieren sowie vollständig auf Tropenholznutzung zu verzichten.

K3-003 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

In Zeile 3:

Ökologie – ~~Luft/Lärm/Wasser~~ Umweltschutz – Stadtgrün – Tierschutz

Begründung

passt besser in die Reihe und gehört zum Markenkern von B90/Die Grünen

K3-004 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 16.03.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 4 bis 7:

Flanieren am Wasser, Sport machen im Park, oder Durchatmen im Grünen: Starke Umweltpolitik ist die Basis einer lebenswerten Stadt. Berlin ist eine der grünsten und artenreichsten Großstädte Europas.

~~Dieses~~ Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Verlustes an biologischer Vielfalt und des Klimawandels kommt Berlin damit eine besondere Verantwortung zu. Das grüne Berlin werden wir erhalten, gerade weil sich die Stadt so rasant verändert. Wir wollen, dass Berlin grün wächst, statt wie bisher grau und monoton. Deshalb fördern wir

K3-007 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 6 bis 8 löschen:

Dieses grüne Berlin werden wir erhalten, gerade weil sich die Stadt so rasant verändert. Wir wollen, dass Berlin grün wächst, ~~statt wie bisher grau und monoton~~. Deshalb fördern wir begrünte Dächer und grüne Hinterhöfe. Wir wollen mehr Bäume für Berlin, das Trinkwasser

Begründung

Das stimmt nicht! Die LAG Bauen Wohnen Planen Stadtentwicklung sieht das nicht so!

K3-009 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 16.03.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 8 bis 9:

begrünte Dächer und grüne Hinterhöfe. Wir wollen mehr Bäume für Berlin, das Trinkwasser ~~schützen~~ und auch mit einer naturnahen Waldwirtschaft schützen, den Bienen in unserer Stadt ihren Lebensraum erhalten und in allen Wohn- und Grünbereichen die Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt stärken.

K3-010 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 16.03.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 10 bis 12:

Umweltschutz ist für uns auch eine Frage der Gerechtigkeit. Oftmals leben Menschen mit kleinemgeringem Einkommen an den Hauptverkehrsstraßen voll Feinstaub, Stickoxid mit hoher Feinstaub-, Stickoxid- und LärmLärmbelastung. Sie sind ganz besonders auf Grünflächen, frei zugängliche Flüsse, Seen und Parks angewiesen. Baden in der

K3-010-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

Umweltschutz ist für uns auch eine Frage der urbanen Lebensqualität und der Gerechtigkeit. Oftmals leben Menschen mit kleinem Einkommen an den Hauptverkehrsstraßen voll Feinstaub, Stickoxid und Lärm. Sie sind ganz

Begründung

Umweltschutz ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. Im Zusammenhang mit den im Absatz genannten Vorschlägen ist es eben vor allem eine Frage der urbanen Lebensqualität.

K3-010-3 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 10 bis 13:

Umweltschutz ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. ~~Oftmals leben Menschen mit kleinem Einkommen an den Hauptverkehrsstraßen voll Feinstaub, Stickoxid und Lärm. Sie sind ganz besonders auf Grünflächen, frei zugängliche Flüsse, Seen und Parks angewiesen.~~ Belastungen mit Feinstaub, Stickoxid und Lärm an den Hauptverkehrsstraßen müssen reduziert werden, Grünflächen, Flüsse, Seen und Parks für alle frei zugänglich sein. Baden in der Spree mit Blick auf die Museumsinsel, Schwimmen und Sonnenbaden in der Rummelsburger Bucht

Begründung

Die freie Zugänglichkeit der Berliner Gewässer ist keine Kompensationsmassnahme für Menschen mit kleinem Einkommen, die an belasteten Hauptverkehrsstraßen wohnen. Beide Forderungen sind unabhängig voneinander zu fordern.

K3-012 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 11 bis 15:

Einkommen an den Hauptverkehrsstraßen voll Feinstaub, Stickoxid und Lärm. Sie sind ganz besonders auf Grünflächen, frei zugängliche Flüsse, Seen und Parks angewiesen. ~~Baden~~Schwimmen in der Spree mit Blick auf die Museumsinsel, ~~Schwimmen und Sonnenbaden~~Baden in der Rummelsburger Bucht und Spaziergänge am Havelufer sind ~~Werte~~Ziele, für die wir Politik machen. Wuhle, Panke, Spree und Berlins zahlreiche Seen dürfen nicht länger als Auffangbecken für die überlaufende

Unterstützer*innen

Camilla Schuler (KV Lichtenberg); Henning Bublitz (KV Berlin-Mitte); Franziska Briest (KV Berlin-Mitte); Mona Hille (KV Berlin-Mitte); Christof Ebrecht (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Jenny Neubert (KV Berlin-Mitte); Jenny Schlosser (AG Tierschutz)

K3-014 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 13 bis 15:

Spree mit Blick auf die Museumsinsel, Schwimmen und Sonnenbaden in der Rummelsburger Bucht und Spaziergänge am Havelufer sind **WerteZiele**, für die wir **Politikuns stark** machen. Wuhle, Panke, Spree und Berlins zahlreiche Seen dürfen nicht länger als Auffangbecken für die überlaufende

Begründung

Baden in der Spree ist schön, aber kein "Wert"...

K3-014-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 20.03.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 13 bis 19:

Spree mit Blick auf die Museumsinsel, Schwimmen und Sonnenbaden in der Rummelsburger Bucht und Spaziergänge am Havelufer sind Werte, für die wir Politik machen. ~~Wuhle, Panke, Spree und Berlins zahlreiche Seen dürfen nicht länger als Auffangbecken für die überlaufende Kanalisation oder als Endlager für den Sulfat-Dreck des Brandenburger Braunkohleabbaus missbraucht werden. Eine moderne Kanalisation und eine nachhaltige Wasserwirtschaft der Berliner Wasserbetriebe sind darum dringend notwendig.~~ Die Berliner Flüsse und Seen wollen wir überall zugänglich und erlebbar machen, sowie naturnah erhalten und gestalten. Abwässer sollen besser als bisher gereinigt und vor gesundheitsgefährdenden Chemikalien und Medikamentenrückständen geschützt werden. Gereinigte Abwässer wollen wir möglichst in von Austrocknung gefährdete Gebiete leiten, auch, um die allsommerlich auftretende Blaualgenpest in unseren Gewässern zu verringern. Regenwasser soll in Stadt- und Grünräumen versickert, in Haushalten nutzbar gemacht und zur Bewässerung von Grünflächen eingesetzt werden. Wir vermeiden so die Gewässerverschmutzung und das Fischsterben bei starken Regenfällen. Zugunsten des Naturschutzes werden wir die Trinwasserförderung in den einzelnen Brunnengalerien je nach Standort begrenzen. Auch um die bedenklich steigenden Sulfatwerte in der Spree und in unserem Trinkwasser zu reduzieren, muss mit der Braunkohleförderung in der Lausitz frühzeitig Schluss sein.. Berlin braucht endlich einen grünen Weg für sein Wasser.

K3-014-3 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 13 bis 15:

Spree mit Blick auf die Museumsinsel, Schwimmen und Sonnenbaden in der Rummelsburger Bucht und Spaziergänge am Havelufer sind ~~Werte~~, Projekte für die wir Politik machen. Wuhle, Panke, Spree und Berlins zahlreiche Seen dürfen nicht länger als Auffangbecken für die überlaufende

Begründung

Schwimmen, Sonnenbaden und Spazierengehen sind uns wichtige Projekte.

K3-020 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 08.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 20 bis 29:

Alle Berliner*innen sollen frei und entspannt durchatmen können, egal wo sie wohnen. Deshalb streiten wir für saubere Luft gerade in verkehrsreichen Straßen, wo sie vor allem durch Dieselfahrzeuge besonders belastet ist. Natürlich setzen wir noch mehr auf Vermeidung und Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsmittel. Das reicht aber nicht: Wir wollen daher die Umweltzone weiterentwickeln und uns bundesweite für eine neue Plakette für wirklich saubere Fahrzeuge einsetzen. Wenn nötig nehmen wir besonders belastete Räume in den Außenbezirken in die Umweltzone auf. Damit sich die Emissionen aus Baumaschinen, Schiffen und Holzfeuerungsanlagen weiter verringern, machen wir strengere Auflagen und fördern so den umweltgerechten Umstieg. Gleichzeitig setzen wir uns für strengere Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene ein, wie zum Beispiel für striktere, nicht manipulierbare Abgasvorschriften für Fahrzeuge und Maschinen. Der FuhrparkFuhr- und Maschinenpark der Berliner Verwaltung bekommt einen blauen Engel wird emissionsarm und die Baumaschinen bekommen das Umweltzeichen „blauer Engel“ - damit wird er zum Vorbild für saubere Mobilität und Bauen. Wir übernehmen Verantwortung für die Gesundheit der Berliner*innen. Auch Lärm macht Menschen krank. Der Lärmaktionsplan muss seinen Namen endlich verdienen. Wir wollen mehr Straßen mit Flüsterasphalt, senken die Durchfahrgeschwindigkeit in Wohnvierteln besonders lärmbelasteten Straßen vor allem rund um Kitas, Schulen und Seniorenheime, Außerdem erweitern wir Fußgängerzonen und bauen den öffentlichen Nahverkehr aus. An der Bekämpfung von Fluglärm

Begründung

- Die jetzige Umweltzone mit der grünen Plakette hat ausgedient, denn praktisch alle Fahrzeuge (bis auf Oldtimer, und die haben eine bundesweite Ausnahme) erfüllen das Kriterium. Obwohl sie nur das Gebiet im S-Bahnring umfasst, ist die Berliner-Kfz Flotte auch außerhalb der Umweltzone sauberer geworden. Sie in der jetzigen Form räumlich auszudehnen bringt keine Verbesserung und macht viel Aufwand wg. der vielen neuen zusätzlichen Verkehrsschilder, die gebraucht würden. Also: besser die Idee weiterentwickeln, um ggf. Diesel, die viel Stickoxide ausstoßen, irgendwann aussperren zu können. Dazu brauchen wir eine weitere Plakette (geht nur bundesweit) um die in der Realität wirklich sauberen (Diesel)-Autos kennzeichnen zu können. Auf dieser Basis könnte eine 3. Stufe der Umweltzone eingerichtet werden, um die Stickoxidemissionen der vielen Diesel-Kfz zu senken und Überschreitungen des NO₂-Luftqualitätsgrenzwerts zu bekämpfen. Diese Überschreitungen kommen in vielen verkehrsreichen Hauptstraßen vor – einige auch außerhalb der Umweltzone. Im Zug einer neuen Stufe kann dann auch darüber nachgedacht werden, ob eine räumliche Ausdehnung Sinn macht.
- Ohne strengere Vorschriften EU- und bundesweit können wir bei Schiffen nichts vorschreiben. Auch bei Kfz und Baumaschinen sind bundes- und EU-weite strengere Vorschriften wichtig. Das zeigt auch der VW-Skandal.
- Zum Lärm: In Wohnvierteln gibt's schon überall T30. Wichtig ist eine Senkung der Geschwindigkeit in lärmbelasteten Straßen, wo eben mehr Verkehr ist und Leute wohnen.

K3-024 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Rainer Wittek (Momo)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 19 bis 25:

Alle Berliner*innen sollen frei und entspannt durchatmen können, egal wo sie wohnen. Deshalb streiten wir für saubere Luft und nehmen besonders belastete Räume in den Außenbezirken in die Umweltzone auf. Damit sich die Emissionen aus Baumaschinen, Schiffen und Holzfeuerungsanlagen weiter verringern, machen wir strengere Auflagen und fördern so den umweltgerechten Umstieg.

Die Emissionen von Holzfeuerungsanlagen, insbesondere von offenen Kaminöfen bestehen zu mehr als 90% aus Feinstaub. Damit stoßen sie insgesamt genauso viel Feinstaub aus, wie der gesamte Autoverkehr. Dadurch sterben in Deutschland jährlich 65.000 Menschen vorzeitig. Durch restriktive Genehmigungs- und Abgasvorschriften wollen wir die Feinstaubemissionen drastisch reduzieren und fordern einen Blauen Engel für alle Holzfeuerungsanlagen.

~~Alle Berliner*innen sollen frei und entspannt durchatmen können, egal wo sie wohnen. Deshalb streiten wir für saubere Luft und nehmen besonders belastete Räume in den Außenbezirken in die Umweltzone auf. Damit sich die Emissionen aus Baumaschinen, Schiffen und Holzfeuerungsanlagen weiter verringern, machen wir strengere Auflagen und fördern so den umweltgerechten Umstieg. Der Fuhrpark der Berliner Verwaltung bekommt einen blauen Engel und wird zum Vorbild für saubere Mobilität. Wir übernehmen Verantwortung für die Gesundheit der~~

K3-025 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 24 bis 26 einfügen:

umweltgerechten Umstieg. Der Fuhrpark der Berliner Verwaltung bekommt einen blauen Engel und wird zum Vorbild für saubere Mobilität. Und auch die landeseigenen Betriebe sollen umrüsten und mit grünem Vorbild vorangehen. Wir übernehmen Verantwortung für die Gesundheit der Berliner*innen. Auch Lärm macht Menschen krank. Der Lärmaktionsplan muss seinen Namen

Begründung

Die landeseigenen Betriebe sind besonders sichtbar in der Öffentlichkeit und könnten den Markt besonders gut befeuern.

Unterstützer*innen

Michael Schäfer (KV Mitte); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K3-029 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 28 bis 30:

Durchfahrgeschwindigkeit in Wohnvierteln rund um Kitas, Schulen und Seniorenheime, erweitern ~~Fußgängerzonen~~ Fußgänger*innenzonen und bauen den öffentlichen Nahverkehr aus. An der Bekämpfung von Fluglärm darf nicht gespart werden: Die betroffenen Menschen erwarten, dass ihr Senat das

K3-029-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (KV Pankow)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 28 bis 30:

Durchfahrgeschwindigkeit in Wohnvierteln rund um Kitas, Schulen und Seniorenheime, erweitern Fußgängerzonen und ~~bauen den öffentlichen Nahverkehr~~ aussetzen auf Bus, Bahn und Fahrrad. An der Bekämpfung von Fluglärm darf nicht gespart werden: Die betroffenen Menschen erwarten, dass ihr Senat das

Begründung

Der Radverkehr fehlte bislang, ist aber gerade hier im Umweltzusammenhang enorm wichtig.

K3-032 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Cordelia Koch (KV Pankow)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 31 bis 32 einfügen:

Schallschutzprogramm ohne Tricks und Verzögerungen umsetzt. Berlin braucht ein Nachtflugverbot. Zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr muss Ruhe sein! In der Mieterstadt Berlin reicht das Fluglärmenschutzgesetz nicht aus: es schützt nur Eigentümer. Deshalb wollen wir u.a. Wien und Amsterdam folgen und einen Berliner Lärmausgleichsfonds für die vom Fluglärm betroffenen Menschen. Wir wollen die Lebenssituation der Menschen sofort verbessern und durch die Gelder des Ausgleichsfonds Projekte fördern, die auch nach der Schließung von TXL einen Wert für die Gesellschaft haben, wie neue Schulklos, einen barrierefreie Zugang zur U-Bahn oder die Pflege des Mauerradwegs.

Begründung

Für die Idee eines Lärmausgleichsfonds gibt es internationale und deutsche, sogar Berliner Vorlagen.

Zum Beispiel in Frankfurt bietet die Fraport den Eigentümer*innen freiwillig aus ihrem Lärmausgleichsfonds einen finanziellen Ausgleich für die Lärmbelastung an, wenn diese sich im Grundbuch zur Duldung des Flughafenbetriebs verpflichten.

Für den BER^[1] wurde schon ein Ausgleichsfonds vorgeschlagen. Vier Brandenburger Gemeinden haben den Ausgleichsfonds gefordert. Auch die CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses tat dies am 16.11.2010 (Drucksache 16/3638) in ihrem Antrag: „Mehr Lebensqualität für alle Berlinerinnen und Berliner durch bürgerfreundliche Flugrouten und bessere Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Großflughafen in Schönefeld (BBI)“.

Doch anders als die CDU wollen wir keine zusätzliche Entschädigung für Eigentümer*innen. Denn das Fluglärmenschutzgesetz greift zu Gunsten der Eigentümer*innen ab dem 7. Juni 2017 auch für den Flughafen TXL.^[2] Unabhängig von den juristischen Klimmzügen des Senats, diese Frist des Fluglärmenschutzgesetzes auf 2019 auszudehnen, werden rund 200.000 Haushalte, ca. 300.000 Menschen Anspruch auf sogenannten passiven Lärmschutz wie schalldichte Fenster haben. Mieter haben aber keinen eigenen Anspruch auf Lärmschutzmaßnahmen nach dem FluglärmenschutzG, nur Eigentümerinnen.

Die Zahl der vom Lärm Betroffenen, nämlich alle, die in den Einflugschneisen leben, ob Eigentümer oder Mieterin, ist also noch weit höher. Diesen Menschen wollen wir ein Angebot machen, das ihre Lebenssituation verbessert. Hinzu kommt: Die Menschen sind dem Fluglärm in der Einflugschneise von TXL schon 10 Jahre lang schutzlos ausgesetzt.

Wir glauben dem Senat nicht mehr: Wer vier Mal die Eröffnung des BER verspricht, hält auch die fünfte Eröffnung nicht ein. Wir lassen die vom Berliner Fluglärm betroffenen Menschen mit dem Dilettantismus des Senats nicht weiter allein.

Wir wollen die Lebenssituation der Menschen sofort verbessern. Wir wollen einen Lärmausgleichsfonds zur Finanzierung von Projekten wie neuen Schulklos, einem barrierefreien Zugang zur U-Bahn oder die Pflege des Mauerradwegs; Projekte, die das Leben sofort leichter und schöner machen. Als Lastenausgleich für die vergangenen 10 Jahre und für jeden weiteren Tag, den TXL über den erklärten Eröffnungstermin des BER im Jahr 2017 hinaus offen bleibt. Die Flughafen

Berlin Brandenburg GmbH (FBB) macht mit dem Betrieb von TXL Gewinne. Wir wirken darauf hin, dass die FBB dem Wiener Finanzierungsmodell folgt: Über das Flugentgelt zahlt jeder Flugpassagier einen Betrag von 0,20 € (nachts in Höhe von 0,60 €), der direkt an den Ausgleichsfonds abgeführt wird. Verwaltet wird die zweckgebundene Vermögensmasse von den Stadträten für Stadtentwicklung in den vom TXL-Fluglärm betroffenen Bezirken.

[1] Dialogforum Airport Berlin Brandenburg (einer Kommunikationsplattform der Landkreise und Kommunen im Flughafenumfeld und des Flughafenbetreibers und seiner Gesellschafter).

[2] Das FluglärmenschutzG (Neugefasst durch Bek. v. 31.10.2007) ging davon aus, dass (vor allem) Tegel bis 2017 geschlossen sein würde und sieht deshalb vor: „Für einen Flugplatz nach Absatz 1 ist kein Lärmschutzbereich festzusetzen oder neu festzusetzen, wenn dieser innerhalb einer Frist von zehn Jahren nach Vorliegen eines Festsetzungserfordernisses nach den Absätzen 4 und 5 geschlossen werden soll und für seine Schließung das Verwaltungsverfahren bereits begonnen hat.“

K3-035 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Andreas Otto (KV Pankow)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 34 bis 36 einfügen:

führt zu mehr innerstädtischer Verdichtung. Umso klüger müssen wir den vorhandenen Raum nutzen, Dachgeschosse und Parkplatzflächen grün umbauen. Außerdem bauen wir Gebäude lieber etwas höher und sichern auf diesem Weg größere Freiräume und unversiegelte Flächen im Umfeld. Wo neu gebaut wird, muss auch grüne Infrastruktur entstehen. Deshalb wollen wir auch in der Historischen Mitte das Rathausforum

Begründung

Nach dem Motto "mehr hoch als breit" möchten wir durch höhere Gebäude Bauflächen besser ausnutzen und einer Zersiedlung der Ortsteile entgegen wirken. Der Weg dahin bedeutet z.B., dass wir im Flächennutzungsplan (FNP) die Wohnflächenkategorien für ausgewählte Gebiete jeweils um eine erhöhen (z.B. statt eineinhalbgeschossig drei Etagen u.s.w.) Dadurch wollen wir die Grundflächenzahl (Verhältnis bebaute Fläche zu Gesamtfläche) gebietsbezogen niedriger halten und größere Abstände und Freiflächen erreichen.

Unterstützer*innen

Jens-Holger Kirchner (KV Pankow); Theresa Theune (KV Pankow); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Heinz Jirout (KV Tempelhof-Schöneberg); Jenny Wieland (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Alexander Koch (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Heiner von Marschall (KV Reinickendorf); Markus Kamrad (KV Pankow)

K3-036 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 35 bis 38:

nutzen, Dachgeschosse und Parkplatzflächen grün umbauen. Wo neu gebaut wird, muss auch grüne Infrastruktur entstehen. ~~Deshalb~~ Den Freiraum zwischen Fernsehturm und Humboldtforum wollen wir ~~auch in der Historischen Mitte das Rathausforum als Freiraum~~ erhalten und die Grünflächen neu gestalten. 1.000 grüne Dächer und Höfe: Das ist unser Programm für mehr Grün überall in der Stadt. Wir wollen mehr Bäume pflanzen. Denn

Begründung

Die "Historische Mitte" ist nicht nur da, der Begriff ist, wie auch der Begriff "Rathausforum", stark aufgeladen, die Ausdehnung des vorhandenen Freiraums zwischen Fernsehturm und Humboldtforum ist u.E. so besser beschrieben.

K3-039 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 20.03.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 38 bis 42:

ist unser Programm für mehr Grün überall in der Stadt. Wir wollen mehr Bäume pflanzen. Denn bisher werden mehr Stadtbäume gefällt als gepflanzt. ~~Die über 2.500 Parks in unserer Stadt brauchen bessere Pflege – und mehr Personal. Denn: Berlins Vielfalt ist auch die Vielfalt seiner Tier- und Pflanzenwelt. Die wollen wir schützen und Biodiversität gezielt fördern.~~ Die mehr als 2.500 Parks wollen wir schützen und ihre Biodiversität gezielt fördern. Berlins Vielfalt ist auch die Vielfalt seiner Tier- und Pflanzenwelt. Eine wirkungsvolle Umsetzung der "Berliner Strategie der biologischen Vielfalt" erfordert eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Grünflächenämter, damit naturnahe Grünpflege stattfinden kann. Damit Berlin Metropole und Großstadtwildnis zugleich bleiben kann.

K3-041 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Johanna Ferretti (LAG Umwelt)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 40 bis 42 einfügen:

brauchen bessere Pflege – und mehr Personal. Denn: Berlins Vielfalt ist auch die Vielfalt seiner Tier- und Pflanzenwelt. Die wollen wir schützen und Biodiversität gezielt fördern.Die mehr als 2.500 Parks wollen wir schützen und ihre biologische Vielfalt gezielt fördern. Berlins Vielfalt ist auch die Vielfalt seiner Tier- und Pflanzenwelt. Eine wirkungsvolle Umsetzung der "Berliner Strategie der biologischen Vielfalt" erfordert eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Umwelt- und Naturschutzverwaltungen auf allen Ebenen, damit zum Beispiel naturnahe Grünpflege stattfinden kann.. Damit Berlin Metropole und Großstadtwildnis zugleich bleiben kann.

Begründung

Die vorgeschlagenen Änderungen stellen leichte Abänderungen (und in der LAG Umwelt abgestimmte) Änderungen zum Antrag K3-039 dar: Es geht nicht nur um die bessere personelle Ausstattung der Grünflächenämter für eine bessere Umsetzung der Biodiv-Strategie, sondern um eine bessere Ausstattung der Umwelt/Naturschutzverwaltungen generell.

K3-043 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: André Schulze (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 43 bis 45 einfügen:

Wir wollen, dass es Tieren in Berlin besser geht. Wildtiere haben im Zirkus nichts zu suchen! Auf landeseigenen Flächen wird es keine **solchen** Zirkusse mehr geben. Wir wollen den schnellstmöglichen Ausstieg aus Tierversuchen und Berlin zum Zentrum von Alternativmethoden

Unterstützer*innen

Jochen Biedermann (KV Neukölln)

K3-043-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 43 bis 45 einfügen:

Wir wollen, dass es Tieren in Berlin besser geht. Wildtiere haben im Zirkus nichts zu suchen! Auf landeseigenen Flächen wird es keine Zirkusse mehr geben. Auch Zoos und andere Anlagen mit dem Zweck, Tiere zum Objekt für die Unterhaltung des Menschen zu machen, betrachten wir kritisch. Vielmehr sollte das Wohl der Tiere alleinig im Mittelpunkt stehen. Wir wollen den schnellstmöglichen Ausstieg aus Tierversuchen und Berlin zum Zentrum von Alternativmethoden

Begründung

Mit dem KV Neukölln.

Tierwohl und Tierschutz.

K3-043-3 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 43 bis 45 einfügen:

Wir wollen, dass es Tieren in Berlin besser geht. Wildtiere haben im Zirkus nichts zu suchen! Auf landeseigenen Flächen wird es keine Zirkusse mehr geben. Tiere sind keine Waffe und dürfen nicht als solche eingesetzt werden. Die Aufgaben von Polizeihunden sollten sich auf Such- und Spürtätigkeiten beschränken. Wir wollen den schnellstmöglichen Ausstieg aus Tierversuchen und Berlin zum Zentrum von Alternativmethoden

Begründung

mit dem KV Neukölln

Tierwohl und Tierschutz

K3-043-4 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Jenny Schlosser (AG Tierschutz)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 43 bis 45 einfügen:

Wir wollen, dass es Tieren in Berlin besser geht. Wildtiere haben im Zirkus nichts zu suchen! Auf landeseigenen Flächen wird es keine Zirkusse **mit Wildtieren** mehr geben. Wir wollen den schnellstmöglichen Ausstieg aus Tierversuchen und Berlin zum Zentrum von Alternativmethoden

Begründung

Um Missverständnissen vorzubeugen, sei hier nochmal explizit erwähnt, dass es sich bei der Forderung nur um Zirkusse mit Wildtieren handelt.

Unterstützer*innen

Claudia Hämmerling (KV Pankow) (AG Tierschutz); Christina Söhner (KV Neukölln) (AG Tierschutz); Rhea Niggemann (KV Neukölln) (AG Tierschutz); Theresa Theune (KV Pankow); Frank Bertermann (KV Mitte); Silke Gebel (KV Mitte); Bartosz Lotarewicz (KV Lichtenberg); Dr. Turgut Altug (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Bettina Borgemeister (KV Mitte); Oliver Timm (KV Neukölln); Konstantinos Tsilimekis (KV Neukölln) (AG Tierschutz); Axel Lüssow (KV Pankow) (AG Tierschutz); Bernd Seemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K3-048 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 20.03.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 47 bis 48 einfügen:

Tierhalter*innen ein. Die wichtige Arbeit der Tierheime wollen wir besser würdigen und finanzieren.
Tierschutzorganisationen stärken wir mit einem neuen Verbandsklagerecht.

Wir begrüßen und unterstützen den Brandenburger Volksentscheid gegen die Massentierhaltung, aus Gründen des Tierschutzes, der Gesundheit und der negativen Umweltfolgen.

K3-048-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Jenny Schlosser (AG Tierschutz)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 47 bis 48 einfügen:

Tierhalter*innen ein. Die wichtige Arbeit der Tierheime wollen wir besser würdigen und finanzieren. Tierschutzorganisationen stärken wir mit einem neuen Verbandsklagerecht. Wir unterstützen die erfolgreiche Brandenburger Volksinitiative gegen Massentierhaltung, indem wir im Landwirtschaftsstaatsvertrag zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg die artgemäße Haltung von Nutztieren in der Region festschreiben. Darüber hinaus werden wir im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf die Risiken der industriellen Massentierhaltung für die Gesundheit, die Umwelt, die Natur, das Wasser und das Klima hinweisen.

Begründung

Wir wollen eine Landwirtschaft, die hohe Standards an den Tierschutz einhält. Dies kann mit der Aufnahme von Vorgaben zu einer artgemäßen Haltung in den Landwirtschaftsstaatsvertrag zwischen Berlin und Brandenburg erreicht werden. Wir wollen zusätzlich hervorheben, dass Massentierhaltung nicht nur eine tierschutzpolitische Dimension hat, sondern mit der industriellen Massentierhaltung auch andere weitreichende Folgen verbunden sind, wie gesundheitliche Auswirkungen durch einen hohen Fleischverzehr, Rückstände von Antibiotika im Fleisch, Nitratbelastungen des Grundwassers und Überdüngung der Ackerböden durch Gülle und ein hoher CO²-Ausstoß durch die Viehhaltung.

Unterstützer*innen

Claudia Hämmerling (KV Pankow) (AG Tierschutz); Christina Söhner (KV Neukölln) (AG Tierschutz); Rhea Niggemann (KV Neukölln) (AG Tierschutz); Theresa Theune (KV Pankow); Frank Bertermann (KV Mitte); Stefan Gelbhaar (KV Pankow); Bartosz Lotarewicz (KV Lichtenberg); Dr. Turgut Altug (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Bettina Borgemeister (KV Mitte); Oliver Timm (KV Neukölln); Konstantinos Tsilimekis (KV Neukölln) (AG Tierschutz); Axel Lüssow (KV Pankow) (AG Tierschutz); Julia Dollinger (KV Friedrichshain-Kreuzberg) (Grüne Jugend); Sibylle Steffan (KV Neukölln) (Grüne Jugend); Julia Maria Sonnenburg (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik)

K3-048-3 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Hartwig Berger, Johanna Ferretti (LAG Umwelt)

Änderungsantrag zu K3

Nach Zeile 48 einfügen:

Wir unterstützen das erfolgreiche Brandenburger Volksbegehren gegen die Massentierhaltung und diese im zu erwartenden Volksentscheid. Im Landwirtschaftsvertrag Berlins mit Brandenburg plädieren wir für eine ergänzende Festlegung, dass in Berlin nur artgerechte Tierhaltung zugelassen werden darf und in der Landwirtschaft ökologischer Landbau Vorrang erhält. Ausserdem wollen wir alle Betriebe der Berliner Stadtgüter schrittweise auf artgerechte Tierhaltung umstellen.

Begründung

Berlin hat - gegen das Votum von B 90/Die Grünen - im Landwirtschaftsstaatsvertrag mit Brandenburg die Verwaltungskompetenzen bzgl. der Landwirtschaft in Berlin an Brandenburg abgetreten. Um artgerechte Tierhaltung für alle in Frage kommenden Betriebe in Berlin festzuschreiben, wollen wir diesen Staatsvertrag entsprechend ergänzen und zugleich den Vorrang ökologischer Landwirtschaft in Berlin festlegen. Sofern das von Brandenburg nicht akzeptiert wird, wäre eine Kündigung des Vertrags und die Rückübernahme der landeseigenen Landwirtschaftspolitik durch Berlin eine sinnvolle Konsequenz. Sie ins Wahlprogramm zu schreiben, wäre natürlich zu detailliert. Außerdem sollten wir die schrittweise Umstellung der Viehhaltung in den von den Berliner Stadtgütern verpachteten Betrieben in Brandenburg - eine Fläche von rund 14.000 ha - auf artgerechte Tierhaltung vorschlagen. Bisher wird das u.W. nur im Stadtgut Lanke (600 ha) praktiziert.

K3-051 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 51 bis 53 einfügen:

Berliner*innen wollen mobil sein: mit Bus und Bahn, dem Fahrrad oder zu Fuß. Nur ein Drittel der Bevölkerung besitzt ein eigenes Auto. Fahrzeuge werden immer häufiger geteilt, sodass stationsgebundenes Carsharing mehrere Fahrzeuge ersetzen kann. Diese Entwicklung wollen wir weiter unterstützen und dabei auch auf vernetzte Mobilität setzen.

Unterstützer*innen

David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K3-051-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (KV Pankow)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 51 bis 53:

Berliner*innen wollen mobil sein: mit Bus und Bahn, dem Fahrrad oder zu Fuß. Nur ein Drittel der Bevölkerung besitzt ein eigenes Auto. Fahrzeuge werden immer häufiger geteilt - Carsharing ist zum Trend geworden. Diese Entwicklung wollen wir weiter unterstützen und setzen dabei ~~auch~~ auf die vernetzte Mobilität ~~setzen~~.

Begründung

Den Trend namentlich benennen (Carsharing), die vernetzte Mobilität etwas stärker herausheben.

Unterstützer*innen

Lucas Gerrits (KV Mitte); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K3-057 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Matthias Dittmer (KV Pankow u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu K3

Nach Zeile 57 einfügen:

Das Angebot des öffentlichen Verkehrs wollen wir ausbauen und ihn beschleunigen, um Autofahrer*innen das Umsteigen zu erleichtern. Heute wird das Auto noch für ein Drittel aller Wege genutzt, beansprucht aber fast zwei Drittel der Verkehrsflächen. Wir BündnisGrüne wissen, dass durch eine konsequente Attraktivitätssteigerung des Umweltverbundes die Autonutzung mittelfristig halbiert und dadurch auch der Flächenverbrauch reduziert werden kann. So wird das grüne Programm zu einem Angebot für alle Berliner*innen.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Frank Geraets (KV Pankow); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf)

K3-065 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 64 bis 66 einfügen:

sein, auf denen Werbeaufsteller, Müllcontainer oder parkende Autos Familien mit Kinderwagen oder älteren Menschen mit Rollator den Weg verstellen. Schul- und Spielwege für Kinder müssen deutlich sicherer werden. Dort, wo es technisch möglich ist und Akzeptanz findet, wollen wir verkehrsberuhigte Wohn- und Einkaufsstraßen durchsetzen.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg)

K3-065-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Matthias Dittmer (KV Pankow u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 64 bis 66:

sein, auf denen Werbeaufsteller, Müllcontainer oder parkende Autos Familien mit Kinderwagen oder älteren Menschen mit Rollator den Weg verstellen. Dort, wo es ~~technisch~~-möglich ist ~~und Akzeptanz findet~~, wollen wir uns für verkehrsberuhigte Wohn- und Einkaufsstraßen ~~durchsetzen~~einsetzen.

Begründung

Wir wollen für die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen werben, ihre Realisierung soll aber nicht den Charakter einer technisch-administrativen "Durchsetzung" haben.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf); Frank Geraets (KV Pankow); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Bernd Steinhoff (KV Tempelhof-Schöneberg)

K3-066 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu K3

Nach Zeile 66 einfügen:

Unsere Plätze verkommen häufig als Abstellplätze für PKW. Wir wollen sie wieder den Menschen zurückgeben und zum Verweilen attraktiv machen.

Begründung

Es geht uns nicht nur um die möglichst ungestörte Fortbewegung zu Fuß von einem Ort zum anderen, sondern auch darum, Aufenthalts- und Gestaltungsqualität für Öffentliche Räume zurückzugewinnen

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Matthias Dittmer (KV Pankow); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Frank Geraets (KV Pankow); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf)

K3-066-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Tobias Endrikat (KV Reinickendorf)

Änderungsantrag zu K3

Nach Zeile 66 einfügen:

Unter dem Motto „Freie Straßen für freie Bürger*innen“ setzen wir uns zudem dafür ein, einmal im Monat von Mai bis September einen Autofreien Sonntag in ganz Berlin zu schaffen, um damit in zunächst kleinem Rahmen andere Formen der Mobilität und des gemeinsamen Miteinanders zu demonstrieren. Dies bezieht die Autobahn ausdrücklich mit ein. Der ÖPNV sollte an diesen Tagen für alle gratis nutzbar sein.

Begründung

Ohne die berechtigten Interessen des MIV's sowie des Lieferverkehrs außer Acht zu lassen, liegt es auch in der Verantwortung moderner und zukunftsgerichteter Verkehrspolitik sowie Stadtplanung, alternative Verkehrsträger und Konzepte zur Nutzung des öffentlichen Raumes auf zu zeigen und zu fördern. Hierfür bietet sich das Konzept der Autofreien Sonntage einmal im Monat in der wärmsten Zeit des Jahres an, ähnlich wie es in zahlreichen anderen Städten weltweit bereits etablierte Praxis ist. Dies betrifft zunächst gerade einmal 5 Tage im Jahr. Dringend notwendiger motorisierter Verkehr wie z.B. von Bussen und Noteinsatzfahrzeugen ist von dieser Regelung selbstverständlich ausgenommen. Der ÖPNV (mit Ausnahme von Taxis) sollte an diesen Tagen zudem für alle Menschen gratis nutzbar sein.

Unterstützer*innen

Vorstand (KV Reinickendorf); Carsten Scheider (KV Frieke); Heiner von Marschall (KV Reinickendorf); Hinrich Westerkamp (KV Reinickendorf)

K3-071 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 70 bis 73:

saubere und sichere Bahn gehören dazu. Statt S-Bahn-Chaos brauchen wir endlich eine ambitionierte Verkehrspolitik. Das Straßenbahnnetz ~~muss erweitert werden~~ wollen wir insbesondere da, wo Busse häufig überfüllt sind, auch in den Westteil der Stadt erweitern und mit einer Verringerung der Taktzeiten den gesamten öffentlichen Verkehr deutlich beschleunigen. Zusätzliche Parkangebote an zentralen Knotenpunkten von S- und U-Bahn machen das „Umsteigen“ leichter und attraktiver. Wir möchten noch mehr Menschen für Busse

Begründung

Die Prioritäten bei der Straßenbahn-Netzerweiterung und die Maßnahmen zur Beschleunigung des ÖPNV wollen wir konkret benennen.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Matthias Dittmer (KV Pankow); Frank Geraets (KV Pankow); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf)

K3-072 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Stefan Taschner (LAG Energie)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 71 bis 73 einfügen:

ambitionierte Verkehrspolitik. Das Straßenbahnnetz muss erweitert werden, auch in den Westteil der Stadt. Wir wollen die Anschlußsicherheit verbessern und die ÖPNV Angebote besser aufeinander abstimmen. Zusätzliche Parkangebote für alle an zentralen Knotenpunkten von S- und U-Bahn machen das „Umsteigen“ leichter und attraktiver. Wir möchten noch mehr Menschen für Busse

Begründung

Die Abstimmung der einzelnen Verkehrsmittel ist ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV. Die Anschlusssicherheit spielt dabei eine wesentliche Rolle, insbesondere in den Gebieten mit einem niedrigen Takt.

Die Parkmöglichkeiten wollen wir für alle erhöhen. Insbesondere sichere und überdachte Fahrradabsperrianlagen müssen neben P+R (diese vor allem in den Aussenbereichen) hier mitgedacht werden.

K3-072-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 71 bis 73:

ambitionierte Verkehrspolitik. Das Straßenbahnnetz muss erweitert werden, auch in den Westteil der Stadt. Zusätzliche ~~Parkangebote~~ **Angebote zum Fahrradparken** an zentralen Knotenpunkten von S- und U-Bahn machen das „Umsteigen“ leichter und attraktiver. Wir möchten noch mehr Menschen für Busse

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K3-073 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 72 bis 74 einfügen:

Westteil der Stadt. Zusätzliche Parkangebote an zentralen Knotenpunkten von S- und U-Bahn machen das „Umsteigen“ leichter und attraktiver. Die steigende Pendlerzahl zwischen Brandenburg und Berlin erfordert neue Angebote für den Schienenverkehr im Berliner Umland. Wir wollen kürzere Takte, zusätzliche Halte und eine Stärkung der Kapazitäten auf den ausgelasteten Linien des Regional- und S-Bahnverkehrs. Daher fordern wir eine gemeinsame Landesnahverkehrsstrategie. Wir möchten noch mehr Menschen für Busse und Bahnen begeistern. Alle Berlinerinnen und Berliner sollen mobil sein und das möglichst

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Matthias Dittmer (KV Pankow); Frank Geraets (KV Pankow); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf)

K3-073-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin (Beschluss: 07.04.2016) (GJB)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 72 bis 74 einfügen:

Westteil der Stadt. Zusätzliche Parkangebote an zentralen Knotenpunkten von S- und U-Bahn machen das „Umsteigen“ leichter und attraktiver. Mobilität muss allen Berlinerinnen und Berlinern offen stehen. Insbesondere Menschen mit Schwierigkeiten beim Treppensteigen, Familien mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrer*innen werden immer noch vor hohe Barrieren gestellt. Wir werden deshalb für einen konsequenten Ausbau von Aufzügen eintreten. Wir möchten noch mehr Menschen für Busse und Bahnen begeistern. Alle Berlinerinnen und Berliner sollen mobil sein und das möglichst

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

LAG Frauen- und Geschlechterpolitik (Beschluss vom 10.04.2016); LAG Mobilität (Beschluss vom 06.04.2016); Daniel Gollasch (KV Mitte); Lucas Gerrits (KV Mitte)

K3-075 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 74 bis 76:

und Bahnen begeistern. Alle Berlinerinnen und Berliner sollen mobil sein und das möglichst kostengünstig. Um dieses Ziel Realität werden zu lassen, wollen wir unsere Idee einer/eines solidarische finanzierten ÖPNV mit der „Bärenkarte“ weiter vorantreiben. Bewegungsfreiheit ist soziale Teilhabe und mit einer

Begründung

Redaktionelle Klarstellung, Begriff ist noch nicht berlinweit bekannt.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln)

K3-075-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Martin Scheuch (KV Kreisfrei, Abteilung Wissenschaft)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 74 bis 78:

und Bahnen begeistern. Alle Berlinerinnen und Berliner sollen mobil sein und das möglichst kostengünstig. Um dieses Ziel Realität werden zu lassen, ~~wollen wir unsere Idee einer „Bärenkarte“ weiter vorantreiben. Bewegungsfreiheit ist soziale Teilhabe und mit einer Stärkung des ÖPNV wird Berlin als Ganzes gewinnen: durch saubere Luft, mehr Ruhe und schnelleren Verkehrsfluss.~~

wollen wir einen solidarisch finanzierten, ticketlosen (kostenlosen) ÖPNV vorantreiben.

Bewegungsfreiheit ist soziale Teilhabe und mit einer Stärkung des ÖPNV wird Berlin als Ganzes gewinnen: durch saubere Luft, mehr Ruhe und schnelleren Verkehrsfluss.

Begründung

Die Bärenkarte löst keines der Probleme des derzeitigen Tarifsystems, ist unsozial, erzeugt neuen Verwaltungsaufwand mit entsprechenden Kosten und erhöht die Barrieren gerade für Familien.

Der sogenannte kostenlose ÖPNV soll folgende Probleme mit den entsprechenden Kosten lösen

- Keine Tickets,
- Keine Automaten,
- Keine Ausarbeitung und Umsetzung eines Tarifsystems,
- Keine Kontrollen,
- Keine Verwaltung im Hintergrund für Ausnahmen, Sozialtickets, Schwarzfahrer usw.

Keines dieser Probleme wird von der Bärenkarte angegangen oder gar gelöst. Es gibt weiter verschiedene Tarife und Automaten mit Tickets für Gelegenheitsfahrer*innen zwischen 7 und 10 Uhr oder Gäste aus dem Umland. Diese Tickets müssen natürlich auch kontrolliert werden. Zudem soll eine Verwaltung geschaffen werden, die Anträge von Pflegebedürftige, Schwerbehinderte und Transferleistungsempfänger*innen bearbeitet. Insgesamt können keine Kosten gespart werden, dafür wird aber zusätzlicher Verwaltungsaufwand generiert.

Die Bärenkarte ist unsozial:

- Es zahlen alle einen Sockelbetrag, insbesondere auch Menschen, die bisher den ÖPNV gar nicht oder nur gelegentlich genutzt haben, da sie zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Hierbei handelt es sich wohl einerseits um eine grünen-nahe Gruppe bzw. Menschen, die weniger mobil sind und solche, die es sich bisher nicht leisten konnten. Diesen jetzt 15 € pro Monat zu berechnen, wird nicht zu einer Akzeptanz der Bärenkarte führen und Grün-Wähler*innen verprellen.
- Der Zusatzbetrag für Fahrten zwischen 7:00 und 10:00 Uhr morgens trifft gerade diejenigen, die auf eine Erwerbsarbeit mit festen Arbeitszeiten angewiesen sind, also oft Geringverdienende und Menschen mit mehreren Jobs; oder Familien, die dort ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen oder die Schule begleiten. Die erste Gruppe wird im Gegensatz zu

Menschen mit freier Zeiteinteilung massiv benachteiligt, Familien zum Umstieg auf das Auto ermutigt.

- Eine solidarische Finanzierung heißt, dass diejenigen, die den ÖPNV weniger nutzen, im Schnitt mehr zahlen als Vielfahrer. Hierbei ist eine Lenkung vom Auto zum ÖPNV beabsichtigt. Die Bärenkarte tut das Gegenteil. Diejenigen, die den ÖPNV häufig nutzen (Berufspendler, Eltern) werden stärker belastet. Eine gegenteilige Steuerungswirkung ist zu erwarten.

Wie Untersuchungen von Verkehrsträgern zeigen, funktioniert die beabsichtigte Lenkungsfunktion nur unter folgenden Bedingungen:

- Fahrgäste haben Alternativen bei der Fahrzeit,
- Es gibt einen großen Rabatt,
- Das System ist geschlossen (d.h. es gibt Sitzplatzreservierungen oder andere restriktive Zugangsbeschränkungen).

Insofern ist die Lenkungsfunktion hier nicht gegeben. Fahrgäste, die in der Hauptberufszeit fahren (Pendler*innen) haben keine Möglichkeit zu einer anderen Uhrzeit zu fahren. Ihnen bleibt nicht die Wahl, um 11 Uhr auf Arbeit zu erscheinen oder ihr Kind um 6 Uhr in der Kita abzugeben. Zumal Menschen, die sonst nicht um diese Zeit fahren auch einfach ein Ticket am Automaten ziehen können müssen. Um bei dieser Gruppe, die ihre Fahrzeit wählen kann, eine Steuerungsfunktion zu erzielen, müsste die Fahrpreis deutlich über dem jetzigen liegen, damit sie daran gehindert werden, den ÖPNV zu dieser Zeit zu nutzen. Das kann nicht unser Ziel sein.

Wer sich einen Überblick über die Vor- und Nachteile eines Solidarmodells informieren möchte, sei auf das Semesterticket in Berlin (für alle und immer 184,10 € inkl. Fahrrad) bzw. München (Sockelticket für 62,50 € wochentags zwischen 18 Uhr und 6 Uhr, ansonsten zusätzlich 157,60 € exkl. Fahrrad - explizite Begründung für die Zweiteilung ist die Rücksicht auf die Autofahrer*innen) verwiesen.

Zusammengefasst erhöht die Bärenkarte damit die Hürden beim Zugang zum ÖPNV, wird im Wahlkampf als unsozial gebrandmarkt und wahrscheinlich als Besserverdienenden- bzw. Autofahrerticket bezeichnet werden.

Unterstützer*innen

Eva Marie Plonske (KV Kreisfrei); Anja Schillhaneck (KV Tempelhof-Schöneberg); Michael Greiner (KV Mitte); Marius Pöthe (KV Reinickendorf)

K3-075-3 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin (Beschluss: 07.04.2016) (GJB)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 74 bis 77:

und Bahnen begeistern. Alle Berlinerinnen und Berliner sollen mobil sein und das möglichst kostengünstig. Um dieses Ziel Realität werden zu lassen, ~~wollensetzen~~ wir auf unsere Idee einer „~~Bärenkarte~~“ ~~weiter vorantreiben~~ „Bärenkarte“. Bewegungsfreiheit ist soziale Teilhabe und mit einer Stärkung des ÖPNV wird Berlin als Ganzes gewinnen: durch saubere Luft, mehr Ruhe und

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

LAG Mobilität (Beschluss vom 06.04.2016); LAG Frauen- und Geschlechterpolitik (Beschluss vom 10.04.2016)

K3-075-4 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 74 bis 77:

und Bahnen begeistern. Alle Berlinerinnen und Berliner sollen mobil sein und das möglichst kostengünstig. ~~Um dieses Ziel Realität werden zu lassen, wollen wir unsere Idee einer „Bärenkarte“ weiter vorantreiben.~~ Bewegungsfreiheit ist soziale Teilhabe und mit einer Stärkung des ÖPNV wird Berlin als Ganzes gewinnen: durch saubere Luft, mehr Ruhe und

Begründung

erfolgt mündlich

K3-088 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 88 bis 90 einfügen:

Auch Kinder und Jugendliche lernen einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln, wenn sie wissen, wie sie entstehen und woher unser Essen kommt. Deshalb sollte Mittagessen für Kinder möglichst vor Ort zubereitet werden - bei Schulneubauten muss das berücksichtigt werden. Strengere Vorgaben bei der Kennzeichnung von Produkten schaffen Transparenz. Und es braucht wirksamere Sanktionen bei

K3-092 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 92 bis 93 einfügen:

Als Weltstadt hat Berlin auch eine globale Verantwortung. Wir wollen Berlin zur „Fair Trade Town“ machen, zum Beispiel, indem wir bei der öffentlichen Beschaffung dafür sorgen, dass die Produkte nachhaltig sind und nicht aus Kinderarbeit stammen. Die öffentliche Hand soll zum Vorbild für nachhaltigen Konsum werden. Vom Bleistift bis zum

Begründung

Einfügen von K1.5 Zeilen 155-158.

An dieser Stelle gibt es einen inhaltlichen Zusammenhang von Fair Trade und öffentlicher Beschaffung.

K3-095 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 94 bis 97:

Kantinenessen bestellt und beauftragt das Land Berlin jedes Jahr für mehrere Milliarden Euro Waren und Dienstleistungen. ~~Wir wollen, dass im Vergabegesetz sozial-ökologische Kriterien stärker als bisher eine Rolle spielen.~~ Wir wollen, dass bei der Vergabe sozial-ökologische Kriterien endlich auch wirklich beachtet und umgesetzt werden. In Kindertagesstätten, Schulen, Kantinen, Mensen und beim Catering in öffentlichen Einrichtungen soll der Anteil an regionalen und ökologischen

Begründung

Das Problem ist weniger das Vergabegesetz, als die tatsächliche Vergabepraxis. Hierauf sollten wir unseren Fokus legen.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln); Martin Kupfer (KV Neukölln)

K3-096 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Torben Wöckner (LAG Europa)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 95 bis 97 einfügen:

Waren und Dienstleistungen. Wir wollen, dass im Vergabegesetz sozial-ökologische Kriterien stärker als bisher eine Rolle spielen. Damit dies möglich ist, wollen wir insbesondere auch die Abkommen TTIP und CETA verhindern. In Kindertagesstätten, Schulen, Kantinen, Mensen und beim Catering in öffentlichen Einrichtungen soll der Anteil an regionalen und ökologischen

Unterstützer*innen

Sibylle Steffan (LAG Europa)

K3-098 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 97 bis 98:

beim Catering in öffentlichen Einrichtungen soll der Anteil an regionalen und ökologischen Lebensmitteln ~~steigen; ebenso das Angebot an vegetarischen~~ steigen. Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass es in öffentlichen Einrichtungen täglich auch vegane und ~~veganen~~ Mahlzeiten vegetarische Angebote gibt.

Begründung

Bei veganen und vegetarischen Angeboten geht es um die Wahlmöglichkeiten von sich vegan oder vegetarisch ernährenden Menschen. Da reicht es nicht, wenn eine Kantine, die vorher nie ein alternatives Angebot hatte, nun z.B. einmal die Woche auch eine vegetarisch/vegane Alternative anbietet. Hier können wir ruhig mutiger sein, vor allem weil viele öffentliche Einrichtungen schon auf einem sehr guten Weg sind.

K3-098-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Turgut Altug, Alexander Klose (KV Friedrichshain-Kreuzberg, KV-Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 97 bis 98 einfügen:

beim Catering in öffentlichen Einrichtungen soll der Anteil an regionalen und ökologischen Lebensmitteln steigen; ebenso das Angebot an vegetarischen und veganen Mahlzeiten. „Unser Ziel ist es, den Anteil an Bio-Essen bis 2021 zu verdoppeln. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Berlin sich am Netzwerk deutscher Bio-Städte beteiligt.“

Begründung

Begründung:

Mit der Verdopplung des Anteils von Bio-Lebensmitteln bei der Verpflegung in Kitas, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen setzt sich Berlin ein ehrgeiziges aber erreichbares Ziel. Das zeigt sich zum Beispiel in München, wo der Anteil des Bio-Essens in den Kitas in einer kurzen Zeit massiv gesteigert wurde und inzwischen bei 50 % liegt, bei den tierischen Produkten sogar bei 90 %. In Nürnberg ist bis 2020 das Ziel, diesen Anteil in den Kitas auf 75%, in den Schulen auf 50% und in den öffentlichen Kantinen auf 25% zu erhöhen.

Unterstützer*innen

Berna Gezik (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Riza Baran (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Volkmar Nickol (LAG-Migration); Gamze Aslan (KV Neuköln); Danilo Brandt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Oliver Powalla (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K3-098-3 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 97 bis 98 einfügen:

beim Catering in öffentlichen Einrichtungen soll der Anteil an regionalen und ökologischen Lebensmitteln steigen; ebenso das Angebot an vegetarischen und veganen Mahlzeiten. Jeden Tag ein veganes Angebot und die Einhaltung der DGE-Standarts für Schul- und Kitaverpflegung sollen als Grundlage dienen.

K3-099 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Jutta Schmidt- Stanojevic (KV Frieke)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 99 bis 102:

Gesundheitliche Prävention ist gut für die Menschen und unsere Gesellschaft. Der hohe Krankenstand an den Schulen und die wachsende Anzahl von psychischen Erkrankungen und Zivilisationskrankheiten wie Adipositas, Diabetes usw. bei Jugendlichen und Erwachsenen zeigen, wie bedeutend es ist, ~~damit~~ mit Präventionsmaßnahmen schon in der Schule zu beginnen. Wir wollen die Gesundheit fördern, indem wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und die Arbeit

K3-099-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 99 bis 101:

Gesundheitliche Prävention ist gut für die Menschen und unsere Gesellschaft. Der hohe Krankenstand an den Schulen und die wachsende Anzahl von psychischen Erkrankungen **beibesonders unter** Jugendlichen zeigen, wie bedeutend es ist, damit schon in der Schule zu beginnen. Wir wollen

Begründung

Die Anzahl psychischer Erkrankungen wächst insgesamt. Das hat verschiedene Ursachen z.B. der erhöhter Leistungsdruck, Armut, Gentrifizierung, Beschleunigung und wenig individueller Beachtung bei Kindern und Jugendlichen.

Unterstützer*innen

Lilian Seffer (KV Mitte); Urban Aykal (KV Steglitz - Zehlendorf); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Jonas Boysen (KV Mitte); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales)

K3-102 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Catherina Pieroth-Manelli (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 101 bis 104:

Jugendlichen zeigen, wie bedeutend es ist, damit schon in der Schule zu beginnen. Wir wollen die Gesundheit fördern, indem wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst ~~stärken~~stärken; die Gesundheitsämter müssen angesichts der wachsenden Herausforderung durch Zuzug und damit verbundene zusätzliche sozialmedizinische Versorgung besser ausgestattet und die Arbeit dort für Mitarbeiter*innen attraktiver ~~machen~~gestaltet werden. Durch mehr Aufklärung und Beratung möchten wir den Berliner*innen ermöglichen, in höherem Maß giftfrei zu leben!

Begründung

Neue Mitarbeiter müssen gewonnen werden (u-a-Ärzte) und auf die Diskrepanz zwischen Zuzug und ausreichend ausgestattetem ÖGD hingewiesen werden.

Unterstützer*innen

Alexander Kaas Elias

K3-104 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Catherina Pieroth-Manelli (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 103 bis 104 einfügen:

dort attraktiver machen. Durch mehr Aufklärung und Beratung möchten wir den Berliner*innen ermöglichen, giftfrei zu leben! Alle vorhandenen Programme zur Prävention und Gesundheitsförderung wollen wir bündeln und in einem breiten Konsultationsprozess auf gemeinsame Ziele 2025 ausrichten.

Begründung

Zur Zeit werden Projekte und Träger im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention aus verschiedenen Programmen gefördert wie dem Integrierten Gesundheitsprogramm und dem Aktionsprogramm Gesundheit. Damit Prävention und Gesundheitsförderung in Berlin zielgerichtet, transparent und effizient auf aktuelle und künftige Herausforderungen ausgerichtet werden kann, sollten die vorhandenen Programme unter Berücksichtigung der Möglichkeiten des Präventionsgesetzes gebündelt und in einem breiten Konsultationsprozess auf gemeinsame Ziele 2025 ausgerichtet werden.

K3-107 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Catherina Pieroth-Manelli (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 106 bis 108 einfügen:

muss Berlin in seine Krankenhäuser investieren und den augenblicklichen Investitionsstau schnellstmöglich auflösen. Die Interessen der Patient*innen konsequent zu stärken ist für uns von zentraler Bedeutung in allen Bereichen der medizinischen Versorgung. Das Personal im Gesundheitswesen verdient bessere Arbeitsbedingungen. Wir stärken damit auch Berlins gesamte Gesundheitswirtschaft mit

Begründung

Auch an anderer Stelle formulieren wir, dass für uns der Mensch im Mittelpunkt steht, insbesondere im Bezug auf die gesundheitliche und pflegerische Versorgung. An dieser Stelle sollte präzisiert werden, dass das auch eine konsequente Stärkung der Patient*inneninteressen bedeutet. Das bezieht sich sowohl auf Beschwerde- und Mitwirkungsrechte in Heimen, als auch in Krankenhäusern, in der ambulanten Versorgung oder in den Gremien der Gesundheitspolitik. Diese Querschnittsaufgabe soll hier angedeutet werden mit dem Verweis auf alle Bereiche der medizinischen Versorgung.

K3-113 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Christof Ebrecht (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 112 bis 113 einfügen:

dezentrale Bedarfsplanung: Neue Praxen sollen zuerst dort entstehen, wo Unterversorgung herrscht, nicht dort, wo die höchsten Umsätze gemacht werden. Bundesweit sorgen wir für flächendeckende Geburtshilfe und die freie Wahl des Geburtsorts, in Berlin führen wir die kostenfreie und stadtweite Park-Ausnahmegenehmigung für Hebammen ein.

Begründung

Gleichzeitige Streichung des Satzes in Kapitel 4, Zeile 87/88 "Damit Frauen frei wählen können, wo sie ihr Kind zur Welt bringen, regeln wir die Hebammenversorgung bundesweit neu." Diese Thematik werden interessierte Wählende eher im Gesundheitsabschnitt und nicht im Geschlechtergerechtigkeitsabschnitt suchen, daher sollte dies hier abgehandelt werden.

Im LDK-Beschluss vom 29. März 2014 hat sich unser Landesverband solidarisch mit den Hebammen erklärt und die Park-Ausnahmegenehmigung als eine der wenigen Sachen genannt, die landesweit getan werden können, um Hebammen bei der Ausübung ihres Berufes zu unterstützen. Es wäre ein Schritt in die falsche Richtung die Hebammen mit einer in Aussicht gestellten bundesweiten Neuregelung abzuspeisen und die Park-Ausnahmegenehmigung im Wahlprogramm unerwähnt zu lassen. Dies ist ein Landeswahlprogramm und auch wenn eine bundesweite Neuregelung nötig ist, ist unser Einfluss darauf relativ gering. Versprechen wir lieber kleine Dinge, die wir auch einhalten können, als Große, die wir fast nicht beeinflussen können.

Unterstützer*innen

Silke Gebel, MdA (KV Mitte); Mona Hille (KV Mitte)

K3-118 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Energie BB

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 117 bis 119 einfügen:

nachkommenden Generationen, das Klima wirksam zu schützen. Deshalb müssen wir die Energieerzeugung schnellstmöglich auf Erneuerbare umstellen, auch damit Energie langfristig bezahlbar bleibt. Mit Investitionen an den richtigen Stellen kann Berlin international zum Vorreiter

Begründung

Aus dem bisherigen Text geht nicht hervor, worauf umgestellt werden soll. Unsere Ergänzung verdeutlicht dies.

K3-129 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 20.03.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 128 bis 130:

Energiewende ausstatten. Mit den öffentlichen Gebäuden fangen wir an. Das grüne Stadtwerk soll innovative Energiegewinnung beispielsweise aus Klärschlämmen ~~oder Abwässern~~, dem Abwasser in der Kanalisation, dem warmen Grauwasser in Haushalten und über oberflächennahe Erdwärme vorantreiben und öffentliche Dach- und Freiflächen für Solaranlagen erschließen. Als

K3-131 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Michael Schäfer (KV Mitte)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 130 bis 132 löschen:

vorantreiben und öffentliche Dach- und Freiflächen für Solaranlagen erschließen. Als Energiedienstleister soll es die Berliner*innen beraten ~~und vor Energiearmut schützen~~. Klar ist: Wir wollen keine großen Energiekonzerne. Wir setzen auf eine Energiewende von Unten,

Begründung

Den Anspruch vor Energiearmut zu schützen kann das Stadtwerk nicht erfüllen. Es kann und soll durch Beratungsangebote Energiearmut entgegenwirken. So ist es auch im Projektteil ausgeführt: "Durch Energiesparberatung soll es auch Energiearmut entgegenwirken." Da dieser Satz so schon im Projekteteil des Programms steht, muss er hier nicht wiederholt werden.

K3-131-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Energie BB

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 130 bis 132 einfügen:

vorantreiben und öffentliche Dach- und Freiflächen für Solaranlagen erschließen. Als Energiedienstleister soll es die Berliner*innen beraten und einen Betrag leisten, um vor Energiearmut zu schützen. Klar ist: Wir wollen keine großen Energiekonzerne. Wir setzen auf eine Energiewende von Unten,

Begründung

Es ist unrealistisch, dass das Stadtwerk allein vor Energiearmut schützen kann. Allerdings kann es einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

K3-132 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Michael Schäfer (KV Mitte)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 131 bis 133 löschen:

Energiedienstleister soll es die Berliner*innen beraten und vor Energiearmut schützen. Klar ist: ~~Wir wollen keine großen Energiekonzerne~~. Wir setzen auf eine Energiewende von Unten, auf Energiegenossenschaften und die Zivilgesellschaft. Klar ist auch: Wir brauchen eine

Nach Zeile 135 einfügen:

Wir wollen ein Wärmegesetz, dass wie von der Enquete-Kommission einvernehmlich gefordert zur Einsparung von Energie im Berliner Gebäudebestand führt und den Fernwärmepreis deckelt und die CO2-Bilanz der Fernwärme verbessert.

Unterstützer*innen

Andreas Otto (KV Pankow); Ralf Lottes (KV Pankow); Nicole Ludwig (KV Carlottenburg-Wilmersdorf)

K3-139 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Michael Schäfer (KV Mitte)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 138 bis 139 einfügen:

Dabei muss sowohl die Finanzierbarkeit als auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmen. Die Genossenschaft „BürgerEnergie Berlin“ sollte am Stromnetz beteiligt werden. Wir wollen möglichst hohe private und staatliche Investitionen für die Energiewende mobilisieren. Das Land investiert nur in die Klimaschutz-Technologien und -Dienstleistungen, in erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Die Stadtwerke Berlin müssen wie von der Enquete empfohlen zu 100% in Landesbesitz sein, können aber für einzelne Projekte Kooperationspartner suchen. Für das Stadtwerk und für die Energienetze gilt für uns Grüne: Berlin begibt sich nicht in Public-Private-Partnerships mit Kohle- und Atomkonzernen, in denen diese wichtige Investitionen blockieren können.

Berlins Stromnetz gehört wieder in die Hand der Berliner*innen. Bürgerenergiegenossenschaften wollen wir eine Beteiligung am Stromnetz ermöglichen.

Berlins Beim Gasnetz hat der Senat die Rekommunalisierung an die Wand gefahren und sich dann in einen aussichtslosen Rechtsstreit begeben. Das ausstehende Urteil des Kammergerichts ist zu akzeptieren. Einen Einstieg des Landes Berlin in den Handel mit fossilem Gas lehnen wir ab und eine Zerschlagung der Gasag kommt für uns nicht in Frage. Vattenfall hat Jahrzehntelang Milliarden mit seinen Kohlekraftwerken verdient, jetzt will es das Land Berlin ins Boot holen und an der Fernwärme und den Kosten des Kohleausstiegs beteiligen. Eine solche Beteiligung wollen wir nicht und auch eine vollständige Rekommunalisierung der Fernwärme sehen wir skeptisch, weil die Kosten des Kohleausstiegs nicht dem Staat übergeholfen werden dürfen.

Unterstützer*innen

Andreas Otto (KV Pankow); Ralf Lottes (KV Pankow); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K3-142 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Energie BB

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 141 bis 143:

und Stickoxide und setzt die Gesundheit der Berliner*innen aufs Spiel. Wir Grüne wollen die Braunkohleverstromung im Kraftwerk Klingenberg ~~sofort~~unverzüglich einstellen. Wir fordern den kompletten Ausstieg Berlins aus der Braunkohle bis 2020 und zehn Jahre später aus der Steinkohle. Als

Begründung

Unser Vorschlag zur Textänderung berücksichtigt den Umstand, dass ein sofortiges Abschalten des Braunkohlekraftwerkblocks im Kraftwerk Klingenberg (in harten Wintern) die Fernwärmeversorgung in den östlichen Bezirken Berlins gefährden könnte. Mit dem Wort „unverzüglich“ bleiben wir bei unserem Wunsch nach einem schnellstmöglichen Kohleausstieg, sichern aber zugleich die Wärmeversorgung.

K3-143 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Emma Sammet (Grüne Jugend Berlin)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 142 bis 144 einfügen:

Braunkohleverstromung im Kraftwerk Klingenberg sofort einstellen. Wir fordern den kompletten Ausstieg Berlins aus der Braunkohle bis 2020 und spätestens zehn Jahre später aus der Steinkohle. Als Stromimporteure sind wir auch über unsere Stadtgrenze hinaus in Verantwortung. Wir kämpfen

Unterstützer*innen

Michael Schäfer (KV Mitte)

K3-155 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

In Zeile 155:

~~Stadtentwicklung~~ – Planungskultur – Stadtentwicklung - Neues Bauen

Begründung

Der Untertitel folgt der Abfolge in den Absätzen

K3-161 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 161 bis 163:

Wir suchen den ~~klugen~~ Interessensausgleich zwischen dem Gemeinwohl, den Anwohner*innen und ~~Investorenden~~ Bauherr*innen. Damit die Stadt grün wachsen und ihre soziale Mischung erhalten kann. Bei der Planung von neuem Wohnraum müssen Infrastruktur, Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen,

Begründung

"klugen" ist überflüssig.

Nicht alle, die bauen sind "Investoren", aber Bauherr*innen.

K3-161-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 161 bis 163 einfügen:

Wir suchen den klugen Interessensausgleich zwischen dem Gemeinwohl, den Anwohner*innen und Investoren. Bei der Gestaltung von Quartieren, Neubauten und Freiräumen setzen wir deshalb auf partizipative Verfahren und offene Wettbewerbe und Ausschreibungen. Damit die Stadt grün wachsen und ihre soziale Mischung erhalten kann. Bei der Planung von neuem Wohnraum müssen Infrastruktur, Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen,

Von Zeile 165 bis 167 löschen:

braucht gemischte Wohn- und Arbeitsquartiere und ein Umfeld, in dem all das, was wir täglichen brauchen, auch zu Fuß erreichbar ist. ~~Dafür setzen wir auf städtebauliche Wettbewerbe und offene Ausschreibungen.~~

Begründung

Die Sätze sind so umgestellt, dass eine logische Abfolge entsteht von Planungskultur (Partizipation und Wettbewerbe) zu Stadtentwicklung (Neue gemischte Stadtquartiere).

K3-161-3 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 161 bis 163 einfügen:

Wir suchen den klugen Interessensausgleich zwischen dem Gemeinwohl, den Anwohner*innen und Investoren. Damit die Stadt grün wachsen und ihre soziale Mischung erhalten kann. Neue Stadtquartiere können zu Orten für neue Wohn- und Arbeitsformen der Zukunft werden. Bei der Planung von neuem Wohnraum müssen Infrastruktur, Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen,

Begründung

Der eingefügte Satz ist aus dem übernächsten Absatz, der die baulichen Vorschläge für die Quartiere enthält, hierher verschoben. (Hier: Ziel der Stadtentwicklung - Dort: Neues Bauen)

K3-163 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 162 bis 164 einfügen:

Investoren. Damit die Stadt grün wachsen und ihre soziale Mischung erhalten kann. Bei der Planung von neuem Wohnraum müssen Infrastruktur, Kitas, Schulen, selbstverwaltete Jugendzentren, Kultureinrichtungen, Grünflächen und Parks schon berücksichtigt werden. Damit Berlin lebenswert bleibt. Es

Begründung

erfolgt mündlich

K3-164 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 163 bis 167:

Planung von neuem Wohnraum müssen Infrastruktur, Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen, Grünflächen und Parks schon berücksichtigt werden. ~~Damit Berlin lebenswert bleibt. Es braucht gemischte Wohn- und Arbeitsquartiere und ein Umfeld, in dem all das, was wir täglichen brauchen, auch zu Fuß erreichbar ist.~~ Wir brauchen gemischte Wohn- und Arbeitsquartiere und ein Umfeld, in denen die Dinge des täglichen Bedarfs auch zu Fuß erreichbar sind. Dafür setzen wir auf städtebauliche Wettbewerbe und offene Ausschreibungen.

Begründung

Kürzung auf das Wesentliche, trotzdem lebensweltlich verständlich.

K3-164-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 163 bis 165:

Planung von neuem Wohnraum müssen Infrastruktur, Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen, Grünflächen ~~und~~, Parks und Gewerbeflächen schon berücksichtigt werden. Damit Berlin lebenswert bleibt. Es braucht gemischte Wohn- und Arbeitsquartiere und ein Umfeld, in dem all das, was wir

Begründung

Wenn wir Arbeitsquartiere wollen, spielt der Erhalt der Gewerbeflächen eine entscheidende Rolle.

Unterstützer*innen

Michael Schäfer (KV Mitte); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K3-166 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 165 bis 167 löschen:

braucht gemischte Wohn- und Arbeitsquartiere und ein Umfeld, in dem all das, was wir täglichen brauchen, auch zu Fuß erreichbar ist. ~~Dafür setzen wir auf städtebauliche Wettbewerbe und offene Ausschreibungen.~~

Begründung

Inhaltlich kein Widerspruch, aber nicht Städtebauliche Wettbewerbe und offene Ausschreibungen lösen dieses Problem, sondern vernünftige öffentliche Vorgaben.

Unterstützer*innen

Martin Kupfer (KV Neukölln); André Schulze (KV Neukölln)

K3-170 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 169 bis 173:

ihre Architektur offen und innovativ ist, dann wächst auch die Attraktivität der Stadtviertel. ~~Damit sie trotz ökologisch höchster Standards auch für Geringverdienende erschwinglich bleiben, schreiben wir eine ökologische Bauleitplanung für Berlin fest, wie es andere Städte bereits machen. Damit eine ökologische Bauleitplanung auch Geringverdienenden Nutzen bringt, ist die Modernisierungsförderung entsprechend auszugestalten und ökologische Standards bei der Wohnungsbauförderung zu berücksichtigen.~~ Dadurch kommen auch grüne Technologien aus der Wasser-, Energie- und Abfallwirtschaft und Dach- und Fassadenbegrünungen häufiger zur Anwendung.

Begründung

Hohe ökologische Standards für Geringverdienende werden nur mit staatlicher Förderung möglich sein.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln); Martin Kupfer (KV Neukölln)

K3-172 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 20.03.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 171 bis 173 einfügen:

erschwinglich bleiben, schreiben wir eine ökologische Bauleitplanung für Berlin fest, wie es andere Städte bereits machen. Es gilt, im Baufeld Grünflächen zu erhalten und aufzuwerten, Dach- und Fassadenbegrünung zu fördern, Versiegelungen zu begrenzen, Regenwasser zu versickern oder zu nutzen, das Kleinklima vor Ort nicht zu verschlechtern und umweltverträgliche Baustoffe, sowie Niedrig- bis Passivenergiestandards und solare Energieerzeugung zur Anwendung zu bringen. Dadurch kommen auch grüne Technologien aus der Wasser-, Energie- und Abfallwirtschaft und Dach- und Fassadenbegrünungen häufiger zur Anwendung.

K3-172-2-alt Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 171 bis 173 einfügen:

erschwinglich bleiben, schreiben wir eine ökologische Bauleitplanung für Berlin fest, wie es andere Städte bereits machen. Damit eine ökologische Bauleitplanung auch Geringverdienenden Nutzen bringt, ist die Modernisierungsförderung entsprechend auszugestalten und ökologische Standards bei der Wohnungsbauförderung zu berücksichtigen. Dadurch kommen auch grüne Technologien aus der Wasser-, Energie- und Abfallwirtschaft und Dach- und Fassadenbegrünungen häufiger zur Anwendung.

Begründung

Hohe ökologische Standards für Geringverdienende werden nur mit staatlicher Förderung möglich sein.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln); Martin Kupfer (KV Neukölln)

K3-174 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 174 bis 175:

Neue Stadtquartiere **könnensollten** zu Orten für neue Wohn- und Arbeitsformen der Zukunft werden:
Indem wir die Herausforderungen des demografischen Wandels mit flexiblen Grundrissen,

Begründung

"können" kann auch ohne uns, "sollten" macht unsere Zielsetzung deutlich

K3-174-2 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 174 bis 178:

~~Neue Stadtquartiere können zu Orten für neue Wohn- und Arbeitsformen der Zukunft werden: Indem wir die~~Die Herausforderungen des demografischen Wandels ~~berücksichtigen wir~~ mit flexiblen Grundrissen, gemeinschaftlich genutzten Räumen, Barrierefreiheit, Mehrgenerationenwohnen und kurzen Wegen ~~mitdenken~~. Auch in bestehenden Wohngebieten steigern wir die Attraktivität, indem wir behutsam nachverdichten und die Nutzungsmischung stärken.

Begründung

Siehe Begründung zu ÄÄ zwei Absätze weiter vorne.

Dadurch Umstellung im Satz / Aus Nebensatz wird Hauptsatz...

K3-177 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 176 bis 178:

gemeinschaftlich genutzten Räumen, Barrierefreiheit, Mehrgenerationenwohnen und kurzen Wegen mitdenken. Auch in bestehenden Wohngebieten ~~steigern~~wollen wir die Attraktivität, ~~indem wir~~ steigern, behutsam nachverdichten und die Nutzungsmischung stärken.

Begründung

nicht unbedingte logische Folge, aber beides anstrebenwert.

K3-179 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 179 bis 181 einfügen:

Von der Großsiedlung am Stadtrand bis in die Historische Mitte gilt unsere besondere Aufmerksamkeit dem öffentlichen Raum. Öffentlicher Raum muss in öffentlichem Besitz bleiben und darf nicht verkauft werden. Damit sich Menschen auch außerhalb der eigenen vier Wände gerne aufhalten und begegnen. Mit jedem Schritt sorgen wir dafür, dass Berlin noch

Begründung

erfolgt mündlich

K3-181 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Nina Ohlmeier

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 180 bis 182 einfügen:

Aufmerksamkeit dem öffentlichen Raum. Damit sich Menschen auch außerhalb der eigenen vier Wände gerne aufhalten und begegnen. Inbesondere das Verschwinden von Kindern aus öffentlichen Räumen bedeutet eine Verarmung der Stadtqualität. Der Mangel an Brach- und Freiflächen sowie die fortschreitende Dominanz des Straßenverkehrs machen öffentliche Räume für Kinder unattraktiv. Statt Baulücken um jeden Preis zu schließen wollen wir städtebauliche Strukturen erhalten und schaffen, die Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für Kinder bieten. Für eine kinderfreundliche Stadtentwicklung wollen wir zudem gezielte Strategien und Verfahren entwickeln und umsetzen, die sich an der UN-Kinderrechtskonvention orientieren und somit Kinder und Jugendliche bereits in der Planungsphase einbeziehen. Mit jedem Schritt sorgen wir dafür, dass Berlin noch grüner und l(i)ebenswerter wird.

Begründung

Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten von Kindern sind ein wichtiges Kriterium für eine lebenswerte Stadt. Kinder wissen am besten, wie und wo sie spielen möchten, daher sollten sie bei der Stadtplanung entsprechend ihres Entwicklungsstandes beteiligt werden.

Unterstützer*innen

Uwe Kamp

K4-004 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 4 bis 6 löschen:

Berlin ist weltweites Sinnbild für Freiheit, Offenheit und Toleranz. ~~Die Berlinerinnen und Berliner haben es gemeinsam geschafft, die Mauer einzureißen.~~ Das prägt das Lebensgefühl der Stadt und macht sie so anziehend. Jede*r zweite Mensch, der in Berlin lebt, ist in die

Begründung

von den heute in Berlin lebenden Menschen haben nur ein bruchteil den Fall der mauer vor über 26 Jahren miterlebt, geschweige denn in berlin miterlebt. Auch auf das Lebensgefühl und die Atraktivität hat dieses ereigniss nur noch einen geringen Einfluss, der es nicht rechtfertigt dieses als das herausragende ereigniss darzustellen.

K4-011 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2018

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 11 bis 19:

~~Wir wollen Vielfalt, Teilhabe und Integration gezielt fördern: den Karneval der Kulturen erhalten, die hervorragende Arbeit der Stadtteilmütter sichern, die Initiativen und Organisationen von Migrant*innen unterstützen und vieles mehr. Vielfalt im Alltag sichtbar zu machen heißt auch, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst einzustellen, gerade in den Berliner Polizeidienst. Der Wissens- und Talentschatz der vielen Menschen, die nach Berlin kommen, liegt brach. Wir wollen ihn heben: Abschlüsse unkompliziert anerkennen, Wege in den Arbeitsmarkt öffnen und die migrantische Ökonomie stärken. Und wir sorgen dafür, dass es endlich wieder eine*n unabhängige*n Integrationsbeauftragte*n gibt.~~

"Wir wollen Vielfalt, Teilhabe und Integration gezielt fördern: Die Organisationen der Migrant*innen unterstützen, interkulturelle Öffnung der Verwaltung vorantreiben und mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst einzustellen, gerade in den Polizeidienst.. Endlich wieder eine*n unabhängige*n Integrationsbeauftragte*n etablieren und Vielfalt im Alltag sichtbar machen. Abschlüsse müssen unkompliziert anerkannt werden, damit Migrant*innen nicht mehr dazu verurteilt sind, hier weit unterhalb ihrer Qualifikationen zu arbeiten, wir wollen Wege in den Arbeitsmarkt öffnen, Stadtteilmütter und Mentor*innenprogramme sichern sowie die migrantische Ökonomie fördern. Wir wollen eine konsequente Antidiskriminierungspolitik und werden den Karneval der Kulturen erhalten."

Begründung

Dieser Abschnitt ist etwas ungeordnet - viele wichtige Dinge, aber eine Reihenfolge ohne inneren Zusammenhang. Das Lob der "talentierten Migratn*innen " empfinde ich als paternalistisch: Die Menschen wollen Arbeit, nicht dass man ihnen über den Kopf streichelt und sie als begabte Kinder lobt. Die Stadtteilmütter sind DAS SPD-Projekt, aber es gibt unendlich viel mehr und viel weiterreichende Integrationsprogramme in der Stadt, auch wenn die leider nie so medienwirksam wurden. Wir müssen das nicht immer wieder bedienen.

K4-025 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG Säkulare Grüne Berlin

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 24 bis 34:

„In Berlin sollen ~~alle~~die Menschen nach ihrer Fassung selig werden. ~~Religionsfreiheit~~Freiheit der Religionsausübung bedeutet für uns nicht, Religion ~~so weit wie möglich ins Private und in die private Räume und Hinterhöfe~~ zu verbannen. Im Gegenteil: Wir wünschen uns, ~~dass sich eine aktive Beteiligung der vielen~~ Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften am gesellschaftlichen Leben ~~beteiligen~~. Die erfolgreiche Lange Nacht der Religionen ist hier ein wichtiger Beitrag und ein Beispiel für gelebte Vielfalt. Gemeinsam mit ~~ihnen~~den Vertreter*innen der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die ihre Arbeit auf der Basis des Grundgesetzes leisten, wollen wir die ~~Seelsorge~~Seelsorge/den Beistand auch in Krankenhäusern und Gefängnissen gewährleisten und gestalten. Zugleich wollen wir ~~gemeinsam weiter daran arbeiten, das Wahlfach Religion besser in~~ mit den ~~Stundenplan einzubeziehen~~beteiligten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften das durch Volksentscheid beschlossene Pflichtfach „Ethik ~~weiter zu entwickeln~~“, „Ethik“ u.a. durch Verbesserung der Ausbildung der Lehrer*innen stärken. Das Fach soll vom ersten Schuljahr an unterrichtet werden. Wir setzen uns dafür ein, ~~einen Lehrstuhl~~Lehrstühle für ~~islamische Theologie~~Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften in Berlin einzurichten. Mit den großen christlichen Kirchen ~~treten~~wollen wir zunächst in einen Dialog darüber, eintreten, wann und wie ~~wir~~ die Staatsleistungen ~~ablösen können~~abzulösen sind, die Berlin seit der Säkularisierung ~~jedes Jahr~~im Jahre 1803 zahlt. Zudem wollen wir alle freiwilligen staatlichen Zahlungen an die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zur Debatte stellen. Staatsverträge mit den Kirchen zahlt (Kirchenverträge und Konkordate) sowie entsprechende Verträge mit Weltanschauungsgemeinschaften sind nicht geeignet, die Beziehungen mit dem Staat zu regeln. Die entsprechenden Gegenstandsbereiche sind - soweit erforderlich - durch Gesetz oder Einzelvereinbarungen zu normieren. Der mit einem eigenen Feiertag im Jahre 2017 zu begehende 500ste Reformationstag soll auch dazu dienen, sich kritisch und differenziert mit Leben und Werk von Martin Luther auseinanderzusetzen.

Begründung

mündlich

K4-025-2 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG Bündnisgrüner Christ*innen Berlin

Beschlussdatum: 10.03.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 24 bis 29:

In Berlin sollen alle Menschen nach ihrer Fassung selig werden. Religionsfreiheit bedeutet für uns nicht, Religion so weit wie möglich ins Private und in die Hinterhöfe zu verbannen. Im Gegenteil:

Die gesellschaftliche Arbeit aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ist unverzichtbar. In der Versorgung und Unterstützung von Geflüchteten haben die großen Kirchen enorm viel geleistet.

~~In Berlin sollen alle Menschen nach ihrer Fassung selig werden. Religionsfreiheit bedeutet für uns nicht, Religion so weit wie möglich ins Private und in die Hinterhöfe zu verbannen. Im Gegenteil: Wir wünschen uns, dass sich Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften am gesellschaftlichen Leben beteiligen.~~ Gemeinsam mit ihnen wollen wir die Seelsorge auch in Krankenhäusern und Gefängnissen gewährleisten. Zugleich wollen wir gemeinsam weiter daran

Begründung

mündlich

K4-029 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 28 bis 32 löschen:

gesellschaftlichen Leben beteiligen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die Seelsorge auch in Krankenhäusern und Gefängnissen gewährleisten. ~~Zugleich wollen wir gemeinsam weiter daran arbeiten, das Wahlfach Religion besser in den Stundenplan einzubeziehen und das Pflichtfach Ethik weiter zu entwickeln.~~ Wir setzen uns dafür ein, einen Lehrstuhl für islamische Theologie in Berlin einzurichten. Mit den großen christlichen Kirchen treten wir in einen

Begründung

mit Stefan Gelbhaar und Lucas Gerrits

inhaltliche Begründung:

Der Ethikunterricht ist - wie im Ursprungstext korrekt beschrieben - Pflichtfach, der Religionsunterricht ein Wahlfach. Dies wurde durch die Ablehnung des Volksbegehren „Pro Reli“ im Jahr 2009 bekräftigt. Wir respektieren das Ergebnis des Volksentscheides, es gibt keinen Grund, das Thema neu ,aufzumachen'. Religionswissenschaften müssen zudem im Ethikunterricht umfänglich behandelt werden. Den Unterricht durch Theolog*innen und Externe wollen wir an Schulen nicht ausweiten, indem wir den Religionsunterricht zeitlich anders im Stundenplan einbeziehen, sondern beim bewährten Zustand belassen. Etwas Anderes führt im Zweifel zu Leerstunden für nicht teilnehmende Schüler*innen. Diese unnötige Verlängerung des ohnehin langen Schultags für alle Schüler*innen ist zu vermeiden.

K4-032 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG Bündnisgrüner Christ*innen Berlin

Beschlussdatum: 10.03.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 31 bis 34:

Ethik weiter zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, einen Lehrstuhl für islamische Theologie in Berlin einzurichten. ~~Mit den großen christlichen Kirchen treten wir in einen Dialog darüber, wie wir die Staatsleistungen ablösen können, die Berlin seit der Säkularisierung jedes Jahr an die Kirchen zahlt.~~

Die evangelische und die katholische Kirche in Berlin sind Vorreiter bei der freiwilligen Transparenz ihrer Finanzen. In Berlin gibt es aber neben den beiden großen Kirchen über zwei Dutzend weitere Religionsgemeinschaften, die auch Körperschaften des öffentlichen Rechts sind. Daher wollen wir mit diesen Religionsgemeinschaften über gesetzliche Mindeststandards bei der Transparenz der Kirchenfinanzen ins Gespräch kommen. Mittelfristig wollen wir ein Transparenzregister einrichten. Dort sollen sämtliche staatlichen Geldflüsse an die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften für jede Bürger*in einsehbar sein.

Mit den großen christlichen Kirchen treten wir in einen Dialog darüber, wie wir die Staatsleistungen ablösen können, die Berlin seit der Säkularisierung jedes Jahr an die Kirchen zahlt.

K4-043 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Henry Arnold, Sabine Bangert, Uta Belkuis, Notker Schweikhardt, Antonia Simon, LAG Kultur (LAG Kultur)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 42 bis 45:

Liegenschaftspolitik. Wir wollen einen Teil der öffentlichen Liegenschaften grundsätzlich für Kultur vorhalten und dazu ein öffentliches Kulturkataster erstellen. ~~Mit Hilfe einer Agentur, die vermittelt, ermöglichen wir, dass Räume auch temporär für Kunst und Kultur genutzt werden können.~~ In der kulturellen Nutzung von Liegenschaften wollen wir vermehrt Genossenschaftsmodelle erproben. Um Leerstand zu vermeiden, wollen wir Zwischennutzung ermöglichen, sodass zusätzliche Räume für Kunst und Kultur genutzt werden.

Begründung

folgt mündlich

K4-049 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K4

Nach Zeile 49 einfügen:

Wir wollen Clubs unterstützen durch neue Förderprogramme und dort wo es möglich ist, wollen wir einen gesetzlichen Bestandsschutz einführen. Dazu gehört, dass Bauvorhaben, bei denen Wohnbebauung an Kultur- oder Clubstandorte heranrückt, für ausreichenden Lärmschutz sorgen oder Investoren Lärmschutzmaßnahmen der Clubstandorte finanzieren.

Unterstützer*innen

Emma Sammet (KV Steglitz-Zehlendorf); Lucas Gerrits (KV Mitte); Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K4-052 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Henry Arnold, Sabine Bangert, Uta Belkuis, Notker Schweikhardt, Antonia Simon, LAG Kultur (Lag Kultur)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 51 bis 53:

verbessert. Wir machen uns für generelle Honoraruntergrenzen bei der öffentlichen Kulturförderung und für angemessene Tarifabschlüsse stark. ~~Der Mindestlohn~~ Künstlerische Arbeit muss ~~auch für Kultur- und Medienschaffende gelten~~ angemessen vergütet werden.

Begründung

folgt mündlich

K4-054 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Henry Arnold, Sabine Bangert, Uta Belkuis, Notker Schweikhardt, Antonia Simon, LAG Kultur (LAG Kultur)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 54 bis 60:

~~Insbesondere für die freie Szene ist ein Zuwachs der~~Die Mittel ~~–zum Beispiel~~ aus der City-
[Leerzeichen]Tax ~~–längst überfällig~~gehören in die Kultur, um insbesondere die Freie Szene
angemessen zu fördern. Wir überarbeiten die Förderstrukturen und richten sie neu aus. So
stärken**bauen** wir ~~beispielsweise Ankerinstitutionen, an denen die freie~~bestehenden Kooperationen
zwischen den Institutionen und der Freien Szene ~~projektbezogen andocken kann~~aus und stärken
Ankerinstitutionen der Freien Szene. Teile des ehemaligen Flughafengebäudes in Tempelhof wollen
wir ~~langfristig~~ zu einem Kultur- und Kreativhafen umbauen, in dem Proberäume, Studios und
Künstlerateliers ebenso Platz finden wie Film- und TV-Produktionsfirmen, ~~Startups~~Gründungen oder
Forschungseinrichtungen aus dem Kreativbereich.

Begründung

Der am häufigsten genannte Grund für einen Berlin Besuch sind kulturelle Ziele und Einrichtungen. Es geht uns daher nicht nur um einen nicht näher bezifferten Zuwachs der Mittel aus der City Tax für die Freie Szene. Wir wollen die ursprüngliche Idee der City Tax, die auch ihre eigentliche Legitimation ist, umsetzen.

Ein Kultur- und Kreativhafen in THF kann auch zeitnah in Angriff genommen werden.

K4-061 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Thomas Birk (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 61 bis 63:

Berlins Stadtteilbibliotheken wollen wir erhalten, ~~die~~ und mit digitalen Medien ausstatten. Die Zentral- und Landesbibliothek werden wir an einem Standort vereinen und die Die Gedenkstättenpolitik wollen wir aufgrund steigender Besucher*innenzahlen zusammen mit dem Bund neu ausrichten. Um EU-Fördermittel besser

Begründung

Der Erhalt von Berlins Stadtteilbibliotheken allein ist eine zu schmalspurige Botschaft. Auch wenn es dazu ein eigenständiges Projekt P71 (Bibliotheken erhalten und für die Zukunft gut aufstellen) gibt, sollten wir hier wenigstens kurz andeuten, worin eine der neuen Qualitäten von Stadtteilbibliotheken bestehen soll. Die beiden nachfolgenden bisher verbunden Sätze werden jeweils durch Punkte getrennt, da ZLB und Gedenkstätten nicht in direktem Zusammenhang stehen.

K4-067 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG Medien

Beschlussdatum: 08.04.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 67 bis 74:

~~Berlin soll ein Medienstandort des 21. Jahrhunderts werden. Immer öfter ziehen Verlage und Sender mit ihren Redaktionen in unsere Stadt, immer mehr Filme, Serien und Dokumentationen werden hier produziert. Wir wollen die crossmediale Medienpolitik für unsere Stadt stärken. Das bedeutet, den digitalen Aufbruch ernst zu nehmen und als Chance zu betrachten, egal ob für Zeitungen, Radio, Fernsehen oder neue Medien. Wir streiten für Medien-Startups genauso wie für eine Stärkung des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) und der Medienanstalt Berlin-Brandenburg. Die Werbefreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wollen wir weiter vorantreiben.~~

Im heutigen Internet-Zeitalter ist nicht mehr die Zahl der Programme und Kanäle – also die Übertragungswege – entscheidend, sondern die Qualität der medialen Angebote – sprich der Inhalt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk trägt dabei eine besondere Verantwortung. Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, dass der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) ein unabhängiges, kritisches und innovatives Programm anbietet und interessante Inhalte produziert. Wir wollen die Werbefreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weiter vorantreiben. Die Zusammensetzung des rbb-Rundfunkrates soll staatsferner gestaltet werden, ohne Parteien als gesellschaftliche Vertretung auszuschließen. Gleichzeitig muss die Arbeit der Rundfunkgremien transparenter und effizienter werden. Wir wollen das Modell der Vertretung gesellschaftlich relevanter Gruppen stärken und modernisieren. Ein weiterer Schwerpunkt der Medienpolitik liegt für uns in der Medienbildung. Für die meisten Jugendlichen sind Youtube, Facebook und Co längst wichtiger als Zeitung und Fernsehen. Orientierung im Internet kommt jedoch nicht von allein, sondern muss erlernt werden. Und wir wollen Berlin als Medienstandort des 21. Jahrhunderts ausbauen. Viele Verlage und Sender ziehen mit ihren Redaktionen in unsere Stadt, immer mehr Filme, Serien und Dokumentationen werden hier produziert. Das ist gut, aber: Die Arbeitsbedingungen im Medienbereich müssen nachhaltig verbessert werden. Öffentliche Förderung sollte an das Erfüllen von Umwelt-, Sozial- und Honorarstandards gekoppelt werden. Die Teilhabe aller Kreativschaffenden an der analogen und digitalen Wertschöpfung muss gewährleistet sein. Dazu brauchen wir Regeln, die eine angemessene Vergütung garantieren und Förderprogramme, die bei den Berliner Kreativen ankommen. Der Umsatz der Filmbranche in Berlin ist rückläufig, trotz steigender Fördersummen. Dem wollen wir entgegenwirken.

K4-074 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (KV Pankow)

Änderungsantrag zu K4

Nach Zeile 74 einfügen:

Unser Ziel ist Qualitätsjournalismus. Wir wollen auch für kleine Medienformate eine Chance, insbesondere für lokale und regionale Berichterstattung. Wir bauen die Medienbildung aus, denn sie ist die Kernkompetenz beim Umgang mit digitalen Formaten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Gleichzeitig setzen wir auf einen zeitgemäßen Kinder- und Jugendmedienschutz, der mit Aufklärung bei Anbieter*innen und Nutzer*innen einhergeht, Verhältnismäßigkeiten wahrt und technische Realitäten anerkennt.

Begründung

Qualitätsjournalismus als Ziel benennen, insbesondere lokal. Medienbildung auch im Hauptteil.

K4-077 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 77 bis 79:

Eine freie Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle gleichermaßen verwirklichen können. Vereinbarkeit von Familie und Beruf für ~~Frauen und Männer~~, alle Menschen Lohngerechtigkeit, gleiche Berufschancen, Unabhängigkeit und sexuelle Selbstbestimmung sind Werte, die unseren Weg

Begründung

Auch für menschen die sich weder als mann noch als Frau definieren ist es wichtig Familie und Beruf vereinen zu können. Ein Binäres geschlechterverständnis ist nicht nur falsch und gerade in unser Partei eigentlich längst überholt, sondern gerade in diesem Kapitel schlichtweg sehr fehl am Platze

K4-081 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 80 bis 82 einfügen:

bestimmen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist vielfach aber noch ein uneingelöstes Versprechen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung des Ehegattensplittings ein, denn es ist ein Hemmnis für Frauen, erwerbstätig zu sein. Grüne Berlin-Politik steht für konsequentes Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting. Das heißt: Wir werden bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen die

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Gesine Agena (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Lisa Paus (KV CHARlottenburg-Wilmersdorf); Anja Kofbinger (KV Neukölln); Bahar Haghanipour (LAG Frauen- und Geschlechterpo); Christoph Wapler (KV CHARlottenburg-Wilmersdorf); Petra Vandrey (KV CHARlottenburg-Wilmersdorf); Parwin Kouloubandi (KV CHARlottenburg-Wilmersdorf); Hinrich Westerkamp (KV Reinickendorf); Susanne Hellmuth (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sarah Jeremutis (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Walter (LAG Queergrün); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Werner Graf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Kristine Jaath (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Jutta Schmidt-Stanojevic (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Landesvorstand (Grüne Jugend Berlin); Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Kitzig (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K4-087 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Christof Ebrecht (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 86 bis 88 löschen:

Chancen und gerechte Entlohnung machen. Damit Ungerechtigkeiten abgebaut werden, setzen wir uns für Klagerechte im Landesgleichstellungsgesetz ein. ~~Damit Frauen frei wählen können, wo sie ihr Kind zur Welt bringen, regeln wir die Hebammenversorgung bundesweit neu.~~

Begründung

Verschiebung der Thematik nach Kapitel 3.3 Gesundheit – Verbraucherschutz – gesundes Essen. Den Satz hier Streichen und in Kapitel 3 in Zeile 113 einfügen: "Bundesweit sorgen wir für flächendeckende Geburtshilfe und die freie Wahl des Geburtsorts, in Berlin führen wir die kostenfreie und stadtweite Park-Ausnahmegenehmigung für Hebammen ein."

Begründung siehe Änderungsantrag in Kapitel 3.

Unterstützer*innen

Silke Gebel, MdA (KV Mitte); Mona Hille (KV Mitte)

K4-087-2 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 86 bis 88 einfügen:

Chancen und gerechte Entlohnung machen. Damit Ungerechtigkeiten abgebaut werden, setzen wir uns für Klagerechte im Landesgleichstellungsgesetz ein. Damit Frauen frei wählen können, wo und wie sie ihr Kind zur Welt bringen, regeln wir die Hebammenversorgung bundesweit neu.

Begründung

nicht nur der Ort auch die Art wie eine Geburt abläuft ist entscheidend für eine selbstbestimmte Geburt

K4-088 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Abteilung QueerGrün

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 88 bis 95:

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und intersexuelle Menschen (LSBTTI) verdienen Akzeptanz, Schutz vor Diskriminierung und gleiche Rechte. Wir Grüne bekennen uns daher klar zur Eheöffnung der Ehe, zum vollen Adoptionsrecht für alle. ~~Alle Liebenden verdienen die gleichen Rechte~~Lesben und Schwule und zur Rehabilitierung der unter dem §175 Verfolgten. Berlin muss bei ~~der Öffnung~~ der Ehegleichstellung eine Vorreiterrolle einnehmen und darf nicht wie der rot-schwarze Senat im Bundesrat durch seine Enthaltung ~~im Bundesrat~~ bei der Eheöffnung das genaue Gegenteil bewirken. Um die Benachteiligung queerer Menschen in Berlin weiter abzubauen, verankern setzen wir ~~das Thema künftig fest im Lehrplan der Berliner~~ auf Akzeptanzförderung in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere an Schulen und in Jugendeinrichtungen, und entwickeln die „Initiative Sexuelle Vielfalt“ weiter – vor allem mit Blick auf die Arbeitswelt, ~~ältere~~ Regenbogenfamilien, Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete und Geflüchtete Gewaltprävention. In Berlin darf niemand diskriminiert werden. Jede*r hat einen Platz, unabhängig vom Geschlecht oder

Begründung

Mündlich.

K4-100 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG Frauen- und Geschlechterpolitik

Beschlussdatum: 10.04.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 99 bis 102:

sexualisierter und häuslicher Gewalt kann Berlin deutlich mehr tun: In den meisten Bundesländern gibt es bereits die anonyme, anzeigenunabhängige Spurensicherung. Diese werden wir auch in Berlin ~~ist Schlusslicht~~ ausbauen. Wir fordern eine ausreichende Finanzierung der Frauenhäuser und ein flächendeckendes und kultursensibles Angebot, das die Rechte der Opfer stärkt. Gerade um die

Begründung

Die Feststellung, dass Berlin Schlusslicht ist, ist eine Feststellung, keine politische Forderung.

K4-110 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG DemRecht

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 110 bis 113:

Berlin ist die Stadt der Freiheit. Und wir Grüne sind die Partei der Bürger*innenrechte. Wir teilen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, ~~erteilen jedoch dem Wettbewerb um immer schärfere Maßnahmen eine Absage. Symbolpolitik schafft keine Sicherheit.~~ Lehnen aber immer weitergehendere gesetzliche Eingriffe und immer tiefer gehende Überwachung ab. Wir werden die gesamte Videoüberwachung öffentlicher Plätze evaluieren und bei nicht nachgewiesener Wirksamkeit die Überwachung abbauen. Die Ausweisung kriminalitätsbelasteter Orte als Gefahrengebiete mit herabgesetzter Eingriffsschwelle lehnen wir ab. Symbolpolitik schafft keine Sicherheit. Wir setzen auf Vorbeugung, Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit. Der Schutz unserer Grundrechte steht an

Begründung

Die bisherige Diskussion in der Innenpolitik geht in den letzten Jahren nur in eine Richtung - mehr Überwachung, mehr Daten, weniger Freiheit. Die Grünen als Partei der Bürger*innenrechte müssen diesem Trend etwas entgegensetzen und nicht ausreichend wirksame Maßnahmen beenden. Bisher existiert kein Nachweis der Wirksamkeit von Videoüberwachung, deshalb dürfen derartige Maßnahmen nur nach nachgewiesener Wirksamkeit fortgesetzt werden. Es kann nicht darum gehen, Straftaten von einem Ort zum anderen zu verdrängen und sich nur um die Aufklärung zu kümmern. Es muss vielmehr darum gehen, echte Sicherheit zu schaffen und gleichzeitig die Freiheit wieder herzustellen.

Unterstützer*innen

Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

K4-110-2 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG DemRecht

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 109 bis 113:

Berlin ist die Stadt der Freiheit. Und wir Grüne sind die Partei der Bürger*innenrechte. Wir teilen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen,

lehnen aber immer weitergehendere gesetzliche Eingriffe und immer tiefer gehende Überwachung ab. Wir werden die gesamte Videoüberwachung öffentlicher Plätze evaluieren und bei nicht nachgewiesener Wirksamkeit die Überwachung abbauen. Die Ausweisung kriminalitätsbelasteter Orte als Gefahrengebiete mit herabgesetzter Eingriffsschwelle lehnen wir ab.

~~Berlin ist die Stadt der Freiheit. Und wir Grüne sind die Partei der Bürger*innenrechte. Wir teilen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, erteilen jedoch dem Wettbewerb um immer schärfere Maßnahmen eine Absage. Symbolpolitik schafft keine Sicherheit.~~ Symbolpolitik schafft keine Sicherheit. Wir setzen auf Vorbeugung, Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit. Der Schutz unserer Grundrechte steht an

Unterstützer*innen

Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

K4-120 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG DemRecht

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 119 bis 121 einfügen:

Straftaten schnell aufzuklären und Gefahren abzuwehren. Berlin braucht aber auch eine unabhängige Beschwerdestelle für Konflikte mit und innerhalb der Polizei. Wir fordern die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf Polizeibeamte aus anderen Bundesländern, die in Berlin eingesetzt werden. Jeder Waffengebrauch und Einsatz von sog. Pfefferspray ist zu dokumentieren und zu begründen. Das Verbot passiver Bewaffnung sowie das Vermummungsverbot sind aus dem Versammlungsgesetz zu streichen. Die Ausstattung der Ambulanz- und Rettungsdienste wollen wir verbessern, damit im Notfall die Hilfe schnell

Begründung

Die Kennzeichnungspflicht gilt derzeit nicht für Beamte aus anderen Bundesländern, obwohl diese bei Einsätzen in Berlin dem Berliner Polizeirecht unterliegen. Eine vorübergehende Kennzeichnung wäre dabei sehr einfach mit gekennzeichneten Überziehwesten möglich. Dabei wäre festzuhalten, welche Weste an welchen Beamten ausgegeben wird.

Der Einsatz von nicht-Schusswaffen ist derzeit nicht begründungspflichtig und wird dementsprechend gerade bei bestimmten Demonstrationen "lose" gehandhabt - in dem Bewusstsein, dass es keine Konsequenzen geben wird. Hier schaffen wir die Möglichkeit für Demonstranten, gegen übermäßigen Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken vorzugehen.

Unterstützer*innen

Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

K4-125 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG DemRecht

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 124 bis 127:

wir den Personalmangel, um wieder angemessene Verfahrenszeiten zu erreichen. In den Berliner Gefängnissen ~~rücken wir die Resozialisierung wieder stärker in den Vordergrund. Gefängnisinsass*innen wollen wir den Zugang zum Internet ermöglichen und Maßnahmen wie „Arbeit statt Strafe“ ausbauen.~~ werden wir konsequent die Resozialisierung der Gefangenen fördern. Dazu werden wir in dem Berliner Strafvollzugsgesetz durchsetzbare Rechte auf Resozialisierung verankern, den offenen Vollzug wieder zum Regelvollzug erklären und den Strafvollzug soweit wie möglich nach außen öffnen. Wir werden Gefangenen bezahlbaren Zugang zu Telekommunikation wie z. B. Internet ermöglichen. Maßnahmen wie „Arbeit statt Strafe“ werden wir ausbauen, bei geringfügigen Delikten Gefängnisstrafen weitestgehend vermeiden sowie entsprechendes Verhalten wie etwa Schwarzfahren entkriminalisieren und die Zahlen der vorzeitigen Entlassungen erhöhen.

Begründung

Bereits seit dem Bundesstrafvollzugsgesetz von 1977 ist der Strafvollzug auf Resozialisierung ausgerichtet. Trotzdem wird die Resozialisierung der Gefangenen oftmals nicht ausreichend gefördert, da den Gefangenen entsprechende Rechte nur über unbestimmte Rechtsbegriffe und Ermessensnormen zugestanden. Dies führte dazu, dass die Strafvollzugszugsbeamt*Innen einen großen Entscheidungsspielraum haben, wodurch die Resozialisierung der Gefangenen aber oft behindert wird. Um sich selbst Probleme zu ersparen oder weil sie zu stark auf Sicherheit fokussiert sind, entscheiden die Beamt*Innen nämlich oft allein nach Sicherheitserwägungen, etwa wenn es darum geht, ob die Gefangenen Ausgänge oder Ausführungen erhalten. Selbst wenn die Gefangenen geeignet sind, da kein Risiko von ihnen ausgeht, werden ihnen resozialisierungsfördernde Freiheiten oft nicht gewährt, da entsprechend klare Vorschriften fehlen. Daher besteht oft nur beschränkter Kontakt zur Gesellschaft, in die sie eigentlich integriert werden sollen. Dies führt dazu, dass die Beziehungen zu Bezugspersonen gefährdet werden und die Gefangenen sich nach der Entlassung schlecht zurechtfinden. Dadurch steigt das Risiko weiterer Straftaten. Dem kann nur entgegen gewirkt werden, wenn die Gefangenen durchsetzbare Rechte auf Resozialisierungsmaßnahmen zugestanden werden und die Vollzugsbeamt*Innen klare Vorgaben erhalten, wie sie im Zweifel zu entscheiden haben. Auch wenn dem Strafvollzugsgesetz immer der richtige Gedanke zu Grunde lag, wurde dieser bisher noch nicht konsequent genug umgesetzt. Daher müssen wir in unserem Wahlprogramm entsprechend klare Forderungen haben, damit wir den Strafvollzug erstmals konsequent auf die Resozialisierung der Gefangenen ausrichten. Nur so kann die Bevölkerung vor weiteren Straftaten geschützt werden, da die Gefangenen irgendwann wieder entlassen werden. Auch begehen Menschen Straftaten oftmals nicht ohne Grund, sondern auf Grund sozialer Benachteiligungen. Daher ist es auch die Verantwort

ung der Gesellschaft diese Menschen zu integrieren. Der schwierige Vorgang der Resozialisierung kann nur erreicht werden, wenn konkrete Ziele festgelegt werden, da der Begriff sehr schwammig ist. Wir sollten daher diesen Begriff mit Leben füllen. Durch die genannten Änderungen könnten die schwerwiegendsten Missstände im Strafvollzug effektiv beseitigt werden.

Dazu ist es zwingend nötig den Vollzug soweit wie möglich nach außen hin zu öffnen, da die Gefangenen nur in die Gesellschaft integriert werden können, wenn auch Kontakt zur Gesellschaft besteht. Dies beweisen die sehr positiven Erfahrungen, die Berlin mit dem offenen Vollzug gemacht

hat. Die Gefangenen können weiterhin Kontakt zu ihrer Familie halten, arbeiten und werden gleichzeitig vom Vollzug bei ihrer Integration unterstützt. Kürzlich vorgenommene Untersuchungen bestätigen, dass die offenen Vollzugsbedingungen so gut wie nie von den Gefangenen missbraucht werden. Trotzdem hat die CDU/SPD Regierung bestimmt, dass der offene Vollzug nicht länger der Regelvollzug ist. Dies widerspricht sowohl wissenschaftlichen als auch praktischen Erkenntnissen. Es ist daher überaus wichtig, dass wir Fehler der alten Regierung wieder korrigieren und uns klar zum offenen Vollzug als Regelvollzug bekennen.

Ferner muss berücksichtigt werden, dass es auch Gefangene gibt, die noch nicht für den offenen Vollzug geeignet sind. Aber auch diese Gefangenen müssen Kontakt zu ihrer Familie und zur Gesellschaft haben, damit die Resozialisierung gelingt und damit ein menschenwürdiger Vollzug gewährleistet wird. Dazu müssen die Gefangenen dringend Zugang zu neuen Medien erhalten. Dadurch wird nicht nur der Kontakt nach außen vereinfacht, sondern auch der Gefahr entgegengewirkt, dass sich die Gefangenen nach der Entlassung nicht mehr zurechtfinden. Dieser Kontakt nach außen muss aber vor Allem für die Gefangenen bezahlbar sein, damit diese Ziele erreicht werden können. Dies ist aktuell in Berlin nicht der Fall, da die Gefangenentelefonie an einen privaten Anbieter ausgelagert wurde. Dies führt dazu, dass einigen Gefangenen Telefonkosten in Höhe von mehreren hundert € im Monat entstehen. Diese Ausbeutung der Gefangenen muss endlich beendet werden und ihre Resozialisierung darf nicht länger von ihren finanziellen Möglichkeiten abhängen.

Soziale Kontrolle soll nur als letztes Mittel durch den Strafvollzug erreicht werden. Gefängnisstrafen sind für die Integration in die Gesellschaft sehr schädlich, da bestehende Bindungen zur Gesellschaft zerstört werden und die Rückkehr in die Gesellschaft massiv erschwert wird. Daher darf niedrigschwelliges Fehlverhalten nicht zu einer Gefängnisstrafe führen, insbesondere da dadurch die Justiz massiv belastet wird und daher die Möglichkeiten schwere Kriminalität zu verfolgen erheblich beschränkt werden. Sowohl Bewährungshilfe als auch die Justiz klagen über den Schaden, den eine Strafbarkeit des Schwarzfahrens bei den Menschen angerichtet werden und was für ein nicht zu rechtfertigender Aufwand entsteht. Wir sollten uns daher nicht nur im Bundesrat für eine Änderung des StGB einsetzen, sondern durch Projekte innerhalb von Berlin vermeiden, dass Menschen wegen entsprechendem Verhalten verfolgt werden. Dies kann etwa durch Modellprojekte wie in Bremen geschehen, wo Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Situation notorisch schwarzfahren mit einem Monatsticket ausgestattet werden oder indem der ÖPNV von allen Berliner*Innen kostenlos genutzt werden kann. Da dieser Ansatz geeignet ist, Kernprobleme der Justiz zu lösen, sollte er auch im Wahlprogramm enthalten sein.

Berlin ist traurigerweise deutschlandweites Schlusslicht bei den vorzeitigen Entlassungen. Sogar die extrem restriktive bayerische Justiz entlässt seine Gefangenen früher. In Berlin sitzen zahlreiche Gefangene, deren Resozialisierungsprozess weitestgehend abgeschlossen ist ihre Haftstrafe bis zum Ende ab. Dies stört nicht nur ihre Wiedereingliederung, belastet ihre Familien unnötig, sondern kostet zudem enorm viel Geld, welches sinnvoller eingesetzt werden könnte. Daher müssen wir uns als Grüne dafür stark machen, dass endlich von dem sinnvollen Mittel der vorzeitigen Entlassung Gebrauch gemacht wird.

Unterstützer*innen

Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

K4-128 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG DemRecht

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 128 bis 130:

~~Der Berliner Verfassungsschutz ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen Teile der Aufgaben an andere Behörden oder Einrichtungen übertragen und das System der V-Leute abschaffen. Der beste Schutz für unser Grundgesetz ist eine lebendige und couragierte Zivilgesellschaft.~~

.Der Berliner Verfassungsschutz ist nicht mehr zeitgemäß und muss aufgelöst werden. Wir wollen relevante Aufgaben an die Polizei und andere Einrichtungen übertragen und so die Sicherheit erhöhen. In einem ersten Schritt wollen wir das System der V-Leute des Verfassungsschutzes abschaffen

Begründung

Wenn schon, denn schon. Der bisherige Antrag sieht vor, dem Verfassungsschutz Aufgaben zu entziehen und V-Leute des Verfassungsschutzes abzuschaffen. Damit verbleiben dem Verfassungsschutz praktisch keine Aufgaben mehr, die nicht auch von anderen Stellen wahrgenommen werden können und die eine eigene Abteilung sowie 226,85 Planstellen rechtfertigen würden. Allein die Beobachtung möglicher verfassungsfeindlicher Organisationen durch Auswertung öffentlicher Quellen ist nicht so aufwendig, dass sie einer ganzen Abteilung bedürfte. Dies kann weitestgehend automatisiert erfolgen. Einzig die Abteilung "Spionageabwehr" hätte danach eine eigenständige Daseinsberechtigung. Diese wäre aber in jedem Fall besser beim BfV aufgehoben. Soweit es um extremistische Organisationen geht, bedarf es für eine Beobachtung durch Auswertung öffentlicher Quellen keiner drei Referate, eines IT-Referats sowie einer Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit. Die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs nach Art. 10 GG bedarf ebenfalls keiner spezifischen Berliner Behörde und kann in strafrechtlich relevanten Fällen auch vom LKA durchgeführt werden, zumal ihr Einsatz eines Verdachts auf das Vorliegen von schweren Straftaten bedarf. Hier entstünde nicht mal eine Lücke in der möglichen Verfolgung von Straftaten.

Die Zeit für eine Abschaffung ist günstig. In der Berliner Verwaltung werden über die nächsten Jahre ca 70% der Mitarbeiter in Ruhestand gehen. Das ermöglicht einen schnellen Abbau der Organisationseinheiten und Stellen.

Der Verfassungsschutz hat nicht nur in Berlin gezeigt, dass er eher zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit werden kann als diesen präventiv zu begegnen. Nicht zuletzt die Vorgänge um den NSU haben gezeigt, dass eine demokratische Kontrolle eines Geheimdienstes scheitern muss. Ein Geheimdienst, der aber weder seine Aufgabe erfüllt noch demokratisch kontrolliert werden kann, hat in einer demokratischen offenen Gesellschaft keine Daseinsberechtigung.

Unterstützer*innen

Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

K4-131 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 131 bis 133:

~~Auch in Berlin steigt die Bedrohung durch Rechtsextreme und radikale Islamisten. Egal in wessen Namen: Wir stellen uns Rechtspopulismus und Rechtsextremismus konsequent in den Weg. Menschenfeindliche Hetze, ob im Internet oder auf der Straße, ist der Nährboden für Hass und rechte Gewalt. Das Ausmaß rechtsextremer und rassistischer Gewalt in Berlin ist erschreckend hoch und hat ein dramatisches Niveau erreicht. Neonazis und Rassisten organisieren und radikalieren sich zunehmend. Rechte Gewalt darf nicht verharmlost werden. Behörden müssen rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen, die Opfer besser schützen und die Zivilgesellschaft weiter stärken!~~ Bei uns haben Gewalt und Menschenfeindlichkeit keinen Platz. Zivilcourage und politische Bildung, Prävention, eine weltoffene Großstadtpolizei und moderne

Begründung

Rechte Gewalt muss deutlicher und konkreter benannt werden. Auch der Zusammenhang zwischen rechter Hetze und rechter Gewalt darf nicht unerwähnt bleiben.

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck (Abteilung Wissenschaft); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Benedikt Lux (KV Steglitz-Zehlendorf); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln); Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Claudia Barthel (KV Steglitz-Zehlendorf); Sascha Taschenberger (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Jochen Biedermann (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, GRÜNE JUGEND Berlin); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K4-136 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG Drogenpolitik

Beschlussdatum: 03.04.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 136 bis 140:

~~Neue Wege werden wir in der Drogenpolitik gehen. Gerade für junge Menschen müssen wir die Drogenprävention stärken. Aber die strafrechtliche Verfolgung des Cannabis-Konsums halten wir für falsch und faktisch gescheitert. Wir wollen – soweit in Berlin rechtlich möglich – eine Legalisierung des Cannabis-Konsums für Erwachsene. Indem wir den Schwarzmarkt austrocknen stärken wir gleichzeitig den Jugend- und Gesundheitsschutz.~~

Die strafrechtliche Verfolgung der Cannabiskonsument*Innen ist falsch und faktisch gescheitert. Daher werden wir in der Drogenpolitik neue Wege gehen. Gerade für junge Menschen brauchen wir eine deutliche Stärkung der Suchtprävention. Die teure und sinnlose Nulltoleranzzone im Görlitzer Park werden wir aufheben. Wir wollen – einen regulierten Cannabisverkauf für Erwachsene. Indem wir den Schwarzmarkt austrocknen und Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen machen wir Jugend-, Gesundheitsschutz und Verbraucher*Innenschutz möglich. Um Gesundheitsrisiken durch Verunreinigungen und Überdosierung zu vermeiden wollen wir Drugchecking, die chemische Analyse von illegalen Drogen, einführen. Suchttherapie und Drogenhilfe sind bedarfsgerecht auszubauen.

Begründung

Der Begriff Drogenprävention wird für generalpräventive Ansätze der Polizei verwendet. Wir hingegen wollen auch Aspekte von Gesundheits- und Sozialpädagogische Ansätze einbeziehen. Der Cannabiskonsum ist bereits jetzt nicht strafbar.

Die teure, nutzlose und verfassungsrechtlich bedenkliche Nulltoleranzzone muss dringend aufgehoben werden. Diese führt nur zu einer Verschiebung des Problems und zu keiner Lösung und sondern ist nur Symbolpolitik und Aktionismus vom Innensenator Henkel.

Drugchecking muss dringend in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden, daher muss es auch im Wahlprogramm erwähnt werden. Die gesundheitlichen Risiken durch die ständig steigende Zahl von Verunreinigungen sind extrem hoch und leicht zu vermeiden. So lassen sich auch Konsumierendengruppen erreichen, zu denen sonst kein Zugang gefunden werden kann. Außerdem sollte sich das Wahlprogramm nicht nur auf Cannabis beschränken, da es auch in anderen bzgl. anderer Drogen Handlungsbedarf besteht. Daher sind auch Suchttherapie und Drogenhilfe im Wahlprogramm zu erwähnen.

K4-140 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K4

Nach Zeile 140 einfügen:

Wir nehmen die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ernst. Der Gefahr terroristischer Anschläge muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln der Präventions- und Sicherheitspolitik entschieden begegnet werden. Es bereitet uns Sorgen, dass es in Berlin immer mehr gewaltorientierte Salafist*innen gibt. Gegen den radikalen Islamismus hilft insbesondere ein starkes Präventions- und Deradikalisierungsprogramm. Nur so kann der Zulauf der islamistischen Szene unterbunden werden. Dabei müssen insbesondere zivilgesellschaftliche Ansätze stärker gefördert werden.

Begründung

Die Themen Rechtsextremismus und Islamismus/ Terror müssen voneinander getrennt werden und sollten nicht vermischt werden.

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck (Abteilung Wissenschaft); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Benedikt Lux (KV Steglitz -Zehlendorf); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Claudia Barthel (KV Steglitz -Zehlendorf); Sascha Taschenberger (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Jochen Biedermann (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, GRÜNE JUGEND Berlin); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

K4-143 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Thomas Birk (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 143 bis 146:

Berlin und der digitale Aufbruch waren bisher eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen, soweit der Senat selbst zuständig war: mit einer öffentlichen Verwaltung, die noch immer auf lange Windows XP angewiesen ist nach dem Supportende nutzte, und einer Stadt, in der seit bald zehn Jahren öffentliches ~~W~~-WLAN versprochen, aber nicht eingeführt wird. Dabei lebt Berlin am digitalen Puls, viele Startups entstehen in unserer Stadt,

Begründung

Berlin steht natürlich im digitalen Aufbruch, denn die entsprechende Branche boomt ja. Deswegen muss im ersten Satz unbedingt ergänzt werden, dass die Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen sich auf die Senatszuständigkeit bezieht.

Wir wollen sehr hoffen, dass in der Wahlkampfzeit die letzten Windows XP-Oasen ausgetrocknet sind. Deswegen wäre die Behauptung, dass die Verwaltung immer noch auf Windows XP angewiesen sei, vermessen und lässt sich auch nicht belegen. Beim Satzteil bezüglich des WLAN wird durch die Einfügung des Wörtchens „in“ die Grammatik korrigiert.

K4-145 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG Netzpolitik

Beschlussdatum: 24.04.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 144 bis 146:

mit einer öffentlichen Verwaltung, die noch immer auf Windows XP angewiesen ist, und einer Stadt, der seit bald zehn Jahren öffentliches ~~W~~-WLAN versprochen, aber nicht eingeführt wird. Dabei lebt Berlin am digitalen Puls, viele Startups entstehen in unserer Stadt,

Begründung

WLAN

K4-149 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Thomas Künstler (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 149 bis 152 löschen:

Digitale Chancen nutzen heißt, in Berlin das Thema digitaler Wandel anzugehen. ~~Die Veränderungen, die damit verbunden sind, sind in ihrem Ausmaß aktuell kaum abschätzbar, weder für die Wirtschaft, die Bildungslandschaft, noch für unsere Demokratie.~~ Wir wollen die digitale Zukunft unserer Stadt langfristig gestalten, statt auf kurzfristige Trends

Begründung

Wir wollen positiv nach vorne schauen!

Unterstützer*innen

Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Svea Balzer (KV Steglitz-Zehlendorf); Nikolas Becker (LAG Netzpolitik); Bernhard Kern (LAG Netzpolitik); Anja Schillhaneck (Abt. Wissenschaft); Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); LAG Netzpolitik (beschlossen am 24.03.2016)

K4-149-2 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 149 bis 150:

~~Digitale Chancen nutzen heißt, in Berlin das Thema digitaler~~ **Wir wollen den digitalen** Wandel **anzugehen für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt nutzen.** Die Veränderungen, die damit verbunden sind, sind in ihrem Ausmaß aktuell kaum abschätzbar,

Begründung

Der Ursprungssatz war eine Dopplung, Haupt- und Nebensatz sagten dasselbe. Wir haben auf vielen Ebenen bereits klargestellt, dass wir die Digitalisierung ganz besonders für Nachhaltigkeitsziele nutzen wollen. Dies wird nun durch den kurzen Satz ausgedrückt.

Unterstützer*innen

Silke Gebel (KV Mitte); Thomas Birk (KV Tempelhof-Schöneberg)

K4-155 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Thomas Künstler (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 154 bis 157 einfügen:

politisch steuert und die einsamen Pilotprojekte der einzelnen Senatsverwaltungen zusammenführt, vernetzt und massiv ausbaut. Wir wollen eine Verwaltung, die ihre öffentlichen Daten offenlegt und den Menschen kostenlos zur Verfügung stellt. So schaffen wir Transparenz, Bürgerbeteiligung und setzen Anreize für Startups. Und wir stärken gezielt Wissenschaftseinrichtungen, die themenübergreifend den digitalen Wandel erforschen. [Leerzeichen] Wir wollen ein flächendeckendes und kostenfreies WLAN für ganz Berlin, auf Bahnhöfen, in Bussen

Unterstützer*innen

Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Nikolas Becker (LAG Netzpolitik); Svea Balzer (KV Steglitz-Zehlendorf); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Bernhard Kern (LAG Netzpolitik); Anja Schillhaneck (Abt. Wissenschaft); Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); LAG Netzpolitik (beschlossen am 24.03.2016)

K4-157 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (KV Pankow)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 156 bis 158 löschen:

Wissenschaftseinrichtungen, die themenübergreifend den digitalen Wandel erforschen. Wir wollen ein ~~flächendeckendes und~~ kostenfreies WLAN für ganz Berlin, auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken oder Museen. Dafür werden wir

Begründung

Flächendeckend suggeriert ein kostenfreies WLAN-Angebot an jeder Stelle - das ist nicht unsere Forderung. Dass wir in ganz Berlin WLAN-Hotspots an sinnvollen Orten fordern, bleibt trotz der Streichung als Forderung erhalten.

K4-158 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Thomas Künstler (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 157 bis 159 einfügen:

wollen ein flächendeckendes und kostenfreies WLAN für ganz Berlin, auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie [Rathäusern](#), Bibliotheken oder Museen. Dafür werden wir mit bestehenden Initiativen verstärkt zusammenarbeiten, auch um ihre Erfahrungen zu nutzen.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Nikolas Becker (LAG Netzpolitik); Svea Balzer (KV Steglitz-Zehlendorf); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Anja Schillhaneck (Abt. Wissenschaft); Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

K4-158-2 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Thomas Künstler (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 157 bis 159:

wollen ein flächendeckendes und kostenfreies WLAN für ganz Berlin, auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken oder Museen. ~~Dafür werden wir mit bestehenden Initiativen verstärkt zusammenarbeiten, auch um ihre Erfahrungen zu nutzen.~~ Und wir werden bestehende Initiativen wie den Freifunk verstärkt unterstützen und ihre Erfahrungen einbinden.

Begründung

Freifunk gehört als Initiative benannt und wir wollen sie auch nicht benutzen, sondern ihre Erfahrungen wertschätzen.

Unterstützer*innen

Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Nikolas Becker (LAG Netzpolitik); Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte); Svea Balzer (KV Steglitz-Zehlendorf); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Bernhard Kern (LAG Netzpolitik); Anja Schillhaneck (Abt. Wissenschaft); LAG Netzpolitik (beschlossen am 24.03.2016)

K4-165 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Vorstand KV CharlWilm)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 165 bis 168:

Persönlichkeitsrechte, Datenschutz und Privatsphäre sind im Internet zu Fremdwörtern geworden und dies ist den Nutzer*innen häufig nicht bewusst. Was immer im Internet an Informationen kursiert kann uns morgen in der „realen Welt“ auf die Füße fallen. Doch mittlerweile ist ein Leben ohne Internet kaum noch vorstellbar. Die Vermittlung eines selbstbestimmten Umgangs mit Medien ist deshalb wichtig, um an ~~einer~~ digitalisierten Welt kompetent teilhaben zu können. Die muss in Kita und Schule beginnen, ist aber eine lebenslange Aufgabe. Wir werden das Verständnis und die Auswirkungen der

Begründung

Die Bedeutung „eines selbstbestimmten Umgangs mit Medien“ ist in den aktuellen Formulierungen des Wahlprogramms nicht angemessen begründet!

Das Internet ließ die Welt zu einem Dorf schrumpfen. Ein Mobilfunkanbieter hat es in einem Werbeslogan auf den Punkt gebracht: „Wir beeilen uns nicht – wir simsens, dass es später wird. Wir denken nicht – wir googeln. Wir sagen nicht unsere Meinung – wir posten sie.“ Die Cybergesellschaft hat unsere gesellschaftliche Entwicklung im Griff. Das Internet hat mit seinen vielen Angeboten unser Leben verändert. Und seit dem iPhone von Apple passt unser Leben auch in ein Smartphone.

Facebook, Twitter oder andere soziale Netze sollten nie als exklusiver Kanal für Freundschafts- und Bekannschaftspflege genutzt werden, sondern immer nur als Add-on zur face-to-face Interaktion mit Menschen im realen Leben. Entkommen können wir dem Internet nicht mehr, also müssen wir eine Ethik des Umgangs mit dem Internet entwickeln. Nur wenn uns die Gefahren bewusst sind, können wir auch dessen Möglichkeiten erkennen und verantwortungsvoll nutzen.

K4-168 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 167 bis 171:

digitalisierten Welt teilhaben zu können. Die muss in Kita und Schule beginnen, ist aber eine lebenslange Aufgabe. Wir werden dafür sorgen, dass das Verständnis und die Auswirkungen der technologischen Entwicklung umfassender in Schulen vermittelt ~~nt~~ und Fähigkeiten wie Programmieren ~~unterrichten~~ unterrichtet wird. Gewalt wie Hate Speech und Mobbing im Internet akzeptieren wir nicht. Bilder von sexuellem Missbrauch an Kindern über das Internet zu verbreiten ist eine

Begründung

Sprachlich

K4-169 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 168 bis 171 einfügen:

eine lebenslange Aufgabe. Wir werden das Verständnis und die Auswirkungen der technologischen Entwicklung umfassender in Schulen **durch ein Unterrichtsschulfach ab der Grundschule** vermitteln und Fähigkeiten wie Programmieren unterrichten, **damit unsere Kinder die Sprache der Zukunft verstehen.**

Begründung

K4-169-2 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (KV Pankow)

Änderungsantrag zu K4

Von Zeile 165 bis 171:

Die Vermittlung eines selbstbestimmten Umgangs mit Medien ist wichtig, um an einer digitalisierten Welt teilhaben zu können. Die muss in Kita und Schule beginnen, ist aber eine lebenslange Aufgabe. Wir werden das Verständnis und die Auswirkungen der technologischen Entwicklung

~~Die Vermittlung eines selbstbestimmten Umgangs mit Medien ist wichtig, um an einer digitalisierten Welt teilhaben zu können. Die muss in Kita und Schule beginnen, ist aber eine lebenslange Aufgabe. Wir werden das Verständnis und die Auswirkungen der technologischen Entwicklung umfassender in Schulen vermitteln und Fähigkeiten wie Programmieren unterrichten.~~
umfassender in Schulen durch ein Unterrichtsschulfach ab der 1. Klasse vermitteln und Fähigkeiten wie Programmieren unterrichten, damit unsere Kinder die Sprache der Zukunft verstehen. Gewalt wie Hate Speech und Mobbing im Internet akzeptieren wir nicht. Bilder von sexuellem Missbrauch an Kindern über das Internet zu verbreiten ist eine

Begründung

Präzisierung unserer Forderung. Ohne das Verständnis für Informatik fehlt das Verständnis für die Welt, wie wir sie heute und in Zukunft haben werden. Programmieren, der Umgang mit Daten, Internet, Rechnern, ist heute wie Mathe und Sprachen - Grundkenntnisse der heutigen Zeit. Deshalb gilt es, diese von Beginn an zu lernen.

Unterstützer*innen

Lucas Gerrits (KV Mitte); Thomas Künstler (KV Mitte)

P1-005 Projekt 1: Mitreden und mitmachen: Stadtvertrag Beteiligung und zentrale Vorhabenplattform

Antragsteller*in: LAG Demokratische Rechte

Beschlussdatum: 11.04.2016

Änderungsantrag zu P1

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:

einzubringen. Anderswo gibt es gute Erfahrungen mit einem Stadtvertrag, der mehr Beteiligung ermöglicht. Dazu ist es notwendig, die direkte Demokratie besser zu machen und für Transparenz des Verwaltungshandelns zu sorgen. Wir verwirklichen einen solchen Stadtvertrag auch in Berlin: Auf einer zentralen Vorhabenplattform im Netz sollen alle großen öffentlichen Bauprojekte und Vorhaben von Land

Begründung

Die ersten drei Projekte sind an sich ein Projekt, das einheitlich gedacht werden muss. Einzelne dieser Projekte ohne die anderen wären nicht sinnvoll, um das Ziel zu erreichen. Diese Verschränkung der drei Projekte sollte sich auch im Text wiederfinden.

P1-011 Projekt 1: Mitreden und mitmachen: Stadtvertrag Beteiligung und zentrale Vorhabenplattform

Antragsteller*in: Rainer Wittek (Momo)

Änderungsantrag zu P1

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:

für die Bevölkerung dienen. Auf Regierungsebene wollen wir eine*n Staatssekretär*in für die Koordination und den Ausbau von Beteiligung berufen und die Voraussetzung für eine Partizipationskultur entwickeln, die äußerst frühzeitig, noch bevor Verwaltungshandeln beginnt, alle Akteure in einem Beteiligungsprozess zusammenbringt. Ziel ist die Institutionalisierung und Verstetigung von Bürgerinitiative. Wir stehen für eine Stadtentwicklungspolitik von unten, die sich am Gemeinwohl orientiert, die Rolle der

Von Zeile 15 bis 17 einfügen:

Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes verbindlich. Das Netz der Kiez- und Stadtteilzentren als Orte niedrigschwelliger Beteiligung bauen wir aus um durch Einbeziehung lokalem Wissen die inhaltliche Qualität zu verbessern. Außerdem machen wir die Digitalisierung für die Demokratie nutzbar. Berlin soll eine Stadt des modernen E-Government

Begründung

Konsultative Verfahren sind für verbindliche Bürgermitgestaltung und -beteiligung ungeeignet. In Berlin sind das beliebte Events von Parteien und Verwaltung, eher eine Parodie von Bürgerbeteiligung.

P1-014 Projekt 1: Mitreden und mitmachen: Stadtvertrag Beteiligung und zentrale Vorhabenplattform

Antragsteller*in: Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu P1

Von Zeile 13 bis 15 einfügen:

Bürger*innen und Bezirke gegenüber dem Land und privaten Investor*innen stärkt und auch die leisen Stimmen anhört. Dafür setzen wir auf niederschwellige und lebensweltorientierte Beteiligungsverfahren mit verbindlichem Einfluss für diejenigen, deren Interessen von den Vorhaben in der Gegenwart und Zukunft direkt betroffen sind. Dabei wollen wir auch gezielt beteiligungsferne Menschen erreichen, Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichen Lebenswelten zusammenbringen und Teilhabe für alle ermöglichen. Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene machen wir durch eine Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes verbindlich. Das Netz der Kiez- und Stadtteilzentren

Begründung

Beteiligung scheidet meist daran, dass die Formate zu hohe Barrieren aufweisen. Dadurch beteiligen sich häufig nur diejenigen, die ohnehin engagiert sind, während Menschen mit geringem Einkommen und niedrigem Bildungsabschluss außen vorgelassen werden. Die Partizipationsforschung belegt, dass Beteiligungsferne vor allem durch negative Beteiligungserfahrung hervorgerufen wird. Diese entsteht meist durch Scheinbeteiligung, da kein verbindlicher Einfluss besteht. Indem Partizipationsprojekte die Lebenswelten unterschiedlicher Menschen berücksichtigen, diese dort "aufsuchen statt abholen" und verbindlichen Einfluss garantieren, können Menschen mit verschiedenen Sichtweisen und Anliegen in demokratische Aushandlungsprozesse zusammengebracht werden. Da sie ihre Perspektiven als Expert*innen in eigener Sache miteinbringen, erhöhen sich die Qualität und die Legitimation der Vorhaben. Dafür müssen aber auch gezielt beteiligungsferne Menschen erreicht werden, um allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Unterstützer*innen

Emma Sammet (Grüne Jugend Berlin); June Tomiak (Grüne Jugend Berlin); Thomas Lange (KV Berlin-Mitte)

P1-014-2 Projekt 1: Mitreden und mitmachen: Stadtvertrag Beteiligung und zentrale Vorhabenplattform

Antragsteller*in: LAG Demokratische Rechte

Beschlussdatum: 11.04.2016

Änderungsantrag zu P1

Von Zeile 13 bis 15 einfügen:

Bürger*innen und Bezirke gegenüber dem Land und privaten Investor*innen stärkt und auch die leisen Stimmen anhört. Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene machen wir [als Elemente direkter Demokratie](#) durch eine Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes verbindlich. Das Netz der Kiez- und Stadtteilzentren

Begründung

Ein Verweis auf das Projekt "direkte Demokratie" verbessern wäre gut. Eigentlich handelt es sich gedanklich um ein einheitliches Projekt.

P2-001 Projekt 2: Mitentscheiden dürfen: Direkte Demokratie besser machen und kommunales Wahlrecht einführen

Antragsteller*in: Thomas Birk (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu P2

In Zeile 1:

Mitentscheiden dürfen: Direkte Demokratie besser machen und ~~kommunales~~-Wahlrecht ~~einführen~~erweitern

Begründung

Tatsächlich besteht ja schon ein kommunales Wahlrecht. Es soll neben EU-Bürger*innen auch auf Nicht-EU-Bürger*innen ausgeweitet werden. Aber ebenso soll das Wahlalter 16 über die BVV-Ebene hinaus auf die Abgeordnetenhausbene erweitert werden. Insofern sollte auch die Überschrift weiter und damit doch gleichzeitig präziser gefasst werden. So wird auch vermieden, dass Menschen denken könnten, das kommunale (also in Berlin bezirkliche) Wahlrecht soll für 16-Jährige neu eingeführt werden. Das muss es nicht, denn auf bezirklicher Ebene existiert es schon.

P2-002 Projekt 2: Mitentscheiden dürfen: Direkte Demokratie besser machen und kommunales Wahlrecht einführen

Antragsteller*in: LAG Demokratische Rechte

Beschlussdatum: 11.04.2016

Änderungsantrag zu P2

Von Zeile 2 bis 3:

Direkte Demokratie ~~ist ein wichtiges Korrektiv~~ wesentlicher Bestandteil des Stadtvertrags Beteiligung und eine wichtige Ergänzung der parlamentarischen Demokratie. Das zeigte sich zuletzt bei den erfolgreichen Volksentscheiden zum Tempelhofer Feld und den Berliner

Begründung

Es handelt sich bei den ersten drei Projekten gedanklich um ein Projekt. "Korrektiv" klingt nur nach einer Korrektur der repräsentativen Demokratie - direkte Demokratie ist aber mehr, sie ermöglicht auch Initiativen unabhängig vom Parlament und nicht nur Korrekturen der Entscheidungen des Parlaments.

P2-009 Projekt 2: Mitentscheiden dürfen: Direkte Demokratie besser machen und kommunales Wahlrecht einführen

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P2

Von Zeile 8 bis 10 einfügen:

praktiziert wird. Volksentscheide sollen auf Wunsch der Initiator*innen innerhalb bestimmter Fristen gemeinsam mit allgemeinen Wahlen oder anderen Entscheiden stattfinden. Die Initiator*innen von Volksentscheiden sollen Kosten erstattet bekommen. Für den Fall, dass das Abgeordnetenhaus Volksgesetze wieder ändert, führen wir ein sogenanntes

P3-001 Projekt 3: Öffentliche Entscheidungen gehören veröffentlicht: Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz

Antragsteller*in: Johanna Ferretti (LAG Umwelt)

Änderungsantrag zu P3

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Öffentliche Entscheidungen gehören abgeschätzt und veröffentlicht: Gesetz über eine Nachhaltigkeitsprüfung & Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz

P3-005 Projekt 3: Öffentliche Entscheidungen gehören veröffentlicht: Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz

Antragsteller*in: Thomas Künstler (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu P3

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:

Verwaltungshandeln sind Voraussetzung für die Verständlichkeit politischen Handelns, das Vertrauen in demokratische Strukturen und effektive Mitbestimmung. Informationen sind der Schlüssel für eine Stadtgesellschaft, die sich aktiv in die Entscheidungen der Stadt einmischt. Bislang ist es schwer für Bürger*innen, die für sie relevanten Informationen zu bekommen. Mit unserem Transparenz- und

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Nikolas Becker (LAG Netzpolitik); Svea Balzer (KV Steglitz-Zehlendorf); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Bernhard Kern (LAG Netzpolitik); Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); LAG Netzpolitik (beschlossen am 24.03.2016)

P3-006 Projekt 3: Öffentliche Entscheidungen gehören veröffentlicht: Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz

Antragsteller*in: Johanna Ferretti (LAG Umwelt)

Änderungsantrag zu P3

Von Zeile 2 bis 8:

Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln sind Voraussetzung für die Verständlichkeit politischen Handelns, das Vertrauen in demokratische Strukturen und effektive Mitbestimmung. Bislang ist es schwer für Bürger*innen, die kurz- bis langfristigen Folgen von politischen Entscheidungen schnell zu überschauen und die für sie relevanten Informationen zu bekommen. Deshalb führen wir eine Nachhaltigkeitsprüfung von legislativen Initiativen und Gesetzen ein. Die Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf die Bürger*innen, die städtische Umwelt und die Wirtschaft werden somit frühzeitig und transparent dargestellt. Einerseits wird Gesetzgebung verbessert, da die vorhandenen Politikoptionen aufzuzeigen sind. Andererseits wird die Beteiligung von Bürger*innen erleichtert, da auch nicht beabsichtigte Folgen politischer Entscheidungen nachvollziehbarer werden.

~~Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln sind Voraussetzung für die Verständlichkeit politischen Handelns, das Vertrauen in demokratische Strukturen und effektive Mitbestimmung. Bislang ist es schwer für Bürger*innen, die für sie relevanten Informationen zu bekommen. Mit unserem Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz führen wir~~
Zudem führen wir mit unserem Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz eine weitgehende Veröffentlichungspflicht der Verwaltung ein und ergänzen so das Recht auf Akteneinsicht. Die Auskunft auf Antrag bleibt

Begründung

In Nachhaltigkeitsprüfungen werden die Auswirkungen von Gesetzen und anderen strategischen Entscheidungen auf Umwelt, Soziales und Wirtschaft abgeprüft. Möglichst sollen unterschiedliche Gesetzesoptionen und die Nulloption abgeschätzt werden. Sie können idealerweise dazu beitragen, zu zeigen, dass Politik niemals alternativlos ist und sie können helfen, Entscheidungen transparent, begründet und informiert zu treffen.

Nachhaltigkeitsprüfungen können Umweltprüfungen wie zB die Strategische Umweltprüfung ergänzen, da sie auf alle gesetzlichen und strategischen Entscheidungen anzuwenden ist und nicht erst auf planerischer Ebene greift, sondern bereits eine Stufe davor.

P3-006-2 Projekt 3: Öffentliche Entscheidungen gehören veröffentlicht: Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz

Antragsteller*in: LAG Demokratische Rechte

Beschlussdatum: 11.04.2016

Änderungsantrag zu P3

Von Zeile 5 bis 7 einfügen:

Vertrauen in demokratische Strukturen und effektive Mitbestimmung. Bislang ist es schwer für Bürger*innen, die für sie relevanten Informationen zu bekommen. Das Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz ist eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung des Stadtvertrags Beteiligung und direkter Demokratie. Mit unserem Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz führen wir eine weitgehende Veröffentlichungspflicht der

Begründung

Es handelt sich bei den ersten drei Projekten gedanklich um ein Projekt, das sollte sich auch in den Projekten wiederfinden.

P4-015 Projekt 4: Offene Türen für Helfer*innen: Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement fördern

Antragsteller*in: Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu P4

Von Zeile 14 bis 16:

insbesondere dezentrale Supervisions- und Coaching-Angebote, die den Freiwilligen helfen, ihre Erlebnisse zu verarbeiten und ~~sie befähigen~~ dabei unterstützen, mit ihren Ressourcen schonend umzugehen. Die aktuelle Situation hat grundsätzliche Mängel der Berliner Ehrenamtsförderung sichtbar

Begründung

Freiwillige müssen nicht durch politische Maßnahmen befähigt werden. Mit dieser Formulierung schwingt eine "Von-Oben-Herab"-Haltung mit, die wir Grüne als Partei gegenüber Flüchtlingshelfer*innen nicht vermitteln sollten. Daher sollten wir den Begriff "unterstützen" statt "befähigen" wählen.

Unterstützer*innen

Emma Sammet (Grüne Jugend Berlin)

P5-008 Projekt 5: Verdrängung aus dem vertrauten Umfeld verhindern: Bezahlbare Mieten

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P5

Von Zeile 1 bis 9:

Wir tun alles um zu verhindern, dass Menschen aus ihrem vertrauten Wohnumfeld wegziehen müssen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Die noch vorhandenen Sozialwohnungen halten wir endlich wieder für Mieter*innen mit kleinen Einkommen vor. Dazu senken wir die überhöhten Kostenmieten im „alten“ sozialen Wohnungsbau und führen für diese Wohnungen eine soziale Richtsatzmiete ein, die spürbar unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Bei neuen Sozialwohnungen sorgen wir für dauerhafte Preis- und Belegungsbindungen, indem wir beispielsweise eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen.

Wir wollen verstärkt Genossenschaften als Verbündete gewinnen und neue fördern. Durch Übernahme von Mitgliedsanteilen sollen mehr Transferleistungsbeziehende Mitglieder werden.

~~Wir tun alles um zu verhindern, dass Menschen aus ihrem vertrauten Wohnumfeld wegziehen müssen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Die noch vorhandenen Sozialwohnungen halten wir endlich wieder für Mieter*innen mit kleinen Einkommen vor. Dazu senken wir die überhöhten Kostenmieten im „alten“ sozialen Wohnungsbau und führen für diese Wohnungen eine soziale Richtsatzmiete ein, die spürbar unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Bei neuen Sozialwohnungen sorgen wir für dauerhafte Preis- und Belegungsbindungen, indem wir beispielsweise eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen.~~ Um Mieter*innen besser vor Umwandlung und Luxussanierung zu schützen, weisen wir

Unterstützer*innen

Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P5-008-2 Projekt 5: Verdrängung aus dem vertrauten Umfeld verhindern: Bezahlbare Mieten

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P5

Von Zeile 1 bis 9:

Wir tun alles um zu verhindern, dass Menschen aus ihrem vertrauten Wohnumfeld wegziehen müssen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Die noch vorhandenen Sozialwohnungen halten wir endlich wieder für Mieter*innen mit kleinen Einkommen vor. Dazu senken wir die überhöhten Kostenmieten im „alten“ sozialen Wohnungsbau und führen für diese Wohnungen eine soziale Richtsatzmiete ein, die spürbar unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Bei neuen Sozialwohnungen sorgen wir für dauerhafte Preis- und Belegungsbindungen, indem wir beispielsweise eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen.

Um die Kosten für die Miete überprüfen zu können, wollen wir kostenlose Mieterberatungen einrichten und die Finanzierung der Mitgliedsbeiträge in Mietervereinen für Transferleistungsbeziehende fördern.

~~Wir tun alles um zu verhindern, dass Menschen aus ihrem vertrauten Wohnumfeld wegziehen müssen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Die noch vorhandenen Sozialwohnungen halten wir endlich wieder für Mieter*innen mit kleinen Einkommen vor. Dazu senken wir die überhöhten Kostenmieten im „alten“ sozialen Wohnungsbau und führen für diese Wohnungen eine soziale Richtsatzmiete ein, die spürbar unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Bei neuen Sozialwohnungen sorgen wir für dauerhafte Preis- und Belegungsbindungen, indem wir beispielsweise eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen.~~ Um Mieter*innen besser vor Umwandlung und Luxussanierung zu schützen, werden wir

Unterstützer*innen

Michael Haberkorn (LAG Gesundheit und Soziales); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P5-015 Projekt 5: Verdrängung aus dem vertrauten Umfeld verhindern: Bezahlbare Mieten

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P5

Von Zeile 14 bis 16 einfügen:

Leerstand begrenzen wir mit strengeren Vorgaben und einer effektiveren Wohnungs- und Bauaufsicht. Um eine nachhaltige- und zielgruppenorientierte Förderung zu ermöglichen, wollen wir die Ausgleichszahlung für Sozialwohnungen wieder einführen. Aber auch auf der Bundesebene muss Berlin sich stärker für ein sozialeres Mietrecht einsetzen. Dazu gehören weniger Ausnahmen bei der Mietpreisbremse, niedrigere

Begründung

Durch die Einnahmen aus der Ausgleichzahlungen soll für jede Wohnung, deren Mieter*innen keinen Anspruch auf einen WBS mehr haben, eine neue Sozialwohnung subventioniert werden.

P5-017 Projekt 5: Verdrängung aus dem vertrauten Umfeld verhindern: Bezahlbare Mieten

Antragsteller*in: Andreas Otto, Katrin Schmidberger, Michael Schäfer (MdAs)

Änderungsantrag zu P5

Von Zeile 16 bis 19:

Mietrecht einsetzen. Dazu gehören weniger Ausnahmen bei der Mietpreisbremse, niedrigere Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen ~~und die Berücksichtigung aller Mieten im Mietspiegel. Auch treten wir dafür ein, die Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und die bewährten Mietobergrenzen in Milieuschutz- und Sanierungsgebieten wieder einzuführen.~~ die Berücksichtigung aller Mieten im Mietspiegel, sowie die Wiedereinführung der bewährten Mietobergrenzen in Milieuschutz- und Sanierungsgebieten. Wir wollen einen ökologischen Mietspiegel, mit dem die energetische Sanierung umfassender und deutlich schneller als bisher vorangetrieben werden kann. Die sogenannte Modernisierungsumlage wird dadurch überflüssig und abgeschafft. Als ersten Schritt wollen wir die Modernisierungsumlage von 11 auf 5% absenken und auf energetische Maßnahmen und Barrierefreiheit beschränken. Bei den landeseigenen Wohnungen fangen wir an.

Begründung

Wir wollen Klimaschutz im Gebäudebereich stärken, aber gleichzeitig die Kosten gerechter verteilen. Die in das Vergleichsmietensystem eigentlich nicht passende Modernisierungsumlage von 11% muss langfristig entfallen. Als ersten Schritt wollen wir sie quasi halbieren, was nicht zuletzt durch das niedrige Zinsniveau gerechtfertigt wird. Diese Änderungen betreffen das Bürgerliche Gesetzbuch und sind nur mittelbar durch Berlin beeinflussbar. Bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften können wir direkt eingreifen und solche Vorgaben machen.

P5-017-2 Projekt 5: Verdrängung aus dem vertrauten Umfeld verhindern: Bezahlbare Mieten

Antragsteller*in: Thomas Weigelt, Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P5

Von Zeile 16 bis 18 einfügen:

Mietrecht einsetzen. Dazu gehören weniger Ausnahmen bei der Mietpreisbremse, niedrigere Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen und die Berücksichtigung aller Mieten im Mietspiegel. Die Umgehung von mietrechtlichen Schutzregeln gegen Eigenbedarfskündigungen für Mieter*innen bei der Umwandlungsverordnung sollen gestrichen werden, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen möglichst in der ganzen Stadt genehmigungspflichtig werden. Auch treten wir dafür ein, die Modernisierungumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und

Begründung

Unser Landeswahlprogramm fordert zu Recht Änderung des Bundesmietrechts. Dabei sollten wir auch diesen Missstand ändern.

Die Änderung soll folgende Unstimmigkeit des Mietrechts begeben: Im „regulären“ Mietrecht wird der Mieter einer Wohnung, an der Wohnungseigentum begründet wird, für 10 Jahre vor Kündigungen gegen Eigenbedarf geschützt, § 577a Abs. 2 BGB (i.V.m. mit der Berliner Kündigungsschutzklausel-Verordnung dazu). Die Frist beginnt mit dem Verkauf der Wohnung. In Milieuschutzgebieten, in denen ausnahmsweise eine Begründung von Wohneigentum zu genehmigen ist (weil der/die Eigentümer*in sich verpflichtet nur an Mieter*innen zu verkaufen), darf für sieben Jahre ab Begründung nur an die jeweiligen Mieter*innen verkauft werden. Gleichzeitig bestimmt § 172 Abs. 4 Satz 3 Nr. 6 Satz 1 2. Hs. BauGB, dass die Schutzfrist des § 577a Abs. 2 BGB für die Eigenbedarfskündigung auf drei Jahre (ab dem dann erfolgtem Verkauf) verkürzt wird.

Zu Verdeutlichung: D.h. wenn eine Wohnung 2016 in einem Milieuschutzgebiet in eine Eigentumswohnung umgewandelt wird und dann 2023 (nach Ablauf der 7-Jahres-Frist) an einen Dritten verkauft wird, darf der/die Mieter*in bereits 2026 aus Eigenbedarf gekündigt werden. Wenn aber die Wohnung nicht in einem Milieuschutzgebiet liegt und 2023 verkauft wird, ist der/die Mieter*in bis 2033 vor einer Eigenbedarfskündigung geschützt.

Unterstützer*innen

Jonas Schemmel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Magnus Heise (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Lisa Thormählen (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Jutta Schmidt-Stanojevic (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Berna Gezik (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sarah Jermutus (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Turgut Altgut (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Kitzig (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Hans Panhoff (Stadtrat, KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P5-017-3 Projekt 5: Verdrängung aus dem vertrauten Umfeld verhindern: Bezahlbare Mieten

Antragsteller*in: Thomas Weigelt, Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P5

Von Zeile 16 bis 18 einfügen:

Mietrecht einsetzen. Dazu gehören weniger Ausnahmen bei der Mietpreisbremse, niedrigere Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen und die Berücksichtigung aller Mieten im Mietspiegel. Um Wohnungslosigkeit zu verhindern, wollen wir das Mietrecht weiterentwickeln, um Zwangsräumungen möglichst im Vorfeld zu verhindern. Dazu gehört, dass zusammen mit der außerordentlichen Kündigung auch die ordentliche Kündigung bei einer Nachzahlung der Mietschulden unwirksam wird. Auch treten wir dafür ein, die Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und

Begründung

Unser Landeswahlprogramm fordert zu Recht Änderung des Bundesmietrechts. Dabei sollten wir auch diesen Missstand ändern.

Der Satz soll dem Problem begegnen, dass eine Nachzahlung der Mietschulden nur die außerordentliche Kündigung unwirksam werden lässt (diese Privilegierung greift nur, wenn sie nicht schon einmal in den letzten zwei Jahren genutzt wurde). Die häufig gleichzeitig ausgesprochene ordentliche Kündigung bleibt bestehen – und der/die Mieter*in verliert trotzdem seine Wohnung.

Unterstützer*innen

Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Magnus Heise (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Jonas Schemmel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Lisa Thormählen (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Jutta Schmidt-Stanojevic (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Berna Gezik (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sarah Jeremutus (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Turgut Altgut (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Kitzig (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Hans Panhoff (Stadtrat, KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P5-019 Projekt 5: Verdrängung aus dem vertrauten Umfeld verhindern: Bezahlbare Mieten

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P5

Nach Zeile 19 einfügen:

Wir fordern von der Bundesregierung, die bundeseigenen Wohnungen und Flächen an das Land Berlin verbilligt abzugeben und wir kämpfen auch auf Bundesebene für eine Politik, die Liegenschaften nach gutem Nutzungskonzept und nicht nach Höchstpreis vergibt.

Unterstützer*innen

Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P5-019-2 Projekt 5: Verdrängung aus dem vertrauten Umfeld verhindern: Bezahlbare Mieten

Antragsteller*in: Andreas Otto, Thomas Birk (KV Pankow, KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu P5

Von Zeile 2 bis 19:

~~Wir tun alles um zu verhindern, dass Menschen aus ihrem vertrauten Wohnumfeld wegziehen müssen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Die noch vorhandenen Sozialwohnungen halten wir endlich wieder für Mieter*innen mit kleinen Einkommen vor. Dazu senken wir die überhöhten Kostenmieten im „alten“ sozialen Wohnungsbau und führen für diese Wohnungen eine soziale Richtsatzmiete ein, die spürbar unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Bei neuen Sozialwohnungen sorgen wir für dauerhafte Preis- und Belegungsbindungen, indem wir beispielsweise eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen. Um Mieter*innen besser vor Umwandlung und Luxussanierung zu schützen, weiten wir Stadtgebiete mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) deutlich aus. Außerdem schaffen wir einen Ankauffonds für die Bezirke, um das in diesen Gebieten gültige Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand auch nutzen zu können – etwa zugunsten städtischer Gesellschaften oder sozialer Träger. Die Zweckentfremdung von Wohnraum und den spekulativen Leerstand begrenzen wir mit strengeren Vorgaben und einer effektiveren Wohnungs- und Bauaufsicht. Aber auch auf der Bundesebene muss Berlin sich stärker für ein sozialeres Mietrecht einsetzen. Dazu gehören weniger Ausnahmen bei der Mietpreisbremse, niedrigere Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen und die Berücksichtigung aller Mieten im Mietspiegel. Auch treten wir dafür ein, die Modernisierungumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und die bewährten Mietobergrenzen in Milieuschutz- und Sanierungsgebieten wieder einzuführen.~~

Wir tun alles um zu verhindern, dass Menschen aus ihrem vertrauten Wohnumfeld wegziehen müssen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Die noch vorhandenen Sozialwohnungen halten wir endlich wieder für Mieter*innen mit kleinen Einkommen vor. Dazu senken wir die überhöhten Kostenmieten im „alten“ sozialen Wohnungsbau und führen für diese Wohnungen eine soziale Richtsatzmiete ein, die spürbar unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Bei neuen Sozialwohnungen sorgen wir für dauerhafte Preis- und Belegungsbindungen, indem wir beispielsweise eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen. Um Mieter*innen besser vor Umwandlung und Luxussanierung zu schützen, weiten wir Stadtgebiete mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) deutlich aus. Außerdem schaffen wir einen Ankauffonds für die Bezirke, um das in diesen Gebieten gültige Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand auch nutzen zu können – etwa zugunsten städtischer Gesellschaften oder sozialer Träger. Die Zweckentfremdung von Wohnraum und den spekulativen Leerstand begrenzen wir mit strengeren Vorgaben und einer effektiveren Wohnungs- und Bauaufsicht. Aber auch auf der Bundesebene muss Berlin sich stärker für ein sozialeres Mietrecht einsetzen. Dazu gehören weniger Ausnahmen bei der Mietpreisbremse, niedrigere Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen und die Berücksichtigung aller Mieten im Mietspiegel. Auch treten wir dafür ein, die Modernisierungumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und die bewährten Mietobergrenzen in Milieuschutz- und Sanierungsgebieten wieder einzuführen. Als neues Projekt einfügen:

Wohnungen endlich von Asbest befreien

Allein in den Häusern der sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften gibt es 50.000 Wohnungen, die mit krebserregendem Asbest belastet sind. Im privaten Bestand

werden mindestens noch einmal so viele vermutet. Bisher wurde nur ein geringer Teil von Wohnungen saniert. Der rot-schwarze Senat weiß weder genau, welche Wohnungen konkret betroffen sind, noch wie groß das Ausmaß der Verseuchung tatsächlich ist. Besonders aus Bodenplatten (Florflex) treten Asbestfasern aus und machen Menschen krank. Die inzwischen in einigen Fällen vor Gericht erstrittene Mietminderung ist dafür ein schwacher Trost. Wir wollen nicht, dass weiterhin Menschen Krebs bekommen, obwohl es sich vermeiden ließe. Und außerdem muss die Geheimhaltungspolitik aufhören. In einem Asbestregister sollen sich BewohnerInnen über den Asbeststatus ihrer Gebäude informieren können. Auch wer eine Wohnung mieten oder kaufen will, erhält dadurch Information und Sicherheit. Dass Menschen jahrelang den Gefahren ausgesetzt sind, ohne überhaupt informiert zu werden, belegt die Ignoranz der Verantwortlichen. Mieterinnen und Mieter müssen über das Vorhandensein von Asbest informiert und zu bestehenden Gesundheitsgefahren, etwa im Zusammenhang mit Bauarbeiten, aufgeklärt werden. Das gehört für uns zum Standard von Verbraucher- und Gesundheitsschutz. Damit die Gefahren aus Asbestfasern in Wohnungen verschwinden, braucht Berlin eine Strategie und einen Sanierungsfahrplan.

Begründung

Das Thema betrifft u.U. mehr als 100.000 Haushalte und hat insofern eine erhebliche gesellschaftliche Relevanz. In der aktuellen Legislatur haben wir durch Anfragen und Anträge das Thema auf die AGENDA gebracht und auch die Öffentlichkeit erreicht. GEWOBA und DEGEWO haben inzwischen in ihren Planungen Sanierungsmittel eingestellt. Trotzdem passiert zu wenig. Mit den privaten VermieterInnen bzw. deren Verbänden weigert sich der Senat beharrlich, überhaupt zu sprechen.

P6-006 Projekt 6: Immobilienspekulationen bremsen: gestaffelte Grunderwerbsteuer einführen

Antragsteller*in: Eckhard Lüth (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu P6

Von Zeile 5 bis 14:

Staffelung der Höhe der Grunderwerbsteuer, die beim Kauf von Wohnungen und Grundstücken anfällt. ~~Wir wollen diese Steuer gemäß dem Zweck des Erwerbs unterschiedlich ausgestalten. Wenn es um den Einzelerwerb weniger Wohnungen oder Häuser geht, bleibt es bei der derzeit gültigen Höhe von sechs Prozent des Kaufpreises. Auch für Gesellschaften mit öffentlichen Zwecken, insbesondere für kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Akteur*innen, bleibt es bei diesem Steuersatz. Bei primär gewinnorientierten Käufen größerer Grundstücke, Immobilien und Wohnungsbestände etwa durch Großinvestoren und Fondsgesellschaften dagegen wollen wir künftig einen abhängig vom Immobilienwert gestaffelten Steuersatz über sechs Prozent erheben.~~ Wir sprechen uns für eine nach Kaufpreis gestaffelte Grunderwerbssteuer aus, die den Erwerb von Eigentum durch breitere Schichten fördert und es insbesondere kommunalen Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Akteur*innen ermöglicht, billigeren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Nach dem Modell würde die Grunderwerbssteuer pro Wohneinheit nach Tranchen fällig: Absenkung für die erste Tranche bis 150.000 € des Kaufpreises dann für die nächste Tranche in gleicher Höhe den bisherige Satz von 6% und für den Betrag ab 300.000 € einen erhöhten Satz. Primär gewinnorientierten Käufe größerer Grundstücke, Immobilien und Wohnungsbestände etwa durch Großinvestoren und Fondsgesellschaften im hochpreisigen oder Luxus-Segment würden mit einem nach Immobilienwert gestaffelten Steuersatz im Sinne eines sozialen Ausgleichs stärker zur Kasse gebeten. Damit bremsen wir Immobilienspekulationen und stärken die nicht-profitorientierte Wohnungswirtschaft, da Fonds

Begründung

Der jetzige Antragstext zielt ziemlich pauschal auf die Spekulation und Großinvestoren ab. Eigentlich geht es aber darum, billigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, egal wer ihn erstellt. Zudem ist die Förderung von Eigentum für breitere Schichten dringend anzuraten, um Armutsfallen im Alter zu entgehen. Der aktuelle in Berlin besonders hohe Grunderwerbssteuersatz entspricht bei einem Normalverdienerhaushalt 10 bis 15 Jahre Wohnriesterförderung.... Eine Staffelung der Grunderwerbssteuer nach Tranchen entlastet somit die Richtigen, während die, die es sich leisten können, mehr belastet werden. Gerade viele Wohnungen im gemeinnützigen Wohnungsbau würden bei der Erstellung von dieser Staffellösung profitieren.

P6-006-2 Projekt 6: Immobilienspekulationen bremsen: gestaffelte Grunderwerbsteuer einführen

Antragsteller*in: KV Steglitz-Zehlendorf

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu P6

Von Zeile 5 bis 9:

Staffelung der Höhe der Grunderwerbsteuer, die beim Kauf von Wohnungen und Grundstücken anfällt. ~~Wir wollen diese Steuer gemäß dem Zweck des Erwerbs unterschiedlich ausgestalten. Wenn es um den Einzelerwerb weniger Wohnungen oder Häuser geht, bleibt es bei der derzeit gültigen Höhe von sechs Prozent des Kaufpreises.~~ Wir wollen eine nach Kaufpreis pro Wohneinheit gestaffelte Grunderwerbssteuer, die den Erwerb von Eigentum durch breitere Schichten fördert und es insbesondere kommunalen Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Akteur*innen ermöglicht, billigeren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Auch für Gesellschaften mit öffentlichen Zwecken, insbesondere für kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere

Begründung

Der jetzige Antragstext zielt ziemlich pauschal auf die Spekulation und Großinvestoren ab. Eigentlich geht es aber darum, billigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, egal wer ihn erstellt. Zudem ist die Förderung von Eigentum für breitere Schichten dringend anzuraten, um Armutsfallen im Alter zu entgehen. Der aktuelle in Berlin besonders hohe Grunderwerbssteuersatz entspricht bei einem Normalverdienerhaushalt 10 bis 15 Jahre Wohnriesterförderung. Linke Tasche, rechte Tasche. Eine Staffelung der Grunderwerbssteuer nach Tranchen entlastet somit die Richtigen, während die, die es sich leisten können, mehr belastet werden. Gerade viele Wohnungen im gemeinnützigen Wohnungsbau würden bei der Erstellung von dieser Lösung profitieren. Zudem macht es wenig Sinn, wenn der Staat für den sozialen Wohnungsbau erst nicht dem Marktwert entsprechende Grundstücke zur Verfügung stellt, um dann eine hohe Grunderwerbssteuer für die dort erstellten Wohnungen zu erheben.

P7-005 Projekt 7: Energetische Sanierung sozial: Förderprogramm Heizkostenbremse

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu P7

Von Zeile 4 bis 9:

energetische Sanierung, von der Mieter*innen rasch profitieren und die nicht zu sozialer Verdrängung führt. ~~Unser~~Daher haben für uns Maßnahmen Priorität, die mit zumindest annähernder Warmmietenneutralität hohen ökologischen Nutzen haben. Mit unserem „Förderprogramm Heizkostenbremse“ ~~fördert~~fördern wir deshalb die Energiesparmaßnahmen, die sich schnell bezahlt machen, zum Beispiel das Abwracken der Ölheizung, wenn gleichzeitig die Heizungsanlage effizient eingestellt wird (hydraulischer Abgleich). ~~Eine wirklich warmmietenneutrale Sanierung wollen wir besser belohnen.~~ Unser Programm verbindet Klimaschutzmittel des Bundes mit einer vergünstigten Finanzierung durch

Begründung

Präzisierung welche Maßnahmen für uns Priorität haben und die wir mit unserem Förderprogramm erreichen wollen.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln)

P7-007 Projekt 7: Energetische Sanierung sozial: Förderprogramm Heizkostenbremse

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu P7

Von Zeile 6 bis 9 löschen:

Energiesparmaßnahmen, die sich schnell bezahlt machen, zum Beispiel das Abwracken der Ölheizung; ~~wenn gleichzeitig die Heizungsanlage effizient eingestellt wird (hydraulischer Abgleich).~~

~~[Leerzeichen]~~ Eine wirklich warmmietenneutrale Sanierung wollen wir besser belohnen. Unser Programm verbindet Klimaschutzmittel des Bundes mit einer vergünstigten Finanzierung durch

Begründung

Streichung eines technischen Details, keine inhaltliche Forderung.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln)

P8-008 Projekt 8: Verantwortlich mit Geld umgehen statt verschwenden: Grüne
Investitionsoffensive

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu P8

Von Zeile 7 bis 11 löschen:

zu 300.000 Menschen schaffen. Das Klimastadtwerk bekommt genug Eigenkapital, um Verwaltungs- und Wohngebäude mit Blockheizkraftwerken und Solaranlagen auszustatten. ~~Die im Landeshaushalt verstreuten Mittel für Elektromobilität bündeln wir, um die Attraktivität von BVG, S-Bahn und Radverkehr deutlich zu erhöhen.~~ Wir tun deutlich mehr für den Radverkehr und beginnen damit, die gefährlichsten Kreuzungen umzugestalten. Das Radwegenetz bauen wir aus

Begründung

Streichung, weil unverständlich.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P8-009 Projekt 8: Verantwortlich mit Geld umgehen statt verschwenden: Grüne
Investitionsoffensive

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Änderungsantrag zu P8

Von Zeile 8 bis 11:

und Wohngebäude mit Blockheizkraftwerken und Solaranlagen auszustatten. Die im Landeshaushalt verstreuten Mittel für Elektromobilität bündeln wir, ~~um~~ und schliessen Hybridfahrzeuge aus der Förderung aus. Wir werden die Attraktivität von BVG, S-Bahn und Radverkehr deutlich ~~zu~~ erhöhen. Wir tun deutlich mehr für den Radverkehr und beginnen damit, die gefährlichsten Kreuzungen umzugestalten. Das Radwegenetz bauen wir aus

Begründung

erfolgt mündlich

P10-001 Projekt 10: Damit sich Leistung wieder lohnt: In die Bezirke investieren

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu P10

In Zeile 1:

Damit ~~sich Leistung~~Berlin wieder ~~lohnt~~funktioniert: In die Bezirke investieren

Begründung

Die alte Überschrift hat keinen Bezug zum Absatz. Klarstellung, was gemeint ist und wie wichtig funktionierende Bezirksverwaltungen für Berlin sind.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln)

P10-004 Projekt 10: Damit sich Leistung wieder lohnt: In die Bezirke investieren

Antragsteller*in: Thomas Birk (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu P10

Von Zeile 3 bis 6 einfügen:

quietscht“ mangelt es an allen Ecken, Personal und Finanzmittel fehlen. Das Ergebnis bekommen die Berliner*innen zu spüren: monatelange Terminalsuche in den Bürgerämtern und, marode Schulgebäude und veraltete Informationstechnik. Dafür ist auch das komplexe und intransparente Finanzierungssystem für die Bezirke verantwortlich. Dieses System setzt die Bezirke einem ruinösen Wettbewerb

Begründung

Die Erneuerung der Informationstechnik und die Einführung der elektronischen Aktenführung wird eine der ganz großen investiven Herausforderungen der kommenden Legislaturperiode. Dies wird zwar auch anderen Stellen des Programms und in anderen Projekten deutlich, sollte aber gerade hier bei den Bezirken auf eine Stufe mit den fehlenden Investitionen in Gebäude erwähnt werden.

P11-005 Projekt 11: Für motivierte Mitarbeiter*innen und zufriedene Kund*innen: Verwaltung fit machen

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P11

Von Zeile 1 bis 6:

Berlins Verwaltung ist in vielen Bereichen am Limit. Das zeigt nicht zuletzt der hohe Krankenstand. Kein Wunder, wenn der Senat Stellen streicht trotz wachsender Bevölkerung und die Personalführung bremst statt motiviert und Potentiale nicht nutzt. Wir wollen den öffentlichen Dienst attraktiver,

~~Berlins Verwaltung ist in vielen Bereichen am Limit. Das zeigt nicht zuletzt der hohe Krankenstand. Kein Wunder, wenn der Senat Stellen streicht trotz wachsender Bevölkerung und die Personalführung bremst statt motiviert und Potentiale nicht nutzt. Wir wollen den öffentlichen Dienst attraktiver und leistungsfähiger machen.~~mehrsprachiger und leistungsfähiger machen. Davon profitieren die Mitarbeiter*innen ebenso wie die Bürger*innen der Stadt. Den öffentlichen Dienst machen wir

Begründung

Weil Berlin eine mehrsprachige Stadt ist.

Unterstützer*innen

Frank Strobel, Deniz Yildirim, Kadir Sahin, (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol, Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Sadullah Abdullah, Urban Aykal, Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); ilian Seffer, Jonas Boysen Ingrid Ochse, Bernhard Kern, Gökhan Akgün, Bertrand Njoume (KV Mitte)

P11-016 Projekt 11: Für motivierte Mitarbeiter*innen und zufriedene Kund*innen: Verwaltung fit machen

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu P11

Von Zeile 15 bis 19 löschen:

Musterausschreibungen für identische Aufgabenbereiche ein, die nach einer Musterzustimmung durch den Hauptpersonalrat keine Einzelzustimmung mehr benötigen. ~~Stellenbesetzungen mit Befristungen von bis zu 24 Monaten sollen mit deutlich eingeschränkten Anforderungen an die Auswahl- und Beteiligungsrechte ermöglicht werden. Das geht nur, wenn gleichzeitig klar ist, dass flexible Personalmittel kein Ersatz für notwendige Planstellen sind.~~

Begründung

Es wird nicht klar wie Arbeitnehmer*innen-Rechte beschnitten werden sollen und wird uns im Wahlkampf nur Probleme machen...

P12-011 Projekt 12: Schneller, transparenter und serviceorientiert: Digitale Verwaltung vorantreiben

Antragsteller*in: Thomas Birk (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu P12

Von Zeile 10 bis 13:

Information-Officer), der mit einem starken Lenkungsgremium die Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken steuert. ~~Als Grundlage verabschieden wir ein Berliner E-Government-Gesetz, das klare Regeln für die IT-Kompetenzen enthält.~~ Dazu wollen wir klare Regeln für die IT-Kompetenzen im Berliner E-Government-Gesetz verankern. Die Mitarbeiter*innen der Verwaltung wollen wir mit ihren Erfahrungen und Ideen bei der IT-Planung beteiligen. Ihnen

Begründung

Die Änderung wird notwendig, da sich abzeichnet, dass noch vor der Wahl ein Berliner E-Government-Gesetz verabschiedet wird, möglicherweise werden wir es aber in der nächsten Legislaturperiode diesbezüglich nachbessern müssen.

P13-002 Projekt 13: Gemeinsam gegen Armut

Antragsteller*in: lag ges-soz

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu P13

Von Zeile 2 bis 3:

Mehr als ~~700~~750.000 Menschen ~~leben~~ in Berlin ~~unterhalb der Armutsrisikogrenze~~beziehen Sozialleistungen, über 250.000 sind prekär - also unestet- beschäftigt. Sie treffen die steigenden Kosten für Wohnraum, Nahverkehr und Freizeitangebote besonders hart. Sie

Begründung

die Zahl ist korrigiert, auch die prekär Beschäftigten gehören ins Bild der von Armut Bedrohten und sollen sich hier wiederfinden können,;ich habe zugunsten der beiden Zahlen den Begriff "Armutsrisikogrenze" rausgenommen, weil über dessen Definition an den Ständen ziemlich (auch ratlos) gestritten würde

P13-006 Projekt 13: Gemeinsam gegen Armut

Antragsteller*in: Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu P13

Von Zeile 5 bis 7 einfügen:

ihnen vorbei. Besonders schlimm ist die hohe Kinderarmut in Berlin. Jedes vierte Kind wächst in Berlin unterhalb der Armutsgrenze auf, oft verbunden mit geringeren Bildungschancen, [höheren Gesundheitsrisiken und schlechterer gesellschaftlicher Teilhabe](#). Immer öfter melden sich sogar wohnungslose Familien mit Kindern bei der Wohnungslosenhilfe.

Von Zeile 9 bis 11 einfügen:

aller Behörden und Ressorts werden. Uns ist dabei die Prävention von Armut besonders wichtig. [Deshalb machen wir uns für eine Kindergrundsicherung stark](#). Gegen Kinderarmut schlagen wir [in Berlin](#) ein Netzwerk vor, in dem Behörden mit Jobcentern und Freien Trägern zusammenarbeiten, um arme oder von Armut bedrohte Familien frühzeitig und

Begründung

Kinderarmut zieht nicht nur geringere und schwierigere Bildungsperspektiven nach sich, sondern steht auch in einem fatalen Zusammenhang mit Nachteilen bei Gesundheit und Teilhabe. Es ist uns gemeinsames Ziel, diese Kinder aus der Armut zu holen. Hier entfaltet eine Kindergrundsicherung in einer gerechteren Familienförderung ihre Wirkung.

Unterstützer*innen

Michael Ruben Bandt (AG Kinder, Jugend und Familie); Marianne Burkert-Eulitz (AG Kinder, Jugend und Familie); Simon Ebner (AG Kinder, Jugend und Familie); Armin Emrich (AG Kinder, Jugend und Familie); Malte Jansen (AG Kinder, Jugend und Familie); Bernd Schwarz (AG Kinder, Jugend und Familie); Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie); Dr. Christiane Fry (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Hinrich Westerkamp (KV Reinickendorf)

P13-008 Projekt 13: Gemeinsam gegen Armut

Antragsteller*in: lag ges-soz

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu P13

Von Zeile 7 bis 9 löschen:

Immer öfter melden sich sogar wohnungslose Familien mit Kindern bei der Wohnungslosenhilfe. Wir nehmen das nicht ~~länger~~ hin. Der Kampf gegen Armut muss endlich zur gemeinsamen Aufgabe aller Behörden und Ressorts werden. Uns ist dabei die Prävention von Armut besonders

Begründung

~~länger~~ ist zu streichen, wir haben das noch nie hingenommen - oder?

P13-018 Projekt 13: Gemeinsam gegen Armut

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu P13

Nach Zeile 18 einfügen:

Dazu gehört auch ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor. Nach Vorbild von Baden-Württemberg und NRW wollen wir ein entsprechendes Pilotprojekt aus Landesmitteln finanzieren. Mittelfristig setzen wir uns für gesetzliche Änderungen auf Bundesebene ein, um die "passiven" ALG-II-Mittel für eine „aktive“ Arbeitsmarktpolitik nutzen zu können.

P14-001 Projekt 14: Weil alle ein Recht auf die eigenen vier Wände haben: Wohnungslosigkeit verhindern

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P14

In Zeile 1 einfügen:

Weil alle ein Recht auf die eigenen vier Wände haben: Wohnungslosigkeit verhindern und bekämpfen

Unterstützer*innen

Michael Haberkorn (LAG Gesundheit und Soziales); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P14-002 Projekt 14: Weil alle ein Recht auf die eigenen vier Wände haben: Wohnungslosigkeit verhindern

Antragsteller*in: lag ges-soz

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu P14

Von Zeile 2 bis 3:

Bis zu 15.000 Menschen sind in Berlin wohnungslos – Tendenz steigend. ~~Damit~~Tausende leben auf der Straße- im Sommer weit mehr noch als im Winter. Dieser Trend muss rückläufig werden! (1)~~Damit~~ nicht noch mehr Menschen ihre Wohnung verlieren, sorgen wir dafür, dass die Kosten für Unterkunft und

Von Zeile 10 bis 12:

Wohnungslosenhilfe brauchen mehr sozialpädagogische Fachberatung, auch damit die Vermittlung von weiteren Hilfsangeboten wie z.B. der Suchthilfe ~~funktioniert~~und der psychiatrischen Beratung (2)funktioniert. DringendDas ambulante Beratungs- und Betreuungsangebot für auf der Straße lebende, obdachlose- Menschen ist auszubauen. (3)~~Dringend~~ erforderlich sind außerdem spezielle Angebote in der Wohnungslosenhilfe für Frauen und Familien mit Kindern.

Begründung

(1) die sind in vielen Stadtteilen nicht zu übersehen und müssen erwähnt werden (2)die Zahl der psychisch kranken Wohnungslosen ist enorm hoch, ohne das ausreichend Fachpersonal bewilligt wird

(3)hier herrscht eklatanter Nachholbedarf ALLES IN ETLICHEN SITZUNGEN MIT DEN EINSCHLÄGIGEN TRÄGERN ERARBEITET

P14-002-2 Projekt 14: Weil alle ein Recht auf die eigenen vier Wände haben:
Wohnungslosigkeit verhindern

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P14

Von Zeile 1 bis 3:

Bis zu 15.000 Menschen sind in Berlin wohnungslos – Tendenz steigend.

Deshalb wollen wir die Wohnungslosenhilfe massiv ausbauen, eine Wohnungslosenstatistik einführen und die Leitlinien der Berliner Wohnungslosenhilfe schnellstmöglich überarbeiten sowie stadtwweit verankern.

~~Bis zu 15.000 Menschen sind in Berlin wohnungslos – Tendenz steigend.~~ Damit nicht noch mehr Menschen ihre Wohnung verlieren, sorgen wir dafür, dass die Kosten für Unterkunft und

Unterstützer*innen

Michael Haberkorn (LAG Gesundheit und Soziales); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P14-005 Projekt 14: Weil alle ein Recht auf die eigenen vier Wände haben: Wohnungslosigkeit verhindern

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P14

Von Zeile 1 bis 6:

Bis zu 15.000 Menschen sind in Berlin wohnungslos – Tendenz steigend. Damit nicht noch mehr Menschen ihre Wohnung verlieren, sorgen wir dafür, dass die Kosten für Unterkunft und Heizung bei Transferleistungsbezieher*innen künftig in ihrer tatsächlichen Höhe übernommen werden.

Bis zu einer Neuregelung sollen auch Kosten oberhalb der momentanen Richtwerte übernommen werden.

~~Bis zu 15.000 Menschen sind in Berlin wohnungslos – Tendenz steigend. Damit nicht noch mehr Menschen ihre Wohnung verlieren, sorgen wir dafür, dass die Kosten für Unterkunft und Heizung bei Transferleistungsbezieher*innen künftig in ihrer tatsächlichen Höhe übernommen werden.~~

Mieter*innen, die von Räumung bedroht sind, brauchen aufsuchende Hilfe und frühzeitige Beratung durch soziale Träger und Sozialämter. Die landeseigenen

Unterstützer*innen

Michael Haberkorn (LAG Gesundheit und Soziales); Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P14-012 Projekt 14: Weil alle ein Recht auf die eigenen vier Wände haben: Wohnungslosigkeit verhindern

Antragsteller*in: lag ges-soz

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu P14

Von Zeile 11 bis 19:

von weiteren Hilfsangeboten wie z.B. der Suchthilfe funktioniert. Dringend erforderlich sind außerdem spezielle Angebote in der Wohnungslosenhilfe für Frauen und Familien mit Kindern. ~~Um mehr Möglichkeiten für vorübergehende Unterbringung zu schaffen, wollen wir mit den Trägern aus der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Stadtteilunterkünfte für Geflüchtete und andere Gruppen mit erschwertem Zugang zu eigenem Wohnraum errichten. Damit die Wohlfahrtsverbände investieren, bieten wir ihnen eine mehrjährige Belegungsgarantie an. Ziel bleibt der Umzug in die eigene Wohnung. Die Unterkünfte sollen über die Stadt verteilt entstehen und an die etablierten Stadtteilzentren angebunden sein, um einen guten Kontakt zu den Anwohner*innen und Initiativen vor Ort herzustellen.~~

Der Katalog präventiver Maßnahmen muss vor allem das Frühwarnsystem stärken. Ausgebaut und personell verstärkt werden müssen: die Schuldnerberatungsstellen, die Schnittstellen zwischen den Jobcentern und Fachstellen und anderen Gesundheits- und Sozialdiensten der Bezirksamter, die aufsuchenden Hilfe durch die bez. Fachstellen bzw. beauftragte Dritte. Dadurch können in erheblichem Umfang Zwangsräumungen und Mehrkosten für das Land verhindert werden.

Begründung

der gestrichene Abschnitt bezieht sich fachlich und sachlich mehr auf die Unterbringung von Flüchtlingen. Er sollte dort auch untergebracht werden; Stadtteilkonzepte mit der Wohlfahrt gibt es für die Wohnungslosenhilfe auch garnicht.

Anstatt dessen hab ich das Angebotskonzept vervollständigt, das zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit von hoher Bedeutung ist.

P15-001 Projekt 15: Für gute Arbeit im öffentlichen Auftrag: Mindesthonorare und mehr unbefristete Stellen

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu P15

In Zeile 1 löschen:

Für gute Arbeit im öffentlichen Auftrag: ~~Mindesthonorare und mehr unbefristete Stellen~~

Unterstützer*innen

Almut Rieger (KV Marzahn-Hellersdorf); Inka Seidel (KV Marzahn-Hellersdorf)

P15-008 Projekt 15: Für gute Arbeit im öffentlichen Auftrag: Mindesthonorare und mehr unbefristete Stellen

Antragsteller*in: Henry Arnold, Sabine Bangert, Uta Belkuis, Notker Schweikhardt, Antonia Simon, LAG Kultur (LAG Kultur)

Änderungsantrag zu P15

Von Zeile 7 bis 10:

praktisch im Niedriglohnsektor. Sehr oft handelt es sich dabei um prekäre Arbeit im öffentlichen Auftrag. Das wollen wir nicht länger hinnehmen und führen deshalb ~~ein Mindesthonorar ein — eine Art Mindestlohn für die freie Kunst- und Kreativszene~~ angemessene Mindesthonorare ein. Hochschulen, Unis und Forschungseinrichtungen gehören zu Berlins größten Arbeitgeber*innen.

Von Zeile 17 bis 19:

Honorarkräfte sollen Tarifverträge erhalten, die den Tarifverträgen für feste freie Mitarbeiter*innen in den Rundfunkanstalten entsprechen ~~—~~. Wir wollen an den Musikschulen und Volkshochschulen mehr Lehrkräfte fest anstellen, damit ~~auch~~ die Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen vor Ort weiterhin ein bedarfsgerechtes, attraktives Angebot und

Begründung

folgt mündlich

P15-009 Projekt 15: Für gute Arbeit im öffentlichen Auftrag: Mindesthonorare und mehr unbefristete Stellen

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P15

Von Zeile 8 bis 14 löschen:

öffentlichen Auftrag. Das wollen wir nicht länger hinnehmen und führen deshalb ein Mindesthonorar ein – eine Art Mindestlohn für die freie Kunst- und Kreativszene. ~~Hochschulen, Unis und Forschungseinrichtungen gehören zu Berlins größten Arbeitgeber*innen. Schlechte Bezahlung und unsichere Arbeitsverhältnisse ohne Sozialversicherung sind hier besonders beim wissenschaftlichen Nachwuchs die Regel. Wir schaffen mehr unbefristete Stellen in Forschung und Lehre, nicht nur für Professor*innen.~~ In den Bezirken wird der Betrieb in den Musik- und Volkshochschulen hauptsächlich durch Honorarkräfte

Von Zeile 19 bis 20 einfügen:

Weiterbildungseinrichtungen vor Ort weiterhin ein bedarfsgerechtes, attraktives Angebot und zukunftsfähige Arbeitsplätze bieten. Hochschulen, Unis und Forschungseinrichtungen gehören zu Berlins größten Arbeitgeber*innen. Schlechte Bezahlung und unsichere Arbeitsverhältnisse ohne Sozialversicherung sind hier besonders beim wissenschaftlichen Nachwuchs die Regel. Wir schaffen mehr unbefristete Stellen in Forschung und Lehre, nicht nur für Professor*innen.

Begründung

Verschiebung der letzten vier Sätze vor den Abschnitt der den Wissenschaftsbereich betrifft. Diese Reihenfolge erscheint logischer: Kultur - Musik- und Volkshochschulen - Wissenschaft.

P15-010 Projekt 15: Für gute Arbeit im öffentlichen Auftrag: Mindesthonorare und mehr unbefristete Stellen

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P15

Von Zeile 9 bis 11 löschen:

Mindesthonorar ein – eine Art Mindestlohn für die freie Kunst- und Kreativszene. Hochschulen, ~~Unis~~ und Forschungseinrichtungen gehören zu Berlins größten Arbeitgeber*innen. Schlechte Bezahlung und unsichere Arbeitsverhältnisse ohne Sozialversicherung sind hier

Begründung

Universität sind auch Hochschulen!

P15-010-2 Projekt 15: Für gute Arbeit im öffentlichen Auftrag: Mindesthonorare und mehr unbefristete Stellen

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P15

Von Zeile 10 bis 20:

Hochschulen, Unis und Forschungseinrichtungen gehören zu Berlins größten Arbeitgeber*innen. ~~Schlechte Bezahlung und unsichere Arbeitsverhältnisse ohne Sozialversicherung sind hier besonders beim wissenschaftlichen Nachwuchs die Regel. Wir schaffen mehr unbefristete Stellen in Forschung und Lehre, nicht nur für Professor*innen. In den Bezirken wird der Betrieb in den Musik- und Volkshochschulen hauptsächlich durch Honorarkräfte aufrechterhalten. Im Vergleich zu den Festangestellten ist ihr Verdienst gering, für Krankheit und Alter kann keine Vorsorge getroffen werden. Das wollen wir ändern. Die Honorarkräfte sollen Tarifverträge erhalten, die den Tarifverträgen für feste freie Mitarbeiter*innen in den Rundfunkanstalten entsprechen – damit auch die Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen vor Ort weiterhin ein bedarfsgerechtes, attraktives Angebot und zukunftsfähige Arbeitsplätze bieten.~~ Befristete Arbeitsverhältnisse und unfreiwillige Teilzeit sind hier besonders bei wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen die Regel. Wir wollen mehr unbefristete Stellen in Forschung und Lehre schaffen, auch außerhalb von Professuren.

Damit wollen wir auch die prekäre Situation von Lehrbeauftragten bekämpfen. Die Lehre ist als Daueraufgabe an den Hochschulen anzuerkennen und darf damit nicht unter den Bedingungen der schlechten Bezahlung sowie mangelnder sozialer Absicherung ausgelagert werden. Die Tätigkeit von Lehrbeauftragten ist wieder auf ihren ursprünglichen Ansatz zu begrenzen – das Einbringen von Erfahrungen aus der beruflichen Praxis

In den Bezirken wird der Betrieb in den Musik- und Volkshochschulen hauptsächlich durch Honorarkräfte aufrechterhalten. Im Vergleich zu den Festangestellten ist ihr Verdienst gering, für Krankheit und Alter kann keine Vorsorge getroffen werden. Das wollen wir ändern. Die Honorarkräfte sollen Tarifverträge erhalten, die den Tarifverträgen für feste freie Mitarbeiter*innen in den Rundfunkanstalten entsprechen – damit auch die Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen vor Ort weiterhin ein bedarfsgerechtes, attraktives Angebot und zukunftsfähige Arbeitsplätze bieten.

Begründung

Problematische Arbeitsverhältnisse gibt es im Wissenschaftsbereich in zweierlei Hinsicht: Kürzeste Befristungen vor allem im Drittmittelbereich und Teilzeitstellen bis zu 1/4-Stellen bei erwarteter voller Arbeit (oder Promotion) bei formal guter Bezahlung. Damit beschäftigt sich der erste Abschnitt, siehe auch Projekt 32. Mit der zweiten Problemlage, der Ausweitung der Institution der Lehrbeauftragten zu einem akademischen Prekariat ohne jegliche soziale Absicherung beschäftigt sich der neue Einschub.

P15-016 Projekt 15: Für gute Arbeit im öffentlichen Auftrag: Mindesthonorare und mehr unbefristete Stellen

Antragsteller*in: Thomas Birk (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu P15

Von Zeile 15 bis 17:

aufrechterhalten. Im Vergleich zu den Festangestellten ist ihr Verdienst gering, für Krankheit und Alter kann keine Vorsorge getroffen werden. ~~Das~~Deswegen wollen wir ~~ändern~~ändernden Anteil der Festangestellten deutlich erhöhen. Die verbleibenden Honorarkräfte sollen Tarifverträge erhalten, die den Tarifverträgen für feste freie

Begründung

Honorarverträge für die Honorarkräfte allein lösen das Problem für Musikschullehrer*innen und VHS-Dozent*innen nicht. Es müssen auch endlich mehr feste Stellen geschaffen werden. VHS-Dozent*innen leisten über Jahrzehnte mit Integrationskursen und Deutsch als Zweitsprache wichtige Bildungs- und Integrationsleistungen. Der Bund vergütet dies den Ländern leider bisher nur auf Honorarbasis. Dazu muss Berlin mit den anderen Ländern mit dem Bund in Verhandlungen treten, damit die Länder die Kosten für feste Stellen erstattet bekommen, den es handelt sich hier um eine dauerhafte Aufgabe.

In den Musikschulen kämpfen die Honorarkräfte, die trotz Hochschulausbildung nur halb soviel brutto verdienen, wie ihre Kolleg*innen an den allgemeinbildenden Schulen, für Festanstellungen. Bisher liegt der Anteil der Honorarkräfte bei rund 95 Prozent. SPD und CDU versprechen ihnen nun einen Anteil von 20 Prozent Festanstellungen. Wir sehen dies als ersten Schritt in die richtige Richtung. Deswegen sollte bei uns eine ähnliche Forderung enthalten sein, aber ohne Festlegung auf eine Prozentzahl, denn ich erhoffe mir da mehr. Wenn wir 20 Prozent reinschreiben, wird ein Koalitionspartner uns nicht mehr zugestehen,

P16-002 Projekt 16: Für eine Willkommenskultur von Anfang an: Grünes Landesamt für Migration und Flucht

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu P16

Von Zeile 2 bis 6:

Wir schaffen eine ~~Willkommensbehörde~~Einwanderungsbehörde, die Berlin als Einwanderungsstadt für die Zukunft gut aufstellt. Dafür bündeln wir alle nötigen Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom Aufenthaltsrecht über die Versorgung und Unterbringung bis zur Integration – in einem neuen Landesamt für Migration und Flucht, das der Integrationsverwaltung unterstellt wird. Ausländerrechtliche Entscheidungen sollen damit integrationspolitisch verantwortet werden. Die Pläne des Senats für ein Landesamt sind viel zu klein gedacht. Mit dem grünen Landesamt gewährleisten wir, dass ausländerrechtliche

Begründung

Hier ist die Unterordnung der angestrebten Einwanderungsbehörde unter die Integrationsverwaltung völlig unter den Tisch gefallen (in der vorläufigen Fassung war das noch klar). Das entspricht nicht der bisherigen Beschlusslage. Im Hinblick auf mögliche KoA-Verhandlungen ist hier eine klare Positionierung wichtig, denn wir werden in der Stadt von den fachkundigen Akteur*innen seit Jahren mit dieser Forderung verbunden.

P16-009 Projekt 16: Für eine Willkommenskultur von Anfang an: Grünes Landesamt für Migration und Flucht

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND BERLIN

Beschlussdatum: 10.04.2016

Änderungsantrag zu P16

Von Zeile 8 bis 10 einfügen:

Spielräume zugunsten der Betroffenen genutzt werden. Die Ausländerbehörde soll nicht länger ein Angstraum für Menschen sein, die hier vorsprechen, sondern kundenfreundlich beraten. Schutzbedürftige wie Schwangere, Alleinerziehende mit Kindern, alleinreisende Frauen, Menschen mit Behinderungen, LGBTTI Menschen und alleinreisende minderjährige sollen Zugang zu sicheren Warteräumen erhalten und bei der Wartezeit bevorzugt werden. Das Personal soll für solche Sonderfälle in der Schulung sensibilisiert werden. Wer wegen ausländerrechtlicher Vorgänge dorthin kommt, bekommt künftig auch Beratung, Hilfen bei

Begründung

Es steht in unserer Verantwortung, schutzbedürftigen Menschen zu helfen und auf deren besonderen Bedürfnisse einzugehen. Laut dem LaGeSo Personal gibt es sichere Warteräume, doch die Realität sieht ganz anders aus. Zur Zeit sind die "sicheren Warteräume" am LaGeSo im 4. Stock des Hauptgebäudes und können erst nach Vollendung der Wartezeit in den Zelten betreten werden. Es darf nicht nur in den Händen der Ehrenamtlichen bleiben, diesen Menschen zu Helfen. Es muss sichere Warteräume geben die für die Menschen sofort zugänglich sind. Auch müssen schutzbedürftige Menschen bei der Länge der Wartezeit bevorzugt werden, um Probleme und Stress zu vermeiden.

P17-001 Projekt 17: Ankommen in einem neuen Zuhause: Wohnen für Geflüchtete

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P17

In Zeile 1:

Ankommen in einem neuen Zuhause: ~~Wohnen~~Unterkünfte für ~~Geflüchtete~~die erste Unterbringung von Geflüchteten

Begründung

Diese Begründung gilt für alle Änderungsvorschläge für das Projekt:

Im bisherigen Entwurf gibt es große Überschneidungen zwischen Projekt 17 und Projekt 63, die im Kontext der zugehörigen Kapitel des Wahlprogramms nicht nachvollziehbar sind und den Eindruck einer gewissen Unschlüssigkeit hinterlassen. Um aus der bisherigen Schwäche eine Stärke zu machen schlagen wir vor, die Projekte 17 und 63 konkret auf die beiden entscheidenden Fragen zuzuspitzen, die sich im Zusammenhang der verstärkten Zuwanderung und der Aufnahme von Geflüchteten aus Kriegsgebieten stellen: Wie organisieren wir die erste Unterbringung, wenn die Menschen zu uns kommen (Projekt 17)? Wie kommen wir zu mehr bezahlbarem Wohnraum, wenn Geflüchtete ebenso wie viele andere zu ganz normalen Wohnungssuchenden werden, mit teils vielleicht noch einem höheren Bedarf an flexiblen Lösungen (Projekt 63)?

Entsprechend schlagen wir vor, das Projekt auf die erste Unterbringung zuzuspitzen, die im Prinzip den Zeitraum der Ankunft und den Beginn des Asylverfahrens umfasst. Hier geht es aus unserer Sicht darum, vor allem bestehende und leer stehende Gebäude für temporäres Wohnen umzunutzen, und andererseits dort, wo es nötig ist, modulare Unterkünfte an kleineren und dezentralen Standorten zu errichten. Dies kann sehr gut im Holzbau geschehen, den wir als positives Bild verstehen. Auf die negative Abgrenzung zum Beton kann unseres Erachtens verzichtet werden.

Die innovativen Aspekte und das Hinterfragen planerischer Gewohnheiten halten wir bei der Aufgabe der Erstunterbringung für nicht entscheidend. Ganz anders ist das beim bezahlbaren Wohnraum, insoweit schlagen wir vor, diesen Teil im Interesse der Stringenz zu Projekt 63 zu verschieben.

P17-002 Projekt 17: Ankommen in einem neuen Zuhause: Wohnen für Geflüchtete

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P17

Von Zeile 2 bis 4:

Angesichts der desaströsen Bedingungen in vielen Erstaufnahmeeinrichtungen brauchen wir so rasch wie möglich bessere Unterkünfte für ~~Geflüchtete~~ die erste Unterbringung von Geflüchteten. Wir wollen keine seelenlosen Einweg-Bauten aus Beton, sondern setzen auf Holzfertighäuser. Diese Holzmodulbauten können

Begründung

es geht nicht um langfristige Unterbringung

siehe auch Begründung für ÄA Untertitel

P17-002-2 Projekt 17: Ankommen in einem neuen Zuhause: Wohnen für Geflüchtete

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P17

Von Zeile 2 bis 5:

Angesichts der desaströsen Bedingungen in vielen Erstaufnahmeeinrichtungen brauchen wir so rasch wie möglich bessere Unterkünfte für Geflüchtete. Wir wollen ~~keine seelenlosen Einweg-Bauten aus Beton, sondern eine neue Willkommenskultur!~~ Wir setzen dabei sowohl auf Holzfertighäuser den Neubau von Holzmodulbauten an kleineren, dezentralen Standorten, als auch auf die Umnutzung bestehender Gebäude. ~~Diese~~ Holzmodulbauten können nachträglich zu Wohnungen umgebaut, erweitert oder aufgestockt werden, sie sind schneller

Begründung

...negative Abgrenzung zum Beton kann u.E. verzichtet werden. Besser positiv: Willkommenskultur. kleinere, dezentrale Standorte sind schon bei den Erstunterkünften richtig und wichtig.

P17-004 Projekt 17: Ankommen in einem neuen Zuhause: Wohnen für Geflüchtete

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P17

Von Zeile 3 bis 8:

rasch wie möglich bessere Unterkünfte für Geflüchtete. Wir wollen keine seelenlosen Einweg-Bauten aus Beton, sondern setzen auf Holzfertighäuser. ~~Diese Holzmodulbauten können nachträglich zu Wohnungen umgebaut, erweitert oder aufgestockt werden, sie sind schneller und darüber hinaus kostengünstiger zu bauen. Holzhäuser sind außerdem ökologisch und nachhaltig und gut geeignet für dezentrale Unterkünfte überall in der Stadt.~~ Holzmodulbauten sind ökologisch, nachhaltig, schnell und darüber hinaus kostengünstig zu bauen. Außerdem schaffen wir die gesetzlichen Voraussetzungen dafür, dass auch in Berlin leerstehende

Begründung

Neue Änderung - bei der vorigen hatte ich vergessen einen Teil zu löschen!

P17-006 Projekt 17: Ankommen in einem neuen Zuhause: Wohnen für Geflüchtete

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P17

Von Zeile 5 bis 8:

nachträglich zu Wohnungen umgebaut, erweitert oder aufgestockt werden, sie sind schneller und darüber hinaus kostengünstiger zu bauen. ~~Holz Häuser sind außerdem ökologisch und nachhaltig und gut geeignet für dezentrale Unterkünfte überall in der Stadt.~~ sie sind ökologisch, nachhaltig, schnell und darüberhinaus kostengünstig zu bauen. Außerdem schaffen wir die gesetzlichen Voraussetzungen dafür, dass auch in Berlin leerstehende

Begründung

siehe Begründung zum ÄA Untertitel

P17-007 Projekt 17: Ankommen in einem neuen Zuhause: Wohnen für Geflüchtete

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P17

Von Zeile 6 bis 8:

und darüber hinaus kostengünstiger zu bauen. Holzhäuser sind außerdem ökologisch und nachhaltig und gut geeignet für dezentrale Unterkünfte überall in der Stadt. ~~Außerdem~~Außerdem Um die Umnutzung bestehender Gebäude zu erleichtern, schaffen wir die gesetzlichen Voraussetzungen dafür, dass auch in Berlin leerstehende

Begründung

siehe Begründung ÄÄ Untertitel

P17-011 Projekt 17: Ankommen in einem neuen Zuhause: Wohnen für Geflüchtete

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P17

Von Zeile 10 bis 16 löschen:

können. So schaffen wir es, die Turnhallen so rasch wie möglich wieder für den Sport zur Verfügung zu stellen. ~~Wir sehen die Unterbringung von Geflüchteten auch als Chance, um planerische Gewohnheiten zu hinterfragen und Innovationen zu fördern. Dazu zählen neue Wohnformen wie Sharing-Modelle und flexible Strukturen mit zuschaltbaren Flächen. Da diese Gebäude so flexibel sind, können sich auch die zukünftigen Bewohner*innen am Planungsprozess beteiligen.~~ Bis die neuen Gebäude stehen, müssen aber auch in Notunterkünften Mindeststandards gelten, wie insbesondere der Schutz vor jeder Form von Gewalt,

Begründung

gehört ins Projekt P63

siehe auch Begründung ÄA Untertitel

P17-018 Projekt 17: Ankommen in einem neuen Zuhause: Wohnen für Geflüchtete

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P17

Von Zeile 17 bis 19:

Rückzugsmöglichkeiten für schwangere und stillende Frauen, Spielflächen und Betreuungsangebote für Kinder sowie Sozial- und Konfliktberatung. ~~Familien~~Die Menschen sollen nicht länger als drei ~~bis höchstens sechs~~ Monate in Notunterkünften bleiben müssen.

Begründung

Die Dauer des Aufenthaltes in Notunterkünften sollte für alle Menschen so kurz wie möglich sein, sonst macht der Begriff keinen Sinn. Sechs Monate ist keine Notunterkunft mehr.

P17-019 Projekt 17: Ankommen in einem neuen Zuhause: Wohnen für Geflüchtete

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 10.04.2016

Änderungsantrag zu P17

Von Zeile 18 bis 19 einfügen:

Betreuungsangebote für Kinder sowie Sozial- und Konfliktberatung. Familien sollen nicht länger als drei bis höchstens sechs Monate in Notunterkünften bleiben müssen und schwangere Menschen, Menschen mit Behinderungen und LGBTTI Menschen sollen umgehend aus herkömmlichen Notunterkünften entfernt werden.

Begründung

Immer wieder sehen wir in den Nachrichten Berichte zu den Problemen die schutzbedürftige Menschen in herkömmlichen Notunterkünften erfahren müssen. Es ist unverantwortlich schwangere Menschen mit hundert anderen Menschen in unhygienischen Turnhallen leben zu lassen. Familien mit einem Familienmitglied mit einer Behinderung haben es äußerst schwer in diesen Notunterkünften zurecht zu kommen. Geflüchtete LGBTTI Menschen sind in Notunterkünften täglich psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt. Wir müssen den Schutz und die Gesundheit dieser Menschen gewährleisten.

P18-002 Projekt 18: So rasch wie möglich in den Schulen ankommen: Integration in Bildung

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P18

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

[deutschland hat die UN-Menschenrechtscharta ratifiziert: Bildung ist ein Menschenrecht. Deutschland ist in der Verantwortung, den Zugang zu Bildung diskriminierungsfrei zu ermöglichen - auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche](#)

„Wir sorgen dafür, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche so rasch wie möglich im Berliner

Begründung

Durch Bezugnahme auf die UN-Menschenrechtscharta wird die staatliche Verantwortung betont. Bildung ist also keine „Almosenspende“, sondern ein Menschenrecht und steht jedem Menschen zu.

Unterstützer*innen

Frank Strobel, Tobias Wolf, Deniz Yildirim, Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol, Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Sadullah Abdullah, Urban Aykal, Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Lilian Seffer, Jonas Boysen Ingrid Ochse, Bernhard Kern, Gökhan Akgün, Bertrand Njoume (KV Mitte); Stefanie Klank (KV Kreisfrei (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik)

P18-006 Projekt 18: So rasch wie möglich in den Schulen ankommen: Integration in Bildung

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P18

Von Zeile 5 bis 9:

machen. Wir errichten in allen Bezirken weitere Willkommensklassen. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die geflüchteten Kinder so rasch wie möglich ~~am gemeinsamen Regelunterricht teilnehmen. Solange ihre Sprachkenntnisse dafür noch nicht ausreichen, bieten sich gemeinsame Zeiten im Musik-, Kunst- und Sportunterricht sowie beim Mittagessen an.~~Zugang zum Schulalltag bekommen und am gemeinsamen Regelunterricht teilzunehmen. Besonders der Musik-, Kunst- und Sportunterricht sowie das Mittagessen und Lernzeiten sollen im Regelklassenverband stattfinden. Um gleichzeitig die Sprachförderung für die geflüchteten Kinder zu gewährleisten, werden Sprachfördergruppen in den Schulen eingerichtet, die während der Schulzeit stattfinden. Den Schulen ermöglichen wir gesetzlich, Plätze in den Regelklassen für geflüchtete Kinder

Begründung

Die erfolgreiche Inklusion von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in die Berliner Bildungsstätten kann nur durch tatsächliche und damit auch räumliche Inklusion stattfinden. Daher lehnen wir eine Separation der geflüchteten Kinder und Jugendlichen ab. Stattdessen fördern wir die direkte Inklusion in die Regelklassen, sodass die neuen Mitschüler*Innen auch als diese verstanden werden. Gleichzeitig muss weiterhin ein besonderes Maß an Sprachförderung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen stattfinden. Diese Förderangebote wollen wir in der Schulzeit ansiedeln, sodass der Großteil des Unterrichts im gemeinsamen Klassenverband stattfinden kann und dennoch weitergehende Sprachförderung stattfindet, ohne dass die geflüchteten Kinder und Jugendlichen dadurch separiert oder ausgeschlossen werden.

P18-011 Projekt 18: So rasch wie möglich in den Schulen ankommen: Integration in Bildung

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P18

Von Zeile 10 bis 18:

freizuhalten. Das geht nur mit einem ehrgeizigen Schulneubauprogramm, so wie wir es bereits vorgelegt haben. ~~Wir führen ein Bonusprogramm für Schulen mit Willkommensklassen ein. Dieses Budget kann z. B. für Lerntherapeut*innen mit dem Schwerpunkt Deutsch als Fremdsprache, Fortbildungsangebote für Lehrkräfte bei der Sprachförderung oder die Anschaffung zusätzlicher Sachmittel zur Förderung der Integration eingesetzt werden. In den Verträgen mit den Trägern von Unterkünften schreiben wir fest, dass es Sozialarbeiter*innen gibt, die die Eltern beim Kontakt zu Schulen, Schulaufsicht bzw. bezirklichen Koordinierungsstellen unterstützen und dafür sorgen, dass die Kinder so rasch wie möglich in den Schulen ankommen. Mit den Hochschulen vereinbaren wir, dass es auch Studienplätze für Geflüchtete gibt.~~

Wir wollen Schulen mit Willkommensklassen finanziell und personell stärken.

Dieses Budget kann z. B. für Lerntherapeut*innen mit dem Schwerpunkt Deutsch als Fremdsprache, Fortbildungsangebote für Lehrkräfte bei der Sprachförderung oder die Anschaffung zusätzlicher Sachmittel zur Förderung der Integration eingesetzt werden. In den Verträgen mit den Trägern von Unterkünften schreiben wir fest, dass es Sozialarbeiter*innen gibt, die die Eltern beim Kontakt zu Schulen, Schulaufsicht bzw. bezirklichen Koordinierungsstellen unterstützen und dafür sorgen, dass die Kinder so rasch wie möglich in den Schulen ankommen. Mit den Hochschulen vereinbaren wir, dass es auch Studienplätze für Geflüchtete gibt.

Begründung

Bisher waren Bonusprogramme nicht besonders erfolgreich. Ohne eine Evaluation der Bonusprogramme sollten weitere Investitionen in solche Programme nicht gefordert werden.

Unterstützer*innen

Frank Stobel, Deniz Yildirim, Kadir Sahin, (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); Vito Dabisch (LAG Bildung); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol, Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); adullah Abdullah, Urban Aykal, Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Lilian Seffer, Jonas Boysen Ingrid Ochse, Bernhard Kern, Gökhan Akgün, Bertrand Njome (KV Mitte); Stefanie Klank (KV Kreisfrei (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik)

P18-011-2 Projekt 18: So rasch wie möglich in den Schulen ankommen: Integration in Bildung

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu P18

Von Zeile 10 bis 12:

freizuhalten. Das geht nur mit einem ehrgeizigen Schulneubauprogramm, so wie wir es bereits vorgelegt haben. Wir führen ein ~~Bonusprogramm~~Förderprogramm für Schulen mit Willkommensklassen ein. Dieses Budget kann z. B. für Lerntherapeut*innen mit dem Schwerpunkt Deutsch als Fremdsprache,

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

P18-017 Projekt 18: So rasch wie möglich in den Schulen ankommen: Integration in Bildung

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P18

Von Zeile 16 bis 18 löschen:

die Eltern beim Kontakt zu Schulen, Schulaufsicht bzw. bezirklichen Koordinierungsstellen unterstützen und dafür sorgen, dass die Kinder so rasch wie möglich in den Schulen ankommen. ~~Mit den Hochschulen vereinbaren wir, dass es auch Studienplätze für Geflüchtete gibt.~~

Begründung

Studienplatzkontingente für Geflüchtete sind rechtlich nicht möglich. Überdies findet sich die Forderung, dass sich Hochschulen besonders um Geflüchtete kümmern sollen bereits in Kapitel 2.3 und muss daher nicht in Form eines Satzes zu den Hochschulen in diesem Projekt noch einmal aufgegriffen werden.

P18-018 Projekt 18: So rasch wie möglich in den Schulen ankommen: Integration in Bildung

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P18

Nach Zeile 18 einfügen:

Auch wollen wir die Barrieren für Geflüchtete an Hochschulen beseitigen. Dazu gehören: die schnelle Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, die individuelle Prüfung ob und inwieweit der Besuch eines Deutschkurses Voraussetzung für die Aufnahme eines Studiums ist sowie kreative, unbürokratischere Lösungen bei fehlenden Dokumenten.

Begründung

Hier geht es noch mal darum, den Blick auf die Barrieren zu lenken, die nach dem Übergang an die Hochschule leider eine gravierende Rolle bzgl. der Bildungsteilhabe von Menschen mit Fluchterfahrung spielen.

Unterstützer*innen

Frank Strobel, Deniz Yildirim, Kadir Sahin, Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Rhea Niggemann (KV Neukölln); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol, Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Stefanie Klan (KV Kreisfrei (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik); Sadullah Abdullah, Urban Aykal, Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Lilian Seffer, Jonas Boysen Ingrid Ochse, Bernhard Kern, Gökhan Akgün, Bertrand Njoume (KV Mitte)

P19-002 Projekt 19: Für die Integration in den Arbeitsmarkt: Kompetenzzentrum und Ausbildungsinitiative

Antragsteller*in: Bahar Haghanipour (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik)

Änderungsantrag zu P19

Von Zeile 2 bis 4:

Die Teilhabe Geflüchteter am Arbeitsmarkt ist der Schlüssel für eine dauerhafte Integration. ~~Dafür erkennen~~ Damit die Integration gelingt, wollen wir auch die besondere Situation geflüchteter Frauen und Mädchen mit spezifischen Angeboten in den Blick nehmen. Wir erkennen ausländische Abschlüsse so rasch und unbürokratisch wie möglich an. Viele der geflüchteten Menschen haben zwar in der Heimat gearbeitet, haben aber keine formalen

Begründung

Für die Integration der Geflüchteten wird die Möglichkeit von Erwerbsarbeit entscheidend sein. Ein Drittel der neu Ankommenden sind Frauen. Klar ist, dass wir dürfen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen, wo die Integration von Frauen oft zu wenig in den Blick genommen wurde. Frauen kommt bei der Integration, für sich selbst, für die Familien, eine zentrale Rolle zu.

P19-007 Projekt 19: Für die Integration in den Arbeitsmarkt: Kompetenzzentrum und Ausbildungsinitiative

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P19

Von Zeile 6 bis 8 einfügen:

ihre nicht formalen Kompetenzen frühzeitig herausfinden und anerkennen. Das kann in Kooperation mit den Kammern, [Gewerkschaften und Berufsschulen](#) in einem Kompetenzzentrum geschehen. Außerdem bauen wir Integrationsteams in den Jobcentern auf, die sowohl berufs- und ausbildungsfördernde wie

Begründung

Es ist sinnvoll, hier die Perspektive und Kompetenz der Arbeitnehmer*innen und der Berufsschullehrer*innen mitzudenken und zu nutzen.

P19-011 Projekt 19: Für die Integration in den Arbeitsmarkt: Kompetenzzentrum und Ausbildungsinitiative

Antragsteller*in: Jochen Biedermann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu P19

Von Zeile 10 bis 12:

Qualifizierungsangebote bereitstellen, unterstützen wir mit einem Landesförderprogramm. Für geflüchtete Jugendliche starten wir zusammen mit IHK, ~~HWK~~dem Handwerk, Gewerkschaften, Oberstufenzentren, außer- und überbetrieblichen Ausbildungsträgern, der Agentur für Arbeit

Begründung

Redaktionell.

Unterstützer*innen

André Schulze (KV Neukölln)

P19-016 Projekt 19: Für die Integration in den Arbeitsmarkt: Kompetenzzentrum und Ausbildungsinitiative

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu P19

Von Zeile 15 bis 20:

die Azubis mit einer berufsbezogenen Sprachförderung und eine Begleitung für die ausbildenden Betriebe ein. Die Ausländerbehörde wird angewiesen, ~~jungen~~ Menschen ein Bleiberecht ~~mindestens bis zum Abschluss der Ausbildung~~ zu garantieren, wenn sie einen Ausbildungsplatz oder einen Studienplatz vorweisen können ~~oder~~, dabei sind, einen Schulabschluss nachzuholen oder im Anschluss an eine Ausbildung Aussicht auf Beschäftigung haben. Gerade für ausbildende Betriebe ist dies eine zentrale Voraussetzung, um Geflüchteten überhaupt einen Ausbildungsplatz anzubieten. Parallel dazu schaffen wir im Rahmen gemeinwohlorientierter Arbeit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Geflüchtete innerhalb der

Begründung

Wir fallen sonst hinter die anstehende Beschlusslage im Bund zurück (2+3 Regelung)

P20-001 Projekt 20: Raus aus den Massenunterkünften: Schutz für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge

Antragsteller*in: Petra Vandrey (AG Kinder Jugend Familie und KV CW)

Änderungsantrag zu P20

In Zeile 1:

~~Raus aus den Massenunterkünften:~~ Schutz für minderjährige unbegleitete ~~Flüchtlinge~~Geflüchtete

Begründung

Minderjährige unbegleitete Geflüchtete sind nicht in Massenunterkünften (ist sachlich falsch)

P20-018 Projekt 20: Raus aus den Massenunterkünften: Schutz für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge

Antragsteller*in: petra Vandrey (AG Kinder Jugend Familie und KV CW)

Änderungsantrag zu P20

Von Zeile 17 bis 18 einfügen:

untergebracht und betreut werden. Dafür schaffen wir geeignete betreute Wohngruppen und bauen vorhandene Jugendhilfeeinrichtungen aus. Bei der Altersfeststellung sorgen wir dafür, dass im Zweifel zugunsten der Betroffenen entschieden wird. Wir schaffen einen schnelleren Zugang zu den Schulen; bis zum Schulbesuch gewährleisten wir Deutschkurse. Alle hier lebenden Kinder, egal, ob sie hier geboren sind oder nicht, haben die gleichen Rechte. Für uns hat Priorität, für minderjährige unbegleitete Geflüchtete keine Parallelstrukturen zu schaffen, sondern sie nach den geltenden Jugendhilfestandards unterzubringen und zu betreuen. Dafür bauen wir geeignete Jugendhilfeangebote aus.

Begründung

Der Satz "Minderjährige unbegleitete Geflüchtete müssen aus den Massenunterkünften raus" ist sachlich falsch, weil sie nicht in Massenunterkünften sind. Der Satz "Wir beschleunigen Clearingverfahren, um...Kontakte zu Eltern und Verwandten herzustellen", ist nicht richtig, weil das nicht der Sinn eines Clearingverfahrens ist. Außerdem fehlt die wichtige Forderung nach Deutschkursen bis zum Schulbesuch. Es fehlt auch der (wichtige) Ansatz, keine Parallelstrukturen für unbegl. mj. Geflüchtete zu schaffen, sondern sie gerade in unser bestehendes Jugendhilfesystem zu integrieren.

Unterstützer*innen

Bernd Schwarz (AG Kinder jugend Familie); Simon Ebner (AG Kinder jugend Familie); Marianne Burkert - Eulitz (AG Kinder Jugend Familie); Wolfgang Schmidt (AG Kinder Jugend Familie); Jutta Boden (AG Kinder Jugend Familie und KV CW); Ingrid Lienke (AG Kinder jugend Familie und KV CW); Armin Emrich (AG Kinder jugend Familie); Susan Drews (KV CW); Joachim Schmitt (KV CW); Parwin Kouloubandi (KV CW); Michael Bandt (AG Kinder Jugend Familie); Christine Rabe (KV CW); Christoph Wapler (KV CW); Herbert Nebel (KV CW)

P21-008 Projekt 21: Lebendige Erinnerungskultur: Berlins koloniale Vergangenheit aufarbeiten

Antragsteller*in: LAG Frieden und Internationales

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P21

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

gehört, dass die Landesregierung den Völkermord an den Herero und Nama in Namibia offiziell anerkennt und die Bundesregierung auffordert, das Gleiche zu tun und damit ihrer Verantwortung zur finanziellen Entschädigung nachzukommen. Menschliche Gebeine sollen unter würdigen Umständen in die Ursprungsländer rücküberführt und

P21-015 Projekt 21: Lebendige Erinnerungskultur: Berlins koloniale Vergangenheit aufarbeiten

Antragsteller*in: Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P21

Von Zeile 14 bis 17 löschen:

Bildungspolitik werden. Die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Windhoek wollen wir weiter ausbauen und verlässlich finanzieren. ~~Außerdem werden wir die Pläne für ein Eine-Welt-Zentrum vorantreiben.~~ Schließlich gehört zu einem umfassenden Konzept auch eine Gedenkstätte mit ständiger Ausstellung zur deutschen Kolonialgeschichte und zum Völkermord,

Begründung

Das Eine-Welt-Zentrum soll ein zentraler Ort für vielfältige zivilgesellschaftliche Akteure sein, die sich im Sinne einer Eine-Welt-Politik für ein faires und gerechtes Berlin einsetzen. Das Eine-Welt-Haus ist nicht Teil eines Postkolonialismus-Konzepts und passt daher besser in das Projekt P60: Bewusst konsumieren: Berlin wird Fairtrade-Town.

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck (Abteilung Wissenschaft); Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Jochen Biedermann (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, GRÜNE JUGEND Berlin); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P22-011 Projekt 22: Europa in Berlin: ein Welcome-Center für EU-Bürger*innen

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu P22

Von Zeile 10 bis 13 löschen:

Anlaufstelle schaffen, die für alle Belange erste Ansprechpartnerin ist – ein Welcome-Center für EU-Bürger*innen. ~~Das Welcome-Center soll interkulturell sein und den Neuankommenden Wertschätzung entgegen-bringen.~~ Das Welcome-Center unterstützt von Anfang an: bei der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, der Vermittlung von Sprachkursen und

Begründung

Das klingt von-oben-herab. Die Menschen, die zum Welcome-Center gehen, suchen dort keine Anerkennung, sondern eine kompetente, möglichst mehrsprachige und freundliche Hilfestellung bei Versicherungs- und Rechtsfragen.

P22-016 Projekt 22: Europa in Berlin: ein Welcome-Center für EU-Bürger*innen

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu P22

Von Zeile 15 bis 17 einfügen:

Informationen und Formulare sind mehrsprachig. Beraten wird mindestens auf Englisch, Französisch, [Bulgarisch, Rumänisch](#), Polnisch und Spanisch. Dabei setzen wir auf enge Kooperation mit den Sozialpartner*innen. Das erspart den Menschen den Gang durch den Behördenschwung und

Begründung

Bitte die "neuen" Europäer*innen nicht vergessen: Gerade die Menschen aus Bulgarien und Rumänien brauchen die Unterstützung einer solchen Anlaufstelle, weil Unterstützungsstrukturen der Herkunftsländer/Botschaften fehlen, weil sie in der Regel über weniger Startkapital verfügen etc.

P23-001 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Vorstand KV CW)

Änderungsantrag zu P23

In Zeile 1 einfügen:

TTIP und, CETA und TISA stoppen!

Begründung

TISA (Trade in Services Agreement) wird seit 2013 von 24 WTO-Mitglieder – inkl. EU und USA – verhandelt und umfasst damit 70% des Welthandels mit Dienstleistungen. Es ergänzt [das TTIP- und CETA-Abkommen](#). Dienstleistungen sollen von „Handelshemmnissen“ befreit werden. Manche nennen TISA den ["böseren Bruder von TTIP und CETA"](#).

TISA betrifft den Umwelt- und Verbraucherschutz, Sozialstandards, den digitalen Handel, Telekommunikation und Transport sowie Öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie Gesundheits-, Wasser-, Energieversorgung und Bildung.

Nachdem was bisher zum Verhandlungsstand bekannt geworden ist, dürften dann bei internationalen Ausschreibungen Freie oder Open-Source-Software nicht mehr (oder nur sehr eingeschränkt) als Bedingung für Dienstleistungen im Zusammenhang mit dieser Software gemacht werden. Die Einsicht in Quellcodes, um Trojaner/Malware identifizieren zu können, würden dadurch erschwert. Auch besteht die Gefahr, dass dadurch persönliche Daten, die im Zusammenhang mit der ausgeschriebenen Dienstleistung stehen, in Drittstaaten übertragen werden, in denen ein niedrigeres Schutzniveau für schutzwürdige Daten besteht.

Eine weitere Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen wie der Daseinsvorsorge soll begünstigt werden. Immer mehr Kommunen versuchen Privatisierungen rückgängig zu machen und ihre Unternehmen wieder zurückzukaufen (Rekommunalisierung). Mit TISA sollen Regelungen festgelegt werden, wonach einmal erfolgte Privatisierungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können: Mit Inkrafttreten des Abkommens soll eine sog. „Stillstands-Klausel“ den aktuellen Stand der Liberalisierung festschreiben. Dienstleistungen, die in Zukunft privatisiert werden, würden automatisch Vertragsbestandteil und dürften ebenfalls nicht wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt werden – dies soll eine sogenannte „Sperrklinken-Klausel“ verbieten.

Nichts davon muss letztlich im Abkommen stehen, noch wird verhandelt. Aber hinter verschlossenen Türen. Umso wichtiger ist, auch diesem Handelsabkommen Aufmerksamkeit zu schenken, von der EU Informationen einzufordern und Zwischenstände kritisch zu prüfen.

Unterstützer*innen

Dr. Hartwig Berger (LAG Umwelt); Dr. Christiane Fry (KV CW)

P23-002 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Vorstand Charlottenburg-Wilm.)

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 2 bis 6:

Die Handelsabkommen TTIP-~~und~~, CETA ~~und~~ TISA müssen in ihrer jetzigen Form gestoppt werden. Denn auch in Zukunft sollen die Berliner*innen entscheiden können, ob eine Dienstleistung besser in der öffentlichen Hand oder bei privaten Anbieter*innen aufgehoben ist. Die Daseinsvorsorge gehört nicht auf den Weltmarkt. Mit den Abkommen TTIP-~~und~~, CETA ~~und~~ TISA steigt jedoch der Privatisierungsdruck und Rekommunalisierungen wie im Bereich der Wasser- oder

Begründung

Siehe Begründung meines Antrages zur Änderung der Überschrift!

Unterstützer*innen

Dr. Hartwig Berger (LAG Umwelt); Dr. Christiane Fry (KV CW)

P23-002-2 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 2 bis 3:

Die Handelsabkommen TTIP und CETA müssen ~~in ihrer jetzigen Form~~ gestoppt werden. Die Verhandlungen verstoßen gegen demokratische Standards, werden einseitig von den Interessen großer Konzerne bestimmt und sind deshalb nicht mehr zu retten. Denn auch in Zukunft sollen die Berliner*innen entscheiden können, ob eine Dienstleistung besser in

Begründung

Wir Grüne sind uns einig in unserer vehementen Kritik an den Handelsabkommen zwischen EU und USA (TTIP) bzw. zwischen EU und Kanada (CETA). Diese Handelsabkommen werden fernab der Parlamente und der demokratischen Öffentlichkeit verhandelt. Während gewählte Politiker*innen und NGOs über die Inhalte nur mutmaßen können, werden große Konzerne und Unternehmensverbände eingehend informiert und konsultiert. Transatlantische Großkonzerne werden dementsprechend, nach allem was bisher bekannt ist, zu den Hauptprofiteuren der Handelsabkommen gehören. Für die Allgemeinheit würde dies erhebliche Folgen haben: Sonderklagerechte für Investoren drohen die europäische Demokratie zu beschädigen. Der Mittelstand würde Marktanteile an US-amerikanische und kanadische Konkurrenten verlieren. Wichtige Fortschritte zu mehr Klimaschutz und einer ökologischeren Landwirtschaft könnten blockiert werden.

Angesicht dieser zahlreichen Kritikpunkte und dem anstehenden Wahlkampf ist es für uns Berliner Grüne wichtig, dass wir eine klare Haltung im Hinblick auf die nahende Entscheidung über CETA im Bundesrat formulieren. Da der Einschub, die Handelsabkommen „in ihrer jetzigen Form“ ablehnen, aus zwei Gründen problematisch ist, wollen wir ihn streichen:

1. Ist diese Formulierung zu missverständlich, weil sich unsere Ablehnung damit nur auf die Gegenwart der Verhandlungen bezieht. Nicht klar wird jedoch, wie wir uns zu dem fertigen Vertragstext verhalten werden – selbst wenn dieser nur unwesentliche Änderungen enthalten sollte (wie die Umbenennung der privaten Schiedsgerichtsbarkeit in einen 'Internationalen Handelsgerichtshof').
2. Er passt nicht zu den TTIP-Verhandlungen, die bislang keine konsistente 'Form' angenommen haben, sondern nur aus einem Mandat plus einem Bündel von Stellungnahmen, Protokollen und Textentwürfen bestehen.

Die neue Formulierung „Die Handelsabkommen TTIP und CETA müssen gestoppt werden“, würde dem letztgültigen BDK-Beschluss in Hamburg, im November 2014 entsprechen. Dort heißt es:

„Die vom Rat beschlossenen Mandate für TTIP und TISA und CETA, sowie der vorliegende Vertragstext für CETA zeigen in die falsche Richtung, deshalb lehnen wir die Verhandlungsergebnisse ab. Wir brauchen eine andere Handelspolitik der EU. Wir wollen Handelsabkommen die transparent verhandelt und nach sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind und die die etablierten demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen nicht in Frage stellen. Handelsabkommen müssen den genannten Maßstäben folgen, dann können sie hilfreich sein.“

CETA, TTIP und TISA müssen deshalb gestoppt und Verhandlungen zu den EU-Handelsabkommen nach diesen Maßstäben neu aufgestellt werden.“

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Beschl%C3%BCsse/TTIP_CETA_TISA_-_So_nicht_.pdf

Wir teilen das darin enthaltene positive Bekenntnis zum fairen Welthandel. Folgerichtig lassen wir die Passage des Programmentwurfs unberührt, die sich für einen Neustart der Verhandlungen mit den USA und Kanada aussprechen: "Wir streiten deshalb dafür, die Abkommen auf transparenter Grundlage und mit anderen Zielen neu zu verhandeln." Ein solcher Neustart setzt aber voraus, dass die laufenden Verhandlungen zu TTIP ausgesetzt und dem ausverhandelten CETA-Vertrag nicht zugestimmt wird.

Unterstützer*innen

Rhea Niggemann (KV Neukölln); Oliver Powalla (LAG Energie); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Stefan Taschner (LAG Energie); Heiko Glawe (KV Mitte); Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); LAG Wirtschaft und Finanzen; Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick); Eva Molau (KV Lichtenberg); Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Francisca Fackeldey (KV Neukölln); Bola Olalowo (KV Kreisfrei); Turgut Altug (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Valentin Münscher (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf); Hinrich Westerkamp (KV Reinickendorf); Vito Dabisch (LAG Bildung); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Oliver Timm (KV Neukölln); Heidi Kosche (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei - GJ Berlin); Philipp Bläß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P23-002-3 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: Michael Schäfer (KV Mitte)

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 1 bis 12:

Fairer Handel mehrt den Wohlstand der Menschen und stärkt die friedliche Kooperation von Staaten. Die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Staaten und eine Vereinheitlichung von technischen Normen kommen insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen zugute. Die Handelsabkommen TTIP und CETA jedoch höhlen mit ihren Sonderklagerechten für internationale Konzerne den Rechtsstaat aus. Wir wollen deshalb, dass Berlin diese Handelsabkommen in ihrer jetzigen Form im Bundesrat ablehnt. Kommunen müssen auch in Zukunft entscheiden können, in welchen Bereichen der Daseinsvorsorge sie sich mit kommunalen Unternehmen engagieren. Wir lehnen Sonderklagerechte für internationale Konzerne ab. Die Abkommen würden ihnen erlauben, vor privaten Schiedsgerichten oder einem Investitionsgerichtshof gegen Staaten oder Länder zu klagen, wenn ein neues Gesetz geplante Gewinne zunichte macht.

~~Die Handelsabkommen TTIP und CETA müssen in ihrer jetzigen Form gestoppt werden. Denn auch in Zukunft sollen die Berliner*innen entscheiden können, ob eine Dienstleistung besser in der öffentlichen Hand oder bei privaten Anbieter*innen aufgehoben ist. Die Daseinsvorsorge gehört nicht auf den Weltmarkt. Mit den Abkommen TTIP und CETA steigt jedoch der Privatisierungsdruck und Rekommunalisierungen wie im Bereich der Wasser- oder Energieversorgung werden nahezu unmöglich gemacht. Wir lehnen Sonderklagerechte für internationale Konzerne ab. Die Abkommen würden ihnen erlauben, vor privaten Schiedsgerichten (ISDS) oder einem Investitionsgerichtshof (ICS) gegen Staaten oder Länder zu klagen, wenn ein neues Gesetz geplante Gewinne zunichtemacht. Diese Sonderrechte höhlen Rechtsstaat und Demokratie aus. Gesetzliche Regelungen wie die Mietpreisbremse oder das Nachtflugverbot könnten künftig womöglich vor einem solchen Schiedsgericht gekippt werden.~~

Begründung

Anders als Rechtsradikale und Rechtsextreme von der AfD bis zu Donald Trump sind wir Grüne grundsätzlich für internationalen Handel mit ökologischen und sozialen Leitplanken und gegen Protektionismus. Dies soll im Programm noch deutlicher werden.

Unterstützer*innen

Reinhard Bütikofer (KV Mitte); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Renate Künast (KV Tempelhof-Schöneberg); André Stephan (KV Tempelhof-Schöneberg); Svenja Almann (KV Mitte); Thomas Künstler (KV Mitte); Alexander Koch (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Lucas Gerrits (KV Mitte); Taylan Kurt (KV Mitte); Heike Kähler (KV Mitte); Stefanie Remlinger (KV Pankow); Andreas Otto (KV Pankow)

P23-006 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: Yves Venedey (KV Mitte)

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 5 bis 8:

gehört nicht auf den Weltmarkt. Mit den Abkommen TTIP und CETA steigt jedoch der Privatisierungsdruck. Das bereits fertig ausgehandelte CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada schützt öffentliche Dienstleistungen und das Allgemeinwohl nur unzureichend vor Konzerninteressen. Durch die in CETA enthaltene "Sperrklinkenklausel" könnten Privatisierungen praktisch nicht wieder rückgängig gemacht werden. Rekommunalisierungen wie im Bereich der Wasser- oder Energieversorgung werdenwären nahezu unmöglich gemacht. Wir lehnen Sonderklagerechte für internationale Konzerne ab. Die Abkommen würden ihnen erlauben, vor privaten

Begründung

Anders als TTIP und TISA liegt bei CETA bereits ein fertiger Vertragstext vor. Daher sollten wir uns hier darauf beziehen.

CETA setzt bei den öffentlichen Dienstleistungen auf ein Flickwerk aus Ausnahmen und Vorbehalten, die widersprüchlich, unklar oder nicht umfassend genug formuliert sind. Durch den Negativlisten-Ansatz hängt der Schutz der Daseinsvorsorge von der künftigen Auslegung dieser Formulierungen ab. Neue Dienstleistungen sind automatisch liberalisiert, ohne dass es die Chance einer politischen Willensbildung gibt. Der Kultur- und Bildungsbereich ist ebenfalls nicht zur Gänze aus dem Abkommen ausgenommen.

Unterstützer*innen

Jörg Haas (KV Pankow)

P23-007 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Vorstand Kreisverband CharlWilm)

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 6 bis 12:

Privatisierungsdruck und Rekommunalisierungen wie im Bereich der Wasser- oder Energieversorgung werden nahezu unmöglich gemacht. ~~Wir lehnen Sonderklagerechte für internationale Konzerne ab. Die Abkommen würden ihnen erlauben, vor privaten Schiedsgerichten (ISDS) oder einem Investitionsgerichtshof (ICS) gegen Staaten oder Länder zu klagen, wenn ein neues Gesetz geplante Gewinne zunichtemacht. Diese Sonderrechte höhlen Rechtsstaat und Demokratie aus. Mit dem bei TTIP vorgesehenen Instrument der Regulatorischen Kooperation wird ein Beschwerdemechanismus definiert, der zur Folge hat, dass Gesetze noch bevor sie dem Europäischen Parlament als Gesetzestext vorgelegt werden, erst ein Verfahren durchlaufen, in dem mit Wirtschaftsvertretern über mögliche Konsequenzen auf den Handel beraten wird. Durch eine Kombination mit den geplanten Sonderklagerechten hätten Unternehmen sehr früh Informationen darüber, was die EU an Regulierung plant. Zum anderen hätten sie durch Sonderklagerechte einen offiziellen Rahmen, um gegen diese Regulierungen vorzugehen.~~ Gesetzliche Regelungen wie die Mietpreisbremse oder das Nachtflugverbot könnten künftig womöglich vor einem solchen Schiedsgericht gekippt werden.

Begründung

Die Sonderklagerechte (ISDS oder ICS) sind schlimm genug, erklären aber noch nicht hinreichend die Gefahr, dass es mit TTIP zum Abbau von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Rechten kommen wird. Fatal ist die Kombination von Sonderklagerechten mit der „Regulatorischen Kooperation“. Dies muss immer wieder hervorgehoben und erklärt werden.

Unterstützer*innen

Dr. Hartwig Berger (LAG Umwelt); Dr. Christine Fry (Kreisverband CharlWilm)

P23-009 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: Yves Venedey (KV Mitte)

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 8 bis 10:

internationale Konzerne ab. Die Abkommen würden ihnen erlauben, vor privaten Schiedsgerichten (ISDS) oder einem ~~Investitionsgerichtshof~~ **Investitions-Gerichts-System** (ICS) gegen Staaten oder Länder zu klagen, wenn ein neues Gesetz geplante Gewinne zunichtemacht. Diese Sonderrechte höhlen

Begründung

ICS ist wie der Deutsche Richterbund festgestellt hat, kein Internationaler Gerichtshof, sondern eine Art "ständiges Schiedsgericht".

"Weder das vorgesehene Verfahren zur Ernennung der Richter des ICS noch deren Stellung genügen den internationalen Anforderungen an die Unabhängigkeit von Gerichten", schreibt der Richterbund in einer Stellungnahme. Auch die EU-Kommission selbst spricht von einem "gerichtsähnlichem System", nicht von einem Gerichtshof. Daher sollten wir den irreführenden Ausdruck nicht verwenden.

P23-010 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: Yves Venedey (KV Mitte)

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 9 bis 11:

Schiedsgerichten (ISDS) oder einem Investitionsgerichtshof (ICS) gegen Staaten oder Länder zu klagen, wenn ein neues Gesetz **geplante** ihre Gewinne **zunichtemacht** **einschränkt**. Diese Sonderrechte höhlen Rechtsstaat und Demokratie aus. Gesetzliche Regelungen wie die Mietpreisbremse oder das

Unterstützer*innen

Jörg Haas (KV Pankow)

P23-011 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:

zu klagen, wenn ein neues Gesetz geplante Gewinne zunichtemacht. Diese Sonderrechte höhlen Rechtsstaat und Demokratie aus. Verschärfend kommt die geplante "Regulatorische Kooperation" hinzu, durch die Konzerne in die Planung von EU-Vorhaben einbezogen werden und zu offiziellen Mitverfassern von Regulierungsentwürfen aufsteigen. Gesetzliche Regelungen wie die Mietpreisbremse oder das Nachtflugverbot könnten künftig womöglich vor einem solchen Schiedsgericht gekippt werden.

Begründung

Die Regulatorische Kooperation fristet noch ein Schattendasein. Während sich um die privaten Schiedsgerichte eine intensive Debatte entwickelt hat, können sich bisher nur Expert*innen darunter etwas vorstellen. Mag sie medial wenig beachtet werden, so steht sie doch im Zentrum der institutionellen Struktur, die CETA und TTIP zwischen Europa, den USA und Kanada etablieren sollen. Beide Freihandelsabkommen sollen zu einem „living agreement“ werden – dafür braucht es die regulatorische Kooperation. Mit der offiziellen Anerkennung eines transatlantischen Regulierungsgremiums würde neue Institution zu schaffen, die Interessengruppen frühzeitig über neue Gesetze informiert und sie in deren Aushandlung einbezieht. Lobbys und Verbände könnten dort über Gesetze beraten, noch bevor die Parlamente der Vertragsparteien über diese informiert sind. TTIP und CETA würden ein praktisch ein Frühwarnsystem für unliebsame Gesetze etablieren. Der bislang freiwillige Austausch zwischen Wirtschaft und Politik würde einen verbindlichen Charakter erhalten. Damit würde eine Tür geöffnet, um die Institutionen der EU und ihre grundlegenden Rechtsakte auszuhebeln. Der Wirtschaftslobbyismus würde quasi in den Rang einer mächtigen offiziellen Staatsgewalt gehoben werden.

Unterstützer*innen

Rhea Niggemann (KV Neukölln); Oliver Powalla (LAG Energie); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Stefan Taschner (LAG Energie); LAG Wirtschaft und Finanzen; Heiko Glawe (KV Mitte); Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick); Eva Molau (KV Lichtenberg); Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Francisca Fackeldey (KV Neukölln); Bola Olalowo (KV Kreisfrei); Turgut Altug (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Valentin Münscher (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Heidi Kosche (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Carola Scheibe-Köster (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf); Philipp Bläß (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Vito Dabisch (LAG Bildung); Hinrich Westerkamp (KV Reinickendorf); Oliver Timm (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P23-015-2 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: Yves Venedey (KV Mitte)

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 14 bis 16 einfügen:

einheitliche Standards für den Maschinenbau, die unsere Unternehmen brauchen, sollen jetzt von CETA ausgenommen werden. Auch der Deutsche Richterbund kritisiert das in CETA enthaltene Investment Court System (ICS) scharf. Weder das vorgesehene Verfahren zur Ernennung der Richter des ICS, noch deren Stellung genügt den internationalen Anforderungen an die Unabhängigkeit von Gerichten. Wenn Bündnis 90/Die Grünen dem nächsten Berliner Senat angehören, werden wir deshalb dem vorliegenden CETA-Vertrag im Bundesrat die Zustimmung verweigern. Wir müssen das europäische Vorsorgeprinzip verteidigen und niedrigere Standards im Umwelt-, Daten- und Verbraucher*innenschutz verhindern. Wir streiten

Begründung

Am 29. Februar 2016 hat die EU-Kommission die endgültige Fassung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) veröffentlicht. CETA ist der erste EU-Handelvertrag mit einem OECD-Mitgliedsland, der eine Paralleljustiz für Konzerne einführen soll. Diese Paralleljustiz kann sich gegen demokratische Entscheidungen zum Beispiel zum Umwelt- und Verbraucherschutz wenden. Zudem birgt sie ein unkalkulierbares Kostenrisiko für die öffentlichen Haushalte. Mit CETA bekommen nicht nur kanadische Investoren, sondern auch 80 Prozent aller US-Investoren (über ihre Niederlassungen in Kanada) ein exklusives Sondertribunal, vor dem sie ausschließlich klagen, nicht aber verklagt werden können. Dabei konnte noch niemand überzeugend erklären, wozu Investitionsschutzvorschriften in Handelsverträgen der EU mit Kanada oder den USA überhaupt nötig sein sollen.

Schlimmer noch: CETA ist als "lebendes Abkommen" konzipiert. Die Investorenrechte und damit auch die Verpflichtungen, die Staaten, Länder und Kommunen ausländischen Investoren gegenüber eingehen, sind nämlich nach Vertragsschluss veränderbar (Art. 8.10 Absatz 3, CETA) – ohne Beteiligung irgend eines Parlaments. Damit ist es möglich, den nach öffentlichen Protesten etwas eingeschränkten Investorenschutz im Nachhinein wieder auszuweiten.

Diesen weit gehenden Rechten für ausländische Investoren stehen nur schwache Rechte für die Allgemeinheit gegenüber. Eine Menschenrechtsklausel fehlt in dem Abkommen. Es fehlt ein eigenes Verbraucherschutzkapitel, und dem Nachhaltigkeitskapitel fehlen durchsetzbare Vorschriften zum Schutz der Umwelt, dem Kapitel über Handel und Arbeit fehlen verbindliche Arbeitnehmerrechte.

Darum können wir Grüne CETA in der vorliegenden Fassung im Bundesrat nicht zustimmen. Es ist wichtig, dass wir das jetzt schon unmissverständlich kommunizieren. Denn nur wenn die EU-Kommission und die Bundesregierung jetzt merken, dass es uns Grünen so ernst ist, dass wir CETA in der vorliegenden Fassung im Bundesrat die Zustimmung verweigern werden, werden sie umfassende Nachverhandlungen mit Kanada eröffnen.

Unterstützer*innen

Christian Beck (KV Mitte); Jörg Haas (KV Pankow); Wolfgang Lehmann (KV Mitte); Sybille Ludwig (KV Mitte); Ingrid Ochse (KV Mitte); Rolf Brüning (Abteilung Ökologie); Tilo Siewer (KV Mitte)

P23-016 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: Yves Venedey (KV Mitte)

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 15 bis 17 einfügen:

von CETA ausgenommen werden. Wir müssen das europäische Vorsorgeprinzip verteidigen und niedrigere Standards im Umwelt-, Daten- und Verbraucher*innenschutz verhindern. Wir müssen das Vorsorgeprinzip und die politischen Gestaltungsspielräume demokratisch gewählter Parlamente verteidigen. Wir streiten deshalb dafür, die Abkommen auf transparenter Grundlage und mit anderen Zielen neu zu

Begründung

Es geht nicht nur darum, niedrigere Standards im Umwelt-, Daten- und Verbraucher*innenschutz zu verhindern. Als Grüne streiten wir für mehr Umwelt-, Daten- und Verbraucher*innenschutz und nicht nur für eine Verteidigung des Status quo! Die Konstruktion von TTIP und CETA als "lebende Abkommen" (living agreement) mit regulatorischen Kooperationsräten, Sonderklagerechten für Konzerne und undemokratischen Sperrklinkenklauseln führen zu einer schleichenden Entdemokratisierung.

Zwar enthält CETA inzwischen eine "Right-to-Regulate"-Klausel, diese besitzt aber keine substantielle Bedeutung. Der Grund: Es handelt sich um einen unverbindlichen Auslegungshinweis für die Schiedspersonen und hindert diese nicht daran, im Streitfall den Investoren hohe Entschädigungszahlungen für staatliches Handeln zuzusprechen. Aus der Perspektive des Investitionsschutzrechtes wird in solchen Fällen das Regulierungsrecht des Staates nicht verletzt - für die angefochtene Maßnahme des Staates muss halt 'nur' entschädigt werden. Zudem wird die "Right-to-Regulate"-Klausel durch einen anderen Umstand entwertet: Die Investorenrechte und damit auch die Verpflichtungen, die Staaten, Länder und Kommunen ausländischen Investoren gegenüber eingehen, sind nach Vertragsschluss veränderbar (Art. 8.10 Abs. 3 CETA) – ohne Beteiligung irgendeines Parlaments. Der nach öffentlichen Protesten etwas eingeschränkte Investorenschutz kann dadurch im Nachhinein leicht ausgeweitet werden.

Unterstützer*innen

Jörg Haas (KV Pankow)

P23-016-2 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 15 bis 17 einfügen:

von CETA ausgenommen werden. Wir müssen das europäische Vorsorgeprinzip verteidigen und niedrigere Standards im Umwelt-, Daten- und Verbraucher*innenschutz verhindern und die kulturelle Vielfalt und unsere Kulturförderung erhalten. Wir streiten deshalb dafür, die Abkommen auf transparenter Grundlage und mit anderen Zielen neu zu

Begründung

erfolgt mündlich

P23-016-3 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 15 bis 18:

von CETA ausgenommen werden. Wir müssen das europäische Vorsorgeprinzip verteidigen und niedrigere Standards im Umwelt-, Daten- und Verbraucher*innenschutz verhindern. ~~Wir streiten deshalb dafür, die Abkommen auf transparenter Grundlage und mit anderen Zielen neu zu verhandeln.~~

Wir setzen uns für einen fairen globalen Handel ein. Für Handelsabkommen, die wirklich frei sind, Ungerechtigkeiten bekämpfen statt verschärfen und allen Menschen, egal wo sie leben, zu Gute kommen.

.

Begründung

Der Abschnitt kann auch so gelesen werden, dass wir uns prinzipiell gegen Freihandel stellen. Durch diese Änderung wird nochmal deutlich gemacht: Wir wollen globalen Handel, aber nur wenn dieser Menschen statt Konzernen dient.

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck (Abteilung Wissenschaft); Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Jochen Biedermann (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, GRÜNE JUGEND Berlin); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P23-018 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: LAG Europa

Beschlussdatum: 04.04.2016

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 17 bis 18 einfügen:

deshalb dafür, die Abkommen auf transparenter Grundlage und mit anderen Zielen neu zu verhandeln.

Den vorliegenden Verhandlungstext zu CETA lehnen wir daher ebenso ab, wie den aktuellen TTIP-Verhandlungsstand. Wir arbeiten auf allen politischen Ebenen daran, die Abkommen in dieser Form zu verhindern.

P23-018-2 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P23

Von Zeile 17 bis 18 einfügen:

deshalb dafür, die Abkommen auf transparenter Grundlage und mit anderen Zielen neu zu verhandeln.

Wir können Handelsabkommen nur unterstützen, wenn sie fair ausgestaltet sind, Klima und Ressourcen schonen, keine Sonderrechte für Konzerne enthalten und der Entwicklung des Globalen Südens nicht schaden.

Begründung

Das formuliert klare Kriterien für den Neustart von Verhandlungen zwischen EU und anderen Staaten und positioniert uns klar für fairen Handel und gegen die Feind*innen Europas in AfD und Co..

Unterstützer*innen

Rhea Niggemann (KV Neukölln); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Oliver Powalla (LAG Energie); Stefan Taschner (LAG Energie); Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Heiko Glawe (KV Mitte); LAG Wirtschaft und Finanzen; Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick); Eva Molau (KV Lichtenberg); Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Francisca Fackeldey (KV Neukölln); Bola Olalowo (KV Kreisfrei); Turgut Altug (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Valentin Münscher (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Heidi Kosche (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln); Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf); Philipp Bläß (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Vito Dabisch (LAG Bildung); Hinrich Westerkamp (KV Reinickendorf); Oliver Timm (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P24-002 Projekt 24: Gutes Aufwachsen in der Schule – mit guten Ganztagschulen

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P24

Von Zeile 2 bis 4 einfügen:

Wir wollen Schulen, in denen Kinder und Jugendliche zeigen können, wer sie sind, was in ihnen steckt und in denen sie sich in einer Welt voller Herausforderungen bewähren können. Dort sollen sie sich sicher fühlen und auch Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder in den Schulen gut aufgehoben

P24-002-2 Projekt 24: Gutes Aufwachsen in der Schule – mit guten Ganztagschulen

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P24

Von Zeile 2 bis 4:

Wir wollen Schulen, in denen Kinder und Jugendliche zeigen können, wer sie sind, was in ihnen steckt und in denen sie ~~sich in einer Welt voller Herausforderungen bewähren können~~ für das Leben lernen. Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder in den Schulen gut aufgehoben

Begründung

Definition "bewähren" ist in die Richtung: sich als geeignet herausstellen, sich als zuverlässig erweisen. Kinder sollen sich schon in der Schule als geeignet herausstellen? Nein, Schule als Ort und Bildung als Werkzeug für Selbstverwirklichung.

P24-006 Projekt 24: Gutes Aufwachsen in der Schule – mit guten Ganztagsschulen

Antragsteller*in: Doris Fortwengel (LAG Bauen)

Änderungsantrag zu P24

Von Zeile 5 bis 8:

sind. Wir setzen dabei insbesondere auf gute Ganztagsschulen: mit längerem gemeinsamen Lernen, individueller Förderung, ~~einem warmen Mittagessen mit guten Lebensmitteln aus der Region und Angeboten für Musik, Sport oder soziales Engagement am Nachmittag.~~ Angeboten für Musik, Sport oder soziales Engagement am Nachmittag. Ein warmes Mittagessen - auch vegan oder vegetarisch - möglichst mit (Bio-)Lebensmitteln aus der Region, soll ein Bestandteil des Schulalltags sein. Vorhandensein muss ebenso ein entsprechend große Mensaraum. Für Schulneubauten wollen wir das Raumprogramm überprüfen und uns für ein Kochen vor Ort einsetzen. Dadurch können kleinere Nachbarschulen auf kurzen Wegen mitversorgt werden, Schüler und Schülerinnen die Essenszubereitung aus nächster Nähe erleben und im direkten Kontakt mit den Köchen das Angebot weiter entwickeln. Damit alle SchülerInnen am Schulesen teilnehmen können, werden wir überprüfen, inwieweit eine Subventionierung nötig ist und uns für eine funktionierende Lösung einsetzen. Keinen Hunger zu haben, ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Bewältigung des Schulalltags als auch Teil der Bildungsgerechtigkeit. Dazu stehen wir. Wir geben jeder Schule ein echtes eigenverantwortliches Schulbudget. Denn die Pädagog*innen,

Begründung

Vielen Schulen fehlen die Mensen, so dass die Ausgabe eines Mittagessens gar nicht möglich ist. Dies gilt insbesondere für Gymnasien, die nicht als Ganztagsschulen gelten, wo aber trotzdem ganztägig gelernt und gelehrt wird. Integrierte Sekundarschulen haben teilweise die gleichen Probleme, teilweise liegen diese woanders.

Die Bezahlung fällt sowohl vielen BuT Empfängern schwer (etwas über die Hälfte der ca. 35% Berechtigten beantragt die Gelder, davon wiederum können viele den täglichen 1€ nicht bezahlen/lt. Prof. Ulrike Arenz-Azevedo Hamburg stehen den Familien für Oberschüler auch nur 0,87€ je Mittagsmahlzeit zu usw.) als auch den Familien knapp über BuT liegend. Dadurch bekommen viele dieser Kinder kein Essen, Caterer weigern sich an Schulen mit vielen BuT Empfängern zu liefern.

Die meisten BuT-Empfänger befinden sich auf den Integrierten Sekundarschulen. Somit werden diese aufgrund zu wenig zahlungskräftigen Teilnehmern oft von den Caterern gemieden.

P24-007 Projekt 24: Gutes Aufwachsen in der Schule – mit guten Ganztagschulen

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P24

Von Zeile 6 bis 8 einfügen:

Lernen, individueller Förderung, einem warmen Mittagessen mit guten Lebensmitteln aus der Region, vegetarischen und veganen Angeboten sowie und Angeboten für Musik, Sport oder soziales Engagement am Nachmittag. Wir geben jeder Schule ein echtes eigenverantwortliches Schulbudget. Denn die Pädagog*innen,

P24-007-2 Projekt 24: Gutes Aufwachsen in der Schule – mit guten Ganztagschulen

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu P24

Von Zeile 6 bis 8 löschen:

Lernen, individueller Förderung, einem warmen Mittagessen mit guten Lebensmitteln aus der Region und Angeboten für Musik, Sport oder soziales Engagement ~~am Nachmittag~~. Wir geben jeder Schule ein echtes eigenverantwortliches Schulbudget. Denn die Pädagog*innen,

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

P24-011 Projekt 24: Gutes Aufwachsen in der Schule – mit guten Ganztagschulen

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P24

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:

braucht. Eine demokratische Schulkultur, in der transparent darüber entschieden wird, wie die Mittel verwendet werden, ist für uns zukunftsweisend. Dabei wollen wir insbesondere auch die Mitbestimmungsrechte der Schüler*innen stärken. Darüber hinaus wollen wir allen Kollegien an den Schulen Teamzeit verschaffen. Denn wo verschiedene Berufsgruppen – gerade

P24-017 Projekt 24: Gutes Aufwachsen in der Schule – mit guten Ganztagschulen

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu P24

Von Zeile 16 bis 17 einfügen:

Deshalb passen wir ihr Gehalt an das in den Oberschulen an und machen damit deutlich, dass sich die Arbeit zwar inhaltlich, aber nicht von der Bedeutung her unterscheidet. Dies wollen wir mit einer Berliner Lehrerentgeltordnung umsetzen, die wir innerhalb der TdL durchsetzen wollen, um den angestellten Berliner Lehrkräften eine faire Bezahlung und tarifliche Sicherheit zu garantieren.

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

P25-005 Projekt 25: Schulsanierung und Schulneubau endlich angehen

Antragsteller*in: Doris Fortwengel (LAG Bauen)

Änderungsantrag zu P25

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:

einem katastrophalen Zustand sind – eine Zumutung für Kinder und Pädagog*innen. Insgesamt ist unser Ziel: Alle Schulen in Berlin sollen Orte des Lebens und Lernens sein und dafür mit ausreichend Raum ausgestattet sein. Alle Eltern sollen sicher sein können, dass es einen geeigneten Schulplatz für ihr Kind gibt, auch wenn

Von Zeile 9 bis 13:

Unterrichtsräume lehnen wir ab, denn sie sind keine angemessenen Lernorte. Vielmehr setzen wir auf die Gründung von Schulgebäudeverwaltungen, die mit gebündelter Kompetenz und der Einbeziehung aller Beteiligten in einer Bauphase 0 im Auftrag der Bezirke zeitnah sowohl gute neue Schulen bauenplanen und bauen als auch den Sanierungsstau von rund zwei Milliarden Euro bei den vorhandenen Schulgebäuden auflösen. Die Gelder dazu fließen direkt in die Bezirkshaushalte statt sie über die zahlreichen Sonderprogramme umzulenken, die meist nur für mehr Bürokratie

Begründung

Schulen können nur gute Orte des Lebens und Lernens sein, wenn neben ausreichend Personal auch genügend Raum vorhanden ist. Enge macht aggressiv. Kein Aufenthaltsraum jenseits der Klassenzimmer, nimmt SchülerInnen Möglichkeiten des Zusammenseins. Und fehlende Mensen und Küchen, lassen jeden grünen Traum von einem gemeinsamen (gesunden) Mittagessen der Schüler und Schülerinnen zerplatzen.

Und gute neue Schulen baut man nur, wenn man das vorhandene Wissen als auch die Wünsche aller Beteiligten und Betroffenen in einer Phase 0 aufnimmt und dieses in den Planungsprozess einfließen lässt. Hamburg macht dieses erfolgreich vor und lässt zahlreiche an die jeweiligen Standorte angepasst Schulen entstehen. Dieses Potenzial ist auch in Berlin vorhanden, man sollte es nutzen.

P25-012 Projekt 25: Schulsanierung und Schulneubau endlich angehen

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu P25

Von Zeile 11 bis 14:

der Bezirke zeitnah gute neue Schulen bauen und den Sanierungsstau von rund zwei Milliarden Euro bei den Schulgebäuden auflösen. ~~Die Gelder dazu fließen direkt in die Bezirkshaushalte statt sie über die zahlreichen Sonderprogramme umzulenken, die meist nur für mehr Bürokratie sorgen. Gute Schulgebäude sind machbar – wenn man den Mut hat zur Reform hat. Wir haben ihn.~~

Um die Lebenszykluskosten der Gebäude zu reduzieren müssen Schulneubauten Passiv- oder Aktivhausstandards erfüllen und sollen die Standards für nachhaltiges Bauen des Bundes für Bildungsbauten erfüllen.

Die Gelder dazu fließen direkt in die Bezirkshaushalte statt sie über die zahlreichen Sonderprogramme umzulenken, die meist nur für mehr Bürokratie sorgen. Gute Schulgebäude sind machbar – wenn man den Mut hat zur Reform hat. Wir haben ihn.

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

P26-009 Projekt 26: Von der Kita bis zum Abschluss: individuelle Förderung von Anfang an

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P26

Von Zeile 8 bis 12:

Schule die Verantwortung für alle Kinder und Jugendlichen übernimmt, die sie aufnimmt. Damit das funktioniert, unterstützen wir die ~~Gymnasien~~Schulen dabei, ihre Schüler*~~i~~nnen individuell noch besser zu fördern und ebnen ihnen den Weg zu Ganztagschulen. ~~Dann können~~An Gymnasien wollen wir ~~im~~ Gegenzug das Probejahr und das Sitzenbleiben ~~am Gymnasium~~ abschaffen. An allen Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen wollen wir den Weg zum Abitur mit einer eigenen gymnasialen Oberstufe

P26-009-2 Projekt 26: Von der Kita bis zum Abschluss: individuelle Förderung von Anfang an

Antragsteller*in: Robin Völker (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu P26

Von Zeile 8 bis 11:

Schule die Verantwortung für alle Kinder und Jugendlichen übernimmt, die sie aufnimmt. Damit das funktioniert, unterstützen wir die Gymnasien dabei, alle ihre Schüler*innen individuell noch besser zu fördern und ebnen ihnen den Weg zu Ganztagschulen. ~~Dann können~~ Zudem wollen wir ~~im Gegenzug~~ das Probejahr und das Sitzenbleiben am Gymnasium abschaffen. An allen Sekundarschulen und

Unterstützer*innen

Vito Dabisch (LAG Bildung); Rhea Niggemann (KV Neukölln)

P26-010 Projekt 26: Von der Kita bis zum Abschluss: individuelle Förderung von Anfang an

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu P26

Von Zeile 9 bis 19:

das funktioniert, unterstützen wir die Gymnasien dabei, ihre Schüler*innen individuell noch besser zu fördern und ebnen ihnen den Weg zu Ganztagschulen. ~~Dann können wir im Gegenzug das Probejahr und das Sitzenbleiben am Gymnasium abschaffen. An allen Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen wollen wir den Weg zum Abitur mit einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder mit Schulverbänden anbieten. Dabei fördern wir insbesondere Kooperationen mit Oberstufenzentren, denn auch Abiturient*innen brauchen berufliche Bildung, damit Aufstieg durch Bildung kein Leeres Versprechen bleibt. Weil das für uns auch beim Übergang von der Schule in den Beruf gilt, wollen wir Jugendberufsagenturen für ganz Berlin. Das ist für uns der entscheidende Schritt auf dem Weg zu einer Berliner Ausbildungsgarantie. Für uns gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss und für jedes Kind und jeden Jugendlichen die bestmögliche Förderung, in jeder Kita, in jeder Schule.~~

Dann können wir sie davon überzeugen, im Gegenzug das Probejahr und das Sitzenbleiben abzuschaffen.

An allen Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen wollen wir den Weg zum Abitur mit einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder mit Schulverbänden anbieten. Dabei fördern wir insbesondere Kooperationen mit Oberstufenzentren, denn auch Abiturient*innen brauchen berufliche Bildung, damit Aufstieg durch Bildung kein leeres Versprechen bleibt. Weil das für uns auch beim Übergang von der Schule in den Beruf gilt, wollen wir Jugendberufsagenturen für ganz Berlin. Das ist für uns der entscheidende Schritt auf dem Weg zu einer Berliner Ausbildungsgarantie. Für uns gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss und für jedes Kind und jeden Jugendlichen die bestmögliche Förderung, in jeder Kita, in jeder Schule.

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

P26-015 Projekt 26: Von der Kita bis zum Abschluss: individuelle Förderung von Anfang an

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu P26

Von Zeile 14 bis 16 einfügen:

Oberstufenzentren, denn auch Abiturient*innen brauchen berufliche Bildung, damit Aufstieg durch Bildung kein leeres Versprechen bleibt. Dabei entwickeln wir insbesondere die Kooperationen mit beruflichen Gymnasien bzw. Oberstufenzentren insgesamt weiter. Aufstieg durch Bildung darf kein leeres Versprechen bleiben. Weil das für uns auch beim Übergang von der Schule in den Beruf gilt, wollen wir Jugendberufsagenturen für ganz Berlin. Das ist für uns

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

P26-016 Projekt 26: Von der Kita bis zum Abschluss: individuelle Förderung von Anfang an

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P26

Von Zeile 15 bis 17 einfügen:

durch Bildung kein leeres Versprechen bleibt. Weil das für uns auch beim Übergang von der Schule in den Beruf gilt, wollen wir Jugendberufsagenturen und unabhängige, anonyme Beratungs- und Beschwerdestellen für Auszubildende für ganz Berlin. Das ist für uns der entscheidende Schritt auf dem Weg zu einer Berliner Ausbildungsgarantie. Für uns gilt:

Begründung

Die Kammern dürfen nicht Anlaufstellen für Azubis sein, wenn sie eigentlich die Arbeitgeber*innen vertreten.

P27-002 Projekt 27: Wahlalter 16: Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen stärken

Antragsteller*in: Michael Ruben Bandt (AG KJF)

Änderungsantrag zu P27

Von Zeile 2 bis 15:

Demokratie fällt nicht vom Himmel, sondern muss gelebt werden um gelernt zu werden. Alle Kinder und Jugendlichen sollen die Erfahrung machen können, dass es auf sie ankommt, dass sie gebraucht werden, und dass sie ihre Potenziale entfalten, mitentscheiden, mitgestalten und teilhaben können. Denn eine funktionierende Demokratie lebt von mündigen Bürger*innen. Deshalb unterstützen wir Jugendverbände und die bezirklichen Kinder- und Jugendfreizeitstätten und wollen die offene Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken strukturell ausfinanzieren. Wir unterstützen Kinder- und Jugendbüros sowie -parlamente in allen Bezirken und setzen für uns für eine auskömmliche Finanzierung des Jugend-Demokratiefonds ein. Und wir sorgen dafür, dass Demokratieerziehung und politische Bildung in den Lehrplänen mehr Gewicht bekommen. Darüber hinaus fordern wir auch weiterhin die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Die politischen Entscheidungen von heute beeinflussen vor allem das Leben der Erwachsenen von morgen. Wir finden: Jugendliche sollten schon mit 16 Jahren darüber mitentscheiden können, wer ihre Interessen im Abgeordnetenhaus vertritt. Warum sollte im Land falsch sein, was sich in unseren Bezirken als richtig erwiesen hat?

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung in unserer Stadt. Wir sehen Kinder und Jugendliche als Expert*innen für Ihre Belange und wollen Beteiligung fördern und wirksam gestalten. Beteiligung muss dabei in unterschiedlichen Beteiligungsformaten jugendgerecht erfolgen. Wir wollen deshalb die Entstehung weiterer Jugendparlamente, Kinder- und Jugendbüros, Jugendjurys... fördern und vorhandene Projekte bedarfsgerecht ausfinanzieren. Kinder- und Jugendbeteiligung darf dabei nicht vom Wohlwollen Erwachsener abhängig sein, sondern muss verbindlich und strukturell in den Berliner Verwaltungen verankert werden. Hierzu müssen Strukturen wie der Jugenddemokratiefonds oder die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin bedarfsgerecht ausfinanziert werden. Zudem wollen wir neue Formate, wie z.B. die Einführung von Jugendbeauftragten, Kinder- und Jugendbeiräten, ePartizipationenprojekten, entwickeln und fördern. Selbstverständlich setzen wir uns dabei auch weiterhin für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahren für die Abgeordnetenhauswahl ein. Ganz konkret wollen wir das von Kindern und Jugendlichen bemängelte berlinweite Sterben von Jugendclubs stoppen und Kinder- und Jugendarbeit genauso wie die Berliner Jugendverbände endlich bedarfsgerecht ausfinanzieren und verlässliche Rahmenbedingungen und Perspektiven schaffen.

Begründung

Das bisherige Projekt ist zu unkonkret und geht zu wenig auf die Wirkung von Partizipation ein, sowie die strukturelle Verankerung.

Unterstützer*innen

Taylan Kurt (KV Mitte)

P27-009 Projekt 27: Wahlalter 16: Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen stärken

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu P27

Von Zeile 8 bis 12:

strukturell ausfinanzieren. Wir unterstützen Kinder- und Jugendbüros sowie -parlamente in allen Bezirken ~~und setzen für uns für eine auskömmliche Finanzierung des Jugend-Demokratiefonds ein. Und wir sorgen dafür, dass Demokratieerziehung und politische Bildung in den Lehrplänen mehr Gewicht bekommen.~~ Und wir sorgen dafür, dass Demokratieerziehung, politische Bildung und Schüler*innenmitbestimmung in den Schulen mehr Gewicht bekommen. Darüber hinaus fordern wir auch weiterhin die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Die politischen Entscheidungen von heute beeinflussen

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

P27-010 Projekt 27: Wahlalter 16: Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen stärken

Antragsteller*in: Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu P27

Von Zeile 9 bis 11 einfügen:

allen Bezirken und setzen für uns für eine auskömmliche Finanzierung des Jugend-Demokratiefonds ein. Dafür wollen wir nach dem Vorbild von Baden-Württemberg gesetzlich verankern, dass Kinder und Jugendliche bei der Planung und Vorhaben, die ihre Interessen in der Gegenwart und Zukunft betreffen, in angemessener Weise verbindlich beteiligt werden. Dabei setzen wir auf niederschwellige Beteiligungsverfahren, die für die unterschiedlichen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen anschlussfähig sind und Teilhabe für alle ermöglichen. Und wir sorgen dafür, dass Demokratieerziehung und politische Bildung in den Lehrplänen mehr Gewicht bekommen. Darüber hinaus fordern wir auch weiterhin die

Begründung

Kinder- und Jugendbeteiligung braucht gesetzliche Rahmenbedingungen, um Verbindlichkeit herzustellen. In Baden-Württemberg stärkte die Grün-Rote Landesregierung Kinder- und Jugendbeteiligung mit der Änderung des §41a der Gemeindeordnung. Dadurch ist Partizipation von Kindern und Jugendlichen verpflichtend, wenn die Vorhaben ihre Interessen betreffen. Außerdem kann eine Jugendvertretung bereits bei einer Anzahl von 20 Jugendlichen verbindlich benannt werden und die Jugendgemeinderät*innen haben nun mehr Rechte. Da wir allen Kindern und Jugendlichen Teilhabe und nicht nur Partizipation von ohnehin Engagierten ermöglichen wollen, müssen die Beteiligungsverfahren niederschwellig und anschlussfähig für unterschiedliche Lebenswelten sein. Hier beziehen wir uns auf die Erkenntnisse der Jugendpartizipationsforschung. Indem wir Kinder- und Jugendpartizipation gesetzlich verankern, stärken wir ihren Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe, erhöhen die Legitimation der Vorhaben und verbessern sie qualitativ, da Kinder und Jugendliche ihre Sichtweisen als Expert*innen in eigener Sache miteinbringen.

Unterstützer*innen

Grüne Jugend Berlin (GJB)

P27-010-2 Projekt 27: Wahlalter 16: Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen stärken

Antragsteller*in: Nina Ohlmeier

Änderungsantrag zu P27

Von Zeile 9 bis 11 einfügen:

allen Bezirken und setzen für uns für eine auskömmliche Finanzierung des Jugend-Demokratiefonds ein. Analog zu Hamburg, wollen wir außerdem die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Bezirksverwaltungsgesetz verbindlich festschreiben Und wir sorgen dafür, dass Demokratieerziehung und politische Bildung in den Lehrplänen mehr Gewicht bekommen. Darüber hinaus fordern wir auch weiterhin die

Begründung

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist ein zentrales Element der Demokratieerziehung und ihr Recht nach UN-Kinderrechtskonvention. Die gesetzliche Verankerung von Beteiligung ist hierfür grundlegend.

Unterstützer*innen

Uwe Kamp

P27-011 Projekt 27: Wahlalter 16: Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen stärken

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P27

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:

Demokratiefonds ein. Und wir sorgen dafür, dass Demokratieerziehung und politische Bildung in den Lehrplänen mehr Gewicht bekommen. Auch Schulen selbst möchten wir zu demokratischeren Orten machen und dort die Beteiligung für Schüler*innen stärken. Darüber hinaus fordern wir auch weiterhin die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Die politischen Entscheidungen von heute beeinflussen

P28-017 Projekt 28: Berlin, Stadt für Familien

Antragsteller*in: Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu P28

Von Zeile 16 bis 17 einfügen:

Deshalb ermöglichen wir mehr Führungsstellen in Teilzeit und mehr Teilzeitausbildungen, was besonders Alleinerziehenden zugutekommt. Als neues Projekt 29 einfügen:

Hauptstadt der Alleinerziehenden

150.000 Alleinerziehende leben in unserer Stadt, 90 Prozent von ihnen sind Frauen. Vielen von ihnen gelingt es trotz aller Anstrengungen nicht, aus der Armut herauszukommen. Diesen Familien muss niemand erklären, wie wichtig Bildung ist – und dazu gehören auch die Betreuung in Kindertagesstätten, Zugang zu Familienzentren und zu anderen Angeboten. Eine unserer wichtigsten politischen Aufgaben besteht darin, diese Familien intensiv zu unterstützen. Das heißt, dass wir sie beim Berufseinstieg oder -wiedereinstieg besser begleiten und sie mit einer ergänzenden Kinderbetreuung für die Notfälle des Lebens absichern wollen. Wir setzen uns für eine gerechtere Familienförderung ein: weg vom Ehegattensplittung hin zur Unterstützung von Familien, in denen Kinder leben. Unterstützung heißt zudem, dass Alleinerziehende weiterhin die Möglichkeit bekommen, auch mit nur einem – zum Teil kleinen – Einkommen eine Wohnung in ihrem vertrauten Viertel bezahlen zu können. Soziale Wohnungs- und Mietenpolitik heißt für uns, die Bedürfnisse der Alleinerziehenden anzuerkennen und in die Praxis umzusetzen. Gerade Alleinerziehende benötigen neben der sozialen auch die materielle Sicherheit, um trotz zum Teil schwieriger Lebensumstände ein gutes Leben führen zu können. Deshalb setzen wir uns für eine Kindergrundsicherung ein.

Begründung

Das Projekt entspricht der Berliner Beschlusslage und ist als Ansprache an die Alleinerziehenden in unserer Stadt notwendig.

Unterstützer*innen

Bahar Haghanipour (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik); Michael Ruben Bandt (AG Kinder, Jugend und Familie); Marianne Burkert-Eulitz (AG Kinder, Jugend und Familie); Simon Ebner (AG Kinder, Jugend und Familie); Armin Emrich (AG Kinder, Jugend und Familie); Malte Jansen (AG Kinder, Jugend und Familie); Bernd Schwarz (AG Kinder, Jugend und Familie); Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie); Dr. Christiane Fry (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

P29-013 Projekt 29: Migrant*innen an die Bildungsspitze!

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P29

Von Zeile 12 bis 17:

wir unterstützen eingewanderte Erzieher*innen besser, in der Bundesrepublik eine staatliche Anerkennung zu bekommen. Unsere Kitas und Schulen sind Orte, an denen ein friedliches, ~~tolerantes und fröhliches Miteinander eingeübt werden kann und soll. Wir unterstützen Schulen daher zum Beispiel durch Diversity-Trainings bei dieser Arbeit. Außerdem richten wir ein Kompetenz- und Beratungszentrum für interkulturelle Pädagogik ein, an das sich alle Pädagog*innen und Kollegien wenden können.~~

wertschätzendes

und fröhliches Miteinander eingeübt werden kann und soll. Wir unterstützen Schulen daher zum Beispiel durch Diversity-Trainings bei dieser Arbeit. Außerdem richten wir ein Kompetenz- und Beratungszentrum für interkulturelle Pädagogik ein, an das sich alle Pädagog*innen und Kollegien wenden können.

Begründung

Ist positiver

Unterstützer*innen

Frank Strobel, Deniz Yildirim, Kadir Sahin, Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol, Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Stefanie Klank (KV Kreisfrei (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik); Sadullah Abdullah, Urban Aykal, Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Lilian Seffer, Jonas Boysen Ingrid Ochse, Bernhard Kern, Gökhan Akgün, Bertrand Njoume (KV Mitte)

P30-002 Projekt 30: Medienbildung von klein auf

Antragsteller*in: Thomas Birk (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu P30

Von Zeile 2 bis 16:

Kinder lernen die Wischbewegung auf dem Smartphone heute oft früher, als sie allein auf die Toilette gehen können. ~~Es bringt aber nichts, nur über die Gefahren von~~Digitale Medien und ~~das~~ Internet ~~zu reden~~bergen für Kinder und Jugendliche Chancen und Risiken gleichermaßen. Es braucht ~~stattdessen~~deswegen einen eigenverantwortlichen Umgang mit Inhalten wie auch das kritische Einordnen, das Wissen um Alternativen und die Fähigkeit, Werkzeuge und Inhalte selbst zu erstellen bzw. anzupassen. ~~Kinder und Jugendliche sollen frühzeitig den Umgang mit digitalen Medien lernen, da deren Gebrauch im Alltag, in Ausbildung, Studium und Beruf elementar geworden ist.~~ Gerade für Kinder im Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule sorgen wir für mehr Informationen zu ~~Mobbing~~Cybermobbing und Gewalt ~~im Netz~~, gerade auch gegenüber Mädchen und Frauen, sowie für entsprechende Angebote zur Hilfe und Prävention. Medienbildung muss ~~aber~~fächer- und generationenübergreifend erfolgen. Erzieher*innen und Lehrer*innen müssen ~~mediendidaktisch~~umfänglich ~~aus- und~~ fortgebildet werden. Wir entwickeln ~~dafür~~das ~~Fach~~Schulfach Informatik ~~in weiterführenden Schulen~~-weiter. Dort soll es künftig nicht nur ums Programmieren gehen, sondern auch um ethische, datenschutzrechtliche und soziale Fragen rund um die Digitalisierung. ~~Solche Inhalte müssen künftig auch verstärkt in die Ausbildung von Informatiklehrer*innen einfließen.~~ Mit einem ~~Treffen~~Runden Tisch Medienbildung ~~bei der Medienanstalt Berlin-Brandenburg unter Leitung des Senats~~ entwickeln wir gemeinsam mit schulischen und außerschulischen Akteuren Lern- und Lehrinhalte und bauen die Angebote für Schulungen für Eltern und Interessierte

Begründung

Der bisherige Antragstext zielte zu einseitig auf Gefahren des Internets für Kinder und Jugendliche ab und reduzierte die schulische Medienbildung auf diese Gefährdungen und die diesbezügliche Erweiterung des Faches Informatik. In einem ausführlichen, von der Abgeordnetenhausfraktion einstimmig verabschiedeten Beschluss haben wir uns des Themas Bildung mit digitalen Medien bereits sehr viel umfassender angenommen und entsprechen damit auch den Erwartungen, die aus der Fachszene an uns herangetragen werden. Es wäre völlig verkürzt, Medienbildung nur aus der Abwehr gegen die Gefahren des Netzes heraus zu betreiben. Damit würden wir ein Klischee der Technikfeindlichkeit reproduzieren, dass wir gerade in diesem Punkt auch durch unser eigenes tägliches Medienverhalten längst überwunden haben. Es ist heute unausweichlich, dass Kinder und Jugendliche im Umgang mit digitalen Medien gut ausgebildet werden, wenn sie in der Ausbildung, im Studium und in der Arbeitswelt eine Chance haben wollen. Wir können uns in einem solchen Text, wo es um alle Kinder geht, auch nicht nur auf die Fortbildung von Informatiklehrer*innen beschränken. Das Thema muss umfassend in der Aus- und Fortbildung aller Pädagog*innen integriert werden. Berlin hat als „digitale Hauptstadt“ da unter rot-schwarz sehr viel versäumt. Wir sollten deswegen auch den Senat als Leitung für den Runden Tisch Medienbildung in die Pflicht nehmen, so wie von den Fachträgern vehement gefordert (und vom Senat absurderweise abgelehnt). Das Thema ist für die begrenzten Möglichkeiten der Medienanstalt Berlin-Brandenburg in seinen Facetten zu groß.

P30-002-2 Projekt 30: Medienbildung von klein auf

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger

Änderungsantrag zu P30

Von Zeile 2 bis 4:

Kinder lernen die Wischbewegung auf dem Smartphone heute oft früher, als ~~sie allein auf die Toilette gehen können~~ vollständige Sätze zu sprechen. Es bringt aber nichts, nur über die Gefahren von Medien und Internet zu reden. Es braucht stattdessen einen eigenverantwortlichen Umgang mit Inhalten wie auch

Unterstützer*innen

Sybille Volkholz; Ilse Rudnick

P30-010 Projekt 30: Medienbildung von klein auf

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P30

Von Zeile 9 bis 15:

Medienbildung muss aber generationenübergreifend erfolgen. Erzieher*innen und Lehrer*innen müssen umfänglich fortgebildet werden. Wir ~~entwickeln dafür das~~ wollen ein Fach für Informatik ~~in weiterführenden Schulen weiter~~ und Medienkompetenz ab der ersten Klasse einführen. Dort soll es ~~künftig nicht nur ums~~ neben dem praktischen Umgang mit Anwendungen und dem Programmieren ~~gehen, sondern~~ auch um ethische, datenschutzrechtliche und soziale Fragen rund um die Digitalisierung ~~gehen~~. Solche Inhalte müssen künftig auch ~~verstärkt~~ in die Ausbildung ~~von Informatiklehrer*innen und Fortbildungen für die Lehrer*innen~~ einfließen. ~~[Leerzeichen]~~ Mit einem Treffen Medienbildung bei der Medienanstalt Berlin-Brandenburg entwickeln wir gemeinsam mit schulischen und außerschulischen Akteuren

Begründung

Die beschriebenen Kompetenzen haben nichts mit Informatik zu tun und bestärken bereits bestehende Fremdzuschreibungen an den Fachbereich. Informatik hat weder etwas mit dem Umgang mit Anwendungen zu tun, noch "nur ums Programmieren". Vielmehr sind theoretische und physikalische Mechanismen bereits an Schulen im Vordergrund

Wir wollen zudem alle Lehrer*innen im Hinblick auf diese Kompetenzen vorbereiten und fortbilden.

P30-011 Projekt 30: Medienbildung von klein auf

Antragsteller*in: Stefan Gelbhaar (KV Pankow)

Änderungsantrag zu P30

Von Zeile 10 bis 19:

müssen umfänglich fortgebildet werden. Wir entwickeln dafür das Fach Informatik in weiterführenden Schulen weiter. ~~Dort soll es künftig nicht nur ums Programmieren gehen, sondern auch um ethische, datenschutzrechtliche und soziale Fragen rund um die Digitalisierung. Solche Inhalte müssen künftig auch verstärkt in die Ausbildung von Informatiklehrer*innen einfließen. Mit einem Treffen Medienbildung bei der Medienanstalt Berlin-Brandenburg entwickeln wir gemeinsam mit schulischen und außerschulischen Akteuren Lern- und Lehrinhalte und bauen die Angebote für Schulungen für Eltern und Interessierte aus. Statt auf staatliche Kontrolle und Bevormundung setzen wir auf Eigenverantwortung. Um es Eltern zu erleichtern, mit ihren Kindern die Nutzung von Internet, Smartphone, Konsole und Fernsehen zu klären, unterstützen wir sie mit Angeboten der Selbstregulierung.~~

und führen es ab der 1. Klasse in den Grundschulen ein.

. Dort soll es künftig nicht nur ums Programmieren gehen, sondern auch um ethische, datenschutzrechtliche und soziale Fragen rund um die Digitalisierung. Solche Inhalte müssen künftig auch verstärkt in die Ausbildung von Informatiklehrer*innen einfließen. Mit einem Treffen Medienbildung bei der Medienanstalt Berlin-Brandenburg entwickeln wir gemeinsam mit schulischen und außerschulischen Akteuren Lern- und Lehrinhalte und bauen die Angebote für Schulungen für Eltern und Interessierte aus. Statt auf staatliche Kontrolle und Bevormundung setzen wir auf Eigenverantwortung. Um es Eltern zu erleichtern, mit ihren Kindern die Nutzung von Internet, Smartphone, Konsole und Fernsehen zu klären, unterstützen wir sie mit Angeboten der Selbstregulierung.

Begründung

Nur mit Verständnis für Informatik wird die Welt, wie wir sie heute und in Zukunft haben werden, verständlich. Programmieren, der Umgang mit Daten, Internet, Rechnern, ist heute wie Mathe und Sprachen - Grundkenntnisse der heutigen Zeit. Deshalb gilt es, diese von Beginn an zu lernen.

Unterstützer*innen

Thomas Künstler (KV Mitte); Lucas Gerrits (KV Mitte)

P30-017 Projekt 30: Medienbildung von klein auf

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P30

Von Zeile 16 bis 18 einfügen:

Lern- und Lehrinhalte und bauen die Angebote für Schulungen für Eltern und Interessierte aus. Statt auf staatliche Kontrolle und Bevormundung setzen wir auf Eigenverantwortung. Des weiteren sollen die Schüler*innen auch im bewussten Umgang mit Werbebildern geschult werden. Im Unterricht sollen die grundlegenden Prinzipien und Wirkungsweisen von Werbung sowie Marketing vermittelt und auf vorhandene Probleme wie sexistische oder diskriminierende Darstellungen hingewiesen werden. Um es Eltern zu erleichtern, mit ihren Kindern die Nutzung von Internet, Smartphone, Konsole

Begründung

Täglich treffen die Berliner Bürger*innen unzählige Werbebotschaften - auf der Straße, in der Bahn, vor dem heimischen Fernseher oder im Internet. Insbesondere Kinder können die verlockenden Botschaften der Werbeindustrie oftmals nicht richtig einordnen und wissen nicht angemessen damit umzugehen. Neben den Eltern muss auch die Schule in diesem Punkt ihrem Bildungsauftrag gerecht werden und die Schüler*innen mit dem verkaufsfördernden Zweck und den Methoden der Werbung vertraut machen. Außerdem muss insbesondere die häufige sexistische Darstellung von Frauen durch die Werbebranche im Unterricht thematisiert und kritisch beäugt werden, damit die Kinder die dargestellten Rollenzuschreibungen nicht ohne Hinterfragung verinnerlichen.

P31-002 Projekt 31: Vereinssport stärken

Antragsteller*in: Jutta Schmidt- Stanojevic (LAG Sport, KV Frieke)

Änderungsantrag zu P31

Von Zeile 2 bis 19:

~~Der Sportverein ist für viele Berliner*innen die erste Adresse, wenn es um Sport geht. Ohne Vereinssport ist der Kinder- und Jugendsport, sind Integration und Inklusion und die Förderung von Leistungssport nicht zu denken. Ehrenamtliches Engagement und eine feste Verankerung im Gemeinwesen sind zentrale Pfeiler dieses Modells, und das wollen wir weiter stärken. Deswegen setzen wir uns für eine verbindlichere Sportförderung ein, von der auch die ehrenamtlichen Trainer*innen profitieren. Wir wollen mit dem Landessportbund einen Vertrag schließen, in dem sowohl die Ziele der Sportförderung als auch die Landesmittel festgelegt werden. So wird diese Arbeit unabhängig von Lottomitteln. Fortbildungsangebote der Vereine und Schwerpunktaktivitäten zum Beispiel im Mädchensport oder bei der Inklusion sollen besser finanziert werden. So unterstützen wir Verbände und Vereine darin, sich neuen Zielgruppen zu öffnen, und bringen damit den organisierten und den unorganisierten Sport einander näher. Sport und Bewegung müssen für alle möglich sein – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, sozialem Status oder Behinderung. Wir werden Initiativen für Frauen- und Mädchensport, Integration von Flüchtlingen und Initiativen gegen Homo- und Transphobie stärker unterstützen. Inklusion im Sport braucht bauliche Barrierefreiheit, aber auch die aktive Aufnahme und Integration von Parasportler*innen in Vereine und Sportgruppen. Jugend trainiert für Olympia/für Paralympics macht vor, was Inklusion sein kann, selbst innerhalb der engen Regeln des leistungsorientierten Sports.~~

Ersetzungsantrag

Sportliche Vielfalt in Sportverein, Schule und Freizeit stärken

Sport und Bewegung muss für Alle möglich sein - unabhängig vom Alter, Geschlecht, Herkunft, sozialem Status oder für Menschen mit Behinderungen.

Der Sportverein ist für viele Berliner*innen die erste Adresse, wenn es um Sport geht. Allerdings ist in den letzten Jahren auch die Zahl der Berliner*innen gestiegen, die vereinsungebunden Sport treiben.

Ohne das Angebot vieler Sportvereine aber ist der Kinder- und Jugendsport, sind Integration und Inklusion nicht denkbar.

Wir wollen den Sport in seiner gesamten Vielfalt stärken und den notwendigen Platz dafür schaffen. Deshalb sollten die Sportanlagen auch für vereinsungebundenen Sport soweit wie möglich geöffnet werden. Dazu ist es notwendig mehr Geld in die Sanierung und den Neubau von Sportanlagen zu investieren. In der Stadtplanung müssen mehr Flächen für Sportanlagen geschaffen werden.

Ein besonderes Augenmerk richten wir auch auf den Schulsport. Im Schulsport müssen mehr Kooperationen zwischen Sportvereinen und Schulen ermöglicht und finanziell abgesichert werden.

Dazu wollen wir einen Vertrag mit dem Landessportbund schließen um das ehrenamtliche Engagement von z.B. Trainer*innen und Übungsleiter*innen zu unterstützen.

Wir wollen Sportverbände- und Vereine darin unterstützen sich neuen Zielgruppen wie z.B. dem Frauen- und Mädchensport und der Inklusion verstärkt zu öffnen. Darüber hinaus wollen wir Initiativen für den Mädchen- und Frauensport, der Integration von Flüchtlingen sowie Initiativen gegen Homo- und Transphobie deutlicher unterstützen.

Inklusion im Sport braucht bauliche Barrierfreiheit, aber auch die Sportvereine müssen bei der aktiven Aufnahme von Menschen mit Behinderungen finanziell und Fortbildungsangeboten unterstützt werden.

Die bezirklichen Sportfeste für Menschen mit und ohne Behinderungen machen vor, was auf diesem gebiet möglich ist.

Begründung

Viele wichtige Bestandteile waren nicht beschrieben und mußten geändert und ergänzt werden.

P32-001 Projekt 32: Wissenschaft als Beruf, von dem man auch leben kann

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P32

In Zeile 1 löschen:

~~Wissenschaft als Beruf, von dem man auch leben kann~~

Begründung

Titel "Von Wissenschaft leben können" wie im Programmentwurf vom 29.2.2016 beibehalten.

P32-002 Projekt 32: Wissenschaft als Beruf, von dem man auch leben kann

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P32

Von Zeile 2 bis 19:

~~In Berlin arbeiten über 60.000 Menschen in der Wissenschaft. Ein Großteil dieser Arbeitsverhältnisse ist jedoch befristet und durch Abhängigkeitsverhältnisse geprägt, wovon gerade junge Wissenschaftler*innen unverhältnismäßig stark betroffen sind. Prekarisierung, Befristung und Outsourcing von Beschäftigung sind an der Tagesordnung. Wir wollen, dass öffentliche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen gute, existenzsichernde Arbeit für den wissenschaftlichen Nachwuchs anbieten. Wir wollen länger laufende Verträge, die eine planbare Karriere in der Wissenschaft, eine langfristige Lebensplanung und die Gründung einer Familie ermöglichen. Wir verbessern sowohl die Promotionsbedingungen als auch die Personalstrukturen besonders für Postdocs und schaffen attraktive Karrierewege vor und neben der Professur. Wir verbessern sowohl die Situation der Lehrbeauftragten als auch die Tarifverträge für Tutor*innen deutlich. Anders als der rot-schwarze Senat sind wir bereit, die Personalstrukturen der Wissenschaftsinstitutionen zu reformieren und eine Pflicht zur nachhaltigen Personalentwicklung an den Hochschulen einzuführen. Und wir setzen der Tariffucht durch Outsourcing von Personal ein Ende; das hat die Linkspartei immer gefordert, es aber in zehn Jahren Regierungsbeteiligung nicht verhindert. Mit diesen Maßnahmen erhalten wir zugleich die Konkurrenzfähigkeit der Berliner Wissenschaftslandschaft. Unser Ziel ist es, exzellente Wissenschaftler*innen und zusätzliche Forschungsgelder nach Berlin zu holen.~~ Prekarisierung und Outsourcing von Beschäftigung sind an der Tagesordnung. Ein Großteil dieser Arbeitsverhältnisse ist befristet und durch Abhängigkeitsverhältnisse geprägt, wovon gerade junge Wissenschaftler*innen unverhältnismäßig stark betroffen sind. Wir wollen, dass öffentliche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen gute, existenzsichernde Arbeitsplätze anbieten. Länger laufende Verträge sollen eine planbare Karriere in der Wissenschaft, eine langfristige Lebensplanung und die Gründung einer Familie ermöglichen. Dafür sind wir bereit, die Personalstrukturen der Wissenschaftsinstitutionen zu reformieren und eine Pflicht zur nachhaltigen Personalentwicklung an den Hochschulen einzuführen. Die Promotionsbedingungen verbessern wir mit mehrjährigen Vertragslaufzeiten, die dem tatsächlichen Arbeits- und Qualifizierungsaufwand entsprechen. Spätestens im Post-Doc Bereich müssen attraktive Karrieren vor und neben der Professur mit dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen einhergehen. Ebenso wollen wir der Tariffucht durch das Outsourcing von Personal ein Ende setzen. Damit verbessern wir sowohl die Situation der Lehrbeauftragten als auch die Tarifverträge für Tutor*innen deutlich. Mit diesen Maßnahmen erhalten wir zugleich die Konkurrenzfähigkeit der Berliner Wissenschaftslandschaft.

Begründung

Titel sollte wie im Programmwurf vom 29.2.2016 erhalten bleiben.

Das Projekt beruht inhaltlich auf dem von der LAG Wissenschaft am 1.7.2015 beschlossenen Positionspapier "[Verlässliche Personal- und Promotionsstrukturen in Berlin](#)". Die vorgenommenen Änderungen stellen daher eine Angleichung an die dort formulierten Forderungen dar. Diese Forderungen gehen über gute und existenzsichernde Arbeitsplätze für den wissenschaftlichen Nachwuchs hinaus, sondern wollen die Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten an den Hochschulen verbessern. Somit ist die entsprechende Textstelle hier zu streichen.

Im Programmentwurf ist dies das einzige Projekt in dem das Versagen der anderen Parteien dargestellt wird und dies auch gleich noch an zwei Stellen. Dies erscheint unverhältnismäßig, ist unnützlich und trägt nicht zum Transport der in die Zukunft orientierten Zielformulierung des Projektes bei. Entsprechend sollten diese Stellen gestrichen werden.

Begründung für Streichung des letzten Satzes: Die hier getroffene Aussage hat nichts mit der eigentlichen Forderung des Projektes, mit Wissenschaft seinen Lebensunterhalt zu verdienen, zu tun und sollte daher, insbesondere durch ihre prägnante Stellung am Ende des Absatzes, gestrichen werden.

P33-001 Projekt 33: Unfreiwillige Studienabbrüche verhindern

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P33

In Zeile 1 löschen:

~~Unfreiwillige Studienabbrüche verhindern~~

Begründung

Der Titel des Projekts soll durch:

"Bunte Hochschulen fördern – Soziale Infrastruktur stärken"

ersetzt werden.

Diese Titeländerung erfolgt analog zu unserem (weitgehenden) Änderungsantrag für den Fließtext.
Kurz zusammengefasst:

Wir wollen sozial durchmischte Hochschulen fördern, indem wir die soziale Infrastruktur ausbauen. Die Verhinderung unfreiwilliger Studienabbrüche ist hierbei nicht das Kernziel, sondern maximal ein positiver Nebeneffekt.

P33-002 Projekt 33: Unfreiwillige Studienabbrüche verhindern

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P33

Von Zeile 2 bis 4 einfügen:

Mangelnde Unterstützung ist einer der häufigsten Gründe für einen unfreiwilligen Studienabbruch. Gerade junge Menschen, die nicht aus Akademikerfamilien kommen oder keinen deutschen Bildungsabschluss haben, brauchen mehr Unterstützung. Wir Grüne wollen, dass die Entscheidung für ein Studium unabhängig von

Begründung

erfolgt mündlich

P33-002-2 Projekt 33: Unfreiwillige Studienabbrüche verhindern

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P33

Von Zeile 1 bis 17:

Wir Grüne wollen, dass die Entscheidung für ein Studium unabhängig von Herkunft und finanzieller Lage wird.

~~Mangelnde Unterstützung ist einer der häufigsten Gründe für einen unfreiwilligen Studienabbruch. Gerade junge Menschen, die nicht aus Akademikerfamilien kommen, brauchen mehr Unterstützung. Wir Grüne wollen, dass die Entscheidung für ein Studium unabhängig von Herkunft und finanzieller Lage wird. Wir wollen die soziale Infrastruktur für das Studium ausbauen. Dazu gehört auch eine bessere Finanzierung des Studentenwerks, um die Sozialbeiträge für die Studierenden stabil zu halten. Niedrigschwellige Angebote müssen gut und erreichbar sein, damit Hilfe ankommt. Das werden wir im nächsten Rahmenvertrag mit dem Studentenwerk verankern. Studiengebühren lehnen wir ab. Die Attraktivität Berlins zeigt sich auch bei der Zusammensetzung der Studierendenschaft: Über 50 Prozent der Studierenden kommen nicht aus Berlin. Wir haben sowohl überdurchschnittlich viele Studierende aus finanziell besser gestellten Familien als auch aus Nicht-Akademikerhaushalten. Dazu kommen relativ viele ältere Studierende und solche mit Familie und Kindern. Das alles erfordert gezielte Beratungs- und Unterstützungsangebote. Eines der dringendsten Probleme ist dabei die Wohnungsfrage. Dabei setzen wir nicht allein auf die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, sondern wollen auch mit Genossenschaften und anderen gemeinwohlorientierten Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt Projekte entwickeln.~~

Deshalb lehnen wir Studiengebühren jeder Art ab. Wir wollen außerdem die soziale Infrastruktur für Studierende gemeinsam mit den Studierenden stärken. Schon jetzt kommen Studierende in Berlin überdurchschnittlich oft aus Familien mit hohem Bildungsstand; Studierende aus nicht-akademischen Elternhäusern sind stark unterrepräsentiert. Gleichzeitig gibt es in Berlin vergleichsweise viele Studierende mit Kindern, für welche die Betreuung ausgebaut werden muss. Wir wollen daher das Unterstützungsangebot für diese beiden Gruppen gezielt ausbauen ohne den Sozialbeitrag für Studierende zu erhöhen. Hierzu muss das Studierendenwerk bereits mit dem nächsten Rahmenvertrag besser finanziert werden. Denn es ist nicht nur der etablierte Anbieter sozialer Dienstleistungen für Studierende in Berlin, es ist auch der einzige, in dem diese ein Mitspracherecht haben.

Berlin ist für Studierende aus der ganzen Welt attraktiv; circa die Hälfte der Studierenden kommt von außerhalb. Das finden wir toll! Nicht nur für Zugezogene ist allerdings die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum wichtig. Bereits 2012 war studentisches Wohnen in Berlin teurer als im Bundesdurchschnitt. Wir wollen gemeinsam mit dem Studierendenwerk und anderen gemeinwohlorientierten Akteur*innen dafür sorgen, dass mehr studentischer Wohnraum geschaffen wird, damit Studieren in Berlin bezahlbar bleibt.

Begründung

Ziel des ursprünglich von der LAG Wissenschaft eingereichten Projekts war es, die soziale Infrastruktur für Studierende in Berlin zu stärken, um eine soziale Öffnung der Hochschulen für Menschen mit unterschiedlichen Bildungsbiographien und Herkunftsn zu erleichtern. Dieses Ziel wurde im von der Schreibgruppe vorgeschlagenen Antrag zugunsten der Verhinderung von unfreiwilligen Studienabbrüchen in den Hintergrund verschoben. Die Verhinderung unerwünschter Studienabbrüche

kann zwar ein (positiver) Effekt guter sozialer Unterstützungsmöglichkeiten für Studierende sein, ist für uns jedoch eher ein Nebeneffekt. Im Vordergrund sollte die Forderung nach bunten, sozial durchmischten Hochschulen stehen. Der zweite Satz der Schreibgruppenversion fasst dieses ursprüngliche Ziel des Projekts gut zusammen und ist für sich gesehen eine starke Aussage. Daher wird dieser Satz mit dem Änderungsantrag an den Anfang verschoben. Der Projekttitle wird entsprechend angepasst. Die restlichen Änderungen konkretisieren aktuelle soziale Problemlagen auf Grundlage der letzten Sozialerhebung des Studierendenwerks und passen den Text redaktionell an die oben benannte inhaltliche Umstellung an.

Außerdem wird im Vergleich mit dem Vorschlag der Schreibgruppe die aus unserer Perspektive zentrale Rolle des Studierendenwerks in der Erbringung sozialer Dienstleistungen für Studierende in Berlin betont. Während der aktuelle Senat durch Unterfinanzierung des Studierendenwerks eine Erhöhung der Sozialbeiträge in Kauf nimmt und beim Neubau von Wohnheimplätzen auf Wohnungsbaugesellschaften setzt, wollen wir das Studierendenwerk stärken, u.a. da dort auch Studierende über den Verwaltungsrat ein Mitspracherecht haben.

P33-006 Projekt 33: Unfreiwillige Studienabbrüche verhindern

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P33

Von Zeile 5 bis 7 einfügen:

Herkunft und finanzieller Lage wird. Wir wollen die soziale Infrastruktur für das Studium ausbauen und Abschiebungen von Studierenden ohne deutschen Pass verhindern. Dazu gehört auch eine bessere Finanzierung des Studentenwerks, um die Sozialbeiträge für die Studierenden stabil zu halten. Niedrigschwellige Angebote müssen gut

Begründung

erfolgt mündlich

P34-002 Projekt 34: Innovationshauptstadt Berlin

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P34

Von Zeile 1 bis 18:

Nachhaltige Gründungshauptstadt Berlin (Neue Überschrift)

~~Berlins Gründungskultur ist ein Impulsgeber der Stadt. Als Politik wollen wir den Gründer*innen nicht reinreden, sondern Rahmenbedingungen für erfolgreiche Innovationen schaffen. Dafür werden wir Flächen sichern, günstige Mieten für Gründer*innen vorhalten, neue Coworking-Spaces unterstützen und Orte des Netzwerks und Förderns mit etablierten Unternehmen und Wagniskapitalgeber*innen ermöglichen. Wir holen mehr Risiko- und Wachstumskapital sowie Business Angels nach Berlin und werden Kontakte zu Investor*innen und etablierten Unternehmen erleichtern. Wir werden Bürokratie ab- und die vorhandenen Beratungsstellen ausbauen. Zur Förderung der besten Ideen werden wir die Regeln der Geldvergabe der Investitionsbank Berlin-Brandenburg an die neuen Wirtschaftsmodelle anpassen, damit schneller und nach den Bedürfnissen der Gründer*innen investiert wird. Dafür brauchen wir eine neue Kultur des Scheiterns, die zweite und dritte Chancen gewährt. Im Rahmen von Wettbewerben werden soziale und ökologische Innovationen, etwa aus den Bereichen Umweltschutz, Demokratie, Bildung und Integration, stärker gefördert. Außerdem soll ein spezielles Mentoringprogramm aufgelegt werden, insbesondere um Frauen zu (Aus-)Gründungen aus dem universitären Umfeld zu ermutigen. Teilzeitgründungen werden stärker in den Fokus gerückt und Gründungen im Rahmen einer Nachfolgeregelung durch die Mitarbeiter*innen oder aus der Arbeitslosigkeit heraus werden stärker unterstützt.~~

Berlins Gründungskultur ist ein Pulsgeber der Stadt und elementar, um die Herausforderungen der Zukunft anzugehen. Wir wollen innovativen Technologie-Start-Ups ebenso wie traditionellen Gründungen Rahmenbedingungen für erfolgreiches und nachhaltiges Wirtschaften bereitstellen. Dafür werden wir Flächen sichern, für bezahlbare Gewerbemieträume sorgen und die Förderkriterien der IBB – wo nötig – auf neue Bedürfnisse ausrichten.

Berlin ist seit Jahren das Land mit den meisten Gründungen, gemessen an der Bevölkerungszahl. Diese Kultur der Selbstständigkeit und Risikobereitschaft, die nicht selbstverständlich ist, wollen wir mit guter Beratung schon in der Konzeptphase unterstützen. Denn über 40% der Start-Ups scheitern an einer falschen Markteinschätzung.

Wir haben daneben die Wachstumsphase von Unternehmen im Auge. Gerade dann ist der Kapitalbedarf am höchsten. Um eine Abwanderung aus Finanzierungsgründen zu verhindern, werden wir die Fördermittel der IBB im Wagniskapitalbereich für diese Expansionsphasen von Betrieben maßgeblich erhöhen.

Neben den technikorientierten Unternehmen gilt aber auch den sozialen und ökologischen Gründungen, etwa aus den Bereichen Dienstleistungen, Umweltschutz, Bildung oder Integration unser besonderes Augenmerk. Mit der Verbindung von technischer und sozialer Innovation wird unsere Gesellschaft sozial und nachhaltig.

Begründung

In unserer Neufassung haben wir uns auf Gründungen konzentriert. Damit bekommen wir vertiefende Aussagen, die sich auf den Antrag K2.4 beziehen.

Das Projekt in der Ursprungsform vereint eine Reihe von Vorschlägen, die sehr heterogen sind und nur in Teilen mit der Überschrift zu tun haben. Die Zielrichtung war unklar: Geht es um Gründungsförderung schlechthin oder um Unterstützung von Start-ups mit hohem Innovationspotenzial?

P34-006 Projekt 34: Innovationshauptstadt Berlin

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Änderungsantrag zu P34

Von Zeile 5 bis 8 löschen:

neue Coworking-Spaces unterstützen und Orte des Netzwerkes und Förderns mit etablierten Unternehmen ~~und Wagniskapitalgeber*innen~~ ermöglichen. Wir holen mehr ~~Risiko- und Wachstumskapital sowie~~ Business Angels nach Berlin und werden Kontakte zu Investor*innen und etablierten Unternehmen erleichtern. Wir werden Bürokratie ab- und die vorhandenen

Begründung

erfolgt mündlich

P34-012 Projekt 34: Innovationshauptstadt Berlin

Antragsteller*in: Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu P34

Von Zeile 11 bis 13 einfügen:

anpassen, damit schneller und nach den Bedürfnissen der Gründer*innen investiert wird. Dafür brauchen wir eine neue Kultur des Scheiterns, die zweite und dritte Chancen gewährt. [Um die Rahmenbedingungen für Wagniskapital zu verbessern, wollen wir uns auf der Bundesebene für ein Venture-Capital-Gesetz einsetzen.](#) Im Rahmen von Wettbewerben werden soziale und ökologische Innovationen, etwa aus den Bereichen

Begründung

Die Verabschiedung eines Venture-Capital-Gesetzes steht zwar im Koalitionsvertrag der Bundesregierung, doch setzt sie dies bis heute nicht um. Solch ein Gesetz würde die Rahmenbedingungen für Wagniskapital verbessern, das die ExistenzgründerInnen für die Ausfinanzierung ihrer Unternehmen benötigen. Die fehlende Gesetzeslage stellt heute ein großes Hindernis für die Gründerszene und damit auch für den Gründerstandort Berlin dar. Daher müssen wir Berliner Grünen uns auf Bundesebene für solch ein Gesetz einsetzen.

Unterstützer*innen

Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte)

P34-012-2 Projekt 34: Innovationshauptstadt Berlin

Antragsteller*in: Lucas Gerrits (KV Mitte)

Änderungsantrag zu P34

Von Zeile 11 bis 18:

anpassen, damit schneller und nach den Bedürfnissen der Gründer*innen investiert wird. Dafür brauchen wir eine neue Kultur des Scheiterns, die zweite und dritte Chancen gewährt. ~~Im Rahmen von Wettbewerben werden soziale und ökologische Innovationen, etwa aus den Bereichen Umweltschutz, Demokratie, Bildung und Integration, stärker gefördert. Außerdem soll ein spezielles Mentoringprogramm aufgelegt werden, insbesondere um Frauen zu (Aus-)Gründungen aus dem universitären Umfeld zu ermutigen. Teilzeitgründungen werden stärker in den Fokus gerückt und Gründungen im Rahmen einer Nachfolgeregelung durch die Mitarbeiter*innen oder aus der Arbeitslosigkeit heraus werden stärker unterstützt.~~

Bei der (digitalen) Gründungswelle wollen wir nachhaltig und langfristig orientierte Unternehmen durch passende Förderinstrumente wie Wettbewerbe für soziale und ökologische Innovationen, etwa aus den Bereichen Umweltschutz, Demokratie, Bildung und Integration, stärker unterstützen.

Außerdem soll ein spezielles Mentoringprogramm aufgelegt werden, insbesondere um Frauen zu (Aus-)Gründungen aus dem universitären Umfeld zu ermutigen. Teilzeitgründungen werden stärker in den Fokus gerückt und Gründungen im Rahmen einer Nachfolgeregelung durch die Mitarbeiter*innen oder aus der Arbeitslosigkeit heraus werden stärker unterstützt.

Begründung

Um die kreativen Ideen in Hinblick auf soziale und ökologische Innovationen stärker zu fördern, sollten wir explizit nachhaltig und langfristig orientierte Unternehmen nennen, die wir durch passende Förderinstrumente unterstützen wollen.

Unterstützer*innen

Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

P34-015 Projekt 34: Innovationshauptstadt Berlin

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P34

Von Zeile 14 bis 17:

Umweltschutz, Demokratie, Bildung und Integration, stärker gefördert. Außerdem soll ein spezielles Mentoringprogramm aufgelegt werden, ~~insbesondere um Frauen zu (Aus-)Gründungen~~ Frauenanteil an (Aus)Gründungen aus dem ~~universitären Umfeld~~ Hochschulumfeld zu ~~ermutigenerhöhen~~. Teilzeitgründungen werden stärker in den Fokus gerückt und Gründungen im Rahmen einer Nachfolgeregelung durch die Mitarbeiter*innen oder

Begründung

Durch die Umformulierung soll deutlicher werden, dass die Zahl von gründenden Frauen bisher niedrig ist und daher spezifisch unterstützt werden sollte. Dies wird bei der bisherigen Formulierung nicht deutlich.

Ferner sollte der Begriff "Hochschulen" statt "Universitäten" verwendet werden, welcher auch die Fachhochschulen mit ihren Gründungszentren umfasst.

P34-018 Projekt 34: Innovationshauptstadt Berlin

Antragsteller*in: Michael Schäfer (KV Mitte)

Änderungsantrag zu P34

Nach Zeile 18 einfügen:

Einfügen eines neuen Projekts (nach bisherigem Projekt 33):

Berlins Wirtschaft wächst grün

Immer mehr junge Berliner Unternehmen verdienen ihr Geld mit grünen Ideen. Eines installiert 30.000 Solaranlagen in Afrika, finanziert durch Mikrokredite, die übers Smartphone abbezahlt werden. Ein anderes entwickelt ein Verfahren um Wasserstoff effizienter und günstiger als je zuvor zu produzieren. Und das nächste entwickelt einen mobilen Zähler mit dem schnell und günstig Straßenlaternen als Ladestellen für Elektromobile genutzt werden können.

Wir wollen einen Senat, der die neuen Ideen dieser Unternehmen endlich als Chance sieht statt als Bedrohung. Einen Senat, der Ausschreibungen so gestaltet, dass junge Berliner Unternehmen eine Chance haben - statt sie praktisch davon auszuschließen wie es bei den Elektromobil-Ladesäulen geschehen ist.

Wir wollen eine konsequente Klimapolitik des Landes umsetzen, so wie sie die Enquete-Kommission des Abgeordnetenhauses Ende 2015 einstimmig empfohlen hat. So wird Berlin vom Nachzügler zum Vorreiter beim Klimaschutz. Und die Vorreiter werden die neuen Energietechnologien entwickeln, die die Nachzügler später importieren müssen. Deshalb wollen wir möglichst hohe zusätzliche Investitionen in die Energiewende mobilisieren - und zwar sowohl aus der Privatwirtschaft als auch staatliche Investitionen, vor allem über das Klimastadtwerk.

Wir wollen die blühende Startup-Landschaft stärken. Der Science Park Adlershof und der dann ehemalige Flughafen Tegel können zu internationalen Schaufenstern neuer Energiewendetechnologie werden.“ Aber quer durch die Stadt wollen wir auch die Vielfalt der Startup-Szene von Green Fashion über Green Chemistry bis Food unterstützen.

Begründung

Die letzte LDK hat in einem einstimmigen Beschluss die ökonomischen Potenziale des Klimaschutzes für Berlin betont. Dies sollte sich auch im Programm zeigen.

Unterstützer*innen

Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Renate Künast (KV Tempelhof-Schöneberg); Andreas Otto (KV Pankow); Alexander Koch (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Taylan Kurt (KV Mitte); André Stephan (KV Tempelhof-Schöneberg); Henning Bublitz (KV Mitte); Lucas Gerrits (KV Mitte); Christopher Pieper (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Heinz Rudolf Umlauf (KV Mitte); Heike Kähler (KV Mitte)

P35-001 Projekt 35: Mittelstand 4.0

Antragsteller*in: Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P35

In Zeile 1:

~~Mittelstand 4.0~~

KMU 4.0: Digital, Innovativ, Nachhaltig - Grün!

Begründung

Das Projekt „Mittelstand 4.0“ hörte sich bisher unbestimmt an. Zusammen mit den inhaltlichen Änderungen ist dies ein geeigneter Projekttitel.

Unterstützer*innen

LAG Wirtschaft und Finanzen

P35-002 Projekt 35: Mittelstand 4.0

Antragsteller*in: Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P35

Von Zeile 2 bis 9:

Immer mehr Unternehmen und Startups erkennen, dass sie mit grünen Ideen nicht nur schwarze Zahlen schreiben können. ~~Wir wollen~~ Entscheidend ist, dass die ~~Berliner~~ digitale Wirtschaft ~~im Zusammenspiel von Digitalisierung~~ Berlins sich nachhaltig entwickelt. Digitale Innovationen etwa in den Bereichen Energie- und Nachhaltigkeit weiter wächst Emissionseinsparungen, Datenschutz, soziales Miteinander oder Gemeingüter sind der Kern nachhaltigen Wirtschaftens. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der Digitalwirtschaft sowie Handwerksbetriebe und Selbständige mit solchen nachhaltigen Ansätzen werden wir ~~dafür~~ deshalb gezielt fördern. Berlin hat als Zentrum digitaler Startups und innovativer Unternehmensgründungen beste Voraussetzungen dafür, dass die Berliner Wirtschaft insgesamt von der Digitalisierung profitiert. Wir schaffen den Rahmen dafür: mit einer nachhaltigen Digitalisierungsstrategie, die in allen relevanten Bereichen von Bildung über Energie bis hin zur Infrastruktur greift. Im Senat richten wir

Von Zeile 11 bis 13:

Senatsverwaltungen federführend koordiniert. Die Energie- und Ressourcenwende wird mithilfe neuer ~~Speichertechnologien~~ Energiespeichertechnologien, intelligenter Energienetze und vernetzter Mobilität oder schlicht weniger Energieverbrauch vollzogen vollzogen. Das Management von Energieangebot und -bedarf ist ohne Digitalisierung nicht mehr denkbar.

Von Zeile 15 bis 18:

Unternehmen bei der Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs. Insbesondere Start-ups und ~~mittelständische~~ Unternehmen der digitalen Wirtschaft sind auf ein leistungsfähiges, schnelles Internet angewiesen. Wir wollen daher bis 2021 den flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes mit zukunftsfähigen ~~glasfaserbasierten Internetanschlüssen~~ Technologien erreichen.

Begründung

Das Projekt „Mittelstand 4.0“ hörte sich bisher unbestimmt an. Durch die Ergänzungen wird deutlich, dass wir sehr klare Vorstellungen von wirtschaftlichem Wachstum haben. Wir befürworten nachhaltiges Wachstum! Deshalb wird anhand der Begriffe deutlich gemacht wie diese Wachstums aussehen sollen: nachhaltig und grün! Insbesondere unsere Wähler*innen wollen klare Aussagen statt offenem Politsprech.

Im Antragstext wird durch die Änderung der Widerspruch aufgehoben „gezielt“ mehr oder weniger alle „KMUs, Handwerker und Selbstständige“ fördern zu wollen. Da digitale Innovationen nicht per se nachhaltiges, grünes Wachstum bedeuten, wird mit der Änderung deutlich gemacht welche Wachstumfelder wir als nachhaltig erachten. Dies passiert mit dem ergänzten, definitorischen Satz. Damit wird der auf folgenden Satz überflüssig und daher gestrichen.

Der einfachste Weg zur Energie- und Ressourcenwende ist, wenn Unternehmen weniger Energie verbrauchen. Suffizienz (Verzicht auf Verzichtbares) darf nicht fehlen, wenn wir es ernst mit der Ressourcenwende meinen.

Unterstützer*innen

LAG Wirtschaft und Finanzen; David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Turgut Altug (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Heidi Kosche (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Valentin Münscher (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tim Lüddemann (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P35-002-2 Projekt 35: Mittelstand 4.0

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Änderungsantrag zu P35

Von Zeile 2 bis 3:

Immer mehr **Unternehmenjunge** und **Startups**etablierte Unternehmen erkennen, dass sie mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben können. Wir wollen, dass die Berliner Wirtschaft im Zusammenspiel von

Von Zeile 5 bis 8:

Digitalwirtschaft sowie Handwerksbetriebe und Selbständige werden wir dafür gezielt fördern. Berlin hat als Zentrum digitaler **Startups**-und innovativer Unternehmensgründungen beste Voraussetzungen, dass die Berliner Wirtschaft insgesamt auch von der Digitalisierung profitiert. Wir schaffen den Rahmen dafür: mit einer Digitalisierungsstrategie, die in allen relevanten

Von Zeile 14 bis 16 löschen:

Der gezielte Einsatz von Smart-Grid-Technologie für ein intelligentes Stromnetz hilft auch Unternehmen bei der Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs. Insbesondere **Start-ups**-und mittelständische Unternehmen der digitalen Wirtschaft sind auf ein leistungsfähiges,

Begründung

erfolgt mündlich

P35-004 Projekt 35: Mittelstand 4.0

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P35

Von Zeile 3 bis 5:

schreiben können. Wir wollen, dass die Berliner Wirtschaft im Zusammenspiel von Digitalisierung und Nachhaltigkeit ~~weiter-wächst~~weiterentwickelt. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der Digitalwirtschaft sowie Handwerksbetriebe und Selbständige werden wir dafür gezielt fördern.

Begründung

mündlich

P35-009 Projekt 35: Mittelstand 4.0

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Vorstand Kreisverband CharlWilm)

Änderungsantrag zu P35

Von Zeile 8 bis 10 einfügen:

Wir schaffen den Rahmen dafür: mit einer Digitalisierungsstrategie, die in allen relevanten Bereichen von Bildung über Energie bis hin zur Infrastruktur greift. Dabei werden wir ein besonderes Augenmerk richten auf Fortbildungsmöglichkeiten von Handwerkern. Auch wollen wir durch geeignete Eingliederungsmaßnahmen für Migranten den Fachkräftemangel im Handwerk abmildern. Im Senat richten wir eine zentrale Stabsstelle ein, die alle digitalisierungsrelevanten Aktivitäten der einzelnen

Begründung

Die Arbeitswelt im Handwerk und Mittelstand verändert sich rasant durch den Einsatz moderner Geräte, Maschinen und Hilfsmittel. Die fortschreitende Digitalisierung wirkt sich auf Arbeitsinhalte, Arbeitsprozesse und die Arbeitsumgebung aus. Alle Beschäftigten werden durch den zunehmenden Einsatz neuer und schnellerer Technologien mit deutlich höheren Anforderungen konfrontiert. Um den Wandel zu gestalten, muss die Bildungspolitik und Fortbildungsangebote Vor-Ort zentraler Baustein einer Innovationsstrategie sein, die das lebensbegleitende Lernen umfasst.

Die Qualifikation des Fachkräftenachwuchses sowie eine positive Gründerkultur sind durch (gesetzgeberische) Maßnahmen zu unterstützen. Hier bietet der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland eine große Chance, die durch Investitionen in die Eingliederung von Migrant*innen gefördert werden müssen. Der Staat hat die Aufgabe politische Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auch im Handwerk ausreichende Ressourcen vorhanden sind.

Unterstützer*innen

Dr. Hartwig Berger (LAG Umwelt)

P36-015 Projekt 36: Solidarische Ökonomie gezielt fördern

Antragsteller*in: Johanna Ferretti (LAG Umwelt)

Änderungsantrag zu P36

Nach Zeile 15 einfügen:

Weiterhin wollen wir die vielfältigen bottom-up Initiativen- und Prozesse unterstützen, die bereits jetzt neue Formen des Zusammenlebens und Nicht-Konsumierens vorleben und damit experimentieren. Denn sie verwandeln Berlin so in eine Reallabor für eine gesellschaftliche Entwicklung in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation.

Begründung

Diese Ergänzung schlage ich vor, da für eine Postwachstumsgesellschaft auch Aktivitäten jenseits neuer Wirtschaftsformen erprobt werden müssen. Diese Initiativen, von denen insbesondere in Berlin eine Vielzahl existieren, sollten auch Würdigung und Unterstützung seitens der Politik erfahren. Ich meine damit z.B. Initiativen, die sich für werbefreie Straßenräume einsetzen oder food sharing Initiativen (z.B. die Initiative im Prenzelberg, die einen Kühlschrank betreibt, in dem jede/r Nahrungsmittel legen kann, die er/sie nicht mehr braucht, die aber noch gegessen werden könnten).

P37-001 Projekt 37: Ein Preis für die Migrantische Ökonomie

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Redaktionelle Änderung

Ersetze in Präambel, allen Kapiteln und Projekten das Wort "Flüchtlinge" durch "Geflüchtete".

Begründung

Wir empfinden die Rhetorik "des Flüchtlings" als herabwürdigend. Sie reiht sich ein in Konstrukte wie der „Flüchtlingskrise“ oder „Flüchtlingswelle“. Wir würden uns gerne von diese Rhetorik abgrenzen.

P37-005 Projekt 37: Ein Preis für die Migrantische Ökonomie

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P37

Von Zeile 4 bis 7:

Berlins. Wir wollen migrantische Unternehmen gezielt fördern – auch, um auf diese Weise ausländische Direktinvestitionen und Handelsbeziehungen zu ~~aktivieren, Fachkräfte anzulocken~~ ~~und~~ aktivieren und innovative Gründungen anzustoßen. Deshalb loben wir einen Wirtschaftspreis für die Migrantische Ökonomie Berlins aus. Er soll migrantische Unternehmen mit positiver

Begründung

Wir wollen unseren Fachkräftemangel nicht dadurch beheben, dass wir Fachkräfte aus dem Ausland abwerben, sondern dazu anregen, dass in Deutschland die Ausbildungen attraktiver werden.

P37-014 Projekt 37: Ein Preis für die Migrantische Ökonomie

Antragsteller*in: Turgut Altug, Alexander Klose, Susanna Kahlefeld (KV Friedrichshain-Kreuzberg, KV-Charlottenburg-Wilmersdorf, KV-Neukölln)

Änderungsantrag zu P37

Von Zeile 13 bis 18:

Dokumente nicht in deutscher Übersetzung vorliegen; sei es, dass die Originale nicht mehr vorhanden sind, wie es bei Geflüchteten oftmals der Fall ist. ~~Hier ist eine spezialisierte Beratung und Unterstützung notwendig. Für Neuankommende in Deutschland wollen wir ein Business-Coaching einrichten, das dabei hilft, sich im Behördenschwung zurechtzufinden. Damit auch die Geflüchteten baldmöglichst in der Berliner Wirtschaft selbst aktiv werden können.~~

Für migrantische Unternehmen wollen wir ein Business-Coaching einrichten. Es soll solche Unternehmen in vielen Fragen der Unternehmensorganisation, der Förderung, der internationalen Handelsbeziehungen mit den Herkunftsländern in Berlin o.ä. unterstützen. Dieses Beratungszentrum sollte auch die Geflüchteten, die sich in der Berliner Wirtschaft aktiv einbringen wollen, unterstützen.

Begründung

Wer neu ankommt, sollte ich erst mal darum kümmern, hier abgesichert zu sein, bevor er/sie gründet und sich damit möglicherweise in eine finanziell prekäre Situation begibt. Das kann auch Auswirkungen auf den Aufenthalt haben (Existenzsicherung!). Die Unterscheidung zwischen neuen und alten macht auch aus der Perspektive der Beratungseinrichtung keinen Sinn: Wer gründen will, hat Beratungs- und Coachingbedarfe, die mit der Länge des Aufenthalts hier nur indirekt zu tun haben (Sprach- und Strukturkenntnisse, Scheitern auf dem Arbeitsmarkt ...).

P38-001 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P38

In Zeile 1 einfügen:

Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für gewerbliche Elektrofahrzeuge

Begründung

Der Antrag beschäftigt sich im wesentlichen mit gewerblich genutzten Fahrzeugen. Das sollte sich dann auch in der Überschrift widerspiegeln.

P38-001-2 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P38

In Zeile 1:

Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: ~~Förderprogramm für Elektrofahrzeuge~~ stadt- und klimafreundlich

Begründung

Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr erfordert einen weit umfassenderen Handlungsansatz als die Förderung von Elektrofahrzeugen. Deshalb wird die Überschrift verändert und der Inhalt des Projektes zugunsten eines angemessen umfassenden Handlungsansatzes für eine nachhaltige Stadtlogistik neu formuliert. (Siehe nachfolgender Änderungsantrag)

Unterstützer*innen

Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Silke Gebel (KV Berlin - Mitte); Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Christiane Heydenreich (KV Pankow); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Frank Geraets (KV Pankow); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Matthias Dittmer (KV Pankow); Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf); LAG Mobilität

P38-002 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P38

Von Zeile 1 bis 19:

Neue Überschrift: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr - stadt- und klimafreundlich

~~Zahlreiche Handwerksbetriebe, Dienstleister*innen und natürlich Logistik- und Transportunternehmen sind auf ihren Fuhrpark angewiesen. Um diese Betriebe bei der Umrüstung auf umweltschonende Fahrzeuge zu unterstützen, legen wir ein Förderprogramm zur Anschaffung von Elektrofahrzeugen auf. Ob der Transporter eines Heizungsfachbetriebs, die Fahrzeugflotte im ambulanten Pflegedienst, die Autos eines Taxi-Unternehmens oder die Lieferwagen eines Paketdienstleisters: Für jedes neu angeschaffte Elektrofahrzeug soll es eine Förderung geben. Außerdem schlagen wir eine „Abwrackprämie“ vor, die Gewerbetreibende für jedes alte Benzin- oder Dieselfahrzeug erhalten, das sie abschaffen. Damit sich Elektromobilität auch für kleinere Betriebe rentiert, treiben wir den Ausbau einer öffentlich zugänglichen Lade-Infrastruktur in Berlin voran. Zusätzlich wollen wir den Ausbau der Elektromobilität durch ein Förderprogramm der Investitionsbank Berlin (IBB) unterstützen: Mittelständische und kommunale Unternehmen sowie Selbstständige können zinsgünstige Darlehen für Forschungsvorhaben und Projekte erhalten, die dem Ausbau der Infrastruktur, Technologien der Elektromobilität und dem Aufbau von elektrischen Fahrzeugflotten dienen. In Gebieten mit akutem Parkplatzmangel führen wir für den Lieferverkehr eine neue Regelung ein: Elektrofahrzeuge dürfen dort ausgewiesene Fahrspuren privilegiert nutzen. Außerdem fördern wir die Belieferung mittels Lastenfahrrädern, indem Fahrradspuren angepasst sowie Lieferzonen für E-Fahrräder eingerichtet werden.~~

Ansässige Betriebe und Transportunternehmen sind auf einen reibungslosen Wirtschaftsverkehr in Berlin angewiesen. Durch hohe Zuwächse im Lieferverkehr infolge des zunehmenden Online-Handels sind jedoch Störungen des Verkehrsablaufs durch Halten in der zweiten Spur, fehlende und zugeparkte Lieferzonen, häufig erfolglose Zustellversuche sowie steigender Fuhrpark- und Personalaufwand an der Tagesordnung. Zugleich tragen LKW und Transporter besonders stark zu Lärm, Luftverschmutzung und Unfallgefahren bei. Um diese Belastungen sowohl für Gewerbetreibende als auch die Berliner Bevölkerung zu vermindern, setzen wir uns für ein umfassendes Berliner Stadtlogistik-Konzept ein. Innerstädtische Transporte sollen dabei durch Bündelung reduziert und soweit möglich auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagert werden. In Kooperation mit den Kurier-, Express- und Paketdiensten (KEP) wollen wir ein - möglichst anbieterneutrales - Netz von Mikrodepots zum Umladen, Zwischenlagern oder Abholen von (Paket)sendungen schaffen. Von dort aus soll die Feinverteilung an die Kunden im Umfeld umweltschonend und kostensparend mit Elektro-Transporträdern oder Paketkarren erfolgen. Dass dies auch für die Anbieter selbst rentabel ist, zeigen erfolgreiche Projekte in anderen Städten.

Auch viele Lieferungen, die wegen ihres Umfangs weiter auf LKW-Transporte angewiesen sind, können sinnvoll gebündelt werden, indem sie bei innenstadtnahen Logistik-Terminals angeliefert und dort für die gemeinsame Auslieferung an Kunden eines Standortes, z.B. einer Geschäftsstraße, zusammengestellt werden. Dadurch können innerstädtische LKW-Fahrten erheblich verringert und hierfür gezielt umwelt- und klimaverträgliche Fahrzeugflotten eingesetzt werden. Dies wollen wir durch vorausschauende Logistik-Standortsicherung und -Entwicklung, bedarfsgerechte Ausweisung von Ladezonen, Kooperation mit Kammern, Standortgemeinschaften und Unternehmen sowie zielgerichtete Fördermaßnahmen, z.B. zur Anschaffung von Elektrolastenträgern unterstützen.

Begründung

Um die zunehmenden Belastungen für Klima, Umwelt und Gesundheit der Menschen in Berlin, aber auch für die Verkehrsabläufe, den urbanen öffentlichen Raum und nicht zuletzt auch für die Wirtschaft selbst durch den schnell anwachsenden Wirtschaftsverkehr zu bewältigen, brauchen wir einen umfassenden konzeptionellen Ansatz für eine nachhaltige Stadtlogistik.

Unterstützer*innen

Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Christiane Heydenreich (KV Pankow); Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Frank Geraets (KV Pankow); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf); Matthias Dittmer (KV Pankow); Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf); LAG Mobilität

P38-002-2 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: Katharina Klein (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Redaktionelle Änderung

Das System hat unseren Titelvorschlag nicht angenommen. Er lautet: Elektromobilität - fördern und teilen!

Änderungsantrag zu P38

Von Zeile 1 bis 19:

Es braucht ein integriertes Mobilitätskonzept für Berlin, das auch frische Ideen für Elektromobilität beinhaltet. Autos der Zukunft fahren mit Erneuerbarer Energie, leise und schadstofffrei. Davon profitieren nicht nur die Bürger*innen, sondern auch Start-Ups, Forschung und kleine und mittlere Betriebe – oftmals sogar doppelt als Anbieter und Nutzer. Dazu braucht es aber mehr als die Symbol-Projekte des SPD-CDU-Senats.

~~Zahlreiche Handwerksbetriebe, Dienstleister*innen und natürlich Logistik- und Transportunternehmen sind auf ihren Fuhrpark angewiesen. Um diese Betriebe bei der Umrüstung auf umweltschonende Fahrzeuge zu unterstützen, legen wir ein Förderprogramm zur Anschaffung von Elektrofahrzeugen auf. Ob der Transporter eines Heizungsfachbetriebs, die Fahrzeugflotte im ambulanten Pflegedienst, die Autos eines Taxi-Unternehmens oder die Lieferwagen eines Paketdienstleisters: Für jedes neu angeschaffte Elektrofahrzeug soll es eine Förderung geben. Außerdem schlagen wir eine „Abwrackprämie“ vor, die Gewerbetreibende für jedes alte Benzin- oder Dieselfahrzeug erhalten, das sie abschaffen. Damit sich Elektromobilität auch für kleinere Betriebe rentiert, treiben wir den Ausbau einer öffentlich zugänglichen Lade-Infrastruktur in Berlin voran. Zusätzlich wollen wir den Ausbau der Elektromobilität durch ein Förderprogramm der Investitionsbank Berlin (IBB) unterstützen: Mittelständische und kommunale Unternehmen sowie Selbstständige können zinsgünstige Darlehen für Forschungsvorhaben und Projekte erhalten, die dem Ausbau der Infrastruktur, Technologien der Elektromobilität und dem Aufbau von elektrischen Fahrzeugflotten dienen. In Gebieten mit akutem Parkplatzmangel führen wir für den Lieferverkehr eine neue Regelung ein: Elektrofahrzeuge dürfen dort ausgewiesene Fahrspuren privilegiert nutzen. Außerdem fördern wir die Belieferung mittels Lastenfahrrädern, indem Fahrradspuren angepasst sowie Lieferzonen für E-Fahrräder eingerichtet werden.~~

Den Anfang werden ein grün mitregierter Senat und Bezirke machen und eine Quote für alternative Antriebe im öffentlichen Fuhrpark festsetzen und mit Carsharing-Anbietern Verhandlungen über klimafreundliche Mobilitätsangebote für Mitarbeiter*innen und Logistik des Öffentlichen Dienstes in Berlin beginnen. Bis 2025 wollen wir außerdem die Hälfte der Busflotte der BVG schrittweise elektrifizieren und rasch Pilotprojekte wie die E-Buslinie 204 zwischen Zoo und Südkreuz ausbauen. Bei Neuanschaffungen soll neben dem Preis vor allem das Kriterium CO2 Verbrauch entscheiden. Vor allem aber treiben wir endlich den Ausbau einer öffentlich zugänglichen Lade-Infrastruktur in Berlin voran.

Von einem Förderprogramm der Investitionsbank Berlin (IBB) in Form zinsgünstiger Darlehen für Forschungsvorhaben und Projekte zum Ausbau der Infrastruktur, sowie der Förderung von E-Mobilitätstechnologien und dem Aufbau von elektrischen Fahrzeugflotten, profitiert ganz Berlin

Wir wollen mit Carsharing-Elektroautos mit Strom aus Erneuerbaren Energien den öffentlichen Nahverkehr so ergänzen, dass immer mehr Berliner*innen unabhängig von einem eigenen Auto

werden. Das Parken für Carsharing-Autos und Fahrzeuge ohne Emissionen wollen wir dafür deutlich günstiger machen.

Begründung

Treiber für einen verstärkten Einsatz von Elektrofahrzeugen muss auch die öffentliche Hand sein. Also zuerst an die eigene Nase gefasst und den eigenen Fuhrpark klimafreundlicher gestalten. Die Berliner Busflotte ist ein ebenso wichtiger Ansatzpunkt. Mit einer geeigneten Ladeinfrastruktur können die neuen Elektrobusse nicht nur schädliche Emissionen, sondern auch Lärm reduzieren. Gezielt wollen wir auch Carsharing-Elektroautos mit Strom aus Erneuerbaren Energien attraktiver machen. Sie sollen in Zukunft deutlich günstiger Parken dürfen. Eine Berliner „Abwrackprämie“ ist im Hinblick auf die ökologische Lenkungswirkung kritisch zu sehen und wird nur zu „Prämientourismus“ führen. Außerdem findet gerade auf Bundesebene schon eine Diskussion zur finanziellen Förderung von Elektrofahrzeugen statt.

Unterstützer*innen

Michael Schäfer (KV Mitte); Titus Rebhann (KV Marzahn- Hellersdorf); Michael Scharfschwerdt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P38-005 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P38

Von Zeile 2 bis 19:

~~Zahlreiche Handwerksbetriebe, Dienstleister*innen und natürlich Logistik- und Transportunternehmen sind auf ihren Fuhrpark angewiesen. Um diese Betriebe bei der Umrüstung auf umweltschonende Fahrzeuge zu unterstützen, legen wir ein Förderprogramm zur Anschaffung von Elektrofahrzeugen auf. Ob der Transporter eines Heizungsfachbetriebs, die Fahrzeugflotte im ambulanten Pflegedienst, die Autos eines Taxi-Unternehmens oder die Lieferwagen eines Paketdienstleisters: Für jedes neu angeschaffte Elektrofahrzeug soll es eine Förderung geben. Außerdem schlagen wir eine „Abwrackprämie“ vor, die Gewerbetreibende für jedes alte Benzin- oder Dieselfahrzeug erhalten, das sie abschaffen. Damit sich Elektromobilität auch für kleinere Betriebe rentiert, treiben wir den Ausbau einer öffentlich zugänglichen Lade-Infrastruktur in Berlin voran. Zusätzlich wollen wir den Ausbau der Elektromobilität durch ein Förderprogramm der Investitionsbank Berlin (IBB) unterstützen: Mittelständische und kommunale Unternehmen sowie Selbstständige können zinsgünstige Darlehen für Forschungsvorhaben und Projekte erhalten, die dem Ausbau der Infrastruktur, Technologien der Elektromobilität und dem Aufbau von elektrischen Fahrzeugflotten dienen. In Gebieten mit akutem Parkplatzmangel führen wir für den Lieferverkehr eine neue Regelung ein: Elektrofahrzeuge dürfen dort ausgewiesene Fahrspuren privilegiert nutzen. Außerdem fördern wir die Belieferung mittels Lastenfahrrädern, indem Fahrradspuren angepasst sowie Lieferzonen für E-Fahrräder eingerichtet werden.~~

Zahlreiche Handwerksbetriebe, Dienstleister*innen und natürlich Logistik- und Transportunternehmen sind auf ihren Fuhrpark angewiesen. Um diese Betriebe bei der Umrüstung auf umweltschonende Fahrzeuge zu unterstützen, legen wir ein Förderprogramm zur Anschaffung von E-Lastenrädern auf.

Wir wollen den Ausbau der Elektromobilität durch ein Förderprogramm der Investitionsbank Berlin (IBB) unterstützen:

Mittelständische und kommunale Unternehmen sowie Selbstständige können zinsgünstige Darlehen für Forschungsvorhaben und Projekte erhalten, die dem Ausbau der Infrastruktur, Technologien der Elektromobilität und dem Aufbau von elektrischen Lastenradflotten dienen.

In Gebieten mit akutem Parkplatzmangel führen wir für den Lieferverkehr eine neue Regelung ein:

Wir fördern die Belieferung mittels Lastenfahrrädern, indem Fahrradspuren angepasst sowie Lieferzonen für E-Fahrräder eingerichtet werden.

Begründung

erfolgt mündlich

P38-005-2 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Änderungsantrag zu P38

Von Zeile 4 bis 8:

auf umweltschonende Fahrzeuge zu unterstützen, legen wir ein Förderprogramm zur Anschaffung von ~~Elektrofahrzeugen~~ reinen Elektro- und Wasserstofffahrzeugen auf. Dezidiert ausgeschlossen werden Fahrzeuge mit Hybridantrieben. Ob der Transporter eines Heizungsfachbetriebs, die Fahrzeugflotte im ambulanten Pflegedienst, die Autos eines Taxi-Unternehmens oder die Lieferwagen eines Paketdienstleisters: Für jedes neu angeschaffte ~~Elektrofahrzeug~~ 100 % Elektro- oder Wasserstofffahrzeug soll es eine Förderung geben. Außerdem schlagen wir eine „Abwrackprämie“ vor, die Gewerbetreibende für jedes alte

Von Zeile 14 bis 16 einfügen:

Forschungsvorhaben und Projekte erhalten, die dem Ausbau der Infrastruktur, Technologien der Elektromobilität und dem Aufbau von elektrischen oder wasserstoffbetriebenen Fahrzeugflotten dienen. In Gebieten mit akutem Parkplatzmangel führen wir für den Lieferverkehr eine neue Regelung ein:

Begründung

erfolgt mündlich

P38-007 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P38

Von Zeile 6 bis 8 einfügen:

im ambulanten Pflegedienst, die Autos eines Taxi-Unternehmens oder die Lieferwagen eines Paketdienstleisters: Für jedes neu angeschaffte **gewerbliche** Elektrofahrzeug soll es eine Förderung geben. Außerdem schlagen wir eine „Abwrackprämie“ vor, die Gewerbetreibende für jedes alte

Begründung

Der Antrag beschäftigt sich mit gewerblich genutzten Fahrzeugen. Die Einfügung macht das an dieser Stelle noch einmal deutlich.

P38-008 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Vorstand KV CharlWilm)

Änderungsantrag zu P38

Von Zeile 7 bis 10 löschen:

Paketdienstleisters: Für jedes neu angeschaffte Elektrofahrzeug soll es eine Förderung geben.

~~Außerdem schlagen wir eine „Abwrackprämie“ vor, die Gewerbetreibende für jedes alte Benzin- oder Dieselfahrzeug erhalten, das sie abschaffen.~~ Damit sich Elektromobilität auch für kleinere Betriebe rentiert, treiben wir den Ausbau einer öffentlich zugänglichen Lade-

Begründung

Der Begriff „Abwrackprämie“ sollte unbedingt vermieden werden. Das 2009 im Rahmen des Konjunkturpakets II eingeführte Original war unter konjunkturpolitischem Gesichtspunkt ein Erfolg, jedoch ökologisch gesehen schädlich.

Der Ersatz eines älteren Autos durch ein neues mit weniger Kohlenstoffdioxid-Ausstoß ist häufig ökologisch nicht sinnvoll. Denn das Auto muss ja erst mal gebaut werden und dabei wird auch viel CO₂ in die Atmosphäre ausgestoßen. Bisweilen kann es für die Klimabilanz besser sein, das alte Fahrzeug weiterhin zu fahren oder weiter zu verkaufen. Wird das alte Auto, obwohl es noch fahrtüchtig ist verschrottet, ist dies in aller Regel ökologisch nicht sinnvoll. Der Begriff „Abwrackprämie impliziert aber die Verschrottung eines fahrtüchtigen Kraftfahrzeugs. Die Ausweitung der Elektromobilität ist nur eine Option innerhalb einer grünen Mobilitätsstrategie. Da ihre Auswirkungen auf den Ressourcenverbrauch aber nicht durchweg positiv sind, ist auch nicht jedes Förderinstrument begrüßenswert. Eine Abwrackprämie ist aus ökologischer Perspektive mit gutem Grund abzulehnen.

Unterstützer*innen

Silke Gebel (MdA); Dr. Turgut Altug (MdA); Oliver Powalla (Abteilung Ökologie)

P38-008-2 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: Tobias Endrikat (KV Reinickendorf)

Änderungsantrag zu P38

Von Zeile 7 bis 10 löschen:

Paketdienstleisters: Für jedes neu angeschaffte Elektrofahrzeug soll es eine Förderung geben.

~~Außerdem schlagen wir eine „Abwrackprämie“ vor, die Gewerbetreibende für jedes alte Benzin- oder Dieselfahrzeug erhalten, das sie abschaffen.~~ Damit sich Elektromobilität auch für kleinere Betriebe rentiert, treiben wir den Ausbau einer öffentlich zugänglichen Lade-

Begründung

Elektroautos sind kein Allheilmittel der drängenden Probleme des Klimawandels, der Umweltverschmutzung, der Lärmemissionen, der Verkehrstoten, der Straßenschäden usw. Alleine der zusätzliche laufende Stromverbrauch, würden alle gegenwärtigen PKW's in Deutschland auf Elektroautos umgestellt werden, entspräche in etwa dessen, was bislang an Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen wird (Quellen und Berechnungen gerne auf Anfrage: tobias.endrikat@gruene-reinickendorf.de).

Elektroautos sind sinnvoll, wo Autos grundsätzlich nur schwer zu ersetzen sind, wie z.B. bei vielen Handwerksbetrieben, Dienstleister*innen und Logistik- und Transportunternehmen. Vor dem Gesichtspunkt nachhaltigen Wirtschaftens und ressourcenschonenden Handelns jedoch nur dort, wo Neuanschaffungen ohnehin nötig sind. Die allgemeine Wegwerfmentalität sollten wir nicht unterstützen. Eine „Abwrackprämie“ als ein neoliberales Konstrukt der krampfhaften und kontraproduktiven Wachstumsförderung sollten wir auf keinen Fall unterstützen!

Unterstützer*innen

Vorstand (KV Reinickendorf); Andrea G. Behnke (KV Reinickendorf); Andreas Rietz (KV Reinickendorf); Bernhard Müller (KV Reinickendorf); Carsten Scheider (KV Frieke); Elke Klünder (KV Reinickendorf); Heiner von Marschall (KV Reinickendorf); Hinrich Westerkamp (KV Reinickendorf); Holger Lütge (KV Reinickendorf); Jens Augner (KV Reinickendorf); Marius Poethe (KV Reinickendorf); Martin Scheuch (KV Kreisfrei (Abteilung Wissenschaft))

P38-008-3 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu P38

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

Paketdienstleisters: Für jedes neu angeschaffte Elektrofahrzeug soll es eine Förderung geben und mindestens für die ersten drei Jahren eine günstige Parkraum-Pauschale. Außerdem schlagen wir eine „Abwrackprämie“ vor, die Gewerbetreibende für jedes alte Benzin- oder Dieselfahrzeug erhalten, das sie abschaffen. Damit sich Elektromobilität auch

Begründung

Parkgebühren sind ein wesentlicher Anreiz, auf ökologischere wenn auch in der Anschaffung teurere Fahrzeuge umzuschwenken. Auch ist es für das elektromobile Car-Sharing ein wesentlicher Punkt. Hamburg bsp. hat Parkgebühren für Elektro ganz auf null gesetzt. Was in der Berliner Diskussion zu Recht aber abgelehnt wird, da natürlich nach wie vor Platz genutzt wird.

Unterstützer*innen

Roland Prejawa (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

P38-012 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P38

Von Zeile 11 bis 13:

Infrastruktur in Berlin voran. Zusätzlich wollen wir den Ausbau der Elektromobilität durch ein Förderprogramm der Investitionsbank Berlin (IBB) unterstützen: **Mittelständische**KMU und kommunale Unternehmen sowie Selbstständige können zinsgünstige Darlehen für

Begründung

Der von der EU verwendete Begriff, der auch für die Vergabe von Fördermitteln relevant ist, lautet KMU.

P38-015 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu P38

Von Zeile 14 bis 18 löschen:

Forschungsvorhaben und Projekte erhalten, die dem Ausbau der Infrastruktur, Technologien der Elektromobilität und dem Aufbau von elektrischen Fahrzeugflotten dienen. ~~In Gebieten mit akutem Parkplatzmangel führen wir für den Lieferverkehr eine neue Regelung ein: Elektrofahrzeuge dürfen dort ausgewiesene Fahrspuren privilegiert nutzen.~~ Außerdem fördern wir die Belieferung mittels Lastenfahrrädern, indem Fahrradspuren angepasst sowie

Unterstützer*innen

Camilla Schuler (KV Lichtenberg); Henning Bublitz (KV Berlin-Mitte); Franziska Briest (KV Berlin-Mitte); Mona Hille (KV Berlin-Mitte); Christof Ebrecht (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Jenny Neubert (KV Berlin-Mitte); Jenn Schlosser (AG Tierschutz)

P38-015-3 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Änderungsantrag zu P38

Von Zeile 14 bis 19:

Forschungsvorhaben und Projekte erhalten, die dem Ausbau der Infrastruktur, Technologien der Elektromobilität und dem Aufbau von elektrischen Fahrzeugflotten dienen. ~~In Gebieten mit akutem Parkplatzmangel führen wir für den Lieferverkehr eine neue Regelung ein: Elektrofahrzeuge dürfen dort ausgewiesene Fahrspuren privilegiert nutzen. Außerdem fördern wir die Belieferung mittels Lastenfahrrädern, indem Fahrradspuren angepasst sowie Lieferzonen für E-Fahrräder eingerichtet werden.~~

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der landeseigene Fuhrpark auf emissionsfreie Fahrzeuge umgestellt wird. Das beinhaltet elektrisch unterstützte und normale Fahrräder, Zweiräder, Lastenroller, Roller, Personen- und Lastfahrzeuge. Wir setzen uns dafür ein, die entsprechende Ladeinfrastruktur zu schaffen, die ausnahmslos mit Strom aus regenerativen Energiequellen versorgt werden wird.

In Gebieten mit akutem Parkplatzmangel führen wir für den Lieferverkehr eine neue Regelung ein: Elektrofahrzeuge dürfen dort ausgewiesene Fahrspuren privilegiert nutzen. Außerdem fördern wir die Belieferung mittels Lastenfahrrädern, indem Fahrradspuren angepasst sowie Lieferzonen für E-Fahrräder eingerichtet werden.

Begründung

folgt mündlich

P38-015-4 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: Tobias Endrikat (KV Reinickendorf)

Änderungsantrag zu P38

Von Zeile 14 bis 18 löschen:

Forschungsvorhaben und Projekte erhalten, die dem Ausbau der Infrastruktur, Technologien der Elektromobilität und dem Aufbau von elektrischen Fahrzeugflotten dienen. ~~In Gebieten mit akutem Parkplatzmangel führen wir für den Lieferverkehr eine neue Regelung ein: Elektrofahrzeuge dürfen dort ausgewiesene Fahrspuren privilegiert nutzen.~~ Außerdem fördern wir die Belieferung mittels Lastenfahrrädern, indem Fahrradspuren angepasst sowie

Begründung

Elektroautos sind kein Allheilmittel der drängenden Probleme des Klimawandels, der Umweltverschmutzung, der Lärmemissionen, der Verkehrstoten, der Straßenschäden usw. Alleine der zusätzliche laufende Stromverbrauch, würden alle gegenwärtigen PKW's in Deutschland auf Elektroautos umgestellt werden, entspräche in etwa dessen, was bislang an Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen wird (Quellen und Berechnungen gerne auf Anfrage: tobias.endrikat@gruene-reinickendorf.de).

Elektroautos sind sinnvoll, wo Autos grundsätzlich nur schwer zu ersetzen sind, wie z.B. bei vielen Handwerksbetrieben, Dienstleister*innen und Logistik- und Transportunternehmen. Es kann aber nicht sein, dass Fahrer*innen von Elektrofahrzeugen Privilegien genießen, die Elektroautos als Allheilmittel und „umweltfreundliche Fahrzeuge“ erscheinen lassen, vorallem aber durch Benutzung entsprechender Spuren den anderen Verkehr, insbesondere den ÖPNV und den Radverkehr in seinem Fluss und in seiner Sicherheit massiv beeinträchtigen.

Unterstützer*innen

Vorstand (KV Reinickendorf); Andreas Rietz (KV Reinickendorf); Carsten Scheider (KV Reinickendorf); Elke Klünder (KV Reinickendorf); Heiner von Marschall (KV Reinickendorf); Jens Augner (KV Reinickendorf); Marius Poethe (KV Reinickendorf); Martin Scheuch (KV Kreisfrei (Abteilung Wissenschaft); Nicole Holtz (KV Reinickendorf)

P39-002 Projekt 39: Fachkräftemangel beheben

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P39

Von Zeile 2 bis 3 einfügen:

Auch in Berlin leiden einige Branchen unter einem akuten Fachkräftemangel. Wir setzen uns für eine bessere Vergütung und soziale Anerkennung von Ausbildungsberufen ein, die momentan unterbezahlt sind. Um die Zahl der Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich zu erhöhen, wollen wir gemeinsam mit den

Begründung

Auch in manchen Ausbildungsberufen herrscht Fachkräftemangel. Das Ziel sollte nicht sein, dass alle studieren, sondern dass jede(r) sich frei für eine Branche entscheiden kann, ohne dann deshalb finanzielle Sorgen zu haben.

P39-002-2 Projekt 39: Fachkräftemangel beheben

Antragsteller*in: Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu P39

Von Zeile 2 bis 9:

Auch in Berlin leiden einige Branchen unter einem akuten Fachkräftemangel. Um die Zahl der Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich zu erhöhen, wollen wir gemeinsam mit den Pflege- und Gesundheitsinstitutionen sowie Pflegeverbänden nach Wegen suchen, um Menschen ~~mit einfacheren Qualifikationen für eine Pflegeausbildung zu motivieren~~ in ~~Ausbildung und~~ Arbeit zu bringen. Gerade für viele Geflüchtete kann dies ein Weg in die Beschäftigung sein. Viele ältere Mitbürger*innen mit u.a Migrationshintergrund wünschen sich ~~für eine Pflege, die häusliche Pflege Menschen gleichen Geschlechts~~ kulturelle, religiöse, geschlecht- und anderen spezifischen Bedürfnissen berücksichtigt. ~~Um dem entgegenzukommen, wollen~~ Dafür brauchen wir gezielt auch junge Männer flächendeckend die kultursensible Pflege, die durch flächendeckende Fort- und Weiterbildung für alle Angehörigen der Pflege- und Gesundheitsberufe gewinnen sowie Einbettung in die Curricula erreicht werden können. Wir unterstützen die Einrichtung zusätzlicher IT-Professuren an Berliner Hochschulen und wollen dafür mehr Frauen gewinnen.

Begründung

Pflegepolitik kann nur mit den Pflegefachverbänden, die das Wissen und Erfahrungen haben, gemacht werden. Sie müssen neben fachlichen auch aus partizipativen und politischen Gründen einbezogen werden. Pflege ist eine Profession und kann/soll nicht von jedermann ausgeübt werden. Eine Herabsetzung der Zugangsvoraussetzung entwürdigt die Pflege und setzt ihre zunehmend wichtige Rolle herab.

Menschen mit MH haben nicht automatisch eine höhere interkulturelle Kompetenz. Dazu ist es wichtig, alle in diesem Bereich zu sensibilisieren und nicht zu separieren.

P39-004 Projekt 39: Fachkräftemangel beheben

Antragsteller*in: Jasenka Villbrandt (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu P39

Von Zeile 3 bis 6 einfügen:

Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich zu erhöhen, wollen wir gemeinsam mit den Gesundheitsinstitutionen nach Wegen suchen, um Menschen mit einfacheren Qualifikationen in eine modular aufgebaute und durchlässige Ausbildung und in Arbeit zu bringen. Gerade für viele Geflüchtete kann dies ein Weg in die Beschäftigung sein. Viele ältere Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund wünschen sich für

Begründung

Schmalspurqualifikationen haben wir bereits ausreichend. Es ist ein Problem, dass diese häufig eine Sackgasse darstellen. Wir wollen keine Maßnahmen und keine Qualifikationen, die keine Weiterentwicklung ermöglichen.

P39-006 Projekt 39: Fachkräftemangel beheben

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P39

Von Zeile 5 bis 7 löschen:

Ausbildung und Arbeit zu bringen. Gerade für viele Geflüchtete kann dies ein Weg in die Beschäftigung sein. Viele ältere Mitbürger*innen ~~mit Migrationshintergrund~~ wünschen sich für die häusliche Pflege Menschen gleichen Geschlechts. Um dem entgegenzukommen, wollen wir

P39-008 Projekt 39: Fachkräftemangel beheben

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P39

Von Zeile 7 bis 10 löschen:

die häusliche Pflege Menschen gleichen Geschlechts. Um dem entgegenzukommen, wollen wir gezielt auch junge Männer für Gesundheitsberufe gewinnen. ~~Wir unterstützen die Einrichtung zusätzlicher IT-Professuren an Berliner Hochschulen und wollen dafür mehr Frauen gewinnen.~~ Auch wenn sich derzeit die Young Digitalis gern in der Stadt niederlassen, müssen wir

Begründung

Bei den IT-Professuren handelt es sich um ein ausgewiesenes CDU-Projekt der letzten Haushaltsberatungen. Darüber hinaus treiben u. a. die Münchner Unis diese Idee bereits voran und sind wesentlich weiter, wodurch der Markt für die qualifizierte Besetzung dieser Stellen entsprechend leer gefegt sein dürfte, wenn die Professuren eingerichtet sind. Gleichzeitig steht in Kapitel 2.3 und im Projekt "Von Wissenschaft leben können", dass wir mehr stellen neben den Professuren wollen, dies steht im Widerspruch zu der hier formulierten Forderung nach selbigen.

P40-002 Projekt 40: Gute Gesundheitsversorgung und Pflege vor Ort

Antragsteller*in: Antonia Schwarz; Fatos Topac; Wolfgang Schmidt

Änderungsantrag zu P40

Von Zeile 2 bis 8:

Es ist Ziel grüner Gesundheitspolitik, ~~dass Krankheiten gar nicht erst auftreten~~ Gesundheitsvorsorge zu stärken, Krankheit zu vermeiden und Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich verhindert wird zu verringern. Deswegen setzen wir neben einer guten medizinischen Versorgung auf ein starkes Angebot an Prävention und Gesundheitsförderung. ~~Dafür werden wir~~ insbesondere den Öffentlichen der Öffentliche Gesundheitsdienst besser ausstatten ~~ausgestattet und für Mitarbeiter*innen attraktiver machen, damit vorhandene Stellen überhaupt mit Personal besetzt werden können~~ gestaltet werden. In den Bezirken brauchen wir ausreichend vernetzte und auf die Bedürfnisse älterer und armutsbedrohter Menschen ausgerichtete

Von Zeile 11 bis 18:

mit der Behindertenhilfe und dem Gesundheitswesen zusammenarbeiten. Um den Pflegeberuf attraktiver zu machen, ist eine durchlässige Ausbildung von der ~~Hilfskraft~~ Pflegehilfe bis zum akademischen Grad wichtig. Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Qualitätssicherung in der Pflege ein. ~~Eine~~ Die Pflegeberufe werden überwiegend von Frauen ausgeübt. Sie wollen nach Jahren der intensiven politischen Auseinandersetzung ihre Forderung nach mehr Eigenverantwortung in einer Pflegekammer mit niedrigen Beiträgen kann durchsetzen, um die Situation Aufwertung gegenüber den Berufsgruppen der Pflege durch mehr Selbstverwaltung verbessern Ärzte und Psychologen, zu erreichen. Wir wollen zudem Die Grünen in Berlin haben als Erste diese Forderungen mit Vorlage eines Kammergesetzes unterstützt und vorangetrieben. In der Tatsache Rechnung tragen, dass nächsten Legislaturperiode steht nun endlich die Umsetzung an. Bündnis 90/Die Grünen Berlin werden die Öffnung der Anteil von älteren Menschen mit Migrationshintergrund stetig wächst, insbesondere Pflege zur interkulturellen Pflege stärker in Berlin den Fokus rücken. Um ihren Bedürfnissen gerecht zu werden, schaffen Dies bedeutet, dass wir mehr die interkulturelle Kompetenz des Pflegepersonals stärken und fördern wollen, durch die Erweiterung der Angebote zur Fort- und Weiterbildung. Pflegeangebote müssen darüber hinaus auf die Bedürfnisse queerer Menschen angepasst werden. Das Land Berlin muss dafür Mittel bereitstellen, und die Ausbildungsinhalte in der Pflege den Pflegeberufen müssen bedarfsgerecht erweitert werden. Wir wollen Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen für die Pflegeberufe gewinnen, denn interkulturelle Kompetenz und Erfahrungen mit vielfältigen Lebensformen kommt letztendlich allen zu Gute.

Begründung

Menschen können noch keine Krankheiten "verhindern", wir können vorbeugen oder behandeln. Die Besetzung vorhandener Stellen ist die logische Konsequenz von besserer Ausstattung und Attraktivität. Die Unterstützung durch Vorlage eines Kammergesetzes der Bündnisgrünen muss deutlich werden. Die konkreten Ausführungen sind eine klare Ansage für mögliche Koalitionsverhandlungen. Die Pflege in Berlin muss sich für die Zukunft weiterentwickeln! Dafür ist es unumgänglich, dass wir die Öffnung zur interkulturellen Pflege stärken. Der Anteil pflegebedürftiger Menschen mit Migrationshintergrund steigt stetig an, dafür bedarf es die Stärkung des Pflegepersonals um im Pflegealltag auf die unterschiedlichen Bedürfnisse professionell eingehen zu können. Die individuelle Versorgung, die sich an den Bedürfnissen des jeweiligen pflegebedürftigen Menschen

orientiert ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer aktivierenden Pflege die begleitet und unterstützt! Pflege muss sich auf alle kulturellen und vielfältigen Lebensformen ausrichten.

Unterstützer*innen

Andrea Bittner (LAG Gesundheit und Soziales)

P40-009 Projekt 40: Gute Gesundheitsversorgung und Pflege vor Ort

Antragsteller*in: Jasenka Villbrandt (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu P40

Von Zeile 8 bis 11:

vernetzten und auf die Bedürfnisse älterer und armutsbedrohter Menschen ausgerichtete Unterstützungs- und Beratungsangebote, ~~insbesondere~~ Pflegestützpunkte und Mobilitätshilfedienste müssen weiter ausgebaut werden. Die bezirkliche Altenhilfe muss besser ausgestattet werden und eng mit der Behindertenhilfe und dem Gesundheitswesen zusammenarbeiten. Um den Pflegeberuf

Begründung

In unserer Stadt tummeln sich auf Dauer angelegte und auf Zeit angelegte Beratungsangebote, finanziert durch unterschiedliche Fördergelder. Eine bessere Vernetzung von diesen Angeboten ist dringend notwendig. Pflegestützpunkte und Mobilitätshilfedienste können Dauersäulen dieser Vernetzung werden und sollten deshalb weiter ausgebaut werden.

P40-011 Projekt 40: Gute Gesundheitsversorgung und Pflege vor Ort

Antragsteller*in: Rhea Niggemann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu P40

Von Zeile 10 bis 12:

Mobilitätshilfedienste. Die bezirkliche Altenhilfe muss besser ausgestattet werden und eng mit der ~~Behindertenhilfe~~ **Hilfe für Menschen mit Behinderung** und dem Gesundheitswesen zusammenarbeiten. Um den Pflegeberuf attraktiver zu machen, ist eine durchlässige Ausbildung von der Hilfskraft bis zum

Begründung

Auch bei zusammengesetzten Worten diskriminierungsfreie Sprache nutzen.

P40-018 Projekt 40: Gute Gesundheitsversorgung und Pflege vor Ort

Antragsteller*in: Jasenka Villbrandt (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu P40

Nach Zeile 18 einfügen:

Die Berliner Pflegefachkräfte haben sich für die Gründung einer Pflegekammer entschieden. Wir unterstützen sie, damit die Pflege eine Stimme bei Entscheidungen im Gesundheitswesen bekommt, die sie betreffen, und damit die Pflegekammer die Professionalisierung im Bereich der Pflegeberufe betreuen und fördern kann.

Wir appellieren, dass bei der Höhe der Mitgliedsbeiträge Maß gehalten wird, damit die Pflegekammer den Pflegefachkräften keine zusätzlichen Belastungen verursacht.

Wir wollen zudem der Tatsache Rechnung tragen, dass der Anteil von älteren Menschen mit Migrationshintergrund stetig wächst, insbesondere in Berlin. Um ihren Bedürfnissen gerecht zu werden, schaffen wir mehr interkulturelle Angebote in der Pflege.

Begründung

Die Entscheidung über die Höhe der Mitgliedsbeiträge können im Prozess der Gründung einer Kammer alleine Mitglieder entscheiden, wir können hierfür nur eine Empfehlung aussprechen.

P40-018-2 Projekt 40: Gute Gesundheitsversorgung und Pflege vor Ort

Antragsteller*in: Bernd Schwarz (AG Kinder, Jugend und Familie)

Änderungsantrag zu P40

Nach Zeile 18 einfügen:

Als neues Projekt 41 einfügen: Inklusives Berlin – Heterogenität als Chance von Anfang an

Die Verschiedenheit von Menschen betrachten wir als Normalität und Chance für Berlin. Unser Ziel ist eine inklusive Stadtgesellschaft, die der Vielfalt der Berliner*innen Rechnung trägt und allen Menschen gleiche Chancen und Teilhabe ermöglicht. Der Weg zur Inklusion ist lang und bleibt eine Frage vorurteilsbewusster Haltung und der Ressourcen. Die Berliner Jugendhilfe, insbesondere die Kitas, ist schon einen wichtigen Teil dieses Weges gegangen, bei Schulen, im Arbeitsmarkt, bei Mobilität und in der Verwaltung ist noch viel zu tun. Inklusion bezieht sich nicht nur auf Menschen mit Behinderung. Inklusion betrifft uns alle. Die Gleichstellung der Geschlechter, Gender-, Equality- und Disability Mainstreaming sind mehr als Modeworte, sie betreffen den Kern unserer Gesellschaft.

Unter Federführung der Senatsverwaltung für Jugend und Familie schaffen wir ein Netzwerk Inklusion. Gemeinsam mit allen Akteur*innen werden wir einen Berliner Aktionsplan Inklusion für Kinder, Jugendliche und ihre Familien erarbeiten und umsetzen.

Für Kinder mit besonderen Bedarfen und ihre gesamte Familie werden wir ein Lotsensystem anbieten, um sie aus dem Dschungel der Rechtssysteme zu führen. Es kann bei den schulpsychologischen und inklusionspädagogischen Beratungszentren angesiedelt sein.

Kinder mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf brauchen auch weiterhin Hilfe im Alltag. Dafür sind endlich landesweite Rahmenvereinbarungen mit den Leistungserbringern zu erzielen.

Durch Angebote in leichter Sprache und von Gebärdendolmetscher*innen wollen wir Behördenvorgänge verständlich und zugänglich machen.

Unterstützer*innen

Michael Ruben Bandt (AG Kinder, Jugend und Familie); Marianne Burkert-Eulitz (AG Kinder, Jugend und Familie); Simon Ebner (AG Kinder, Jugend und Familie); Armin Emrich (AG Kinder, Jugend und Familie); Malte Jansen (AG Kinder, Jugend und Familie); Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie); Dr. Christiane Fry (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Sascha Taschenberger (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

P40-018-3 Projekt 40: Gute Gesundheitsversorgung und Pflege vor Ort

Antragsteller*in: Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu P40

Von Zeile 17 bis 18 einfügen:

Menschen mit Migrationshintergrund stetig wächst, insbesondere in Berlin. Um ihren Bedürfnissen gerecht zu werden, schaffen wir mehr interkulturelle Angebote in der Pflege. Bündnis 90/ Die Grünen wollen einen gleichberechtigten Zugang zur Prävention und alle Pflege- sowie Gesundheitsdienstleistungen. Wir lehnen mehr-klassige Versorgung ab und wollen die Zugangsbarrieren für Obdachlose, Menschen mit MH, Geflüchtete und Illegale abschaffen. Wir wollen den Menschen wieder in den Mittelpunkt bringen und alternative Methoden stärker fördern, damit die Kranken eine echte Wahl haben. Wir wollen die ambulante Versorgung ausbauen und ziehen diese vor stationären Einrichtungen. Die Situation von psychisch Kranken ist in vielerlei Hinsicht stark verbesserungswürdig. Menschen mit psychischen Erkrankungen brauchen einen besseren Schutz vor Kündigungen und mehr Partizipation. Auch den entstandenen Betreuungsmarkt wollen wir kritische betrachten und strenge Qualitätskontrollen unterziehen. Schliesslich muss eine Betreuung der Besserung der Lebens- und Gesundheitssituation von den Betroffenen dienen und nichts anders. Wir ziehen eine aufsuchende ambulante Hilfe, besonders für psychisch Kranke vor. Den Personalmangel, die zur Unterversorgung und manchmal auch Ursache für Zwangsmassnahmen sind, wollen wir mit bessere personelle Ausstattung begegnen. Einzelbetreuung muss jeder Zeit vor Zwangsmassnahmen möglich sein.

Begründung

Es wird meist nur von Gesundheitspolitik gesprochen, die Pflege trägt den Hauptteil in der gesundheitlichen Versorgung und Prävention. Die Gesundheitsversorgung von Obdachlosen, Geflüchteten und sogar lange in Deutschland lebenden Migrant*innen ist meist schlechter als die der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft. Das hat verschiedene Ursachen wie Versicherungsstatus (wenn überhaupt vorhanden), Informationsmangel, schlechtere Behandlung (im Vergleich mit Privatversicherten), strukturelle Barrieren und fehlende interkulturelle Kompetenzen der Pflege- und Gesundheitsinstitutionen. Das führt am Ende zu erheblich höheren Kosten, als eine rechtzeitige und adäquate Behandlung.

P41-004 Projekt 41: Grüne Oasen

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P41

Von Zeile 3 bis 5 einfügen:

Innenstadt fehlen in vielen Kiezen Parks und Grünflächen. Dort, wo bisher Beton, Asphalt und Brachflächen dominieren, wollen wir für alle zugängliche „grüne Oasen“ entstehen lassen. Dabei soll gemeinschaftliche Gestaltung mehr Raum erhalten – von der begrünten Baumscheibe über

P41-011 Projekt 41: Grüne Oasen

Antragsteller*in: Turgut Altug, Alexander Klose (KV Friedrichshain-Kreuzberg, KV-Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu P41

Von Zeile 10 bis 12:

Stadt fördern und Berlin zusammen mit den Bezirken zur „Essbaren Stadt“ machen. Dies schließt bessere Bedingungen für die **Bienenhaltung**, **Wildbienen**, **Honigbienen**, **Hummeln & Co.** – etwa durch Wildblumenwiesen und mehr Aufstellplätze für Bienenvölker – ebenso ein wie die Unterstützung von Kita- und

Begründung

Begründung:

Mit der Konkretisierung stellen wir klar, dass nicht nur Honigbienen sondern auch viele andere Insekten die Bestäubung unserer Pflanzen übernehmen. Viele von ihnen sind, wie z.B. zahlreiche Wildbienen-Arten vom Aussterben bedroht.

Unterstützer*innen

Riza Baran (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Berna Gezik (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Gamze Aslan (KV Neukölln); Danilo Brandt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Oliver Powalla (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Volkmar Nickol (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P41-016 Projekt 41: Grüne Oasen

Antragsteller*in: Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu P41

Von Zeile 15 bis 17:

weiterentwickeln. Berlin braucht grüne Freiräume, wenn die Lebensqualität erhalten bleiben soll. Dazu gehört auch ein verlässlicher Umgang mit Kleingärten, ~~ihre planungsrechtliche Sicherung sowie und~~ der Ankauf ~~der~~ von Flächen, die für zusätzliche Grünflächen ~~[Leerzeichen]~~ erforderlich sind. Soweit landeseigene Kleingartenflächen nicht für Gemeinbedarf gebraucht oder vorgehalten werden, sollen sie planungsrechtlich als Kleingärten gesichert werden. Dringend erforderlich ist auch die bessere Ausstattung der Bezirke für die notwendige Grünpflege.

Begründung

1. In einigen Bezirken wird der Bedarf an neuen Kitas, Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen in den kommenden Jahren stark zunehmen. Da wäre es ein falsches Versprechen, heute die planungsrechtliche Sicherung aller Kleingärten zuzusagen. Dies aber suggeriert der bisherige Text.
2. Unser Leitbild von "Grünen Oasen" hat eine deutlich bessere Finanzausstattung für die Grünpflege zur Bedingung.

Unterstützer*innen

Jenny Wieland (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

P41-016-2 Projekt 41: Grüne Oasen

Antragsteller*in: Alexander Koch (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu P41

Von Zeile 15 bis 17:

weiterentwickeln. Berlin braucht grüne Freiräume, wenn die Lebensqualität erhalten bleiben soll. ~~Dazu gehört auch ein verlässlicher Umgang mit Kleingärten, ihre planungsrechtliche Sicherung sowie der Ankauf der Flächen, die für zusätzliche Grünflächen erforderlich sind.~~ Dazu gehört auch ein verantwortlicher Umgang mit Kleingärten und der Ankauf von Grundstücken, die von der Allgemeinheit als Grünflächen genutzt werden. Landeseigene Kleingartenflächen können für den Gemeinbedarf und - falls dringend erforderlich - für den Wohnungsbau verwendet werden. Dringend geboten ist auch die bessere Ausstattung der Bezirke für die notwendige Grünpflege.

Begründung

Der Leitantrag spricht sich zu weitgehend für einen Erhalt aller Kleingärten aus. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Entscheidungsträger*innen gerade bei der Bebauung privater Grundstücke parteiübergreifend das Versprechen einer planungsrechtlichen Sicherung schwerlich einhalten konnten.

Aber auch bei einigen landeseigenen Kleingartenflächen wird sich spätestens 2020 die Frage einer Bebauung stellen. Mit einem Abbrechen des Bevölkerungszuwachses ist nicht zu rechnen. Auch die ausschließliche Unterbringung von Flüchtlingen in Behelfsbauten wird deren erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft erschweren. Zudem sind die landeseigenen Grundstücke die letzten Flächen für die Schaffung einer größeren Anzahl bezahlbarer Wohnungen.

Die Kleingärten bringen eine Steigerung der Lebensqualität nicht nur für Kleingartenpächter sondern für alle Bürger*innen Berlin mit sich. Deswegen muss zuvor festgestellt werden, ob der behauptete Wohnraumbedarf tatsächlich besteht und die Kleingärten hierfür tatsächlich benötigt werden. In jedem konkreten Einzelfall sollen die Entscheidungsträger*innen darüber entscheiden, ob die Bebauung dringend erforderlich ist.

Unterstützer*innen

Dagmar Kempf (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Antonia Simon (LAG Kultur); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

P42-004 Projekt 42: 1.000 Grüne Dächer und 10.000 neue Straßenbäume für Berlin

Antragsteller*in: Rainer Wittek (Moma)

Änderungsantrag zu P42

Von Zeile 3 bis 6:

unsere Stadt grün wächst. Deshalb starten wir ein Förderprogramm für 1.000 grüne Dächer für Berlin. Die Dachbegrünung wird das Stadtklima verbessern, ~~das~~. Das Regenwassermanagement optimieren soll durch Entsiegelung von Straßen- und Erholungsräume für Fahrbahnflächen die Menschen in Berlin schaffen Regenwasserversickerung optimieren, um die Nachabkühlung bei Hitzeperioden zu sichern. Nach unserer Vorstellung wird das Rote Rathaus ein grünes Dach bekommen, als Vorbild mit Strahlkraft für die ganze

P42-013 Projekt 42: 1.000 Grüne Dächer und 10.000 neue Straßenbäume für Berlin

Antragsteller*in: Turgut Altug, Alexander Klose (KV Friedrichshain-Kreuzberg, KV-Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu P42

Von Zeile 12 bis 14 einfügen:

Flächen für das Urban Gardening werden wir gemeinsam mit den Bezirken ausweisen und fördern, auch als Zwischennutzung. „Nach dem Vorbild anderer Städte wie New York und Stuttgart setzen wir eine*n Beauftragte*n für Urban Gardening ein, der die vielen urbanen Gärtner*innen in Berlin unterstützen soll.“ Schulen und Kitas werden eingeladen sich daran zu beteiligen, um die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Begründung

Begründung:

Während urbane Gärten Teil einer lebenswerten, lebendigen und zukunftsfähigen Stadt sind, ist ihr rechtlicher Status nach wie vor prekär und ihr Fortbestand häufig nicht gesichert. Noch immer bestehen bei Teilen der Verwaltung Berührungängste gegenüber städtischem Gärtnern jenseits von Kleingärten. Dies erleben Bürger*innen, die Freiflächen in ihrem Kiez bepflanzen wollen z.B. beim Abschluss von Pflegevereinbarungen mit den Bezirken. Mit der/dem Beauftragten sollen keine Parallelstrukturen zu diesen gewachsenen, selbstorganisierten Formen der Unterstützung urbaner Gärten geschaffen werden. Diese Netzwerke und Akteur*innen sollen unterstützt, keinesfalls aber „von oben“ organisiert werden.

Zu den Aufgaben der/des Beauftragten wird daher insbesondere die Unterstützung von Aktivist*innen urbaner Gärten in Berlin zählen.

Unterstützer*innen

Riza Baran (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Gamze Aslan (KV Neuköln); Danilo Brandt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Berna Gezik (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Oliver Powalla (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Volkmar Nickol (LAG-Migration)

P43-002 Projekt 43: Berliner Luft: Endlich mal tief durchatmen können

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 08.04.2016

Änderungsantrag zu P43

Von Zeile 2 bis 8:

Gesunde Berliner Luft um durchzuatmen – das können alle Berliner*innen von ihrer Stadt erwarten. Leider verschmutzt besonders der Kfz-Verkehr immer noch unsere Luft an vielen verkehrsreichen Straßen. Mit dem Blauen Engel Deshalb setzen wir noch mehr auf Vermeidung und Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsmittel. Gleichzeitig müssen die Fahrzeuge aber wesentlich sauberer werden, vor allem die mit Dieselmotor. Dazu wollen wir die Umweltzone weiterentwickeln und uns für die bundesweite Einführung einer neuen Plakette für Fahrzeuge einsetzen, die auch im realen Fahrbetrieb wirklich sauber sind. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass der Fuhrpark des Landes Berlin zum Vorbild für niedrige Emissionen wird. Neu angeschafft werden nur Fahrzeuge mit geringen Emissionen und höchsten Abgasstandards: So lange die Abgaswerte so schlecht sind, kommen Dieselfahrzeuge kommt die Anschaffung von Dieselfahrzeugen für uns nicht in Frage. Die Die Stattdessen setzen wir auf Gas- und Elektrofahrzeuge. Auch die steigende Zahl von Liefer-Lkw soll künftig mit dieser Technik sauber unterwegs sein. Das Fuhrgewerbe wollen wir mit geeigneten Förderkonzepten dabei unterstützen. Auch den Berliner Taxiunternehmen unterstützen wollen wir dabei helfen bis Ende 2020 dabei, 1.000 zusätzliche elektrisch oder gasgetriebene Umwelttaxis auf die Berliner Straßen zu bringen. Den zunehmenden Reisebusverkehr regulieren wir mit

Nach Zeile 17 einfügen:

Den Berlin-eigenen Maschinenpark wollen wir erneuern mit lärmarmem Gerät, das den Blauen Engel hat und einen Rußfilter bei Dieselmotoren. Baumaschinen der öffentlichen Hand schaffen wir ausschließlich mit Filtertechnologien für weniger Schmutz an, die vorhandenen rüsten wir um. So wie es bereits auf Baustellen der öffentlichen Hand Standard ist, wollen wir auch die Berlin-eigenen Wohnungsbaugesellschaften und privaten Investoren dazu bringen, beim dringend benötigten Bau neuer Wohnanlagen emissionsarme Maschinen einzusetzen. Gleichzeitig wollen wir durch strengere Vorgaben sicherstellen, dass beim Wohnungsneubau nur saubere und klimafreundliche Heizsysteme zum Zuge kommen. Auf Baustellen der öffentlichen Hand und bei Bauprojekten in Wohngebieten setzen wir nur noch emissionsarme Baumaschinen ein

Begründung

- Kfz-Verkehr: Der Grenzwert für Stickstoffdioxid wird immer noch an sehr vielen Hauptstraßen überschritten – und das zum Teil um mehr als 50%. Schuld ist die zunehmende Zahl der Dieselfahrzeuge. Lediglich die Fahrzeuge des öffentlichen Fuhrparks, Taxen und Busse in den Fokus zu nehmen, reicht also nicht, weil die im Vergleich zur Gesamtzahl der Diesel-Kfz nur einen geringen Anteil ausmachen. Deswegen brauchen wir – neben der Verkehrsvermeidung und Verlagerung – eine Weiterentwicklung der Umweltzone, also eine Stufe 3, in der Diesel mit hohen Stickoxidemissionen irgendwann nicht mehr fahren dürfen. Stuttgart plant das bereits.
- Saubere Fahrzeuge: Den „blauen Engel“ für Kfz gibt's nicht. Aber wir sollten die saubersten Antriebsarten fördern: das sind Gasfahrzeuge und demnächst Elektro-Kfz. Fokus sollte der Liefer-Verkehr und die Taxen sein, weil sich da Fördermittel am gezieltesten einsetzen lassen.

- Smiley-Anzeigen: Die Idee passt nicht recht zum Thema: Mindert eher den Lärm und die Unfallgefahr. Deshalb hier gestrichen und statt dessen ins Projekt 44 über Lärminderung eingefügt (s. AA zu P44).
- Bau: Für Baumaschinen gibt's den Blauen Engel. Deshalb sollte man ihn erwähnen. Die Nachrüstung mit Filtern ist beim öffentlichen Maschinenpark kaum sinnvoll, weil er zu alt ist. Statt dessen Erneuerung. Auf Baustellen im Auftrag der öffentlichen Hand sind verschärfte Standards ab dieses Jahr bereits in Kraft. Diese auf alle Baustellen auszudehnen, ist rechtlich nicht möglich. Aber es besteht die Chance die eigenen Wohnungsbaugesellschaften direkt und private Investoren über städtebauliche Verträge zum umweltfreundlichen Bauen zu bewegen – und dabei gleich Vorgaben für saubere Heizungsanlagen zu machen

P43-007 Projekt 43: Berliner Luft: Endlich mal tief durchatmen können

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu P43

Von Zeile 6 bis 9:

lange die Abgaswerte so schlecht sind, kommen Dieselfahrzeuge für uns nicht in Frage. Die Berliner Taxiunternehmen unterstützen wir bis Ende 2020 dabei, 1.000 ~~zusätzliche~~ alte Taxis durch Umwelttaxis ~~auf die Berliner Straßen zu bringen~~ ersetzen. Den zunehmenden Reisebusverkehr regulieren wir mit umweltfreundlichen Auflagen und orientieren uns dabei an anderen Großstädten wie zum

Begründung

Keine zusätzlichen Autos auf den Straßen fördern, sondern alte durch umweltfreundlichere Ersetzen.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P44-002 Projekt 44: Lärm von Flugzeugen und Autos: Mehr Ruhe für Berliner*innen

Antragsteller*in: Cordelia Koch (KV Pankow)

Änderungsantrag zu P44

Von Zeile 2 bis 5:

Lärm macht krank und beeinträchtigt unsere Lebensqualität. ~~Wenn~~Erst wenn der BER öffnet, sind in Tegel ~~zwar~~ hunderttausende Berliner*innen vom Fluglärm befreit, ~~gleichzeitig werden aber im~~Diese Menschen sind dem Fluglärm schon seit 10 Jahren schutzlos ausgesetzt - sie haben eine sofortige Verbesserung ihrer Lebenssituation verdient! Wir lassen die vom Fluglärm betroffenen nicht länger allein. Wir wollen einen Lastenausgleich für die Lärmbelastung, der allen Menschen in den betroffenen Gebieten sofort zu Gute kommt. Wir wollen daher Projekte, die die Lebenssituation der vom Fluglärm betroffenen Menschen verbessern, aus einem Berliner Lärmausgleichsfonds nach dem Wiener Finanzierungsmodell fördern. Im Berliner Süden werden viele Menschen neu oder stärker von Lärm betroffen sein. Wir sorgen für ihre Entlastung indem wir das Schallschutzprogramm, aber auch das Nachtflugverbot zwischen 22.00

Begründung

Für die Idee eines Lärmausgleichsfonds gibt es internationale und deutsche, sogar Berliner Vorlagen.

Zum Beispiel in Frankfurt bietet die Fraport den Eigentümer*innen freiwillig aus ihrem Lärmausgleichsfonds einen finanziellen Ausgleich für die Lärmbelastung an, wenn diese sich im Grundbuch zur Duldung des Flughafenbetriebs verpflichten.

Für den BER^[1] wurde schon ein Ausgleichsfonds vorgeschlagen. Vier Brandenburger Gemeinden haben den Ausgleichsfonds gefordert. Auch die CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses tat dies am 16.11.2010 (Drucksache 16/3638) in ihrem Antrag: „Mehr Lebensqualität für alle Berlinerinnen und Berliner durch bürgerfreundliche Flugrouten und bessere Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Großflughafen in Schönefeld (BBI)“.

Doch anders als die CDU wollen wir keine zusätzliche Entschädigung für Eigentümer*innen. Denn das Fluglärmschutzgesetz greift zu Gunsten der Eigentümer*innen ab dem 7. Juni 2017 auch für den Flughafen TXL.^[2] Unabhängig von den juristischen Klimmzügen des Senats, diese Frist des Fluglärmschutzgesetzes auf 2019 auszudehnen, werden rund 200.000 Haushalte, ca. 300.000 Menschen Anspruch auf sogenannten passiven Lärmschutz wie schalldichte Fenster haben. Mieter haben aber keinen eigenen Anspruch auf Lärmschutzmaßnahmen nach dem FluglärmschutzG, nur Eigentümerinnen.

Die Zahl der vom Lärm Betroffenen, nämlich alle, die in den Einflugschneisen leben, ob Eigentümer oder Mieterin, ist also noch weit höher. Diesen Menschen wollen wir ein Angebot machen, das ihre Lebenssituation verbessert. Hinzu kommt: Die Menschen sind dem Fluglärm in der Einflugschneise von TXL schon 10 Jahre lang schutzlos ausgesetzt.

Wir glauben dem Senat nicht mehr: Wer vier Mal die Eröffnung des BER verspricht, hält auch die fünfte Eröffnung nicht ein. Wir lassen die vom Berliner Fluglärm betroffenen Menschen mit dem Dilettantismus des Senats nicht weiter allein.

Wir wollen die Lebenssituation der Menschen sofort verbessern. Wir wollen einen Lärmausgleichsfonds zur Finanzierung von Projekten wie neuen Schulklos, einem barrierefreien Zugang zur U-Bahn oder die Pflege des Mauerradwegs; Projekte, die das Leben sofort leichter und

schöner machen. Als Lastenausgleich für die vergangenen 10 Jahre und für jeden weiteren Tag, den TXL über den erklärten Eröffnungstermin des BER im Jahr 2017 hinaus offen bleibt. Die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) macht mit dem Betrieb von TXL Gewinne. Wir wirken darauf hin, dass die FBB dem Wiener Finanzierungsmodell folgt: Über das Flugentgelt zahlt jeder Flugpassagier einen Betrag von 0,20 € (nachts in Höhe von 0,60 €), der direkt an den Ausgleichsfonds abgeführt wird. Verwaltet wird die zweckgebundene Vermögensmasse von den Stadträten für Stadtentwicklung in den vom TXL-Fluglärm betroffenen Bezirken.

[1] Dialogforum Airport Berlin Brandenburg (einer Kommunikationsplattform der Landkreise und Kommunen im Flughafenumfeld und des Flughafenbetreibers und seiner Gesellschafter).

[2] Das FluglärmschutzG (Neugefasst durch Bek. v. 31.10.2007) ging davon aus, dass (vor allem) Tegel bis 2017 geschlossen sein würde und sieht deshalb vor: „Für einen Flugplatz nach Absatz 1 ist kein Lärmschutzbereich festzusetzen oder neu festzusetzen, wenn dieser innerhalb einer Frist von zehn Jahren nach Vorliegen eines Festsetzungserfordernisses nach den Absätzen 4 und 5 geschlossen werden soll und für seine Schließung das Verwaltungsverfahren bereits begonnen hat.“

P44-008 Projekt 44: Lärm von Flugzeugen und Autos: Mehr Ruhe für Berliner*innen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu P44

Von Zeile 7 bis 12:

ab. Wir setzen uns besonders für alle denkbaren Lärm mindernden An- und Abflugverfahren ~~sowie für Lärmpausen durch die Nutzung von je einer Start- und Landebahn in zeitlichen Intervallen ein, obwohl der Einfluss Berlins auf Flugrouten gering ist. Die Entgeltordnung des Flughafens soll an die Lautstärke der Flugzeuge angepasst werden, um jene mit weniger Lärm zu bevorzugen.~~ ein. Die Entgelte des Flughafens sollen stärker nach der Lautstärke der Flugzeuge und der Tageszeit gespreizt werden, um verstärkt Anreize zum Einsatz leiserer Flugzeuge zu setzen. Viel Lärm und Abgase gibt es zudem insbesondere an den Hauptstraßen unserer Stadt. Werden die Fahrbahnbeläge instandgesetzt oder ausgetauscht, der Straßenraum

Begründung

Lärmpausen streichen, weil inhaltlich bereits im ersten Teil des Satzes enthalten.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P44-019 Projekt 44: Lärm von Flugzeugen und Autos: Mehr Ruhe für Berliner*innen

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 08.04.2016

Änderungsantrag zu P44

Von Zeile 18 bis 19 einfügen:

einem Lärm-Monitoring in den Wohnvierteln reduzieren wir den Lärm in der Stadt – das ist gut für alle. noch stärker an die Lautstärke der Flugzeuge angepasst werden, um jene mit weniger Lärm zu bevorzugen. Viel Lärm und Abgase gibt es zudem insbesondere an den Hauptstraßen unserer Stadt. Werden die Fahrbahnbeläge repariert oder durch Flüsterasphalt ersetzt, der Straßenraum umgestaltet und damit der lärmenden Kfz-Verkehr weg von den Wohnungen in die Straßenmitte verlagert, oder der Verkehrsfluss verbessert, wirkt sich das auf auch die Gesundheit der Anwohner*innen aus

und es entsteht mehr Platz für Fußgänger*innen und den Radverkehr. Wenn nötig, muss auch mal langsamer gefahren werden. Bei gleichzeitiger grüner Welle ist das kein merklicher Zeitverlust und spart nicht nur Lärm und Abgase, sondern erhöht auch die Verkehrssicherheit für alle. Hundert Smiley-Anzeigen werden vor Kitas, Schulen und Seniorenheimen das Tempo der vorbeifahrenden Autos anzeigen, damit dort die reduzierten Geschwindigkeiten auch eingehalten werden.

Lärm verbannen wir auch aus der Stadt, wenn Güter auf der Schiene transportiert werden. Das ist zugleich umweltfreundlicher, klimaschonender, flächensparender und sicherer als der Transport auf der Straße. Mit der Forderung nach lärmabhängigen Trassenpreisen, Schienenwegdämpfern beim Neubau, der Überprüfung der Verkehrswege für den Güterverkehr sowie einem Lärm-Monitoring in den Wohnvierteln reduzieren wir den Lärm in der Stadt – das ist gut für alle.

Begründung

- Austausch von Fahrbahnbelägen alleine macht keinen großen Lärminderungseffekt: Deshalb (auch) auf Flüsterasphalt setzen
- Was Straßenraumgestaltung bedeutet, wird nun klar gemacht, damit die Relevanz und der Nutzen nicht nur für den Lärmschutz deutlicher wird
- T30: Angesichts der vielen Bürgeranträge dazu sollten/dürfen wir uns vor dem Thema langsamer Fahren nicht drücken: T30 spart 2-3 dB Lärm und reduziert die Schadstoffemissionen, jedenfalls bei grüner Welle angepasst auf T30. Da macht ja sogar der Senat was, wenn auch auf bescheidenem Niveau. Den Satz zu den Smiley – Anzeigen haben wir vom Luftprojekt hier eingefügt, weil das zum Lärmprojekt besser passt.

P45-007 Projekt 45: Flussbaden in Berlin: Für eine saubere Spree

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu P45

Von Zeile 6 bis 9 löschen:

Mit dezentralem Regenwassermanagement fließt bei Starkregen nicht länger ungeklärtes Abwasser mit Hundekot und Reifenabrieb in die Spree. Dann können bei Sonnenschein, ~~vor der Kulisse der Museumsinsel~~, Menschen in einen sauberen Fluss springen. Diese Vision wird mit dem Flussbad an der Museumsinsel real. Dort und an vielen anderen Stellen, wie zum Beispiel

Unterstützer*innen

Camilla Schuler (KV Lichtenberg); Henning Bublitz (KV Berlin-Mitte); Franziska Briest (KV Berlin-Mitte); Mona Hille (KV Berlin-Mitte); Christof Ebrecht (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Jenny Neubert (KV Berlin-Mitte); Jenny Schlosser (AG Tierschutz)

P45-011 Projekt 45: Flussbaden in Berlin: Für eine saubere Spree

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu P45

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:

der Rummelsburger Bucht, wird man zukünftig baden können. Die Versäumnisse beim Verbessern der Wasserqualität und der Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie werden wir angehen. Dazu werden wir die immer wieder verzögerte Umsetzung der Renaturierung bzw. Gewässerentwicklungskonzepte für Wuhle, Panke, Tegeler Fließ, Erpe und den Großen Müggelsee/Müggelspree auf den Weg bringen und die dafür nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Mit einer Umweltlotterie für die Berliner Gewässer unterstützen wir gute Ideen finanziell. Auch

Unterstützer*innen

Inka Seidel (KV Marzahn-Hellersdorf); Nickel von Neumann (KV Marzahn-Hellersdorf); Almut Rieger (KV Marzahn-Hellersdorf)

P45-011-2 Projekt 45: Flussbaden in Berlin: Für eine saubere Spree

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Änderungsantrag zu P45

Von Zeile 10 bis 13:

der Rummelsburger Bucht, wird man zukünftig baden können. Die Versäumnisse beim Verbessern der Wasserqualität und der Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie werden wir angehen. ~~Mit einer Umweltlotterie für die Berliner Gewässer unterstützen wir gute Ideen finanziell~~ und abarbeiten. Auch die sichere Trinkwasserversorgung packen wir an: Das Sulfat aus Brandenburgs

Begründung

Erfolgt mündlich

P46-015 Projekt 46: Artenreichtum in der Stadt: Berlins biologische Vielfalt erhalten

Antragsteller*in: Turgut Altug, Alexander Klose (KV Friedrichshain-Kreuzberg, KV-Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu P46

Von Zeile 14 bis 17:

mehr Berliner*innen engagieren sich für die biologische Vielfalt in ihrer Stadt. Wir unterstützen das durch zusätzliche Mittel und Beratungsangebote: ~~etwa durch eine*n Beauftragte*n für Urban Gardening oder die Ausweisung öffentlicher Flächen für Bienenvölker.~~ In der Umweltbildung setzen wir auf eine bessere Kooperation der Schulen mit

Begründung

Begründung:

Vermeidung von Dopplungen: Der Bienenschutz wird im Projekt 41 (Grüne Oasen) behandelt, der*die Beauftragte für Urban Gardening passt besser in Projekt 42 (1.000 Grüne Dächer und 10.000 neue Straßenbäume für Berlin“).

Unterstützer*innen

Riza Baran (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Gamze Aslan (KV Neuköln); Danilo Brandt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Berna Gezik (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzbergk); David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzbergk); Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Oliver Powalla (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Volkmar Nickol (LAG-Migration)

P47-005 Projekt 47: Weniger Abfall, mehr verwerten

Antragsteller*in: Rainer Wittek (Momo)

Änderungsantrag zu P47

Von Zeile 4 bis 9:

unterwegs ist der mehrfach nutzbare „Berlinbecher“ eine Alternative zu den Einwegbechern und überquellenden Mülltonnen. Teilnehmende Cafés und Geschäfte geben einen Preisnachlass. ~~Statt auf Einmal-Plastiktüten setzen wir auf Mehrwegbeutel, aus Jute oder hochwertigem Recyclingplastik. Diese Mehrwegsysteme schaffen wir gemeinsam mit dem Einzelhandel, der Gastronomie und der Berliner Stadtreinigung (BSR). Wir wollen den Einzelhandel und die Gastronomie davon überzeugen, auf Ausgabe von Plastiktüten und Plastiktaschen grundsätzlich zu verzichten und Tüten und Taschen aus Naturmaterialien nur auf ausdrückliche Bitte der Kunden gegen eine Gebühr von 1 Euro herauszugeben.~~ Falls trotzdem Abfall anfällt, wie zum Beispiel Elektroaltgeräte, werden diese erst getestet, um sie weiter zu nutzen oder zu

Begründung

Der ursprüngliche Text geht an dem wirklichen Problem vorbei. Bevor "hochwertiges" (?) Plastik recycelt wird, muss es erst einmal hergestellt werden und landet dann hauptsächlich im Meer. Auch für Papiertüten muss erst einmal ein Baum gefällt werden. Dieser Ressourcen- und Energieverbrauch soll nachhaltig sein?

P47-007 Projekt 47: Weniger Abfall, mehr verwerten

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P47

Von Zeile 6 bis 8 einfügen:

auf Einmal-Plastiktüten setzen wir auf Mehrwegbeutel, aus Jute oder hochwertigem Recyclingplastik. Auch Lieferanten möchten wir dazu anregen, insbesondere bei Großgebinden wiederverwendbare Verpackungen und Transportkisten zu verwenden. Diese Mehrwegsysteme schaffen wir gemeinsam mit dem Einzelhandel, der Gastronomie und der Berliner Stadtreinigung (BSR). Falls trotzdem Abfall anfällt, wie zum

P47-009 Projekt 47: Weniger Abfall, mehr verwerten

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Vorstand Kreisverband CharlWilm)

Änderungsantrag zu P47

Von Zeile 8 bis 11 einfügen:

Gastronomie und der Berliner Stadtreinigung (BSR). Falls trotzdem Abfall anfällt, wie zum Beispiel Elektroaltgeräte, werden diese erst auf Reparaturtauglichkeit untersucht und getestet, um sie weiter zu nutzen oder zu verkaufen, bevor sie als erschwingliches Ersatzteillager für Reparaturinitiativen verwendet oder verschrottet werden. Für eine echte Kreislaufwirtschaft, in der sämtliche Haupt-, Zwischen- und Nebenprodukte als Rohstoffe wieder in den technischen oder

Begründung

Die Abfallverwertung insbesondere von Elektroschrott, muss in ein Konzept der Verlängerung der Nutzungsdauer von Gebrauchsgütern eingebettet werden. Dabei kommt der Förderung von Reparaturinitiativen eine zentrale Bedeutung zu.

Unterstützer*innen

Silke Gebel (MdB); Dr. Hartwig Berger (LAG Umwelt)

P47-016 Projekt 47: Weniger Abfall, mehr verwerten

Antragsteller*in: Turgut Altug, Alexander Klose (KV Friedrichshain-Kreuzberg, KV-Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu P47

Nach Zeile 16 einfügen:

Projekt 47A: Hinter dem Projekt „Weniger Abfall, mehr verwerten“ wird folgendes neues Projekt eingefügt „Verbraucher*innen-Stadt BERLIN als Vorreiter beim nachhaltigen Leben“

In Berlin wird viel produziert, aber vor allem ist Berlin eine Stadt der Konsument*innen. Und vor allem ist Berlin eine Stadt mit vielen kreativen Köpfen. Berlin bietet als wachsende Stadt ideale Voraussetzungen für ein besseres, gesünderes und nachhaltiges Leben: Denn schon heute ist Berlin der größte Biomarkt Europas bzgl. der Dichte an Biomärkten und Biobäckern pro Einwohner*in – das ist ein riesiges Potenzial. Diese Chance wollen wir nutzen. Nachhaltigkeit steht für gesunde Lebensbedingungen und weniger Umweltbeeinträchtigungen – und genau das wünschen sich viele Menschen in unserer Stadt. Das gilt nicht nur in alternativen und kaufkräftigen Kiezen und in der Innenstadt - wir wollen das gute Leben für alle.

Dafür richten wir LEBENs-Orte ein, an denen Projekte rund um das Essen, Lebensmittel mit den Kitas, Schulklassen sowie allen Interessierten stattfinden, überschüssige Lebensmittel abgegeben werden können, um Lebensmittelverschwendung zu verhindern. Wir führen ein Transparenzsystem in Form eines Smileys in Restaurants und Gaststätten ein. Wir fördern Tauschbörsen, Bücherboxen, Umsonstläden und Repaircafés. Wir setzen uns für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung ein, die strengen ökologischen und sozialen Kriterien genügt. Wir schaffen eine Datenbank, um systematisch zu erfassen, welche Produkte aus welchen Gründen frühzeitig verschleiß (geplante Obsoleszenz) und welche ökonomischen und ökologischen Folgen damit verbunden sind. Wir prüfen eine Abgabe auf Einweg-Plastiktüten, von denen 220 Millionen jährlich in Berlin im Müll landen.

Begründung

Begründung:

Das grüne Kernthema Verbraucherschutz taucht bisher nur im ersten Teil des Programms auf. Mit dem vorgeschlagenen Projekt greifen wir einen Beschluss der AGH-Fraktion aus dem letzten Sommerklausur in 2015 sowie zahlreiche Initiativen in der Stadt auf.

Unterstützer*innen

Riza Baran (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Berna Gezik (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Danilo Brandt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Gamze Aslan (KV Neukölln); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Oliver Powalla (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Volkmar Nickol (LAG-Migration)

P48-012 Projekt 48: Da geht viel mehr: Fahrradstadt Berlin

Antragsteller*in: Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P48

Von Zeile 11 bis 13 einfügen:

Kontrollen und bauliche Mittel gegen zugeparkte Radfahrstreifen vor. Auf stark befahrenen Straßen werden die Radstreifen **nach Möglichkeit** vom Auto- und Fußverkehr getrennt. An gefährlichen Kreuzungen schaffen farbige Markierungen, vorgezogene Haltelinien für Radfahrer*innen oder vorzeitiges

Begründung

Es gibt viele stark befahrene Straßen, oft sogar mit Busverkehr, wo der Platz auf der Fahrbahn beim besten Willen nicht ausreicht und auch seitlich der Raum für eine Trennung fehlt.

Unterstützer*innen

Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf); Matthias Dittmer (KV Pankow); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Frank Geraets (KV Pankow); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf)

P48-012-2 Projekt 48: Da geht viel mehr: Fahrradstadt Berlin

Antragsteller*in: Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P48

Von Zeile 11 bis 13 einfügen:

Kontrollen und bauliche Mittel gegen zugeparkte Radfahrstreifen vor. Auf stark befahrenen Straßen werden die Radstreifen vom Auto- und Fußverkehr nach Möglichkeit getrennt. An gefährlichen Kreuzungen schaffen farbige Markierungen, vorgezogene Haltelinien für Radfahrer*innen oder vorzeitiges

Begründung

Die wünschenswerte Trennung ist bisweilen aus Platzgründen nicht realisierbar, sollte dann aber nicht etwa zum gänzlichen Verzicht auf Radstreifen führen.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Matthias Dittmer (KV Pankow); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Frank Geraets (KV Pankow)

P48-016 Projekt 48: Da geht viel mehr: Fahrradstadt Berlin

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin (Beschluss: 07.04.2016) (GJB)

Änderungsantrag zu P48

Von Zeile 15 bis 17 einfügen:

in der Nähe von U- und S-Bahnhöfen, vor Geschäften, aber auch im öffentlichen Straßenland. An den wichtigsten Knotenpunkten fehlen Fahrradparkhäuser. Zudem muss der Senat die Mobilitätsbedürfnisse von Familien auch beim Fahrradleihsystem stärker in den Fokus nehmen. Deshalb wollen wir deutlich mehr Stationen und einen Angebotsausbau auf Kinder- und Lastenrädern an verschiedenen Stationen testen. Um den Ausbau deutlich schneller voranzutreiben und Kreuzungen sicherer zu gestalten, verdreifachen wir die Ausgaben für den

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

LAG Mobilität (Beschluss vom 06.04.2016); LAG Frauen- und Geschlechterpolitik (Beschluss vom 10.04.2016)

P49-001 Projekt 49: Schneller mit dem Rad: Ein Fahrradstraßennetz für Berlin

Antragsteller*in: Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P49

In Zeile 1:

Schneller mit dem Rad: ~~Ein Fahrradstraßennetz für Berlin~~ Fahrradstraßen zu einem dichten Radverkehrsnetz verknüpfen

Begründung

Ein lückenloses Netz allein aus Fahrradstraßen wird in Berlin nicht möglich sein, dementsprechend sollte die Überschrift formuliert werden.

Unterstützer*innen

Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf); Matthias Dittmer (KV Pankow); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Frank Geraets (KV Pankow)

P49-005 Projekt 49: Schneller mit dem Rad: Ein Fahrradstraßennetz für Berlin

Antragsteller*in: Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P49

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:

stressfrei zu überholen. Es entstehen in Berlin zwar immer mehr Fahrradstraßen, oft enden diese jedoch unvermittelt an Bezirksgrenzen oder an Straßen mit Kopfsteinpflaster und ohne Infrastruktur für den Radverkehr. Wir kombinieren ein Netz aus Fahrradstraßen mit komfortablen Fahrradrouten, auf

Von Zeile 11 bis 13 einfügen:

Fahradfahrer*innen. Von Fahrradstraßen profitieren auch die Anwohner*innen, weil der Durchgangsverkehr aus den Wohngebieten herausgehalten und lärmerezeugendes Kopfsteinpflaster durch einen Asphaltstreifen ersetzt wird. Fahrradstraßen können aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie von der Bevölkerung angenommen und akzeptiert werden. Wir

Begründung

Ein ebener Fahrbahnbelag und der damit verbundene Fahrkomfort für den darauf geführten Radverkehr haben eine große Bedeutung für alle Netzelemente im Radverkehrsnetz.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf); Matthias Dittmer (KV Pankow); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf); Frank Geraets (KV Pankow)

P49-015 Projekt 49: Schneller mit dem Rad: Ein Fahrradstraßennetz für Berlin

Antragsteller*in: Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P49

Von Zeile 14 bis 19:

beteiligen die Anwohner*innen von Anfang an, um Missverständnisse zu vermeiden und ihre Wünsche aufzunehmen. ~~Insbesondere zwei Pilot-Routen, von Nord nach Süd und von Ost nach West, wollen wir realisieren. Die erste führt von Pankow über Prenzlauer Berg und Mitte nach Kreuzberg und Schöneberg, die zweite von Charlottenburg über Schöneberg und Kreuzberg nach Neukölln. Beide Routen werden in weiten Teilen schon jetzt von Fahrradfahrer*innen stark genutzt.~~ Das vom Senat geplante und bisher nur lückenhaft umgesetzte Fahrradroustennetz wollen wir schnell komplettieren und verdichten, vor allem dort, wo der Bedarf am höchsten ist: von Pankow über Prenzlauer Berg und Mitte nach Kreuzberg und Schöneberg und von Charlottenburg über Schöneberg und Kreuzberg nach Neukölln. Dabei wollen wir die Routen verstärkt durch Fahrradstraßen führen.

Begründung

Bei dem kombinierten Netz aus Fahrradstraßen und komfortablen Fahrradroustennetzen geht es jetzt keineswegs mehr nur um einzelne "Pilot"-Routen sondern um eine konsequente Qualifizierung, lückenlose Verknüpfung und schrittweise Verdichtung eines gesamtstädtischen Radverkehrsnetzes.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf); Matthias Dittmer (KV Pankow); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Frank Geraets (KV Pankow); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf)

P50-001 Projekt 50: Schneller zu Fuß: Verkehr für Fußgänger*innen planen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu P50

In Zeile 1:

~~Schneller zu Fuß~~ Sichere Schul- und Spielwege: Verkehr für Fußgänger*innen planen

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P50-001-2 Projekt 50: Schneller zu Fuß: Verkehr für Fußgänger*innen planen

Antragsteller*in: Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P50

In Zeile 1:

~~Schneller zu Fuß: Verkehr für Fußgänger*innen planen~~

Das bisherige Projekt wird ersetzt durch zwei eigenständige Projekte mit den Überschriften: Zu Fuß hat Vortritt sowie Sichere Schul- und Spielwege

Begründung

Die beiden Anliegen - den Menschen zu Fuß den ihnen gebührenden Raum zurückzugeben und den Kindern für ihre Wege nicht nur zur Schule die notwendige Sicherheit, wünschenswerte Bewegungsfreiheit und angemessene Aufmerksamkeit zu schenken - verdienen es, jeweils in einem eigenen Projekt dargestellt zu werden.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Matthias Dittmer (KV Pankow); Frank Geraets (KV Pankow); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf); Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf)

P50-002 Projekt 50: Schneller zu Fuß: Verkehr für Fußgänger*innen planen

Antragsteller*in: Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg u. AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P50

Von Zeile 1 bis 18:

Zu Fuß hat Vortritt

Die meisten Wege in Berlin werden zu Fuß zurückgelegt. Daran muss sich die Verkehrsplanung orientieren. Zu Fuß gehen soll attraktiver und sicherer werden und möglichst direkt und ungehindert zum Ziel führen. Wir wollen deshalb fußgängerfreundliche Ampelschaltungen mit kurzen Wartezeiten und Grünphasen, die die Querung auch breiter Straßen in einem Zug erlauben. Barrieren und Hindernisse, die Fußgängerinnen und Fußgänger zu Umwegen zwingen, sollen verschwinden oder durchlässig gemacht werden. Mit gesicherten Überwegen in kurzen Abständen, mit Zebrastreifen, Mittelinseln oder Gehwegvorstreckungen wollen wir künftig leichter und sicherer über die Fahrbahnen kommen.

Ein engmaschiges barrierefreies Gehwegnetz, das auch Blockdurchwegungen umfasst, soll den Menschen zu Fuß und allen, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind, zugute kommen. Plätze und Gehwege sind soziale Räume für Begegnung und Aufenthalt. Radwege wollen wir deshalb von den Bürgersteigen auf die Fahrbahn verlagern und das Parken von Autos auf Gehwegflächen Zug um Zug reduzieren. Stattdessen soll dort durch mehr Sitzgelegenheiten, genügend Abfallbehälter und Grün die Aufenthaltsqualität erhöht werden.

Den maroden Zustand der Gehwege und ihre oft unzureichende Beleuchtung vor allem in den Außenbezirken führen besonders bei älteren Menschen und Frauen zu subjektiver und objektiver Unsicherheit. Neben der dringenden Sanierung der Gehwege soll die Umstellung auf LED dazu genutzt werden, die Straßenbeuchtung besser auf die Belange der Menschen zu Fuß auszurichten.

Zum Schutz der Fußgänger*innen soll zudem an Unfallschwerpunkten und sensiblen Bereichen, wo sich z.B. häufig Kinder und alte Menschen bewegen, die Beachtung roter Ampeln und der zulässigen Geschwindigkeiten durch fest installierte Anlagen überwacht werden.

Die Statistik ist eindeutig: Die meisten Wege werden in Berlin zu Fuß zurückgelegt. Das werden wir in der Verkehrsplanung stärker berücksichtigen. Zu Fuß gehen soll attraktiver und sicherer werden – und schneller zum Ziel führen. Bisher sind Kinder zwischen neun und 14 Jahren, die zu Fuß gehen oder Rad fahren, besonders gefährdet. Künftig wird beim Planen oder Umgestalten von Straßen immer die Perspektive der Kinder einbezogen. Barrieren, die Fußgänger zu Umwegen zwingen, führen zu gefährlichen Situationen. Wir bauen sie ab – beispielsweise mit Gehwegvorstreckungen, Mittelinseln und Zebrastreifen. Die Eckbereiche von Kreuzungen bleiben frei. Die Ordnungsämter und die Polizei werden personell besser ausgestattet, damit sie Falsch- und Eckenparken konsequent ahnden können. Es ist ärgerlich und gefährlich, wenn die Querung auch breiter Straßen zu Fuß nicht in einem Zug möglich ist oder die Wartezeiten lang sind. Wir schaffen deshalb fußgängerfreundliche Ampelschaltungen mit kurzen Umlauf- und Wartezeiten sowie längeren Grünphasen. Regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen vor Schulen und Kindergärten müssen nicht nur zu Schuljahresbeginn stattfinden. Verkehrsberuhigende Maßnahmen gerade in diesem Umfeld erhöhen statistisch nachweisbar die Sicherheit gerade der kleinsten Verkehrsteilnehmer*innen. Ihre Verkehrserziehung wird gestärkt, schulisches Mobilitätsmanagement als fester Bestandteil im Schulprogramm verankert.

Sichere Schul- und Spielwege

Kinder sind die schwächsten und mit am meisten gefährdeten Verkehrsteilnehmer, weil sie aufgrund

ihrer Größe ein anderes Sichtfeld als Erwachsene haben und ihnen die Erfahrung fehlt, Entfernung, Geschwindigkeit und Gefahrensituation realistisch einzuschätzen. Sie bewegen sich zu Fuß oder mit dem Fahrrad und achten beim Spielen weniger auf den Verkehr. Ziel grüner Verkehrspolitik muss es sein, Verkehrsplanung neu zu denken und auf Augenhöhe der Kinder zu betrachten und zu planen. Die Statistik zeigt: zu Fuß gehende und Fahrrad fahrende Kinder zwischen 9 und 14 Jahren sind besonders gefährdet. Sie werden in der Statistik hauptsächlich als „Unfallverursacher“ erfasst, obwohl sie aufgrund ihrer Entwicklung und Bedürfnisse mit einer am Kind vorbeigeplanten Straßenlandschaft konfrontiert sind. Hier muss ein Paradigmenwechsel erfolgen. Bei der Problemlösung als auch bei Straßenneuplanung oder Umgestaltung muss ihre Perspektive Ausgangspunkt für Veränderungen sein.

Im Straßenverlauf müssen regelmäßig Querungshilfen vorhanden sein, Kreuzungen sollen so gestaltet werden, dass die Eckbereiche frei bleiben und durch Maßnahmen wie Aufpflasterungen ein sicheres Queren möglich ist. Die Ordnungsämter und die Polizei müssen personell besser ausgestattet werden, um Falsch- und Eckenparken konsequent zu ahnden. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit setzen wir uns für eine Ausweitung mobiler Geschwindigkeitskontrollen nicht nur zu Schuljahresbeginn ein. Verkehrsberuhigende Maßnahmen gerade im Umfeld von Schulen und Spielplätzen erhöhen statistisch nachweisbar die Verkehrssicherheit gerade der Kleinsten. Die Jugendverkehrsschulen werden durch bessere finanzielle Ausstattung und geschultes Personal gestärkt, schulische Mobilitätserziehung als fester Bestandteil im Schulprogramm verankert - u.a. durch die Erstellung von Kinderstadtplänen, die zusammen mit den Kindern erarbeitet und regelmäßig überprüft werden.

Diese Maßnahmen sind uns so wichtig, dass wir dafür zusätzliche Gelder und mehr Personal gerade in den Bezirksamtern vorsehen wollen.

Begründung

Wir alle sind Fußgänger*innen - (fast) jeden Tag. Gerade Schulkinder und Senior*innen sind die gefährdetsten Personengruppen - das sind in Summe in Berlin um die 1,3 Mio. Menschen. Maßnahmen, um für diese Risikogruppe die Verkehrssicherheit zu erhöhen und den Menschen zu Fuß überhaupt einen angemessenen Aufenthalts- und Bewegungsraum zurückzugeben, wovon auch die ganze Stadt profitiert, sind wichtig genug, um nicht in einem Projekt zusammengedrängt zu werden.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Matthias Dittmer (KV Pankow); Frank Geraets (KV Pankow); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf)

P50-013 Projekt 50: Schneller zu Fuß: Verkehr für Fußgänger*innen planen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu P50

Von Zeile 12 bis 18:

oder die Wartezeiten lang sind. Wir schaffen deshalb fußgängerfreundliche Ampelschaltungen mit kurzen Umlauf- und Wartezeiten sowie längeren Grünphasen. ~~Regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen vor Schulen und Kindergärten müssen nicht nur zu Schuljahresbeginn stattfinden. Verkehrsberuhigende Maßnahmen gerade in diesem Umfeld erhöhen statistisch nachweisbar die Sicherheit gerade der kleinsten Verkehrsteilnehmer*innen. Ihre Verkehrserziehung wird gestärkt, schulisches Mobilitätsmanagement als fester Bestandteil im Schulprogramm verankert.~~

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit setzen wir uns für eine Ausweitung mobiler Geschwindigkeitskontrollen nicht nur zu Schuljahresbeginn ein. Zum Schutz der Fußgänger*innen ist es zudem notwendig, an Unfallschwerpunkten und sensiblen Bereichen wie vor Schulen und Kitas den Ausbau fest installierter Anlagen zur Einhaltung roter Ampeln und der zulässigen Geschwindigkeit voranzutreiben.

Verkehrsberuhigende Maßnahmen gerade vor Schulen und Kindergärten erhöhen statistisch nachweisbar die Sicherheit gerade der kleinsten Verkehrsteilnehmer*innen. Ihre Verkehrserziehung wird gestärkt, schulisches Mobilitätsmanagement als fester Bestandteil im Schulprogramm verankert.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P50-018 Projekt 50: Schneller zu Fuß: Verkehr für Fußgänger*innen planen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu P50

Von Zeile 17 bis 18 einfügen:

Verkehrserziehung wird gestärkt, schulisches Mobilitätsmanagement als fester Bestandteil im Schulprogramm verankert. Die Jugendverkehrsschulen werden durch bessere finanzielle Ausstattung und geschultes Personal gestärkt, schulische Mobilitätserziehung als fester Bestandteil im Schulprogramm verankert - u.a. durch die Erstellung von Kinderstadtplänen, die zusammen mit den Kindern erarbeitet und regelmäßig überprüft werden.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

LAG Mobilität

P51-001 Projekt 51: Die Bärenkarte: Bezahlbare Tickets für die Öffentlichen

Antragsteller*in: Martin Scheuch (KV Kreisfrei, Abteilung Wissenschaft)

Änderungsantrag zu P51

In Zeile 1:

~~Die Bärenkarte: Bezahlbare Tickets für die Öffentlichen~~

Solidarisch finanzierter, ticketloser ÖPNV

Begründung

Die Bärenkarte löst keines der Probleme des derzeitigen Tarifsystems, ist unsozial, erzeugt neuen Verwaltungsaufwand mit entsprechenden Kosten und erhöht die Barrieren gerade für Familien.

Der sogenannte kostenlose ÖPNV soll folgende Probleme mit den entsprechenden Kosten lösen

- Keine Tickets,
- Keine Automaten,
- Keine Ausarbeitung und Umsetzung eines Tarifsystems,
- Keine Kontrollen,
- Keine Verwaltung im Hintergrund für Ausnahmen, Sozialtickets, Schwarzfahrer usw.

Keines dieser Probleme wird von der Bärenkarte angegangen oder gar gelöst. Es gibt weiter verschiedene Tarife und Automaten mit Tickets für Gelegenheitsfahrer*innen zwischen 7 und 10 Uhr oder Gäste aus dem Umland. Diese Tickets müssen natürlich auch kontrolliert werden. Zudem soll eine Verwaltung geschaffen werden, die Anträge von Pflegebedürftige, Schwerbehinderte und Transferleistungsempfänger*innen bearbeitet. Insgesamt können keine Kosten gespart werden, dafür wird aber zusätzlicher Verwaltungsaufwand generiert.

Die Bärenkarte ist unsozial:

- Es zahlen alle einen Sockelbetrag, insbesondere auch Menschen, die bisher den ÖPNV gar nicht oder nur gelegentlich genutzt haben, da sie zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Hierbei handelt es sich wohl einerseits um eine grünen-nahe Gruppe bzw. Menschen, die weniger mobil sind und solche, die es sich bisher nicht leisten konnten. Diesen jetzt 15 € pro Monat zu berechnen, wird nicht zu einer Akzeptanz der Bärenkarte führen und Grün-Wähler*innen verprellen.
- Der Zusatzbetrag für Fahrten zwischen 7:00 und 10:00 Uhr morgens trifft gerade diejenigen, die auf eine Erwerbsarbeit mit festen Arbeitszeiten angewiesen sind, also oft Geringverdienende und Menschen mit mehreren Jobs; oder Familien, die dort ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen oder die Schule begleiten. Die erste Gruppe wird im Gegensatz zu Menschen mit freier Zeiteinteilung massiv benachteiligt, Familien zum Umstieg auf das Auto ermutigt.
- Eine solidarische Finanzierung heißt, dass diejenigen, die den ÖPNV weniger nutzen, im Schnitt mehr zahlen als Vielfahrer. Hierbei ist eine Lenkung vom Auto zum ÖPNV beabsichtigt. Die

Bärenkarte tut das Gegenteil. Diejenigen, die den ÖPNV häufig nutzen (Berufspendler, Eltern) werden stärker belastet. Eine gegenteilige Steuerungswirkung ist zu erwarten.

Wie Untersuchungen von Verkehrsträgern zeigen, funktioniert die beabsichtigte Lenkungsfunktion nur unter folgenden Bedingungen:

- Fahrgäste haben Alternativen bei der Fahrzeit,
- Es gibt einen großen Rabatt,
- Das System ist geschlossen (d.h. es gibt Sitzplatzreservierungen oder andere restriktive Zugangsbeschränkungen).

Insofern ist die Lenkungsfunktion hier nicht gegeben. Fahrgäste, die in der Hauptberufszeit fahren (Pendler*innen) haben keine Möglichkeit zu einer anderen Uhrzeit zu fahren. Ihnen bleibt nicht die Wahl, um 11 Uhr auf Arbeit zu erscheinen oder ihr Kind um 6 Uhr in der Kita abzugeben. Zumal Menschen, die sonst nicht um diese Zeit fahren auch einfach ein Ticket am Automaten ziehen können müssen. Um bei dieser Gruppe, die ihre Fahrzeit wählen kann, eine Steuerungsfunktion zu erzielen, müsste die Fahrpreis deutlich über dem jetzigen liegen, damit sie daran gehindert werden, den ÖPNV zu dieser Zeit zu nutzen. Das kann nicht unser Ziel sein.

Wer sich einen Überblick über die Vor- und Nachteile eines Solidarmodells informieren möchte, sei auf das Semesterticket in Berlin (für alle und immer 184,10 € inkl. Fahrrad) bzw. München (Sockelticket für 62,50 € wochentags zwischen 18 Uhr und 6 Uhr, ansonsten zusätzlich 157,60 € exkl. Fahrrad - explizite Begründung für die Zweiteilung ist die Rücksicht auf die Autofahrer*innen) verwiesen.

Zusammengefasst erhöht die Bärenkarte damit die Hürden beim Zugang zum ÖPNV, wird im Wahlkampf als unsozial gebrandmarkt und wahrscheinlich als Besserverdienenden- bzw. Autofahrticket bezeichnet werden.

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck (KV Tempelhof-Schöneberg); Eva Marie Plonske (KV Kreisfrei); Marius Pöthe (KV Reinickendorf); Michael Greiner (KV Mitte)

P51-002 Projekt 51: Die Bärenkarte: Bezahlbare Tickets für die Öffentlichen

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Änderungsantrag zu P51

Von Zeile 2 bis 18 löschen:

~~Alle Berliner*innen wollen und müssen mobil sein. Aber die stetig steigenden Ticketpreise schließen immer mehr Menschen aus oder lassen das Auto attraktiver erscheinen. Wir wollen mehr Menschen für Bus und Bahn begeistern, indem wir die Fahrpreise senken. Insbesondere Berliner*innen mit geringem Einkommen sind auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesen, da sie selten über ein Auto verfügen. Der ist aber gerade für Bezieher*innen von Transferleistungen kaum erschwinglich. Das Berliner Sozialticket kostet 36 Euro im Monat, im ALG-II Regelsatz sind jedoch nur 25 Euro dafür vorgesehen. Wir wollen das Ticket auf diesen Beitrag senken. Mittelfristig arbeiten wir an einem Bürger*innenticket für alle. Mit unserer "Bärenkarte" erhalten alle Berliner*innen ab 18 Jahren ein Monatsticket für den gesamten öffentlichen Verkehr. Sie soll außerhalb der Hauptverkehrszeiten sehr preisgünstige Mobilität ermöglichen. Die Bärenkarte kostet ungefähr 15 Euro und erlaubt die Nutzung aller Verkehrsmittel, außer zwischen 7.00 und 10.00 Uhr morgens. Im Berufsverkehr sind Busse und Bahnen überfüllt. Deshalb zahlen diejenigen, die zu dieser Zeit öffentliche Verkehrsmittel nutzen wollen extra, aber nur noch die Hälfte der heutigen Fahrpreise. Damit wird der ÖPNV für alle günstiger. Pflegebedürftige, Schwerbehinderte und Empfänger*innen von Transferleistungen werden auf Antrag vom Beitrag befreit. Fahrräder können außerhalb der Stoßzeiten kostenfrei mitgenommen werden.~~

Begründung

Ich beantrage den Wahlprogrammpunkt „Bärenkarte“ komplett zu streichen.

Begründung:

Die Umsetzung dieses Modells zur Finanzierung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) ist noch nicht ausreichend entwickelt und nur sehr schwer vermittelbar. Es enthält noch sehr gravierende Ungerechtigkeiten und löst die grundlegenden Probleme des ÖPNV in Berlin nicht.

Einzelne Kritikpunkte:

Die Bärenkarte löst das Überlastungsproblem nicht sondern verlagert es und schafft viel größere Probleme:

- Wenn es im Konzept heisst, „Wir wollen mehr Menschen für Bus und Bahn begeistern“, dann muss das auch und gerade für den Berufsverkehr gelten. In diesen Zeiträumen treten die größten Engpässe zu Tage. Wir brauchen also keine Verlagerung des „Freizeitverkehrs“ in andere Zeiträume, sondern Lösungen für die hochfrequentierten Zeiträume.
- Es wurde der abendliche Berufsverkehr, die abendliche „Rushhour“ völlig ausser Betracht gelassen.
- Da das Nutzen der Busse und Bahnen im Berufsverkehr oft unangenehm ist, verlagern die Nutzer, die es sich zeitlich leisten können ihre Nutzung auch jetzt schon in schwächer frequentierte Zeiten - der Entlastungseffekt wäre also geringer als erwartet.
- Konsequenterweise führt die Bärenkarte im Erfolgsfall (=es begeistern sich wirklich mehr Menschen für Busse und Bahnen) dazu, dass mehr Züge, kürzere Intervalle und längere Nutzungszeiträume gebraucht werden. Das ist ohnehin richtig – aber die finanzielle, personelle und logistische Herausforderung muss so schlagartig gestemmt werden.

Die Bärenkarte ist sozial ungerecht:

- So werden ausgerechnet diejenigen, welche nur mit dem Rad fahren oder zu Fuss gehen gezwungen, knapp 200 € im Jahr für nichts zu bezahlen.
- Es ist sozial ungerecht, wenn Reiche genau so viel zahlen wie Arme.
- Die 100 Millionen € Touristenzwangsabgabe die in der diesem Entwurf zugrunde liegenden Kalkulation stecken wird verschwiegen. Das entspräche einer Verdreifachung der City Tax. Wer die Schwierigkeiten bei der Einführung der City Tax , inklusive immer noch laufender Prozesse vor Gericht, erlebt hat wie, das ist fast unmöglich politisch durchzusetzen.
- Schwarzfahren bleibt genauso ein aufwändiges und teures Problem wie heute.
- Wenn der ÖPNV für alle die ihn nutzen günstiger wird, dann wird er für alle die ihn nicht nutzen teurer – also eine Strafzahlung dafür, dass man den ÖPNV nicht nutzt – ohne die individuellen Gründe zu kennen! Das klingt nach naiver „alle Autofahrer sind böse Rhetorik“ aus längst überwundenen Zeiten und widerspricht anderen teilen des Wahlprogramms.

Die Bärenkarte ist logistisch ein Problem und generiert zusätzliche Bürokratie:

- Wie soll das Geld eingenommen werden? Zusätzliche Bürokratie kostet auch zusätzliches Geld. Die Bärenkarte verteuert also den ÖPNV.
- Wie viel soll es kosten? Ungefähr € 15,-...?
- Was passiert um 10:00 Uhr? Schlagartig völlig überfüllte Züge?

Das Konzept ist sehr kompliziert und nur sehr schwer vermittelbar:

- Wie erklären wir das Fussgängern, Fahrrad- und Autofetischisten? Das ist wahrscheinlich die Mehrheit in Berlin?
- Oder benutzt die Mehrheit der Berliner jeden Tag Busse und Bahnen? Wenn wir am Tag von etwa 3,8 Mio. Nutzungen ausgehen, dann sind das 1,9 Mio. Hin- und Rückfahrten. Das entspricht nicht einmal 50% der Berlinerinnen und Berliner. Was ist mit der anderen Hälfte der Menschen?
- Da sind die zig. Mio. Touristen nicht mitgezählt, denen es zu erklären gilt, dass sie zwischen 7:00 und 10:00 zusätzlich zu ihrer U-Bahntaxe zuzahlen müssen (oder wie ist das gelöst?).
- Es handelt sich um eine Zwangsabgabe.
- Wir bevormunden die Bürgerinnen und Bürger statt ihnen die Wahl zu lassen.

Fazit:

- Wäre der ÖPNV in Berlin attraktiv, zuverlässig, sauber, sicher, angenehm, verfügbar und einfach zu nutzen würden ihn viel mehr Menschen nutzen. Dieses zu erreichen sollte unser Ziel sein, keine Bevormundung oder Zwangsbeglückung.

P51-009 Projekt 51: Die Bärenkarte: Bezahlbare Tickets für die Öffentlichen

Antragsteller*in: Martin Scheuch (KV Kreisfrei, Abteilung Wissenschaft)

Änderungsantrag zu P51

Von Zeile 8 bis 18:

ALG-II Regelsatz sind jedoch nur 25 Euro dafür vorgesehen. Wir wollen das Ticket auf diesen Beitrag senken. ~~Mittelfristig arbeiten wir an einem Bürger*innenticket für alle. Mit unserer "Bärenkarte" erhalten alle Berliner*innen ab 18 Jahren ein Monatsticket für den gesamten öffentlichen Verkehr. Sie soll außerhalb der Hauptverkehrszeiten sehr preisgünstige Mobilität ermöglichen. Die Bärenkarte kostet ungefähr 15 Euro und erlaubt die Nutzung aller Verkehrsmittel, außer zwischen 7.00 und 10.00 Uhr morgens. Im Berufsverkehr sind Busse und Bahnen überfüllt. Deshalb zahlen diejenigen, die zu dieser Zeit öffentliche Verkehrsmittel nutzen wollen extra, aber nur noch die Hälfte der heutigen Fahrpreise. Damit wird der ÖPNV für alle günstiger. Pflegebedürftige, Schwerbehinderte und Empfänger*innen von Transferleistungen werden auf Antrag vom Beitrag befreit. Fahrräder können außerhalb der Stoßzeiten kostenfrei mitgenommen werden.~~ Mittelfristig werden wir hierfür einen solidarisch finanzierten, ticketlosen (kostenlosen) ÖPNV umsetzen.

Begründung

Die Bärenkarte löst keines der Probleme des derzeitigen Tarifsystems, ist unsozial, erzeugt neuen Verwaltungsaufwand mit entsprechenden Kosten und erhöht die Barrieren gerade für Familien.

Der sogenannte kostenlose ÖPNV soll folgende Probleme mit den entsprechenden Kosten lösen

- Keine Tickets,
- Keine Automaten,
- Keine Ausarbeitung und Umsetzung eines Tarifsystems,
- Keine Kontrollen,
- Keine Verwaltung im Hintergrund für Ausnahmen, Sozialtickets, Schwarzfahrer usw.

Keines dieser Probleme wird von der Bärenkarte angegangen oder gar gelöst. Es gibt weiter verschiedene Tarife und Automaten mit Tickets für Gelegenheitsfahrer*innen zwischen 7 und 10 Uhr oder Gäste aus dem Umland. Diese Tickets müssen natürlich auch kontrolliert werden. Zudem soll eine Verwaltung geschaffen werden, die Anträge von Pflegebedürftige, Schwerbehinderte und Transferleistungsempfänger*innen bearbeitet. Insgesamt können keine Kosten gespart werden, dafür wird aber zusätzlicher Verwaltungsaufwand generiert.

Die Bärenkarte ist unsozial:

- Es zahlen alle einen Sockelbetrag, insbesondere auch Menschen, die bisher den ÖPNV gar nicht oder nur gelegentlich genutzt haben, da sie zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Hierbei handelt es sich wohl einerseits um eine grünen-nahe Gruppe bzw. Menschen, die weniger mobil sind und solche, die es sich bisher nicht leisten konnten. Diesen jetzt 15 € pro Monat zu berechnen, wird nicht zu einer Akzeptanz der Bärenkarte führen und Grün-Wähler*innen verprellen.

- Der Zusatzbetrag für Fahrten zwischen 7:00 und 10:00 Uhr morgens trifft gerade diejenigen, die auf eine Erwerbsarbeit mit festen Arbeitszeiten angewiesen sind, also oft Geringverdienende und Menschen mit mehreren Jobs; oder Familien, die dort ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen oder die Schule begleiten. Die erste Gruppe wird im Gegensatz zu Menschen mit freier Zeiteinteilung massiv benachteiligt, Familien zum Umstieg auf das Auto ermutigt.
- Eine solidarische Finanzierung heißt, dass diejenigen, die den ÖPNV weniger nutzen, im Schnitt mehr zahlen als Vielfahrer. Hierbei ist eine Lenkung vom Auto zum ÖPNV beabsichtigt. Die Bärenkarte tut das Gegenteil. Diejenigen, die den ÖPNV häufig nutzen (Berufspendler, Eltern) werden stärker belastet. Eine gegenteilige Steuerungswirkung ist zu erwarten.

Wie Untersuchungen von Verkehrsträgern zeigen, funktioniert die beabsichtigte Lenkungsfunktion nur unter folgenden Bedingungen:

- Fahrgäste haben Alternativen bei der Fahrzeit,
- Es gibt einen großen Rabatt,
- Das System ist geschlossen (d.h. es gibt Sitzplatzreservierungen oder andere restriktive Zugangsbeschränkungen).

Insofern ist die Lenkungsfunktion hier nicht gegeben. Fahrgäste, die in der Hauptberufszeit fahren (Pendler*innen) haben keine Möglichkeit zu einer anderen Uhrzeit zu fahren. Ihnen bleibt nicht die Wahl, um 11 Uhr auf Arbeit zu erscheinen oder ihr Kind um 6 Uhr in der Kita abzugeben. Zumal Menschen, die sonst nicht um diese Zeit fahren auch einfach ein Ticket am Automaten ziehen können müssen. Um bei dieser Gruppe, die ihre Fahrzeit wählen kann, eine Steuerungsfunktion zu erzielen, müsste die Fahrpreis deutlich über dem jetzigen liegen, damit sie daran gehindert werden, den ÖPNV zu dieser Zeit zu nutzen. Das kann nicht unser Ziel sein.

Wer sich einen Überblick über die Vor- und Nachteile eines Solidarmodells informieren möchte, sei auf das Semesterticket in Berlin (für alle und immer 184,10 € inkl. Fahrrad) bzw. München (Sockelticket für 62,50 € wochentags zwischen 18 Uhr und 6 Uhr, ansonsten zusätzlich 157,60 € exkl. Fahrrad - explizite Begründung für die Zweiteilung ist die Rücksicht auf die Autofahrer*innen) verwiesen.

Zusammengefasst erhöht die Bärenkarte damit die Hürden beim Zugang zum ÖPNV, wird im Wahlkampf als unsozial gebrandmarkt und wahrscheinlich als Besserverdienenden- bzw. Autofahrerticket bezeichnet werden.

Unterstützer*innen

Eva Marie Plonske (KV Kreisfrei); Marius Pöthe (KV Reinickendorf); Anja Schillhaneck (KV Tempelhof-Schöneberg); Michael Greiner (KV Mitte)

P51-010 Projekt 51: Die Bärenkarte: Bezahlbare Tickets für die Öffentlichen

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin (Beschluss: 07.04.2016) (GJB)

Änderungsantrag zu P51

Von Zeile 9 bis 13:

Beitrag senken. Mittelfristig arbeiten wir an einem Bürger*innenticket für alle. Mit unserer "Bärenkarte" ~~erhalten alle Berliner*innen ab 18 Jahren ein Monatsticket für den gesamten öffentlichen Verkehr. Sie soll außerhalb der Hauptverkehrszeiten sehr preisgünstige Mobilität ermöglichen.~~ machen wir einen großen Schritt und schaffen sehr preisgünstige Mobilität außerhalb der Hauptverkehrszeit. Die Bärenkarte kostet ungefähr 15 Euro und erlaubt die Nutzung aller Verkehrsmittel, außer zwischen 7.00 und 10.00 Uhr morgens. Im Berufsverkehr sind Busse und

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

LAG Mobilität (Beschluss vom 06.04.2016); LAG Frauen- und Geschlechterpolitik (Beschluss vom 10.04.2016)

P51-010-2 Projekt 51: Die Bärenkarte: Bezahlbare Tickets für die Öffentlichen

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin (Beschluss: 07.04.2016) (GJB)

Änderungsantrag zu P51

Von Zeile 9 bis 14:

Beitrag senken. Mittelfristig arbeiten wir an einem Bürger*innenticket für alle. Mit unserer "Bärenkarte" erhalten alle Berliner*innen ~~ab 18 Jahren~~ ein Monatsticket für den gesamten öffentlichen Verkehr. Sie soll außerhalb der Hauptverkehrszeiten sehr preisgünstige Mobilität ermöglichen. Die Bärenkarte ~~kostet ungefähr 15 Euro und~~ erlaubt die Nutzung aller Verkehrsmittel, außer zwischen 7.00 und 10.00 Uhr morgens. Sie kostet ungefähr 15 Euro für alle Berliner*innen ab 18 Jahren, für Kinder und Jugendliche ist sie kostenfrei. Im Berufsverkehr sind Busse und Bahnen überfüllt. Deshalb zahlen diejenigen, die zu dieser Zeit öffentliche Verkehrsmittel

Begründung

Als Arbeitsgruppe haben wir immer großen Wert darauf gelegt die Bärenkarte vor allem familienfreundlich zu gestalten. Deshalb soll kein Beitrag für Berliner*innen unter 18 Jahren erhoben werden. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren können aber die Busse und Bahnen nach 10 Uhr kostenfrei nutzen und auch ihre Monatstickets werden im Preis halbiert.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität (Beschluss vom 06.04.2016); LAG Frauen- und Geschlechterpolitik (Beschluss vom 10.04.2016)

P51-016 Projekt 51: Die Bärenkarte: Bezahlbare Tickets für die Öffentlichen

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin (Beschluss: 07.04.2016) (GJB)

Änderungsantrag zu P51

Von Zeile 15 bis 17 einfügen:

nutzen wollen extra, aber nur noch die Hälfte der heutigen Fahrpreise. Damit wird der ÖPNV für alle günstiger. Pflegebedürftige, Studierende mit Semesterticket, Schwerbehinderte mit Freifahrberechtigung und Empfänger*innen von Transferleistungen werden auf Antrag vom Beitrag befreit. Fahrräder können außerhalb der

Begründung

Studierende mit Semesterticket tragen bereits mit einem Pflichtbeitrag von 30 € pro Monat zur Solidarfinanzierung bei. Wir können von ihnen keinen zusätzlichen Beitrag verlangen. Bei Schwerbehinderten haben wir die Gruppe präziser beschrieben, um keine falschen Erwartungen zu wecken.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität (Beschluss vom 06.04.2016); LAG Frauen- und Geschlechterpolitik (Beschluss vom 10.04.2016)

P51-017 Projekt 51: Die Bärenkarte: Bezahlbare Tickets für die Öffentlichen

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin (Beschluss: 07.04.2016) (GJB)

Änderungsantrag zu P51

Von Zeile 16 bis 18 einfügen:

für alle günstiger. Pflegebedürftige, Schwerbehinderte und Empfänger*innen von Transferleistungen werden auf Antrag vom Beitrag befreit. Tourist*innen zahlen eine Übernachtungspauschale und können dafür den ÖPNV im vollen Umfang nutzen. Fahrräder können außerhalb der Stoßzeiten kostenfrei mitgenommen werden.

Begründung

Wir wollen den freien Zugang zu Bussen und Bahnen auch unseren Gästen ermöglichen. Wir senken damit finanzielle Hürden und schonen unsere Gäste vor dem Tarifschunzel. Als Gegenleistung erwarten wir einen kleinen Beitrag zur Finanzierung des Berliner ÖPNVs.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität (Beschluss vom 06.04.2016); LAG Frauen- und Geschlechterpolitik (Beschluss vom 10.04.2016)

P51-018 Projekt 51: Die Bärenkarte: Bezahlbare Tickets für die Öffentlichen

Antragsteller*in: Tobias Endrikat (KV Reinickendorf)

Änderungsantrag zu P51

Nach Zeile 18 einfügen:

Perspektivisch streben wir einen rein öffentlich finanzierten ÖPNV frei von jedweden Tickets und Kontrollen für alle Menschen und zu jeder Zeit an. Zur Entschärfung des Problems des Transitverkehrs bemühen wir uns zudem um eine Einbeziehung des Berliner Umlands.

Begründung

Das Barenticket in der bislang skizzierten Form kann nur eine Übergangslösung sein. Nur durch einen vollständigen Wegfall von Tickets, lässt sich durch Abschaffung der Ticket-Infrastruktur in Form von Automaten, Kontrollen usw. das System wirklich deutlich vereinfachen und eine soziale Gerechtigkeit schaffen. Die zeitliche Einschränkung des Barentickets birgt zudem die Gefahr eines Zwei-Klassen-Verkehrs und ist auch daher nur als Übergangslösung zu sehen, bis die nötigen Kapazitäten auch in den Stoßzeiten existieren.

Unterstützer*innen

Bernhard Müller (KV Reinickendorf); Carsten Scheider (KV Frieke); Elke Klünder (KV Reinickendorf); Hinrich Westerkamp (KV Reinickendorf); Holger Lütge (KV Reinickendorf); Marius Poethe (KV Reinickendorf); Mathias Adelhoefer (KV Reinickendorf)

P52-008 Projekt 52: Straßenbahnen: Schnelle Wege für ganz Berlin

Antragsteller*in: Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf und AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P52

Von Zeile 7 bis 11:

die Möglichkeit haben, dieses Verkehrsmittel zu nutzen. Wir drängen auf neue, leistungsfähige Linien, wie die Verlängerung der M4 über den Potsdamer Platz hinaus, oder auch die Verlängerung der M10 bis zum Hermannplatz. Neue Stadtgebiete ~~wie das Kurt-Schumacher-Quartier in Tegel~~ wollen wir vorzugsweise über die Tram anbinden. Außerdem sollen Lückenschlüsse wie die Strecke von Mahlsdorf zur Riesaer Straße die Straßenbahnstrecken noch attraktiver machen.

Begründung

Auch wenn wir eine Präferenz für leistungsfähige und attraktive Tram-Anbindungen haben, muss für jedes neue Stadtquartier einzeln geprüft und abgewogen werden, welche Öffentliche Nahverkehrsanbindung jeweils vorzuziehen ist. Dieser Abwägung wollen wir nicht vorgreifen. Die benannten Linienverlängerungen der M4 und M10 haben dagegen beide eine hohe Priorität, es geht dort also nicht um ein entweder-oder.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Matthias Dittmer (KV Pankow); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Frank Geraets (KV Pankow); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf)

P52-010 Projekt 52: Straßenbahnen: Schnelle Wege für ganz Berlin

Antragsteller*in: Christoph Steinig (KV Steglitz - Zehlendorf und AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P52

Von Zeile 9 bis 11 einfügen:

die Verlängerung der M10 bis zum Hermannplatz. Neue Stadtgebiete wie das Kurt-Schumacher-Quartier in Tegel wollen wir über die Tram anbinden. Die Verlängerung der M10 bis Turmstraße soll in der neuen Legislaturperiode abgeschlossen und die der M4 bis Kulturforum begonnen werden. Die wachsende Stadt gibt uns die historische Chance, insbesondere dort den überfälligen Systemwechsel zu Straßenbahn zu realisieren, wo schon heute hochfrequentierte Buslinien weitgehend überlastet sind. Diese Chance wollen wir konsequent nutzen. Beginnen wollen wir in dieser Legislaturperiode mit den Planfeststellungsverfahren für die Strecken Kulturforum – Rathaus Steglitz, Pankow – Turmstraße – Mierendorffplatz, Warschauer Straße – Hermannplatz und Wittenbergplatz/Zoo – Potsdamer Platz – Hermannplatz – Schöneweide. Rund 300.000 Menschen werden täglich die neuen Straßenbahnen nutzen. Hierfür sind neben den finanziellen Ressourcen die notwendigen Planungskapazitäten in der Verwaltung sicherzustellen. Außerdem sollen Lückenschlüsse wie die Strecke von Mahlsdorf zur Riesaer Straße die Straßenbahnstrecken noch attraktiver machen.

Begründung

Der Umstieg vom Auto auf den Umweltverbund ist dringend erforderlich, wenn wir in Berlin das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 erreichen wollen. Weil uns Grünen damit ernst ist, legen wir hier kein „Wünsch-dir-was“-Straßenbahnkonzept für eine ferne Zukunft vor, sondern ein überschaubares erstes Straßenbahnpaket mit ganz konkreten Handlungsschritten (Planfeststellungsverfahren) für die kommenden Legislaturperiode. Und dies gezielt dort, wo Busse schon heute nicht mehr in der Lage sind die Fahrgastströme zu bewältigen, enorme Fahrgastgewinne zu erwarten sind und die Bewohner schon jetzt in den Abgasen der vielen Autos ersticken: In der Innenstadt und ganz besonders auf Straßenzügen, wo die Straßenbahn einst dem Ausbau zur „Autogerechten Stadt“ zum Opfer fiel. Das tun wir, weil wir den Umstieg vom Auto in den ÖPNV und den dadurch erreichbaren Klimaschutzeffekt wirklich wollen!

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Matthias Dittmer (KV Pankow); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Frank Geraets (KV Pankow); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

P52-011 Projekt 52: Straßenbahnen: Schnelle Wege für ganz Berlin

Antragsteller*in: Christoph Steinig (KV Steglitz - Zehlendorf und AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P52

Von Zeile 10 bis 12:

Quartier in Tegel wollen wir über die Tram anbinden. Außerdem sollen Lückenschlüsse wie die Strecke von Mahlsdorf zur Riesaer Straße die Straßenbahnstrecken ~~noch~~ **im Außenbereich** attraktiver machen. Auch die Außengebiete sollen durch eine bessere Anbindung profitieren, etwa durch die

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Matthias Dittmer (KV Pankow); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Frank Geraets (KV Pankow); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg)

P53-002 Projekt 53: Außenbezirke und Speckgürtel: besser mit den Öffentlichen anbinden

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin (Beschluss: 07.04.2016) (GJB)

Änderungsantrag zu P53

Von Zeile 2 bis 4 löschen:

Wir stärken die umweltfreundliche Mobilität in den Außenbezirken, denn auch am Stadtrand muss ein Leben ohne **eigenes**-Auto möglich sein. Wir entwickeln hierfür attraktive Mobilitätsalternativen. Erreichen können wir dies, indem wir verschiedene Verkehrsmittel

Begründung

Auch am Stadtrand muss ein Leben ohne Auto möglich sein. Schließlich leben auch am Stadtrand viele Menschen, die aufgrund ihres Alters, ihrer körperlichen- oder finanziellen Möglichkeiten keinen Führerschein haben.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität (Beschluss vom 06.04.2016)

P53-005 Projekt 53: Außenbezirke und Speckgürtel: besser mit den Öffentlichen anbinden

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu P53

Von Zeile 4 bis 7:

Mobilitätsalternativen. Erreichen können wir dies, indem wir verschiedene Verkehrsmittel besser kombinierbar machen. ~~Dazu schaffen wir Park&Ride-Parkplätze und Fahrradparkhäuser, ein flächendeckendes Leihfahrradsystem sowie ein verlässliches Car-Sharing-Angebot~~ Dazu schaffen wir Mobilitätspunkte mit Fahrradparkhäusern, Carsharing-Stationen und ein flächendeckendes Leihfahrradsystem, das bis in die Außenbezirke reicht. Wir verbessern den öffentlichen Verkehr vom Zentrum bis an den

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; David Hartmann

P53-005-2 Projekt 53: Außenbezirke und Speckgürtel: besser mit den Öffentlichen anbinden

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P53

Von Zeile 4 bis 7:

Mobilitätsalternativen. Erreichen können wir dies, indem wir verschiedene Verkehrsmittel besser kombinierbar machen. Dazu schaffen wir Park&Ride-Parkplätze und Fahrradparkhäuser, und ein flächendeckendes Leihfahrradsystem ~~sowie ein verlässliches Car-Sharing-Angebot~~, das bis in die Außenbezirke reicht. Wir verbessern den öffentlichen Verkehr vom Zentrum bis an den

Begründung

erfolgt mündlich

P53-006 Projekt 53: Außenbezirke und Speckgürtel: besser mit den Öffentlichen anbinden

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin (Beschluss: 07.04.2016) (GJB)

Änderungsantrag zu P53

Von Zeile 5 bis 7 einfügen:

besser kombinierbar machen. Dazu schaffen wir Park&Ride-Parkplätze und Fahrradparkhäuser, ein flächendeckendes Leihfahrradsystem sowie ein verlässliches Car-Sharing-Angebot und ein Angebot aus Rufbussen und Sammeltaxen, das bis in die Außenbezirke reicht. Wir verbessern den öffentlichen Verkehr vom Zentrum bis an den

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

LAG Mobilität (Beschluss vom 06.04.2016)

P53-008 Projekt 53: Außenbezirke und Speckgürtel: besser mit den Öffentlichen anbinden

Antragsteller*in: KV Reinickendorf

Beschlussdatum: 15.03.2016

Änderungsantrag zu P53

Von Zeile 7 bis 9:

in die Außenbezirke reicht. Wir verbessern den öffentlichen Verkehr vom Zentrum bis an den Stadtrand und darüber hinaus. Als erster Schritt müssen dafür in den Außenbezirken die Taktzeiten deutlich verdichtet werden und zwar zu allen Tages- und Nachtzeiten. Des weiteren muss das Netz in und zwischen den Außenbezirken verbessert werden. Wir wollen ~~dafür~~ die Nahverkehrstangente von Oranienburg oder vom Karower Kreuz über Springpfuhl zum Grünauer Kreuz mit weiterer Anbindung zum Flughafen

Begründung

Wir freuen uns, dass das Anliegen der Kleinen Kreisverbände zur Verbesserung eines klima- und umweltfreundlichen Verkehrs in den Außenbezirken im Landeswahlprogramm mit einem eigenen Projekt aufgenommen wurde.

Erster zentraler Punkt, gerade weil er auch ohne aufwändige Baumaßnahmen kurzfristig umgesetzt werden könnte, war dabei die Verdichtung der Taktzeiten, gerade auch in den Randstunden. Deshalb sollte dies auf keinen Fall fehlen!

P53-008-2 Projekt 53: Außenbezirke und Speckgürtel: besser mit den Öffentlichen anbinden

Antragsteller*in: Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf und AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P53

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

in die Außenbezirke reicht. Wir verbessern den öffentlichen Verkehr vom Zentrum bis an den Stadtrand und darüber hinaus. Wir wollen gemeinsam mit der Bahn ein Konzept entwickeln, damit alle Streckenabschnitte der S-Bahn innerhalb Berlins, bewusst auch der Außenbereiche, in einem 5'-Takt bedient werden. Hierfür sind die Zuglängen anzupassen und die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen umzusetzen. Dazu gehört auch eine zweite Nord-Süd-Verbindung einschließlich eines Umsteigebahnhofs zu den U-Bahnlinien am Gleisdreieck sowie neue S-Bahnhöfe wie an der Holzhauser Straße oder am Kamenzer Damm. Wir wollen dafür die Nahverkehrstangente von Oranienburg oder vom Karower Kreuz über Springpfuhl zum Grünauer Kreuz mit weiterer Anbindung zum Flughafen

Begründung

Dichte ÖPNV-Takte auch im äußeren Stadtbereich sind ein wichtige Voraussetzung, um in allen Teilen der Stadt das Umsteigen von der Autobenutzung auf den Öffentlichen Nahverkehr zu erleichtern und attraktiv zu machen.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Matthias Dittmer (KV Pankow); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Frank Geraets (KV Pankow)

P53-010 Projekt 53: Außenbezirke und Speckgürtel: besser mit den Öffentlichen anbinden

Antragsteller*in: Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf und AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P53

Von Zeile 9 bis 14 löschen:

vom Karower Kreuz über Springpfuhl zum Grünauer Kreuz mit weiterer Anbindung zum Flughafen BER realisieren. ~~Auch die Wissenschaftsstandorte Buch und Adlershof können so wesentlich besser angebunden werden. Eine besondere Bedeutung hat diese Strecke für die Anbindung des Flughafens BER in Schönefeld mit den Berliner Ostbezirken, aber auch für den Berliner Norden und das angrenzende Brandenburger Umland.~~ Der Wiederaufbau stillgelegter Bahnstrecken wie die Heidekrautbahn oder die Kremmener Bahn soll den Pendler*innen aus dem Speckgürtel, aber

Begründung

Es gibt ernst zu nehmende Anzeichen, dass die im Dezember eröffnete Nahverkehrstangente aus Fahrgastsicht deutliche Vorteile gegenüber der hier dargestellten Variante besitzt. So verfügt sie aufgrund ihrer Trassenführung über Ostkreuz (Ringanschluss, Straßenbahnanschluss) und Schöneweide (wichtigster ÖPNV-Knotenpunkt im Süd-Osten) über deutlich günstigere Umsteigemöglichkeiten als die beschriebene Variante. Zudem führt sie im Unterschied zu dieser Trasse durch dicht bebauten Gebiet. Darüber hinaus wird der Wissenschaftsstandort Adlershof so erheblich besser angebunden.

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Matthias Dittmer (KV Pankow); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Frank Geraets (KV Pankow); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

P54-010 Projekt 54: Berlin unter freiem Himmel: Stadträume zurückgewinnen

Antragsteller*in: Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf und AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P54

Von Zeile 9 bis 11:

benachteiligt. Das wollen wir durch temporäre beziehungsweise dauerhafte Verkehrsberuhigung ändern. Die historische Mitte ~~kann~~ **und das Kulturforum können** so wieder zu ~~einem~~ beliebten **Zentrum**en und die Straße Unter den Linden am Wochenende zur Flaniermeile werden, die nur für Fußgänger*innen, Rad- und

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Matthias Dittmer (KV Pankow); Frank Geraets (KV Pankow); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

P54-010-2 Projekt 54: Berlin unter freiem Himmel: Stadträume zurückgewinnen

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin (Beschluss: 07.04.2016) (GJB)

Änderungsantrag zu P54

Von Zeile 9 bis 11 einfügen:

benachteiligt. Das wollen wir durch temporäre beziehungsweise dauerhafte Verkehrsberuhigung ändern. Die historische Mitte kann so wieder zu einem beliebten Zentrum und die Straße [des 17. Juni](#) und Unter den Linden am Wochenende zur Flaniermeile werden, die nur für Fußgänger*innen, Rad- und

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

LAG Mobilität (Beschluss vom 06.04.2016)

P54-011 Projekt 54: Berlin unter freiem Himmel: Stadträume zurückgewinnen

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P54

Von Zeile 10 bis 12 löschen:

ändern. Die historische Mitte kann so wieder zu einem beliebten Zentrum und die Straße Unter den Linden ~~am Wochenende~~ zur Flaniermeile werden, die nur für Fußgänger*innen, Rad- und Busverkehr geöffnet ist. Fußgänger*innen und Radfahrer*innen könnten die Plätze unserer

Begründung

erfolgt mündlich

P54-012 Projekt 54: Berlin unter freiem Himmel: Stadträume zurückgewinnen

Antragsteller*in: Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf und AG Mobilität 2028)

Änderungsantrag zu P54

Von Zeile 11 bis 15:

den Linden am Wochenende zur Flaniermeile werden, die nur für Fußgänger*innen, Rad- und Busverkehr geöffnet ist. ~~Fußgänger*innen und Radfahrer*innen könnten die Plätze unserer Stadt, zum Beispiel den Breitenbachplatz oder den Bundesplatz wieder stärker nutzen so wie früher.~~ Unsere Plätze sind ursprünglich als Orte der Begegnung, der Identifikation und des bürgerlichen Miteinanders konzipiert worden. Wir wollen ein Sonderprogramm entwickeln mit dem Ziel, Stadtplätze, welche dem Ausbau Berlins zur autogerechten Stadt zum Opfer fielen, wieder den Menschen zurückzugeben. Das stärkt die Lebensqualität und macht unsere Kieze zum Verweilen für Menschen attraktiv. Dabei zählen wir auf bürgerliches Engagement wie beispielsweise am Bundesplatz, dem Zehlendorfer Zentrum oder dem Kranoldplatz. Die Re-Urbanisierung verlorener Stadträume bietet die Chance, die Verbesserung städtischer Lebensqualität mit der Schaffung neuen Wohnraumes zu verknüpfen wie z.B. im Blissekiez oder am Breitenbachplatz. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir den Bezirken in einem Sonderprogramm jährlich 10 Mio € im Jahr zur Revitalisierung von Plätzen zur Verfügung stellen. Aus den Sünden der Vergangenheit haben rot-rote und rot-schwarze Landesregierungen nichts gelernt. Sie haben eine Verlängerung der Stadtautobahn A100 zunächst von Neukölln

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; Matthias Dittmer (KV Pankow); Martin Lutz (KV Steglitz-Zehlendorf); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf); Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg); Frank Geraets (KV Pankow)

P54-014 Projekt 54: Berlin unter freiem Himmel: Stadträume zurückgewinnen

Antragsteller*in: Christoph Steinig (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu P54

Von Zeile 13 bis 15 einfügen:

Stadt, zum Beispiel den Breitenbachplatz oder den Bundesplatz wieder stärker nutzen so wie früher. Aus den Sünden der Vergangenheit haben dagegen rot-rote und rot-schwarze Landesregierungen nichts gelernt. Sie haben eine Verlängerung der Stadtautobahn A100 zunächst von Neukölln

P54-020 Projekt 54: Berlin unter freiem Himmel: Stadträume zurückgewinnen

Antragsteller*in: Rainer Wittek (Momo)

Änderungsantrag zu P54

Von Zeile 19 bis 20 einfügen:

würden durch die massiven Eingriffe in das Stadtbild nicht gelöst. Diesen verkehrspolitischen Unsinn gilt es zu verhindern! Die Vision einer urbanen Mitte Wilmersdorfs als einen lebendigen, sicheren, nachhaltigen, gesunden und schönen Stadtraum für alle erwachsene Bürger jeden Alters und ihre Kinder wollen wir in einem partizipatorischen Planungsprozess mit den Bürgerinitiativen vor Ort Schritt für Schritt verwirklichen. Dafür sollen die überdimensionierten Straßen, insbesondere Blissestr./Uhlandstr./Bundersallee zurückgebaut werden, zugunsten von Fußgänger- und Radfahrverkehr, Flächenentsiegelung und Begrünungsmaßnahmen. Zu der Wiederherstellung des Bundesplatzes und Rückbau der Bundesallee zum Boulevard, mit einspuriger Richtungsfahrbahn und Fahrradstraße, einem verbreiterten Mittelstreifen zum Verweilen und Flanieren, zur Zusammenführung des Volksparks an Bundesallee und Kreuzung Blissestr./Uhlandstr. und zum kommunikativ/kulturellen Mittelpunkt des selbstverwalteten Schoeler-Schlösschens sollen die Anwohner, durch ihre Mitwirkung von Anfang an, dann sagen können, dass es ihr urbanes Wilmersdorf ist, wie sie es gewollt haben.

Begründung

"Engagierte Bürgerinnen sind eine der wertvollsten Ressourcen die Berlin hat". Hier könnten die Grünen den Beweis antreten, dass sie es so meinen wie sie es sagen und diese Ressource nutzen, um so ihre Glaubwürdigkeit in Wilmersdorf wieder herstellen.

P54-020-2 Projekt 54: Berlin unter freiem Himmel: Stadträume zurückgewinnen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu P54

Von Zeile 19 bis 20 einfügen:

würden durch die massiven Eingriffe in das Stadtbild nicht gelöst. Diesen verkehrspolitischen Unsinn gilt es zu verhindern! Daher werden wir auch künftig gegen den 17. Bauabschnitt der A 100 kämpfen.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

LAG Mobilität; David Hartmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P55-002 Projekt 55: Für die Patient*innen: Grünes Krankenhaus

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu P55

Von Zeile 2 bis 19:

~~Der enorme Investitionsstau in den Berliner Kliniken führt immer wieder dazu, dass ganze Krankenhausflure gesperrt sind. Das Gießkannenprinzip, mit dem der Senat die Mittel verteilt, zwingt die Krankenhäuser zu einer medizinischen Versorgung, die immer stärker an wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet ist. Von unserem Leitbild für ein Grünes Krankenhaus ist das weit entfernt, denn das rückt bei allen Entscheidungen den Menschen in den Mittelpunkt und schont Ressourcen auf allen Ebenen. Für die Versorgung der Patient*innen arbeiten die verschiedenen Berufsgruppen im Krankenhaus auf Augenhöhe eng zusammen. Sie bilden Netzwerke mit den niedergelassenen Arztpraxen und Pflegediensten in der Umgebung, um den Aufenthalt in der Klinik durch gute Vor- und Nachsorge so kurz wie möglich zu halten. Beim Personalmanagement stehen die Bedürfnisse der Mitarbeiter*innen an erster Stelle. Sie werden durch Fort- und Weiterbildungen, ein aktives Gesundheitsmanagement und flexible Arbeitszeitmodelle bei ihrer Work-Life-Balance unterstützt. Im Grünen Krankenhaus wird auf Nachhaltigkeit seiner Prozesse geachtet: Vom Energieverbrauch über den Einkauf der Lebensmittel bis hin zum Abfall- und Recyclingsystem. Diese Leitideen wollen wir realisieren, indem wir einen Teil der Gelder bevorzugt für Investitionen bereitstellen, die solchen Qualitätskriterien entsprechen. Die beiden großen landeseigenen Krankenhausträger Charité und Vivantes wollen wir durch abgestimmte Unternehmensstrategien und intensivere Kooperationen besser vernetzen.~~

Grüne Krankenhäuser orientieren sich an der bestmöglichen Versorgung von Patient*innen. Eine ausreichende Personalbesetzung in der Krankenpflege ist die Voraussetzung für eine zuwendungsorientierte Betreuung. Für die Versorgung der Patient*innen arbeiten die verschiedenen Berufsgruppen auf Augenhöhe eng zusammen und bilden Netzwerke mit den niedergelassenen Arztpraxen und Pflegediensten, um den kurzen Aufenthalt in der Klinik durch eine funktionierende Vor- und Nachsorge zu ergänzen. Für eine patientenorientierte Versorgung sorgen zufriedene Beschäftigte, die ausreichend fort- und weitergebildet werden und denen flexible Arbeitszeitmodelle angeboten werden. Der enorme Investitionsstau in den Berliner Kliniken führt immer wieder dazu, dass ganze Krankenhausflure gesperrt werden müssen. Wir wollen durch ausreichende Investitionsmittel des Landes dazu beitragen, dass die Pflegesätze der Patientenversorgung zugutekommen und nicht für Umbauten verwendet werden müssen. Ein Grünes Krankenhaus achtet auf Nachhaltigkeit seiner Abläufe: vom Energieverbrauch über den Einkauf der Lebensmittel bis hin zum Abfall- und Recyclingsys, auch darin wollen wir investieren. Ein „Grünes Krankenhaus“ legt offen, welche Pharmakonzerne und Unternehmen der Medizintechnik an der Forschung beteiligt sind, welche Spenden eingehen und nennt Sponsoren und Auftraggeber bzw. Ausrichter von Kongressen und Tagungen beim Namen. Ein „Grünes Krankenhaus“ ist transparent und unabhängig. Die beiden großen landeseigenen Krankenhausträger Charité und Vivantes wollen wir durch abgestimmte Unternehmensstrategien und intensivere Kooperationen besser vernetzen. Wir wollen auch Berlins umfassende Gesundheitswirtschaft mit hunderttausenden Arbeitsplätzen, die in vielen Bereichen in der Weltspitze mitspielt, stärken.

Begründung

Der bisherige Text behandelt „Grüne Krankenhäuser“ sehr technisch und wirkt damit seelenlos. Der Pflagenotstand wird vollkommen ignoriert. Stattdessen sollen Grüne Krankenhäuser aus der

Perspektive von Patient*innen betrachtet werden und damit den Text beginnen. Es wird ein Satz eingefügt, der positiv gewendet zum Ausdruck bringt, dass genügend Fachkräfte in der Pflege sich positiv auf die Betreuungsqualität auswirken und als notwendig erachtet werden.

Die Textpassagen zum Investitionsstau werden teilweise übernommen, aber auch hier inhaltlich geändert. Es geht nicht nur darum, dass Investitionsmittel nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern es müssen überhaupt ausreichende Investitionsmittel des Landes den Kliniken zur Verfügung gestellt werden. Dazu besteht ein gesetzlicher Auftrag.

Die Nachhaltigkeit von Prozessen vom Energieverbrauch bis zum Abfall- und Recyclingsystem wird übernommen und nur leicht sprachlich geändert. Der Satz zur besseren Zusammenarbeit von Charité und Vivantes wird komplett übernommen.

Zum Bündnisgrünen Verständnis von Demokratie gehört Transparenz. So wird Misswirtschaft und Missbrauch am besten vorgebeugt. Mit dem Satz zur Stärkung der Gesundheitswirtschaft mit hunderttausenden von Arbeitsplätzen zeigen wir unsere Kompetenz für Wirtschaft und Verantwortung für sichere Arbeitsplätze.

P55-002-2 Projekt 55: Für die Patient*innen: Grünes Krankenhaus

Antragsteller*in: Almut Rieger (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu P55

Von Zeile 1 bis 19:

Grüne Krankenhäuser orientieren sich an der bestmöglichen Versorgung von Patient*innen. Eine ausreichende Personalbesetzung in der Krankenpflege ist die Voraussetzung für eine zuwendungsorientierte Betreuung. Um Konkurrenz an dieser Stelle zu verhindern, treten wir für eine gesetzliche Personalbemessung ein.

Für die Versorgung der Patient*innen arbeiten die verschiedenen Berufsgruppen auf Augenhöhe eng zusammen und bilden Netzwerke mit den niedergelassenen Arztpraxen und Pflegediensten, um den kurzen Aufenthalt in der Klinik durch eine funktionierende Vor- und Nachsorge zu ergänzen. Für eine patientenorientierte Versorgung sorgen zufriedene Beschäftigte, die ausreichend fort- und weitergebildet werden und denen flexible Arbeitszeitmodelle angeboten werden.

Der enorme Investitionsstau in den Berliner Kliniken führt immer wieder dazu, dass ganze Krankenhausflure gesperrt werden müssen. Wir wollen, dass der Senat seiner gesetzlichen Verpflichtung nach kommt und die gesamten Investitionsmittel zur Verfügung stellt damit die Pflegesätze der Patientenversorgung zugutekommen und nicht für Umbauten verwendet werden müssen.

Um eine rasche Genesung der Patient*innen sicherzustellen benötigen Krankenhäuser unbedingt Therapeut*innen. Diese müssen für eine erfolgreiche Vernetzung direkt im Krankenhaus angestellt sein. Um langfristig eine gute therapeutische Qualität abzusichern setzen wir uns für eine faire qualifikationsentsprechende Bezahlung nach Tarif ein.

~~Der enorme Investitionsstau in den Berliner Kliniken führt immer wieder dazu, dass ganze Krankenhausflure gesperrt sind. Das Gießkannenprinzip, mit dem der Senat die Mittel verteilt, zwingt die Krankenhäuser zu einer medizinischen Versorgung, die immer stärker an wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet ist. Von unserem Leitbild für ein Grünes Krankenhaus ist das weit entfernt, denn das rückt bei allen Entscheidungen den Menschen in den Mittelpunkt und schont Ressourcen auf allen Ebenen. Für die Versorgung der Patient*innen arbeiten die verschiedenen Berufsgruppen im Krankenhaus auf Augenhöhe eng zusammen. Sie bilden Netzwerke mit den niedergelassenen Arztpraxen und Pflegediensten in der Umgebung, um den Aufenthalt in der Klinik durch gute Vor- und Nachsorge so kurz wie möglich zu halten. Beim Personalmanagement stehen die Bedürfnisse der Mitarbeiter*innen an erster Stelle. Sie werden durch Fort- und Weiterbildungen, ein aktives Gesundheitsmanagement und flexible Arbeitszeitmodelle bei ihrer Work-Life-Balance unterstützt. Im Grünen Krankenhaus wird auf Nachhaltigkeit seiner Prozesse geachtet: Vom Energieverbrauch über den Einkauf der Lebensmittel bis hin zum Abfall- und Recyclingsystem. Diese Leitideen wollen wir realisieren, indem wir einen Teil der Gelder bevorzugt für Investitionen bereitstellen, die solchen Qualitätskriterien entsprechen. Die beiden großen landeseigenen Krankenhausträger Charité und Vivantes wollen wir durch abgestimmte Unternehmensstrategien und intensivere Kooperationen besser vernetzen.~~

Ein Grünes Krankenhaus achtet auf Nachhaltigkeit seiner Abläufe: vom Energieverbrauch über den Einkauf der Lebensmittel bis hin zum Abfall- und Recyclingsys, auch darin wollen wir investieren. Ein „Grünes Krankenhaus“ legt offen, welche Pharmakonzerne und Unternehmen der Medizintechnik an der Forschung beteiligt sind, welche Spenden eingehen und nennt Sponsoren und Auftraggeber bzw. Ausrichter von Kongressen und Tagungen beim Namen. Ein „Grünes Krankenhaus“ ist transparent und unabhängig. Die beiden großen landeseigenen Krankenhausträger Charité und Vivantes wollen wir durch abgestimmte Unternehmensstrategien und intensivere Kooperationen besser vernetzen. Wir

wollen auch Berlins umfassende Gesundheitswirtschaft mit hunderttausenden Arbeitsplätzen, die in vielen Bereichen in der Weltspitze mitspielt, stärken.

Begründung

(Ich habe mir erlaubt den Vorschlag der LAG zu übernehmen und durch wichtige 3 Akzente zu ergänzen. Die Veränderungen sind zur besseren Kenntlichkeit hier kursiv eingetragen. Dies soll nicht übernommen werden.)

Die therapeutische Arbeit im Krankenhaus unterscheidet sich deutlich von der Arbeit in Praxen, nur durch stabile Arbeitsverhältnisse mit gerechter Bezahlung lässt sich entsprechendes Fachpersonal zuverlässig an Krankenhäuser binden.

Therapeuten erlangen ihre Ausbildung durch eine mindestens dreijährige selbstfinanzierte Ausbildung. Die aktuellen Tendenzen zur deutlich untertariflichen Bezahlung, d.h. wesentlich schlechter als z.B. Krankenpflegekräfte, führt zu Berufsfucht und einem Rückgang der Ausbildungszahlen. Ein baldiger Fachkräftemangel zeichnet sich bereits ab.

Eine von Berlin und Brandenburg in Auftrag gegebene Studie belegt dies:

http://daten.verwaltungsportal.de/dateien/news/2/8/9/8/1/9/endbericht_zur_einrichtungsbefragung_final_09_06_2015.pdf

Eine Zusammenfassung kann ich gern zur Verfügung stellen.

Unterstützer*innen

Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf); Inka Seidel (KV Marzahn-Hellersdorf)

P55-002-3 Projekt 55: Für die Patient*innen: Grünes Krankenhaus

Antragsteller*in: Wolfgang Schmidt; Fatos Topac

Änderungsantrag zu P55

Von Zeile 2 bis 19:

~~Der enorme Investitionsstau in den Berliner Kliniken führt immer wieder dazu, dass ganze Krankenhausflure gesperrt sind. Das Gießkannenprinzip, mit dem der Senat die Mittel verteilt, zwingt die Krankenhäuser zu einer medizinischen Versorgung, die immer stärker an wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet ist. Von unserem Leitbild für ein Grünes Krankenhaus ist das weit entfernt, denn das rückt bei allen Entscheidungen den Menschen in den Mittelpunkt und schont Ressourcen auf allen Ebenen. Für die Versorgung der Patient*innen arbeiten die verschiedenen Berufsgruppen im Krankenhaus auf Augenhöhe eng zusammen. Sie bilden Netzwerke mit den niedergelassenen Arztpraxen und Pflegediensten in der Umgebung, um den Aufenthalt in der Klinik durch gute Vor- und Nachsorge so kurz wie möglich zu halten. Beim Personalmanagement stehen die Bedürfnisse der Mitarbeiter*innen an erster Stelle. Sie werden durch Fort- und Weiterbildungen, ein aktives Gesundheitsmanagement und flexible Arbeitszeitmodelle bei ihrer Work-Life-Balance unterstützt. Im Grünen Krankenhaus wird auf Nachhaltigkeit seiner Prozesse geachtet: Vom Energieverbrauch über den Einkauf der Lebensmittel bis hin zum Abfall- und Recyclingsystem. Diese Leitideen wollen wir realisieren, indem wir einen Teil der Gelder bevorzugt für Investitionen bereitstellen, die solchen Qualitätskriterien entsprechen. Die beiden großen landeseigenen Krankenhausträger Charité und Vivantes wollen wir durch abgestimmte Unternehmensstrategien und intensivere Kooperationen besser vernetzen.~~

Grüne Krankenhäuser orientieren sich an der bestmöglichen Versorgung von Patient*innen. Eine ausreichende Personalbesetzung in der Krankenpflege ist die Voraussetzung für eine zuwendungsorientierte Betreuung. Wir treten für eine gesetzliche Personalbemessung ein. Für die Versorgung der Patient*innen arbeiten die verschiedenen Berufsgruppen im Krankenhaus auf Augenhöhe eng zusammen. Sie bilden Netzwerke mit den niedergelassenen Arztpraxen und Pflegediensten, um den kurzen Aufenthalt in der Klinik durch eine funktionierende Vor- und Nachsorge zu ergänzen. Therapeut*innen, die direkt im Krankenhaus angestellt sind, garantieren eine erfolgreiche Vernetzung. Für eine patientenorientierte Versorgung sorgen zufriedene Beschäftigte, die ausreichend fort- und weitergebildet werden und denen flexible Arbeitszeitmodelle angeboten werden. Der enorme Investitionsstau in den Berliner Kliniken führt immer wieder dazu, dass ganze Krankenhausflure gesperrt werden müssen. Wir wollen, dass der Senat seiner gesetzlichen Verpflichtung nach kommt und die gesamten Investitionsmittel zur Verfügung stellt damit die Pflegesätze der Patientenversorgung zugutekommen und nicht für Umbauten verwendet werden müssen. Um die Qualität zu sichern und das Berufsfeld für Behandlung, Pflege und Therapie attraktiv zu halten, setzen wir uns für eine faire qualifikationsentsprechende Bezahlung ein. Ein Grünes Krankenhaus achtet auf Nachhaltigkeit seiner Abläufe: Vom Energieverbrauch über den Einkauf der Lebensmittel bis hin zum Abfall- und Recyclingsystem. Auch darin wollen wir investieren. Ein „Grünes Krankenhaus“ legt offen, welche Pharmakonzerne und Unternehmen der Medizintechnik an der Forschung beteiligt sind, welche Spenden eingehen und nennt Sponsoren und Auftraggeber bzw. Ausrichter von Kongressen und Tagungen beim Namen. Ein „Grünes Krankenhaus“ ist transparent und unabhängig. Die beiden großen landeseigenen Krankenhausträger Charité und Vivantes wollen wir durch abgestimmte Unternehmensstrategien und intensivere Kooperationen besser vernetzen. Wir wollen auch Berlins umfassende Gesundheitswirtschaft mit hunderttausenden Arbeitsplätzen, die in vielen Bereichen in der Weltspitze mitspielt, stärken.

Begründung

Die Konkretisierung von Almut Rieger zur Personalbemessung ist begründet und eingefügt. Die Situation von Therapeut*innen ist so gefasst, dass sie auf Behandlung und Pflege übertragbar ist. Das gilt insbesondere für die Attraktivität der Gesundheitsberufe.

Unterstützer*innen

Andrea Bittner (LAG Gesundheit und Soziales)

P56-011 Projekt 56: Nichtraucher*innen: besser schützen

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P56

Von Zeile 10 bis 17:

Kinderspielplätzen haben Glimmstängel nichts verloren, das haben schon andere Bundesländer so festgelegt. Ebenso sollten Kliniken und Haltestellen rauchfreie Zonen sein. ~~Die Ausnahmen in der Gastronomie haben sich nicht bewährt, deswegen fordern wir wie im Nichtraucherschutzgesetz von NRW auch in diesem Bereich lückenlosen Schutz vor Passivrauchen. Durch gezielte Prävention wollen wir weiter dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche über die Risiken des Rauchens gut aufgeklärt sind und möglichst gar nicht erst damit anfangen – oder aber zumindest leicht Hilfe und Unterstützung finden, wenn sie damit aufhören wollen.~~ Die bestehenden Ausnahmen in Kneipen und Clubs wollen wir jedoch beibehalten, denn für uns gehört die friedliche Koexistenz von Rauchenden und Nichtrauchenden zum Nachtleben in unserer liberalen Stadt dazu.

Durch gezielte Prävention wollen wir weiter dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche über die Risiken des Rauchens gut aufgeklärt sind und möglichst gar nicht erst damit anfangen – oder aber zumindest leicht Hilfe und Unterstützung finden, wenn sie damit aufhören wollen.

Unterstützer*innen

Emma Sammet (KV Steglitz-Zehlendorf); Lucas Gerrits (KV Mitte); Werner Graf (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sibylle Steffan (KV Neukölln); Georg P. Kössler (KV Neukölln); Sebastian Brux (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Patty Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P58-001 Projekt 58: Saubere Stadt: Giftfrei leben

Antragsteller*in: michael haberkorn (lag ges-soz)

Änderungsantrag zu P58

In Zeile 1:

Saubere Stadt: ~~Giftfrei leben~~Giftreduzierung verstärken

Begründung

rein fachlich: es gibt keine Giftfreiheit - hat die Natur nicht vorgesehen. deshalb die Relativierung

Unterstützer*innen

ulrich pape

P58-001-2 Projekt 58: Saubere Stadt: Giftfrei leben

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu P58

In Zeile 1:

~~Saubere Stadt: Giftfrei leben~~

Giftfreier leben - ein Aktionsplan gegen Umweltgifte

P58-001-3 Projekt 58: Saubere Stadt: Gifffrei leben

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Redaktionelle Änderung

"Universitäten" durch "Hochschulen" ersetzen

Begründung

Der Begriff "Hochschulen" umfasst neben den Universitäten auch die Fachhochschulen und ist somit inklusiver.

P58-008 Projekt 58: Saubere Stadt: Giftfrei leben

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu P58

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

gestalten. Dazu bereiten wir einen Aktionsplan vor, der die bekannten gesundheitlichen Folgen von Umweltgiften aller Art benennt und konkrete Gegenmaßnahmen ergreift. [Diesen Aktionsplan wollen wir mit allen Interessierten in Berlin und insbesondere mit den Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden diskutieren und im Abgeordnetenhaus verabschieden.](#) Wir wollen den krebserregenden Dieselruß und Feinstaub im Berliner Verkehr reduzieren. Wir starten eine

Unterstützer*innen

Almut Rieger (KV Marzahn-Hellersdorf); Inka Seidel (KV Marzahn-Hellersdorf)

P59-009 Projekt 59: Urbane Lebensmittelproduktion: Eine andere Welt ist pflanzbar!

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P59

Von Zeile 8 bis 11:

Ernährung wichtig ist. Immer mehr junge Unternehmen entdecken das Handwerk der Lebensmittelproduktion wieder. Leider wird bei hoher Konkurrenz oft an guten Arbeitsbedingungen gespart. Wir fördern ~~solche~~ die Unternehmen, die neben Nachhaltigkeit auch auf gute Arbeitsbedingungen achten, denn so entstehen gute Arbeitsplätze, ~~das Geld bleibt in der Region,~~ die nachhaltige Lebensmittelproduktion wird zum Berliner Standortfaktor, und gleichzeitig tun wir viel für den Klimaschutz. Für

Begründung

Im Bereich der Lebensmittelproduktion müssen Arbeitsbedingungen mitgedacht werden.

P59-019 Projekt 59: Urbane Lebensmittelproduktion: Eine andere Welt ist pflanzbar!

Antragsteller*in: Rhea Niggemann (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu P59

Von Zeile 18 bis 19 einfügen:

Schulen, Kantinen und Restaurants zusammen bringen. Mit dem "Berliner Ernährungsrat" entwickeln wir ein zukunftsfähiges Ernährungssystem für die Region. Wir wollen ein zukunftsfähiges Ernährungssystem für die Region entwickeln. Deshalb unterstützen wir auch den "Berliner Ernährungsrat in seiner Arbeit.

Begründung

Zutreffendere Formulierung.

P59-019-2 Projekt 59: Urbane Lebensmittelproduktion: Eine andere Welt ist pflanzbar!

Antragsteller*in: Jenny Schlosser (AG Tierschutz)

Redaktionelle Änderung

Wenn es möglich ist, würden wir gerne den Änderungsantrag als neues Konzept einreichen. Wenn es nicht möglich ist, freuen wir uns, wenn Teile aus unserem Konzept in das bestehende übernommen werden.

Änderungsantrag zu P59

Nach Zeile 19 einfügen:

Gesundes, leckeres Essen ohne Tierquälerei

Die Berliner*innen legen großen Wert auf gutes und gesundes Essen. Regionalität, Bio und vegane Restaurants sind auf dem Vormarsch und die Kritik an den Misständen in der Massentierhaltung nimmt zu. Immer mehr Menschen haben es satt, was hinter verschlossenen Türen in den Industrieställen passiert. Die betäubungslose Ferkelkastration, das Amputieren von Schwänzen und Schnäbeln oder das Zerhäkseln männlicher Eintagsküken sind nur die Spitzen des Eisbergs der "Fleischfabrik Deutschland".

Industrielle Massentierhaltung ist eine Einbahnstraße. Wir wollen eine Landwirtschaft, die sich an der Gesundheit des Menschen und dem Schutz unserer Umwelt und Tiere ausrichtet und nicht an der größten Rendite. Wir wollen, dass Bäuerinnen und Bauern wieder von ihrer Arbeit leben und mehr Tierschutz leisten können. Um die artgemäße Haltung von Nutztieren in der Region stärker zu fördern, wollen wir den Landwirtschaftsstaatsvertrag zwischen Berlin und Brandenburg ergänzen. Darüber hinaus werden wir im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf die Risiken der industriellen Massentierhaltung für die Gesundheit, die Umwelt, die Natur, das Wasser und das Klima hinweisen. Außerdem wollen wir das Angebot und die Wahlfreiheit jedes einzelnen stärken. Deshalb setzen wir uns für mehr pflanzliche Essensangebote in Kantinen sowie verlässliche, ehrliche Kennzeichnungen und Angaben auf Lebensmitteln ein. Die erfolgreiche Haltungskennzeichnung bei Eiern wollen wir auch auf andere tierische Produkte ausweiten, so dass jede*r direkt erkennen kann, ob die Milch oder das Steak aus Massentierhaltung oder vom Biohof aus der Region kommt.

Begründung

Mit der Benennung der konkreten Probleme, die in der Massentierhaltung vorherrschen sowie den Folgen für Mensch, Klima und Umwelt, möchten wir das Konzept des LaVo ergänzen. Die Bio-Bewegung ist, zusätzlich zu einem Bewusstsein sich gesünder zu ernähren, zu einem großen Teil auch dadurch entstanden, dass viele Verbraucher*Innen nicht mehr unterstützen möchten, wie mit Nutztieren umgegangen wird. Die Skandale der letzten Jahre und die Bilder in den Medien haben zu einer kritischeren Haltung bei den Verbraucher*Innen geführt, die zu Recht mehr Transparenz bei der Lebensmittelproduktion fordern. Unser Konzept macht deutlich, dass die jetzige Form der Nutztierhaltung so nicht zukunftsfähig ist und zu Lasten unserer Gesundheit, der Umwelt des Klimas und natürlich zu Lasten von Millionen von Tieren geht. Die Aspekte sollten im Konzept Erwähnung finden.

Unterstützer*innen

Claudia Hämmerling (KV Pankow) (AG Tierschutz); Christina Söhner (KV Neukölln) (AG Tierschutz); Theresa Theune (KV Pankow); Frank Bertermann (KV Mitte); Stefan Gelbhaar (KV Pankow); Bartosz Lotarewicz (KV Lichtenberg); Dr. Turgut Altug (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Bettina Borgemeister (KV Mitte); Oliver Timm (KV Neukölln); Konstantinos Tsilimekis (KV Neukölln) (AG Tierschutz); Axel Lüssow (KV Pankow) (AG Tierschutz); Julia Dollinger (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sibylle Steffan (KV Neukölln); Julia Maria Sonnenburg (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik); Bernd Seemann (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

P60-001 Projekt 60: Bewusst konsumieren: Berlin wird Fairtrade-Town

Antragsteller*in: Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P60

In Zeile 1:

~~Bewusst konsumieren: Berlin wird Fairtrade-Town~~

Faires Berlin: bewusst konsumieren

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck (Abteilung Wissenschaft); Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Jochen Biedermann (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, GRÜNE JUGEND Berlin); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P60-017 Projekt 60: Bewusst konsumieren: Berlin wird Fairtrade-Town

Antragsteller*in: Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P60

Nach Zeile 17 einfügen:

[Wir wollen zudem die Zusammenarbeit von Schulen mit außerschulischen Bildungsträgern für Globales Lernen verbessern.](#)

Begründung

Die Zusammenarbeit von Schulen und außerschulischen Trägern, wie Vereinen und Organisationen ist ein wichtiger Bestandteil Globalen Lernens. Wir wollen die außerschulischen Träger unterstützen.

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck (Abteilung Wissenschaft); Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Jochen Biedermann (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, GRÜNE JUGEND Berlin); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P60-017-2 Projekt 60: Bewusst konsumieren: Berlin wird Fairtrade-Town

Antragsteller*in: Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P60

Nach Zeile 17 einfügen:

Berlin wird fair – das bedeutet auch globale Verantwortung zu übernehmen und die entwicklungspolitischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Aktivitäten zu unterstützen, die sich für eine gerechtere Welt einsetzen. Wir wollen, dass es endlich auch ein Eine-Welt-Zentrum in Berlin gibt. Daher unterstützen wir die zivilgesellschaftlichen Initiativen darin, ein Eine-Welt-Haus zu bauen.

Begründung

(siehe Begründung zu ÄA P21 – Zeile 15)

Das Eine-Welt-Zentrum soll ein zentraler Ort für vielfältige zivilgesellschaftliche Akteure sein, die sich im Sinne einer Eine-Welt-Politik für ein faires und gerechtes Berlin einsetzen. Das Eine-Welt-Haus ist nicht Teil eines Postkolonialismus-Konzepts und passt daher besser in das Projekt P60: Bewusst konsumieren: Berlin wird Fairtrade-Town.

Der Bau des Eine Welt Zentrum ist bereits lange in Planung und wird von uns ausdrücklich unterstützt und gefordert. Daher wollen wir, dass es endlich auch umgesetzt und gebaut wird.

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck (Abteilung Wissenschaft); Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Jochen Biedermann (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, GRÜNE JUGEND Berlin); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P61-002 Projekt 61: Berlin forscht alternativ: Ohne Tierversuche

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P61

Von Zeile 2 bis 13:

~~Tierversuche findet niemand gut, aber vielen erscheinen sie als notwendiges Übel. Das muss nicht sein, wenn wir für Ersatzmethoden sorgen, zumal die meist bessere und mehr belastbare Forschungsergebnisse bringen.~~ Mit uns ~~steigt~~soll Berlin schnellstmöglich aus Tierversuchen ~~ausaussteigen~~ und ~~wird~~ zum Zentrum von Alternativ- und Ersatzmethoden ~~werden~~. ~~Diese fördern~~Dies wollen wir ~~unterstützen~~ und ~~sorgen dafür~~dafür sorgen, dass sie in Lehre, Ausbildung und Forschung zum Schwerpunkt werden. Wir ~~unterstützen~~wollen Ersatzmethoden in allen Bereichen der Wissenschaft ~~fördern~~ und ~~beginnen~~ damit schon im Studium ~~beginnen~~. Dafür soll an einer Berliner Universität ~~eine Professur eingerichtet~~ein Forschungsschwerpunkt etabliert werden, ~~deren Kernaufgabe~~welcher die Erforschung, Überprüfung und Etablierung von Ersatzmethoden sowie die Lehre ~~hierzu ist~~in diesem Bereich vorantreibt. ~~In einem~~Über einen Fonds, angesiedelt bei der zuständigen Senatsverwaltung, ~~werden sollen~~ konkrete Forschungsprojekte zu Ersatzmethoden gefördert ~~werden~~. Wir wollen, dass diese Drittmittel allen Wissenschaftler*innen ~~und auch~~sowie für Promotionsprojekte zugänglich sind. Der Fonds wird, wenn möglich, auch aus einer ~~Tierversuchsabgabe gespeist~~Abgabe auf Tierversuche gespeist, welche nicht der Grundlagenforschung zuzurechnen sind.

Begründung

Streichung der ersten beiden Sätze:

Die pauschalisierte Begründung, warum Tierversuche abgelehnt werden, erscheint als Einleitungssatz für das Projekt unnötig und sollte in dieser negativen, verkürzten Form daher gestrichen werden. Ferner ist die Aussage zum gegenwärtigen Entwicklungs- und Diskussionsstand zu den Alternativmethoden schlicht nicht fundiert belegbar und sollte daher ebenfalls gestrichen werden, um sich nicht angreifbar zu machen. Insgesamt findet der Einstieg in das Projekt mit dem dritten Satz einen sehr viel positiveren Aufhänger für das Projekt und vermittelt dabei gleichzeitig die Kernforderung nach einem Ausbau der Alternativmethodenforschung.

Forschungsschwerpunkt statt Professur:

Zu Beginn des Projekts wird die Forderung aufgemacht, Berlin zum Zentrum von Alternativ- und Ersatzmethoden auszubauen. Mit einer Professur ist in dieser Hinsicht jedoch nicht viel zu erreichen. Darüber hinaus sollte der Begriff „Professur“ möglichst vermieden werden, da es von Seiten der LAG Wissenschaft im Wahlprogramm die klar formulierte Forderung nach mehr Karrierewegen neben der Professur gibt. Auch diesem Ziel ist mit der Forderung nach einem Forschungsschwerpunkt wesentlich besser gedient.

Genauere Ausführung zur Tierversuchsabgabe:

In der bisherigen Form bleibt völlig unklar was unter der Tierversuchsabgabe zu verstehen ist und für welche Fälle sie erfolgen soll. Durch die Umformulierung und Verdeutlichung soll vermieden werden, die Forscher*innengemeinde zu verprellen.

P61-007 Projekt 61: Berlin forscht alternativ: Ohne Tierversuche

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P61

Von Zeile 6 bis 8 einfügen:

dass sie in Lehre, Ausbildung und Forschung zum Schwerpunkt werden. Wir unterstützen Ersatzmethoden in allen Bereichen der Wissenschaft und beginnen damit schon im Studium. Weder Studierende noch Auszubildende im medizinischen Bereich dürfen dazu gezwungen werden, gegen ihren Willen im Rahmen der Ausbildung bzw. des Studiums an Tierversuchen mitzuwirken. Das erfolgreiche Bestehen der Ausbildung darf nicht an die zwingende Teilnahme an diesen Praktiken gekoppelt sein. Dafür soll an einer Berliner Universität eine Professur eingerichtet werden, deren

Begründung

Viele Studierende oder Auszubildende im medizinischen Bereich stehen im Laufe ihrer Ausbildung vor einem moralischen Dilemma, wenn sie zu Forschungszwecken mit lebendigen oder getöteten Tieren arbeiten müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass tierversuchsfreie Alternativen im Studium in den Vordergrund rücken und dass das erfolgreiche Erreichen eines medizinischen Abschlusses nicht von der Beteiligung an Tierversuchen abhängt.

P62-001 Projekt 62: Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P62

Von Zeile 1 bis 1 einfügen:

Neue Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft

Begründung

Die Entwicklung neuer Quartiere ist eine Schlüsselaufgabe, um das Wachstum der Stadt zu bewältigen. Es sollte klar herausgestellt werden, dass es dabei um viele Quartiere an unterschiedlichen Orten in der Stadt geht, und dass ein beteiligungsorientierter Planungsprozess eine sehr große Bedeutung für den Erfolg der zukünftigen Quartiere hat.

P62-002 Projekt 62: Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P62

Von Zeile 2 bis 3 einfügen:

Neuen, bezahlbaren Wohnraum mit Lebensqualität: Das brauchen wir in einem wachsenden Berlin. Neben der Erweiterung bestehender Quartiere werden ganze Quartiere neu entstehen. Ein solches Quartier der Zukunft entsteht auf dem Flughafengelände in Tegel. Künftiges Wohnen

Begründung

Die Entwicklung neuer Quartiere ist eine Schlüsselaufgabe, um das Wachstum der Stadt zu bewältigen. Es sollte klar herausgestellt werden, dass es dabei um viele Quartiere an unterschiedlichen Orten in der Stadt geht.

P62-002-2 Projekt 62: Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P62

Von Zeile 2 bis 4:

Neuen, bezahlbaren Wohnraum mit Lebensqualität: Das brauchen wir in Berlin. Ein solches Quartier der Zukunft ~~entsteht~~entwickeln wir auf dem Flughafengelände in Tegel. Künftiges Wohnen veranschaulichen wir in diesem Modellquartier. Die grünen, im Industrie- und Gewerbepark

Begründung

sprachlich besser

P62-005 Projekt 62: Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P62

Von Zeile 4 bis 8 einfügen:

veranschaulichen wir in diesem Modellquartier. Die grünen, im Industrie- und Gewerbepark Tegel entwickelten und produzierten Technologien werden hier angewendet. So entstehen nachhaltige, also energetisch und ökologisch vorbildliche Gebäude in einem autoarmen Wohngebiet mit einer innovativen Verkehrsplanung. Damit und mit einer stadtökologisch sensiblen Planung stellen wir uns den Herausforderungen des Klimawandels. Wir wollen die neuen Stadtquartiere gemeinsam mit den Berliner*innen bauen, denn Neubau wird

Begründung

Präzisierung

P62-008 Projekt 62: Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P62

Von Zeile 7 bis 10:

innovativen Verkehrsplanung. Damit stellen wir uns den Herausforderungen des Klimawandels. Wir wollen die neuen Stadtquartiere gemeinsam mit den Berliner*innen bauen, ~~denn Neubau wird nur dann akzeptiert, wenn er Vorteile für die bisherigen Anwohner*innen bietet~~ mit transparenten Planungs- und Abwägungsverfahren unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit. Dazu braucht es eine größere Vielfalt: Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten,

Begründung

Die ursprüngliche Aussage zu den Anwohner*innen ist etwas zu restriktiv formuliert (als hätten Anwohner*innen ein Vetorecht), wir wollen sie stattdessen positiv wenden: Neue Quartiere müssen Vorteile für alle bringen.

P62-009 Projekt 62: Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P62

Von Zeile 8 bis 11:

Wir wollen die neuen Stadtquartiere gemeinsam mit den Berliner*innen bauen, denn Neubau wird nur dann akzeptiert, wenn er Vorteile für die bisherigen Anwohner*innen bietet. ~~Dazu braucht es~~ Stadtquartiere der Zukunft brauchen eine ~~größere Vielfalt~~ große Vielfalt mit Vorteilen für alle: Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und Cafés, Arztpraxen, Senioren- und Nachbarschaftstreffs, Spiel- und

Begründung

sprachliche Präzisierung

P62-010 Projekt 62: Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P62

Von Zeile 9 bis 16:

nur dann akzeptiert, wenn er Vorteile für die bisherigen Anwohner*innen bietet. Dazu braucht es eine größere Vielfalt: Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen, ~~Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und Cafés, Arztpraxen, Senioren- und Nachbarschaftstreffs, Spiel- und Sportplätze, Grünflächen und öffentliche Verkehrsmittel~~ planen wir von Anfang an mit. ~~So erhalten wir sozial gemischte Nachbarschaften mit verschiedenen Eigentümer- und Mietpreisvarianten. Mit geförderten Wohnungen sowie kostengünstigem und trotzdem architektonisch anspruchsvollem Neubau bleibt Wohnen bezahlbar. Mit kompakten, neuartigen Grundrissen und mit Unterstützung der künftigen Bewohner*innen erreichen wir das.~~

Geflüchtetenunterkünfte

. Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und Cafés, Arztpraxen, Senioren- und Nachbarschaftstreffs, Spiel- und Sportplätze, Grünflächen und öffentliche Verkehrsmittel planen wir von Anfang an mit. So erhalten wir sozial gemischte Nachbarschaften mit verschiedenen Eigentümer- und Mietpreisvarianten. Mit geförderten Wohnungen sowie kostengünstigem und trotzdem architektonisch anspruchsvollem Neubau bleibt Wohnen bezahlbar. Mit kompakten, neuartigen Grundrissen und mit Unterstützung der künftigen Bewohner*innen erreichen wir das.

Begründung

Geflüchtetenunterkünfte müssen bei der Stadtplanung mitgedacht werden. Diese sollen nämlich ja „gut an das Stadtleben angebunden“ sein (Z. 182).

Unterstützer*innen

Frank Strobel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht); Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf); Urban Aykal (KV Steglitz-Zehlendorf); Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Jonas Boysen (KV Mitte); Lilian Seffer (KV Mitte); Ingrid Ochse (KV Mitte); Bernhard Kern (KV Mitte); Bertrand Njoume (KV Mitte); Gökhan Akgün (mit)

P62-012 Projekt 62: Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P62

Von Zeile 11 bis 13 einfügen:

Restaurants und Cafés, Arztpraxen, Senioren- und Nachbarschaftstreffs, Spiel- und Sportplätze, Grünflächen und öffentliche Verkehrsmittel planen wir von Anfang an mit. Entscheidend für den Erfolg sind die konsequente soziale Mischung und die Vernetzung mit dem städtischen Umfeld, so beispielsweise in Tegel mit dem Kurt-Schumacher-Platz als zentralem städtischen Bereich und mit der Anbindung an das neu eingerichtete Quartiersmanagementgebiet Auguste-Viktoria-Allee/Klixstraße. Große Teilflächen geben wie an Genossenschaften, Baugruppen, das Studierendenwerk oder Wohnungsbaugesellschaften. So erhalten wir sozial gemischte Nachbarschaften mit verschiedenen Eigentümer- und

Begründung

Es muss konkret beschrieben werden, wie eine soziale Mischung erreicht werden kann. Eines der wichtigsten Instrumente ist die Vergabe von Grundstücken an Akteure, die nicht unmittelbar gewinnorientiert handeln. Es sollten jeweils viele Grundstücke an diese Akteure vergeben werden.

Wir unterstützen die Erwähnung des Modellquartiers Tegel in diesem Projekt und regen an, neben den „grünen Technologien“ weitere konkrete und auf den Ort bezogene Erfolgsfaktoren für eine erfolgreiche grüne Stadtentwicklung zu benennen.

P62-016 Projekt 62: Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P62

Von Zeile 15 bis 16:

architektonisch anspruchsvollem Neubau bleibt Wohnen bezahlbar. Mit kompakten, neuartigen Grundrissen und mit Unterstützung der künftigen Bewohner*innen erreichen wir ~~das~~dieses Ziel.

Begründung

sprachliche Präzisierung

P63-001 Projekt 63: Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P63

In Zeile 1:

~~Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause~~

Bezahlbarer Wohnraum der Zukunft in gemischten Quartieren

Begründung

Diese Begründung gilt für alle ÄA für dieses Projekt:

Im bisherigen Entwurf der Projekte gibt es große Überschneidungen zwischen Projekt 17 und Projekt 63, die im Kontext der zugehörigen Kapitel des Wahlprogramms nicht nachvollziehbar sind und den Eindruck einer gewissen Unschlüssigkeit hinterlassen. Um aus der bisherigen Schwäche eine Stärke zu machen schlagen wir vor, die Projekte 17 und 63 konkret auf die beiden entscheidenden Fragen zuzuspitzen, die sich im Zusammenhang der verstärkten Zuwanderung und der Aufnahme von Geflüchteten aus Kriegsgebieten stellen: Wie organisieren wir die erste Unterbringung, wenn die Menschen zu uns kommen (Projekt 17)? Wie kommen wir zu mehr bezahlbarem Wohnraum, wenn Geflüchtete ebenso wie viele andere zu ganz normalen Wohnungssuchenden werden, mit teils vielleicht noch einem höheren Bedarf an flexiblen Lösungen (Projekt 63)?

Entsprechend schlagen wir vor, das Projekt auf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums mit Blick auf alle Bedarfsgruppen – darunter auch Geflüchtete – zuzuspitzen. Da ein solches Projekt bisher fehlt, kann damit auch eine inhaltliche Lücke im Programmentwurf geschlossen werden.

Die vorgeschlagenen Änderungen dienen diesem Ziel, indem sie die Perspektive vom „Wohnen für Geflüchtete“ auf den bezahlbaren Wohnraum erweitern. Gestrichene Textteile wurden entweder zu Projekt 17 (Willkommensarchitektur, kleine und dezentrale Standorte, modulare Unterkünfte) oder zu Projekt 62 (Vergabe von Teilflächen) verschoben, wenn sie in diese Projekte besser hineinpassen.

Auf die Bedeutung von Holzmodulbauten und planerischen Innovationen hinzuweisen halten wir im Kontext des bezahlbaren Wohnraums für ideal. Gleiches gilt für das Thema Flexibilität, das indirekt auf die besonderen und vorübergehenden Bedarfe von Geflüchteten verweist.

P63-002 Projekt 63: Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P63

Von Zeile 2 bis 3:

Geflüchteten ein neues zu ~~Hause~~HauseNeuen bezahlbaren Wohnraum für alle Bedarfsgruppen zu schaffen ist eine Schlüsselaufgabe der Stadtentwicklung. Für Geflüchtete ist es ein wesentlicher Baustein für gelungene Integration. Unser Ziel ist eine neue Willkommensarchitektur! Wir planen mit kleineren,

Begründung

Geflüchtete sind nur eine Gruppe aus der großen Bedarfsgruppe.

siehe auch die Begründung zum AA Titel

P63-002-2 Projekt 63: Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P63

Von Zeile 2 bis 5 löschen:

Geflüchteten ein neues zu Hause zu schaffen ist ein wesentlicher Baustein für gelungene Integration. ~~Unser Ziel ist eine neue Willkommensarchitektur! Wir planen mit kleineren, dezentralen Standorten, da dort besonders gute Voraussetzungen für Integration bestehen.~~ Bei allen Neubau- und Nachverdichtungsplanungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften

Begründung

verschoben in Projekt P17

siehe auch Begründung zum ÄA Titel, insbesondere:

Im bisherigen Entwurf der Projekte gibt es große Überschneidungen zwischen Projekt 17 und Projekt 63, die im Kontext der zugehörigen Kapitel des Wahlprogramms nicht nachvollziehbar sind und den Eindruck einer gewissen Unschlüssigkeit hinterlassen. Um aus der bisherigen Schwäche eine Stärke zu machen schlagen wir vor, die Projekte 17 und 63 konkret auf die beiden entscheidenden Fragen zuzuspitzen, die sich im Zusammenhang der verstärkten Zuwanderung und der Aufnahme von Geflüchteten aus Kriegsgebieten stellen: Wie organisieren wir die erste Unterbringung, wenn die Menschen zu uns kommen (Projekt 17)? Wie kommen wir zu mehr bezahlbarem Wohnraum, wenn Geflüchtete ebenso wie viele andere zu ganz normalen Wohnungssuchenden werden, mit teils vielleicht noch einem höheren Bedarf an flexiblen Lösungen (Projekt 63)?

P63-002-3 Projekt 63: Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P63

Von Zeile 2 bis 3:

~~Geflüchteten ein neues zu Hause~~ Neuen bezahlbaren Wohnraum für alle Bedarfsgruppen zu schaffen ist eine Schlüsselaufgabe der Stadtentwicklung. Für Geflüchtete ist es ein wesentlicher Baustein für gelungene Integration. Unser Ziel ist eine neue Willkommensarchitektur! Wir planen mit kleineren,

Begründung

Änderung des vorherigen Änderungsantrages, das ist was nicht gelöscht worden...!

P63-004 Projekt 63: Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P63

Von Zeile 3 bis 7:

Integration. Unser Ziel ist eine neue Willkommensarchitektur! Wir planen mit kleineren, dezentralen Standorten, da dort besonders gute Voraussetzungen für Integration bestehen. ~~Bei allen Neubau- und Nachverdichtungsplanungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sehen wir Wohnungskontingente für Geflüchtete vor.~~ Wir wollen alle Neubau- und Nachverdichtungsplanungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften auf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ausrichten. Durch gutes Baulückenmanagement, Aufstockungen landeseigener Gebäude oder umgenutzte Bürogebäude erschließen wir kleinteilige

Begründung

Geflüchtete sind Teil der Bedarfsgruppen.

siehe auch Begründung zum ÄA Titel

P63-008 Projekt 63: Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P63

Von Zeile 7 bis 10:

Aufstockungen landeseigener Gebäude oder umgenutzte Bürogebäude erschließen wir kleinteilige Standorte. ~~Die größeren entwickeln wir sozial gemischt. Wir geben dafür Teilflächen an Genossenschaften, Baugruppen, das Studierendenwerk oder Wohnungsbaugesellschaften.~~ Die größeren Standorte entwickeln wir sozial gemischt. So können stufenweise funktionierende Wohnquartiere entstehen. Damit Integration gelingt, planen wir

Begründung

sprachliche Präzisierung

Baugruppen etc. verschoben in Projekt P62

P63-010 Projekt 63: Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P63

Von Zeile 9 bis 13:

Genossenschaften, Baugruppen, das Studierendenwerk oder Wohnungsbaugesellschaften. So können stufenweise funktionierende Wohnquartiere entstehen. ~~Damit Integration gelingt,~~ Alle Vorhaben planen wir ~~die modularen Unterkünfte~~ mit städtebaulichen Qualitäten: Wir umgeben sie mit Grünflächen, sozialer Infrastruktur, Gewerbe und Anbindung an den ~~Öffentlichen~~ Nahverkehr. Wir nutzen die Vorteile von Holzmodulbauten, entwickeln dafür Prototypen und bauen ein Beratungsangebot mit

Begründung

Die Erst-Unterkünfte für Geflüchtete finden sich in Projekt P17.

siehe auch Begründung zum AA Titel, insbesondere:

Die vorgeschlagenen Änderungen dienen diesem Ziel, indem sie die Perspektive vom „Wohnen für Geflüchtete“ auf den bezahlbaren Wohnraum erweitern. Gestrichene Textteile wurden entweder zu Projekt 17 (Willkommensarchitektur, kleine und dezentrale Standorte, modulare Unterkünfte) oder zu Projekt 62 (Vergabe von Teilflächen) verschoben, wenn sie in diese Projekte besser hineinpassen.

P63-013 Projekt 63: Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P63

Von Zeile 12 bis 14 einfügen:

sozialer Infrastruktur, Gewerbe und Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr. Wir nutzen die Vorteile von ökologisch nachhaltigen und gesunden Holzmodulbauten, die schnell und kostengünstig auch als Pionierbauten zu bauen sind. Dafür entwickeln dafür Prototypen und bauen ein Beratungsangebot mit den Berliner Forsten auf. Die Herausforderungen dabei, Geflüchteten ein neues zu Hause zu

Begründung

Auf die Bedeutung von Holzmodulbauten und planerischen Innovationen hinzuweisen halten wir im Kontext des bezahlbaren Wohnraums für ideal. Gleiches gilt für das Thema Flexibilität, das indirekt auf die besonderen und vorübergehenden Bedarfe von Geflüchteten verweist.

P63-014 Projekt 63: Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P63

Von Zeile 13 bis 16:

Vorteile von Holzmodulbauten, entwickeln dafür Prototypen und bauen ein Beratungsangebot mit den Berliner Forsten auf. Die Herausforderungen ~~dabei, Geflüchteten ein neues zu Hause zu schaffen,~~bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sind für uns Anlass, planerische Gewohnheiten zu hinterfragen und Innovationen, wie Wohn-Sharing-Modelle, zu fördern. Wir denken bei der Planung der Unterkünfte an flexible

Begründung

Geflüchtete sind auf dem Wohnungsmarkt ein Teil der Bedarfsgruppe

P63-018 Projekt 63: Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P63

Von Zeile 17 bis 18:

Strukturen ohne Raumhierarchien und mit zuschaltbaren Flächen, sowie kompakte Grundrisse. So können wir ~~sie~~die neuen Wohnungen in den nächsten Jahrzehnten ~~als normalen Wohnraum~~auch angepasst an spezifische und vorübergehende Bedarfe nutzen und sparen Kosten.

Begründung

Auf die Bedeutung von Holzmodulbauten und planerischen Innovationen hinzuweisen halten wir im Kontext des bezahlbaren Wohnraums für ideal. Gleiches gilt für das Thema Flexibilität, das indirekt auf die besonderen und vorübergehenden Bedarfe von Geflüchteten verweist.

P64-005 Projekt 64: Stadtplanung: neu denken und die Menschen beteiligen

Antragsteller*in: Doris Fortwengel (LAG Bauen)

Änderungsantrag zu P64

Von Zeile 4 bis 6:

für viele Bauvorhaben ist die Folge. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir transparente Planungs- und Abwägungsverfahren und die Information und breite Beteiligung der Öffentlichkeit. von Anfang an Wir sagen: Schluss mit unkontrollierter Befreiungspraxis bei Baugenehmigungen und der Vorfahrt für

Von Zeile 17 bis 18 einfügen:

Grundstücke und Gebäude bieten die wirksamsten Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für die sozial gerechte und nachhaltige Stadtentwicklung. Wir setzen uns zudem für das Modell der Erbbaupachtverträge ein, wollen damit die Grundstücke dauerhaft in Berliner Hand halten und vom Erbpachtzins zu profitieren.

Begründung

Um Akzeptanz in der Berliner Bevölkerung für Bauvorhaben zu gewinnen, braucht es deren Information und Beteiligung von Anfang an. Eine spätere Einbindung in Planungsvorhaben führt oft zu Konflikten und großen Verzögerungen in Bauabläufen.

Erbbaupachtverträge statt Verkäufe an Investoren spülen kurzfristig weniger Geld in die Landeshaushalte, auf längere Sicht kehrt sich dieses aber um. Zudem bleiben die Grundstücke im Berliner Besitz erhalten.

P64-007 Projekt 64: Stadtplanung: neu denken und die Menschen beteiligen

Antragsteller*in: Johanna Ferretti (LAG Umwelt)

Änderungsantrag zu P64

Von Zeile 6 bis 8 einfügen:

Schluss mit unkontrollierter Befreiungspraxis bei Baugenehmigungen und der Vorfahrt für Investor*inneninteressen! Wir [revidieren die Stadtentwicklungspläne \(StEPs\) und](#) stellen den Flächennutzungsplan neu auf. Dazu beziehen wir die Berliner*innen ein und denken Grünflächen und die gewachsenen Ansprüche an die Bebauung

Begründung

Oftmals wird langfristige Planung nicht mehr nur in den formellen Planwerken entschieden (wie zB dem FNP), sondern auch in informellen Planwerken, die den klassischen Planungsverfahren nicht mehr unterliegen (wie zB einer SUP). Deswegen sollten die bestehenden StEPs auch Berücksichtigung vonseiten der Grünen erfahren, da hier u.a. die groben (aber entscheidenden) Richtungen der Stadtentwicklung vorgezeichnet werden.

P64-016 Projekt 64: Stadtplanung: neu denken und die Menschen beteiligen

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Änderungsantrag zu P64

Von Zeile 15 bis 17 einfügen:

unterstützen daher den „Runden Tisch zur Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik“ und die gezielte Entwicklung von Flächen durch das Land Berlin. Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin keine weiteren Flächen und Gebäude verkauft, sondern Flächen und Gebäude erwirbt. Denn landeseigene Grundstücke und Gebäude bieten die wirksamsten Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für

Begründung

erfolgt mündlich

P65-005 Projekt 65: Das Grüne Klimastadtwerk: für die Energiewende in der Stadt

Antragsteller*in: LAG Energie BB

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P65

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:

das in erneuerbare Energien investiert und die Ressourcen des Landes und seiner Unternehmen für die Energiewende nutzt: Es finanziert z.B. Solarpanele auf Bahnhöfen, Bürgerämtern und Schulen und sorgt dafür, dass Berlins Straßenlaub und Klärschlämme in Wärme und Strom

Begründung

Unsere vorgeschlagene Einfügung verdeutlicht, dass es sich hier um Beispiele und keine vollständige Aufzählung handelt.

P65-008 Projekt 65: Das Grüne Klimastadtwerk: für die Energiewende in der Stadt

Antragsteller*in: Stefan Taschner (LAG Energie)

Änderungsantrag zu P65

Von Zeile 7 bis 9 löschen:

umgewandelt werden. Es bietet Dienstleistungen für Energieeffizienz an und verkauft erneuerbaren Strom und Wärme ~~—erst an öffentliche Eigentümer*innen und dann schrittweise~~ auch an Privatkund*innen. Das grüne Stadtwerk bietet den vielen kleinen, innovativen

Begründung

Zehn Tage vor dem Energie-Volksentscheid hat der Berliner Senat sein Bonsai-Stadtwerk auf den Weg gebracht. Die rechtlichen Rahmenbedingungen machen es derzeit unmöglich, dass das Bonsai-Stadtwerk zu einem echten Klimaschutz-Stadtwerk weiterentwickelt werden kann. Dennoch muss diese bestehende Struktur zur Kenntnis genommen werden. Auch die Verantwortlichen leisten in Rahmen des Machbaren auch eine gute Arbeit.

Bei der Umsetzung unseres Klimaschutz-Stadtwerk gibt es prinzipiell zwei Möglichkeiten:

Wir geben das bestehende Stadtwerk auf und bauen ein Neues ganz nach unseren Vorstellungen auf. Es gibt viele Gründe die dagegen sprechen. Aber schon allein kommunikativ muss diese Option ausscheiden.

Bleibt also nur die Option die jetzige Struktur so zu verändern, dass daraus unser Klimaschutz-Stadtwerk wird. Dazu müssen aber auch gewisse Fakten anerkannt und hierzu gehört beispielsweise auch, dass die Stadtwerke bereits ins Privatkundengeschäft eingestiegen sind und etwa 1000 Kund*innen haben. An dieser Stelle ergibt sich nun ein Widerspruch zum Entwurf des Wahlprogrammes. Eine Einstellung des derzeitigen Privatkundengeschäfts sollte für uns aber keine Option sein. Nicht nur wegen der Frage was aus den jetzigen Kund*innen wird, sondern auch weil diese für eine Bindung an das Stadtwerk sorgen, es greifbar und lebendig machen. Zudem schützt jede Kund*in auch das Stadtwerk vor den Übernahmegelüsten von Vattenfall und E.ON. In den Gesprächen rund um die Industriepartnerschaft mit dem Senat sind immer wieder ÖPP-Stadtwerksmodelle ins Spiel gebracht worden. Das wäre das Aus für unser hundert Prozent landeseigenes Stadtwerk.

Das Privatkund*innengeschäft muss nicht der Fokus des Stadtwerkes sein. Hier setzen wir klar andere Prioritäten und unterscheiden uns von SPD und Linken. Aber ist eben auch Teil eines echten, ernstgemeinten Stadtwerkes.

P65-008-2 Projekt 65: Das Grüne Klimastadtwerk: für die Energiewende in der Stadt

Antragsteller*in: Michael Schäfer (KV Mitte)

Änderungsantrag zu P65

Von Zeile 7 bis 9:

umgewandelt werden. Es bietet Dienstleistungen für Energieeffizienz an und verkauft erneuerbaren Strom und Wärme – **erstprioritär** an öffentliche Eigentümer*innen und dann schrittweise auch an Privatkund*innen. Das grüne Stadtwerk bietet den vielen kleinen, innovativen

Begründung

Die öffentlichen Unternehmen produzieren derzeit nur ca. 15 % des Stroms, den sie selbst benötigen. Zusätzlich benötigten Strom kaufen sie zu, bestenfalls als RECS-zertifizierten Schummel-Ökostrom.

P65-010 Projekt 65: Das Grüne Klimastadtwerk: für die Energiewende in der Stadt

Antragsteller*in: LAG Energie BB

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P65

Von Zeile 9 bis 11 einfügen:

auch an Privatkund*innen. Das grüne Stadtwerk bietet den vielen kleinen, innovativen Unternehmen Berlins ein Schaufenster und stößt mit ihnen Pilotprojekte an. Zudem unterstützt es Energiegenossenschaften durch Rat und Tat und sorgt damit für eine Bürgerenergiewende in Berlin. Durch Energiesparberatung soll es auch Energiearmut entgegenwirken. Die Beteiligungs- und

Begründung

Unser Grünes Stadtwerk sollte nicht nur kleine, innovative Unternehmen unterstützen sondern auch Partner der Bürger*innen sein. Denn wir Grüne stehen wie keine andere Partei für die Bürgerenergiewende!

Ein Passus zur Unterstützung von Energiegenossenschaften als Treiber dieser Bürgerenergiewende durch das Stadtwerk sollte als Aufgabe an dieser Stelle, ähnlich wie im Beschluss „Berlin wächst grün“ (Herbst-LDK 2015), in unserem WP 2016 enthalten sein.

P65-011 Projekt 65: Das Grüne Klimastadtwerk: für die Energiewende in der Stadt

Antragsteller*in: LAG Energie BB

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P65

Von Zeile 10 bis 13:

Unternehmen Berlins ein Schaufenster und stößt mit ihnen Pilotprojekte an. Durch Energiesparberatung soll es auch Energiearmut entgegenwirken. Die ~~Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten~~ Beteiligungsmöglichkeiten am Stadtwerk bauen wir ~~ausso aus, dass die Berliner*innen sich nicht nur finanziell beteiligen können, sondern auch echte Mitspracherechte besitzen~~. Dazu werden wir das Klimastadtwerk gesetzlich auf unabhängige Füße stellen und schnell handlungsfähig machen. Wir wollen es

Begründung

Der Ursprungstext ist zu unkonkret. Durch unsere vorgeschlagene Umstellung wird klarer, wie wir Grüne uns den Ausbau vorstellen. Dabei geht es eben nicht nur um eine finanzielle Beteiligung sondern auch um echte Mitspracherechte. Dies macht den Unterschied zu Beteiligungskonzepten von SPD und CDU deutlich.

P65-011-2 Projekt 65: Das Grüne Klimastadtwerk: für die Energiewende in der Stadt

Antragsteller*in: LAG Energie BB

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P65

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:

Unternehmen Berlins ein Schaufenster und stößt mit ihnen Pilotprojekte an. Durch Energiesparberatung soll es auch Energiearmut entgegenwirken. Ein öffentliches Klimastadtwerk bietet zudem die Chance, die Gewinne aus erneuerbaren Energien anteilig zu nutzen, um mehr soziale Teilhabe an der Energiewende zu ermöglichen. Die Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten am Stadtwerk bauen wir aus. Dazu werden wir das Klimastadtwerk

Begründung

Die Energiewende wirft einige Gerechtigkeitsfragen auf, die wir Grüne mit überzeugenden Konzepten beantworten sollten. Nur so können wir die gesellschaftlichen Mehrheiten für den Klimaschutz sichern und der Verunsicherung begegnen, die von den Profiteuren der fossilen Energiewirtschaft geschürt wird. Nach der herkömmlichen Definition gilt als energiearm, wer mehr als zehn Prozent seines Einkommens für Energie ausgeben muss. Stromsperren, die deutschlandweit jedes Jahr Hunderttausende von der modernen Zivilisation abschneiden, sind nur die drastischsten Auswüchse eines breiteren Problems. Schätzungsweise 25 Prozent der deutschen Bevölkerung sind von Energiearmut betroffen. Anders gesagt: energiebezogene Kostensteigerungen sind für alle Geringverdiener ökonomisch riskant. Umso wichtiger ist es, dass wir Berlin zum Vorbild einer inklusiven Energiewende machen. Wir nutzen einen Teil der Gewinne aus der Erzeugung erneuerbarer Energien, um einkommensschwachen Berliner*innen gezielt dabei zu helfen, an den Vorteilen energiesparender Technologie teilzuhaben.

P66-005 Projekt 66: Kohleausstieg für Berlin: Der Dreck muss weg

Antragsteller*in: LAG Energie BB

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P66

Von Zeile 4 bis 6:

empfohlen. Doch nichts passiert beim rot-schwarzen Senat. Wir Grünen sind die Partei, die den Kohleausstieg in Berlin umsetzen wird. Wir wollen ~~binnen zwei Jahren~~ **unverzüglich** aus der Nutzung der Braunkohle in Berlin aussteigen. Das letzte Berliner Braunkohlekraftwerk in Rummelsburg kann

Begründung

Unser Änderungsvorschlag behebt die unterschiedlichen Aussagen zwischen dem Kerntext (Kapitel 3.4) und dem Projekt 66.

P66-006 Projekt 66: Kohleausstieg für Berlin: Der Dreck muss weg

Antragsteller*in: LAG Energie BB

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P66

Von Zeile 5 bis 8 löschen:

den Kohleausstieg in Berlin umsetzen wird. Wir wollen binnen zwei Jahren aus der Nutzung der Braunkohle in Berlin aussteigen. ~~Das letzte Berliner Braunkohlekraftwerk in Rummelsburg kann auch mit Gas betrieben werden, bis ein neues Gaskraftwerk gebaut ist.~~ Vattenfall wollen wir auf die Zusage verpflichten, das Steinkohlekraftwerk Reuter C bis 2020 vom Netz zu nehmen.

Begründung

Der Satz ist nicht erforderlich und zudem in seiner Aussage etwas verwirrend, wenn der Sachverhalt nicht näher erklärt wird.

Denn am Standort Klingenberg wird schon jetzt die bestehende Gas-KWK technisch ertüchtigt. Die Hauptinvestition in eine neue GuD-Anlage wird Vattenfall nach aktuellen Planungen aber nicht in Klingenberg sondern am Standort Marzahn realisieren. Unserer Meinung nach kann die Ablösung des Braunkohleblocks in Klingenberg erst nach der Fertigstellung der Umbauten im Heizkraftwerk Marzahn erfolgen.

Ein sofortiges Abschalten des Braunkohlekraftwerksblocks in Rummelsburg könnte (in einem harten Winter) die Fernwärmeversorgung in Ostberliner Bezirken gefährden.

P67-004 Projekt 67: Kein Geld für die Energie von gestern - Berlin macht Divestment

Antragsteller*in: LAG Energie BB

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P67

Von Zeile 3 bis 5 einfügen:

„Divestment“. Divestment ist der Abzug von Kapital aus Kohle- und Ölkonzernen. Wir wollen, dass Berlin hier voran geht und das Land alle Gelder aus der fossilen Wirtschaft schnellstmöglich abzieht. Ungefähr 10 Millionen Euro hat das Land Berlin als Teil seiner Versorgungsrücklagen in

Begründung

Mit unserer Einfügung machen wir deutlich, dass wir in Sachen Divestment jetzt handeln wollen und nicht erst in ein paar Jahren.

P68-013 Projekt 68: Energiewende von unten: von allen für alle

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P68

Von Zeile 12 bis 14:

Fernwärmenetz nicht hinreicht, und streben eine Verzehnfachung der existierenden 1.000 dezentralen KWK-Anlagen an. Damit legen wir die Energiewende in die Hände der ~~Bürger*innen~~Berliner*innen. Da in Berlin 86 Prozent der Menschen zur Miete wohnen, ist es an der Zeit, noch stärker auf

P69-002 Projekt 69: Berlins Kultur braucht Platz

Antragsteller*in: Henry Arnold, Sabine Bangert, Uta Belkies, Notker Schweikhardt, Antonia Simon, LAG Kultur (LAG Kultur)

Änderungsantrag zu P69

Von Zeile 2 bis 15:

~~Berlins Kulturlandschaft ist einzigartig. Berlin braucht die Kunst und Kultur, aber~~ Kunst und Kultur brauchen ~~auch bezahlbare Räume~~ Raum in Berlin. Zahlreiche Theater, Galerien, Proberäume und Clubs mussten schon schließen – weil andere Nutzungen mehr Profit bringen. Wir wollen die Vielfalt der Kultur in Berlin erhalten und dazu gehört für uns auch die Vielfalt der kulturellen Orte. ~~Bei der Stadtplanung wollen wir versuchen, diese~~ Wir setzen uns dafür ein, dass Flächen ~~städtebaulich zu sichern. Dafür soll es möglich sein, in begründeten Ausnahmefällen~~ öffentlicher Hand nicht mehr verkauft werden, um diese Räume ~~und Flächen auch unterhalb des Verkehrswertes zu vergeben, damit finanzschwache Gruppen wie zum Beispiel Kulturschaffende überhaupt eine Chance haben, Raum für Kultur~~ Kulturschaffende zu schaffensichern. Das Land Berlin muss Grundstücke zur kulturellen Nutzung wieder ankaufen ~~und~~, die Vergabe in Erbbaupacht stärken und vermehrt Genossenschaftsmodelle ermöglichen. ~~Viele~~ Statt Leerstand sollen öffentliche und private Flächen und Räume ~~können~~ übergangsweise für Kulturprojekte zur Verfügung gestellt werden. Wir werden uns für eine Zwischennutzungsagentur einsetzen, die Künstlerinnen und Künstlern Räume zeitlich begrenzt vermittelt. Anders als die großen Theater erhalten Gruppen der ~~f~~ Freien Szene ~~bisher~~ keine Investitionszuschüsse, um ihre Räume auszubauen oder zu sanieren. Wir schlagen deshalb einen Investitionsfonds mit jährlich zehn

P70-001 Projekt 70: Freie Kulturszene stärken

Antragsteller*in: Rainer Wittek (Moma)

Änderungsantrag zu P70

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Das Besondere an unserer entwickelten Demokratie ist, dass es für die Bürger für alle Bereiche der Lebensgestaltung Alternativen gibt. Dies gilt besonders für die Kultur. Deshalb wollen wir die freie, selbstverwaltete Kulturszene fördern, als Alternative zu städtisch verwalteten Kultureinrichtungen. Wir werden die Freie Szene im Kulturbereich stärken. Sie trägt mit ihrem kreativen Potential

Von Zeile 11 bis 13 einfügen:

allen Räume und die Infrastruktur der Freien Szene sichern: Produktions- und Projekträume, Spielstätten, Ateliers, Galerien, Studios, aber auch Büros und Lagerräume. Wir werden die Nutzung von Gebäuden in öffentlichen Besitz für selbstverwaltete, soziokulturelle Einrichtungen unterstützen. Die Mittel aus der City-Tax wollen wir für Kulturförderung nutzen. Dies gelingt auch in Zusammenarbeit mit

Von Zeile 16 bis 17 einfügen:

Festivalförderung und Kooperationsformaten zwischen freier Szene und Kulturinstitutionen ist dazu ein erster Schritt. Wenn die riesige gesellschaftliche Integrationsaufgabe gelingen soll, muss auch die Kulturpolitik des Landes ihren Beitrag leisten und Soziokulturelle Einrichtungen in den Bezirken fördern, da wo das nachbarschaftliche Leben passiert. Soziokulturelle Einrichtungen bieten seit über 40 Jahren interkulturelle Programme an und geben dem Thema Flucht und Vertreibung seit ihrer Gründung ein kulturelles Forum. Durch die Soziokulturelle Kommunikation zwischen Neuankömmlingen und Einheimischen werden Vorurteile und Bedenken abgebaut und Toleranz und Vertrauen aufgebaut. Gutes Voraussetzung für ein soziales Miteinander in den Wohnbezirken.

P70-008 Projekt 70: Freie Kulturszene stärken

Antragsteller*in: Henry Arnold, Sabine Bangert, Uta Belkies, Notker Schweikhardt, Antonia Simon, LAG Kultur (LAG Kultur)

Änderungsantrag zu P70

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

Freien Szene schon lange nicht mehr gerecht. Die Freie Szene braucht eine Förderpolitik, die flexibel auf die aktuellen Notwendigkeiten reagiert. Die Kooperationen zwischen den Institutionen und der Freien Szene brauchen eine Verstetigung und eine ausreichende Finanzierung. Wir stehen für eine Kulturpolitik, die Möglichkeiten zum neuen künstlerischen Produzieren ins Gleichgewicht mit dem Bewahren des

Von Zeile 12 bis 14 einfügen:

Spielstätten, Ateliers, Galerien, Studios, aber auch Büros und Lagerräume. Die Mittel aus der City-Tax wollen wir ab dem ersten Euro für Kulturförderung nutzen. Dies gelingt auch in Zusammenarbeit mit den Ressorts Tourismus und Sport. Wir werden in Kulturförderfonds investieren, die auf

Begründung

folgt mündlich

P70-012 Projekt 70: Freie Kulturszene stärken

Antragsteller*in: Florian Schärdel, Julian Schwarze (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P70

Von Zeile 11 bis 13 löschen:

allen Räume und die Infrastruktur der Freien Szene sichern: Produktions- und Projekträume, Spielstätten, Ateliers, Galerien, Studios, aber auch Büros und Lagerräume. ~~Die~~ Mittel aus der City-Tax wollen wir für Kulturförderung nutzen. Dies gelingt auch in Zusammenarbeit mit

Begründung

In den letzten Jahren haben wir uns als Grüne dafür eingesetzt, Einnahmen aus der City Tax neben der Förderung der Kultur in Teilen auch zweckgebunden für öffentliche Infrastrukturmaßnahmen und Grünpflege der touristisch stark beanspruchten Bezirke und Kieze einzusetzen.

Unterstützer*innen

Monika Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Frank Bertermann (KV Mitte); Marianne Burkert-Eulitz (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P72-002 Projekt 72: Der Berlin-Tag: kostenlose Kultur für Berliner*innen

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Änderungsantrag zu P72

Von Zeile 2 bis 18 löschen:

~~Kultur ist für alle da. Die städtischen und staatlichen Museen in Berlin beherbergen Kunstwerke und Kulturgüter, die aus öffentlichen Mitteln finanziert, erworben, restauriert und ausgestellt werden. Deswegen sollten diese Sammlungen auch für alle, unabhängig von Einkommen, sozialem Status oder Herkunft, zugänglich sein. Dafür wollen wir mindestens zwölf Mal im Jahr, beispielsweise an jedem ersten Donnerstag im Monat, die Museen unserer Stadt für alle Berliner*innen kostenfrei zugänglich machen. Das ist für uns auch ein Beitrag zur kulturellen Bildung. Wir wollen, dass die staatlichen und städtischen Museen mit ihren Schätzen im täglichen Leben der Menschen eine größere Rolle einnehmen können und viele, die ansonsten vielleicht zuhause bleiben, in die Museen kommen. Städte wie London, Bordeaux oder Köln, Museen in Essen, Paris oder selbst in Wewelsburg im Kreis Paderborn sind hier weiter als Berlin und haben mit Erfolg unterschiedliche Lösungen gefunden, damit ihre Museen zeitweilig ohne Eintrittsgeld zu besuchen sind. In Berlin gibt es bislang unterschiedlichste Regelungen in den staatlichen und städtischen Museen. Manche sind manchmal für einige unentgeltlich, bei anderen gibt es Ermäßigungen oder freien Eintritt für bestimmte Personengruppen. Unabhängig davon wollen wir, dass an einem festgelegten Tag im Monat (Berlin-Tag) alle Menschen, deren erster Wohnsitz Berlin ist, generell kostenlosen Eintritt in allen staatlichen und städtischen Museen erhalten.~~

Begründung

Den Antrag bitte ersetzen durch folgenden Text:

Kulturelle Bildung als Fundament unserer Gesellschaft stärken

Wir werden die Kulturelle Bildung in den Mittelpunkt rücken. Das fängt in der Kita an und hört im Seniorenheim auf.

Kultur definiert unsere pluralistische, tolerante, demokratische Gesellschaft. Sie verschafft Identität und Heimatgefühle. An unsere Kultur heranzuführen und unsere Kultur mitzugestalten ist für Menschen jeden Alters und jeglicher Herkunft der einzige Weg unsere Gesellschaft mitzugestalten und Teil davon zu werden. Das gilt für hier geborene wie für hierher gekommene Menschen.

Wir werden den Zugang zu Kultur erleichtern und Teilhabe leichter ermöglichen. Jedes Kind soll mindestens viermal im Jahr mit der Schule Berliner Kultureinrichtungen kostenlos besuchen. Einmal ins Kino, einmal ins Theater, einmal ins Konzert und einmal ins Museum.

Aber auch und gerade für Erwachsene wollen wir den Zugang zu Kultur und kulturellem Erbe erleichtern. Die Dauerausstellungen der öffentlichen Museen wollen wir kostenlos öffnen, die Zahl der Schließtage verringern und die Öffnungszeiten ausweiten. Dieses Erfolgsmodell hat beispielsweise in London zu einer Vervielfachung der Besucherzahlen und letztlich starken Umsatzgewinnen geführt.

Investitionen in Kulturelle Bildung sind Investitionen in unsere Zukunft und zahlen sich sehr schnell aus.

Die Begründung erfolgt mündlich.

P74-007 Projekt 74: Antidiskriminierungsgesetz: Endlich Schutz vor Diskriminierung

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P74

Von Zeile 6 bis 8 löschen:

Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir daher den Schutz vor rassistischer Diskriminierung, ~~vor Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft,~~ des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, wegen einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, wegen

Begründung

Rassistische Diskriminierung drückt dasselbe aus, nur besser.

Unterstützer*innen

Frank Strobel, Deniz Yildirim, Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol, Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Sadullah Abdullah, Urban Aykal, Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Lilian Seffer, Jonas Boysen Ingrid Ochse, Bernhard Kern, Gökhan Akgün, Bertrand Njoume (KV Mitte); Stefanie Klank (KV Kreisfrei (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik)

P74-008 Projekt 74: Antidiskriminierungsgesetz: Endlich Schutz vor Diskriminierung

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoğlu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P74

Von Zeile 1 bis 9:

Der Schutz vor Diskriminierung gehört zu den elementaren menschenrechtlichen Verpflichtungen. Gleichwohl sind die Berliner*innen gerade vor Benachteiligungen durch den Staat nur unzureichend geschützt. Dies gilt – von der Schule über die Gesundheitsversorgung bis zur Versorgung mit Wohnraum – insbesondere für Roma. Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir daher den Schutz vor rassistischer Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, wegen einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung,

der psychische Verfasstheit

~~Der Schutz vor Diskriminierung gehört zu den elementaren menschenrechtlichen Verpflichtungen. Gleichwohl sind die Berliner*innen gerade vor Benachteiligungen durch den Staat nur unzureichend geschützt. Dies gilt – von der Schule über die Gesundheitsversorgung bis zur Versorgung mit Wohnraum – insbesondere für Roma. Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir daher den Schutz vor rassistischer Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, wegen einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung,~~ wegen des Lebensalters, der sexuellen Identität und des sozialen Status verbessern.
Betroffene

Begründung

Wenn alle Merkmale aufgezählt werden, dürfte dieses nicht fehlen.

Unterstützer*innen

Frank Strobel, Deniz Yildirim, Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol, Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Sadullah Abdullah, Urban Aykal, Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Lilian Seffer, Jonas Boysen Ingrid Ochse, Bernhard Kern, Gökhan Akgün, Bertrand Njoume (KV Mitte); Stefanie Klank (KV Kreisfrei (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik)

P74-008-2 Projekt 74: Antidiskriminierungsgesetz: Endlich Schutz vor Diskriminierung

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P74

Von Zeile 1 bis 9:

Der Schutz vor Diskriminierung gehört zu den elementaren menschenrechtlichen Verpflichtungen. Gleichwohl sind die Berliner*innen gerade vor Benachteiligungen durch den Staat nur unzureichend geschützt. Dies gilt – von der Schule über die Gesundheitsversorgung bis zur Versorgung mit Wohnraum – insbesondere für Roma. Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir daher den Schutz vor rassistischer Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, wegen einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung,

der psychische Verfasstheit,

~~Der Schutz vor Diskriminierung gehört zu den elementaren menschenrechtlichen Verpflichtungen. Gleichwohl sind die Berliner*innen gerade vor Benachteiligungen durch den Staat nur unzureichend geschützt. Dies gilt – von der Schule über die Gesundheitsversorgung bis zur Versorgung mit Wohnraum – insbesondere für Roma. Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir daher den Schutz vor rassistischer Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, wegen einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung,~~wegen des Lebensalters, der sexuellen Identität und des sozialen Status verbessern.
Betroffene

Begründung

Wenn alle Merkmale aufgezählt werden, dürfte dieses nicht fehlen.

Unterstützer*innen

Tobias, Wolf, Frank Strobel, Deniz Yildirim, Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol, Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Sadullah Abdullah, Urban Aykal, Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Lilian Seffer, Jonas Boysen Ingrid Ochse, Bernhard Kern, Gökhan Akgün, Bertrand Njoume (KV Mitte); Stefanie Klank (KV Kreisfrei (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik)

P75-005 Projekt 75: Teilhabe und Teilsein durch echte Partizipation

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P75

Von Zeile 1 bis 8:

Sechs Jahre nach Inkrafttreten des Integrations- und Partizipationsgesetzes müssen dringend neue Entwicklungen darin aufgenommen werden. Dafür wollen wir das Gesetz evaluieren und auf seine Wirksamkeit überprüfen. Klar ist, dass es Nachbesserungsbedarf gibt: unter anderem muss der Migrationshintergrund erfasst, bei der interkulturellen Öffnung der Verwaltung, bei der Berliner Polizei und der Unternehmen mit Landesbeteiligung nachgebessert, interkulturelle Kompetenz und die Durchsetzung gleichberechtigter Teilhabe gefördert werden.

Teilhabe ohne Abbau von institutioneller Diskriminierung ist kaum möglich. Daher wollen wir institutionelle Barrieren in der Verwaltung, bei der Polizei und an Schulen sowie Diskriminierung auf dem Arbeits- und auf dem (Aus-)Bildungsmarkt abbauen. Wir setzen uns für die politische Partizipation von benachteiligten Gruppen und auch weiterhin für das Wahlrecht für alle auf kommunaler Ebene ein.

~~Sechs Jahre nach Inkrafttreten des Integrations- und Partizipationsgesetzes müssen dringend neue Entwicklungen darin aufgenommen werden. Dafür wollen wir das Gesetz evaluieren und auf seine Wirksamkeit überprüfen. Klar ist, dass es Nachbesserungsbedarf gibt: unter anderem muss der Migrationshintergrund erfasst, bei der interkulturellen Öffnung der Unternehmen mit Landesbeteiligung nachgebessert, interkulturelle Kompetenz und die Durchsetzung gleichberechtigter Teilhabe gefördert werden.~~ Wir sorgen dafür, dass es wieder einen unabhängigen Integrationsbeauftragten gibt – einen Posten, den Rot-Schwarz de facto

Begründung

Wenn wir es mit der Teilhabe ernst meinen, dann müssen wir strukturelle Diskriminierung, soweit es geht, minimieren. Wer strukturell diskriminiert wird, kann in der Regel sich kaum beteiligen am sozialen sowie politischen Leben. Ansonsten klingt die Forderung nach mehr Teilhabechancen etwas zynisch.

Unterstützer*innen

Frank Strobel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht); Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf); Urban Aykal (KV Steglitz-Zehlendorf); Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Lilian Seffer, Jonas Boysen, Ingrid Ochse, Bernhard Kern, Gökhan Akgün, Bertrand Njoume (KV Mitte)

P75-010 Projekt 75: Teilhabe und Teilsein durch echte Partizipation

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P75

Von Zeile 1 bis 15:

Sechs Jahre nach Inkrafttreten des Integrations- und Partizipationsgesetzes müssen dringend neue Entwicklungen darin aufgenommen werden. Dafür wollen wir das Gesetz evaluieren und auf seine Wirksamkeit überprüfen. Klar ist, dass es Nachbesserungsbedarf gibt: unter anderem muss der Migrationshintergrund erfasst, bei der interkulturellen Öffnung der Unternehmen mit Landesbeteiligung nachgebessert, interkulturelle Kompetenz und die Durchsetzung gleichberechtigter Teilhabe gefördert werden. Wir sorgen dafür, dass es wieder einen unabhängigen Integrationsbeauftragten gibt – einen Posten, den Rot-Schwarz de facto abgeschafft hat. Auch die Mitbestimmungsstrukturen und die Kooperation mit den Migrant*innen-Selbstorganisationen (MSO) und

Neuen Deutschen Organisationen (NDO)

~~Sechs Jahre nach Inkrafttreten des Integrations- und Partizipationsgesetzes müssen dringend neue Entwicklungen darin aufgenommen werden. Dafür wollen wir das Gesetz evaluieren und auf seine Wirksamkeit überprüfen. Klar ist, dass es Nachbesserungsbedarf gibt: unter anderem muss der Migrationshintergrund erfasst, bei der interkulturellen Öffnung der Unternehmen mit Landesbeteiligung nachgebessert, interkulturelle Kompetenz und die Durchsetzung gleichberechtigter Teilhabe gefördert werden. Wir sorgen dafür, dass es wieder einen unabhängigen Integrationsbeauftragten gibt – einen Posten, den Rot-Schwarz de facto abgeschafft hat. Auch die Mitbestimmungsstrukturen und die Kooperation mit den Migrant*innen-Selbstorganisationen (MSO) wollen wir weiterentwickeln. Die MSO sind längst unverzichtbarer Teil der interkulturellen Öffnung der Regeldienste geworden. Jobcenter, Schulen, Berufsbildung, Kulturarbeit – das Zusammenleben in den Kiezen lebt von der Aktivität und der Kompetenz der MSO. Darum entwickeln wir eine solide und transparente Fördersystematik, die der Rolle der MSO gerecht wird.~~wollen wir weiterentwickeln. Die MSO und die NDO sind längst unverzichtbarer Teil der interkulturellen Öffnung der Regeldienste geworden. Jobcenter, Schulen, Berufsbildung, Kulturarbeit – das Zusammenleben in den Kiezen lebt von der Aktivität und der Kompetenz der MSO und der NDO. Darum entwickeln wir eine solide und transparente Fördersystematik, die der Rolle der MSO und der NDO gerecht wird. Vom dabei sein in besonderer Weise ausgeschlossen sind noch immer Roma. Die Europäische Romastrategie adressiert die Probleme

Begründung

Wir sollten die Selbstbezeichnungspraxis der Organisationen berücksichtigen, respektieren und ernst nehmen, damit auch sie wiederum unser Wahlprogramm ernst nehmen. Fremdzuschreibungen - über die Selbstdefinition hinweg - werden in den Communities sehr kritisch betrachtet und nicht selten als rassistisch empfunden. So heißt es z.B. auf der Seite der Neuen Deutschen Medienmachern: „Es gibt immer mehr Initiativen in Deutschland, die klarstellen wollen, dass Deutschsein mehr ist, als deutsche Vorfahren zu haben. Vor allem nach der „Sarrazin-Debatte“ von 2010 haben sich zahlreiche Initiativen von Menschen gegründet, die sich nicht mehr als Migranten bezeichnen lassen wollen. Sie heißen Neue deutsche Medienmacher, Buntesrepublik, Schülerpaten e.V., Deutscher Soldat, usw. Ihre Botschaft: ‚Wir gehören dazu und wollen mitreden.‘ Zahlreiche ‚klassische‘ Migrant*innenorganisationen definieren ihre Ansprüche inzwischen ebenfalls neu und verstehen sich eher als Neue Deutsche, denn als Einwanderer. Die ‚Neuen Deutschen Organisationen‘ (NDO) knüpfen an die jahrzehntelange Arbeit von

Migrantenselbstorganisationen und Ausländerbeiräten an, doch sie unterscheiden sich in folgenden Punkten: 1. Sie betonen ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft bereits im Namen. 2. Sie definieren sich nicht mehr ethnisch. 3. Sie wollen nicht mehr über „Integrationsmaßnahmen“ reden, sondern über gleiche Rechte und Chancen. 4. Sie wollen in den Debatten über das Einwanderungsland Deutschland als „Aufnahmegesellschaft“ verstanden werden, nicht als Einwanderer. Sie sind Teil der Lösung.“

Unterstützer*innen

Frank Strobel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg); LAG Demokratische Rechte; Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht); Christiane Howe (LAG Migration und Flucht); Sebastian Walter (KV Kreisfrei – LAG QueerGrün); Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales); Sebastian Steinbach (LAG Netzpolitik); Kadir Sahin (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf); Urban Aykal (KV Steglitz-Zehlendorf); Emrah Abdurazak (KV Steglitz-Zehlendorf); Lilian Seffer (KV Mitte); Jonas Boysen (KV Mitte); Ingrid Ochse (KV Mitte); Bernhard Kern (KV Mitte); Bertrand Njoume (KV Mitte); Gökhan Akgün (KV Mitte)

P76-009 Projekt 76: Religiöse und weltanschauliche Pluralität gewährleisten

Antragsteller*in: LAG Bündnisgrüner Christ*innen Berlin

Beschlussdatum: 10.03.2016

Änderungsantrag zu P76

Von Zeile 8 bis 15:

aufnehmen, um die historischen Staatsleistungen abzulösen, die das Land Berlin nach wie vor als Entschädigung für Enteignungen kirchlicher Güter in der Zeit der Säkularisation zahlt. ~~Die Gebühren für den Kirchenaustritt sollen in Zukunft von den Kirchen übernommen werden. Der Austritt sollte genauso leicht möglich sein wie der Eintritt; bislang tragen diejenigen, die austreten wollen, die entsprechenden Verwaltungskosten selbst. Zudem werden wir dafür Sorge tragen, dass künftig die Gefangenenseelsorge auch für muslimische und andere Angehörige kleinerer und noch nicht anerkannter Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gewährleistet wird – und zwar durch qualifiziertes und geeignetes Personal.~~

Wir wollen das Gespräch mit den Kirchen suchen, damit die Kirchenmitgliederverwaltung und die organisatorischen Voraussetzungen für einen Kirchenaustritt an die Kirchen übertragen werden. Vorbild hierfür wäre das Bremer Modell. Dort hat die Kirche diese Aufgaben freiwillig übernommen und ein entsprechendes Servicecenter für die Mitglieder beim Bischof aufgebaut.

Zudem werden wir dafür Sorge tragen, dass künftig die Gefangenenseelsorge auch für muslimische und andere Angehörige kleinerer und noch nicht anerkannter Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gewährleistet wird – und zwar durch qualifiziertes und geeignetes Personal.

Begründung

mündlich

P76-014 Projekt 76: Religiöse und weltanschauliche Pluralität gewährleisten

Antragsteller*in: LAG Bündnisgrüner Christ*innen Berlin

Beschlussdatum: 10.03.2016

Änderungsantrag zu P76

Von Zeile 13 bis 15 löschen:

Sorge tragen, dass künftig die Gefangenenseelsorge auch für muslimische und andere Angehörige kleinerer ~~und noch nicht anerkannter~~ Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gewährleistet wird – und zwar durch qualifiziertes und geeignetes Personal.

Begründung

Die Streichung ist notwendig, weil es kein rechtliches Anerkennungsverfahren für Religionsgemeinschaften gibt. Der Staat kann den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften den Körperschaftsstatus übertragen. Allerdings ist der Körperschaftsstatus keine zwingende Voraussetzung, damit der Staat einer Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft die Gefängnisseelsorge erlaubt.

P77-004 Projekt 77: Die Hälfte der Macht für Frauen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 10.04.2016

Änderungsantrag zu P77

Von Zeile 3 bis 5:

Spitzenjobs. Natürlich freuen wir uns über die Frauen, die Berliner Landesunternehmen leiten. ~~Wir~~ und wir wollen auch dafür sorgen, dass es künftig mehr von ihnen geben wird. Uns geht es aber um Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Arbeitsbereichen. Frauen in Berlin

P78-018 Projekt 78: Schutz vor Missbrauch und sexualisierter Gewalt

Antragsteller*in: Petra Vandrey (AG Kinder Jugend Familie und KV CW)

Änderungsantrag zu P78

Von Zeile 17 bis 18 einfügen:

der Umgang mit davon Betroffenen flächendeckend in die Ausbildung aller relevanten Berufsgruppen integriert werden. Inbesondere Polizeibeamt*innen müssen für Einsätze, bei denen es um sexualisierte Gewalt geht, stärker als bisher sensibilisiert werden, hierfür müssen bestehende Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen ausgebaut werden.

Begründung

Opfern von sexualisierter Gewalt muss seitens der Polizei mit noch größerer Sensibilität begegnet werden als bisher. Das gilt insbesondere bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und innerhalb von Familien. Hierfür müssen bestehende Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen ausgebaut werden.

Unterstützer*innen

Bernd Schwarz (AG Kinder Jugend Familie); Simon Ebner (AG Kinder Jugend Familie); Jutta Boden (AG Kinder Jugend Familie); Marianne Burkert - Eulitz (AG Kinder Jugend Familie); Wolfgang Schmidt (AG Kinder Jugend Familie); Michael Bandt (AG Kinder Jugend Familie); Armin Emrich (AG Kinder Jugend Familie); Ingrid Lienke (AG Kinder Jugend Familie und KV CW); Susan Drews (KV CW); Christine Rabe (KV CW); Herbert Nebel (KV CW); Jenny Wieland (KV CW); Alexander Koch (KV CW); Joachim Schmitt (KV CW); Parwin Kouloubandi (KV CW); Christoph Wapler (KV CW)

P80-012 Projekt 80: Mehr Schutzräume für Frauen

Antragsteller*in: LAG Frauen- und Geschlechterpolitik

Beschlussdatum: 09.04.2016

Änderungsantrag zu P80

Von Zeile 11 bis 13 einfügen:

Frauen und ihre Kinder müssen schnell und unbürokratisch in Frauenhäusern bzw.

Zufluchtwohnungen Schutz finden. Langfristig wollen wir die Kapazitäten bis Ende 2017 um mindestens 25 Prozent erhöhen. Dazu sollen die vorhandenen Frauenhäuser erweitert sowie geeignete Immobilien gesucht und ein neues Frauenhaus geschaffen werden.

Das Angebot an barrierefreien und interkulturellen Beratungsstellen werden wir aufstocken. Das umfasst auch mehr qualifiziertes und angemessen

Begründung

Die existierende Fraueninfrastruktur ist überlastet und muss schutzsuchende Frauen teilweise abweisen. Um diesen Mangel zu beheben, sind bauliche Erweiterungen der existierenden Frauenhäuser und neue Immobilien notwendig. Perspektivisch muss die Möglichkeit ins Auge gefasst werden, in Berlin ein siebtes Frauenhaus zu errichten.

P81-005 Projekt 81: Stadt der Vielfalt: Berlin queer denken

Antragsteller*in: Abteilung QueerGrün

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu P81

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:

Arbeitsplatz, im Sport, in der Aus- und Weiterbildung, in der Verwaltung oder in Kinder- und Familieneinrichtungen. Dafür braucht es nachhaltig finanzierte Beratungsangebote. Der Fokus muss auf jenen liegen, die besonders von Ausgrenzung betroffen sind, etwa weil sie mehrfach diskriminiert werden oder nur über eine geringe Lobby

Begründung

Mündlich.

P81-019 Projekt 81: Stadt der Vielfalt: Berlin queer denken

Antragsteller*in: LAG QueerGrün

Beschlussdatum: 08.04.2016

Änderungsantrag zu P81

Von Zeile 18 bis 19 einfügen:

Vielfalt in den sozialen Berufen, mehr queere Senior*innenprojekte sowie den Abbau von Barrieren in der queeren Community selbst, um Teilhabe zu ermöglichen. Als neues Projekt einfügen:

Sexuelle Gesundheit fördern – neue Wege der Prävention

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine zielgruppenspezifische, bedarfsgerechte und niedrigschwellige Prävention im Bereich der sexuellen Gesundheit ein. Dabei wollen wir früh anfangen: Aktuelle Informationen und Aufklärung über den Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten sind für alle Bevölkerungsgruppen wichtig. Daher setzen wir uns für Aufklärung im Bereich der sexuellen Gesundheit in der Schule ein. Denn: Sexuell übertragbare Krankheiten sind meistens heilbar und in jedem Fall behandelbar. Trotz konstant hoher HIV und Hepatitis C Neudiagnosen und einem Anstieg der Infektionen mit anderen sexuell übertragbaren Krankheiten wie insbesondere Syphilis hat der rot-schwarze Senat jegliche Initiative vermissen lassen. Wir fordern daher den Ausbau und die finanzielle Absicherung von Schnelltestangeboten in einem zielgruppenspezifischen Setting in Verbindung mit Beratung. HIV-Positive ohne Aufenthaltstitel oder ohne Versicherung möchten wir über einen anonymen Krankenschein Zugang zu Behandlung und Therapie ermöglichen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilen das Ziel der WHO, die Zahl der HIV-Neuinfektionen bis 2030 auf Null zu senken. Dafür braucht es neue Wege in der Prävention wie etwa der kostenneutrale Zugang zu einer medikamentösen Prophylaxe für Menschen mit einem hohen Infektionsrisiko (Präexpositionsprophylaxe, kurz PrEP). Der immer noch anhaltenden Diskriminierung von HIV-positiven Menschen im Gesundheitswesen oder auf dem Arbeitsmarkt treten wir entschieden entgegen.

P83-004 Projekt 83: Rechte von trans* und intersexuellen Menschen stärken

Antragsteller*in: Abteilung QueerGrün

Beschlussdatum: 30.03.2016

Änderungsantrag zu P83

Von Zeile 3 bis 7:

grundlegenden Menschenrechte. Wir lehnen die Stigmatisierung von Trans- und Intersexualität als Krankheit ab. ~~Wir werden uns deshalb über den Bundesrat genauso für die längst überfällige Reform des Transsexuellengesetzes einsetzen wie für die Selbstbestimmung intersexueller Menschen über ihren Körper.~~ Wir lehnen das bestehende Transsexuellengesetz ab und fordern umgehend eine neue Gesetzgebung, die sich konkret an den Bedürfnissen von Trans*-Menschen ausrichtet. Dafür und für die Selbstbestimmung intersexueller Menschen über ihren Körper werden wir uns über den Bundesrat einsetzen. Sogenannte geschlechtszuweisende Operationen an intersexuellen Menschen ohne deren Einwilligung oder ohne medizinische Indikation darf es

Begründung

Mündlich.

P84-002 Projekt 84: Mehr Sicherheit im Öffentlichen Raum

Antragsteller*in: LAG Demokratische Rechte

Beschlussdatum: 11.04.2016

Änderungsantrag zu P84

Von Zeile 2 bis 4:

Wir wollen, dass Berlinsich Berliner sicherer wirdfühlen. Unsere Bahnhöfe, Straßen, Parks und Plätze dürfen keine Angsträume sein. Der Staat muss für mehr Sicherheit dafür sorgen, dass sich die Menschen auch sicher fühlen und für schnelle Hilfe, gerade in öffentlichen Räumen sorgen, damit sich jede*r in Berlin überall frei bewegen kann. Wir

Begründung

Es geht tatsächlich nicht um "mehr Sicherheit" sondern um die Steigerung des Sicherheitsgefühls. Die Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit entstehen tatsächlich nicht durch Straftaten, sondern durch die Angst vor Straftaten. Die Maßnahmen in diesem Projekt zielen daher auch richtigerweise hauptsächlich auf ein besseres Sicherheitsgefühl.

P84-011 Projekt 84: Mehr Sicherheit im Öffentlichen Raum

Antragsteller*in: Marianne Burkert-Eulitz (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P84

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:

dafür auf flexible und mobile Einheiten der Polizei, statt auf symbolische Großeinsätze, die viel kosten und wenig Sicherheit bringen. Ergänzend dazu wollen wir vor Ort an den Hot-Spots Projekte nicht repressiver, aufsuchender, communityorientierter Sozialer Arbeit (Streetwork) etablieren, um Hilfe anzubieten und Möglichkeiten des Ausstiegs aufzuzeigen. Polizei und Feuerwehr wollen wir endlich wieder so ausstatten, dass sie schnell und zuverlässig helfen können. Opfer von Straftaten,

Begründung

Insbesondere in den kriminalitätsbelasteten Hotspots unserer Bezirke wird allein die Anwesenheit der auf Repression ausgerichteten Polizei nicht für mehr Sicherheit sorgen. Daher wurde und wird insbesondere für den Görli zusammen mit den AnwohnerInnen ein Modell aufsuchender Sozialer Arbeit entwickelt, welches gerade nicht auf Repression ausgerichtet ist, sich aber trotzdem vor allem sich an dort aufhaltende potentielle Straftätergruppen richtet, ihnen als AnsprechpartnerInnen zur Verfügung steht, Möglichkeiten des Ausstieges aufzeigt, Hilfe anbietet, also aufsuchende Communityorientierte Soziale Arbeit (Streetwork). Dies ist als Ergänzung der sonstigen Maßnahmen anzusehen. In den Bezirken gibt es dafür keine Finanzierung, daher muss dies entweder aus Landesmitteln (Soziales und Inneres) finanziert werden oder die Bezirke müssen dafür Geld erhalten. Ähnliche Problemlagen wie im und um den Görli finden sich in der ganzen Stadt, daher ist eine Gesamtstädtische Betrachtung sinnvoll.

Unterstützer*innen

Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Walter (KV Kreisfrei, LAG QueerGrün); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Berna Gezik (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Jochen Biedermann (KV Neukölln)

P84-016 Projekt 84: Mehr Sicherheit im Öffentlichen Raum

Antragsteller*in: LAG Demokratische Rechte

Beschlussdatum: 11.04.2016

Änderungsantrag zu P84

Von Zeile 15 bis 17 löschen:

Gewaltschutzambulanzen und anonyme Spurensicherungen werden wir deutlich besser ausstatten und ~~in geeigneten Fällen~~ den Täter-Opfer-Ausgleich stärken. Polizei und Justiz sollen bei Gewaltdelikten schnell ermitteln. Außerdem kann ein besser aufgestellter Strafvollzug

Begründung

Täter-Opfer-Ausgleich kann gesetzlich sowieso nur in geeigneten Fällen erfolgen. Was als "geeigneter Fall" angesehen wird, ist allerdings höchst unterschiedlich. Berlin ist in der Statistik bundesweit Schlusslicht. Wir müssen dafür sorgen, dass der Täter-Opfer-Ausgleich verstärkt eingesetzt wird, es dürften weit mehr Fälle dafür geeignet sein als die Fälle, in denen er eingesetzt wird.

P85-008 Projekt 85: Bürgernahe Polizei

Antragsteller*in: LAG Drogenpolitik

Beschlussdatum: 03.04.2016

Änderungsantrag zu P85

Von Zeile 7 bis 9:

von Kontaktbereichsbeamten. Um das zu schaffen, entlasten wir die Polizei von unnötiger Arbeit.

~~Schwarzfahrer*innen~~Schwarzfahren oder ~~Cannabis-Kleinstmenger~~der Besitz von Eigenbedarfsmengen von Betäubungsmitteln sollen nicht mehr von ihnen verfolgt werden. Durch den Abbau von Bürokratie und mehr Unterstützung vom Bund können wir mindestens

Begründung

Der Begriff Schwarzfahrer*Innen ist diskriminierend und labelt entsprechende Personen ausschließlich über dieses Vergehen. Auch ist die strafrechtliche Verfolgung vom Eigengebrauch sämtlicher Drogen eine sinnlose Belastung für die Justiz und ein ungerechtfertigter Eingriff in die Grundrechte von Konsumierenden. Durch ein Strafverfahren werden die Bürger*Innen nicht nur unnötig belastet, sondern es können auch Zukunftsperspektiven vernichtet werden. Gleichzeitig werden diese Menschen ungerechtfertigt in eine kriminelle Ecke gedrängt.

P85-018 Projekt 85: Bürgernahe Polizei

Antragsteller*in: LAG Demokratische Rechte

Beschlussdatum: 11.04.2016

Änderungsantrag zu P85

Von Zeile 17 bis 19 einfügen:

unabhängige Beschwerde- und Untersuchungsstelle, die ganz konkrete Hilfestellung und ein unkompliziertes Angebot für Bürgerinnen und Bürger bietet. Wir fordern die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf Polizeibeamte aus anderen Bundesländern, die in Berlin eingesetzt werden. Jeder Waffengebrauch und Einsatz von sog. Pfefferspray ist zu dokumentieren und zu begründen. Das Verbot passiver Bewaffnung sowie das Vermummungsverbot sind aus dem Versammlungsgesetz zu streichen. So schaffen wir mehr Vertrauen in eine bürgernahe Polizei.

Begründung

Die Kennzeichnungspflicht gilt derzeit nicht für Beamte aus anderen Bundesländern, obwohl diese bei Einsätzen in Berlin dem Berliner Polizeirecht unterliegen. Eine vorübergehende Kennzeichnung wäre dabei sehr einfach mit gekennzeichneten Überziehwesten möglich. Dabei wäre festzuhalten, welche Weste an welchen Beamten ausgegeben wird.

Der Einsatz von nicht-Schusswaffen ist derzeit nicht begründungspflichtig und wird dementsprechend gerade bei bestimmten Demonstrationen "lose" gehandhabt - in dem Bewusstsein, dass es keine Konsequenzen geben wird. Hier schaffen wir die Möglichkeit für Demonstranten, gegen übermäßigen Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken vorzugehen.

P85-018-2 Projekt 85: Bürgernahe Polizei

Antragsteller*in: LAG Demokratische Rechte

Beschlussdatum: 11.04.2016

Änderungsantrag zu P85

Von Zeile 17 bis 19 einfügen:

unabhängige Beschwerde- und Untersuchungsstelle, die ganz konkrete Hilfestellung und ein unkompliziertes Angebot für Bürgerinnen und Bürger bietet. Wir fordern die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf Polizeibeamte aus anderen Bundesländern, die in Berlin eingesetzt werden. Jeder Waffengebrauch und Einsatz von sog. Pfefferspray ist zu dokumentieren und zu begründen. Das Verbot passiver Bewaffnung sowie das Vermummungsverbot sind aus dem Versammlungsgesetz zu streichen. So schaffen wir mehr Vertrauen in eine bürgernahe Polizei.

Begründung

Die Kennzeichnungspflicht gilt derzeit nicht für Beamte aus anderen Bundesländern, obwohl diese bei Einsätzen in Berlin dem Berliner Polizeirecht unterliegen. Eine vorübergehende Kennzeichnung wäre dabei sehr einfach mit gekennzeichneten Überziehwesten möglich. Dabei wäre festzuhalten, welche Weste an welchen Beamten ausgegeben wird.

Der Einsatz von nicht-Schusswaffen ist derzeit nicht begründungspflichtig und wird dementsprechend gerade bei bestimmten Demonstrationen "lose" gehandhabt - in dem Bewusstsein, dass es keine Konsequenzen geben wird. Hier schaffen wir die Möglichkeit für Demonstranten, gegen übermäßigen Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken vorzugehen.

P88-002 Projekt 88: Gebt das Hanf frei!

Antragsteller*in: LAG Drogenpolitik

Beschlussdatum: 03.04.2016

Änderungsantrag zu P88

Von Zeile 2 bis 7:

Die Drogenpolitik der simplen Verbote ist gescheitert. Nirgends ist dies augenscheinlicher als beim Verbot von Cannabis. Der unregulierte Schwarzmarkt beschert der organisierten Kriminalität hohe Gewinne und führt zu einer Kriminalisierung der Konsument*innen. ~~Das halten wir für falsch. Denn diese Politik zieht, die zwar~~ hohe Schäden und Kosten nach sich, ~~schränkt zieht, jedoch~~ den Drogenkonsum ~~aber~~ nicht ein einschränkt. Dazu kommt: Jugend- und Verbraucherschutz kann unter diesen Bedingungen nicht funktionieren – Dealer fragen nicht nach dem Ausweis. Der Drogenhandel macht den

Begründung

Es handelt sich nur um sprachliche Präzisierungen und Kürzungen.

P89-001 Projekt 89: Neue Wege in der Drogenpolitik – für mehr Jugendschutz und Prävention

Antragsteller*in: michael haberkorn

Änderungsantrag zu P89

In Zeile 1 einfügen:

Neue Wege in der Sucht- und Drogenpolitik – für mehr Jugendschutz und Prävention

Begründung

wir unterscheiden fachlich zwischen Suchthilfe (sog. legale Substanzen wie Alk, Medikam, Tabak mit 100.000-senden Betroffenen)) und Drogenhilfe (sog. illegale D). Der Antrag meint aber den gesamten Suchtbereich

P89-002 Projekt 89: Neue Wege in der Drogenpolitik – für mehr Jugendschutz und Prävention

Antragsteller*in: michael haberkorn

Änderungsantrag zu P89

Von Zeile 2 bis 10:

Wir ~~wollen eine Reform der Drogenpolitik und~~ setzen ~~dabei~~ auf Prävention, ~~Hilfe~~, Schadensminderung und ~~Entkriminalisierung. Das bedeutet mehr Jugendschutz, Entkriminalisierung~~ und ~~Prävention~~ zielführende Hilfeangebote – egal ob bei derzeit illegalen Drogen oder legalen Drogen Suchtmitteln wie Alkohol und Nikotin. Suchtmittel, und Drogenkonsum ~~ist~~ sind nicht gesund. ~~Aber durch~~ Durch die Förderung von Safer-Use-Maßnahmen wie zum Beispiel Spritzentausch können zumindest vermeidbare Gesundheitsrisiken vermieden werden. Die ~~Berliner Fachstelle für Suchtprävention soll die Prävention~~ präventive Aufklärung an Schulen und im Jugendfreizeitbereich koordinieren, dazu braucht es muss durch mehr qualifiziertes Personal. ~~Strafverfolgungsbehörden sind für eine zeitgemäße Suchtprävention ungeeignet.~~ systematisiert werden Zur Durchsetzung der Jugendschutzbestimmungen wollen wir die Bezirke mit mehr Mitteln

Von Zeile 16 bis 21:

die chemischen Analyse dieser Substanzen, ermöglichen und durch Beratungsangebote flankieren. ~~Mit Drugchecking werden~~ Sow werden auch Konsument*innen erreicht, an denen die Angebote der Suchthilfe sonst vorbeigehen. Substitutionsprogramme und ärztliche Originalstoffvergabe wollen wir bedarfsgerecht ausbauen. Substituierten soll der Zugang zu Drogenkonsumräumen nicht weiterhin verwehrt werden. Für Menschen mit Suchtproblemen sowie zur Frühintervention bei problematischen Konsummustern müssen die Beratungs- und Betreuungsangebote verstärkt werden. Ebenso wollen wir gezielt bedarfsgerechte Beschäftigung und soziale Wiedereingliederung fördern. ~~Strafverfolgungsbeörden sind für eine zeitgemäße Suchtprävention ungeeignet.~~ Auch Gefangene müssen Zugang zu den bewährten therapeutischen und schadensminimierenden Angeboten erhalten.

Begründung

Text etwas sortiert, ergänzt durch den allgemeinen Beratungsansatz mit seinen Defiziten (für die breite Masse der Suchtkranken), der bisher fehlte. Den Träger Fachstelle rausgenommen (Einzelträgernennung unüblich und wettbewerbsverzerrend). Überflüssiges gekürzt, aber alle Inhalte erhalten. Müsste ungefähr gleiche Wortanzahl wie vorher haben. Mit Trägern rückgekoppelt.

P89-004 Projekt 89: Neue Wege in der Drogenpolitik – für mehr Jugendschutz und Prävention

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P89

Von Zeile 3 bis 5:

Schadensminderung und Entkriminalisierung. Das bedeutet mehr Jugendschutz und Prävention – egal ob bei derzeit ~~illegalen~~illegalisierten oder legalen Drogen wie Alkohol und Nikotin. Drogenkonsum ist nicht gesund. Aber durch die Förderung von Safer-Use-Maßnahmen wie zum Beispiel

P89-004-2 Projekt 89: Neue Wege in der Drogenpolitik – für mehr Jugendschutz und Prävention

Antragsteller*in: LAG Drogenpolitik

Beschlussdatum: 03.04.2016

Änderungsantrag zu P89

Von Zeile 3 bis 5:

Schadensminderung und Entkriminalisierung. Das bedeutet mehr Jugendschutz und Prävention – ~~egal ob und zwar~~ bei derzeit illegalen ~~oder legalen~~-Drogen ~~genauso~~ wie ~~im Hinblick auf~~ Alkohol und Nikotin – ~~und mehr Safer-Use-Maßnahmen~~. Drogenkonsum ist nicht gesund. Aber durch die Förderung von Safer-Use-Maßnahmen wie zum Beispiel

Von Zeile 14 bis 17:

Konzept zur Gesundheitsförderung ausbauen – mit Schulungen von Veranstaltern und Personal wie auch Vor-Ort-Prävention durch die Drogen- und ~~Aidshilfe~~~~Schwulenberatung~~. Wir wollen Drugchecking, also die chemischen Analyse ~~dieser Substanzen von Betäubungsmitteln~~, ermöglichen und durch Beratungsangebote flankieren. Mit Drugchecking werden auch Konsument*innen erreicht, an denen die Angebote der

Begründung

Es handelt sich nur um sprachliche Präzisierungen und Kürzungen. Die Prävention nimmt die Schwulenberatung und nicht die Aidshilfe vor.

P89-005 Projekt 89: Neue Wege in der Drogenpolitik – für mehr Jugendschutz und Prävention

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P89

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:

egal ob bei derzeit illegalen oder legalen Drogen wie Alkohol und Nikotin. Drogenkonsum ist nicht gesund. **Jedoch bedeutet Drogenkonsum nicht automatisch Hilfsbedürftigkeit.** Aber durch die Förderung von Safer-Use-Maßnahmen wie zum Beispiel Spritzentausch können zumindest vermeidbare Gesundheitsrisiken vermieden werden. Die

P89-009 Projekt 89: Neue Wege in der Drogenpolitik – für mehr Jugendschutz und Prävention

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P89

Von Zeile 8 bis 10 einfügen:

Jugendfreizeitbereich koordinieren, dazu braucht es qualifiziertes Personal. Strafverfolgungsbehörden sind für eine zeitgemäße Suchtprävention ungeeignet. Wichtig ist uns auch eine Debatte über gesellschaftlichen Umgang mit Drogen und Drogenkonsum. Wir Grüne stehen für niedrigschwellige Angebote und Aufklärung für einen mündigen Konsum statt Stigmatisierung. Zur Durchsetzung der Jugendschutzbestimmungen wollen wir die Bezirke mit mehr Mitteln

Begründung

Das ist liberale Drogenpolitik.

P90-002 Projekt 90: Konsequenz gegen Rechts

Antragsteller*in: Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P90

Von Zeile 2 bis 3 einfügen:

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, [Antisemitismus](#) und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist in erster Linie ein Kampf für eine weltoffene Gesellschaft. Wir

Begründung

Auch an dieser Stelle sollten wir Antisemitismus beim Namen nennen.

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck (Abteilung Wissenschaft); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Benedikt Lux (KV Steglitz -Zehlendorf); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln); Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Claudia Barthel (KV Steglitz -Zehlendorf); Sascha Taschenberger (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Jochen Biedermann (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, GRÜNE JUGEND Berlin); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P90-008 Projekt 90: Konsequenz gegen Rechts

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 08.04.2016

Änderungsantrag zu P90

Von Zeile 7 bis 11:

Demokratie zu stärken, fordern wir, dass Zeit und Ort von Demonstrationen transparent gemacht und Gegenproteste zugelassen werden. ~~Das V-Leute-System~~ Der Verfassungsschutz muss abgeschafft, der polizeiliche Staatsschutz neu aufgestellt und der Einsatz von V-Leuten in der Polizei ~~gesetzlich geregelt und kontrolliert~~ unterbunden werden. Der NSU-Komplex macht deutlich: Institutioneller Rassismus ist ein ernstes Problem im Bereich unserer Sicherheitsorgane.

Begründung

erfolgt mündlich

P90-008-2 Projekt 90: Konsequenz gegen Rechts

Antragsteller*in: Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu P90

Von Zeile 7 bis 9:

Demokratie zu stärken, fordern wir, dass Zeit und Ort von Demonstrationen transparent gemacht und Gegenproteste zugelassen werden. ~~Das V-Leute-System muss~~ Die Spitzel des Verfassungsschutzes müssen endlich abgeschafft, der polizeiliche Staatsschutz neu aufgestellt und der Einsatz von V-Leuten in der Polizei

Begründung

Der Satz ist missverständlich formuliert und die Klarstellung, dass es sich um die Spitzel des Verfassungsschutzes handelt – im Gegensatz zu den V-Personen bei der Polizei -, führt zu einem besseren Verständnis.

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck (Abteilung Wissenschaft); Pascal Striebel (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Benedikt Lux (KV Steglitz-Zehlendorf); Werner Heck (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln); Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Claudia Barthel (KV Steglitz-Zehlendorf); Sascha Taschenberger (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Jochen Biedermann (KV Neukölln); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, GRÜNE JUGEND Berlin); Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

P91-008 Projekt 91: Internet und WLAN für alle – auch in der U-Bahn

Antragsteller*in: bernhard kern (LAG Demokratische Rechte)

Änderungsantrag zu P91

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

Bahn, S-Bahn, Trams und Bussen und an öffentlichen Plätzen und Einkaufsstraßen offenes, sicheres und freies WLAN anzubieten. Geeignete öffentliche Gebäude des Landes Berlin sind bei Bedarf als Standorte für Freifunk-Knoten zur Verfügung zu stellen. Soweit eine ausreichende Internetanbindung besteht, ist diese kostenlos zur Verfügung zu stellen. Was der Senat in zehn Jahren nicht geschafft hat, werden wir bis zum Ende der kommenden Legislatur umsetzen. Eckpfeiler wird der

Begründung

Wenn wir ein stadtweites WLAN wollen, ist Freifunk einer der wesentlichen Partner, dies ermöglichen zu können, ohne große Kosten. Das Land Berlin ist Eigentümer zahlreicher Gebäude, die als Standorte für Freifunk Router genutzt werden können, ohne dass wesentliche zusätzliche Kosten entstehen. Auf Grund der Konstruktion des Freifunk-VPN gibt es auch keine Störerhaftung. In anderen Kommunen ist es auch üblich, öffentliche Gebäude auf Wunsch als Freifunk-Standorte zu nutzen.

Über das WLAN hinaus baut Freifunk ein von kommerziellen Anbietern unabhängiges Telekommunikationsnetz auf. Dieses zu fördern wäre ein wichtiges grünes Anliegen.

Unterstützer*innen

Anja Schillhaneck; Daniela Ehlers

P92-002-2 Projekt 92: Berlin wird Vorreiterin bei der Digitalisierung – mit einer Digitalwende-Agentur

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt

Redaktionelle Änderung

Es handelt sich hierbei wohl mehr um redaktionelle Änderungen... Gruß, Notker

Änderungsantrag zu P92

Von Zeile 2 bis 7:

Wir machen Berlin zur Vorreiterin bei der Entwicklung und Nutzung digitaler Technologien. E-Government, vernetzte Mobilität und digitale Steuerungstechniken werden **eine Selbstverständlichkeit** immer mehr zur **Selbstverständlichkeit**, ebenso wie **es** eine forschungsfreundliche digitale Infrastruktur in der Wissenschaft **sein muss**. Dafür werden wir mit der Digitalwende-Agentur eine starke Akteurin in öffentlicher Trägerschaft gründen, **derwelche** die Digitalisierung unserer Landesunternehmen sowie der Öffentlichen Verwaltung unterstützt. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen sowie das

Begründung

erfolgt mündlich

P92-004 Projekt 92: Berlin wird Vorreiterin bei der Digitalisierung – mit einer Digitalwende-Agentur

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Änderungsantrag zu P92

Von Zeile 3 bis 6 löschen:

Government, vernetzte Mobilität und digitale Steuerungstechniken werden eine Selbstverständlichkeit, ~~ebenso wie eine forschungsfreundliche digitale Infrastruktur in der Wissenschaft~~. Dafür werden wir mit der Digitalwende-Agentur eine starke Akteurin in öffentlicher Trägerschaft gründen, der die Digitalisierung unserer Landesunternehmen sowie

Begründung

In diesem Halbsatz bleibt vollkommen unklar, was unter einer forschungsfreundlichen digitalen Infrastruktur zu verstehen ist. Verstanden werden kann darunter auch das Vorhandensein von PCs. Überdies gibt es an den Hochschulen bereits digitale Infrastruktur, auch wenn diese ausbaufähig sein mag. U. a. die TU Berlin ist gegenwärtig jedoch auch mit der Implementierung eines Campusmanagementsystems beschäftigt. Daher erscheint die Forderung in diesem Projekt nicht ganz zeitgemäß.

P92-005 Projekt 92: Berlin wird Vorreiterin bei der Digitalisierung – mit einer Digitalwende-Agentur

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu P92

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:

Selbstverständlichkeit, ebenso wie eine forschungsfreundliche digitale Infrastruktur in der Wissenschaft und der Einsatz von freier Software. Dafür werden wir mit der Digitalwende-Agentur eine starke Akteurin in öffentlicher Trägerschaft gründen, der die Digitalisierung unserer Landesunternehmen sowie

Unterstützer*innen

Camilla Schuler (KV Lichtenberg); Henning Bublitz (KV Berlin-Mitte); Franziska Briest (KV Berlin-Mitte); Mona Hille (KV Berlin-Mitte); Jenny Neubert (KV Berlin-Mitte); Jenny Schlosser (AG Tierschutz)

P92-008 Projekt 92: Berlin wird Vorreiterin bei der Digitalisierung – mit einer Digitalwende-Agentur

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Vorstand Kreisverband CharlWilm)

Änderungsantrag zu P92

Von Zeile 7 bis 17:

der Öffentlichen Verwaltung unterstützt. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk stehen bei der Digitalisierung vor ~~einer besonderen Herausforderung, da sie häufig nicht über eigene IT-Abteilungen verfügen. Zudem reichen ihre Investitionsmittel kaum aus, um externe und komplexe Lösungen einzukaufen. Doch gerade für mittelständische Unternehmen liegen in innovativen Softwarelösungen und eBusiness-Abläufen enorme Effizienzpotenziale sowie vielseitige neue Geschäftsmodelle. Die Digitalwende-Agentur initiiert Pilotvorhaben, etwa unter Beteiligung der Berliner Hochschulen und außeruniversitären Institute. Sie initiiert Forschungs-, Entwicklungs- und Investitionsprozesse. Vor allem aber berät und unterstützt die Agentur kleine und mittlere Unternehmen in der Umsetzung ihrer individuellen Digitalisierungsstrategie und bei der Ausschöpfung vorhandener Fördermittel.~~ besonderen Herausforderungen: Digitalisierung reicht von der Optimierung der Bürokommunikation, über eine eigene Internet-Seite, die Nutzung sozialer Netzwerke bis hin zu neuen Geschäftsmodellen und zur Erschließung neuer Märkte. Digitalisierung bietet mehr Chancen als „nur“ die Optimierung von Arbeitsabläufen. Und auch die Ansprüche der Kunden steigen: Immer mehr Häuser und Wohnungen, sprich Heizungsanlagen, Haushaltsgeräte, Klimatechnik, etc., werden vernetzt. Die Digitalwende-Agentur initiiert Pilotvorhaben, etwa unter Beteiligung der Berliner Hochschulen und außeruniversitären Institute. Sie initiiert Forschungs-, Entwicklungs- und Investitionsprozesse. Vor allem aber berät und unterstützt die Agentur kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk in der Umsetzung ihrer individuellen Digitalisierungsstrategie, bei der Ausschöpfung vorhandener Fördermittel und bei der professionellen und rechtssicheren Gestaltung digitaler Geschäftsmodelle. So wird die digitale Wende zu einem Erfolg für Berlin.

Begründung

Das Problem der kleinen und mittleren Unternehmen sowie des Handwerks ist m.E. nicht primär die Finanzierung von teuren, externen und komplexen Lösungen, sondern das Wissen, wo investiert werden muss. Eine neutrale, vertrauenswürdige „Digitalwende-Agentur“ kann als seriös wahrgenommener Beratungspartner sehr hilfreich sein, sofern dort geballte Kompetenz vorhanden ist und diese Kompetenz auch zu vernünftigen Konditionen abrufbar ist. Kosten sollten für den Kunden nur im Erfolgsfall anfallen - wenn überhaupt. Als Beratungsschwerpunkte sollten Geschäftsmodell, Umsetzungsstrategien, Produktberatungen und rechtskonforme Ausgestaltung der Geschäftsidee sein.

Der Weg zur Beauftragung eines Handwerkers führt mehr und mehr über das Internet. Betriebe, die ihre Geschäftsidee mit einem Online-Modell anbieten, sind in der Regel wettbewerbsfähiger durch mehr Kosteneffizienz. Die Kundenbindung umfasst zukünftig nicht nur gelegentlichen persönlichen Kontakt und Online-Werbung, sondern auch neue Online-Services wie Remote-Wartung und -Instandhaltung. So kann der Handwerksbetrieb auf den Kundenwunsch und auf Kundenbedürfnisse passgenauer eingehen, um individualisierte Leistungen zu erbringen. Doch beim Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen über Online-Plattformen gilt es rechtliche Vorgaben zu beachten. Die Umsetzung und rechtskonforme Ausgestaltung ist entscheidend für den nachhaltigen Erfolg neuer Geschäftsmodelle. So lassen sich unangenehme Überraschungen vermeiden – etwa Haftung oder Bußgelder aufgrund der Missachtung von Datenschutzvorschriften.

Unterstützer*innen

Dr. Hartwig Berger (LAG Umwelt)

P92-010 Projekt 92: Berlin wird Vorreiterin bei der Digitalisierung – mit einer Digitalwende-Agentur

Antragsteller*in: LAG-Wirtschaft & Finanzen

Beschlussdatum: 07.04.2016

Änderungsantrag zu P92

Von Zeile 9 bis 13:

nicht über eigene IT-Abteilungen verfügen. Zudem reichen ihre Investitionsmittel kaum aus, um externe und komplexe Lösungen einzukaufen. Doch gerade für ~~mittelständische Unternehmen~~ liegen sie können in innovativen Softwarelösungen und eBusiness-Abläufen enorme Effizienzpotenziale sowie vielseitige neue Geschäftsmodelle liegen. Die Digitalwende-Agentur initiiert Pilotvorhaben, etwa unter Beteiligung der Berliner Hochschulen und außeruniversitären Institute. Sie

Begründung

Sprachlich

P92-012 Projekt 92: Berlin wird Vorreiterin bei der Digitalisierung – mit einer Digitalwende-Agentur

Antragsteller*in: Silke Gebel (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu P92

Von Zeile 12 bis 15:

sowie vielseitige neue Geschäftsmodelle. Die Digitalwende-Agentur initiiert Pilotvorhaben, ~~etwa unter Beteiligung der Berliner Hochschulen und außeruniversitären Institute. Sie initiiert Forschungs-, Entwicklungs- und Investitionsprozesse.~~ Forschungs-, Entwicklungs- und Investitionsprozesse, etwa unter Beteiligung der Berliner Hochschulen und außeruniversitären Institute. Die Ergebnisse stehen selbstverständlich unter freier Lizenz zur Verfügung, die weiteren Serviceleistungen, die die Software-Lösungen erfordern, werden von der Agentur koordiniert. Vor allem aber berät und unterstützt die Agentur kleine und mittlere Unternehmen in der Umsetzung ihrer individuellen

Unterstützer*innen

Camilla Schuler (KV Lichtenberg); Henning Bublitz (KV Berlin-Mitte); Franziska Briest (KV Berlin-Mitte); Mona Hille (KV Berlin-Mitte); Jenny Neubert (KV Berlin-Mitte); Jenny Schlosser (AG Tierschutz)

P94-001 Projekt 94: Meine Daten gehören mir! Datenschutz im digitalen Zeitalter

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Redaktionelle Änderung

ersetze "Universitäten" durch "Hochschulen"

Begründung

Der Begriff "Hochschulen" umfasst neben den Universitäten auch die Fachhochschulen und ist somit inklusiver.

P94-001-2 Projekt 94: Meine Daten gehören mir! Datenschutz im digitalen Zeitalter

Antragsteller*in: LAG Wissenschaft

Beschlussdatum: 06.04.2016

Redaktionelle Änderung

ergänze "die" vor "beispielsweise bei der Digitalwende-Agentur..."

ersetze "Universitäten" durch "Hochschulen"

Begründung

Der Begriff "Hochschulen" umfasst neben den Universitäten auch die Fachhochschulen und ist somit inklusiver.

P94-008 Projekt 94: Meine Daten gehören mir! Datenschutz im digitalen Zeitalter

Antragsteller*in: Herbert Nebel (Vorstand Kreisverband CharlWilm)

Änderungsantrag zu P94

Von Zeile 7 bis 16:

Möglichkeiten des Landes Berlin werden wir nutzen, um die informationelle Selbstbestimmung zu stärken und die Sicherheit der IT und unserer Daten zu erhöhen. ~~Gemeinsam mit den Universitäten, der Verbraucherzentrale, dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin des Landes (ITDZ) und der Datenschutzaufsicht schaffen wir eine Informationsstelle IT-Sicherheit, beispielsweise bei der Digitalwende-Agentur angesiedelt sein kann. Diese wird Verschlüsselungstechnologie bewerben, den Mittelstand und die vielschichtige Berliner Vereinslandschaft bei der IT-Sicherheit beraten und unterstützen und universitäre und unternehmerische Entwicklungen aus Berlin – insbesondere offene Software – in die praktische Nutzung überführen.~~ Wir schaffen eine Informationsstelle IT-Sicherheit, die bei der Digitalwende-Agentur angesiedelt sein wird. Diese wird die Unterschiede alternativer Verschlüsselungskonzepte herausarbeiten, den Mittelstand, das Handwerk und die vielschichtige Berliner Vereinslandschaft bei der Einführung von IT-Sicherheitslösungen beraten. Über eine Aufklärungs- und Informationskampagne sollen auch die Bürger*innen für den Datenschutz sensibilisiert und dann zum Beispiel über Web-Seminare (Webcast's aber auch Webinar's) das Wissen zur Teilnahme an der sicheren Datenübertragungen im Internet erlangen können. Das Personal für die Berliner Datenschutzaufsicht werden wir aufstocken, damit Gesetze endlich durchgesetzt werden. Zudem müssen auch unangemeldete Kontrollen

Begründung

Hier eine Festlegung zu treffen, auf wessen Spezialwissen beim Aufbau der „Informationsstelle IT-Sicherheit“ zurückgegriffen werden muss, halte ich nicht für notwendig.

Viel wichtiger ist, dass wir uns bewusst sind, woran IT-Sicherheit Heute scheitert: an der Akzeptanz der Nutzer*innen aufgrund der Komplexität für Sender und Empfänger. Deshalb müssen alternative Verschlüsselungskonzepte hinsichtlich Nutzungsfreundlichkeit, Aufwand/Kosten und Sicherheitsniveau erläutert werden. Dabei gilt die Faustformel: umso sicherer die Lösung, umso teurer und komplexer in der Nutzung ist sie. Hier müssen häufig Kompromisse eingegangen werden. Ein niedrigeres Schutzniveau ist, wenn es gelebt wird, sicherer als ein höheres Schutzniveau, das wg. Aufwand/Überforderung nicht gelebt wird! Zunehmend wird über öffentliche Mobilfunknetze die E-Mail-Kommunikation mit mobilen Endgeräten abgewickelt. Dies muss bei der Beratung und Lösungsvorschlägen ebenfalls berücksichtigt werden.

Trotz Snowden ist das Bewusstsein für die Absicherung der elektronischen Geschäftsprozesse weder beim Mittelstand/Handwerk, noch bei den privaten Internet-Nutzern im notwendigen Umfang vorhanden. Die Notwendigkeit für Unternehmen kann in der jährlich erscheinenden Corporate Trust-Studie „Industriespionage – Aktuelle Risiken für die deutsche Wirtschaft durch Cyberware“ nachgelesen werden.

P94-008-2 Projekt 94: Meine Daten gehören mir! Datenschutz im digitalen Zeitalter

Antragsteller*in: Thomas Birk (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu P94

Von Zeile 7 bis 11:

Möglichkeiten des Landes Berlin werden wir nutzen, um die informationelle Selbstbestimmung zu stärken und die Sicherheit der IT und unserer Daten zu erhöhen. Wir werden eine*n Chief-Information-Security-Officer (CISO) benennen, die/der mit klaren Kompetenzen die IT-Sicherheit des Landes Berlin verantwortet. Gemeinsam mit ihr/ihm, den Universitäten, der Verbraucherzentrale, dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin des Landes (ITDZ) und der ~~Datenschutzaufsicht~~Datenschutzbeauftragten schaffen wir eine Informationsstelle IT-Sicherheit, die beispielsweise bei der Digitalwende-Agentur angesiedelt sein kann. Diese wird

Von Zeile 14 bis 16:

unternehmerische Entwicklungen aus Berlin - insbesondere offene Software - in die praktische Nutzung überführen. ~~Das Personal~~Die Beauftragten für ~~die Berliner Datenschutzaufsicht~~Datenschutz- und Informationsfreiheit auf Landes- und Bezirksebene werden wir personell aufstocken, damit Gesetze endlich durchgesetzt werden. Zudem müssen auch unangemeldete Kontrollen

Begründung

Wir fordern schon lange die Einführung einer/eines Chief-Information-Security-Officer im Rahmen des E-Government-Gesetzes. Der Änderungsantrag der Koalition zu dem Senatsentwurf des E-Government-Gesetzes sieht eine solche Funktion (ohne sie ausdrücklich so zu nennen) als Möglichkeit, aber nicht zwingend vor. Selbst wenn dies so beschlossen würde, würde die Benennung vor der Wahl aber sicher nicht mehr stattfinden – insofern bliebe diese Forderung so formuliert in jedem Fall richtig. Gäbe es diese Stelle aber, müsste sie in jedem Falle in die Idee einer Informationsstelle IT-Sicherheit einbezogen werden.

Datenschutzaufsicht war als Wortkreation doch etwas befremdlich, deswegen der Rückgriff auf die bestehende offizielle Bezeichnung "Beauftragte für Datenschutz- und Informationsfreiheit", soviel Platz muss sein. Da wir bereits im Abgeordnetenhaus die Forderung erhoben haben, dass in jedem Bezirke eine volle Stelle für den Datenschutz und die Informationsfreiheit geschaffen werden soll, sind die Bezirke hier ausdrücklich mit einbezogen. Bisher hat nur ein Bezirk diese Forderung erfüllt, die anderen arbeiten auch wegen der Personaleinsparvorgabe des Senats alle nebenher in Teilzeit als Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

P94-010 Projekt 94: Meine Daten gehören mir! Datenschutz im digitalen Zeitalter

Antragsteller*in: Klaus Löhnert (KV Mitte)

Änderungsantrag zu P94

Von Zeile 9 bis 11:

Universitäten, der Verbraucherzentrale, dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin des Landes (ITDZ) und der Datenschutzaufsicht schaffen wir ~~eine Informationsstelle~~ einen IT-Sicherheitsdienst ~~Sicherheits~~ Sicherheitsdienst für Berlin, der Bürger und Wirtschaft unterstützt ihre IT-Sicherheit zu verbessern, beispielsweise bei der Digitalwende-Agentur angesiedelt sein kann. Diese wird

Begründung

Das Land und die Stadt Berlin brauchen für Ihre eigene IT-Sicherheit ein gut ausgestattetes IT-Sicherheitsteam. Dieses Know-How sollte allen Berlinerinnen und der Berliner Wirtschaft als Dienstleistung zur Verfügung stehen.

P94-019 Projekt 94: Meine Daten gehören mir! Datenschutz im digitalen Zeitalter

Antragsteller*in: Alessa U. Berkenkamp, Silke Gebel (KV Mitte)

Änderungsantrag zu P94

Von Zeile 18 bis 19 einfügen:

Verwaltung machen wir im Zuge der Digitalisierung der Verwaltung zum Vorbild für IT-Sicherheit. Wir wollen den Missbrauch unserer Daten verhindern. Als neues Projekt einfügen:

Die Gemeinwohl-Bilanzierung zum Maßstab für Verwaltungshandeln machen!

Ethisch einkaufen, faire Arbeitsplätze, Politik zum Mitbestimmen und Transparenz – das erwarten wir von uns selber und unserer Verwaltung. Weil wir glauben, dass davon Umwelt und Klima, die Berliner*innen aber auch unsere Politik nur profitieren kann. Deswegen werden unsere Fraktionen in Land und Bezirken Gemeinwohl-Bilanzen erstellen, die am Endes des Tages mit Punkten belegen, wie viel Ethik in der Beschaffung steckt, wie viele Ressourcen verwendet werden, wie partizipativ die Führungskultur ist, wie sozial gerecht Dienstleistungen sind und wie viel Mitbestimmung die Berliner*innen haben. Das Gleiche streben wir für die Verwaltungen der Bezirke an. Mit dem Ziel des Gemeinwohls im Kopf, sollen sie Lebensqualität im Austausch mit Bürger*innen definieren und ethisches Wirtschaften in den Kiezen thematisieren und fördern.